Bismarck nach dem Kriege

Hermann Robolsky

Columbia University
in the City of New York

LIBRARY

Frederick William Holls

Collection

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Bismarck

nach dem Kriege.

Ein Charakter- und Zeitbild.

Von ***

Bismarck und Rom. — Bismarck und die Sozialdemokratie. — Bismarck und das Gründertum. — Bismarck und seine Friktionen. — Bismarck und die Fraktionen.

Leipzig 1883
Rengersche Buchhandlung
(Gebhardt & Wilisch).

Digitized by Google

GIFT
Frederick William Holls Collection
FEB 25 1913
943.089
B5422

Druck von August Pries in Leipzig.

Digitized by Google

Bismarck nach dem Kriege.

Digitized by Google

Inhalt.

Seite:

I. Bismarck und Rom 1
II. Bismarck und die Sozialdemokratie 77
III. Bismarck und das Gründertum 139
IV. Bismarck und seine Friktionen 181
V. Bismarck und die Fraktionen 233

Digitized by Google

Vorwort.

Es sind ursprüngliche Tagebuchblätter, aus denen dieses Buch hervorgegangen, Blätter, auf denen der Verfasser, durch seine Stellung einst auf eine regelmäßige Teilnahme an den politischen Dingen angewiesen, Jahre hindurch den Kern öffentlicher und privater Äußerungen des Fürsten Bismarck, aus der Nähe desselben inspirierte Artikel, Zeitungsstimmen überhaupt, so weit sie ihm prägnant, entweder über die leitende Politik oder die Parteistellungen orientierend erschienen, endlich eine Reihe von Beobachtungen, welche der Verkehr mit unterrichteten Personen an die Hand gab, zu einem Mosaikbilde vereinigte. Er giebt es jetzt zusammengedrängt, in einer anderen als bloß chronologischen Anordnung, und in der Form einer Darstellung vom Standpunkte der Gegenwart aus wieder. Beim Zurückblättern in seiner Sammlung sind dem Verfasser die Fäden aufgestoßen, welche, scheinbar oft abgerissen, die gegenwärtige Zeit und ihre neue Richtung doch unmittelbar mit den anders gearteten Tendenzen der Zeit nach dem Kriege verknüpfen. Es schien ihm eine des Gegenstandes würdige Aufgabe, diese Fäden bloß zu legen. Sie machen unter dem Wechsel der Proteuserscheinungen, von denen man so gern in bezug auf die innere Politik des Fürsten Bismarck spricht, die kontinuierliche Einheit des Staatsbegriffs erkenntlich, in welcher die Gesamtpolitik des leitenden Staatsmannes ihren Quell hat, und die bei ihm nur zeitweilig vor der Macht der Autorität oder den Erfordernissen einer bestimmten Zeit zurückgetreten ist, ja, diese Fäden weisen zum teil einen strikteren Zusammenhang äußerlich verschiedener Epochen auf, als der Staatsmann selber in seinen öffentlichen Rechtfertigungen wegen der ihm zur Last gelegten Wandlungen hat zugeben wollen. Der Verfasser findet die konsequente Einheit der Politik des Fürsten Bismarck auch in dem beharrlichen Streben, mit dem er, entgegengesetzt den landläufigen Vorstellungen über seinen schnellen Ver-

Digitized by Google

brauch mitwirkender Kräfte, die näheren Gehilfen sowohl, die er an seiner Seite in der Erfüllung der Aufgaben einer Zeit erprobt gefunden, als die parlamentarischen Parteien, die sich mit ihm in denselben Zielen zusammengefunden haben, stets zu den neuen Aufgaben einer veränderten Zeit mit sich hinüberzuführen suchte, ohne sich freilich dadurch das Los wiederholter Verlassenheit und des Wechselns in der Umgebung und in den Stützen zu ersparen.

Leser, die dem Verfasser in der Zeichnung eines solchen Charakterbildes nicht bis zur Anerkennung der Unteilbarkeit der Persönlichkeit des Fürsten Bismarck und der Konzentrizität seines Wesens folgen wollen, werden dagegen vielleicht für manche, weiteren Kreisen weniger bekannte Vorgänge sich interessieren, die das Buch aus der Nähe des Fürsten liefert, und dem Zeitbilde einige Anschaulichkeit nicht versagen, das uns auf dem Übergange von einem abgelebten zu einem neugeborenen, jugendfrischen Zeitalter jenes mächtige Regen und Weben innerhalb der Nation und ihrer Parteirichtungen, jenes Brausen und Zischen zeigt, welches den Prozeß neuer kristallinischer Bildungen zu begleiten pflegt.

Einige wenige Versehen bei der Korrektur könnten zu Mißverständnissen führen. Es wird daher gebeten, nachstehende „Berichtigungen" zu beachten.

Potsdam, 1. August 1883.

* * *

Berichtigungen.

Zu S. 23. Der dort als „offiziös" bezeichnete Artikel ist kein solcher, sondern nur ein offiziöses Zitat aus der Schlesischen Zeitung.

Zu S. 88. Es ist natürlich nicht der Staatshaushaltsetat von 1882, sondern der von 1872 gemeint.

Zu S. 137. Das Wort „worauf" in der zweiten Zeile von oben hat dadurch, daß in der Korrektur hier ein Satz gestrichen ist, auf welchen sich dasselbe ursprünglich bezog, eine falsche Beziehung erhalten. S. 221 findet sich Näheres über die Verhandlungen des Fürsten Bismarck mit dem Herrn v. Bennigsen wegen Eintritts in die Regierung.

Digitized by Google

Bismarck und Rom.

I.

Das Hauptquartier des Königs Wilhelm hatte sich erst wenige Tage in Versailles installiert. Der Kanzler des Norddeutschen Bundes war mit seinen Bureaus in der geräuschlosen Rue de Provence bei Madame Jassé untergebracht. Da gelangte an diesen das folgende Schreiben des Mainzer Bischofs von Ketteler. Es wird hier vollständig wiedergegeben, weil es der Ausgangspunkt einer Reihe von Kundgebungen, die der Eindruck der Schlacht von Sedan und des Zusammenbruchs des französischen Kaiserreichs hervorrief, gleichsam die Grundlage eines ganzen Akten-Fascikels über denselben Gegenstand und in einem und demselben Prozesse, der so große Dimensionen annehmen sollte, bildet. Das Schreiben des Bischofs lautete:

Hochverehrtester Herr Graf!

Obwohl ich fast fürchten muß, Ew. Excellenz dadurch unbescheiden zu erscheinen, so kann ich doch nicht unterlassen, Ihnen den Gegenstand dieses Schreibens zu unterbreiten. Ich habe dafür keine andere Entschuldigung, als meine aufrichtige Teilnahme an der festen und bleibenden Gestaltung der deutschen Verhältnisse und mein Vertrauen zu Ew. Excellenz hoher Einsicht und billigen Gesinnung, welche nicht verschmäht, die verschiedensten Ansichten zu prüfen. Wie die Zeitungen melden, ist die definitive Verfassung Deutschlands bereits Gegenstand der Verhandlungen der beteiligten hohen Staatsregierungen. Dabei wird notwendig wieder zur Sprache kommen, ob das Verhältnis zwischen Kirche und Staat wenigstens in seinen Grundzügen in der allgemeinen Verfassung einen Platz finden, oder ob dasselbe den einzelnen Staaten ganz und gar überlassen bleiben soll, woraus sich dann die verschiedensten Zustände und Verhältnisse in dieser Hinsicht in Deutschland entwickeln würden. Ich glaube nun, daß Letzteres für die Zukunft Deutschlands höchst verderblich werden könnte, daß dagegen die Begründung eines wahren Friedensstandes zwischen Kirche und

Digitized by Google

Staat durch Feststellung der Grundlagen desselben in der deutschen Verfassung mehr wie vieles Andere dazu beitragen würde, die Einheit Deutschlands für die Zukunft zu sichern; und daß endlich die Grundlagen eines solchen bleibenden Friedensstandes sich in der preußischen Verfassung bereits vorfinden und durch die Erfahrung bewährt haben.

Ich würde es daher für ein wahres Unterpfand des Friedens und des Gedeihens halten, wenn diese Verfassungsbestimmungen für ganz Deutschland proklamiert würden. Erlauben mir Ew. Excellenz die Gründe kurz aufzuführen, welche es mir so dringend notwendig erscheinen lassen, daß in der allgemeinen Verfassung Deutschlands das Verhältnis zwischen Kirche und Staat nach allgemeinen Grundsätzen geregelt werde.

Schon im Allgemeinen scheint es mir dringend notwendig, daß alle gläubigen Christen, daß Alle, welchen die Religion immer die Hauptsache ist und bleiben wird, Gewißheit darüber erlangen, was sie von diesem neuzugestaltenden Deutschland bezüglich ihrer religiösen Überzeugung zu erwarten haben: ob es ihnen die Garantie bietet, daß sie frei und ungestört dort nach ihrem Glauben leben können. Vielfach sind die Ereignisse der Gegenwart als ein Sieg des Protestantismus über den Katholicismus dargestellt worden. So unwahr das ist, so geben sich doch Herzenswünsche in solchen Äußerungen zu erkennen. Es sind Hoffnungen in dieser Richtung auf einer Seite, es sind auch Befürchtungen auf der anderen Seite. Ganz kann man es auch uns Katholiken nicht verübeln, wenn uns bei aller Freude über den Sieg der deutschen Waffen zuweilen die Furcht beschleicht, ob nicht einst, wenn der König und seine Ratgeber, in deren Persönlichkeit eine Garantie gegen jede Gewissensverletzung liegt, einmal nicht mehr da sind, doch diese ganze Bewegung zum Nachteil der Katholiken ausgebeutet werden wird. Man kann uns diese Furcht umsoweniger verargen, wenn man gewisse Zeitrichtungen ins Auge faßt, welche immer bemüht sind, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen, um religiöse Propaganda zu machen. Die Gewißheit, daß das neue Deutschland, über dessen Größe und Macht wir uns aus ganzer Seele freuen, den gläubigen Katholiken und Protestanten die volle Freiheit, nach ihrem Glauben zu leben, gewähre, würde daher die Gemüter tief innerlich beruhigen und jede Furcht, die die Freude mindert, beseitigen. Eine solche Beruhigung scheint aber um so notwendiger, wenn es gelingt, Deutschland seine alten Grenzen wieder zu geben und das deutsche Elsaß und Lothringen wieder mit dem alten Mutterlande zu vereinigen. Es wird lange währen, bis diese Länder wieder ganz deutsch werden. Bis dahin werden sie auch eine Gefahr bleiben und von Frankreich würden alle Mittel aufgesucht werden, um die völlige Verschmelzung dieser Länder mit Deutschland zu verhindern. Man hat aber diesen Bestrebungen den Kopf abgehauen, wenn man der Bevölkerung die volle Sicherheit bietet, daß die Vereinigung mit Deutschland nicht für sie der Beginn einer Epoche religiöser Benachteiligung, eines gewissen Bestrebens ist, sie nach und nach zu protestantieren. Einzelne Verheißungen bei der Besitznahme werden wenig in dieser Hinsicht nützen; Grundbestimmungen dagegen in der allgemeinen deutschen Verfassung werden jeden vernünftigen Zweifel aufheben. Ich erlaube mir Ew. Excellenz einen dritten Grund vorzulegen. S. Majestät der König ist mit Gott in den Krieg gezogen und jedes Wort, das Allerhöchst derselbe seitdem zur Öffentlichkeit ge-

Digitized by Google

bracht, redet von Gott. Auch die Regierungsorgane verkündigen dem deutschen Volke, daß das große neue Deutschland unter Preußens Führung ein Land werden soll, welches auf den Grundlagen der Gottesfurcht, ernster strenger Sitte und treuer Pflichterfüllung auferbaut werden soll. Das sind Worte, die tief wiederhallen in zahllosen Herzen, und wenn das zur Ausführung kommt, dann wird das neue Deutschland ein Felsenbau, welcher den Jahrhunderten widerstehen kann. Aber schon einmal hat man ähnliches gehört, ohne daß es gehalten worden wäre. Es war nach der Leipziger Völkerschlacht, als die Fürsten sich verbanden, um Gott die Ehre zu geben in der neuen Gestaltung der damaligen Zeit. Soll daher dieser ernste fromme Zug, der die Geister vom Throne bis zum letzten Soldaten in diesem furchtbaren Kampfe ergriffen hat, Bestand haben, dann muß diese Gesinnung festgehalten werden.

Das kann aber nur geschehen, wenn in der neuen Grundverfassung die Garantie ihrer Ausführung gewährleistet ist. Ohne eine solche Garantie wird der gottesfürchtige König und sein gottesfürchtiges Heldenheer vorübergehen und nach ihnen werden vielleicht oberflächliche oder selbst religionsfeindliche Staatsmänner kommen, welche sich bemühen, die Früchte dieses Blutes zur Verwirklichung ihrer falschen und verderblichen Theorien einzuernten.

Es scheint mir auch eine solche Garantie eine Pflicht gegen unser gutes deutsches Heer zu sein. Neben vielen andern Gründen kann doch niemand verkennen, daß die Pflichttreue des deutschen Heeres ein Hauptfaktor bei diesen wunderbaren Siegen ist. Man sagt, die Schule sei der Grund dieser Siege. Das könnte aber höchstens von der konfessionellen Schule gesagt werden, und wäre auch dann nur zu einem kleinen Teile wahr. Die volle Wahrheit aber ist, daß das deutsche Heer seine Pflichttreue aus seiner Religion, aus seinem Glauben geschöpft hat. Die Religion hat die Soldaten begleitet zum Kampfe, hat sie mit Treue erfüllt gegen ihren König, hat sie auf dem Krankenbette unter schweren Wunden getröstet. Die Religion war ihr letzter und einziger Trost, wenn sie auf Schlachtfeldern im fremden Lande ihren Geist aushauchten.

Ein solches Heer hat auch das Recht, zu verlangen, daß das Staatswesen, welches es mit seinem Blute auferbaut hat, in seiner Verfassung die Religion ehre.

Ich erlaube mir noch einen letzten Grund beizufügen. Wenn die Waffen ruhen, werden die innern Kämpfe, welche unser Jahrhundert bewegen, sich wieder regen und die Zukunft Deutschlands bedrohen. Niemand weiß besser als Ew. Excellenz, wie gefährlich dieselben auch dem monarchischen Prinzip werden können. Wenn auch der gewaltige Erfolg sie auf einige Jahre niederhält, sie werden wieder hervorbrechen. Alle diese negativen Bestrebungen haben aber keinen fruchtbareren Boden, als auf dem religiösen Gebiete. Wenn dieses den einzelnen Staaten ganz überlassen bleibt, so wird die Zeit nicht ausbleiben, wo man bald hier, bald dort durch religiöse Kämpfe die Gemüter aufs höchste erbittern wird, um dann die dadurch hervorgerufene Unzufriedenheit für schlechte politische Bestrebungen auszubeuten. Wer die Zukunft Deutschlands vor diesen gefährlichen Experimenten bewahrt, der benimmt allen Richtungen, welche den Bestand Deutschlands im Innern gefährden wollen, ihre Hauptkraft. Auch in dieser Hinsicht halte ich daher die Aufnahme der Bestimmungen der preußischen

Digitized by Google

Verfassung in die deutsche Rechtsverfassung für den höchsten Akt politischer Klugheit. Ohne religiösen Frieden wird die Zukunft Deutschlands nie gesichert sein.

Ich betrachte es deshalb als eine ganz besondere Fügung der göttlichen Vorsehung, daß zur selben Zeit, wo Preußen so immense Erfolge erkämpfen sollte, die Weisheit seiner Könige und Staatsmänner in den betreffenden Verfassungsbestimmungen ein so überaus glückliches Mittel gefunden hat, um die tiefste Wunde Deutschlands, seine religiöse Spaltung, so viel wie möglich zu heilen. Je länger ich alle Verhältnisse der Gegenwart und der verschiedenen Staaten beobachte, desto mehr überzeuge ich mich davon, daß diese Verfassungsbestimmungen das einzige Mittel zum religiösen Frieden sind.

Es erübrigt mir nur noch zum Schlusse Ew. Excellenz für diese lange vertrauungsvolle Auseinandersetzung um Verzeihung zu bitten. Möge Gott, der Ihnen eine so hervorragende einflußreiche Stellung unter Ihren Mitmenschen gegeben, Ihre bezüglichen Entschließungen leiten. Da S. Majestät der König von Gerechtigkeit erfüllt ist gegen seine katholischen Unterthanen, so wird es namentlich von Ew. Excellenz Entschließungen abhängen, ob die Freiheit der christlichen Kirchen auch in der deutschen Verfassung eine Anerkennung finden wird.

Wenn Ew. Excellenz das bewirken, so werden Sie für die Zukunft Deutschlands etwas thun, worauf die kommende Generationen gewiß mit dem tiefsten Danke zurückblicken werden.

Genehmigen ꝛc.

Mainz a. 1. Oktober 1870.

Dieses Schreiben (das unbeantwortet blieb) erhielt bald einen Kommentar durch Preß- und andere Stimmen aus demselben Lager, ähnliche Besorgnisse einerseits, und dieselben Forderungen an das erst noch in einiger Perspektive stehende neue deutsche Reich andererseits. Drei Monate später, im Januar 1871, als die Wahlen zum ersten deutschen Reichstage heranrückten, langte in Versailles ein Schreiben an, von Herrn Majunke an den Grafen Frankenberg gerichtet. Der Adressat gab dasselbe dem Fürsten Bismarck zu lesen. Von dem Briefsteller selber wird die Veranlassung des Schreibens folgendermaßen dargestellt: „Der Verfasser dieser Zeilen (Majunke), welcher damals im Wahlkreise des Grafen Frankenberg wohnhaft war, hatte an letzteren nach Versailles, wo sich derselbe Anfangs 1871 in der Umgebung des Kaisers und des Fürsten Bismarck befand, eine Zuschrift gerichtet des Inhalts, daß der Adressat bei der bevorstehenden Neuwahl wiederum zum Abgeordneten gewählt werden würde, falls er sich dazu verpflichten wolle, für die Aufnahme von Grundrechten in die neue Reichs-

Digitized by Google

verfassung zu stimmen. Es wurde hinzugefügt, daß eine ausdrückliche Gewährleistung dieser Rechte in der Verfassung des Reiches mit Rücksicht auf den zwei Jahre vorher von „liberaler" Seite versuchten Klostersturm unumgänglich erscheine. Eine unbedingte Forderung, daß der Wahlkandidat dem Zentrum beitreten solle, wurde nicht gestellt; der Graf war der bisherige Vertreter des Wahlkreises „Grottkau-Falkenberg" im Norddeutschen Reichstage gewesen, hatte sich von Anfang an der freikonservativen Fraktion angeschlossen gehabt, und da bis dahin keine Klagen über sein privates kirchliches Verhalten vorlagen, so glaubte man, ihm den Eintritt in das Zentrum nicht zur conditio sine qua non machen zu sollen. Infolge der während des Krieges erschwerten Verkehrsverhältnisse erhielt der Fragesteller indeß erst wenige Stunden vor der Wahl eine ausweichende Antwort. Graf Frankenberg wurde daher noch einmal mit großer Majorität gewählt; da er aber das Vertrauen seiner katholischen Wähler fortdauernd nicht rechtfertigte, war er bei Beginn der nächsten Legislaturperiode genöthigt, sich nach einem „liberalen" Wahlkreise umzusehen. Eine ähnliche Anfrage wie an Graf Frankenberg, erging an andere Vertreter katholischer Wahlkreise, bezüglich deren Verhalten bei der Grundrechtfrage man nicht sicher war." Man findet diese Notiz in der Schrift desselben Verfassers: „Das evangelische Kaisertum", in welcher Herr Majunke sagt: „Die politische Einigung war ein bloßer Vorwand, um die katholische Kirche in Deutschland auszurotten; das deutsche Reich wurde nicht gegründet, um das lange ersehnte Ideal der Deutschen zu erfüllen, sondern um den Protestantismus zur herrschenden Religion zu machen und in Deutschland daneben keine zweite Konfession zu dulden. Wäre die politische Einigung nicht ein bloßer Vorwand gewesen, nicht von kirchlichen Tendenzen diktiert: Warum hat man denn gerade die Hohenzollern zu Trägern des Kaisertums erlesen? Lagen da nicht die Habsburger näher? Dieses Kaiserhaus hat seit Jahrhunderten über Deutschland geherrscht, und der Kaiser Franz Joseph hatte noch durch die im Jahre 1863 erfolgte Zusammenberufung des Fürstentages nach Frankfurt a. M. bewiesen, daß er eine Reform der deutschen Bundesverfassung und eine engere Verbindung der deutschen Staaten unter einander begünstige. Das aber wollten die Culturpauker nicht, sie wollten ein protestantisches „Kaisertum".

Fürst Bismarck legte anfangs den nach Versailles gelangenden Schreiben der bezeichneten Art wenig Bedeutung bei. Er äußerte

Digitized by Google

sich darüber später wie folgt: „Als wir uns noch in Versailles befanden, überraschte es mich einigermaßen, daß an katholische Mitglieder parlamentarischer Körperschaften eine Aufforderung erging, sich unbedingt mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob sie der Fraktion, die wir heute unter dem Namen der Zentrumsfraktion kennen, beizutreten entschlossen wären und sich dazu verstehen wollten, in der Reichspolitik dahin zu stimmen und darauf zu bringen, daß diese Grundrechte der preußischen Verfassung (in betreff der religiösen Rechte) in die Reichsverfassung aufgenommen würden. Mich erschreckte dieses Programm noch nicht so sehr, um so weniger, als ich wußte, von wem es ausging; von einem hochgestellten Kirchenfürsten, der die Aufgabe hatte, dahin zu wirken und seine Aufgabe so erfüllte. Diese Bewegung war eingeleitet von dem früheren Bundestagsgesandten v. Savigny, von dem ich nicht glaubte, daß sein Einfluß sich in wesentlich regierungsfeindlicher Richtung bewegen würde. Ich führe nur die Gründe an, weshalb ich dieser Sache nicht so großes Gewicht beilegte". Es war sonderbar, daß gerade Herr v. Savigny, als Vertreter der Regierung vier Jahr früher, bei der Beratung des Verfassungsentwurfs für den Norddeutschen Bund, und zwar unter Zustimmung aller Parteien, auch der seinigen, erklärt hatte: daß das religiös-sittliche Gebiet der selbständigen Bestimmung der einzelnen Staaten entschieden nicht entzogen werden solle.

Im November 1870 hatten inzwischen die Wahlen zum preußischen Landtage stattgefunden, und die Wände des Abgeordnetenhauses am Dönhofsplatze blickten auf eine neue Partei, eine konfessionelle, die sich in aller Stille unter dem Eindrucke der Schlacht von Sedan gebildet hatte, als Vorläufer des künftigen „Zentrum" des deutschen Reichstages. Noch wurde sie aber als eine solche, als eine konfessionelle, nicht erkannt, ihre Bildung vielmehr in Versailles, wenigstens nach den offiziösen Instruktionen, dahin vorstanden: „Neben den eigentlich politischen Parteien ist bei den diesmaligen Wahlen die katholische Bevölkerung in einzelnen Provinzen, namentlich in Schlesien, Westfalen und Rheinland geschlossener als sonst, hervorgetreten, augenscheinlich dazu veranlaßt durch die wichtigen Vorgänge, welche in der letzten Zeit die römische Kirche in ihrem Oberhaupt betroffen haben. Die katholische Bevölkerung hat unter dem Eindrucke dieser Ereignisse mehr Wert als sonst darauf gelegt, durch entschieden katholische Abgeordnete vertreten zu sein, und es hat sich demzufolge die Zahl

Digitized by Google

derselben etwa verdoppelt. Ein erheblicher Theil dieser katholischen Abgeordneten steht in politischer Beziehung der konservativen Partei nahe."

Staatssekretär v. Thiele, der in Berlin den abwesenden Minister des Auswärtigen vertrat, erklärte dem italienischen Gesandten, der über jene Wahl seine Beklemmungen äußerte, und den Staatssekretär wegen der Stellung der preußischen Regierung zu der neuen Strömung befragte: „daß man in Preußen sehr wohl dahin kommen dürfte, mit einer solchen Macht rechnen zu müssen."

Aus dem neu gewählten Landtage richtete die neue Partei (56 ultramontane Abgeordnete) im Februar 1871 an den Kaiser und König nach Versailles eine Adresse um Wiederherstellung des Kirchenstaates und der weltlichen Souveränität des Papstes. In derselben war gesagt: „Für das Papsttum giebt es keine andere Unabhängigkeit als die Souveränität; nur in ihr ist seine Würde vollkommen gesichert. Ein entthronter Papst ist immer ein gefangener oder verbannter Papst. Was keiner Macht gleichgültig sein kann, müßte folgen. Die Gewissensfreiheit der Katholiken, von der souveränen Freiheit des Papstes zuletzt getragen, wäre geknechtet mit der tödlichen Verletzung ihres Rechtes ... Möge es Allerhöchstdenselben gefallen, als eine der ersten Thaten kaiserlicher Weisheit und Gerechtigkeit den großen Akt der Wiederherstellung ihres Rechtes und ihrer Freiheit zu vollziehen. Möge der neue Friedenstag die notwendige Wiederaufrichtung der weltlichen Herrschaft des römischen Stuhles bringen, zu welcher auf dem Kongreß zu Wien Ew. Majestät hochseliger Vater König Friedrich Wilhelm III. glorreichen Andenkens so hervorragend mitgewirkt."

Das war die zweite an das neugeborene deutsche Reich von einer Seite erhobenen Forderung: die Wiedereinsetzung des Papstes in seinen weltlichen Besitz. Man kannte auch diese bereits aus Preßerzeugnissen des ultramontanen Lagers und anderen Kundgebungen. Jetzt lag sie in feierlicher Form vor, an den Stufen des Thrones. Man sagte sich jetzt in Versailles, selbst ohne Rücksicht auf den Inhalt dieser zweiten Forderung: „Wohin geht diese immer energischer hervortretende Bewegung? Ehe irgend ein anderer auf der Bühne des neuen Deutschlands das Wort genommen, erscheint sie und gebietet, das neue Reich habe in ihren Dienst zu treten. Kein Ausdruck der Genugthuung über die erreichten Erfolge der Waffen und der Politik Deutschlands, kein

Digitized by Google

Gruß an das neue deutsche Reich! Bloß ein paar Forderungen: das deutsche Reich hat dem Papste seinen verlorenen Landbesitz wieder zu verschaffen, und es hat einzuräumen, daß auf deutschem Boden die römische Kirche sei und werde, was die Männer des vorjährigen Konzils in Rom aus ihr machen wollten."

Die Stimmung der preußischen Regierung für den Papst war während des Krieges die beste. Die Nachricht von der Okkupation Roms durch die Italiener gelangte an das große Hauptquartier nach Ferrière am 26. September. Fürst Bismarck äußerte in einem Gespräch über den Papst im Vatikan: „Ja, Souverän muß er bleiben. Nur fragt sich's, wie? Man würde mehr für ihn thun können, wenn die Ultramontanen nicht überall gegen uns aufträten. Ich bin gewohnt, in der Münze wiederzuzahlen, in der man mich bezahlt."

Charakteristisch ist auch das Tischgespräch, welches uns „Busch" in seinem bekannten Werke: „Graf Bismarck und seine Leute" aufbewahrt hat. Der litterarische Begleiter des Kanzlers berichtet uns darüber das folgende:

Hatzfeld fragte: „Haben Exzellenz schon gelesen, daß die Italiener in den Quirinal eingebrochen sind?" — Der Chef antwortete: „Ja, und ich bin neugierig, was der Papst dagegen thun wird. Abreisen? — Aber wohin? — Er hat bei uns schon gebeten, wir möchten bei Italien vermittelnd anfragen, ob man ihn abreisen lassen würde, und ob dies mit der ihm gebührenden Würde geschehen könne. Wir haben das gethan, und sie haben geantwortet, man würde seine Stellung durchaus achten und darnach verfahren, wenn er fort wollte." — „Sie werden ihn nicht gern gehen lassen", versetzte Hatzfeld. „Es liegt in ihrem Interesse, daß er in Rom bleibt." — Chef: „Ja gewiß, aber er wird doch vielleicht gehen müssen. Wohin aber? Nach Frankreich kann er nicht, da ist Garibaldi. Nach Österreich mag er nicht. Nach Spanien? Ich habe ihm — Bayern vorgeschlagen." Er sann einen Augenblick nach, dann sagte er: „Es bleibt ihm nichts als Belgien oder — Norddeutschland. — Es ist in der That schon angefragt, ob wir ihm ein Asyl gewähren könnten. Ich habe nichts dagegen einzuwenden — Köln oder Fulda. — Es wäre eine unerhörte Wendung, aber doch nicht so unerklärlich, und für uns wäre es recht nützlich, wenn wir den Katholiken als das erschienen, was wir in Wirklichkeit sind, als die einzige Macht gegenwärtig, die dem obersten Fürsten ihrer Kirche Schutz gewähren

Digitized by Google

könnte und wollte. Stofflet und Charette und ihre Zuaven, die gingen gleich nach Hause. Für die Opposition der Ultramontanen hörte jeder Vorwand auf — in Belgien, in Bayern. Mallinckrodt träte auf die Seite der Regierung."

„So viel", sagt Herr Majunke, „geht aus dem ganzen Tischgespräch, dessen korrekte Wiedergabe wir noch aus besonderen Gründen verbürgen können, hervor, daß Fürst Bismark zur damaligen Zeit noch dem schlummernden Löwen glich, der Friede und Feindschaft zugleich in seinem Busen trägt und bei dem es auf den Verlauf der äußern Verhältnisse ankommt, ob er zur Bethätigung der einen oder der andern seiner beiden Neigungen veranlaßt wird. Des Kanzlers neue Freunde, d. h. diejenigen, die er seit 1866 gewonnen hatte, resp. gewinnen mußte, drängten ihn zur Feindschaft mit seinen alten Freunden, den Katholiken. Zur Aufrechterhaltung der bisherigen Freundschaft stellte er den letztern Bedingungen, welche dieselben nicht erfüllen konnten; das reizte ihn und aufgestachelt von seinen neuen Freunden stürzte er sich mit seiner ganzen Löwennatur in den „Kulturkampf" hinein."

Das ist die Vorstellung des Ultramontanismus, für welchen der Krieg von 1870 gegen das katholische Frankreich ein so großes Unrecht war, wie der von 1866 gegen das katholische Österreich. Fürst Bismark hat immer nur den Kampf gegen den Ultramontanismus geführt, gegen den antinationalen Geist, der in Preußen den welfischen und polnischen, also antipreußischen Geist in sich aufgenommen hatte. Es war auch von dieser Seite dem Kriege mit Frankreich ein konfessioneller Charakter untergeschoben, d. h. der eines Krieges des Protestantismus wider den Katholizismus, in Konsequenz der Anschauung, daß Preußen — wie Herr Majunke sagt — der „unversöhnliche Feind der katholischen Kirche ist", und daß das deutsche Reich, das aus dem Kriege als drohendes Gespenst hervorblickte, von vorn herein als — wie ebenfalls Herr Majunke sagt — der „geborene Gegner des heiligen Stuhls" ausgegeben wurde. In Feindesland entsprangen daraus ernste Gefahren für die Protestanten. Dort hinderte das gemeinsame Nationalgefühl trotz seiner in Deutschland unbekannten Ausprägung nicht den Ausbruch innerer konfessioneller Feindseligkeiten; eine Angelegenheit, die erst in neuerer Zeit ans Licht gezogen ist. Vor vier Jahren brachte die religiöse Zeitung „Le Signal" unter dem Titel Une page d'histoire contemporaine einen für die Verhältnisse, wie sie sich im Jahre 1870 zu entwickeln

Digitized by Google

drohten, recht bezeichnenden Artikel. Es trägt diese Nummer das Datum vom 18. Oktober 1879, und mag es wohl von eigenem Interesse für das deutsche Publikum sein, aus diesem Blatte zu ersehen, wie bei Ausbruch des letzten Krieges die Dinge in gewissen Gegenden Frankreichs lagen. Diese Page d'histoire contemporaine bringt nämlich und zwar mit Hinweisung auf die in zwei im Jahre 1871 erschienenen Broschüren enthaltenen Dokumente und Enthüllungen die Gefahren in Erinnerung, denen die Protestanten im mittäglichen Frankreich wie auch in dem Elsaß von seiten ihrer fanatisierten katholischen Mitbürger ausgesetzt waren. Bis jetzt hatten die französischen Protestanten fast durchweg über diese von anderer Seite oftmals hervorgehobenen Gefahren des Kriegsjahres geschwiegen; nur wenige hatten es gewagt, die so unheimlich durch die Kriegsvorbereitungen und durch die Siegeshoffnungen des napoleonischen und päpstlichen Frankreichs durchschimmernden Streiflichter auf eine geplante Protestantenhetze zu erwähnen, obgleich von der anderen Seite her nach den Niederlagen und nach dem Friedensschlusse die Verdächtigungen und gehässigen Anfeindungen gegen die angeblich mit den „preußischen" Heeren sympathisierenden Protestanten reichlich flossen. Dies Stillschweigen der so heftig und so schnöde angegriffenen Protestanten läßt sich wohl dadurch erklären, daß sie von jeher daran gewöhnt waren, sich als Minorität zu fühlen, und daß ihnen ein gewisses Gefühl der Gedrücktheit innewohnte, das sie dahin führte, im Allgemeinen froh zu sein, wenn man ihrer gar nicht erwähnte, wenn man sie in Ruhe ließ und auf die gegen sie gerichteten Angriffe aller Art lieber zu schweigen, als sich gegen sie zu erheben. Es mag dieser Charakterzug des französischen Protestantismus aus der alten Zeit der blutigen Unterdrückung der Hugenotten, des Wiederrufs des Edikts von Nantes und der Dragonaden herrühren, er ist jedenfalls bezeichnend, zumal er den Protestanten in allen Landestheilen Frankreichs, im Norden wie im Süden, im Osten wie im Westen, anhaftet und auch die Ängstlichkeit, mit der bis in die jüngste Zeit die Anhänger der Reformation in den politischen, nichtreligiösen Dingen aufzutreten gewohnt waren, erklärt. Diese Ängstlichkeit hat nun gewiß auf der anderen Seite nicht zum geringsten dazu beigetragen, den Übermut der eigentlichen katholischen Partei zu steigern; denn es liegt ja im romanischen Blute, daß der Starke durch die Demut des Schwächeren nicht entwaffnet wird, sondern daß er sich in der Sicherheit seiner Übermacht nur noch gehoben fühlt.

Digitized by Google

Die Page d'histoire contemporaine mag somit auch in weiteren Kreisen Aufsehen erregen, da das Blatt, das sie veröffentlicht, mit der hergebrachten Ängstlichkeitstradition der französischen Protestanten bricht und in unverblümter Weise, in dürren Worten, dem katholischen Klerus die Anklage ins Gesicht schleudert, bei Beginn des Krieges von 1870 eine neue Bartholomäusnacht gegen die Protestanten vorbereitet zu haben. Die Zeitung beruft sich dabei auf zwei Schriften, die im Jahre 1871 unter dem Titel: Les Défenseurs de l'idole und La chute d'une idole von H. F. de Rougemont in Basel und in Genf veröffentlicht wurden: diese Schriften hätten damals die Beweise für die Richtigkeit der Anklage vorgebracht; der Verfasser „zeige durch Briefe, mündliche Überlieferungen und mannigfaltige, einander ergänzende Beweise, daß am Vorabend des unglücklichen Krieges von 1870 eine Bartholomäusnacht geplant worden war, und daß sie mit stillschweigender Autorisation des Kaiserreiches ausgeführt werden sollte." Das Blatt nimmt die Beweisführung, die aus den Schriften des H. de Rougemont hervorgeht, als eine vollständige an; es geht nicht weiter auf die Diskussion der Thatsachen ein, die es nur im Vorbeigehen durch einige andere vervollständigen will, sucht aber durch Zitate aus den ultramontanen Zeitschriften zu beweisen, daß die gegen den französischen Klerus erhobene Anklage schon durch die Sprache dieser Schriften, durch die Ansichten, die sich theoretisch darin breit machen, erklärlich und gewissermaßen begründet seien.

Wir finden da einen recht lehrreichen Auszug aus einer klerikalen Zeitschrift, aus der „Revue des questions historiques" über die Bartholomäusnacht. — „Die Protestanten", so schrieb der Verfasser dieser Arbeit im Jahre 1866, „in ihrer Qualität als Ketzer unter der weltlichen Gewalt, so wollte es die Verfassung; so mußte es sein, nach den heiligen Versprechungen, die der König am Tage der Krönung abgegeben hatte, als er geschworen, die katholische Religion und die religiöse Einheit (l'unité religieuse) des Staates zu vertheidigen. Konnte der Staat also den Protestanten eine ungesetzliche und von allen verworfene Glaubensfreiheit geben? Die Protestanten legten in Frankreichs Schoß den Keim einer sozialen Zersetzung nieder; und durfte der Staat sie gewähren lassen? . . . Diese Frage aufwerfen, heißt ganz natürlich sie entscheiden."

Was nun die Thatsachen selbst, auf welche das „Signal" anspielt, anbetrifft, so sind sie in den oben schon angeführten

Digitized by Google

Schriften des Herrn de Rougemont des näheren auseinandergesetzt. Der Verfasser stützt sich dabei auf die während des Krieges in dem Elsaß veröffentlichten Zeitungen, „Oberrheinischer Courier", „Electeur souverain", auf das von einem protestantischen Pfarrer in Kolmar, Herrn Schäffer, in der Zeitschrift „La Famille" veröffentlichte „Tagebuch während des Krieges", sowie auf mehrere in die Genfer Blätter im Jahre 1871 aufgenommene Korrespondenzen aus dem Elsaß. Es stimmen diese Berichte alle darin überein, daß sie von einer allgemeinen Aufregung sprechen, die bis Ausbruch des Kriegs in den religiös gemischten Grenzländern Frankreichs herrschte, von den Drohungen, welche gegen die Protestanten ausgestoßen wurden, von der Gefahr einer Volkserhebung gegen die nicht katholischen Landesinsassen.

Schon während des Krieges war es in Versailles bekannt geworden, daß es Gemeinden im Elsaß mit gemischter Bevölkerung gab, in denen die protestantischen Männer jede Nacht bewaffnet Wache hielten, um sich und Frau und Kinder gegen einen Überfall des fanatisierten katholischen Landvolkes zu schützen. In Deutschland, zumal in Preußen, wurden die Fackeln von Bartholomäusnächten in Gestalt von Verdächtigungen der preußischen Politik in die Bevölkerung geschleudert. Vom Anfange des Krieges an hatte Bismarck vollauf zu thun, um sich derselben zu erwehren. Die Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gegen die ultramontane Presse aller Länder stammten aus Versailles. Beschwerden auch von befreundeter Seite über den Ton mancher jener Artikel kamen aus Deutschland dahin zurück. „Ja, es ist doch aber alles wahr und richtig", rief der Kanzler aus. Er ermahnte aber doch seinen litterarischen Beistand, nicht so massiv, auch nicht so maliziös zu sein, sondern mehr politisch. „In der Politik ist der Zweck nicht Beleidigung, selbst bei Kriegserklärungen ist man höflich."

Am 8. November erschien in Versailles beim Fürsten Bismarck (zur Frühstückszeit) ein „ältlicher Herr, der ein seidenes Gewand und ein scharlachnes Käppchen, sowie eine Art Schärpe von gleicher Farbe trug. Es war der Erzbischof Ledochowski aus Posen, und man wollte wissen, es handle sich um das Anerbieten des Papstes, zu unsern Gunsten bei der französischen Regierung zu intervenieren. Vermutlich hoffte man damit eine Intervention der deutschen Regierung zu Gunsten des Papstes zu erkaufen. Der Erzbischof blieb bis gegen drei Uhr da, und der Chef begab sich, nachdem jener sich wieder entfernt, zum Könige."

Digitized by Google

Um eine Verwendung bei der französischen Regierung handelte es sich wohl nicht. Was hätte bei Jules Favre und Rochefort der Heilige Stuhl vermocht? Aber in anderer Richtung hat dieser für den Frieden zu wirken gesucht. Bismarck selber berichtet darüber mit den Worten: „Wir haben gesehen, daß in Frankreich der Franzose stets höher steht in der eignen Selbstschätzung des Geistlichen, als der Geistliche. Wir haben ein sehr eklatantes Beispiel davon unter andern erlebt während der Friedensverhandlungen, wo Se. Heiligkeit der Papst den französischen Bischöfen ausdrücklich und durch das Organ eines bestimmten Bischofs, das ich bezeichnen kann, empfahl, für den Frieden thätig zu sein. Der Papst, so monarchisch auch die Kirche jetzt organisiert ist, fand aber hier kein Gehör; der französische Patriot überwog den französischen Geistlichen in den beteiligten Personen. Wir haben Ähnliches in Spanien und anderwärts, nur in Deutschland nicht." Ob nun der Posener Erzbischof gerade zum Zwecke des Anerbietens der päpstlichen Intervention nach Versailles gekommen, ist zweifelhaft. Die Sache verhielt sich vielmehr so: „Ledochowski war vor dem Jahre 1870 am Berliner Hofe persona gratissima. Als man ihn in Rom während des Konzils näher kennen lernte, fand man dort bei seiner geistigen Mittelmäßigkeit dafür keine andere Erklärung, als die aristokratisch feinen Manieren und die gesellschaftliche Gewandtheit des polnischen Prälaten. Man erzählte sich einige — nicht mitteilbare — Witze, die Pius IX. über Berlin und Mgr. Ledochowski zu machen pflegte. Erst Ledochowski's Pilgerfahrt nach Versailles und seine Adresse um die Wiederherstellung der weltlichen Papstherrschaft durch deutsche Waffen brachten ihn bei Pius IX. in Gunst und Gnaden und verhalfen ihm zur Kardinalswürde."

Auch der päpstliche Nuntius Chigi fand sich in Versailles bei Fürst Bismarck ein, hatte eine lange Unterredung mit ihm, und wandte sich dann nach Tours. Im Dezember wurde sogar eine noch höher stehende Persönlichkeit erwartet. „Daß Antonelli sich am Ende noch auf die Reise macht und hierher kommt, will manchem gar nicht einleuchten", sagte Fürst Bismarck. Im Vatikan hat man noch lange beim Fürsten Bismarck eine legitimistische Neigung für das potere temporale und eine gleiche Abneigung gegen das durch Revolution entstandene und demokratisch regierte Italien vorausgesetzt. Über das letztere äußerte sich Bismarck bei einer spätern Gelegenheit:

„Es hat vielleicht kaum einen Moment gegeben, welcher geeig-

Digitized by Google

neter gewesen wäre zu einer Verständigung mit dem römischen Stuhle, als der am Schluß des französischen Krieges. Es sind darüber Unwahrheiten behauptet worden, die auf völliger Unkenntnis der Verhältnisse beruhen. Jedem, der mit uns in Frankreich gewesen ist, ist bekannt, daß unser sonst gutes Verhältnis zu Italien während des ganzen Krieges, wenn auch nicht einer Trübung, doch einer Verstimmung unterlag, die bis zum Abschluß des Friedens blieb. Es war eine auffallende Erscheinung, daß in Italien die Vorliebe für die Franzosen stärker war, als die Rücksicht auf die Interessen des Landes, welches im Verein mit uns auf den Schlachtfeldern die Unabhängigkeit von Frankreich hätte erkämpfen müssen. Wir haben es allein gekonnt, aber es ist eine Thatsache, daß uns italienische Truppen unter Garibaldi gegenüber gestanden haben, deren Abgang von Hause hätte verhindert werden können. Es trat eine glücklicher Weise vollständig überwundene Verstimmung zwischen Deutschland und Italien zu Tage. Wir waren weit entfernt, daß wir aus Vorliebe für Italien irgend etwas gethan hätten."

Im Februar (1871) empfing der Kaiser eine Adresse, welche die Malteser und viele andere Adelige an S. Majestät zu Gunsten des heiligen Vaters nach Versailles gesandt hatten. Der Kaiser empfing den Herzog von Ratibor und den Freiherrn v. Schorlemer, welcher letztere die von der rheinisch-westfälischen Malteser-Genossenschaft unterzeichnete Adresse überreichte, sehr huldvoll und antwortete den Herren: Seine (des Kaisers) Gesinnungen für den Papst „als das kirchliche Oberhaupt seiner katholischen Unterthanen" seien noch stets dieselben, er sehe in der Okkupation Roms einen Gewaltakt, so wie eine Anmaßung von Seiten Italiens, und er würde „nach Beendigung des Krieges in Gemeinschaft mit den andern Fürsten Schritte dagegen in Betracht ziehen." (Diese persönliche Sympathie für den Papst hinderte nun die deutsche Politik allerdings nicht, daß in der Thronrede, welche im Monat März den ersten Reichstag eröffnete, die Nichtinterventions-Politik entschieden betont wurde.)

Die guten Beziehungen zum Papste schienen die innigsten werden zu sollen, als an den Kaiser, eben nach Berlin zurückgekehrt, die folgende sympathische Kundgebung aus Rom anlangte:

Papst Pius IX. dem Allerdurchlauchtigsten Großmächtigsten Kaiser, Gruß! Durch das geneigte Schreiben Eurer Majestät ist uns eine Mitteilung geworden,

Digitized by Google

der Art, daß sie von selbst unsre Glückwünsche hervorruft, sowohl wegen der Ew. Majestät dargebotnen höchsten Würde, als wegen der allgemeinen Einstimmigkeit, mit welcher die Fürsten und freien Städte Deutschlands sie Ew. Majestät übertragen haben. Mit großer Freude haben wir daher die Mitteilung dieses Ereignisses entgegen genommen, welches, wie wir vertrauen, unter dem Beistande Gottes für das auf das allgemeine Beste gerichtete Bestreben Ew. Majestät nicht allein für Deutschland, sondern für ganz Europa zum Heil gereichen wird. Ganz besondern Dank aber sagen wir Ew. Majestät für den Ausdruck Ihrer Freundschaft für uns, da wir hoffen dürfen, daß derselbe nicht wenig beitragen wird zum Schutz der Freiheit und der Rechte der katholischen Religion. Dagegen bitten wir aber auch Ew. Magestät überzeugt zu sein, daß wir nichts unterlassen werden, wodurch wir bei gegebener Gelegenheit Ew. Majestät nützlich sein können. Inzwischen bitten wir den Geber aller Güter, daß er Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät jedes wahre Glück reichlich verleihe und Sie mit uns durch das Band vollkommner Liebe verbinde. Gegeben zu Rom bei St. Peter am 6. März 1881, im 25. Jahre unsres Pontifikats. Gez. Pius P. P. IX.

Dem Fürsten B. war diese Kundgebung so willkommen, als erwartet. Er hielt an der Hoffnung fest, „daß die gewichtigen Elemente in der katholischen Kirche, welche sich der nationalen Bewegung unter preußischer Leitung abgeneigt zeigten, nunmehr nach verfassungsmäßiger, und von Rom aus freudig begrüßter Neugestaltung des deutschen Reichs der friedlichen Entwicklung desselben im Interesse staatlicher Ordnung ihre freiwillige Unterstützung widmen würden."

Das Schreiben des Papstes vom 6. März fiel in eine Zeit, wo bereits in Preußen die ersten Plänkeleien, welche dem späteren großen Kampfe vorangingen, begonnen hatten. Die Bedeutung, die dasselbe für F. B. hatte, beruhte namentlich auf dem Kontraste, in dem die darin ausgedrückten Sympathien zu der wilden Reichstags-Wahl-Agitation der Ultramontanen standen, welche gerade im Lande Preußen (zum Unterschiede von Bayern) unerwartete Erfolge der neuen Partei verschaffte. Schon nach Versailles waren Berichte folgender Art gelangt: „Die Ultramontanen (der preußischen Monarchie) entfalteten eine auffallende Rührigkeit, selbst in Kreisen, wo sie wegen überwiegend protestantischer Bevölkerung keine Aussichten hätten, obzusiegen; als Kandidaten würden nur Personen aufgestellt, welche sich verpflichteten, im Reichstage einer besonderen katholischen Fraktion (der Name für dieselbe sei noch vorbehalten) beizutreten; selbst solche bisherige Abgeordnete, welche in jeder Beziehung sich als treue Katholiken erwiesen hätten,

Digitized by Google

würden fallen gelassen, wenn sie diese Verpflichtung nicht eingehen wollten. Es würden Abgeordnete in den Kreisen, wo sie angesehen und angesessen waren, abgesetzt und andere gewählt, die nicht einmal dem Namen nach bekannt wären. Nach der politischen Parteistellung frage man nicht. Durch die Wahlreden und Wahlmanifeste zöge sich als roter Faden der Ruf: Zurückeroberung Roms und Freiheit der Kirche, letztere sollte durch die Übertragung gewisser preußischer Verfassungsartikel auf das ganze Reich etabliert werden. Man bemerke eine so straffe Organisation der Partei „wie um einen großen Kampf in Szene zu setzen." Die kleine Presse, z. B. in Oberschlesien, arbeite mit Hochdruck; es mache sich darin eine bisher nicht in gleichem Maße beobachtete publizistische Klopffechterei bemerkbar. Die anderen Parteien geben sich zum Teil einer unerklärlichen Sicherheit hin."

Den Fürsten Bismarck kümmerten weniger die „faulen Äpfel," die bei jeder Wahlagitation geworfen werden, als die Werbefahne der neuen Fraktion: „Die Konfession und nur die Konfession." Er hat erst ein Jahr später öffentlich die Gedanken vorgetragen, die schon in Versailles und dann in Berlin die Bildung jener Partei bei ihm erweckte.

„Ich habe es von Hause aus, sagte er, als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf dem politischen Gebiete betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildete, eine Fraktion, der man, wenn andere Konfessionen dasselbe Prinzip annehmen wollten, die Gesamtheit einer evangelischen Fraktion gegenüber stellen müßte; dann wären wir allerdings auf einem incommensurabeln Boden, denn damit würden wir die Theologie in die öffentlichen Versammlungen tragen, um sie zum Gegenstand der Tribünen-Diskussion zu machen. Es war ein großer politischer Fehler, den die Herren vom politischen Standpunkte des Abg. Windthorst begingen, daß sie diese Fraktion überhaupt bildeten, eine konfessionelle Fraktion auf rein politischem Boden, indem sie ihre Glaubensgenossen aus den verschiedensten Fraktionen, durch die Einflüsse, die ihnen zu Gebote standen, nötigten, sich ihnen anzuschließen ... Sucht diese Partei den Frieden, indem sie ihre Macht zeigt? Das war die Frage. Ich habe, als ich aus Frankreich zurückkam, die Bildung dieser Fraktion sehr bald nicht anders betrachten können als im Lichte einer Mobilmachung der Partei gegen den Staat. Ich habe zuerst auch gefragt: Wird dieses streitbare Corps, welches zweifel-

Digitized by Google

lose Anhänger der Regierung aus ihren Sitzen verdrängt und eine solche Macht übt, daß es gänzlich unbekannte Leute, die in den Wahlkreisen niemals gesehen waren, bei der Wahl durch einfachen Befehl von hier aus durchsetzt — wird dieses streitbare Corps der Regierung verbündet sein, wird es ihr helfen oder entgegenstreben wollen? Ich bin etwas zweifelhaft geworden, als ich die Wahl des Führers sah, als ich sah, daß ein so kampfbereites Mitglied wie Herr Windthorst, sofort an die Spitze trat, ein Mitglied, das aus Gründen, die ich achte und ehre, ungern und mit Widerstreben der preußischen Gemeinschaft beigetreten ist, ein Mitglied, das bisher niemals durch seine Haltung und durch die Färbung seiner Rede bekundet hat, daß es diesen Widerwillen überwunden habe. Ich bin indeß, als ich aus Frankreich zurückkehrte, unter dem Eindruck und in dem Glauben gewesen, daß wir an der katholischen Kirche eine Stütze für die Regierung haben würden, vielleicht eine unbequeme und vorsichtig zu behandelnde — ich bin in Sorge gewesen, wie wir es anzufangen haben würden vom politischen Standpunkte aus, etwas anspruchsvolle Freunde so zu befriedigen, daß wir mit ihnen auf die Dauer leben können, und daß wir dabei die nötige Fühlung mit der Mehrheit des Landes behielten. Da wurde ich allerdings durch die Haltung der mobil gemachten Armee überrascht. Ich habe aber immer erst noch abwarten wollen, wie die Partei sich entwickelt, und habe geschwiegen. Von jener Seite wurde nicht geschwiegen. Ich mußte, nach Deutschland zurückgekehrt, erfahren, welche Mittel bei den Wahlen angewendet worden waren. Die Hoffnung wurde zerstört, an einer streng kirchlichen Partei eine Stütze zu gewinnen, die dem Kaiser giebt, was des Kaisers ist, die die Achtung vor der Regierung auch da, wo man glaubt, daß sie irrt, in allen Kreisen, namentlich in den Kreisen des politisch ununterrichteten Volkes, zu erhalten sucht. Ich mußte mit Betrübnis und mit Befremden hören, daß die Wahlreden, die Preßerzeugnisse, die auf die Wahlen hinwirkten, gerade an die Leidenschaft der unteren Klassen, die Masse, appellierten, um sie zu erregen gegen die Regierung, daß dagegen nichts geschah, um irgend ein von Seiten der Regierung vorgekommenes Versehen zu entschuldigen, sondern, daß man alles Unvollkommene sehr scharf beleuchtete. Nichts destoweniger mußte man nach dem Zeugnis der Herrn annehmen, daß die preußischen Einrichtungen, wie sie bestehen, von der katholischen Kirche als ihr willkommen, als ihr nützlich, als ihr eine ehrenvolle und bequeme Stellung

Digitized by Google

gewährend anerkannt würden. Die höchsten Zeugnisse von Sr. Heiligkeit dem Papste, die Zeugnisse der Bischöfe haben uns darüber vorgelegen, daß man mit uns zufrieden sei. Wir durften uns der Hoffnung hingeben, daß diese Zufriedenheit sich einigermaßen bei dem Einfluß auf den gemeinen Mann, wie er wohl auf der Kanzel und im Beichtstuhl geübt wird, erkennbar machen würde. Wie ich sah, daß doch mehr das Gegenteil der Fall war, daß man auf der einen Seite die preußischen Einrichtungen für das Reich verlangte, auf der andern Seite sie dem gemeinen Manne nicht in einem ganz günstigen Lichte zeigte, da bin ich zweifelhaft geworden und bin einen Schritt zurückgetreten. Wie ich ferner gefunden habe, daß die Fraktion, von der ich sprach, im Reichstage sich bereitwillig Elemente aneignete, deren fortdauernder prinzipieller Widerspruch gegen den preußischen Staat und gegen das deutsche Reich notorisch ist, Protestanten, die nichts mit dieser Partei gemein hatten, als die Feindschaft gegen das Reich und Preußen, daß sie Anerkennung fand bei allen den Parteien, die, sei es vom nationalen, sei es vom revolutionären Standpunkte aus, gegen den Staat feindlich gesinnt — eine Gemeinschaft, die die Herren vielleicht im Prinzip zurückweisen, die sie aber doch auf dem Wege, den sie gingen, fanden — da bin ich mir immer klarer in der Besorgnis geworden, daß wir durch diese Partei zu der bedauerlichen Situation kommen würden, in der wir uns befinden."

Dasselbe Thema variirte Bismark bei anderer Gelegenheit in der folgenden Weise:

„Was will diese Partei? Die meisten konnten bis vor kurzem nicht genug das befriedigende der Zustände der katholischen Kirche in Preußen rühmen. Ich glaube, sie hätten noch heute ein Recht dazu. Nun zugegeben, daß auf rein politischem Gebiete eine konfessionelle Fraktion einen Sinn hätte, so könnte das immer nur der Fall sein, wenn sie wenigstens eine rein konfessionelle wäre, wenn sie sich nicht versetzt hätte mit andern Bestrebungen, sich nicht belastet mit der Prozeßführung für Elemente, die der friedlichen Aufgabe, die jede Kirche hat, auch die katholische, völlig fremd sind, die einem gesicherten Rechtszustande entgegen arbeiten, deren Zukunft allein im Kampfe und in der Unsicherheit der Zustände liegt. Dahin gehört vor allem das „geschäftsführende Mitglied", der Wortführer der Partei, der Abgeordnete Windthorst, der der Sache eines nicht mehr regierenden Fürsten durchaus noch nicht entsagt hat. Er beteiligt sich viel an den Debatten, aber das Öl seiner

Digitized by Google

Worte ist nicht von der Sorte, die Wunden heilt, sondern von der, die Flammen nährt, Flammen des Zorns. Ich glaube, meine Herrn vom Zentrum, Sie werden zum Frieden mit dem Staate leichter gelangen, wenn Sie sich der welfischen Führung entziehen, wenn Sie in Ihre Mitte zumal welfische Protestanten nicht aufnehmen, die gar nichts mit Ihnen gemeinsam haben, wohl aber das Bedürfnis, daß in unserem friedlichen Lande Streit entstehe, denn die welfischen Hoffnungen können nur gelingen, wenn Streit und Umsturz herrschen. Nachdem der französische Krieg für diese Partei unglücklich und zu unserem Vorteile abgelaufen ist, nachdem das fehlgeschlagen, dessen Verwirklichung Herr Windthorst von den Siegen der Franzosen erwartet hat, sollen die Katholiken die Kastanien für die Welfen aus dem Feuer holen. Ein zweites Prinzip des Streites nimmt eine friedliebende konfessionelle Partei in sich auf, wenn sie eine Presse unterhält, die von publizistischen Klopfgeistern bedient wird, deren Gewerbe gleich tot sein würde, wenn Frieden wäre, Leute, die nur davon leben, daß sie die Stirn haben, Dinge zu sagen, die man sonst nicht sagt, wie der N. N. in Königshütte, der uns Andersgläubige „die urewigen Feinde des Volkes" nennt. Der dritte Moment, was die Ultramontanen zu einer Kampfpartei macht, ist ihre Konspiration mit dem polnischen Adel zur Wiederherstellung des alten Polens in seine früheren Grenzen. Es ist das ein um so bedenklicherer und für die Regierung unerwünschterer Standpunkt, als sie sich der merkwürdigen Beobachtung nicht verschließen kann, daß die Geistlichkeit, auch die römisch-katholische, in allen Ländern eine nationale ist; nur Deutschland macht eine Ausnahme." Bismarck führte dann weiter aus, daß, wie bereits erwähnt, in Frankreich, wie in andern Ländern, der katholische Geistliche sich immer noch eher als Franzose oder Angehöriger seiner Nationalität fühle, denn als Glied seiner Kirche, daß dort der Patriotismus die konfessionellen Unterschiede zurückdränge, und aus diesem Grunde, trotz der friedlichen Absichten des Papstes, im deutsch-französischem Kriege die französische Geistlichkeit auf Seiten der kriegerisch gesinnten Bevölkerung gestanden und die päpstlichen Vermittlungsversuche zurückgewiesen habe, und fuhr dann fort: „Nur Deutschland bietet die eigentümliche Erscheinung, daß die Geistlichkeit mehr einen internationalen Charakter hat. Ihr liegt die katholische Kirche, wenn sie der Entwicklung Deutschlands sich auf der Basis fremder Nationalität entgegenstellt, näher am Herzen, als die Entwicklung des deutschen Reiches."

Digitized by Google

In solcher Beurteilung der neuen Partei begegnete sich Fürst Bismarck auch mit einzelnen strenggläubigen infallibilistischen Katholiken. Es mag hier ein Brief des Breslauer Kanonikus Dr. Künzer an den Vorsitzenden des ultramontanen Wahlkomités für Schlesien, Graf Ballestrem, von dem er aufgefordert war, sich ihm anzuschließen, eine Stelle finden. Der Brief gehört dem Jahre 1872 an, also einer Zeit, wo bereits der Staat aus seiner Passivität herausgetreten war und gewisse Vorgänge stattgefunden hatten, die auch dem patriotischen strenggläubigen Katholiken vielleicht nicht gefielen.

„Ein hochverehrlicher Vorstand hat den ergebenst Unterzeichneten unter Beifügung des Programmes und der Statuten des sogenannten christlich-konservativen Wahlvereins für Schlesien mit der Aufforderung beehrt, dem genannten Verein nicht nur mit seiner Person beizutreten, sondern auch mittelst seiner ausgebreiteten Personalkenntnis und weitreichendem Einfluß die Zwecke des Vereines im allgemeinen, besonders aber die Gewinnung von Mitgliedern, sowie die Bildung von Kreis- und Lokalvorständen zu fördern."

Der Unterzeichnete bedauert, dieser Aufforderung in keiner Weise entsprechen zu dürfen, weil der genannte Verein nicht sowohl die „christlich-konservativen" Interessen des Volkes wahrnehmen zu sollen scheint, sondern nach § 1 seiner Statuten hauptsächlich Propaganda für die Zentrumsfraktion der gesetzgebenden Versammlungen machen will, also unter dem „christlich-konservativen" Deckmantel einseitig politische Zwecke erstrebt. So leicht sich der Unterzeichnete im wesentlichen mit dem sehr allgemein gehaltenen und elastischen Programme des Vereins befreunden könnte, so sehr widerstrebt es ihm, die unheilvolle Politik der Zentrumsfraktion fördern zu helfen. Er ist ein Feind von der Vermischung der Religion mit Politik und nimmt für die Katholiken in politischen Dingen ebenso die vollste Freiheit in Anspruch, wie er in religiösen Dingen die rückhaltslose Unterwerfung unter die von Gott bestellte Autorität vertritt. Aber die zu wählenden Abgeordneten zwingen, der Zentrumsfraktion beizutreten, ihnen also die Politik, welche die genannte Fraktion befolgt, vorschreiben und sie in eine partikularistische Richtung hineinnötigen: das ist ein ebenso unkluges als gewaltthätiges Unternehmen, das sich kein wahrhaft unabhängiger, auch kein „christlich-konservativer" Mann gefallen lassen darf und gegen das ein jeder protestieren muß, der noch nicht gelernt hat, seine politischen Ansichten nach Ordre und Parole zu formen. Überdies ist die politische Haltung der Zentrumsfraktion gerade für uns Katholiken verhängnisvoll geworden, und es wird die Zeit kommen, da es den meisten klar sein wird, daß die Bildung der Zentrumsfraktion ein politischer Fehler und die Anklammerung der Katholiken an dieselbe ein Unglück gewesen, wie Herr Peter Reichensperger nicht lange vor jener Fraktionsbildung im Hause des Herrn v. Savigny bei Tische in Beziehung auf die von dem geistlichen Rath Müller vorgeschlagene Bildung einer „katholischen" Fraktion sehr richtig vorhergesagt hat. Dann aber wird die bessere Erkenntnis wahrscheinlich zu spät kommen.

Digitized by Google

Weit entfernt also, daß der Unterzeichnete dem Ansinnen, die Bestrebungen des sog. christlich-konservativen Wahlvereins zu fördern, entspricht, wird er vielmehr vor solcher Vermischung der Religion mit Politik und vor dem unheilbringenden Weiterschreiten auf den kirchlich politischen Bahnen der Zentrumsfraktion alle warnen müssen, die nach einer Versöhnung der Gemüter, nach wirklichem Gedeihen der Religion und nach dem Frieden der Kirche mit dem deutschen Reiche verlangen und streben. Die bisherige Haltung der Zentrumsfraktion und der meisten ihrer Freunde und Verehrer hat den Interessen der Religion, des Vaterlandes und des Friedens unendlich mehr geschadet als genützt. Der Unterzeichnete hielt es für loyal, das geehrte Anschreiben eines hochverehrlichen Vorstandes nicht ohne Antwort zu lassen und offen auszusprechen, was ihn hindert, den an ihn gestellten Anforderungen zu genügen."

Man erfährt aus diesem Brief, daß die Bildung der neuen Partei nicht ohne anfänglichen Widerspruch der ursprünglich besser preußisch und friedlich gesinnten Männer, wie P. Reichensperger, vor sich ging. Aber die friedlichen und besonneneren Elemente, die ein Bewußtsein von der eigentlichen Tendenz einer solchen Parteibildung hatten, unterlagen dem Terrorismus der außer- und neupreußischen Elemente, die, nachdem erst Österreich, dann Frankreich den preußischen Waffen unterlegen waren, jetzt es versuchten, eine geistliche Macht dem verhaßten Preußen auf den Leib zu schicken. Diesen Terrorismus hat einmal Herr Baumstark, ebenfalls ein strenggläubiger und infallibilistischer Katholik, in einem Briefe an Fürst Bismarck mit den Worten geschildert: „Schmerzlich und schmachvoll ist die Tyrannei, welche das Zentrum ausübt über die deutschen Katholiken. Männer, welche ihre ganze Lebenskraft in schrankenloser Hingebung der Kirche gewidmet haben, werden als Apostaten in Acht und Bann gethan, wenn sie es wagen, den politischen Machtgeboten eines welfischen Diplomaten den Widerspruch eines ehrlichen Patriotismus entgegen zu stellen. Und die gleiche Tyrannei ist es, welche die Reihen dieser politischen Zenturie selbst zusammenhält. Wüßte jeder von diesen hundert, was die andern neunundneunzig denken, so wäre ihre Einheit längst in Staub zerfallen. Aber kaum einer von ihnen wagt es zuweilen, bei einem vertrauteren Freunde aufzuathmen von der schweren Last des Parteidespotismus, welcher alle an die nämliche Kette geschmiedet hält."

Es kam der erste deutsche Reichstag (März 1871), und der Kampf um die beiden Forderungen der neuen Partei, Römerzug und Übertragung preußischer Grundrechte auf das Reich, loderte bald in hellen Flammen auf. Die zweite Forderung konnte harm-

Digitized by Google

loser scheinen, als die erste. Die bedenkliche Tragweite lag darin, daß es sich darum handelte, „die in den nichtpreußischen Staaten bestehenden geordneten Rechtsverhältnisse zwischen Staat und Kirche, die allerdings den Klerikalen nicht gefielen, umzustoßen, und an deren Stelle ein Chaos zu setzen, wie es in Preußen seit 1848 sich mißbräuchlich gebildet hatte." — „Die süddeutschen Staaten (und auch die kleinen des Nordens) besitzen schon, so wurde bemerkt, ein eigenes Verfassungsrecht in dieser Beziehung; wie könnte ein kirchliches Grundrecht, das in Preußen beim Übergange aus dem unumschränkten Königtum in das ständische ausgesprochen wurde, ohne weiteres auf Staaten anwendbar sein, die schon lange eine eigene ständische Verfassung haben? Dort giebt es Rechte, die eine Mißachtung dadurch erleiden würden, gleichwie es auch andrerseits dort Beziehungen und Verträge zwischen dem römischen Kirchenoberhaupt und den Landesregierungen giebt, die anders beschaffen sind, als in Preußen. Dies alles würde erheischen, daß man die deutschen Regierungen gründlich zu Worte kommen ließe, ehe man ihnen allerlei allgemein-kirchliche Grundrechte auferlegen dürfe. Es würde nicht blos eine Abänderung der Reichsverfassung zu beantragen und durchzusetzen sein, sondern nachdem das Kirchliche zur Reichssache gemacht wäre, würde sofort auch zur Durchführung des neuen Rechtes zu schreiten sein, wenn nicht die Landesregierungen den Angriffen der römischen Partei überliefert werden sollten. War zu dem allem die gegenwärtige, geringfügige Vorlage der rechte Ort? Gewiß nicht! Haben die Römischen erwartet, daß, um ihrem Antrage zu genügen, die Regierungen die Verfassungsverhandlungen von neuem eröffnen oder daß Bundesrat und Reichstag die Sache über das Knie brechen würden? Wohl auch nicht! Der Antrag war sonach kein ernsthafter, wie er in einer gesetzgebenden Versammlung gestellt werden soll, er verfolgte kein erreichbares Ziel, sondern diente nur den unbegründeten Beschwerden und unersättlichen Begierden einer Partei als Gelegenheit und Handhabe."

Ein Römerzug aber, zur Wiedereinsetzung des Papstes in die weltliche Herrschaft, ein neuer Krieg, nachdem der Boden Frankreichs kaum trocken von dem vergossenem Blute, eine Verfeindung mit Italien: das wurde mit zum Teil sehr lebhafter Aufwallung zurückgewiesen. „Vergebens suchen die Ultramontanen sich hinter der Einrede zu verschanzen, daß ihnen nur eine diplomatische Intervention vorschwebe. Natürlich würde, wenn der moralische Ein-

Digitized by Google

druck auf Italien versucht und wirkungslos geblieben wäre, Herr Windthorst sofort bei der Hand gewesen sein, um Deutschland zu belehren, daß nun die Ehre der Nation engagiert und der Zug nach Rom notwendig sei. Andere Redner der Partei ließen übrigens durchblicken, daß sie den Einzug der Italiener in Rom für einen eben so guten casus belli hielten, wie irgend eine flagrante Vertragsverletzung, welche ein fremder Staat sich gegen Deutschland erlauben möchte. Der Bischof v. Ketteler hätte, wenn es von ihm abhing, sofort marschieren lassen, auf die Gefahr hin, Deutschland mit der italienischen Nation tötlich zu verfeinden und bei jeder europäischen Krisis Italien auf der Seite der Feinde zu finden."

Offiziös wurde geschrieben:

„Im staatsrechtlichen Sinne ist das Reich von 1871 eine völlige Neuschöpfung. Es wäre eine bedenkliche Verirrung, wenn man unser nationales Kaisertum vom 18. Januar 1871 als eine staatsrechtliche Fortsetzung des am 6. August 1806 zu Grabe getragenen römischen Kaisertums ansehen wollte... Gerade nach zwei Richtungen muß sich das neue deutsche Reich von allen Überlieferungen des alten aufs Entschiedenste lossagen; es hat nichts zu thun mit hierarchisch-theokratischen, nichts mit kosmopolitischen Tendenzen. Es ist ein weltlicher, ein nationaler Staat. Mag man vielleicht in Rom davon träumen, daß in diesem neuen Reiche die alte Advokatie des römischen Stuhles aufleben könne; der neue Kaiser weiß nichts von solchen Pflichten. Alles, was an römisches Kaisertum erinnert, jede Einmischung in die Verhältnisse Italiens ist als die unglücklichste Reminiszenz unserer Vergangenheit bis auf die letzte Spur von dem reinen Schilde unseres neuen Kaisertums abgestreift. Deutschland den Deutschen, Italien den Italienern — ist der Friedensspruch, welcher diese beiden alten Kulturnationen für immer miteinander versöhnen wird. Für die neuen Deutschen giebt es nur Römerzüge der Forscher und Kunstfreunde, um sich an dem ewigen Jungbrunnen klassischer Formenschönheit, an den unsterblichen Meisterwerken italienischer Kunst zu erquicken. Deutsche Eroberer im Geiste von Goethe und Winkelmann wird sich auch das verjüngte Italien gern gefallen lassen. Gerade weil das alte deutsche Reich trotz seiner Ohnmacht wunderliche Prätentionen auf aller Herren Länder erhob, weil man ringsumher auch jetzt von Eroberungsgelüsten der Deutschen träumt, weil Holländer, Belgier und Schweizer fürchten, daß das Reich die alten avulsa imperii

Digitized by Google

vindizieren wolle, danken wir es der neuen Kaiserbotschaft, daß sie den friedlichen Charakter des neuen Reiches so lebhaft betont, daß sie jeden Gedanken an „kriegerische Eroberungen" von sich weist."

Das Publikum folgte den Verhandlungen des Reichstages über dieses große Thema (am 30. März 1871) mit großer Spannung und fast feierlicher Stimmung, aus der es freilich oft genug durch die Späße Windthorst's gerissen wurde. Fürst Bismarck erschien, als v. Bennigsen, der erste Redner, noch sprach. Er verhielt sich ziemlich unstät, verschwand oft hinter der Kulisse der Bundesratsestrade, hörte bald zu, bald arbeitete er, ließ das schallende Gelächter sich links von Herrn v. Friesen, oder rechts vom Präsidenten Delbrück erklären, lorgnierte die Tribüne und die Damen und dann den Bischof Ketteler. Wenn Jemand durch das Zentrum sich nicht aufregen ließ, sondern mit souveräner Gleichgiltigkeit auf die Sitze unmittelbar unter sich zu schauen schien, war es Fürst Bismarck. Das Publikum zeigte ein anderes souveränes Gefühl.

Noch während der Session war es unter Mitgliedern des Reichstages bekannt geworden, daß das parlamentarische Vorgehen der Zentrumspartei den im Vatikan herrschenden Ansichten keineswegs entspräche. Die Ultramontanen bestritten lebhaft die Richtigkeit solcher Behauptung; sie handelten, wie sie versicherten, in vollem Einvernehmen mit der Kurie, was allerdings sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich hatte. Indessen, dem Fürsten Bismarck mochte in seiner Friedensliebe daran liegen, die kriegerischen Absichten dem Vatikan möglichst abzusprechen und sie vielmehr lediglich in die Zentrumspartei zu verlegen. Fürst Bismarck sorgte dafür, daß eine zwischen dem bayrischen Gesandten und zeitweiligen Geschäftsträger des deutschen Reiches, Graf Taufkirchen, mit dem Kardinal Antonelli stattgehabte Unterredung über die Parteibildung und das Verhalten der deutschen Ultramontanen im Reichstage bekannt wurde. Der Kanzler hatte im Monat April, als die mobilisierte klerikale Partei den Römerzug verlangte, den Grafen Taufkirchen beauftragt, die Meinung der Kurie über solches Vorgehen zu sondieren, und Kardinal Antonelli hatte in der That dasselbe zur großen Genugthuung des Fürsten Bismarck, der davon Gutes für den Frieden zwischen Staat und Kirche und die Säuberung der Zentrumspartei von den kampflustigen und friedensstörerischen Elementen erwartete, gemißbilligt. Er hatte es nicht unterlassen, gegen näherstehende Mitglieder des Reichstages, na-

Digitized by Google

mentlich gegen friedliebende katholische Abgeordnete, über die im Vatikan herrschende Stimmung Mitteilungen zu machen. Kaum waren Andeutungen davon zu Ohren des Mainzer Bischofs Ketteler gekommen, als er sich in einem Schreiben vom 25. Mai an Antonelli wandte, in demselben die Sache so vortrug, namentlich auch die Folgen der Desavouierung dermaßen darstellte, daß der Kardinal sich beeilte, seine gegen den Grafen Taufkirchen gemachten Äußerungen abzuschwächen; er erklärte in dem Antwortschreiben dem Mainzer Prälaten, er habe die guten Absichten der deutschen Katholiken im Reichstage, diesen zu einer Meinungsäußerung über eine zum Schutze der weltlichen Herrschaft der Kirche zu beschließende Intervention zu veranlassen, nur als „verfrüht" angesehen; es falle ihm nicht ein, das Bestreben der katholischen Abgeordneten, das Wohl der Kirche zu fördern und die Rechte des heiligen Stuhles zu schützen, zu mißbilligen. Fürst Bismarck erkannte jetzt die in Rom eingetretene Schwenkung. Bald darauf veröffentlichte das Reichstagsmitglied Graf Frankenberg, der von den Ultramontanen beschuldigt wurde, die Hauptschuld an der „böswilligen Erfindung" der Nachricht von dem Tadel, den Antonelli ausgesprochen habe, zu tragen, ein Schreiben, das ihm vom Fürsten Bismarck zugegangen war. Dieses lautete:

„Berlin, 19. Juni 1871. Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich, auf die von Ihnen unter dem 12. d. M. an mich gerichtete, gefällige Zuschrift zu erwidern, daß die von Ihnen angeführte Thatsache einer Unterredung des Grafen Taufkirchen mit dem Kardinal-Staatssekretär und einer von Letzterem dabei ausgesprochenen Mißbilligung des Vorgehens der s. g. Fraktion des Zentrums begründet ist. Diese Mißbilligung ist mir nicht unerwartet gewesen, da die Kundgebungen, welche Sr. Maj. dem Kaiser nach Herstellung des deutschen Reiches von Sr. Heilgk. dem Papste zugegangen waren, jederzeit den unzweideutigsten Ausdruck der Genugthuung und des Vertrauens erhalten hatten. Ich hatte deshalb gehofft, daß die Fraktion, welche sich im Reichstage unter dem Namen des Zentrums bildete, in gleichem Sinne zunächst die Befestigung der neuen Institutionen und die Pflege des innern Friedens, auf dem sie beruht, sich zur Aufgabe stellen werde. Diese Voraussetzung traf nicht zu, der parlamentarische Einfluß der Fraktion des Zentrums fiel, welches auch die Ansichten der Führer der letzteren sein mögen, thatsächlich in derselben Richtung ins Gewicht, wie die parlamentarische Thätigkeit der Elemente, welche die von Sr. Heilgk. dem Papste mit Sympathie begrüßte Herstellung des Deutschen Reiches prinzipiell anfechten und negiren. Ich habe von dieser Wahrnehmung die Gesandtschaft des deutschen Reiches in Rom unterrichtet, damit sie Gelegenheit habe, sich zu überzeugen, ob die Haltung dieser Partei, welche sich selbst als den speziellen Vertheidiger des Römischen Stuhles bezeichnet, den Intentionen Sr. Heilgk. des Papstes entspreche. Der Kardinal-Staatssekretär hat dem Grafen

Digitized by Google

Taufkirchen darüber keinen Zweifel gelassen, daß die Haltung der Partei an der höchsten geistlichen Stelle der katholischen Kirche nicht gebilligt werde. — Den Wortlaut der Äußerungen Sr. Eminenz bin ich nicht berechtigt, ohne spezielle Erlaubnis des Herrn Kardinals wiederzugeben, ich darf aber hinzufügen, daß Äußerungen von Vertretern anderer Mächte in Rom mir die Bestätigung geben, daß der Kardinal Antonelli in seiner gegen den Grafen Taufkirchen ausgesprochenen Mißbilligung der Haltung der Zentrumspartei auch den persönlichen Gesinnungen Sr. Heiligkeit Ausdruck gegeben habe."

Der Kaiser fuhr fort, mit dem Papste freundliche Kundgebungen auszutauschen. Man konnte aus dem Umstande, daß der Kaiser in einem Handschreiben Pius IX. bei Gelegenheit des am 16. Juli (1871) gefeierten 25jährigen Jubiläums beglückwünschte, den Schluß ziehen, daß die Sympathien des Kaisers mit dem Papste noch nicht erloschen seien. Die liberale Presse beeilte sich allerdings, hervorzuheben, daß die Thatsache, daß die Sendung eines besondern Botschafters zu der Jubiläumsfeier nicht für angezeigt erachtet wurde, ein Symptom dafür sei, daß die kaiserliche Regierung weder der Kurie noch ihren Anhängern diesseits wie jenseits der Berge Veranlassung bieten wolle, sich Illusionen über die Tragweite dieser persönlichen Sympathien hinzugeben.

Digitized by Google

II.

Wie verschieden auch die Bewegung beurteilt wird, die seit dem Tage von Sedan in der Bildung einer neuen Partei-Formation und Konglomeration, in der Aufstellung von Anerkennungsbedingungen dem neuen Reiche gegenüber, und in dem Ausstreuen von Mißtrauen, in einem bestimmten Lager heftiger und heftiger hervortrat: durch irgend eine Aktion, oder auch nur Willensäußerung des Staates war sie nicht provoziert. Sie setzte sich vielmehr in einen auffallenden Gegensatz zu der absoluten Passivität des Staates, der vollauf mit ganz anderen Dingen beschäftigt war, erst mit einem seine ganze Kraft in Anspruch nehmenden Krieg, dann mit der Sorge, die Frucht des blutig errungenen Sieges durch einen günstigen Frieden mit dem niedergeworfenen Feinde sich zu sichern. Fürst Bismarck ließ einmal in die Presse den Gedanken lanzieren, was denn eigentlich vorgefallen sei, um sich dieses Zusammenrotten, dieses Stoßen und Zuschlagen zu erklären? Die ultramontane Presse dachte eine Weile nach. Da fiel es einem plötzlich ein: Ja, der Bericht des Professor Gneist über die Klöster aus dem Jahre 1869, der allein habe zur Mobilmachung gezwungen. „Also darum Diebe und Mörder?" Der glückliche Einfall that von jetzt an seine guten Dienste und in den nun folgenden Kämpfen wurde er wacker getummelt.

Nachdem die Mobilmachung der Ultramontanen erfolgt war, und noch vor dem Ende der ersten deutschen Reichstagssession, in der, wie bemerkt, Fürst Bismarck sich auf bloße Beobachtung beschränkt hatte, machte ein auf seine Autorschaft zurückgeführter Zeitungsartikel als erste öffentliche Äußerung großes Aufsehen. Derselbe erschien in der Kreuzzeitung, das Manuskript enthielt angeblich Korrekturen von Bismarcks Hand.

„Eine eigentümliche Erscheinung in dem parlamentarischen Leben des deutschen Reiches ist die sogenannte „klerikale Fraktion" des Reichstages, — eine Fraktion, welche sich vergeblich dadurch

Digitized by Google

einen politischen Anstrich zu geben versucht, daß sie sich selbst den Namen „Fraktion des Zentrums“ beigelegt hat. Gebildet und geführt von den Koryphäen derjenigen Partei innerhalb der katholischen Kirche, welche als die Affiliierte und Bundesgenossin des römischen Jesuitismus bezeichnet werden muß, hat dieselbe alle Mittel kirchlicher und politischer Agitation in Bewegung gesetzt, um das Zustandekommen der Einheit Deutschlands und die Begründung des deutschen Reiches zu verhindern — es liegt nicht an ihrem guten Willen noch an ihren eifrigen Bemühungen, daß beides nichtsdestoweniger zu stande gebracht ist.

Natürlich war es nicht geraten, der vollendeten Thatsache und dem Jubel des deutschen Volkes gegenüber in der früheren Stellung zu beharren, doch war es auf der andern Seite eine schnell vorübergehende Illusion, auch eine sachliche Metamorphose jener Partei zu erwarten.

Allerdings hatte es den Anschein, als ob selbst der römische Stuhl die Neubildung des deutschen Reiches mit Zustimmung und Hoffnung begrüßt, allerdings versicherten die Wortführer jener Partei, daß sie der vollendeten Thatsache gegenüber ihre frühere Opposition quittierten und fortan eben so gute deutsche Patrioten sein würden, als irgend jemand sonst. Doch waren dies alles leider Worte, denen die Thatsachen wenig entsprachen.

Jedenfalls ist es sehr schwer zu glauben, daß eine Partei es mit der Einheit Deutschlands ernsthaft meinen kann, wenn sie sofort bei der Begründung dieser Einheit denjenigen Gegensatz in den Vordergrund stellt, welcher Deutschland am blutigsten zerrissen und seit mehr als dreihundert Jahren das deutsche Reich gespalten hat. Dieser Gegensatz ist eben der konfessionelle, der Gegensatz von katholisch und evangelisch. Es heißt nichts anderes, als die Einheit mit der tiefsten Spaltung beginnen, wenn man in einem politisch-parlamentarischen Körper, welcher die deutsche Nation und deren Einheit repräsentieren soll, die politische Parteibildung auf der Basis der Konfession und des kirchlichen Prinzipes inauguriert und vollzieht.

Weiter hieß es:

Welchen Vorteil die Führer dieser Fraktion von ihrem Auftreten für die katholische Kirche erwarten, ist eine bis dahin noch unbeantwortete Frage. Die Fraktion und ihre Führer können sich unmöglich darüber täuschen, daß die Reichsregierung wenig geneigt sein dürfte, sie als ihre Freunde zu betrachten und daß es auch

Digitized by Google

für die Folge ein vergebliches Bemühen bleiben wird, sich selbst und die absolutistisch umgeformte römische Kirche den deutschen Regierungen als Hort der konservativen Interessen Deutschlands zu empfehlen.

Gewiß hat namentlich die preußische Regierung den Beweis geliefert und den Ruhm verdient, daß unter ihr die katholische Kirche am freiesten und geachtetsten dasteht, und gewiß wird diese Regierung nie davon zurücktreten, ihre katholischen Unterthanen wie bisher, so auch ferner mit Wohlwollen und Gerechtigkeit zu behandeln. Niemals aber soll und wird diese selbe Regierung die Hand dazu bieten, eine Partei politisch zu etablieren und zu stärken, welche kein anderes Ziel verfolgt, als die alten lange begrabenen Ansprüche des Papsttums neu zu beleben, und nicht allein den Streit der Konfessionen, sondern auch den Kampf der geistlichen und weltlichen Gewalt wiederum wach zu rufen.

Noch weniger aber als die preußische Regierung kann die Reichsregierung einer solchen Übertragung kirchlicher Tendenzen auf das politische Gebiet Vorschub leisten, da die Reichsverfassung mit kirchlichen Dingen überhaupt nichts zu schaffen hat und daher hier nicht einmal der Vorwand Platz greift, welcher in der preußischen Landesvertretung wenigstens noch einen gewissen Sinn hat: die Rechte und Institutionen der katholischen Kirche vertreten und verteidigen zu müssen.

Der Artikel bestätigte weiter den diplomatischen Akt der deutschen Regierung in Rom, der bisher von klerikaler Seite bestritten wurde. Er sagte darüber:

Wie wir hören, hat die Reichsregierung bereits Veranlassung genommen, die Haltung der katholischen Fraktion in Rom offiziell zur Sprache zu bringen und diese Reklamation hat den Erfolg gehabt, daß der Kardinal-Staatssekretär Antonelli das gesamte Auftreten der katholischen Fraktion in den unzweideutigsten Ausdrücken desavouiert und gemißbilligt hat.

Wir würden es lebhaft bedauern, wenn die deutschen Ultramontanen auch dieser Rektifizierung ungeachtet auf dem bisherigen Wege beharren, oder wenn gar deren Protektoren in Rom die stärkeren sein sollten.

Die deutsche Reichs-Regierung, welche den Evolutionen der klerikalen Fraktion mit einer gewissen Zurückhaltung gegenüber gestanden hat, dürfte sich nicht in der Lage befinden, einer fortdauernden Aggression gegenüber sich auf die Defensive zu beschränken.

Digitized by Google

Sie wird sich vielmehr, und zwar schon in der nächsten Zeit, entschließen müssen, einer ferneren Aggression auch ihrerseits mit Aggression und zwar gleichmäßig nach außen wie nach innen zu begegnen — eine Entwicklung, in bezug auf welche sich selbst die ultramontane Partei nicht verhehlen sollte, daß sie schwerlich zu Gunsten der römischen Kirche ausschlagen dürfte.

War schon vor dreihundert Jahren in Deutschland das Deutschtum stärker als das Römertum, um wie viel mehr heute, wo Rom nicht mehr die Hauptstadt der Welt, sondern beinahe die Hauptstadt Italiens ist, und wo die deutsche Kaiserkrone nicht auf dem Haupte eines Spaniers, sondern eines deutschen Fürsten ruht."

Die Kreuzzeitung fuhr noch einige Zeit fort, das ultramontane Gebahren zu beleuchten. Es würde dem Jesuitismus, sagte sie, niemals gelingen, der Verläumdung Eingang zu schaffen, als ob die preußische Regierung jemals die traurige Absicht verfolgen könne, die katholische Kirche „als solche" zu bekämpfen. „Was die preußische und was alle Regierungen nicht gestatten werden, weil sie es nicht gestatten können, das ist das Unterfangen einer bestimmten Partei, sich selbst und ihre verwerflichen Zwecke mit der katholischen Kirche zu identifizieren und unter dem Deckmantel der Religion den römischen Keil in das deutsche Fleisch zu treiben." Die Kreuzzeitung fand von allen Arten des Despotismus den römisch-katholischen als den verhaßtesten und erklärte diejenige Partei für die schlimmste Feindin der katholischen Sache, welche die Zeichen der Zeit so weit verkenne, um heute die Bestrebungen Gregors VII. oder Innocenz III. neu in Szene zu setzen. „Es ist die ganze Verlogenheit und Unverschämtheit der „Germania" erforderlich, um es als eine Gefährdung des katholischen Glaubens zu verkünden, daß deutsche Protestanten es verweigern, den Papst gegen seine eigenen Kinder (die Italiener) zu verteidigen, und zwar dies in demselben Atem, wo man die Bildung und Existenz einer klerikalen Partei damit rechtfertigt, daß man den katholischen Glauben gegen die deutschen Regierungen verteidigen müsse.

Die Pläne der Ultromontanen in Bezug auf das Ausland und die Rechnung des letzteren auf jene wurden in jener Zeit durch Berichte von Gesandten, wie durch gelegentliche Entdeckungen dem Fürsten Bismarck wiederholt nahe gebracht. Der Bericht eines Vertreters des deutschen Reiches an einem großen auswärtigen Hofe sprach sich dahin aus:

Digitized by Google

„Wenn ich meine persönliche Meinung aussprechen soll, so gestehe ich, daß ich keinen Augenblick daran gezweifelt habe, daß die in Frankreich gewünschte Revanche durch religiöse Zerwürfnisse in Deutschland vorbereitet werden soll, und nur auf diesem Wege Hoffnung auf Erfolg haben kann. Man will die deutsche Einheit und Kraft auf dem Wege lähmen. Ein einflußreicher Teil des katholischen Klerus, der von Rom aus geleitet wird, ist der französischen Politik dienstbar, weil mit ihr die Hoffnungen auf die Restauration im Kirchenstaate zusammenfallen. In Frankreich ist vorübergehende Verschmelzung oder vielmehr gegenseitige Dupierung des klerikalen und republikanischen Elementes möglich, sobald der Klerus Rache an Deutschland und Wiederherstellung französischer Oberherrschaft offen auf seine Fahne schreibt, unter welcher Regierungsform es sei. So hofft man wieder zu erstarken, während in Deutschland durch wohlorganisierte Arbeit des von Paris, Rom, Genf, Brüssel geleiteten Klerus kirchliche Zerwürfnisse mit aller Anstrengung vorbereitet werden."

Es war dies ein an den Kaiser gerichteter amtlicher Bericht. In einem andern Passus hieß es:

„Man mache sich keine Täuschungen darüber, daß gleichzeitig mit der Revanche gegen Deutschland der Schlag gegen Italien vorbereitet wird, in der Hoffnung, daß Deutschland durch innere religiöse Wirren paralysiert werden soll, und daß das klerikale Element, während es in Deutschland und Polen langsam zersetzend wirkt, in Italien offen das französische Banner aufpflanzt und unter seinem Schutze das Land unter päpstliche, oder vielmehr französische, durch den Papst repräsentierte Herrschaft zurückführen soll."

Von Interesse ist auch ein gelegentlich bei einer Haussuchung vorgefundener Brief des Herrn Windthorst. Derselbe lautete:

Berlin, 4. Mai 1871.

Ew. Hochwohlgeboren beeile ich mich auf das soeben eingelaufene Schreiben zu erwiedern, daß ich die Einreichung von Petitionen für den heiligen Vater an den Reichstag zur Zeit für inopportun halten muß. Der Reichstag hat bei der Adreßdebatte die Intervention für den heiligen Stuhl mit vollem Bewußtsein und mit klar ausgesprochener Absichtlichkeit abgelehnt. Deßhalb würde mit Sicherheit anzunehmen sein, daß man über Petitionen zur Tagesordnung übergehen würde. Damit wäre die Position nur noch mehr geschwächt. Vom Reichstage ist für den heiligen Vater absolut nichts zu erwarten. Nur eine recht feindselige Stimmung würde bei erneuerter Beratung sich Luft machen.

Digitized by Google

Auch von den Regierungen ist meines Erachtens eine positive Einwirkung überall nicht zu erwarten. Ich habe zu keiner Zeit daran geglaubt. Alle Redensarten, die man etwa für eine entgegenstehende Ansicht anführen könnte, halte ich für eitel Dunst.

Nichts desto weniger halte ich dafür, daß das katholische Volk nicht aufhören soll, seinen Wünschen für die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes immer von neuem Ausdruck zu geben. Erreicht man dadurch eine positive Einwirkung der Regierungen von Deutschland auch nicht, so zwingt man dieselben doch, dann, wenn die katholischen Mächte Europas eine diplomatische Intervention einleiten sollten — und ich glaube, daß diese sicherlich früher oder später zu erwarten ist — wenigstens nicht entgegen zu wirken. Deßhalb bin ich der Meinung, man sollte zur Zeit Petitionen an den Reichstag nicht einreichen, aber nicht aufhören, ohne Unterlaß in periodischer Reihenfolge Petitionen an die Regierungen gelangen zu lassen. Dieselben werden meo voto am besten direct an die Fürsten gerichtet.

Der Herr Bischof von Mainz ist nicht hier sondern in seine Heimat abgereist. Ob und wann er wieder hierher zurückkehrt, weiß ich nicht.

Mit vollkommenster Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren
ergebenster

(gez.) Windthorst.

P. S. In hiesigen diplomatischen Kreisen kolportiert man das hoffentlich falsche Gerücht, in Rom sei das Vorgehen der Katholiken im Reichstage mißbilligt worden.

Fürst Bismarck bemerkte in Bezug auf diesen Brief: „Es ist also hier ein leichter Versuch der Anlehnung an fremde Mächte, wenn ihre politischen, ja vielleicht kriegerischen Interessen andere sein sollten, als die Deutschlands, das Ausland durch starke Petitionen der Bevölkerung zu unterstützen, ein Versuch, der bei einigen weiteren Entwicklungen und bei einer mißtrauischeren und prozeßsüchtigeren Regierung, wie die unsrige, wohl mit dem Richter in Berührung führen könnte."

Der Staat trat aus seiner Passivität durch zwei Maßregeln hervor, die der eigensten Initiative des Fürsten Bismarck angehörten, die ihn aber längst vor dem Kriege mit Frankreich und vor der Fortsetzung desselben im Kampfe mit den Ultramontanen beschäftigt hatten.

Im konstituierenden Reichstage des Norddeutschen Bundes, am 18ten März 1867, in der Rede, in der der Kanzler des Bundes die nationalen Ansprüche der Polen zurückwies, bemerkte er bei der aktenmäßig beleuchteten Wahlagitaton der Polen:

Digitized by Google

„Wenn solche Mittel angewendet werden, wenn z. B. die Geistlichen den Frauen einreden, daß, wenn sie zugeben, daß ihre Männer für einen Deutschen stimmen, in 14 Tagen ein evangelischer Geistlicher kommt, sie alle umtauft und sie deutsch werden müssen, so kann ich bei der Heiligkeit des geistlichen Standes nicht daran zweifeln, daß diese Herren das, was sie ihren Beichtkindern gesagt haben, wirklich glauben, aber dann, meine Herren, herrscht unter ihnen ein Grad der Unwissenheit, in Bezug auf weltliche Dinge, der die Regierung dringend wünschen lassen muß, daß ihm von Seiten der höheren Geistlichkeit ein Ende gemacht werde, namentlich wenn die Geistlichkeit dort die Inspektion über den Jugendunterricht behalten soll. Aus dem Ganzen aber ziehe ich den Schluß, daß, wenn die polnisch redenden Herren Abgeordneten irgend ein besonderes Mandat neben dem allgemeinen hier haben, es nur dasjenige sein kann, die katholische Kirche gegen alle Angriffe zu verteidigen. Nun, meine Herren, sollte der Fall solcher Angriffe eintreten, so können Sie glauben, daß die königliche Regierung und ich persönlich für Sie ein eben so entschiedener und zuverlässiger Bundesgenosse sein werden, wie eben mein katholischer Herr Kollege, der Geheime Rat v. Savigny."

Das war der Keim des Schulaufsichtsgesetzes, d. h. der Ausschließung der Geistlichen aus der Schule. Später, und besonders nach dem Kriege, wurden dem Fürsten Bismarck die Beweise der Bildung einer polnischen Partei in Schlesien und von dem Mißbrauche der Kirchengewalt zu national-politischen Zwecken unter der Mitwirkung von Geistlichen geliefert. Diese Erscheinung, verbunden mit der ultramontanen Bewegung, veranlaßte ihn zu der Äußerung:

„Die Regierung und Se. Majestät der König mit ihr haben die Überzeugung, daß der Staat in seinen Fundamenten bedroht und gefährdet ist, von zwei Parteien, die beide das Gemeinsame haben, daß sie ihre Gegnerschaft gegen die nationale Entwicklung in internationaler Weise bethätigen, daß sie Nation und nationale Staatenbildung bekämpfen. Gegen diese beiden Parteien müssen meines Erachtens alle diejenigen, denen die Kräftigung des staatlichen Elements, die Wehrhaftigkeit des Staats, gegen die, die ihn angreifen und bedrohen, zusammenstehen und deshalb müssen sich alle Elemente zusammenscharen, die ein Interesse haben an der Erhaltung des Staats und an seiner Verteidigung, teils gegen diejenigen, welche offen sagen, was sie an Stelle des Staates

Digitized by Google

setzen wollen, teils gegen diejenigen, welche einstweilen den Staat untergraben, sich aber noch vorbehalten, was sie an seine Stelle setzen wollen."

Lediglich der Abwehr ultramontan-polnischer Einflüsse auf die Schule, also einem nationalen Zwecke, galt daher das Schulaufsichtsgesetz. Bismarck bemerkte zu dieser Begründung weiter:

„Thatsache ist, daß im allgemeinen die katholische Geistlichkeit — mit deutscher Zunge — die Bestrebungen des polnischen Adels, sich von der preußischen Monarchie zu lösen und das alte Polen in seinen früheren Grenzen herzustellen, begünstigt, mit Wohlwollen behandelt und, so weit es ohne Verletzung der Strafgesetze geschehen kann, gefördert hat, und das ist einer der empfindlichsten Punkte, in denen der Kampf von seiten der katholischen Kirche gegen die Staatsregierung zuerst eröffnet worden ist, und wovor jeder Minister, der sich seiner Verantwortlichkeit bewußt ist, den Staat in Zukunft zu bewahren hat.... Die Beschwerde, die wir gegen die geistlichen Schulinspektionen in den Provinzen haben, wo nicht das polnische geredet wird, ist die, daß sie die deutsche Sprache nicht zu ihrem gesetzlichen Rechte kommen lassen, sondern dahin wirken, daß dieselbe vernachlässigt wird. Diese polnische Agitation lebt vielleicht nur von der Gutmütigkeit des Staates. Aber die Herren müssen diese Gutmütigkeit nicht überschätzen, ich kann Ihnen sagen: sie ist zu Ende, und wir werden wissen, was wir dem Staate schuldig sind."

Ein ander Mal ging Fürst Bismarck bis auf die ultramontanen Umtriebe ein, die aktenmäßig ihre Fäden auch nach dem Auslande spinnen, um Frankreich zur Revanche zu stärken, Rom zurückzuerobern und Polen wiederherzustellen, und erklärt dann das vorliegende Gesetz als eine der gegen solche Bestrebungen notwendigen Waffen. „Wenn wir nun die Überzeugung haben, daß dort (in Polen) Kräfte thätig sind, deren Ideal erst erreicht wird, wenn sie Bataillone und Schwadronen bilden können, in denen das Kommando des Rittmeisters schwächer wirkt, als der Einfluß des Beichtvaters, da stehen die Sachen schon klarer, da heißt es: principiis obsta. Denn es kann nicht die Aufgabe der Regierung sein, Leute niederzuschlagen, wir wünschen vielmehr sie nicht so zu erziehen, daß wir sie niederschlagen müssen, wenn sie erwachsen sind. Sollen unsre Nachkommen nicht der jetzigen Regierung den Vorwurf machen, den ich den Kultusministern 10 und 15 Jahre rückwärts mache, daß sie diese Sache vollständig aus den Augen

Digitized by Google

verloren hatten, so müssen wir fest werden und sagen: Diese Gefahr droht und muß vermieden werden."

Herr v. Mühler ging auf die Idee des bismarckschen Schulaufsichtsgesetzes rückhaltslos ein. Am 14. Dezember 1871 legte er dem Abgeordnetenhause (als Vorläufer des allgemeinen Unterrichtsgesetzes) den in der Thronrede angekündigten Gesetzentwurf, betreffend die Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswesens vor, „da es mit Rücksicht auf das praktische Bedürfnis der Staatsregierung daran liege, diesen Entwurf vorweg zur Beratung zu bringen." Derselbe umfaßte nur zwei Paragraphen: 1) Die Schulaufsicht steht dem Staate zu; alle mit dieser Aufsicht betrauten Behörden und Beamten handeln im Auftrage des Staates; 2) die Ernennung der Lokal- und Kreis-Schulinspektoren gebührt dem Staate allein; diejenigen Personen, welchen die bisherigen Vorschriften die Inspektion über die Volksschule zuweisen, sind verpflichtet, dieses Amt fortzuführen. — Nach der bisherigen Gesetzgebung, bemerkte der Minister zu der Vorlage, war das Amt des Kreis-Schul-Inspektors mit der Stellung des Superintendenten oder des Erzpriesters oder Dekans unmittelbar verknüpft gewesen, sowie das Amt des Lokal-Schul-Inspektors mit der des Ortsgeistlichen. Das gegenwärtige Gesetz lasse es dem Staate frei, in der Bestellung dieser Aufsichtsbehörden unbhängig zu verfahren. Es sei nicht die Absicht, damit eine Trennung der Schule von der Kirche zu vollziehen; wo das Interesse des Staates es zulasse, sollten die Geistlichen die Schul-Inspektion in Händen behalten. Der Staat könne aber um der Verantwortung willen, die er für die Erziehung der Jugend habe, diese Aufsicht nicht von einem bloß zufälligen Zusammentreffen abhängig machen, sondern müsse sich das Recht und die Freiheit wahren, überall, wo das Bedürfnis es fordre, auch selbständig einzutreten.

Herr von Mühler kam nicht mehr dazu, diesen wichtigen Gesetzentwurf im Landtage zu vertreten. Erst sein Nachfolger setzte ihn durch, im Kampfe gegen die vereinten Konservativen und Ultramontanen. Das Anwachsen der polnischen Bewegung, das namentlich in der Repolonisierung der der deutschen Sprache gewonnenen Landesteile hervortrat, glaubte Fürst Bismarck auch auf die Vorschubleistung seitens der „katholischen Abteilung" im Kultusministerium zurückführen zu müssen. „Im Kultusministerium entdeckte ich die von der Nachsicht desselben und unter dem Einflusse der katholischen Abteilung hervorgerufene Thätigkeit auf dem Gebiete

Digitized by Google

der Bekämpfung der deutschen Sprache in polnischen Schulen.“ Die Aufhebung dieser Abteilung war ein alter Gedanke des Fürsten Bismarck. Er verteidigte ihn gegen den ihm gemachten Vorwurf der Verletzung der Parität damit, daß erstlich die ministerielle Verantwortlichkeit nicht verträglich sei mit der Verknüpfung einer gewissen Confession an gewisse Ratsstellen; sollte diese Verknüpfung eine Bedeutung haben, müßte auch die oberste Entscheidung in den zuständigen Angelegenheiten bei diesen Stellen liegen. Außerdem sei die Abteilung allmählich degeneriert; statt die Rechte des Staates in bezug auf die Kirche wahrzunehmen, sei sie nur für die Rechte ihrer Kirche gegen den Staat eingetreten. Der Kanzler hatte aus diesen Gründen schon im Jahre 1867 oder 1868 beim Könige gelegentlich zur Sprache gebracht, ob es nicht nützlicher wäre, an Stelle dieser Abteilung einen Nuntius nach Berlin zu ziehen, indem von dem Nuntius Jedermann weiß, was er vertritt, und was zu vertreten seine Pflicht ist, und man ihm gegenüber eben die Vorsicht beobachtet, die man Diplomaten gegenüber einnimmt, und indem er seinerseits auch im stande ist, den kirchlichen Souverän, den er vertritt, unmittelbar von den Eindrücken, die er wirklich hat, ohne eine zwischenliegende Instanz und ohne falsche Strahlenbrechung in Kenntnis zu setzen. An höchster Stelle wurde der Plan des Kanzlers nicht zweckmäßig gefunden.

Bei einer andern Gelegenheit sagte Fürst Bismarck:

„Wir haben in den Verfassungsparagraphen, betreffend die Rechte der Kirche, einen modus vivendi, einen Waffenstillstand gefunden, der geschlossen wurde in einer Zeit, wo der Staat sich hilfsbedürftig fühlte und glaubte, diese Hilfe bei der katholischen Kirche zu finden. Es war wohl die Erscheinung, daß in der Nationalversammlung von 1848 die katholische Bevölkerung vorwiegend Freunde der Ordnung wählte, woraus der damalige Kompromiß zwischen dem weltlichen und dem geistlichen Schwerte entsprungen. Man irrte sich darin. Der Staat mußte schließlich sich selbst helfen. Nicht die Kirche, sondern das Ministerium Brandenburg und die königliche Armee stellte die Ordnung wieder her. Gleichviel, es entstand der modus vivendi, unter dem wir eine Anzahl Jahre in einem friedlichen Verhältnis gelebt haben. Allerdings war dieser Friede doch nur durch eine ununterbrochene Nachgiebigkeit des Staates erkauft, indem er seine Rechte bezüglich der katholischen Kirche ganz rückhaltslos in die Hände einer Behörde gelegt hatte, die zwar ursprünglich eine Behörde sein sollte zur Wahrnehmung der königlich

Digitized by Google

preußischen Rechte gegenüber der katholischen Kirche, die aber schließlich faktisch eine Behörde geworden ist im Dienste des Papstes zur Wahrnehmung der Rechte der Kirche gegenüber dem preußischen Staat. Ich meine die katholische Abtheilung im Kultusministerium. Wer die Dinge etwas näher gekannt hat, der hat schon sicher gleich mir der Besorgnis sich hingegeben, daß dieser Friede nicht von Dauer sein würde. Indessen bei meiner Abneigung gegen jeden innern Kampf und gegen jeden Streit der Art habe ich doch diesen Frieden mit allen seinen Nachteilen dem Kampfe vorgezogen und habe mich meinerseits dem Kampfe versagt, während ich von andern Seiten schon vielfach dazu gedrängt wurde . . ."

Von Herrn von Mühler, der auch auf diese zweite Maßregel des Fürsten Bismarck bereitwillig einging, wurde, im Gegensatze zu demselben, die Aufhebung der Abteilung in Zusammenhang mit der neuen vatikanischen Lehre gebracht. Er berichtete an den König:

„Da es mir zu Gewißheit geworden, daß die bei ihrer Kirche verbleibenden katholischen Geistlichen und Laien sich der Unterwerfung unter das Unfehlbarkeitsdogma nicht entziehen können, und daß hiermit die Stellung der Abteilung zu dem, jede direkte oder indirekte Anerkennung des Dogmas sorgfältig vermeidenden Standpunkt der Staatsregierung auf die Dauer unhaltbar werden muß, schlage ich meinerseits die Auflösung derselben vor und die Herstellung einer gemeinsamen Abteilung für beide Konfessionen". —

Die offiziöse Presse führte sodann die Theorie des Herrn von Mühler weiter in der folgenden Weise aus:

„Durch die Beschlüsse des vorjährigen Konzils in Rom sind einerseits die Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und der Staatsgewalt so wesentlich berührt, anderseits so lebhafte Bewegungen und Zerwürfnisse innerhalb der katholischen Bevölkerung selbst hervorgerufen, daß die Staatsgewalt sich dringender als zuvor veranlaßt finden muß, dafür zu sorgen, daß in bezug auf die Wahrnehmung ihrer Stellung zu den katholischen Angelegenheiten ausschließlich nur unbedingt staatsrechtliche Gesichtspunkte zur Geltung gelangen.

Daß das römische Konzil solche Folgen haben würde, war innerhalb wie außerhalb der katholischen Kirche klar vorhergesehen und vorhergesagt worden. Während die zum Glaubenssatz erhobene Lehre von der päpstlichen Unfehlbarkeit an und für sich die Gefahr nahe legt, daß damit auch die Forderung der Unterwerfung

Digitized by Google

der Staaten unter die auch auf das weltliche und politische sich erstreckende Herrschaft des römischen Stuhls sich zu gelegener Zeit erneuern werde — sind ferner in dem auf dem Konzil endgiltig festgestellten „Syllabus" über die Irrtümer unserer Zeit in religiöser, politischer und sozialer Beziehung Auffassungen und Lehren enthalten, deren ernste Durchführung seitens der katholischen Kirche zu einer Erschütterung aller weltlichen Staatsgewalt unbedingt führen muß.

Die preußische Staatsregierung hat nicht unterlassen, den römischen Stuhl auf die Gefahren, welche aus solchen Beschlüssen in bezug auf das Verhältnis des Staates zur Kirche erwachsen könnten, schon während des Konzils entschieden aufmerksam zu machen. Es geschah dies vor allem im Interesse der Kirche, und des päpstlichen Stuhles selbst, unsere Regierung durfte darauf hinweisen, daß sie Gefahren nicht so sehr für unseren Staat, wie für die Kirche entstehen sehe, daß ihr gegen etwaige Beeinträchtigung des Staats in seinen Interessen die Mittel der Gesetzgebung nicht fehlen würden, daß jedoch ein schroffes Verhalten seitens der Kirche die freundlichen und rücksichtsvollen Beziehungen erschweren würde, welche seither auf Grund der wohlwollenden Gesinnungen aller preußischen Fürsten obgewaltet haben.

Als sodann vor den entscheidenden Beschlüssen des Konzils auch die französische Regierung den päpstlichen Stuhl in dringendster Weise davor warnte, nicht Lehren und Grundsätze verkündigen zu wollen, welche nirgends im christlichen Europa anerkannt und zugelassen seien und durch welche ein verderblicher Widerstreit zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und der Kirche geschaffen würde, schloß sich unsere Regierung diesen Vorstellungen auf das bestimmteste an.

Der Papst und das Konzil haben diese Vorstellung nicht beachtet, die bedenklichen Beschlüsse sind gefaßt worden, und ihre Wirkungen rascher noch, als man erwartet hatte, hervorgetreten.

Die Verkündigung des Glaubenssatzes über die päpstliche Unfehlbarkeit hat innerhalb der katholischen Bevölkerung, selbst unter den Laien und unter den Geistlichen Bewegungen und Spaltungen hervorgerufen, deren Folgen sich bereits auch in mehrfachen praktischen Fällen hinsichtlich der Beziehung zwischen den katholischen Bischöfen und der Staatsregierung geltend machen; namentlich in betreff der Behandlung von Lehrern an den unter Staatsaufsicht stehenden katholischen Gymnasien, welche sich weigern den neuen

Digitized by Google

Glaubenssatz zu lehren, und welche auf den Schutz des Staates in ihren Stellen und Rechten Anspruch haben.

Es ist jetzt nicht abzusehen, inwieweit die Bewegung unter den Katholiken eine festere Gestalt gewinnen und etwa zu tieferen Spaltungen führen wird.

Die Staatsregierung aber kann den schon jetzt obwaltenden Schwierigkeiten gegenüber nur dadurch eine feste Richtschnur für ihr Verhalten finden, wenn sie sich unparteiisch auf den rein staatsrechtlichen Standpunkt stellt, und demgemäß die einzelnen streitigen Fälle behandelt.

Um diesen Standpunkt zu sichern und auch äußerlich zu erkennen zu geben, erschien es zweckmäßig und geboten, in dem Ministerium der geistlichen 2c. Angelegenheiten die bisher bestehende konfessionelle Sonderung der kirchlichen Abteilungen zu beseitigen und wiederum nur eine Abteilung für die geistlichen Angelegenheiten zu bilden. Die Staatsregierung bekundet dadurch, daß sie gesonnen ist, beide Kirchen unparteiisch, gerecht, dem bestehenden Staatsrechte entsprechend zu behandeln, das Interesse des Staates aber auch mit gleicher Kraft der katholischen, wie der evangelischen Kirche gegenüber zu wahren."

Man sieht, wie weit Anlaß der getroffenen Maßregel und ihre Motivierung auseinandergehen. Fürst Bismarck nahm den Anlaß von Dingen vor 1870 her, Herr von Mühler (sammt dem Staatsministerium) seine Motivierung von der neuen vatikanischen Lehre. In bezug auf jenen Anlaß kam es sogar zu einer mehr und mehr zunehmenden Spannung zwischen beiden. Herr von Mühler leugnete die Einflüsse, die Bismarck der katholischen Abteilung zuschrieb. Es giebt darüber ein Aktenstück aus späterer Zeit, in welchem Herr von Mühler sagte:

1) Die Abteilung für die katholischen Kirchensachen im Kultusministerium, welche übrigens nicht erst infolge der Verfassungsurkunde, sondern schon bald nach dem Regierungsantritt Sr. Maj. des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm IV. ins Leben trat, ist niemals eine „Körperschaft" oder eine „Behörde" mit selbständigen amtlichen Befugnissen gewesen, sondern lediglich eine Ministerialabteilung, wie alle übrigen Abteilungen, z. B. für den Unterricht, das Medizinalwesen 2c. und als solche in allen Sachen der Entscheidung und Verantwortung des Ministers unbedingt unterworfen. 2) Von einer Überlieferung der Rechte des Staates in betreff der katholischen Kirche an diese Abteilung, oder gar von

Digitized by Google

einer „rückhaltlosen“ Überlieferung kann daher in keiner Weise die Rede sein. Die Abteilung hat immer nur eine beratende und nach den Anordnungen des Ministers arbeitende Funktion gehabt. Sie war außerdem der regelmäßigen Kontrolle des Unterstaatssekretärs unterstellt. In Prinzipienfragen sind außer der Abteilung für die katholischen Kirchensachen noch andere Gutachten gefordert worden, und befinden sich, namentlich von der Hand des evangelischen Kirchenrechtslehrers Richter, zahlreiche solcher Gutachten über katholische Kirchenfragen, welche den Entschließungen der Minister zur Grundlage gedient haben, in den Akten des Ministeriums. Ebenso ist in wichtigen Verwaltungsfragen, z. B. bei der Anerkennung neugewählter Bischöfe jedesmal die Zustimmung des Staatsministeriums eingeholt worden. 3) Es ist nicht richtig, daß die Mitglieder der katholischen Abteilung ihrer Pflicht als preußische Beamte so wenig eingedenk gewesen wären, daß sie schließlich eine Behörde zur Wahrnehmung der Interessen der Kirche gegenüber den Rechten des Königs geworden seien. In den Akten ist nachzuweisen, daß man in der Abteilung unberechtigten Ansprüchen der Bischöfe und der päpstlichen Kurie entgegengetreten ist. — In Beziehung auf die Bischofswahlen hat man daselbst das unbedingte Veto des Königs gegenüber den römischen Anforderungen stets mit Entschiedenheit festgehalten. Gegen die Zulassung eines päpstlichen Nuntius in Berlin wurde gegenüber der Geneigtheit des damaligen Ministerpräsidenten von Bismarck von der Abteilung aus gewarnt. — Zu den von Sr. Majestät allerhöchst unmittelbar bestätigten Vergleichen mit den Bischöfen von Breslau, Trier, Münster, Fulda über streitige Patronatsrechte sind, außer einem Kommissarius aus der Abteilung der katholischen Angelegenheiten, auch die Oberpräsidenten zugezogen worden, und die Rechte des Staates dabei auf das gewissenhafteste im vollsten Umfange und mit möglichst günstigem Erfolge gewahrt. 4) Eine Thätigkeit im Schulwesen und besonders in der Sprachenfrage hat die katholische Abteilung niemals geübt. Diese Sachen sind ausschließlich in der allgemeinen Unterrichtsabteilung und unter der Direktion des Unterstaatssekretärs Lehnert bearbeitet worden. Wie wenig die Wichtigkeit der Sprachenfrage von der Unterrichtsverwaltung verkannt worden ist und wie man daselbst mit Bewußtsein und Konsequenz das Ziel verfolgt hat, daß jedes die Schule verlassende Kind im stande sein solle, sich in den Angelegenheiten des bürgerlichen Lebens der deutschen Sprache mündlich und schriftlich

Digitized by Google

mit Sicherheit zu bedienen, bekunden die Erlasse aus der Zeit meiner Verwaltung, welche auch dem früheren Ministerpräsidenten mitgeteilt worden und bekannt sind. Daß dieselben den Kern der Sache richtig treffen, beweisen die zahlreichen Beschwerden der Polenpartei im Landtage dagegen, und daß man den Willen und den Mut gehabt hat, die Sache ernstlich durchzuführen, ergeben die Aktenstücke im Jahrgang 1864 des „Zentralblattes für die Unterrichtsverwaltung" Seite 184 und Jahrgang 1870, Seite 340, wonach schon lange vor dem Erlasse des Schulaufsichtsgesetzes im Jahre 1864, der Minister das Recht des Staates, einen Geistlichen von der Schulaufsicht zu entfernen, geltend gemacht und dasselbe auch zur Anwendung gebracht hat, wo ein Geistlicher den Anordnungen in der Sprachenfrage Widerstand entgegensetzte. Dagegen fehlte es bis zum Jahre 1872 allerdings an den finanziellen Mitteln, um eine generelle Kontrolle und einen ausreichenden Ersatz der ausfallenden Aufsichtskräfte in weiterem Umfange zu ermöglichen. Erst in den letzten Monaten meiner Verwaltung gelang es, den Finanzminister zur Auswerfung einer Summe von 20,000 Thalern zu diesem Zwecke auf dem Staatshaushaltungsetat zu vermögen und wurde nunmehr der Plan zu einer außerordentlichen Visitation der polnischen Schulen entworfen. Dem andringenden Wunsche des Ministerpräsidenten auf Einbringung des von ihm dirigierten Spezialgesetzes über die Schulaufsicht konnte hiernach meinerseits um so mehr nachgegeben werden, als gleichzeitig die Einbringung meines die Rechte der Kirche nach der Verfassung wahrenden allgemeinen Unterrichtsgesetzes beabsichtigt und zugesichert war."

Fürst Bismarck ließ Herrn von Mühler darauf sagen:

„Herr von Mühler bemerkt, die katholische Abteilung sei keine „Körperschaft" oder „Behörde" mit selbständigen Befugnissen gewesen, sondern lediglich eine „Ministerialabteilung", und als solche in allen Sachen der Entscheidung und Verantwortung des Ministers unterworfen. So hätte es sein sollen. Und so würde es gewesen sein, wenn das Kultusministerium unter Herrn von Mühler den Charakter einer „Behörde" aufrecht zu erhalten und sich die „Ministerialabteilung" wirklich zu unterwerfen gewußt hätte. Wie es aber hätte sein sollen, so war es nicht. Das Verhältnis hatte sich völlig umgekehrt. Die Abteilung schlug Bahnen ein und verfolgte bestimmte Richtungen; der Kultusminister pflichtete bei und ließ geschehen. Wer der Chef war, das unterliegt keinem

Digitized by Google

Zweifel, aber ebensowenig die Thatsache, daß die „Abteilung herrschte.“ Herr von Mühler erinnert: „Die Abteilung hat immer nur eine beratende und nach den Anordnungen des Ministers arbeitende Funktion gehabt.“ Auf dem Papier hat das seine Richtigkeit. Im Leben indessen war das gerade Gegenteil zutreffend. Ausschlaggebend war für den Minister die Abteilung. Und der Minister war es, der nach den Anordnungen der Abteilung arbeitete. Er war, seiner Stellung nach, der Dirigent: die Direktivnormen gingen von der Abteilung aus. Herr von Mühler erzählt von der Geneigtheit des damaligen Ministerpräsidenten, einen päpstlichen Nuntius in Berlin zuzulassen, wogegen „von der Abteilung aus“ gewarnt worden sei. Solche „Warnung“ würde nicht mißzuverstehen sein: die Abteilung wollte nicht abdanken. Denn sie war die päpstliche Nuntiatur in Berlin; Herr Krätzig war der Nuntius und hatte obendrein den Kultusminister in der Hand. Der Zulassung eines Nuntius in hergebrachten, diplomatischen Formen und mit den völkerrechtlichen Kautelen, war unfraglich der Vorzug einzuräumen vor dieser als Ministerialabteilnng verkleideten und mit staatsamtlichen Befugnissen bekleideten Vertretung der Kurie innerhalb des preußischen Ministeriums, der die intime Kenntnis der nach außen geheim gehaltenen Geschäfte und der Kultusminister selbst für die Zwecke der vatikanischen Politik zur jederzeitigen Verfügung standen. Der „möglichst günstige Erfolg“, mit welchem — „auf das gewissenhafteste im vollsten Umfang“ — die Rechte des Staates auch nur in bestimmten einzelnen Fällen, gewahrt worden sind, wenn man der Angabe des Herrn von Mühler folgt, wird wohl der für einen in Rede stehenden Kultusminister in der That „möglichst günstige“ gewesen sein.“

Es wurden damals andre interessante Dinge über die katholische Abteilung berichtet. So sagte man, sie hätte auch daran gearbeitet, den Bischöfen den alten Reichtum der Kirche wiederzuschaffen, und es sei amtlich konstatiert worden, daß aus den Akten des Kultusministeriums ein das Eigentum des Fiskus an den Pfarrdotalgütern nachweisender Bericht des Oberpräsidiums der Rheinprovinz aus dem Jahre 1833, auf welchen der spätere Oberpräsident sich berufen habe, spurlos verschwunden sei. Eine derartige Beseitigung von Aktenstücken, welche das Verhältnis des Staates zur katholischen Kirche im Interesse des ersteren herzustellen suchte, sei während der Amtsperiode des Ministers Mühler in wiederholten Fällen konstatiert worden, so daß aus den

Digitized by Google

Repositorien ganze Aktenvoluta verschwunden seien. Die preußischen Bischöfe hatten eine ganze Kommission von Gelehrten niedergesetzt, welche in den Archiven die notwendigen Recherchen machen sollten, um den früheren Besitzstand der Kirche nachzuweisen, um dann denselben reklamieren zu können.

Auch die Affaire Kuhn berührte die katholische Abteilung sehr nahe. Als im Jahre 1872 der Schriftsteller Hermann Kuhn in Berlin verhaftet wurde, wurde offiziös geschrieben: „Derselbe war nicht nur Berliner Korrespondent des ultramontanen „Monde", sondern stellte in seiner Person schon vor 1870 die Solidarität der französischen, jesuitischen und welfischen Umtriebe dar, indem er als Agent des König Georg in Berlin thätig war. Kuhn stand in intimen Beziehungen zu Onno Klopp, der von Hietzing aus eifrig mit ihm korrespondierte.

„Ich kann es nicht mehr wagen," schreibt einmal Kuhn, „die Briefe von Onno Klopp persönlich zu empfangen, sondern beziehe solche durch N." Dieser N., der seit dem 12. Oktober 1866 den Briefwechsel vermittelte, war bei dem Berliner katholischen Gesellenverein angestellt, worin auch Kuhn eine hervorragende Rolle spielte. Doch bemerkt Kuhn in einem Schreiben vom 24. Januar 1867, daß ein Agent aus Wien ihm „mündliche Bestellungen" gebracht, und führte als Grund an: „Da man mir den Inhalt nicht mehr zu schreiben wagt, aus Furcht, uns Beide zu ruinieren." Im unmittelbaren Auftrage des Königs Georg wurde dann Kuhn, in Anbetracht seiner Dienstleistungen, von Hietzing aus der Guelphenorden zugesandt; welche Schwierigkeiten es auf der Steuerexpedition der Berliner Post gehabt, um den Inhalt des kostbaren Packets zu verbergen, hat Kuhn selbst geschildert. Sehr rege war Kuhn's Verkehr mit Hannover. Zwischen diesem Welfenagenten und Mitarbeiter des ultramontanen französischen Blattes und zwischen dem Direktor der katholischen Abteilung, Herrn Krätzig, hat ein vertrautes und inniges Verhältnis stattgefunden. Herr Krätzig inspirierte den Kuhn und dieser schrieb auf Anlaß des Ersteren „im katholischen Interesse", zu welchem Behufe dem Kuhn u. A. auch amtliche Dokumente zur Verfügung gestellt wurden. Wiewohl dieser, da er gewarnt worden war, Zeit gehabt hat, vor der Haussuchung am 10. Februar 1867 vieles beiseite zu schaffen und mit wichtigerem auch den Guelphenorden bei Berliner Beschützern unterzubringen, so hat sich doch bei ihm eine ganze Reihe amtlicher Aktenstücke im Original vorgefunden, z. B. Berichte ka-

Digitized by Google

tholischer Geistlicher an den Erzbischof von Köln, welche Herr Melchers mit der Unterschrift „Paulus" brevi manu mittelst Randverfügung an Herrn Krätzig hatte gelangen lassen. Unmittelbar nach der Haussuchung bei dem Welfenagenten und naturalisierten Franzosen ist Herr Krätzig persönlich, und zwar in Begleitung Sr. Durchlaucht des Fürsten Radziwill, bei dem Herrn Polizeipräsidenten v. Wurmb erschienen und hat die Herausgabe jener Schriftstücke beantragt, was sie in der That erwirkten. Wie die Verbindungen des mit Erfolg thätigen französischen Agenten für Welfen-Interessen und Ultramontanen bis in die höchsten Schichten der Berliner Gesellschaft und — Dank der katholischen Abteilung — in die obersten Kreise der Staatsverwaltung hineingereicht haben, ist von mehr als vorübergehender Bedeutung."

Mit der Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium und mit dem Schulaufsichtsgesetz, das erst unter dem Nachfolger des Herrn von Mühler fertig gestellt wurde, hatte Fürst Bismarck zwei seiner eignen Initiative entsprungene Maßregeln durchgesetzt; beide von lediglich nationaler, und gegen den Ultramontanismus gerichteter Tendenz, die keine direkte Beziehung zu der durch die neue Lehre der katholischen Kirche geschaffenen Situation hätte.

Wir sehen ihn seitdem und schon gleichzeitig in bezug auf die Konflikte, die aus jener Lehre, vom Frühjahr 1871 an, zwischen Kirche und Staat entsprangen, die Auseinandersetzung zwischen den beiden streitenden Mächten dem Kultusminister Herrn von Mühler sowohl, wie dessen Nachfolger, überlassen. Insbesondere fällt letzterem die Neuordnung des Verhältnisses des Staates zur Kirche zu, welche sich darauf stützt, daß durch die Beschlüsse des Konzils das Oberhaupt der katholischen Kirche nicht mehr das Rechtssubjekt sei, mit dem der Staat einst kontrahiert habe, daß letzterer daher berechtigt sei, von dem bisherigen Abkommen zurückzutreten, und welche dazu bestimmt ist, „die Souveränität des Staates auf allen Gebieten des bürgerlichen Lebens auf dem Wege der Gesetzgebung gegen alle Zweifel, Vorbehalte und Übergriffe von kirchlicher Seite unbedingt sicher zu stellen." Fürst Bismarck überläßt die Verantwortlichkeit für die Details dieser „Maigesetzgebung" andern, und läßt sich nur gelegentlich herbei, um seinen alten Freunden, der konservativen Opposition im Herrenhause gegenüber, den Ultramontanismus, dessen Sache von der des Papstes nicht

Digitized by Google

mehr zu trennen war, unter dem Gesichtspunkte der Sicherheit des Reiches zu bekämpfen.

In einem sehr viel späteren Stadium des Kampfes ist von klerikaler Seite ein Wort gesprochen worden, das mit gewisser Einschränkung am ehesten auf Herrn von Mühler bezogen werden kann, nämlich, daß man einen dreifachen Kulturkampf zu unterscheiden habe: „den Kulturkampf des Fürsten Bismarck, der etwas von der elementaren Gewalt des Kampfes an sich hat, der das Mittelalter durchtobte; von dem Kampfe zwischen Kaisertum und Papsttum. Dieser Kampf hat nicht lange in die 70er Jahre hinein gedauert. Der zweite Kulturkampf war der der büreaukratischen Zurichterei, der Kulturkampf des Herrn Dr. Falk, derselbe, an dem wir auf dem kirchenpolitischen Gebiete noch laborieren. Der dritte Kulturkampf, das ist der Kampf des Atheismus und des Materialismus gegen das positive Christentum, und unter diesem werden wir noch lange zu leiden haben."

Herr von Mühler war auf Staatsrechte und staatliche Souveränität so eifersüchtig, als nur verlangt werden konnte. Der katholische Religionslehrer am Gymnasium zu Braunsberg, Dr. Wollmann, erkannte die Unfehlbarkeit des Papstes nicht an und unterwarf sich dem neuen Dogma nicht. Der Bischof seines Sprengels exkommunizierte ihn deshalb und forderte seine Entfernung von dem Lehramt als Religionslehrer. Die preußische Regierung wies die Forderung zurück, weil das Dogma der Unfehlbarkeit das Verhältnis des Staates zur katholischen Kirche nicht berühre, die Anerkennung oder Verwerfung des Dogmas die Rechte eines preußischen Bürgers nicht bestimme und auf das Amtsverhältnis eines preußischen Beamten ohne Einfluß sei. Nunmehr verlangte der Bischof und viele Väter unterstützten das Gesuch, daß ihre Kinder, welche das Gymnasium besuchten, von dem Zwange der Teilnahme an dem Religionsunterrichte entbunden würden. Auch dieses Gesuch lehnte die Regierung ab; der Zwang entspringe aus den preußischen Gesetzen, als einzige Ausnahme lasse die maßgebende Vorschrift im Landrecht gelten, daß „Kinder, welche in einer andern Religion, als welche in der öffentlichen Schule gelehrt wird, erzogen werden sollen", nicht angehalten werden dürfen, dem Religionsunterricht beizuwohnen; die Eltern aber seien katholisch, der Religionsunterricht am Gymnasium zu Braunsberg sei gleichfalls katholisch, folglich treffe die in dem Gesetze gestattete Ausnahme nicht zu und die Regel der Zwangsteilnahme gelte, natür-

Digitized by Google

lich nur mit der Folge, daß die Zulassung zu dem gesammten Unterricht des Gymnasiums von der Teilnahme an dem Religionsunterricht abhänge. Dieser Vorgang rief eine ungewöhnlich große Aktion hervor. Sämmtliche preußische Bischöfe benutzten ihn zu einem feierlichen Protest beim Kaiser gegen Vergewaltigung der katholischen Kirche und gegen Verletzung der Gewissensfreiheit, welche doch in Preußen durch Gesetz zugesichert und durch geschichtliches Herkommen verbürgt sei. Nichts geringeres leitete dieses denkwürdige Aktenstück aus der Verfügung der Regierung her, als daß Preußen die verfassungsmäßige Selbständigkeit der katholischen Kirche verletze und die katholischen Bürger in ihrem Gewissen beunruhige. Die Antwort des Kaisers wies den gehässigen Ton in der Form des Protestes und die Übertreibung des Inhalts zurück und übergab die Beschwerde zur Entscheidung an die zuständige Behörde — die Regierung hielt ihren frühern Bescheid aufrecht. Jetzt rief die ultramontane Partei den Beistand des Abgeordnetenhauses an. Sie forderte dasselbe auf, die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung die abweisende Verfügung des Kultusministers aufheben und die katholischen Schüler des Gymnasiums zu Braunsberg von dem Zwange entbinden werde, dem Religionsunterricht „eines aus dem Kirchenverband ausgeschlossenen Religionslehrers" beizuwohnen.

Damals schrieb die Nat.-Zeitung:

„Die jetzige Art des Vorgehens ist unzweifelhaft richtig gewählt, und indem wir den Antrag von jeder Beimischung des heftigen Religionsstreites befreien und lediglich von seiner allgemeinen Seite auffassen, geben wir ihm unsern vollen Beifall. Väter fühlen sich beschwert, weil die Regierung sie vor die Entscheidung stellt, ihre Kinder entweder an einem ihnen unliebsamen Religionsunterricht teilnehmen, oder den Unterricht im Gymnasium entbehren zu lassen. Sie bieten den Nachweis an, daß ihre Kinder anderweitig Unterricht in der Religion empfangen und wünschen, entbunden zu werden von dem Gewissenszwang, welchen ein ihnen verwerflich scheinender Religions-Unterricht auferlegt. Für diesen Anspruch haben wir volle Sympathie. Wenn die ultramontane Partei ohne Zusatz nur dies fordern und bereit sein möchte, zu verallgemeinern, was ihr in ihrem eigenen Falle gerecht erscheint, so dürfte sie auf die aufrichtige Unterstützung der gesamten liberalen Partei rechnen. Nicht von heute und gestern, sondern seit lange schon haben wir für unerträglich erklärt, daß Eltern ge-

Digitized by Google

zwungen werden, ihre Kinder an einem ihnen nicht zusagenden Religionsunterricht teilnehmen zu lassen; von jeher sahen wir hierin mindestens die Annäherung zur Beunruhigung der Gewissen. Die dialektische Abwehr des Kultusministeriums können wir nicht gelten lassen, daß ein eigentlicher Zwang nicht vorliege, weil jeder Vater seine Söhne aus dem Gymnasium entfernen könne; das Bedürfnis nach einer tüchtigen Ausbildung der Kinder in Verbindung mit den Vermögensverhältnissen oder mit der lobenswerten Lust, den Sohn im eigenen Hause zu erziehen, übt thatsächlich einen erheblichen Druck aus. Mancher Vater entschließt sich gegen seinen Willen das Kind auf dem bestimmten Gymnasium zu lassen, weil er die Wohlthat einer höheren Bildung ihm nicht entziehen will und die Kosten für den auswärtigen Gymnasialbesuch nicht bestreiten kann. Wollen die ultramontanen Katholiken diesem Übelstand allgemein abhelfen, so werden sie die Mitwirkung der Liberalen finden. Diese kommen ihnen mit dem Antrage entgegen, daß mindestens an den höheren Schulen allgemein der obligatorische Religionsunterricht aufgehoben werde. Steht, wie der Kultusminister behauptet, jetzt noch das Gesetz entgegen, so möge die Gesetzgebung helfen, und den Zwang aufheben. Der Vorgang in Braunsberg zeigt, wohin die Engherzigkeit führt, daß der vermeintliche Schutz der Religion dem Frieden nicht zuträglich, auch den Interessen der orthodoxen und herrschenden Religionsrichtung nicht immer dienlich und mit der Gleichheit der Rechte niemals vereinbar ist. Will die ultramontane Partei Gleichheit der Rechte, strebt die Regierung den religiösen Frieden an, so läßt sich der bessere Zustand leicht herstellen." —

Dieser Artikel ist dadurch zu einem historischen Aktenstück geworden, daß Fürst Bismarck ihn im Staatsanzeiger als „bemerkenswert" abdrucken ließ. Es ist charakteristisch für die ganze spätere Entwicklung des Konflikts zwischen Staat und Kirche, daß der erste darin seitens des Staates gethane Schritt zurückgethan werden mußte. Fürst Bismarck erkannte zuerst die Härte der lediglich juristischen Logik des Herrn v. Mühler, und dessen Nachfolger inaugurierte seine große Wirksamkeit, die einen der heftigsten und langwierigsten Kämpfe zwischen geistlicher und weltlicher Macht umfaßte, mit einem Rückschritt des Staates. Die Maßregel des Herrn von Mühler in betreff des Religionsunterrichts wurde zurückgenommen durch einen Erlaß seines Nachfolgers vom 20. Februar 1872, welcher gestattete, daß diejenigen Schüler höherer

Digitized by Google

Unterrichtsanstalten, welche einen ihrer Konfession entsprechenden Religionsunterricht nachweisen, auf Antrag ihrer Eltern oder Vormünder von der Teilnahme am Religionsunterrichte der Schule entbunden werden können.

In der öffentlichen Meinung hatte sich die Vorstellung, daß ein konservativer und orthodoxer Kultusminister unmöglich Staatsinteressen gegen kirchliche Beeinträchtigungen schützen könne, sogar über das gebotne Maß hinaus, und daß am allerwenigsten Herr von Mühler der Mann dazu sei, dermaßen festgesetzt, daß in der Presse eine Art Wetteifer bemerkbar wurde, um Herrn von Mühler das „Verdienst" einer energischen Abwehr der Durchbrechung staatlicher Ordnung möglichst abzuerkennen und es lediglich dem Fürsten Bismarck zuzuschreiben. So bemerkte u. a. die Magdeburger Zeitung:

„Der Bescheid an den Bischof von Ermeland ist zwar von Herrn von Mühler unterzeichnet, aber er ist aus einem Beschluß des gesamten Staatsministeriums hervorgegangen. Ob Herr von Mühler die Schneide gehabt hätte, den Bischof von Ermeland rund abzuweisen, ist sehr zu bezweifeln. Was das Kultusministerium heute thut, widerspricht allem, was es in früherer Zeit gethan hat. Seit langen Jahren dringen vom Rheinlande die Klagen zu uns herüber, daß das Kultusministerium die dortigen Schulen den Schulbrüdern und Schulschwestern überliefere — Personen, die in einer völlig klösterlichen Organisation stehen und schlechthin abhängige Organe ihrer geistlichen Ordensoberen sind. Seit Jahren wissen wir, daß die sogenannte katholische Abteilung im Kultusministerium fast selbständig ihre Interessen betreibt, daß der Minister sie schalten läßt, wie es ihr das beste scheint, und daß das, was sie will, merkwürdig genau mit den Bestrebungen der Zentrumsfraktion im Reichstage zusammenfällt. Die Regierung will den Kampf mit den römischen Anmaßungen aufnehmen. Sie will die bürgerliche Eintracht, den Frieden unter den Konfessionen wieder herstellen. Aber mit welchen Organen will sie dieses große Werk unternehmen, dieses Werk, das deshalb so schwierig ist, weil es ein Menschenalter hindurch verzögert wurde. Erst entferne man die Organe aus dem eigenen Lager, beseitige die Schwachen und Zaghaften, sorge dafür, daß in den oberen Instanzen nur Männer sind, die mit voller Charakterfestigkeit und scharfer Überlegung die Mittel erwägen und rücksichtslos anwenden, durch welche man den Gegner an den tödlichen Stellen trifft."

Digitized by Google

Das war die allgemeine Überzeugung. Herr v. Mühler bot übrigens nicht nur, wie zur Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium, zum Schulaufsichtsgesetz, zur Abfertigung des Bischofs von Ermeland, sondern auch zu einer organischen Gesetzgebung behufs neuer Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche die Hand. Die Thronrede, mit der der Landtag im November 1871 eröffnet wurde, sagte in dieser Beziehung:

„Gegenüber den Bewegungen, welche auf dem Gebiete der Kirche stattgefunden haben, hält Meine Regierung daran fest, der Staatsgewalt ihre volle Selbständigkeit in bezug auf die Handhabung des Rechts und der bürgerlichen Ordnung zu wahren, und zugleich neben der berechtigten Selbständigkeit der Kirche und Religionsgesellschaften die Glaubens- und Gewissensfreiheit der einzelnen zu schützen. Behufs Durchführung dieser Grundsätze werden Ihnen besondere Vorlagen zugehen, welche die Eheschließung, die Regelung der Zivilstandsverhältnisse und die rechtlichen Wirkungen des Austritts aus der Kirche zum Gegenstand haben. Auf dem Gebiete des öffentlichen Unterrichts wird die Verwendung sehr beträchtlicher Mittel in Anspruch genommen, um viele bisher zurückgestellte Bedürfnisse nunmehr zu befriedigen. Die von der Verfassungsurkunde geforderte Vorlage eines allgemeinen Unterrichtsgesetzes wird auch in dieser Session erneuert werden, nachdem die bei den früheren Beratungen stattgehabten Erwägungen und die Erfahrungen der letzten Jahre bei der Revision des Entwurfs eingehende Berücksichtigung gefunden haben. Ein Spezialgesetz über die Beaufsichtigung der Schulen bezweckt die beschleunigte Abhilfe eines als vorzugsweise dringend erkannten Bedürfnisses."

Fürst Bismarck sagte beim Rücktritt des Herrn v. Mühler, es wäre eine Auseinandersetzung mit ihm nötig gewesen „weil er gewissen Einflüssen, die sich seiner bemächtigten, nicht gewachsen gewesen wäre." — Lagen die Friktionen mit dem Fürsten auch weniger auf dem Gebiete der zu ergreifenden Kirchenpolitik, so waren die Rekriminationen retrospektiver Art heftig genug, um ein ersprießliches Zusammenwirken zu erschweren.

Und involvierte die kirchliche Richtung des Herrn v. Mühler eine nationale Gefahr, so konnte sie in den Augen des Fürsten Bismarck keine Gnade finden. Nun wurde aber das Anwachsen der ultramontanen Bewegung auf das Konto der zehnjährigen Wirksamkeit des Herrn v. Mühler gesetzt, vor allem aber die Repolonisierung in Westpreußen. „Doppelt nachteilig hat die Müh-

Digitized by Google

lerische Verwaltung in den Gegenden gewirkt, wo die deutsche Bevölkerung mit slavischer gemischt ist. Die letztere ist größtenteils katholisch, und indem dieser Minister die Pflege des Kirchlichen vor allem betonte und betrieb, wurde die Verschmelzung der slavischen mit der deutschen Bevölkerung durch ihn aufgehalten oder verhindert, es wurde durch seinen kirchlichen Eifer stellenweise ein slavisches Nationalbewußtsein geweckt und gepflegt, das vorher gar nicht, oder kaum vorhanden gewesen war; es wurden Deutsche der römischen Kirche und damit dem Slaventum in die Arme getrieben, so daß in der Provinz Posen und auch in andern Landesteilen solche Deutsche, weil sie katholisch waren, sich polnisch zu geberden anfingen und polnische Namen, so weit es erlaubt war, annahmen." Jedenfalls stand die Person des Herrn v. Mühler, bei den Liberalen verhaßt wie selten eine, dem Zusammenwirken mit diesen im Wege, und diese Partei war zur Vollbringung des Werkes, um das es sich handelte, vorzugsweise berufen. Eine freie Kommission des Abgeordnetenhauses, aus Mitgliedern der meisten Fraktionen bestehend, beschloß, bei Beratung des Schulaufsichtsgesetzes eine Resolution einzubringen, dahin lautend, daß das Schulaufsichtsgesetz im Prinzipe gut sei, daß aber die Ausführung desselben dem gegenwärtigen Kultusminister nicht anvertraut werden könne. „Man war begierig zu sehen, ob auch diesem neuen Mißtrauensvotum gegenüber Herr v. Mühler seine eherne Stirn, seine Kaltblütigkeit bewahren und trotzdem, vielleicht mit einer liberalen Schattierung seiner Redeweise, sein Amt behalten würde".

Herr v. Mühler mußte dem Liberalismus geopfert werden. Die Konservativen zögerten mehr und mehr, in den vollen Kampf wider den Ultramontanismus einzutreten. Das Schulaufsichtsgesetz sahen sie nicht unter dem Gesichtspunkte des Anti-Ultramontanismus, sondern unter dem des Anti-Konservatismus an. Indem sie den Kampf den Liberalen überließen, wurden diese die maßgebende Partei nicht bloß auf dem einen Gebiete. Fürst Bismarck äußerte sich wiederholt darüber im Landtage. Er bemerkte 1873 im Herrenhause:

„Der Vorredner hat sich darüber beklagt, daß der Liberalismus — der Kürze wegen will ich mich dieses Ausdruckes bedienen — in den letzten Jahren Fortschritte gemacht habe. Bei einer analogen Debatte im vorigen Jahre habe ich vorausgesagt, daß dieser Fall wahrscheinlich eintreten werde. Es ist möglich, daß er noch mehr Fortschritte macht. Woran liegt das? Wesentlich an der

Digitized by Google

Desorganisation des Gegengewichtes, der konservativen Partei; darin, daß die Regierung in dem Vertrauen auf die Unterstützung der Konservativen getäuscht ist; darin, daß die konservative Partei den Ideen der Regierung bei der Debatte über das Schulaufsichtsgesetz ein Mißtrauensvotum gegeben."

Als bald darauf Fürst Bismarck andrerseits mit Dr. Falk in Konflikt kam, dem er nicht bis zum Zivilehegesetz folgen wollte, dessen Drohung mit Demission er aber nachgab, schrieb er in einem Privatbriefe an Herrn v. D.:

„Auf Ihr gefälliges Schreiben vom 3. Februar, in welchem Sie Ihren Gedanken bezüglich der Wirkungen der Zivilstandsgesetze einen erneuerten Ausdruck geben, beehre ich mich ergebenst zu erwidern, daß in dem Stadium, in welchem sich die Angelegenheit befindet, eine mündliche Erörterung derselben mit mir zu einem praktischen Resultat nicht führen kann. Auf einzelne, Ihrem Standpunkt entsprechende Modalitäten des Gesetzes einzugehen, wäre seiner Zeit gewiß thunlich, aber mit Erfolg doch nur für einen Minister möglich gewesen, der sich auf die Unterstützung einer starken, konservativen Partei hätte berufen können. Ich glaubte bis zur Beratung des Schulaufsichtsgesetzes in diesem Falle zu sein, habe mich aber von meinem Irrtum überzeugt, und meinen praktischen Wirkungskreis dieser Erfahrung entsprechend eingeschränkt."

Herr v. Mühler war so unbeliebt geworden, daß der bloße Wechsel auf seinem Platze in den liberalen Kreisen stürmische Beifallsrufe weckte. Ein einfacher politischer Kalkül mußte ergeben, daß der Rücktritt des Herrn v. Mühler einen Systemwechsel bedeutete. Die Person des Dr. Falk verbürgte einen solchen vollends.

Sowohl die freudige Anerkennung dieses Umstandes, als die Zweifel, die sich nicht überall ganz beschwichtigen ließen, bezeugten, daß den Liberalen nicht das eigentliche Ziel Bismarcks, sondern der Triumph ihres Systems die Hauptsache war.

Die offiziöse Presse beeiferte sich, den Nachfolger Mühlers den Liberalen zu empfehlen. Die „Provinzial Correspondenz" begrüßte Dr. Falk mit den Worten: „Je näher die kirchlichen Bewegungen dieser Zeit auch die Beziehungen des Staates zur Kirche berühren, destomehr kommt es darauf an, daß in der staatlichen Leitung der Kirchen- und Schulverwaltung ein Geist walte, welcher nach allen Seiten die Bürgschaften voller Unbefangenheit und Gerechtigkeit, sowie des ernsten Willens gewährt, ebensosehr die unveräußer-

Digitized by Google

lichen Rechte des Staates, wie die Ansprüche der sittlichen und religiösen Volksinteressen zu wahren. Um diese schwierige Aufgabe zu erfüllen, ist ein festes Zusammengehen und volle Übereinstimmung aller beteiligten Staatsgewalten unerläßlich."

Herr Dr. Falk empfahl sich sodann durch sein eignes Auftreten. Als gegen Ende des Monats Januar 1872 das Abgeordnetenhaus die wegen des Wechsels im Kultusministerium hinausgeschobene Beratung des Kultusetats wieder aufnahm, debutierte Dr. Falk mit der Erklärung, die er namens der Staatsregierung abgab, „daß aus diesem Ressort weitere Vorlagen nicht wieder gemacht werden. Die in der Allerhöchsten Thronrede angekündigten betreffenden Gegenstände haben freilich bereits eine weitere und formulierte Entwicklung gefunden, dergestalt, daß die Gesetzesentwürfe zur Vorlage an die Faktoren des Landtages völlig vorbereitet waren — nicht blos äußere, sondern auch innere Gründe aber sind es gewesen, die es mir unmöglich gemacht haben würden, diese Vorlagen zu vertreten, und in Anerkenntnis dessen hat das königl. Staatsministerium sich damit einverstanden erklärt, daß diese Vorlagen weder zur allerhöchsten Vollziehung gebracht werden, noch an die Häuser des Landtages gelangen. Was die bereits der hohen Versammlung gemachten Vorlagen betrifft, so kann ich nur versichern, daß sie auf die Rücknahme einer Vorlage nicht zu rechnen habe, das ist das Schulaufsichtsgesetz."

Das war ein frischer, zuversichtlicher Ton. Der Accent, der auf das nicht im letzten Satze gelegt war, drang den Zuhörern ganz besonders scharf in die Ohren und sagte ihnen, der neue Minister wolle es nicht blos mit den Ultramontanen aufnehmen. Sieben Jahre später — so lange hat die Wirksamkeit des Dr. Falk gedauert — sprach er einmal wieder über die Volksschule, abermals mit starker Betonung seines Gegensatzes zu seinem Vorgänger. Es war sein Schwanengesang. Es mögen hier die beiden Enden seiner siebenjährigen reichen Thätigkeit zusammengefaßt, Ausgangspunkt und Endpunkt zusammengestellt werden. Im Jahre 1879 sagte ein Privatbrief aus Parlamentskreisen:

„Die Bemerkung der Kreuzzeitung, die Rede des Kultusministers Dr. Falk (vom 15. Januar 1879) habe an Allerhöchster Stelle keinen guten Eindruck gemacht, wird in Landtagskreisen bei der Vorsicht, womit das konservative Blatt derartige Nachrichten verbreitet, sehr beachtet. Der Minister hatte den Gegensatz, in welchem die Ära Falk zu dem System Mühler steht, stark betont,

Digitized by Google

dabei aber außer Acht gelassen, daß an Allerhöchster Stelle jeder langjährige Dienst, mag er schließlich mit Entlassung enden oder nicht, eine nachhaltige Anerkennung findet. Diese Falksche Polemik gegen einen Mann, der ebenfalls Sr. Majestät Minister war, mochte da eine nicht besonders günstige Aufnahme finden, wo es nicht geliebt wird, gerade in Sachen der religiösen Erziehung des Volkes in der Schule und durch dieselbe von prinzipiellen Verschiedenheiten zu reden. Unbeachtet geblieben wäre wohl die Konstatierung eines nur graduellen Unterschiedes zwischen dem Falkschen und dem Mühlerschen Regime, als bedenklich aber gelte die ausdrückliche Betonung des Vorhandenseins eines grundsätzlichen Dissenses. Richtig ist, daß die Stellung des Ministers vor einer Woche als befestigt angesehen werden durfte, und aus dem Gefühl heraus die Situation vollkommen zu beherrschen, hat Herr Dr. Falk am 15. Januar denn auch gesprochen, und zwar in Verteidigung seiner Bestrebungen und Ideen sogar äußerst geschickt gesprochen. Allein abgesehen von der erwähnten scharfen Gegenüberstellung der Ära Falk und des Systems Mühler hat wohl auch die allzugroße Reserve, welche der Minister nach der Ansicht streng konservativer Kreise bei Beurteilung der „Kohlenstoffepisode" beobachtete, an gewisser Stelle nicht angenehm berührt. „Man kann", — so äußerte ein Mitglied der Rechten — „wohl kühn und sicher über einen großen Felsblock hinweg springen, wie Dr. Falk es am 15. d. Mts. gethan, und doch durch ein kleines Steinchen ins Straucheln geraten." Soviel zur Kennzeichnung der augenblicklichen Situation und der in maßgebenden Kreisen angeblich obwaltenden Stimmungen."

Nachdem der „innere" Gegensatz zu Herrn von Mühler konstatiert war, identifizierte sich Dr. Falk mit demselben unter einem anderen Gesichtspunkt. Dem Abgeordneten von Mallinckrodt erklärte er: der vollen, freien Bewegung der Kirchengemeinschaften werde er nicht hindernd in den Weg treten, aber da, wo Rechte des Staates auf dem Spiele stünden, werde man ihn als „Juristen' finden.

Das Schulaufsichtsgesetz, das Erbe des Herrn von Mühler und ein eigner Gedanke des Fürsten Bismarck, bereitete dem Dr. Falk in den Tagen der Monate Februar und März (1872) die dem Nachfolger eines Mühler schuldigen Triumphe. Der intellektuelle Urheber des Gesetzes, Fürst Bismarck, beteiligte sich aufs lebhafteste in beiden Häusern des Landtages an den Debatten, indem er seine

Digitized by Google

Sphäre gegen die des Kultusministers mit den Worten abgrenzte: „Ich habe der sachlichen Darlegung meines Herrn Kollegen nur einiges von meinem allgemeinen politischen Gesichtspunkte hinzuzufügen."

Das Debüt des Dr. Falk fand in formeller Beziehung einige Kritik. Von sehr nahestehender, befreundeter Seite wurde über ihn gesagt:

„Ich kann mich irren, aber je öfter ich Falk als Minister habe sprechen hören, destomehr hat sich mir der Gedanke aufgedrängt, daß eine so sehr große Gewandtheit und Volubilität der Rede, wie Falk sie besitzt, für einen Minister eine Gabe von zweifelhaftem Werte ist, wenn ihr nicht eine ganz eminente und allzeit gegenwärtige Macht des Geistes und Willens zur Seite steht. Es fiel mir das besonders ein, als Falk, um sich gegen den Einwurf zu verteidigen, daß man dies Gesetz auf diejenigen Provinzen hätte beschränken können, in denen es Not thue, den Ausdruck sich entschlüpfen ließ, man könne doch nicht in einzelnen Provinzen den Schulbelagerungszustand verkünden. Das hierin liegende, durchaus nicht beabsichtigte Zugeständnis wurde von einem der Gegner benützt, aber äußerst schwach; hätte Falk einen Debattierer wie die Reichensperger, Windthorst und Mallinckrodt es sind, im Herrenhause sich gegenüber gehabt, so würde ihm diese Unvorsichtigkeit äußerst übel bekommen sein." Diesen „Debattierern" sollte sehr bald Gelegenheit werden, um mancherlei Verschiedenheiten in der Methode und dem Tone des Kultusministers und des Ministerpräsidenten zu erkennen und sich nach ihrer Weise zu Nutze zu machen.

Im Hotel des Fürsten Bismarck merkte man sich inzwischen die Liste derer im Herrenhause, die gegen das Schulaufsichtsgesetz gestimmt hatten, als da waren:

Flügeladjutant Sr. Majestät des Kaisers und Königs Fürst Anton Radziwill, der Oberhofmeister Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin, Graf von Nesselrode, der Hofjägermeister Graf von der Asseburg-Falkenstein, der Erbmarschall Baron v. Bodelschwingh-Plattenburg ꝛc., Graf zur Lippe und seine Freunde, der Chefpräsident des Obertribunals, Staatsminister v. Uhden, und der Vizepräsident Dr. Götze. Eine ganze Reihe von „aus Allerhöchstem Vertrauen" berufener Herren zählte zu den „Eideshelfern der Polen." „Das „Vertrauen" rührt wohl noch von König Friedrich Wilhelm IV. her," wurde bemerkt. Dazu kam ein Haufen alter Freunde

Digitized by Google

oder Anhänger von Fürst Bismarck, wie Hans von Rochow, die Herren v. Tettau, v. Zedlitz und Neukirch, v. Plötz u. s. w.

Einige Zeit darauf berichteten verschiedene Blätter, Fürst Bismarck habe sich einer nicht im Staatsdienst stehenden Person gegenüber dahin ausgesprochen, daß er es müde geworden sei, vergeblich die Einflüsse der ultramontanen Partei am Hofe zu bekämpfen und doch sei es seine Sache, die Bemühungen des Herrn Dr. Falk zu unterstützen. Als Beispiel, wie stark der Einfluß der Herren von der langen und der kurzen Robe sei, erzählte er, daß er in diesem Sommer erfahren habe, daß ein Kammerherr der Kaiserin eine sehr große Summe (10- oder 20,000 Thlr.) nach Oberschlesien zur Unterstützung der Agitation gegen das Schulaufsichtsgesetz geschickt und gleichzeitig einen jährlichen Beitrag zur Fortsetzung der Agitation versprochen habe. Er habe diese Thatsache sogleich dem Kaiser mitgeteilt und ihn auf das Bedenkliche aufmerksam gemacht, wenn Personen in solchen Stellungen an der Agitation gegen die Regierung sich beteiligten. Und die Antwort des Kaisers lautete: „Lieber Bismarck, nehmen Sie an, daß Sie mir diese Sache nicht mitgeteilt haben, denn Herr v. N. ist ein besonderer Liebling meiner Frau —." Fürst Bismarck selber berichtigte diese Notiz folgendermaßen: „Ich habe vor einigen Wochen Seiner Majestät schriftlich gemeldet, daß nach glaubwürdigen Mitteilungen ein zum Allerhöchsten Hofe in näherer Beziehung stehender Kammerherr neben seinen erheblichen Beisteuern zu Agitationen gegen die Regierung Seiner Majestät, auch die Geldstrafe aus eignen Mitteln gedeckt habe, zu welcher ein polnischer Agitator wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden sei. Auf diese, in meiner damaligen Eigenschaft als Ministerpräsident von mir eingereichte Anzeige hat Seine Majestät der Kaiser sich in schriftlicher Randbemerkung weitere Ermittelungen und weiteres Verfahren vorbehalten. Das betreffende Aktenstück befindet sich im amtlichen Geschäftsgange und Anführungen irgendwelcher anderer, und namentlich mündlicher Äußerung Seiner Majestät des Kaisers über diesen Vorgang sind grundlose Erfindungen." Das Kapitel von Friktionen des Reichskanzlers mit Herren und Damen vom Hofe füllte seit jener Zeit Jahre lang und wenig unterbrochen die politische Konversation aus, von Dementis begleitet und von glaubwürdigen Zeugen immer von neuem bestätigt. Es wird davon noch die Rede sein.

Inzwischen spielte die Affaire Wollmann weiter. Der Erlaß des neuen Kultusministers vom 29. Februar, der auf eine voll-

Digitized by Google

ständige Ausgleichung des Konfliktes Anspruch machen durfte, sofern er den Braunsberger Gymnasiasten gestattete, den Gesamtunterricht zu genießen, auch ohne an dem Religionsunterricht des ketzerischen und exkommunizierten Lehrers teilzunehmen, befriedigte keineswegs den Bischof und seine Partei. Sie bestanden auf Grund der Entziehung der missio canonica auf vollständiger Entfernung und anderweitiger Ersetzung des Religionslehrers. Eben darauf zielte auch ein Antrag des Abg. Reichensperger im Abgeordnetenhause (November 1872), den Dr. Falk mit den Worten abwies: „Die Königl. Staatsregierung will nicht entscheiden und kann nicht entscheiden, was Dogma ist; aber eben deswegen kann sie auch nicht durch den Antrag Reichensperger sich zu der Entscheidung drängen lassen, daß die Bischöfe, die sich dem Vatikanum unterworfen haben, im Rechte sind; sie erachtet den Dr. Wollmann für katholisch und darum kann sie die Konsequenzen nicht ziehen, die ihr angesonnen werden. Derselbe ist Staatsbeamter und damit hat er auch alle Rechte der Staatsbeamten in Anspruch zu nehmen, wozu gehört, wenn es sich um die Entlassung handelt, das Recht, nur nach den Gesetzen des Staates, nach den Formen, die diese Gesetze vorschreiben, vom Amte gebracht werden zu können.“ Im Fortgange der Maßregeln gegen den Dr. Wollmann hatte der Bischof Krementz nun aber nicht bloß die große Exkommunikation über denselben verhängt, sondern auch diesen Beschluß ohne Einholung der hierzu erforderlichen Genehmigung der Staatsbehörden zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Dasselbe war in bezug auf den Professor Michelis zu Braunsberg geschehen. Da der große Kirchenbann keine rein geistliche Strafe ist, sondern durch die Ächtung, mit welcher derselbe den Betroffenen in bezug auf den gesamten täglichen Verkehr belegt, neben der kirchlichen zugleich auch eine bürgerliche Bedeutung hat, so mußte die Staatsregierung die einseitige Verhängung des Bannes durch den Bischof „als eine Verletzung der dem Schutze des Staates anheimfallenden Gerechtsame seiner Angehörigen und als einen Eingriff der Kirchengewalt in das bürgerliche Rechtsgebiet erachten, welches der Staat zu wahren befugt und verpflichtet ist.“ Der Minister richtete demgemäß mit Zustimmung des Staatsministeriums das Ersuchen an den Bischof, den Widerspruch, in welchem seine Maßnahmen mit den Landesgesetzen ständen, in geeigneter Weise zu beseitigen, widrigenfalls er die Anerkennung seines Amtes zurücknehmen würde. Der Bischof stellte dagegen den Grundsatz auf, daß, wenn

Digitized by Google

zwischen den Vorschriften des Kirchenrechts und den Landesgesetzen ein Widerspruch bestehe, es Pflicht des Geistlichen sei, zunächst nach dem ersteren zu handeln. Der Minister verlangte die bestimmte Erklärung, ob der Bischof gewillt sei, fortan die Staatsgesetze in ihrem vollen Umfange zu befolgen; seine Theorie sei mit der Staatshoheit unverträglich. Dr. Krementz gab darauf eine gewundene Erklärung, welche die Staatsregierung wegen der geflissentlichen Betonung der staatlichen Souveränität des Staates nicht für rückhaltlos hielt. Bevor weitere Beschlüsse gefaßt wurden, fragte der Bischof unterm 22. August an, ob der König ihn bei der Jubelfeier der Erwerbung Westpreußens in Marienburg behufs Überreichung einer Ergebenheitsadresse der ermländischen Geistlichkeit empfangen wolle. Der König verlangte jetzt selbst vom Bischof die Erklärung, daß er gewillt sei, den Staatsgesetzen in vollem Umfange, ohne der staatlichen Souveränität eine andere, die kirchliche, entgegenzusetzen, Gehorsam zu leisten. Jetzt versicherte Dr. Krementz unter dem 5. September, daß er mit der Anerkennung der vollen staatlichen Souveränität des Staates eine Beschränkung der Souveränitätsrechte desselben auf seinem Gebiete nicht habe aussprechen wollen, er erkläre gern und rückhaltlos, daß er die volle Souveränität der weltlichen Obrigkeit auf staatlichem Gebiete anerkenne; daß es eine andere Souveränität auf diesem Gebiete nicht gäbe; und daß er demgemäß die ihm durch Gottes Wort auferlegte Pflicht, den Staatsgesetzen in vollem Umfange Gehorsam zu leisten, neu erfüllen werde. Er fügte jedoch hinzu, daß ihm ebenso in Sachen des Glaubens Gottes Offenbarung und Gesetz als alleinige und unumstößliche Norm gelte, und er sich hierin der Offenbarung Jesu Christi und der Autorität der Kirche ebenfalls ohne Rückhalt unterwerfe.

Diese Erklärung gab dem Präsidenten des Staatsministeriums Fürst Bismarck Anlaß zu einem Schreiben vom 9. September, in welchem der entgegenkommende Charakter der bischöflichen Äußerung anerkannt, jedoch als Vorbedingung des Empfangs des Bischofs seitens Sr. Majestät bezeichnet wurde, daß vorher jeder Zweifel darüber gehoben sei, ob er durch Verhängung der großen Exkommunikation ohne Vorwissen der Regierung gegen die Landesgesetze gefehlt zu haben einräume. Darauf verzichtete der Bischof auf den Empfang beim König in einer Eingabe an diesen und bat den Fürsten in einem besondern Schreiben um Auskunft über die Gründe der Umänderung des königlichen Wortes, da der Ministerpräsident

Digitized by Google

in seiner Zuschrift vom 9. September eine neue in dem Schreiben Sr. Majestät nicht enthaltene Bedingung für das Erscheinen in Marienburg aufgestellt habe. Fürst Bismarck erwiederte unter dem 16. September, daß der Bischof durch seine Erklärung vom 5. September der Aufforderung des Kaisers nicht vollständig entsprochen habe, indem er seiner Erklärung Zusätze beigegeben habe, welche den Sinn derselben zweifelhaft machen und dieselbe Auslegung zulassen, welche in den frühern Äußerungen des Bischofs die Bedenken des Kaisers veranlaßt haben. Da es dem Bischof so schwer geworden, eine die Zukunft betreffende unumwundene und befriedigende Zusage über seine Stellung zur Landeshoheit und zu den Landesgesetzen zu geben, habe ihm der Schritt, welcher es dem Kaiser möglich gemacht haben würde, ihn zu empfangen, dadurch erleichtert werden sollen, daß derselbe auf eine Erklärung über die Vergangenheit eingeschränkt würde, ohne bei dieser Gelegenheit Bürgschaft für die Zukunft nochmals zu verlangen. Der Ministerpräsident sprach schließlich das Bedauern aus, daß der Bischof eine solche Erklärung nicht oder wenigstens nicht rechtzeitig mehr habe abgeben können.

Die „Provinzial-Korrespondenz" brachte darauf die folgende Notiz: „Nachdem der Bischof von Ermland sich somit dem rückhaltlosen Anerkenntniß der Souveränität des Staates und der unbedingten Geltung der Landesgesetze fortgesetzt entzogen hat, wird die Staatsregierung, abgesehen von den weiteren Beschlüssen in bezug auf den Bischof Krementz selbst, vornehmlich dafür Sorge tragen: die Souveränität des Staates auf allen Gebieten des bürgerlichen Lebens auf dem Wege der Gesetzgebung gegen alle Zweifel, Vorbehalte und Übergriffe von kirchlicher Seite unbedingt sicher zu stellen. Die bevorstehende Landtagssession wird in dem Zusammenwirken mit der Staatsregierung zu solchem Zweck eine ihrer Hauptaufgaben finden."

Der Schriftwechsel zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Ermländer Bischof nahm inzwischen noch einen weitern Fortgang. Auf den Bescheid des Reichskanzlers vom 16. September antwortete Dr. Krementz nochmals durch eine Rückäußerung vom 20. September, in welcher er sagte, daß die ihm vom Reichskanzler gemachten Eröffnungen seine Auffassung über die streitige Angelegenheit nicht verändert hätten, und die Behauptung wiederholte, es sei ihm eine neue Bedingung für die Teilnahme an der Jubelfeier gestellt. Diese Bedingung beträfe das Aufgeben seines Standpunktes in der Exkommunikationsfrage, welchen er in wiederholten Schreiben

Digitized by Google

begründet und festgehalten habe. Hierauf antwortete Bismarck, daß er, da der Zwischenfall über die Feier in Marienburg bereits der Vergangenheit angehöre, sich die weitere unmittelbare Beteiligung an den Verhandlungen mit dem Bischof versagen müße und den ganzen durch jenen Zwischenfall veranlaßten Briefwechsel dem Minister für geistliche Angelegenheiten überwiesen habe.

In der Braunsberger Angelegenheit hatte schon im Jahre 1871 in einem Erlasse an die preußischen Bischöfe Kaiser Wilhelm angedeutet, wie er gehofft habe, daß die gewichtigen Elemente innerhalb der katholischen Kirche, welche sich früher der nationalen Bewegung unter preußischer Leitung abgeneigt zeigten, nunmehr nach verfassungsmäßiger Neugestaltung des deutschen Reiches, der friedlichen Entwicklung desselben im Interesse staatlicher Ordnung ihre freiwillige Unterstützung widmen würden.

„Die wohlwollenden Kundgebungen (sagte der Kaiser), mit denen Se. Heiligkeit der Papst Mich bei Herstellung des Reiches in eigenhändigem Schreiben begrüßte, ließen es Mich hoffen."

Dieser Hinweis auf die Stellung des Papstes zum neuen deutschen Reiche erregte den Widerspruch der Ultramontanen in der Presse und in der Volksvertretung, welche die von dem Kaiser hervorgehobene Bedeutung des päpstlichen Schreibens in Frage stellten.

Dies gab Anlaß zur Veröffentlichung jenes Schreibens, durch welches der Papst die Mitteilung über die Annahme der Kaiserwürde erwiderte.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, welche dasselbe veröffentlichte, fügte dann hinzu:

„Wir glauben nicht zu irren, wenn wir versichern, daß alle Äußerungen und Kundgebungen des Papstes in voller Harmonie mit diesen sympathischen Worten stehen, und wir glauben, daß diese Gesinnung des Papstes nicht auf wandelbarer Unterlage ruht. Gerade deshalb dürfen wir es als ein gefährliches und frevelhaftes Beginnen bezeichnen, wenn deutsche Parteimänner, wohl wissend, daß man in Rom die Aufrichtigkeit und Wahrheit ihrer Insinuationen nicht zu prüfen und die deutschen Verhältnisse nicht zu beurteilen in der Lage ist, sich und ihre Fraktions- und Zeitungsinteressen zwischen den Papst und die deutschen Regierungen, ja, zwischen den Papst und die deutschen Katholiken drängen, und den Intentionen des päpstlichen Stuhles einerseits, dem Geist

Digitized by Google

des deutschen katholischen Volkes andererseits ihre eigenen Parteitendenzen unterzuschieben suchen."

Damals wurde also noch das Verhältnis zum Papste als ein ungetrübtes von Berlin aus angesehen. Im Mai 1872, bis wohin die Braunsberger Affaire sich, wie oben gezeigt, weiter entwickelte, geschah der erste feindselige Schritt der Kurie.

Die Vertreter bei dem römischen Stuhl haben nicht, wie andere Gesandte, eigentlich diplomatische Verhandlungen zu führen; es handelt sich in dieser Stellung weder um die Erörterung politischer Machtfragen, noch um die Regelung internationaler Interessen, sondern wesentlich nur um die Sicherung gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens in bezug auf diejenigen Angelegenheiten, in welchen sich die Aufgaben und Interessen des Staates mit denen der Kirche berühren. Diese Fragen unterliegen an und für sich allerdings der Regelung durch die staatliche Gesetzgebung; aber die Regierung des Kaisers legte einen großen Wert darauf, daß ihre Auffassungen und Schritte in dieser Beziehung jeder Zeit eine richtige Würdigung und so weit möglich moralische Unterstützung seitens der päpstlichen Kurie finden und daß ein vertrauensvolles Zusammenwirken zwischen Staat und Kirche gesichert werde. Dieser Absicht der kaiserlichen Regierung konnte ein klarerer und bestimmterer Nachdruck nicht gegeben werden, als durch die Berufung eines hoch angesehenen Würdenträgers der Kirche zum Botschafter des Reiches beim päpstlichen Stuhle. In der einem Kardinal zugedachten Stellung als Botschafter, welche mit den höchsten diplomatischen Ehren ausgestattet ist, lag schon an und für sich ein Anzeichen, daß das deutsche Reich durch seine Vertretung der Kurie besondere Achtung zu erweisen gedachte. Um so mehr durfte die Regierung des Kaisers hoffen, daß ein Prälat in solcher Stellung wohl im stande sein würde, dem Papste aus eigener sicherer Kenntnis der Personen und Zustände in Deutschland Aufklärungen zu geben, welche ihn vor dem Einflusse irrtümlicher oder gefälschter Darstellungen zu bewahren und dadurch den Boden für ein vertrauensvolles Einvernehmeu zu sichern vermöchten. Die Berufung eines katholischen Prälaten zum Vertreter des Reiches enthielt überdies eine unzweifelhafte Bürgschaft, daß die kaiserliche Regierung nicht damit umging, irgendwie unbillige oder verletzende Zumutungen an den päpstlichen Stuhl zu richten. So wenig wie die Regierung selbst, falls sie solche Absicht gehabt hätte, zu ihrem Vertrauten und Wortführer beim Papste einen

Digitized by Google

Würdenträger der katholischen Kirche ausersehen haben würde, so wenig würde ein der Kirche entschieden ergebener Prälat sich zur Übernahme der ihm zugedachten Stellung haben bereit finden lassen, wenn er nicht aus den mit ihm gepflogenen Verhandlungen die sichere Überzeugung gewonnen hätte, daß die zu übernehmende Aufgabe mit seinen Pflichten gegen die Kirche und den Papst durchaus vereinbar sei, ja daß er der Kirche damit gerade einen wesentlichen Dienst leisten könnte. Die Regierung des deutschen Kaisers aber durfte ihrerseits dem Kardinal Prinzen zu Hohenlohe ihr volles Vertrauen für die wichtige Stellung schenken, weil derselbe ebenso wie die Treue gegen die Kirche von jeher auch ein warmes Herz für Deutschland bewährt hatte. Die Berufung des Prinzen zum Vertrauensmann beim päpstlichen Stuhle sollte hiernach ein Schritt der Versöhnlichkeit sein. Katholische Prälaten gab es schon früher mehrfach als Gesandte beim Papst. Auch unter Friedrich dem Großen wurden die preußischen Geschäfte bei der Kurie durch Prälaten besorgt. Trotz allem erfolgte auf die Anfrage, ob die Wahl des Prinzen zum Botschafter des deutschen Reiches dem Papste genehm sei, die Antwort: Der Papst könne dem Kardinal nicht gestatten, ein solches Amt zu übernehmen.

„Ich bin seit ziemlich zehn Jahren jetzt auswärtiger Minister, ich bin seit 21 Jahren in den Geschäften der höhern Diplomatie thätig, und ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich sage, es ist dies der einzige und erste Fall, den ich erlebt, daß eine solche Anfrage verneinend beantwortet wird. Ich habe schon öfters erlebt, daß Bedenken ausgesprochen sind gegen Gesandte, die bereits längere Zeit fungiert hatten, daß ein Hof in vertraulicher Weise den Wunsch ausgesprochen hat, es möge ein Wechsel in der Person erfolgen; dann aber hatte dieser Hof eine mehrjährige Erfahrung im diplomatischen Verkehr mit dem Gesandten hinter sich, hatte die Überzeugung, daß diese Persönlichkeit zur Sicherung der von dem Hofe gewünschten guten Beziehungen nicht geeignet sei, und äußerte sich in eigenhändigem Schreiben von Souverän zu Souverän, in vertraulichster Weise, mit Erörterungen, warum dies geschehe — und immer nur vorsichtig, selten in bestimmter Forderung. Es ist in der neuesten Zeit ein recht flagrantes Beispiel vorgekommen, daß die Abberufung eines Gesandten gefordert wurde — aber die Versagung eines neu zu ernennenden ist mir nicht erinnerlich". Das war der Kommentar des Fürsten Bismarck zu der päpstlichen Zurückweisung, den er am 14. Mai 1872 im Reichstage gab. Er

Digitized by Google

sagte darin weiter, nicht in der Erwartung, daß es einem Gesandten des deutschen Reiches nach der jetzt in der katholischen Kirche maßgebenden Stimmung durch Überredungskünste gelingen könnte, eine Änderung in der vom Papste zu den weltlichen Dingen prinzipiell genommenen Stellung zu bewirken, habe er an die Vertretung des Reiches durch den Prinzen Hohenlohe gedacht, sondern es habe sich nur darum gehandelt, die Kurie besser über die Intentionen der deutschen Regierung aufzuklären, und nur überhaupt einen Verkehr herzustellen, in Formen, durch welche unnötige Reibungen vermieden würden. „Ein Gesandter ist wesentlich nur das Gefäß, welches durch die Instruktionen seines Souveräns gefüllt erst seinen vollen Wert bekömmt; daß aber dieses Gefäß ein angenehmes, willkommnes sei, ein solches, welches nach seiner Beschaffenheit, wie man von alten Krystallen sagte, Gift oder Galle nicht in sich aufnehmen kann, ohne es sofort anzuzeigen, das ist allerdings wünschenswert, in so delikaten Beziehungen wie diese sind."

In der denkwürdigen Rede über die Hohenlohsche Angelegenheit bezeichnete der Reichskanzler die Aufgabe der Reichsregierung zu den kirchlichen Fragen in kurzen, aber bestimmten Andeutungen. Nicht auf dem Wege eines Konkordats könne nach den neuerdings ausgesprochenen und öffentlich verkündeten Glaubenssätzen der katholischen Kirche die Regelung der kirchlichen Fragen erfolgen, ohne daß die weltliche Macht sich in einer Weise verläugnen müßte, die das deutsche Reich für sich nicht annehmen könne: den Weg nach Kanossa werde die Regierung des deutschen Reiches nicht gehen. Aber niemand könne sich verhehlen, daß die Lage und Stimmung innerhalb des deutschen Reiches auf dem Gebiete des konfessionellen Friedens eine geteilte sei. „Die Regierungen des deutschen Reiches suchen emsig, suchen mit der ganzen Sorgfalt, die sie ihren katholischen, wie ihren evangelischen Unterthanen schulden, nach den Wegen, um in einer möglichst friedlichen, in einer die konfessionellen Verhältnisse des Reiches möglichst wenig erschütternden Weise aus diesem jetzigen Zustande in einen annehmlichen zu gelangen." Es werde dies schwerlich anders geschehen können, als auf dem Wege der Gesetzgebung, und zwar auf dem einer allgemeinen Reichsgesetzgebung, zu welcher die Regierungen genötigt sein werden, die Beihilfe des Reichstags in Anspruch zu nehmen. Diese Gesetzgebung werde in einem für die Gewissensfreiheit durchaus schonenden, in der zurückhaltendsten, zartesten Weise vorzugehen haben. „Das aber kann ich versichern, fügte der

Digitized by Google

Reichskanzler hinzu, daß wir gegenüber den Ansprüchen, welche einzelne Unterthanen Sr. Majestät des Königs von Preußen geistlichen Standes stellen, daß es Landesgesetze geben könne, die für sie nicht verbindlich seien, daß wir solchen Ansprüchen gegenüber die volle einheitliche Souveränität mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht erhalten werden und in dieser Richtung auch der vollen Unterstützung der großen Mehrheit beider Konfessionen sicher sind. Die Souveränität kann nur eine einheitliche sein und muß es bleiben: die der Gesetzgebung, und wer die Gesetze seines Landes als für ihn nicht verbindlich darstellt, stellt sich außerhalb der Gesetze und sagt sich los von ihnen."

Am 8. April wurde der deutsche Reichstag eröffnet. Am 18. Mai begab sich Fürst Bismarck mit einem längeren Urlaub nach Varzin, von wo er erst im Dezember zurückkehrte. Die Schlacht, die sich im Reichstage Deutschland und Rom wegen des Jesuitenordens lieferten, diese zweite feindliche Begegnung der beiden Streitmächte auf legislativem Gebiete in der deutschen Hauptstadt, fand den Fürsten Bismarck nicht in der Reihe der Streitenden. Auch Falk hielt sich, als preußischer Minister, von der Reichsangelegenheit zurück. Das Jesuitengesetz war vorzugsweise das Werk des Geheimen Rat Wagener, der damit die Selbständigmachung der Bischöfe von dem Jesuitenorden bezweckte. Der Plan, mit dem dieser Herr den Fürsten Bismarck bearbeitete, war vor dem Kriege ein sehr weit aussehender. Er richtete die Aufmerksamkeit des Fürsten darauf, den Bischof von Ketteler zum Erzbischof von Köln zu machen. Dies sollte der erste Schritt zur Ernennung desselben zum Fürst-Primas der katholischen Kirche in Deutschland sein. Die katholische Kirche sollte die Stellung einer privilegierten Korporation in Deutschland erhalten. Die Regierung würde durch den Primas mit dem Papste einerseits, mit dem deutschen Episkopate andererseits verhandeln. Mit Hülfe des auf sozialem Gebiete so erfahrenen von Ketteler sollte dann eine konservativ-soziale Reformpolitik getrieben, und der Kapitalismus, die „Judenherrschaft" gebrochen werden.

Nach dem Kriege mit Frankreich und nach der Mobilmachung der klerikalen Partei sollte wenigstens die Selbständigkeit der deutschen Bischöfe gegen die Jesuiten gesichert werden. Fürst Bismarck huldigte hier wie in bezug auf den Lutzschen Kanzelparagraphen, der die Kanzel der öffentlichen Kontrolle unterwarf, seiner Umgebung gegenüber dem Prinzip des Gehenlassens.

Digitized by Google

In die Zeit der Beratung des Jesuitengesetzes (Mai und Juni 1872) fiel der Fall Ramszanowski. In Köln fand in der evangelischen Garnisonkirche zu St. Pantaleon seit 24 Jahren unter allseitiger Genehmigung und Übereinstimmung auch der militärische Gottesdienst statt. Die Altkatholiken beantragten, daß ihnen die Pantaleonskirche zu gewissen Stunden zum Gottesdienste überlassen würde. Mit Zustimmung des Kriegsministers wurde dies gestattet. Demzufolge untersagte der katholische Feldprobst, Bischof Ramszanowski, ohne Anfrage bei dem Kriegsminister dem katholischen Divisionspfarrer Lünnemann zu Köln die weitere Abhaltung des Gottesdienstes in der Pantaleonskirche. Der Kriegsminister wies jedoch seinerseits den Feldprobst sofort auf die Ungehörigkeit seines Verfahrens und auf die Folgen desselben in bezug auf seine Stellung hin und verlangte, daß der katholische Militärgottesdienst auch ferner in der genannten Kirche abgehalten werde, so lange das Kriegsministerium nicht andere Entscheidungen treffe. Der Feldprobst gab seiner Weisung vorläufig keine weitere Folge, zeigte jedoch an, daß er über die Angelegenheit an den Papst berichtet habe, um sich zu vergewissern, inwieweit sein Verhalten vom päpstlichen Stuhle gebilligt werde. Dies geschah in den ersten Tagen des März. Im Mai untersagte der Feldprobst auf Grund der Billigung seines Verhaltens seitens des Papstes dem Divisionspfarrer Lünnemann von neuem die Ausübung aller geistlichen Akte in der Kirche St. Pantaleon so lange, als der Mitgebrauch der Kirche seitens der Altkatholiken nicht beseitigt sei.

„Die Staatsregierung hat sich durch dieses Vorgehen, in welchem nicht nur eine Verletzung der Rechte des Staates, sondern auch eine Verletzung der Amtspflichten des Feldprobstes als Militärbeamten zu Tage liegt, veranlaßt gesehen, die Disziplinaruntersuchung gegen denselben und die einstweilige Suspension desselben vom Amte anzuordnen und gleichzeitig seinem Generalvikar die Ausübung aller Funktionen zu untersagen. Weitere Schritte in Verfolg dieser Maßnahme stehen bevor." So wurde offiziös geschrieben.

Bald darauf ließ zum ersten Male der Papst das Wort „Verfolgung" fallen. Er sagte der Deputation eines deutschen Vereins: es sei in Deutschland jetzt eine lang vorbereitete Verfolgung ausgebrochen — der erste Minister einer mächtigen Regierung habe sich nach siegreichen Kriegserfolgen an die Spitze dieser Verfolgung gestellt — er, der Papst, habe dem Minister vorgestellt, daß „ein

Digitized by Google

Erfolg ohne Mäßigung von keiner Dauer sei, daß der unternommene Kampf gegen die Wahrheit und die Kirche" der größte Wahnsinn sei.

Schließlich sprach der Papst die Hoffnung und Zuversicht aus, „es werde sich bald das Steinchen von der Höhe loslösen, das den Fuß des Kolosses zerschmettere."

Die Drohung gegen das deutsche Reich, welche in diesen Worten enthalten war, erschien den katholischen Blättern selbst so stark, daß sie, um den Eindruck derselben abzuschwächen, die Ausflucht versuchten: der Papst habe mit dem „Koloß" nur den „Liberalismus" gemeint; aber in der ganzen Ansprache ist vom Liberalismus oder von der liberalen Partei nirgends die Rede, sondern vom Anfang bis zum Ende nur von der deutschen Regierung und ihrem ersten Minister.

Nach dem ganzen Zusammenhange und dem Wortlaut der Ansprache konnte der Koloß, dessen Fuß das vom Papste herbeigesehnte Steinchen zerschmettern sollte, nur die „mächtige Regierung" des deutschen Reiches sein.

Wenn es nach allen bisherigen Äußerungen römisch-jesuitischer Blätter und nach den neuesten thatsächlichen Schritten der päpstlichen Kurie noch einer Bestätigung der Meinung bedurft hätte, daß die Politik Roms dem neu aufgerichteten deutschen Reiche entschieden feindlich war, so konnte darüber nach obigen unzweideutigen Worten des Papstes kein Zweifel mehr sein.

Dabei ereignete sich ein unaufgeklärt gebliebner Zwischenfall. Der Papst hatte in seiner Anrede ferner mitgeteilt, er habe dem deutschen Reichskanzler vorhalten lassen: „wie die Katholiken bis auf den heutigen Augenblick ihrer Regierung ergeben gewesen; immer und immer wieder hätten die Bischöfe, Priester und hervorragende Laien ihm gegenüber erst ausgesprochen, wie sie das Wohlwollen der Regierung und die Freiheit, deren sich die Kirche in Preußen erfreue, zu schätzen wüßten. Ebenso habe die Regierung selber ihrer Zufriedenheit mit der Haltung der Katholiken wiederholt Ausdruck gegeben.

Angesichts dieser amtlichen Erklärungen und Zugeständnisse nun, — wie lasse es sich begreifen, daß jetzt auf einmal die Katholiken sich in Leute sollten verwandelt haben, die den Gehorsam verweigern, die da gefährliche Umtriebe machen, die auf den Untergang des Staates denken? —

Diese Fragen habe er an den Ministerpräsidenten stellen lassen;

Digitized by Google

die Antwort erwarte er noch immer, — vielleicht weil es auf die Wahrheit keine Antwort gebe."

Nun hatte Fürst Bismarck niemals dergleichen vom Papste vernommen. Es wurde darüber officiös geschrieben:

„Wenn der Papst diese Fragen in Wahrheit an den Fürsten Bismarck gerichtet hätte, eine Angabe, die jedoch auf einem Irrtum des Gedächtnisses zu beruhen scheint, so würde doch der Reichskanzler schon deßhalb kaum haben annehmen können, daß der Papst im Ernste eine Antwort darauf erwarte, weil es durchaus dieselben Fragen sind, welche im Laufe des letzten Jahres Fürst Bismarck selbst und ebenso Se. Majestät der Kaiser und König wiederholt mahnend an die Katholiken gerichtet hatten. Fürst Bismarck wies in seiner Rede vom 30. Januar d. J. darauf hin, wie die höchsten Zeugnisse von Sr. Heiligkeit dem Papste und die Zeugnisse der Bischöfe vorgelegen, daß man auf Seiten der Kirche Grund gehabt, mit Preußen zufrieden zu sein, wie er aber vergeblich gehofft, daß diese Zufriedenheit sich einigermaßen bei dem Einflusse von der Kanzel und im Beichtstuhle bemerkbar machen werde. Der Kaiser selbst sagte in dem Erlaß an die Bischöfe vom 18. Oktober v. J. „Nachdem von den Bischöfen der katholischen Kirche, insbesondere aber von Sr. Heiligkeit dem Papste, bisher jederzeit anerkannt worden war, daß die katholische Kirche in Preußen sich einer so günstigen Stellung erfreut, wie kaum in einem Lande, ist es mir unerwartet gewesen, in einer Eingabe preußischer Bischöfe Anklänge an die Sprache zu finden, durch welche auf publizistischem und parlamentarischem Wege versucht worden ist, das berechtigte Vertrauen zu erschüttern, mit welchem meine katholischen Unterthanen bisher auf meine Regierung blicken.

Fürst Bismarck aber hat sich nicht bloß auf jene Frage und auf den Ausdruck des Befremdens beschränkt, sondern er hat in seinen parlamentarischen Reden, welche vielleicht auch in Rom nicht ganz ohne Beachtung geblieben sind, wiederholt seine Gedanken darüber entwickelt, wie und durch welche Einflüsse es gekommen ist, daß der konfessionelle Frieden, um den uns ganz Europa beneidete, gestört worden ist, er hat einerseits auf die unvermeidlichen Folgen des vatikanischen Konzils und der auf demselben verkündeten Grundsätze, andererseits auf die immer bestimmter hervortretende Feindschaft Roms gegen die sich entwickelnde Macht Preußens und des deutschen Reiches und auf die Verbindung der

Digitized by Google

sogenannten katholischen Partei mit allen Gegnern der nationalen Entwickelung Deutschlands hingewiesen.

Nach den gewichtigen öffentlichen Darlegungen und Erklärungen des Reichskanzlers wird man schwerlich erwartet haben, daß er sich jetzt auf ein müßiges und kindisches Frage- und Antwortspiel einlassen sollte. Die jetzige Äußerung des Papstes aber würde ihn vollends jeder Antwort überheben; denn dieselbe bestätigt Alles, was Fürst Bismarck über die Ursachen des kirchlichen Streites gesagt hat.

Der Wunsch des Papstes, daß das Steinchen sich loslösen möge, welches den Fuß des Kolosses, die Grundlagen des deutschen Reiches zerschmettern möge, dieser fromme Wunsch erklärt allerdings vieles, was sonst in der preußischen und in der deutschen katholischen Kirche unerklärt wäre.

Diese offene Äußerung des Papstes enthält vor allem einen neuen Fingerzeig für unsere Regierung, daß es sich bei den kirchlichen Fragen nicht um die Meinungen und Handlungen der einzelnen Bischöfe, sondern um einen einheitlich geleiteten Kampf handelt, daß daher auch die Abwehr nicht auf den einzelnen Fall gerichtet sein darf, sondern stets den großen Zusammenhang der antinationalen kirchlichen Bewegung im Auge behalten muß.

Wir werden uns bei jedem weiteren Schritte bewußt bleiben müssen, daß der Wunsch der Gegner darauf gerichtet ist, dem mächtigen deutschen Reiche den Fuß zu zerschmettern.

Aus solcher Stimmung erwuchs dann jene Gesetzgebung, die nach dem Monat Mai, in welchem sie im nächsten Jahre zu stande kam, benannt wurde, und jener Kampf, dem der Abgeordnete Virchow, der folgerichtigste Vertreter des staatlichen und religiösen Individualismus, den Namen gab, als er, um seine Partei gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß sie durch Unterstützung der Regierung ihren alten Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche preisgäbe, in einem Wahlprogramm sagte: es handle sich um einen großen Kulturkampf der Menschheit.

Der Fürst Bismarck hatte nicht dasselbe gewollt. An eine Regulierung der Grenzen zwischen Staat und Kirche, die dem Frieden dienen sollte, dachte er schon bei den ersten Konflikten zwischen beiden Gebieten im Falle Wollmann und sprach sich darüber gleich nach dem Amtsantritt des Dr. Falk mit den folgenden Worten aus:

„Die Staatsgesetze verbieten es, einem Bischof der katholischen

Digitized by Google

Kirche das Recht der Entlassung eines Staatsbeamten zu übertragen; es ist da eine Kollision zwischen dem kirchlichen Recht, wie es sich heutzutage ausgebildet hat, und zwischen der augenblicklich bestehenden Staatsgesetzgebung rechtlich unvermeidlich gewesen; eine Kollision, welche zu lösen, und in schicklicher Weise zu lösen, ich als die Aufgabe einer weiteren Gesetzgebung betrachte und ich glaube, das wird eine Aufgabe sein, deren der neue Kultusminister sich mit Vorliebe und Beschleunigung annehmen wird. Dogmatische Streitigkeiten über die Wandlungen oder Deklarationen, welche innerhalb des Dogmas der katholischen Kirche vorgegangen sein können, zu beginnen, liegt der Regierung sehr fern und muß ihr fern liegen; jedes Dogma, auch das von uns nicht geglaubte, welches so und so viel Millionen Landsleute teilen, muß für ihre Mitbürger und für die Regierung jedenfalls heilig sein. Aber wir können den dauernden Anspruch auf eine Ausübung eines Teiles der Staatsgewalt den geistlichen Behörden nicht einräumen, und soweit sie dieselbe besitzen, sehen wir im Interesse des Friedens uns genötigt, sie einzuschränken, damit wir neben einander Platz haben, damit wir in Ruhe miteinander leben können, damit wir so wenig wie möglich genötigt werden, uns hier um Theologie zu bekümmern."

Dieser große, rein politische und friedfertige Plan ist unter anderen Händen etwas anderes geworden. Dem Anspruche der Gegner gegenüber, der Staat habe in allen Angelegenheiten der katholischen Kirche nur insoweit ein Recht, seine Interessen zu wahren, als ihm die Kurie ein solches bewillige, wurde der Staatsbegriff scharf zugespitzt und nach dem Bewußtsein der Kirche bis in das dogmatische Gebiet hinein, sodaß sehr bald einzelne Stücke der Gesetzgebung von allen Parteien unhaltbar gefunden wurden. „Milderung von Härten" war das mindeste, das auch von liberaler Seite bald verlangt wurde, wiewohl diese „Härten" in der Ausführung der Gesetze noch mehr gefunden wurden, als in diesen selber. Die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche war ohnehin erschwert durch die Gesinnung gewisser Elemente der Gegnerschaft, deren Einwand, daß eine Staatsgewalt durch eine tendenziöse Handhabung der Vorschriften über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen versuchen könne, den Inhalt der religiösen Lehre selbst zu beeinflussen und zu ändern, nicht mit den Worten zurückzuweisen war: „Ähnliche Rechte, wie die Staatsgewalt sie durch die Gesetze von 1873 und 1874 in Anspruch nimmt, besaß sie auf

Digitized by Google

Grund des allgemeinen Landrechts; hat sie jemals versucht, mit Hilfe derselben auf den Inhalt des katholischen Dogmas einzuwirken?" Eines solchen Vertrauens zum Staate der Hohenzollern durfte man sich bei den Vollblutsultramontanen nicht versehen. Leistete die neue Gesetzgebung, indem sie aus der politischen Sphäre die konfessionelle streifte, jenem Mißtrauen den geringsten Vorschub, so war die die Sache des Staates von Anfang an bloßstellende Inscenierung eines Martyriums unausbleiblich. Was half beim Vorhandensein von auch nur einer Vermengung des kirchlichen und staatlichen Gebietes der Hinweis darauf, daß die Ultramontanen überall anderswo Zugeständnisse machen, die sie dem Lande Preußen verweigern? Man hat diese Vermengung nicht gewollt, aber man hat von den Provokationen der Gegner und den fest eingedrückten Sporen der kirchenrechtlichen Fachleute und der Kulturkämpfer sich über die Grenze drängen lassen.

Die Art der parlamentarischen Vertretung der neuen Vorlagen atmete den Geist der Kampfeserbitterung. Fürst Bismarck zwar hatte zur Devise: „Lassen wir diese Leidenschaftlichkeit aus den Diskussionen heraus, diese gegenseitigen Anklagen, suchen wir aus dieser in der That für das Vaterland großen Kalamität von theologischen Diskussionen auf politischem Gebiete einen friedlichen und ruhigen Ausweg zu finden. Es ist der ernste Wille der Regierung und ich glaube, aufrichtig kann niemand daran zweifeln, daß jede Konfession, und zwar vor allen Dingen diese so angesehene und durch ihre Volkszahl große katholische, innerhalb dieses Staates sich mit aller Freiheit bewegen soll." Auch deckte sich der Anteil des Fürsten Bismarck an den Details der Gesetzgebung mit seiner Beteiligung an der parlamentarischen Diskussion, bei der er, wie beim Schulaufsichtsgesetz, seine Sphäre gegen die des Kultusministers mit den Worten abzugrenzen pflegte: „Ich habe der sachlichen Darlegung meines Herrn Kollegen nur einiges von meinen allgemeinen politischen Gesichtspunkten aus hinzuzufügen". Er that dies gegenüber den Konservativen des Herrenhauses, um den Vorwurf des Abfalls von der konservativen Sache abzuweisen, und sprach dann nicht von Anzeigepflicht oder kirchlichem Gerichtshof, sondern „von dem uralten Machtstreit, der so alt sei, wie das Menschengeschlecht, von dem Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum, der die deutsche Geschichte des Mittelalters bis zur Zersetzung des deutschen Reiches erfüllt habe unter dem Namen der Kämpfe der Päpste mit den Kaisern, der im Mittelalter seinen

Digitized by Google

Abschluß damit gefunden habe, daß der letzte Vertreter des erlauchten schwäbischen Kaiserstammes unter dem Beile eines französischen Eroberers auf dem Schaffot starb, und daß dieser französische Eroberer im Bündnisse mit dem damaligen Papste stand. Einer analogen Lösung der Situation seien wir sehr nahe gewesen. Wenn der französische Eroberungskrieg, dessen Ausbruch mit der Publikation der vatikanischen Beschlüsse zusammenfiel, erfolgreich gewesen wäre, so hätte man wohl auch auf unsern kirchlichen Gebieten in Deutschland von den durch die Franken ausgeführten Thaten Gottes zu erzählen. Ähnliche Pläne seien vor dem letzten Kriege mit Österreich und schon vor Olmütz vorgelegen. Es sei eine Fälschung der Politik und der Geschichte, wenn man den Papst ganz ausschließlich als den Hohenpriester einer Konfession oder die katholische Kirche als die Vertreterin des Kirchentums überhaupt betrachte. Das Papsttum sei vielmehr jederzeit eine politische Macht gewesen und habe die Unterwerfung der weltlichen Macht unter die geistliche zu ihrem Programm gemacht. Der darüber entstandene Kampf sei zu beurteilen wie jeder andere Kampf, er habe seine Bündnisse, seine Friedensschlüsse, seine Haltepunkte, seine Waffenstillstände, und katholische Mächte und Bischöfe seien in demselben oft dem Papste feindlich gegenübergestanden. Nicht um Bedrückung der Kirche, wie man urteilslose Leute zu bereden sucht, handle es sich in dem heutigen Kampfe, sondern um die Verteidigung des Staates, um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft, und wie weit die Königsherrschaft gehen solle, und diese Abgrenzung müsse so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen könne. Denn in dem Reiche dieser Welt habe er das Regiment und den Vortritt."

Zu jener Zeit (Mai 1873) wurde dem „Osservatore Romano" aus Berlin geschrieben, daß eine hohe Person, ein Protestant, über die kirchlichen Gesetze zu dem Kaiser gesagt habe: „Die wahre Verwirrung wird beginnen, wenn diese Gesetze von Ew. Majestät sanktioniert werden und wenn Ihre Regierung dieselbe wird einführen wollen. Dann wird der Augenblick kommen, ich bin dessen gewiß, wo der durch diese Gesetze verursachte Brand so groß sein wird, daß er das Gebäude der falschen Politik Bismarcks in den kirchlichen Angelegenheiten zerstören wird." Der Kaiser antwortete: „Beinahe überall werden mir solche Bemerkungen über diese Gesetze gemacht, aber ich kann die katholischen Priester weder in Deutschland, noch in Preußen regieren lassen." Die Persönlichkeit,

Digitized by Google

welche diese Unterredung mit dem Kaiser geführt hatte und welche der „Osservatore Romano“ nicht nannte, war der frühere Finanzminister v. Bodelschwingh. Bismarck mußte als der Träger einer Gesetzgebung gelten, deren allgemeiner Gedanke von ihm herrührte.

Den ersten Maigesetzen von 1873 folgte noch am Schlusse des Jahres das Zivilehegesetz. Vielleicht noch niemals ist ein Gesetzentwurf von seiten der preußischen Regierung einer so ernsten Erwägung unterzogen worden. So vielfältig und so lange andauernd waren die Verhandlungen in den einzelnen Ministerien, im Staatsministerium und im Kabinet, daß mehr als einmal sich das Gerücht verbreitete, die ganze Gesetzesvorlage sei als gescheitert zu betrachten. Man erfuhr im Dezember, daß die Beseitigung der prinzipiellen Bedenken gegen das Gesetz beim Monarchen nach schwerem Kampfe erfolgt war, und daß die Zögerungen der letzten Tage lediglich der äußerst gewissenhaften Erwägung über die Opportunität des zur Einbringung der Vorlage zu wählenden Moments entsprangen, die öffentliche Meinung aber zeigte in den letzten Tagen bereits ersichtliche Spuren „trüber Resignation“ und moquierte sich gelegentlich über die „Bulletins“, die in der Presse über das Befinden der Zivilehe von Zeit zu Zeit erschienen. In Abgeordnetenkreisen herrschte ähnliche „Mutlosigkeit“. Noch an dem Tage, an dem der Kultusminister den Gesetzentwurf vorlegte, glaubte man angesichts der Eventualität zu stehen, aus der Initiative des Hauses einen solchen einbringen zu müssen. Sehr erklärlich, daß der Schluß der Sitzung vom 10. Dezember eine höchst überraschende Wirkung hatte. Am Tage vorher hatte der Vizepräsident Camphausen eine Audienz beim Könige erbeten. Man wußte, daß er die Absicht gehabt, in Sachen der Zivilehe Vortrag zu halten, daß demselben jedoch kein definitiver Entscheid des Königs gefolgt war. In später Abendstunde erst faßte der König, wie es seine Gewohnheit bei ernsten und sein Gewissen tief berührenden Fragen ist, seinen Entschluß, und ließ ihn am andern Vormittage dem Kultusminister mitteilen. Dieser selbst hatte wohl kaum eine so baldige Entscheidung erwartet. Nach Eintreffen der königlichen Entschließung traten die Minister im Abgeordnetenhause zu einer Konferenz zusammen, infolge deren der Kultusminister dann um 5 Uhr die ersehnte Vorlage unter dem brausenden Jubel des Hauses überreichte. Der Augenblick konnte nicht wirksamer gewählt werden. Man stand am Ende der beiden schweren Debatten, welche die Ultramontanen, wie gewöhnlich in einer „Schwerinssitzung“, über das

Digitized by Google

Haus heraufbeschworen hatten. An diesem Tage hatten sie Diäten für den Reichstag verlangt, was zu einer schneidenden Kritik der ultramontanen Taktik in Berlin und München (an letzterem Orte hatten sie denselben Antrag bekämpft) Anlaß gab, und darauf war von Herrn Reichensperger laute Klage über den gestörten geistlichen Frieden erhoben, worauf dann der Kultusminister mit dem Einbringen des stürmisch begrüßten Zivilehegesetzbuches antwortete.

Auch dieses Gesetz war eine Konsequenz der Politik gegen Rom. Nur dieser Gesichtspunkt hat es möglich gemacht, beim Fürsten Bismarck wie beim Monarchen die Bedenken gegen die obligatorische Zivilehe niederzuschlagen und dem von der evangelischen Kirche, von den Konservativen im Landtage zu erwartenden schwersten Angriff auf kirchenpolitischem Gebiete zu trotzen. Die evangelische Kirche hat das Bedürfnis der Zivilehe nicht hervorgerufen, bemerkte Dr. Falk, sondern die Verhältnisse der katholischen Kirche, die ungesetzlich angestellten Geistlichen und die Altkatholiken. Dieser Standpunkt hat den Fürsten Bismarck nicht gehindert, die Vorlage mit derselben Lebendigkeit zu vertreten, wie andere kirchenpolitische Entwürfe. Es war sogar die erste Kampfvorlage, die er im Abgeordnetenhause, das er sonst ganz und gar dem Dr. Falk überlassen, unter seinen persönlichen Schutz nahm. Am 16. Dezember abends aus Varzin in Berlin eingetroffen, ließ er sich schon am andern Morgen am Dönhofsplatze sehen. Wenige Minuten darauf fand er schon Gelegenheit, das Wort zu nehmen, nämlich gegen seinen alten Gesinnungsgenossen von Gerlach. Vier Jahre später erklärte er den ihn in Kissingen besuchenden schwäbischen Pastoren, daß er nur, um eine Ministerkrise zu verhindern (Falk hatte mit der Demission gedroht), der Zivilehe zugestimmt habe, und fügte hinzu: „Es war ein Schlag ins Wasser."

Noch einige Zeit später hat er die Kultusminister, mit denen er zu thun gehabt, überhaupt desavouiert. Er that das mit den Worten: „Ein römisches Blatt führt in einem Artikel den Satz aus, die auf dem Gebiete der preußischen Kirchenpolitik schwebenden Ausgleichsversuche seien in ihrem Ausgang lediglich von dem Fürsten Bismarck abhängig. Die kirchenpolitische Gesetzgebung Preußens ist aber, entsprechend den geordneten Ressortverhältnissen, von dem Kultusminister, allerdings im Einverständnis mit dem Gesamtministerium und auf Grund königlicher Ermächtigung, im Landtag eingebracht, verteidigt und zur Annahme geleitet worden. Auf diesem Wege kann die preußische Kirchengesetzgebung auch allein

Digitized by Google

eine etwaige Weiterentwickelung erfahren. Über die Beschwerden der katholischen Kirche sich zu unterrichten, das ob und wie einer etwaigen Abhilfe zu erwägen und die entsprechenden Maßregeln zuerst im Staatsministerium und dann, nach eingeholter allerhöchster Zustimmung dem Landtag vorzuschlagen, würde Aufgabe des preußischen Kultusministers sein. Die preußische Kirchengesetzgebung ist ein Zweig der innenstaatlichen preußischen Politik auf einem Gebiet, dessen Bearbeitung dem Kultusminister in erster Linie obliegt.

Es ist demnach ein vergebliches Bemühen, den deutschen Reichskanzler als den alleinigen oder auch nur hauptsächlichen Träger einer Verantwortlichkeit hinstellen zu wollen, welche wesentlich auf andern Schultern ruht.

Dieser Argumentation scheint eine auffällige Unkenntnis, vielleicht auch eine absichtliche Verkennung der preußischen Staatsverhältnisse zu Grunde zu liegen. Fürst Bismarck ist der verantwortliche Leiter der deutschen Reichspolitik. Die Angelegenheiten der inneren preußischen Politik gehören lediglich insoweit zu dem Kreise seiner Zuständigkeit, als er in seiner gleichzeitigen Eigenschaft als Vorsitzender des Staatsministeriums für die unter seiner Mitwirkung und Gutheißung getroffenen Maßnahmen der Staatsregierung die Verantwortlichkeit seiner Ministerkollegen teilt."

Im Frühjahr 1878 trat das von Fürst Bismarck schon länger gefühlte Friedensbedürfnis auch äußerlich hervor. Auch auf der andern Seite schien Kampfesmüdigkeit zu herrschen. Herr Windthorst war einen Augenblick fast aus dem drohenden in den flehentlichen Ton übergegangen und hatte sogar erklärt, sich mit Bismarck verständigen zu wollen; nur dessen „Generalstab" hindere den Frieden. Auf Seite des Staates forderte im Jahre 1876 das Programm der deutsch-konservativen Partei die Revision der Maigesetzgebung. Im Jahre 1877 schüttelte die „Norddeutsche Allg. Zeitg." die Bundesgenossenschaft der Liberalen ab, weil sie den Kampf alteriere und die Religion selber zersetze. Man hörte andrerseits die Verzweiflung der Rechthaber:

„Kann der Staat den ihm aufgezwungenen Krieg noch länger ohne Gefahr für seine ersten Interessen aushalten? Ist er dazu noch im Vollgenuß seiner Kräfte? Wir denken uns den Staat in der Lage eines Siegers in einem auf blutigen Schlachtfeldern geführten Kampfe, der bei allen errungenen Vorteilen und Ehren

Digitized by Google

im Hinblick auf die zahlreichen Opfer, auf die zerstampften Fluren und die eingeäscherten Wohnstätten der Menschen Friedensneigungen verspürt und sich fragt, ob das noch zu Gewinnende des weiteren Einsatzes seiner Kräfte wert ist. Als nach der Schlacht von Königgrätz am westlichen Himmel kriegerisches Gewölk sich auftürmte, sagte Herr von Bismarck zum Kriegsminister v. Roon: „Sind wir im stande, auch noch den Krieg mit Frankreich aufzunehmen?" Der Kriegsminister erwiderte: „Wenn die Diplomatie den Krieg verlangt, die Armee ist schlagfertig." Man darf dessen gewiß sein, daß ein Roon seine Zusicherung etwas gewissenhafter gegeben, als Herr Leboeuf mit seinem für Frankreich so fatal gewordenen „archiprêt bis auf den letzten Knopf." In dem heutigen Kampfe mit Rom möchten wir ebenfalls fragen: „Sind wir mit unseren Kräften der Fortführung des Kriegs gewachsen?" und darauf keine Leboeuf'sche, sondern eine Roon'sche Antwort erhalten. Wir haben allerdings Leboeufs genug, die darüber sehr leichtfertig denken. Das läßt sich doch nicht leugnen, daß der Kulturkampf uns manche gründliche Täuschung gebracht hat. Wir haben unsere Gegner nicht gekannt. Wir haben uns eingebildet, Rom würde uns behandeln, wie es Frankreich, Österreich u. s. w. ansieht. Wir haben ganz außer unserem Kalkül gelassen, daß die Kurie wohl anderen Staaten gegenüber mit Vermittelungen fürlieb nimmt, nicht aber mit dem Lande Luther's, über das sie siegen möchte. Wir haben nicht in unsere Berechnung gebracht, daß Rom alle Jahrhunderte hindurch, wo es zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft Interdikte schleuderte, nie darnach gefragt hat, ob Tausende oder Millionen ohne die Tröstungen der Religion die dunkle Straße betreten (vgl. Petri in der Sitzung vom 9. Dez. 1879). Wir haben es nicht vorausgesehen und konnten es schwerlich voraussehen, welche Mittel unser Gegner für gut genug für seine Zwecke und geheiligt durch seine Zwecke ansehen würde, indem er die Masse über die Bedeutung des Kampfes irre führte, aus der Notwehr des Staates eine neronische Christenverfolgung machte und ein künstliches Märtyrertum produzierte, um die Zeiten Nero's und Diocletian's zu travestieren. Alles Gerede über Recht oder Unrecht muß vor der Thatsache verstummen, daß es Herrn Windthorst gelungen ist, ein Dritteil der ganzen Bevölkerung Preußens in einen Aufruhr gegen den Staat zu versetzen und bei diesem Dritteil den Glauben an die Gerechtigkeit und die alte Toleranz der Hohenzollern zu erschüttern. Ein ganzes Dritteil der Nation

Digitized by Google

zieht sich an den Ehrentagen des Landes feindselig zurück, es trauert an dem Geburtstage des Kaisers und verspottet den Sedantag. Der welfische Agitator kann in der That auf einen großen Triumph hinweisen. Macht geht vor Recht: das ist eine triviale Wahrheit, wenn auch verabscheut. Hier haben wir eine Macht sich aufwerfen und ausbilden gesehen, an der, man mag sie dämonisch oder anders nennen, das Recht abgeprallt ist, und mit der wir vielleicht, wohl oder übel, zu rechnen haben müssen. Es ist eben die Frage, ob der Staat ohne Gefahr für seine höchsten Interessen den Aufruhr, dessen, wie wir sehen, er bisher nicht hat Herr werden können, der vielmehr mit den Jahren die Treue in weiten Bevölkerungskreisen tiefer und tiefer erschüttert, noch länger zu ertragen vermag. Die gerechtesten Kriege haben schon mit Niederlagen der guten Sache geendet und eine solche ist noch zu vermeiden, wenn wir unser Recht beschränken, so weit es irgend zulässig ist."

Den Fürsten Bismarck drängten inzwischen andere und lohnendere Aufaben, als die Sicherung des Staates gegen die im Laufe der letzten Jahre den Vordergrund einnehmende Gefährdung. Es gab schwerere Nöte, als die kirchenpolitischen, und schlimmere Gegner im innern, als die Ultramontanen. Hinter der vorgezogenen Tapete des Kulturkampfes hatten sich die höheren Erwerbsklassen in der Gründerära an der Hand der modernen Sozialgesetzgebung maßlosen wucherischen Unternehmungen überlassen, die erst die Verwilderung, dann, als der Umschlag erfolgte und das wirtschaftliche Leben der Nation stockte, die Arbeitlosigkeit und das Elend in die weitesten Kreise trugen. Den Jahren der Überschüsse der Reichs- und Staatskassen, welche die Kriegskontribution und der Aufschwung des Verkehrs mit sich geführt hatten, waren gleichmäßig die Defizits gefolgt, und dabei die Bedürfnisse gestiegen. Es galt, sich jetzt gegen einen andern Notstand zu wenden, ehe es zu spät war, und Frieden mit dem ultramontanen Gegner zu schließen. Die Liberalen, die bis dahin auf der Seite des Fürsten Bismarck gestanden und dafür sich zu Herrn der Gesetzgebung gemacht hatten, zögerten, ihm in der neuen Richtung zu folgen. Es galt, für sie einen Ersatz zu finden, um mit den Konservativen eine Majorität zu begründen, und dies Element konnte nur im Zentrum bestehen. Die Frage für den Fürsten Bismarck war, ob ein Ausgleich mit Rom ihm die Stimmen der Katholiken sichern würde. Der Tod Pio Nonos schien einen solchen zu begünstigen.

Digitized by Google

Den Fürsten Bismarck begünstigte die konservativere Strömung, welche nach den Attentaten des Jahres 1878 in allen Kreisen des deutschen Reiches hervortrat. Vor dieser und vor der Frage, ob er, der während des ganzen Kulturkampfes in der vordersten Linie gestanden und den grimmigsten Haß des Zentrums auf sich geladen hatte, auch der rechte Mann sei, den Ausgleich mit Rom herbeizuführen, zog sich Dr. Falk zurück.

Digitized by Google

Bismarck und die Sozialdemokratie.

Organe der Berliner Sozialdemokratie, die nach dem Kriege einen gewaltigen Aufschwung nahmen, brachten wiederholentlich sogenannte „Enthüllungen" über die Stellung leitender Männer in der preußischen Regierung zu der sozialdemokratischen Bewegung in den Jahren 1863—64, welche beweisen sollten, daß die Staatsmänner damals sehr geneigt gewesen seien, eine gewisse Allianz mit der Sozialdemokratie einzugehen. Die liberale Presse benutzte diese „Enthüllungen", um der Regierung an dem Anwachsen der Sozialdemokratie die alleinige oder doch die hauptsächlichste Schuld zuzuschreiben.

Es wurde offiziös hierzu bemerkt: „Unter den Grundsätzen, welche jeder Monarchist festhalten muß, steht der oben an, daß der Monarch für die ärmere und speziell für die sogenannten arbeitenden Klassen eine besonders große Pflicht der Fürsorge hat, eine Pflicht, welcher sich die Hohenzollern stets mit höchster Gewissenhaftigkeit unterzogen haben, und da es nicht zu leugnen ist, daß die Sozialdemokratie anfänglich in der arbeitenden Klasse ihre ausschließliche Vertretung fand, während sie jetzt in ganz andere Kreise sich erstreckt und grade dadurch einen so gefährlichen Charakter annimmt, würde es nicht im mindesten tadelnswert gewesen sein, wenn die Regierung in jener Zeit den Versuch gemacht hätte, Einfluß auf die sozialdemokratische Bewegung zu gewinnen. Für den Verlauf der Dinge nach dem Kriege, seit dessen Beendigung die Sozialdemokratie ihren jetzigen Charakter erst angenommen, respektive ausgebildet hat, sind diese frühern Vorgänge ohne jede Bedeutung. Auf dem Boden einer vollkommen wirtschaftlichen und politischen Freiheit hat seit jenem Zeitpunkt die Sozialdemokratie einen durchaus veränderten Charakter angenommen, indem sie auf den Umsturz aller bestehenden Verhältnisse und auf die Herrschaft der sogenannten arbeitenden Klasse hinarbeitet. Daher läßt sich unsre Zeit mit der von 1863—64 gar nicht vergleichen."

Digitized by Google

Als kurz nach dem Eintritt des Herrn v. Bismarck in das preußische Ministerium, mitten in dem Kampfe desselben gegen die liberale Partei wegen der Armee-Reorganisation, also wegen Lösung der deutschen Frage, in Deutschland die erste Organisation sozialdemokratischer Bestrebungen durch F. Lassalle statt fand, ließ es sich aus dem Geiste jener Zeit, aus der leidenschaftlichen Erregung der Gemüter genügend erklären, wenn der Minister, von seinem Gegner hart bedrängt, einen Augenblick auf den Gedanken gekommen wäre, den vierten Stand gegen die liberale Bourgeoisie auszuspielen. Aber so weit braucht man nicht zu gehen. Es war für einen weitblickenden Staatsmann, dem die Bedeutung der sozialistischen Bewegung nicht entgehen konnte, von selber geboten, bei sich zu erwägen, ob es nicht ersprießlicher sei, einer Richtung der Geister, wie sie ursprünglich noch beschaffen war, sich zu bemächtigen und sie gesunden Zielen zuzuleiten, als ihr in absprechender Negation die Berechtigung, sich geltend zu machen, zu versagen, nicht ersprießlicher, sie in ihren Ausschreitungen, als in ihrer Existenz zu bekämpfen, zu der damals noch der Sozialdemokratie, unter der Führung Lassalle's, die Berechtigung nicht fehlte. Kam nun noch hinzu, daß dieser Organisator der sozialdemokratischen Partei in Deutschland, F. Lassalle, es war, der mit seinen monarchischen, nationalen, und in bezug auf Religion toleranten oder indifferenten Prinzipien gegen den preußischen Staatsmann die ersten Avancen machte, indem er eher, als irgend jemand in Deutschland, in Herrn v. Bismarck den Mann erkannte, der durch die Geschichte berufen sei, die deutsche Frage zu lösen, so wäre es doch wirklich wunderbar gewesen, wenn der allein gegen eine Übermacht kämpfende, von aller Welt in seinen Zielen verkannte Staatsmann die mit ihm gesuchte Fühlung eines schärfer als andere blickenden Politikers wie Lassalle hätte mit einem Rippenstoße beantworten sollen. Sie sind sich beide so weit näher getreten, daß sie sich einander hoch achten gelernt haben. Bismarcks politische Wirksamkeit hat nie eine Spur davon aufgewiesen, auch keine Begünstigung oder irgend welche praktische Verwertung der Sozialdemokratie für seine Zwecke. Die Broschüren-Litteratur, die in dem Jahre 1863 ff. der Wilhelmsstraße entsproß (Nr. 74, wo damals Geheimrat Zitelmann einem litterarischen Bureau vorstand) und den Zweck hatte, Schulze's wirtschaftliche Doktrin und politischen Einfluß bei der arbeitenden Bevölkerung in der Konfliktszeit zu brechen, hatte nichts weniger als eine sozialistische Färbung im Sinne Lassalle's. Bekämpfte man

Digitized by Google

auch das auf die Spitze getriebene Prinzip der Selbsthülfe Schulze's, indem man auch dem Staate die Pflicht und das Recht der Hilfe vindizierte; machte man auch sich lustig über die Lehre, die dem Ertrinkenden predige, er solle sich an dem eigenen Schopfe aus dem Wasser ziehen; und zitierte man gelegentlich auch Lassalle's Nachtwächterberuf des Staates, so war doch das alles soweit von Sozialismus ab, daß die liberale Reichsgesetzgebung auf sozialem oder wirtschaftlichem Gebiete zu einem Teile als sozialistisch gebrandmarkt werden könnte, weil sie dem Standpunkt des laisser faire und laisser aller nicht mehr in demselben Grade huldigt wie früher. Gegen die Leere und Öde der Wirtschaftslehre jener Zeit war leicht anzukämpfen, auch ohne die Waffen dem Lassalle'schen Arsenal zu entnehmen.

Nur in dem allgemeinsten Staatsbegriff trafen jene Bestrebungen mit denen Lassalle's zusammen. Es war die Zeit, wo letzterer in einer Verteidigungsrede vor dem Kammergericht sagte:

„Ich will die freiwilligen Assoziationen der Arbeiter, ich halte sie nur für möglich unter der hilfreichen civilisatorischen Ägide des Staates! Dem Staate schreibe ich die hohe gewaltige Aufgabe zu, die Keime des Menschlichen zu entwickeln, wie er dies, seitdem die Geschichte steht, gethan hat und für alle Ewigkeit thun wird, und als das Organ, das für alle da ist, an seiner schützenden Hand die menschliche Lage aller herbeizuführen. Diese Doktrin, meine Herren, ist keine Doktrin der Zerstörung und der Barbarei, es ist in höchstem Grade eine Staatsdoktrin! Sie, meine Herren, gehören ja nicht den Manchestermännern an, jenen modernen Barbaren, welche den Staat hassen, nicht diesen oder jenen bestimmten Staat, nicht diese oder jene Staatsform, sondern den Staat überhaupt, und welche, wie sie das hin und wieder deutlich eingestanden, am liebsten allen Staat abschaffen, Justiz und Polizei an den Mindestfordernden vergeben und den Krieg durch Aktiengesellschaften betreiben lassen möchten, damit nirgends im ganzen All noch ein sittlicher Punkt sei, von welchem aus ihrer kapitalbewaffneten Ausbeutungssucht ein Widerstand geleistet werden könnte. Dieser Auflösung alles Sittlichen gegenüber stehen Sie und ich Hand in Hand. Das uralte Vestafeuer aller Zivilisation, den Staat, verteidige ich mit Ihnen gegen jene modernen Barbaren!" Vor den „modernen Barbaren" sträubte sich allerdings auch manches nicht sozialdemokratische Gewissen.

Lassalles letztes Ziel war die Organisation der Arbeit durch

Digitized by Google

Verwandlung der Gesamtheit der Gesellschaft in eine einzige große Produktivassoziation. Diese sollte dadurch angebahnt werden, daß innerhalb der heutigen Gesellschaft die Entstehung von einzelnen Produktivassoziationen gefördert werde. Denn jede derselben trage, da in ihr der Gegensatz von Kapital und Arbeit weggefallen sei, und das Arbeitsmittel im Dienste der Arbeit stehe, den Charakter des künftigen Zustandes bereits in sich. Solche Assoziationen sollten nach und nach den gesamten Arbeiterstand umfassen. Auch Schulze-Delitzsch erkannte als richtig an, daß die Produktivassoziation die oberste Blüte des Arbeiter-Assoziationswesens sei. Aber er verwies zur Beschaffung des erforderlichen Kapitals die Arbeiter auf das Sparen, während Lassalle ausführte, daß es auf diesem Wege unmöglich sei, das für Begründung von solchen Assoziationen in größerem Umfange erforderliche Kapital zu beschaffen. Der Staat könne dazu durch die großen Kredit- und Zirkulationsinstitute (die Banken) in der leichtesten Weise, und ohne eine größere Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen, als durch die Zinsgarantie bei den Eisenbahnen geschähe, die Möglichkeit gewähren.

Auch dieses System des großen Sozialisten wurde deswegen nicht mit allen seinen Konsequenzen von Fürst Bismarck acceptiert, weil er sich zu Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe im allgemeinen bekannte und sogar Versuche beabsichtigte (im Anfange der sechziger Jahre). Er hat sich darüber später in der folgenden Weise ausgelassen:

„Sei es unter dem Eindruck von Lassalles Raisonnement, oder unter dem Eindruck meiner eignen Überzeugung, die ich zum Teil in England während eines Aufenthaltes im Jahre 1862 gewonnen hatte; mir schien es, daß in der Herstellung von Produktivassoziationen, wie sie in England in blühenden Verhältnissen existieren, die Möglichkeit lag, das Schicksal des Arbeiters zu verbessern, ihm einen wesentlichen Teil des Unternehmer-Gewinnes zuzuwenden. Ich habe darüber auch mit dem Könige, der für das Schicksal der arbeitenden Klassen ein natürliches angeborenes Wohlwollen hat, gesprochen, und Se. Majestät hat damals eine Summe Geldes hergegeben, um zu seiner eigenen Überzeugung, ob so etwas ginge, in Anknüpfung an eine Arbeiter-Deputation, die durch den Meinungszwang und die Tendenzpolitik ihrer Arbeitgeber außer Brot gekommen war und sich hier meldete, etwas der Art zu versuchen. Es sind darüber Worte zitiert, die ich mit einem Herrn Paul, einem von diesen Arbeitern, gewechselt haben

Digitized by Google

soll. Ich weiß nicht — er mag ein besseres Gedächtnis haben, als ich, — was ich mit ihm gesprochen habe, aber dessen bin ich nach meiner Selbstkenntnis sicher, daß ich eine Summe von 6 bis 7000 Thalern nicht „Lumperei" genannt habe, und wenn die Herren das Wort „Lumperei" brauchten, warum haben sie es nicht lieber an das 100 Millionenprojekt geknüpft, da wäre es viel wirksamer gewesen; an das 100Millionenprojekt, das ich Lassalle zugesagt habe. Wenn man etwas derartig großes unternimmt, so ist es ja wohl möglich, daß man 100 Millionen dazu gebrauchen könnte, — es sind nämlich Thaler gemeint — aber so ganz thöricht und einfältig wäre eine solche Sache nicht. Wir stellen im landwirtschaftlichen Ministerium Versuche an über landwirtschaftliche Systeme, wir versuchen auch vieles in unserer Fabrikation — wäre es nicht nützlich, auch in der Beschäftigung der Menschen und in dem Bestreben, die sogenannte sozial-demokratische, ich will lieber sagen, soziale Frage in bezug auf die Arbeiter zu lösen, dergleichen Versuche zu erneuern? Wenn mir darüber ein Vorwurf gemacht werden kann, wie ich mich dabei verhalten habe, so ist es doch höchstens der, daß ich das nicht fortgesetzt habe bis zu einem befriedigenden Ergebnis. Aber das war nicht mein Departement, ich hatte die Zeit nicht dazu; es kamen kriegerische Verhältnisse, die auswärtige Politik; während des Konfliktes war viel zu thun; man hatte keine Zeit zu derartigem. Aber, wie diese Zeit aufhörte, hätte ich dieser Frage meine Thätigkeit wieder zugewendet — und deswegen wurde die Sache aufgelöst. Es stand an ihrer Spitze ein durchaus achtbarer Mann, der Landrat Olearius, aber die Sache bewährte sich damals nicht; man kann, ob sie überhaupt fehlerhaft ist, an einem solchen Experiment im kleinen Stil nicht beurteilen. In ganz großem Stil würde es sich vielleicht nicht durchführen lassen; solche Etablissements, wie z. B. das von Krupp unter einer andern, als monarchischen Verfassung, unter einer republikanischen, wären ja nicht möglich. Aber in der gewöhnlichen landläufigen Fabrikation halte ich diesen Weg, dem Arbeiter zu einer besseren Existenz zu verhelfen, durchaus nicht ausgeschlossen und sehe auch für einen Staatsmann kein Verbrechen darin, wenn er zu dem Behufe den Arbeitern, die eine Assoziation bilden wollen, Staatshilfe gewährt, namentlich um Versuche in der Richtung zu machen. Ich habe, so weit meine Erinnerung reicht, den Eindruck erhalten, daß der ganze fabrizierende Teil der Einrichtung und der Beschäftigung gar keine Schwierig-

Digitized by Google

keiten bot, es war der kaufmännische, in dem die Sache stockte, die Verwertung der gewonnenen Produkte durch Reisende und Proben, in Lagern und Magazinen. Das alles ließ sich nicht machen innerhalb einer Sphäre, die die Arbeiter übersehen konnten. Es kann auch vielleicht daran liegen — und dann wäre die Sache eine dauernde Unmöglichkeit, — daß den deutschen Arbeitern das Maß von Vertrauen zu einander und zu höher gestellten und von Wohlwollen unter einander nicht eigentümlich ist, wie wir es in den englischen Associationen kennen. Aber wie man mir daraus einen Vorwurf machen kann, daß ich mit Geldern, die nicht Staatsmittel waren, sondern die S. Majestät aus Privatmitteln dazu geschenkt hatte, einen solchen Versuch machte, kann ich nicht verstehen, und daß man daraus eine gewisse Anklage macht, als wenn es eine Schlechtigkeit von mir gewesen wäre, daß ich als Minister das angeraten hätte. Die Schlechtigkeit kann doch nur in der Lässigkeit gefunden werden, daß ich die Versuche nicht fortgesetzt habe. Dergleichen ist doch wohl nur auf die Heiterkeit der Zuhörer berechnet, daß mehrere Minister diese schlechten Schundwaren zu den teuern Preisen haben nehmen müssen. Hier sitzen auch mehrere Minister und dergleichen Traditionen würden sich doch in den Büreaux fortsetzen, wo es geblieben ist und wozu sie es verwendet haben. Das sind doch Dinge, die in einer ernsten Versammlung, wie dieser, nicht zu erzählen sind."

Bei derselben Gelegenheit bezeichnete Fürst Bismarck Lassalle als einen geistreichen und liebenswürdigen Menschen, mit dem er gerne einigemal verkehrt habe, als einen Mann von ausgeprägter nationaler Gesinnung, welcher dem deutschen Kaisertum zustrebte. „Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaisertum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen sollte, das war ihm vielleicht zweifelhaft. Aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch. Diesen kümmerlichen Epigonen, die sich mit ihm brüsten, hätte er ein „Quos ego" zugeschleudert und mit Hohn sie in ihr nichts zurückgewiesen, und er würde sie wohl außer stand gesetzt haben, seinen Namen zu gebrauchen. Seine Pflicht als Minister sei es, über die Elemente, mit denen er es zu thun habe, sich zu unterrichten. Wenn daher Bebel den Wunsch hätte, sich abends mit ihm zu unterhalten, so würde er ihm nicht ausweichen und die Hoffnung daran knüpfen, daß er endlich auch erführe, wie Bebel und Genossen sich den Zukunftsstaat denken, auf den sie uns durch Niederreißen alles

Digitized by Google

dessen, was besteht, was uns teuer ist und uns schützt, vorbereiten wollen.

Seine freundliche Stellung zur sozialen Frage sei erst eine andere geworden, als vor versammeltem Reichstag Bebel oder Liebknecht in pathetischem Appell die französische Kommune als ein Beispiel von politischer Weisheit hingestellt und sich selbst offen vor dem Volke zu dem Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannt haben. Von diesem Augenblick an habe er die Wucht der Überzeugung empfunden und in diesen Elementen einen Feind bekämpft, gegen welchen der Staat, die Gesellschaft sich im stande der Notwehr befinde. Die Aufforderung zur Gewaltthat und die Vorbereitung auf künftige Gewaltthat sei in den letzten Wochen immer unverhüllter hervorgetreten. In einem sozialdemokratischen Blatt sei der Mord des Generals Mesenzow (1878) als eine gerechte Hinrichtung geschildert und in wenig mißverständlichen Ausdrücken die Anwendung des ähnlichen Systems auf unsere deutschen Verhältnisse gemacht; der Schluß habe gelautet: discite moniti! In einem andern derartigen Artikel habe es geheißen: alle unsere Beschlüsse, unsere Gesetze könnten der Sozialdemokratie nichts thun; aber die Gesetzgeber und alle, die dabei mitwirkten, möchten sich doch ihrer Verantwortlichkeit einmal recht klar bewußt werden; auch dieser Artikel habe mit den Worten geschlossen: „Ihr seid gewarnt!" Wovor denn gewarnt? „Doch vor nichts anderem als vor dem nihilistischen Messer und der Nobilingschen Schrotflinte. Ja, wenn wir in einer solchen Weise unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen existieren sollen, dann verliert jede Existenz jeden Werth, und ich hoffe daher, daß der Reichstag der Regierung, dem Kaiser, der den Schutz für seine Person, für seine preußischen Unterthanen und seine deutschen Landsleute verlangt, zur Seite stehen werde."

Am 2. Mai 1871, in der ersten Lesung des Elsaß-Lothringen-Gesetzes, hatte Fürst Bismarck den gutmütigen Versuch gemacht, in der Pariser Insurrektion ein Körnchen Berechtigung, ein Fünkchen gesunden Menschenverstandes zu entdecken, das Streben nach kommunaler Selbstverwaltung. Gegen diese Körnchen und Fünkchen protestierte in der zweiten Lesung desselben Gesetzes, am 25. Mai, der Kommunisten-Apostel Bebel, ein Drechslermeister aus Leipzig, als gegen eine arge Verleumdung. Die Pariser Insurgenten dächten gar nicht an Städteordnung und ähnlichen Ballast. Ihr Feldgeschrei sei: Krieg den Palästen und Friede den Hütten!

Digitized by Google

und ehe zehn Jahre abliefen, werde dies Feldgeschrei die Losung des ganzen Proletariats der ganzen Welt sein. Der Aufstand in Paris möge für den Augenblick unterdrückt werden; das entscheide nichts; der Aufstand war nur ein Vorpostengefecht. Der Reichskanzler, der darauf das Wort ergriff, sagte: „Fürchten Sie nicht, meine Herren, daß ich dem Herrn Vorredner antworte; Sie werden alle mit mir das Gefühl teilen, daß seine Rede in diesem Saale einer Antwort nicht bedarf."

Es war wichtig, die Ziele der extremen Sozialdemokratie so offen eingestanden zu hören. Es lag ja nahe, sich der Täuschung hinzugeben, daß bei den Petroleumflammen an der Seine selbst den blindesten deutschen Fanatikern ein Licht aufgegangen sein dürfte, und wie jeder Irrtum wäre auch dieser schädlich gewesen. Bebel und Genossen belehrten uns über die Unbekehrbarkeit der sozialdemokratischen Partei mit einer Unzweideutigkeit, welche nichts zu wünschen läßt. Die Welt wußte nun aus bestunterrichteter Quelle, mit welchen Phantasien jene Zukunftspolitiker sich beschäftigten. Die Einbildungskraft dieser Leute weidete sich an Katastrophen, mit denen verglichen die berühmtesten Schreckenstage der Geschichte, die Zerstörung Jerusalems, die sizilianische Vesper, die Bartholomäusnacht und selbst die Pariser Pfingstfeier von 1871 sich als harmlose Tändeleien darstellen würden. Jedenfalls konnte kein Anhänger der Sozialdemokratie mehr sagen, er habe sich über den wahren Charakter derselben getäuscht, er habe nicht gewußt, daß dieselbe Plünderung, Mord und Brandstiftung auf ihr Panier geschrieben hat. Was die Pariser Kommune gethan, wurde als nacheiferungswert offen verkündet. Der Abgeordnete Bebel wählte die nackteste und krasseste Formel, um die Mord- und Raubpolitik der Jakobiner von 1793 als die Politik seiner Partei zu kennzeichnen. „Krieg den Palästen, Friede den Hütten!" war bekanntlich kein von Herrn Bebel erfundener, sondern ein alter, wohlbekannter Spruch, dem die Geschichte einen ganz bestimmten Sinn und Inhalt giebt. Mit dem Geschrei „Krieg den Palästen, Friede den Hütten!" stürzten sich die Vorgänger der Pariser Kommunisten, die Sanskulotten, sengend und plündernd auf die gesegneten Fluren Belgiens, der Rheinlande und Italiens, während ihre Freunde daheim die Guillotine arbeiten ließen und Frankreich aussogen. Vordem pflegten die Sozialdemokraten viel von friedlicher Umgestaltung der Gesellschaft, von einer Reform der wirtschaftlichen Verhältnisse mittelst der Gesetzgebung und des allgemeinen Stimm-

Digitized by Google

rechts zu reden, und wer diese sozialistischen Programme für verfehlt ansah, konnte doch sehr wohl begreifen, daß ganz wackere Arbeiter und Handwerker sich in gutem Glauben für Tendenzen begeisterten, die sich ihnen in so lockender, bestechender Gestalt äußerten, die sogar, wie gar nicht zu läugnen ist, ihre Stärke zum teil aus guten und löblichen Gefühlen herleiteten. Jetzt war die Tonart gewaltig geändert. Die Führer der Partei bekannten sich zu einer Losung, auf welcher der Fluch Europas ruht, welche einer scheußlichen Pöbelherrschaft ihren Ursprung verdankt, und mit welcher eine zwanzigjährige Periode unsäglichen Elendes, weit mehr für die Hütten als für die Paläste, eingeweiht wurde. Nicht mehr oder nicht bloß auf dem Wege der Progressivsteuern und der Staatsdarlehen sollte der Krieg gegen das „herzlose Kapital" geführt werden, sondern nach der mit Dynamit und Nitroglycerin operierenden Methode. Der letzte Gedanke der Wortführer der Internationale war damit ausgeplaudert. Und damit der deutschen Nation kein Zweifel darüber gelassen würde, daß das von der Tribüne des Reichstages ausgestoßne Feldgeschrei nicht das eines einzelnen sei, erfuhr man, daß bereits am 23. Mai in Berlin tagende Delegierte des sozialdemokratischen Arbeitervereins in einer Resolution ihre Sympathien mit der Pariser Kommune ausgesprochen und deren Sache als den Kampf der Arbeit gegen das „unterdrückende Kapital" erklärt hatten, der Abgeordnete Bebel also zwei Tage darauf nur als das Mundstück dieser Versammlung von einer erhabeneren und sichtbareren Stelle aus das erwählte Feldgeschrei ausposaunt hatte.

Über das Erstarken der Sozialdemokratie in Deutschland nach dem Kriege, die, wenn sie auch nicht überall mit der Bebel'schen sich deckte, doch für die normale Entwicklung des Staatslebens gefahrdrohend erschien, sprach sich einmal in einer späteren Zeit Fürst Bismarck in der folgenden Weise aus. Auf die Frage eingehend, wie es denn komme, daß solche Tendenzen besonders in Deutschland jetzt Anklang fänden, erinnerte er daran, daß dieselben schon 1867 amtlich bekannt geworden und erst mit einiger Schüchternheit aufgetreten seien und der Plan, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen und diese im Sinne ihrer Interessen und Ansichten auszubeuten, erst seit der Zeit der Pariser Kommune gefaßt wäre. Daß nach Niederwerfung der Kommune, welche irgend ein positives Programm aufzustellen nicht im stande gewesen sei, die Leiter

Digitized by Google

dieser Bewegung ihre Agitation nach Deutschland verlegt hätten, das wundere ihn gar nicht.

„Ein Land mit milden Gesetzen, mit so gutmüthigen Richtern, ein Land mit hervorragenden Freunden der Kritik, namentlich wenn sie die Regierung trifft, ein Land, in welchem der Angriff auf einen Minister, das Tadeln eines Ministers für eine That noch gilt, als ob wir noch anno 30 lebten, ein Land, wo jede Anerkennung für irgend etwas als Servilismus verdächtigt wird, ein Land, in welchem die Operationsbasis des Sozialismus, die großen Städte, durch die fortschrittliche Bearbeitung sehr sorgfältig vorbereitet war, wo die Diskreditierung der Behörden und der Institutionen durch die fortschrittliche Agitation bereits einen sehr hohen Grad erreicht hatte —, das hatte sein Anziehendes. Der Fortschritt ist, um landwirtschaftlich zu reden, eine sehr gute Vorfrucht für den Sozialismus als Bodenbereiter. Er gedeiht danach vorzüglich." Der Reichskanzler fügte hinzu, daß die Neigung des deutschen Volkes zur Unzufriedenheit („ich weiß nicht, wer von uns einen zufriedenen Landsmann kennt"), daß das Freizügigkeitsgesetz, das Preßgesetz und andere liberale Einrichtungen die Thätigkeit der sozialdemokratischen Agitatoren sehr erleichtert hätten.

In Deutschland gewann die neue Bewegung zusehends an Anhängern. Die sozialdemokratischen Blätter mehrten sich, die Sprache wurde leidenschaftlicher und hoffnungsvoller. Die Streike grassierten durch alle Klassen von Gewerbe, dabei wiederholte sich die den Engländern geläufige Erfahrung, daß die Streike nicht unter den ärmsten Klassen, sondern unter den vergleichsweise gutbezahlten Gewerken vorzugsweise einen günstigen Boden fanden. In derselben Zeit, wo in England ein Streik von gewaltiger Ausdehnung wütete, welchen die Maschinenbauer und Eisenarbeiter unterhielten, deren jährliche Einnahmen bedeutend genug sind, um der Mehrheit des deutschen Bürgertums und des deutschen Beamtenstandes Neid zu erwecken, feierten in Berlin die Maurer und die Zigarrenarbeiter, die zwar von der Wohlhabenheit eines englischen Puddlers und Engineers weit entfernt sind, aber doch immerhin zu der „günstiger situierten Minorität", welche bei einer Teilung der Güter in Deutschland nicht zu empfangen, sondern herauszugeben hätte, gehören. Darin bestand das Wunderbare, daß in die Unzufriedenheit der besser gestellten Gewerke sich kommunistische Tendenzen einmischten. Daß die Mißvergnügten für sich eine höhere Einnahme zu erlangen suchten, wurde ihnen weniger zum Vorwurfe gemacht. Aber sie

Digitized by Google

stellten ihre Forderungen im Namen der unterdrückten Arbeiterbevölkerung, indem sie behaupteten, das Kapital, die Bourgeoisie, enthalte ihnen den ihnen zukommenden durchschnittlichen Anteil an den Gütern der Erde vor.

Die Gewerkvereine, von der Schulze-Hirschschen Partei ins Leben gerufen, bildeten kein genügendes Gegengewicht: sie gingen nach kurzem Bestehen in das sozialdemokratische Lager über. So geschah es mit den Bauarbeitern in Berlin, so mit den dortigen Maschinenbauern, die den Sozialdemokraten eine mit 30,000 Thalern gefüllte Kasse zuführen konnten. Dasselbe vollzog sich in dem über ganz Deutschland verbreiteten Gewerkverein der deutschen Buchdruckergehülfen. So organisierte sich die deutsche Sozialdemokratie. Sie schuf die Kadres für ihre Armee, auch wenn sie noch nicht überall an den offenen Kampf mit der Staatsgewalt dachte. Ihr nächstes wichtiges Ziel steckte sie sich für die Reichstagswahlen. Sie begann die Macht zu fühlen, welche ihr das allgemeine gleiche Wahlrecht gab. In sächsischen und bairischen Fabrikstädten, wo nur ein geringer Zensus für Kommunalwahlen besteht, erlangte sie bald die Majorität und fing an, ihre Theorien zu verwirklichen.

Die konservativen Blätter beschäftigten sich in jener Zeit viel mit der Herleitung des Ursprungs der Sozialdemokratie aus dem Liberalismus. Dieser hinwiederum warf ihnen vor, daß sie über das „Großkapital", über den „Industrialismus", über die „Manchesterschule" u. dgl. eine Sprache führten, die sich nicht von der der sozialistischen Blätter unterschied. „Sie ergehen sich in den nämlichen Verwünschungen gegen das System des laisser aller, der freien Konkurrenz, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und drohen der Gesellschaft ganz ebenso wie Bebel und Schweitzer es thun, mit dem Strafgerichte der enterbten Klassen, falls nicht der schranken- und gewissenlosen Gewinnsucht der Bourgeoisie, der Börsenmatadore, der Geldfürsten u. s. w. Zaum und Zügel angelegt werde. Der Krieg hatte diese Art parlamentarischer und journalistischer Polemik unterbrochen; jetzt mit dem Frieden erwachten die alten Animositäten stärker als zuvor, und bei jeder sich darbietenden Gelegenheit sieht man die bekannten ritterlichen Fehdefähnlein trotzig herausfordernd flattern. Bei Gelegenheit der Verhandlung des Gesetzes gegen die Prämienanleihe im Reichstage vernahm man bereits die altbekannten Stichworte; dann war es das Gesetz über die Haftpflicht der Eisenbahn-, Bergwerks- und

Digitized by Google

Fabrikunternehmer, an welches sich die Denunziationen gegen das erwerbende Kapital knüpften. Die „Kreuzzeitung" empfahl diese Vorlage mit einer Auseinandersetzung, welche den Eindruck erwecken sollte, als ob der bedrohten Gesellschaft endlich die Geduld reiße bei dem Anblicke der unmenschlichen Verhärtung der Industriellen, und als ob ohne die endlich eintretende Intervention der Reichsgesetzgebung der Ingrimm der mißhandelten Arbeiter die Menschheit vernichten würde."

Gleichzeitig mit dem lebhafteren Pulsieren der Sozialdemokratie traten in der Hauptstadt Zustände hervor, die in Unsittlichkeit und Unsicherheit kaum überboten werden konnten. Ohne Zweifel hatte daran auch die demoralisierende Wirkung der Streike ihren Anteil. Durch die Arbeitseinstellungen wurden jedesmal eine Anzahl Existenzen aus der geregelten Bahn geworfen, die zum Berliner Rowdytum ihr Kontingent stellten. Das Feldgeschrei „Streike" ging vom Apothekergehilfen bis zum Weiß- und Bitterbierfahrer, vom Uhrmacher zum Weinküper, und vom Bildhauer bis zum Schirmstockwichser. Berlin wurde durch seine Gründungen ein Kalifornien; es fand eine massenhafte Einwanderung statt. Der Teil, der wirklich Gold fand, half die Verwilderung der Sitten vermehren; der andere Teil die Sicherheit vermindern. Die Regierung sah sich genötigt, in dem Staatshaushaltsetat für 1882, der im Herbste 1871 dem Abgeordnetenhause vorgelegt wurde, für die Verstärkung der Berliner Polizeikräfte einen beträchtlichen Posten aufzunehmen. Von der „Kreuzzeitung" wurde auch für diese Notwendigkeit die liberale Gesetzgebung verantwortlich gemacht. Die „Nationalzeitung" hatte in sehr drastischer Weise den schmutzigen Kultus bezeichnet, welchem öffentliche Vergnügungslokale verfallen waren, sowie die skandalöse Herrschaft, welche die gemeinen Dirnen und ihre männlichen Beschützer auf den belebtesten Straßen, sowie in den besuchtesten Lokalen ausübten. Die „Kreuzzeitung" schrieb darauf: „Wir erinnern nicht daran, wie unablässig der Liberalismus bemüht gewesen, die Polizeigewalt zu gunsten der richterlichen Gewalt zu schmälern und dadurch die Zuversichtlichkeit des einzelnen Beamten zu lähmen; wir erinnern nicht daran, was in bezug auf Paß- und Polizeiaufsicht gethan ist, um die Kontrolle zu erschweren, während die milden Grundsätze des deutschen Strafrechts jenen leider nur zu zahlreichen Verbrecherklassen, deren Leben sich durch die Zwischenperiode zwischen zwei Zuchthausstrafen charakterisiert, eine raschere Aufeinanderfolge dieser Perioden gewähren, deren

Digitized by Google

Ausnutzung die Gesellschaft zu büßen hat. Aber — ob man auch das wieder eine Kapuzinade nennt? — wir erinnern daran, daß die Freizügigkeit, welche dem Industrialismus große Arbeitsmärkte öffnet, eine fluktuierende Bevölkerung geschaffen hat, deren Strömungen jedes polizeilichen Sicherheitswesens spotten; daß aber gerade der Schlamm, welchen diese Flut absetzt, in den großen Städten zurückbleibt." — Die „Voßsche" machte den Fürsten Bismarck direkt für die Unsittlichkeit und Unsicherheit Berlins verantwortlich. Sie sagte, durch seine gewaltsame Politik sei das allgemeine Rechtsbewußtsein erschüttert; die Rechtsexemtionen von oben führten die Rechtsexemtionen unten herbei. Dazu käme der Einfluß des Systems Mühler mit den Regulativen, Kernliedern, Bibelsprüchen, Kirchenaufsichtsrecht. Im Übrigen sprach das Blatt von den von der Freizügigkeit unter gewissen Verhältnissen untrennbaren Übeln. „Berlin mausert, schrieb es, die längst bespöttelte Weltstadt ist in schnellem Anzuge. Der Übergang von der Landes- in die Reichshauptstadt ist über Nacht gekommen. Diese sprunghafte Bewegung fällt in eine Zeit, wo Wohnungsnot, Sinken des Geldwertes, Gelegenheit zum raschen Reichwerden und damit verbundene Genußsucht keineswegs lokal, sondern auf dem ganzen Erdenrund verbreitete Erscheinungen sind. Daß diese in Berlin ihre ganz besonderen Wirkungen haben, ist selbstverständlich, denn überall trägt die Stadt noch die Eierschalen der Mark-Brandenburgischen Residenz und ihrer Unzulänglichkeiten neben einem fabelhaften Aufschwunge in Handel und Industrie mit deren unendlichen Zuthaten in Eisenbahnen, Hotels, Fremdenverkehr, Vergnügungsgelegenheiten von der höchsten bis zur niedrigsten Klasse ꝛc. Noch lebt in Berlin die Generation, in welcher eine einzige Unternehmung, wie heute der Tag mehrere erzeugt, ein Ereignis auf ein Jahr war, und daneben ist eine andre Generation mit ungeregelten Trieben durch neuen Zuzug gekommen, welche die alte überschwemmt und zu groß ist, um in ihrem Rahmen unterzugehen. Unter solchen Umständen wird Berlin mehr als irgend eine andre europäische Stadt von der Zeitbewegung durchgeschüttelt, und, da sich seine künftige Größe nicht zuschneiden läßt, muß mit dem natürlichen Lauf der Dinge schon manches Leiden in den Kauf genommen werden."

Wenn Fürst Bismarck in seiner Rede vom 17. September 1878 die Kundgebung des Abg. Bebel auf der Tribüne des Reichstages im Mai 1871 zu gunsten des Pariser Kommune-Aufstandes als

Digitized by Google

das Symptom bezeichnete, das für ihn die „Situation aufgehellt" und ihm den Gedanken an Repressivmaßregeln gegen die Sozialdemokratie eingegeben habe, so mußten ihn die Erscheinungen der nächsten Zeit darin bestärken.

Seine Aufmerksamkeit wurde aber gleichfalls auf die positiven Maßregeln zur Verbesserung der Lage der Arbeiter gelenkt. In Wien gab es damals einen Handelsminister, der dem österreichischen Kaiserhause riet, das staatssozialistische Banner zu entfalten, um der Monarchie eine neue Existenz zu verleihen. Der Reorganisationsplan, den Herr Schäffle in seinem späteren Werke „Kapitalismus und Sozialismus" entwarf, hatte er seinerzeit auch dem Kaiser in mündlichem Vortrage unterbreitet. Die leitende Idee dieses Planes bestand in Hervorhebung der Thatsache, daß die Nationalitätsidee keine österreichische Staatsidee sein könne und ihr deßhalb die soziale Reformidee zu substituieren sei. „Eine über die Klasseninteressen sich erhebende Monarchie, welche die Fahne wahrer sozialer Reform ergreift, hat einen großen Wert für große Staatengemeinschaften und kann durch dieses Verdienst ein höheres Alter erreichen, als durch Bajonette." (Schäffle's Kapitalismus und Sozialismus). In ähnlicher Weise wurde Fürst Bismarck von sozialdemokratischer Seite umworben, und zwar durch die Vermittlung des Geh. Rat W. Es ist schon bei einer anderen Gelegenheit bemerkt worden, daß die Ratschläge desselben vor dem Kriege darauf hinausliefen, den Bischof von Ketteler zum Erzbischof von Köln zu machen. Dies sollte der erste Schritt zur Ernennung desselben zum Fürst-Primas der katholischen Kirche in Deutschland sein, und dann mit Hilfe des auf sozialem Gebiete so erfahrenen Kirchenfürsten eine konservativ-soziale Reformpolitik getrieben werden, um den Kapitalismus, die „Judenherrschaft" zu brechen. Jener Plan, einen Primas für Deutschland zu ernennen, lief auf eine Zusammenfassung der deutschen Katholiken und auf eine freilich mit dem katholischen Kirchenbegriff nie vollkommen zu vereinbarende größere Selbständigkeit von Rom hinaus. Nachdem durch den Kulturkampf das Band zwischen der Regierung und den konservativen Katholiken zerrissen war, wurde die soziale Politik dahin formuliert: „Der Kampf zwischen Deutschland und Rom muß auch auf das Sozialgebiet übertragen werden; spielt man auf einer Seite den Sozialpapst aus — so wird man finden, daß der Sozialkaiser wuchtiger ist, denn sein Reich ist von dieser Welt; er kann den Arbeitern zeitgemäße Zugeständnisse machen und

Digitized by Google

wird ihnen dabei den Weg des Heils nicht verlegen, da er ja selbst ein gottesfürchtiger Herr ist." — „Die katholische Geistlichkeit nährt das Volk mit sozialistischen Ideen, einfach deßhalb, weil dieselben in der That geeignet sind, und allein geeignet, Einfluß auf die Masse zu gewinnen und dauernd zu üben. Ständen Kaiser und Papst freundlich miteinander, so hätte diese Agitation keine Gefahren. Es ist aber das Gegenteil der Fall („zu unserm Kummer"), und es gilt, durch einen staatlichen Sozialismus den Einfluß der katholischen Kirche auf die Arbeiter zu brechen. Geht der Sozialismus der letzteren mit dem Marx'schen Hand in Hand, so ist es Sache des Staates, sich der nationalen und monarchisch gebliebenen Lassalle'schen Richtung zu bemächtigen."

Zum Unterschied von Marx, der den Zusammenbruch aller monarchischen und religiösen Gewalten, die Aufhebung aller nationalen Schranken, die Föderation europäischer Republiken für die unerläßliche Voraussetzung der Einführung seines Systems ansieht, hielt Lassalle die Herstellung sozialer Gleichberechtigung auch im monarchischen Staate durchführbar und war der Ansicht, daß man sehr wohl derartige ökonomische Umwälzungen zuerst in einem national vereinigten Staate in ruhiger friedlicher Weise vornehmen könne, während im Nachbarstaate noch nach altem Muster gewirtschaftet werde. In der Monarchie könne sogar der Sozialismus, aufgefaßt als eine solche Staatsordnung, in „welcher eine Klasse nicht die andere ökonomisch beherrscht", viel stabiler sein, denn der Thron sei dem individuellen Ehrgeiz unzugänglich, dieser Achillesferse der Republiken, und eine festbegründete Dynastie sei eher im stande, eine starke Regierung durchzuführen, als ein gewählter Präsident. Ja, die Wahlpräsidentschaft rufe Parteien hervor und führe zur politischen Herrschaft einer Partei, die für sich sofort ökonomische Vorteile suche — wie das in Amerika der Fall sei. Der Monarch dagegen stehe mächtig über den Parteien und dürfe, wolle er Monarch bleiben, nicht die Herrschaft einer Partei dulden. Der Sozialismus sei daher mit der Monarchie wohl vereinbar, wie denn die Monarchie im Sklaven-, Feudal- und Bourgeoisstaate existiert habe und existiere. Lassalle knüpfte die Verwirklichung seines Ideals an den nationalen Gedanken in Deutschland, an Preußen, das ihn allein realisieren könne, an Herrn von Bismarck, als den Mann, der fähig sei, das Werk auszuführen. Die Hohenzollern, so sagte er sich, haben mit gleicher Macht geherrscht, als der Feudaladel der mächtigste Stand war und der Landarbeiter

Digitized by Google

leibeigen, und ebenso, als die Bourgeoisie aufkam, der Feudaladel die Macht verlor und der Bauer emanzipiert wurde. Er verlangte ökonomische Zugeständnisse von der Regierung und wollte dadurch die Massen gewinnen. Thatsache ist, daß die Regierung die soziale Bewegung sich selbst überließ. Kein einziger Schritt verriet, daß sie bereit sei, der Masse Konzessionen zu machen. Die Gesetzgebung fiel vielmehr lediglich — um mit den Sozialisten zu reden — zu gunsten der kapitalistischen Bourgeoisie aus: Freihandel, Aufhebung der Zinsbeschränkungen, freies Aktiengesetz u. s. w. Nun hatten die politischen Umwälzungen dem preußischen Staate heftige Feinde erweckt, den Ultramontanismus und den Partikularismus. Beide bildeten sich einen eigenen Sozialismus aus. Es ist eine Thatsache, daß die katholische Geistlichkeit einen außerordentlichen Einfluß auf die Arbeiter in vielen Teilen Deutschlands ausübt, und daß sie mit allen Kräften bestrebt ist, diesen Einfluß zu vergrößern. Ein nicht zu unterschätzendes Symptom für die Haltung der ultramontanen Partei in dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit konnte man vor einigen Jahren in der Thatsache sehen, daß Dr. Sigl, der Redakteur des partikularistisch-ultramontanen bayrischen „Vaterland" in dem großen Streit zwischen den vereinigten Buchdruckereibesitzern gegen den Gehilfen-Verband Partei für letzteren nahm und ihm offen seiner Partei Unterstützung bot, ganz so wie beim Setzerstreike in Berlin 1876 die Verleger der Voßschen Zeitung zu den Setzern gestanden haben gegen ihre sämtlichen Berliner Kollegen. Der zweite Widersacher Preußens, der Partikularismus, lehnte sich an den internationalen, oder Marxschen Sozialismus an, der von Preußen und von Bismarck nichts wissen wollte. Welfische Geldmittel gingen bis nach Leipzig in die Taschen bekannter Sozialdemokraten. Die Jesuiten schossen zu. Nur der dynastische oder nationale Sozialismus, der Lassalles und seines Nachfolgers Schweitzer, mißlang total. Es blieb dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein", 1863 von Lassalle begründet, nichts übrig, als zum internationalen Sozialismus überzugehen. Ihn trennte fortan von der Bebelschen Partei kein Prinzip, nur noch eine untergeordnete Personenfrage. Während unter Schweitzers Leitung diese Partei für den Fürsten Bismarck und gegen einen Demokraten stimmte (vor 1870), die Parteileitung es sogar ausdrücklich angeordnet hatte, wenn die Wahl zwischen einem Konservativen und einem sogenannten „Ehrlichen", d. h. Anhänger Marx-Bebels stand, für den Konservativen zu stimmen, und die

Digitized by Google

Parteimitglieder diesem Befehl auch nachkamen, erteilte Präsident Hasenclever später für alle Wahlen den Befehl, daß die Lassallianer in erster Linie einen der ihrigen durch eigene Macht zu wählen suchen sollten; zeige es sich, daß sie hierfür zu schwach sind, so sollten sie sich auf keinen Kompromiß mit irgend einer andern politischen Partei einlassen, sondern für den Kandidaten der politisch-radikalsten Partei, der in dem betreffenden Wahlkreise aufgestellt sei, stimmen. Schon 1871 haben die Bebelianer, die Internationalen, offen mit den Franzosen sympathisiert, als dort die Republik proklamiert war. Die Lassallianer hielten damals noch treu zu Deutschland. Noch im Jahre 1872 wurde auf dem allgemeinen deutschen Arbeitertage ein Vortrag über Fürst Bismarck gehalten. Man ließ seinen Fähigkeiten und eminenten Leistungen alle Gerechtigkeit widerfahren. „Aber, sagte man, für das arbeitende Volk hat er nichts gethan, er hat uns das Leben nicht leichter gemacht, sondern die Wirkung der mit seiner Hilfe gegebenen wirtschaftlichen Gesetze macht es uns von Jahr zu Jahr saurer. Wohl können wir uns denken, daß er, der altkonservative Edelmann, das Bündnis mit der liberalen Bourgeoisie gegen seine alten Parteigenossen, die Grundbesitzer und gegen uns Arbeiter nur widerwillig und gezwungen eingegangen ist, und daß er vielleicht späterhin, wenn seine politische Aufgabe vollendet sein wird, dies Bündnis abzustreiten suchen wird; aber wir bezweifeln sehr, daß er dann noch die nötige Macht besitzt, denn — sagte Herr Hasenclever — reicht man dem Teufel einen Finger, so nimmt er die ganze Hand, und die Bourgeoisie ist schlimmer als der Teufel!“ Diese Ausführung beruhte auf dem folgenden Argumente: Die politische Aufgabe des Fürsten Bismarck ist gelöst, das deutsche Reich ist einig. Es braucht nur in dieser Einigkeit erhalten und befestigt zu werden. Jeder Mann wächst mit seiner Aufgabe, und ist sie erfüllt, so hat er nur noch ein historisches Interesse, es sei denn, er stelle sich eine neue Aufgabe. Für den Fürsten Bismarck würde diese darin bestehen: den Boden, auf dem das Reich ruht, festigen, indem man die Masse des Volkes dafür durch ihre wirtschaftliche Emanzipation gewinnt. Dieses Argument klang damals in sozialistischen Reden häufiger durch. „Es war, als sehne man sich darnach, endlich aus der Opposition zu dem Monarchen, den das Volk persönlich hoch verehrte, und zu dem Staatsmann, den es bewunderte, herauszukommen, wenn dieselben nur sich ihrer Sache annähmen. Wie denn ein geistreicher Engländer sagt,

Digitized by Google

bei jedem Auflaufe höre er aus der Menge den Ruf: „Ist denn kein Kluger, Mächtiger, Großer da, der uns führe."

Die Situation änderte sich aber. Als Herr Hasenclever im Jahre 1872 oder 73 befahl, daß seine Anhänger an allen Orten den achtzehnten März feiern sollten, aber nicht als den Jahrestag des Berliner Putsches vom Jahre 1848, sondern des Aufstandes der Pariser Kommune, war die Solidarität sämmtlicher sozialdemokratischen Fraktionen in Deutschland mit den Kommunards von Paris erklärt, Lassalle zum zweiten male tot, und Marx in London hatte definitiv die Oberhand behalten.

Man wird nicht behaupten können, daß der deutsche Staatsmann, in dieser Weise umworben, auf die von Lassalle ausgegangene Bewegung gleichgiltig oder geringschätzend herabgeblickt habe, selbst nach dem Kriege, aber wie Sirenentöne haben die öffentlich wie privatim geführten Reden wohl auf einen Staatsmann nicht wirken können, der bei dem „Körnchen", oder bei dem „Korn", das er mit seinem weiten Blicke in jeder kräftigen Sache als Wahrheit herauserkennt, doch für den Grundfehler des sozialistischen Systems notwendig ein offenes Auge haben mußte. Er überließ den nationalen Sozialismus seinem Schicksale, d. h. der natürlichen Gravitation nach der staatsfeindlichen und antinationalen Richtung hin, die nun einmal von der Sozialdemokratie unzertrennlich ist, und verwarf ihn auch als einen Alliierten ad hoc in den verschiedenen Krisen seiner Politik. Es mag noch das eine nicht unerwähnt bleiben, daß R. M. im Jahre 1873, nachdem die nationalen Sozialisten mit Verbrennung der letzten Schiffe hinter sich zu den internationalen übergegangen waren, die Worte schrieb: „Berlin bedurfte 1870—71 keiner Besatzung" — es wäre in der That höchst wünschenswert, daß es einer solchen gegen innere Feinde nie bedürfen mag.

Daß in Wäldern noch so groß
Ich mein Haupt kann ruhig legen
Jedem Untertan in Schoß —

singt Uhland von einem „reichsten Fürsten". Heute würde er den ersten Vers zeitgemäß so gefaßt haben:

„Daß in Städten noch so groß".

Im Juni 1873 schickte der „Neue Sozialdemokrat" dem Fürsten Bismarck den Abschiedsbrief, und zwar mit den Worten: „Bismarck, ja — das war ein Mann, den man seiner Konsequenz wegen achten mußte, von dem ebenfalls Lassalle sagte, er sei ein Mann,

Digitized by Google

mit dem man Flintenschüsse wechseln könne, während die liberale Partei aus lauter alten Weibern bestände. Wir sagen: er war es! Seine Reiterstiefeln können aber jetzt der ängstlichen Bourgeoisie nicht mehr dienen, um sich dahinter zu verkriechen, da er wahrlich in letzter Zeit bewiesen hat, daß er nicht mehr der „Ritter ohne Furcht" ist. Er fürchtet selbst die alten abgestumpften Witzeswaffen der Jesuiten und er verbarg sich hinter einem Ausnahmegesetz, welches die kleinmütige Bourgeoisie ihm entgegentrug. Und jetzt! Er fürchtet den Sozialismus. Das geht aus allen Maßregeln, die derselbe gerade in Preußen zu erleiden hat, genügend hervor, und die Krone wird dieser Furcht vor dem Sozialismus aufgesetzt durch den Bismarckschen Entwurf des neuen deutschen Reichspreßgesetzes, der einem Ausnahmegesetz direkt gegen die sozialistische Presse so wunderbar ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern." — Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung nahm diese Worte als Entrefilet ihrer ersten Kolumne auf.

In der That verspürte man mehr die repressive Tendenz des Fürsten Bismarck gegenüber der Sozialdemokratie, als ein positives Entgegenkommen. Für eine neue Sozialpolitik fehlte allerdings nach dem damaligen Zuschnitt der wirtschaftlichen Reichspolitik der geeignete Boden. Die offizielle Wirtschaftspolitik, auf dem Grundsatze des manchesterlichen Gehen- und Geschehenlassens, individueller Freiheit und Selbsthilfe aufgebaut, drängte den das Wirtschaftsleben in sich aufnehmenden Staatsbegriff des einzelnen auf die Sphäre der Privatmeinung zurück, und anderweitige Sorgen und Pflichten ließen es nicht zur vollen Entwicklung der eben erst keimenden Ideen kommen, selbst wenn die Zeitumstände und die tonangebenden Wirtschaftspolitiker es gestattet hätten, eine wahrhaft gesunde Regeneration der Arbeiterverhältnisse zu unternehmen.

Es sollte gleichwohl etwas geschehen, und zwar schon sehr bald nach dem Kriege, und im Gegensatze zu der Richtung der bloßen Repressivmaßregeln. Die soziale Frage war bereits Gegenstand von Besprechungen des Fürsten Bismarck und des Grafen Beust. Als die Zeitungen meldeten, bei der Kaiserzusammenkunft in Gastein im Monat Septemper (1871) hätten die leitenden Staatsmänner, die ihre Souveräne begleiteten, sich mit der sozialen Frage beschäftigt und gemeinsame Maßregeln ins Auge gefaßt, die wirtschaftlichen Gegensätze auszugleichen, da war man in Deutschland nicht ohne Besorgnis vor einer Reaktion gegen die freiheitliche Bewegung der letzten fünf Jahre. Die Furcht, daß

Digitized by Google

etwa der „feudale" Sozialismus der Kreuzzeitung unter dem Eindrucke der damals wogenden Streike Einfluß gewinnen könnte, erhielt einige Nahrung. Andererseits fürchtete man auf seiten der Liberalen Repressivmaßregeln gegen die Arbeiterbewegung. „Sollten die Regierungen sich durch die Ängste und Beklemmungen alarmierter „Bourgeois" (hier, sagte man, sei das Wort am Platze) fortreißen lassen wollen zu einer Beeinträchtigung des guten Rechtes der Arbeiter, ebenso frei über ihre Kräfte zu verfügen, wie Kapitalisten und Prinzipale über die ihrigen?" „Keine Karlsbader Beschlüsse", war die Parole der liberalen Blätter. Wo solche Furcht voreilig schien, wurde der Versuch, auf internationalem Wege an die soziale Frage zu gehen, getadelt. So bemerkte eines der tonangebenden Blätter:

„Trotz des Wortes „Internationale" sind doch die Fragen, welche sich an die vermeintliche oder wirkliche Thätigkeit dieser Gesellschaft knüpfen, nichts weniger als internationale Fragen; die Schwierigkeiten und Gefahren, welche aus der kommunistischen Agitation entstehen, sind in jedem Lande verschieden, und jedes Land wird sie für sich allein, ohne Hilfe Dritter, zu bekämpfen haben. Der Gedanke, daß man es in diesem Falle mit einer greifbaren organisierten Macht zu thun habe, welche durch die gewöhnlichen Kriegsmittel einer oder mehrerer Regierungen überwunden werden könne, — etwa so wie die Türkengefahr in älteren oder die Jakobinerklubs in neueren Zeiten, — dieser Gedanke ist Versailler Ursprungs und entstammt dem Bedürfnisse der französischen Eitelkeit, die schmachvolle Pariser Episode des verflossenen Frühjahrs zu einem glorreichen Kampfe Frankreichs gegen eine europäische Pestilenz aufzubauschen. Und selbst dieser Gedanke, irrtümlich wie er war, hatte einen Schein von Berechtigung doch nur so lange, als es sich um den Kampf gegen bewaffnete Banden handelte; selbst Herr Thiers, der Erfinder jener glorreichen Rolle Frankreichs, wird kaum gewillt sein, auch jetzt noch, nach Unterdrückung des Aufstandes, einen Kreuzzug der Regierungen gegen Karl Marx und Trabanten zu fordern. Ein solcher Kreuzzug könnte doch immer nur in gleichartigen Gesetzen und Polizeimaßregeln bestehen, und wie sollte man dazu gelangen unter Staaten, deren innere Zustände so höchst ungleichartig sind? Außerdem, was würden Gesetze und Polizeimaßregeln nutzen, so lange man es nicht mit wirklichen Angriffen und Angriffsversuchen eines körperlichen Feindes, sondern nur mit Lehren und Leidenschaften zu thun hat? Was würde es helfen, ein paar

Digitized by Google

Zeitungen zu verbieten und einige Versammlungen zu schließen, wenn die Bewegung, welche man unterdrücken möchte, sich über Hunderttausende erstreckt, die weder Journale lesen noch Versammlungen besuchen?"

Das Rundschreiben des Herrn Jules Favre an die französischen Gesandtschaften, auf welches hier angespielt ist, und das den Widerstand Europas gegen den gemeinsamen Feind aufstacheln sollte, hatte im Monat Juni bereits eine gleiche Abfertigung erfahren, wie der Gasteiner Versuch, der vermutlich in Zusammenhang mit jenem Schreiben stand. Das ganze Aktenstück, sagte man, könnte, wenn man es von den Zeitanspielungen und von einigen stilistischen Vulgaritäten säuberte, für eines jener klassischen Produkte der Metternichschen Kanzlei gelten, welche vor fünfzig Jahren die Kabinette Europas vor den entsetzlichen Plänen der Karbonari und ihrer über den Erdkreis sich verzweigenden Bundesbrüderschaften warnten. Der Unterschied zwischen dem alten Wien und dem modernen Versailles wäre nur der, daß Hofrath Gentz eine feinere Feder führte, als Herr Favre; in den Gesinnungen, Befürchtungen, Ratschlägen, herrsche eine merkwürdige Übereinstimmung. Wie die Karbonari der zwanziger Jahre, so solle nach Herrn Favre die Internationale eine geheimnisvolle Macht sein, mit unbekannten Oberen, blindgehorchenden Werkzeugen, meisterhafter Organisation; eine Art von kommunistischem Jesuitenorden, immerhin faßbar, weil organisiert. Solche Organisation wurde bezweifelt. „Herr Jules Favre kennt sogar die numerische Stärke des Ordens, und zwar aus amtlichen Quellen; seine Angaben würden uns mehr Achtung einflößen, wenn wir wüßten, wer diese Banditen so genau gezählt hat. Herrn Favre so aufs Wort zu glauben, fällt uns schwer. Der Mann hat offenbar eine lebhafte Phantasie, welche ihn manchmal hindert, die Wirklichkeit zu sehen, manchmal das Unwirkliche ihm als existierend vorzaubert. Wie er früher einmal den ganzen Pariser Pöbel für gar nicht vorhanden erklärte, so erblickt er jetzt an allen Ecken und Enden lauter verkappte Mordbrenner und Meuchelmörder. Auch abgesehen davon ist der französische Minister keine unverdächtige Autorität. Er hat das doppelte Interesse, die Regierung vom 4. September und Frankreich von dem Schimpfe zu reinigen, welchen die zehnwöchige Pariser Pöbelherrschaft über beide gebracht hat, über die erstere, weil sie die Hauptstadt in die Gewalt der zuchtlosen Rotten gelangen ließ, über letzteres, weil überhaupt innerhalb seines Gebietes ein so bei-

Digitized by Google

spielloser Skandal möglich war. Der Schimpf wird natürlich gelinder, wenn man wahrscheinlich machen kann, erstlich, daß man es mit einem Feinde von teuflischer Macht und Schlauheit, gewissermaßen mit einem übernatürlichen, menschlichen Waffen unzugänglichen Gegner zu thun hatte, und zweitens, daß dieser Gegner nicht spezifisch französisch, sondern kosmopolitisch war. Das ist die Tendenz der ausführlichen Betrachtungen, welche das Versailler Schriftstück der Internationalen widmet 2c."

Welchen Eindruck das Zirkular des Herrn Jules Favre beim Fürsten Bismarck hervorgerufen, welchen Anteil es an den Gasteiner Verhandlungen hatte, ist nicht direkt bekannt geworden. Es existiert nur eine amtliche Darlegung, in welcher die Gasteiner Konferenz beiläufig erwähnt und einigermaßen ins Licht gestellt wird. Diese Darlegung stammt aus dem Monat September 1872, ist also ein ganzes Jahr später gekommen. In den Worten des Ende Oktober 1871 veröffentlichten Rundschreibens des Grafen Beust vom 12. September desselben Jahres heißt es, daß zwischen dem mächtigen deutschen Reiche und der österreichisch-ungarischen Monarchie eine Übereinstimmung aller Interessen und Bestrebungen bestehe, wie sie vollständiger nicht gedacht werden könne, um einem herzlichen Einverständnis in allen großen Fragen zur soliden Grundlage zu dienen. In diesen Worten mag zugleich auf gewisse Abmachungen wegen der sozialen Frage angespielt sein, aber direkt beschäftigte sich mit den sozialen Verabredungen ein Aktenstück aus dem Jahre 1872. Daselbst hieß es:

„Seit einiger Zeit hat die öffentliche Aufmerksamkeit sich immer ernster und teilnehmender den bedenklichen Erscheinungen zugewendet, welche in den wirtschaftlichen Verhältnissen und Bestrebungen der arbeitenden Klasse zu Tage treten. Als ein Zeichen unbehaglicher Zustände und Stimmungen muß schon die Thatsache gelten, daß die Arbeiter in der Regel mit blindem Vertrauen auch den unverständigsten Ratschlägen solcher Wortführer Folge leisten, durch die ihnen eine Verbesserung ihrer Lage in Aussicht gestellt wird, und massenhaft in Vereine eintreten, die groben wirtschaftlichen Irrtümern huldigen und falschen Idealen nachjagen. Noch deutlicher offenbart sich das Vorhandensein sozialer Mißstände in dem Umsichgreifen der allgemeinen Arbeitseinstellungen (Streike), welche gegenwärtig zur Tagesordnung der Arbeiterbewegung gehören und dem gesammten gewerblichen Verkehr der Nation wie den zunächst beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern schweren Nachteil be-

Digitized by Google

reiten. Dem gewissenhaften Beobachter kann es nicht entgehen, daß zu diesen Erscheinungen zwei Ursachen zusammenwirken, von denen bald die eine, bald die andere, vorwiegend zur Geltung kommt: einmal die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, vermöge deren der Erwerb zahlreicher Arbeiter zur Beschaffung der im Preise wesentlich gesteigerten Lebensbedürfnisse nicht ausreicht, und andererseits der Einfluß schlechter Ratgeber, welche den Glauben zu verbreiten suchen, daß die Arbeiter durch den sogenannten Kampf gegen das Kapital oder gar gegen das Eigentum ihre Ansprüche auf Lebensgenuß zu verwirklichen vermögen.

Auf beide hier angedeuteten Ursachen muß der Blick sich richten, wenn man der Aufgabe näher tritt, durch Maßregeln der Fürsorge auf eine verbesserte Lage der arbeitenden Bevölkerung hinzuwirken. Es handelt sich darum, die falschen Lehren gewissenloser Volksverführer zu bekämpfen und nach Kräften unschädlich zu machen, während gleichzeitig darauf Bedacht genommen werden muß, die Quellen der Übel, unter denen der Arbeiterstand leidet, zu ermitteln und, soweit menschliches Vermögen reicht, zu verstopfen. Aus der Thätigkeit der Presse und zahlreicher, für gemeinnützige Zwecke wirkender Vereine ist ersichtlich, daß in den höhern Kreisen der Gesellschaft das Verständnis für die auf diesem Boden erwachsenden Gefahren zunimmt, und daß der Wille, an die Heilung sozialer Schäden selbstthätig heranzugehen, immer mehr zur Geltung kommt. Andererseits fehlt es nicht an Beweisen, daß auch die Regierungen bemüht sind, den ihnen obliegenden Pflichten zu genügen und auf dem Wege der Gesetzgebung, wie durch Verwaltungsmaßregeln die gesunde Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu fördern. Als ein gewichtiges Zeugnis hierfür darf auch die Thatsache gelten, daß die leitenden Staatsmänner Deutschlands und Österreich-Ungarns bei Gelegenheit ihrer vorjährigen Besprechungen sich in dem Wunsche vereinigt haben, die Mittel zur Bekämpfung der sozialen Übel gemeinsam in gründliche Erwägung zu nehmen. Seitdem haben mannigfache Ermittelungen und Erörterungen stattgefunden, welche weiteren Arbeiten zur nützlichen Vorbereitung dienen und keinen Zweifel darüber lassen daß die Regierungen den ganzen Umfang der ihnen zufallenden Aufgaben in das Auge gefaßt haben. Es ist nicht blos davon die Rede, durch wirksame Vorkehrungen volksverderbliche Bestrebungen abzuwehren und namentlich den Einfluß der sogenannten „Internationale" zu brechen, welche mit allen Mitteln für den gewaltsamen Umsturz

Digitized by Google

jeder staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung thätig ist, sondern es handelt sich auch um eingehende Prüfung der Maßregeln, durch welche es den Regierungen gelingen könnte, zur Ausgleichung wirtschaftlicher Gegensätze und zur Beseitigung drückender Notstände unter den arbeitenden Klassen beizutragen.

In Erwartung der Ergebnisse, welche durch die beabsichtigten Verhandlungen in Aussicht gestellt werden, kann man zunächst mit Befriedigung darauf hinweisen, daß in Deutschland und namentlich in Preußen schon seit geraumer Zeit die Arbeiterverhältnisse sich von seiten der Behörden einer fürsorglichen Aufmerksamkeit zu erfreuen hatten, deren wohlthätiger Einfluß vielleicht nur deshalb nicht gebührend geschätzt worden ist, weil sie sich mit Besonnenheit innerhalb der Schranken hielt, die den Befugnissen und der Wirksamkeit des Staates auf wirtschaftlichem Gebiete naturgemäß vorgezeichnet sind. Als leitender Grundsatz für die Entwickelung der wirtschaftlichen Zustände, wie derselbe auch in der preußischen und deutschen Gesetzgebung zum vollen Ausdruck gelangt ist, gilt unbestritten die Entfesselung der Erwerbsthätigkeit, weil die letztere nur in freier Kraftentfaltung volle Frucht für den einzelnen, wie für das Ganze der Gesellschaft tragen kann. Wenn die Staatsbehörden, von richtiger Erkenntnis geleitet, nicht daran denken können, diesen obersten Grundsatz anzutasten, so leuchtet als selbstverständlich ein, daß ihre Fürsorge sich nur in Maßregeln offenbaren darf, welche mit den Lebensbedingungen gewerblicher Freiheit vereinbar sind. Es sind deshalb ihre Aufgaben im wesentlichen darauf beschränkt, aushelfend einzutreten, wo die freie Verwertung der Erwerbskraft behindert oder gelähmt wird, den Mißbrauch der gewährten Freiheit abzuwehren und endlich durch wohlwollende Unterstützung alle Bestrebungen zu fördern, welche aus dem wirtschaftlichen Leben des Volkes heraus gegen die Übelstände der gewerblichen Entwickelung ankämpfen.

Zum Schutze der Arbeiter gegen die Nachteile, welche aus dem Wettkampfe der völlig freigelassenen Erwerbsthätigkeit naturgemäß erwachsen, hat die preußische Gesetzgebung bereits Bestimmungen getroffen, welche sich in der Erfahrung bewährt und deshalb unter allgemeiner Zustimmung auch ihren Weg in die Gewerbeordnung für das deutsche Reich gefunden haben. Es ist in der Gewerbeordnung durch eine Reihe von Vorschriften darauf Bedacht genommen, Lehrlinge und jugendliche Arbeiter gegen übermäßige Anspannung ihrer Kräfte zu sichern, unter welcher ihre

Digitized by Google

körperliche und geistige Entwicklung verkümmern müßte. Auch in betreff der Sonntagsarbeit sind wohlthätige Beschränkungen vorgeschrieben, so daß zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen, vorbehaltlich besonderer Vereinbarungen in Dringlichkeitsfällen, niemand verpflichtet ist; durch andere Bestimmungen der Gewerbeordnung ist den Eigentümern gewerblicher Anstalten aufgegeben, für Einrichtungen Sorge zu tragen, welche zur Sicherung der Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit notwendig sind. Auch ist durch das Gesetz vorgeschrieben, daß die Arbeiter ihren Lohn in richtiger Barzahlung erhalten und gegen Übervorteilungen geschützt werden. Endlich sind auch noch durch ein besonderes Gesetz Vorkehrungen getroffen, um für die beim Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken u. s. w. vorkommenden Tötungen und Körperverletzungen angemessenen Schadenersatz herbeizuführen.

Eine ganz besonders fürsorgliche und eingreifende Teilnahme ist in Preußen der Einrichtung von Kassen zugewendet worden, welche unmittelbar zur Abwendung oder Erleichterung von Notständen unter der Arbeiterbevölkerung dienen. Das Sparkassenwesen, vom Staate angeregt und gefördert, hat überall einen bedeutenden Aufschwung genommen und sich als ein überaus wirksames Mittel zur Hebung des Arbeiterstandes erwiesen. Für die Aufgaben der Unterstützung bei Eintritt von Krankheit und Arbeitsunfähigkeit haben zunächst auf dem Gebiete des Bergbaues die preußischen Knappschaftskassen das Muster von Einrichtungen geschaffen, deren Zweckmäßigkeit Anerkennung und vielseitige Nachahmung gefunden hat. Die leitenden Grundsätze für derartige gewerbliche Hülfskassen bestehen in dem Zwangsbeitritt der Arbeitnehmer und der Beitragspflicht der Arbeitgeber; sie haben die Bedenken, welche im allgemeinen jedem staatlichen Zwangseingriff in die wirtschaftlichen Verhältnisse entgegenstehen, zum Schweigen gebracht, weil sie nicht blos zur Hebung von Notständen, sondern auch zur Herstellung eines sittlichen Bandes zwischen Angehörigen und Arbeitnehmern erfolgreich beitragen. Außerdem sind überall die Behörden mit Schutz und Förderung eingetreten, wo aus freier Bewegung Genossenschaften für die Beschaffung von Lebensbedürfnissen, für die Erleichterung des Kredits, für die Vorsorge gegen Alter, Krankheit und Sterbefälle gegründet wurden, falls die erforderlichen Bürgschaften vorhanden waren, daß es sich um die Erreichung wirtschaftlicher und sittlicher Zwecke, nicht um die Ausbeutung und Verführung der Arbeitermassen handelte.

Digitized by Google

Freilich haben verblendete Arbeitermassen und ihre Wortführer viel weitergehende Forderungen an die Fürsorge und die Beihilfe des Staats gerichtet. Sie rufen das Einschreiten der Behörden an, um ihre Ansprüche auf Verkürzung des Arbeitstages und Erhöhung des Arbeitslohnes durchzufechten; sie wünschen, daß die Staatsobrigkeit dahin wirke, ihnen neben ihrem Arbeitslohn auch noch an dem Gewinn der gewerblichen Unternehmungen, für die sie beschäftigt sind, einen Anteil zu sichern; sie verlangen endlich auch, daß der Staat sein Vermögen oder seinen Kredit einsetze, um gewerbliche Unternehmen zu gründen, deren Gewinn den Arbeitern zufallen soll. Solchen Forderungen gegenüber hat der Staat sich grundsätzlich ablehnend verhalten müssen, weil dieselben über die Grenzen seiner Befugnisse und seiner Aufgaben hinausgehen. Es ist eine von allen sachverständigen und erfahrenen Männern anerkannte Wahrheit, daß der Staat nur die Privaterwerbsthätigkeit lähmen und alle wirtschaftlichen Verhältnisse in tiefe Zerrüttung stürzen würde, wenn er seine Mittel und seinen Kredit für gewerbliche Unternehmungen im großartigen Maßstabe aufbieten oder sich zu einem Eingriff in die Regelung der Preise und Lohnsätze hergeben wollte.

Wenn aber der Staat auf diesen Gebieten nicht durch unmittelbare Hilfe einzutreten berufen ist, so kann er doch die Wege ebnen, die zu einer Ausgleichung streitender Interessen und zur Verständigung über angemessene Lohnsätze führen können. Ein solcher Weg ist durch die in der Gewerbeordnung gegebene Einrichtung der Schiedsgerichte angebahnt. Denselben ist zunächst nur ein begrenztes Gebiet gewerblicher Streitigkeiten zugewiesen; sie bilden aber naturgemäß den Ausgangspunkt für sogenannte Einigungsämter, die mit Rücksicht auf die Schwankungen der Waren- und Lebensmittelpreise auf eine angemessene Regelung der Lohnsätze hinwirken und überhaupt als vermittelndes Organ zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dienen können.

So findet sich in der preußischen und deutschen Gesetzgebung schon der Boden, auf dem fernere Bestrebungen für das Wohl der arbeitenden Klassen mit einiger Sicherheit fußen und vorschreiten können. Es ist zu hoffen, daß die in Aussicht genommenen Beratungen dazu führen werden, unter Benutzung der gewonnenen Erfahrungen die schon bewährten Einrichtungen weiter auszubilden und nach Bedürfnis zu ergänzen. Jedenfalls ist aber den beabsichtigten Schritten ein günstiger Eindruck gesichert, da sie den

Digitized by Google

Beweis liefern, daß die Staatsbehörden bemüht sind, ihre Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung immer wirksamer und fruchtbarer zu gestalten."

Also im Sept. 1872, nachdem Graf Beust längst abdiziert hatte und Graf Andrassy an seine Stelle getreten, der übrigens in Gastein den Pourparlers beigewohnt hatte, bestand noch das Projekt weiterer direkter Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen und dauerten die „Ermittlungen und Erörterungen" fort, die „weiteren Arbeiten zur nützlichen Vorbereitung dienen sollten." Dazu gehörte der Versuch des Handelsministers Graf Itzenplitz im November 1871, durch Konferenzen von Mitgliedern aller politischen und wirtschaftlichen Parteien ein Programm für Reformen zu gewinnen. Die in die Öffentlichkeit dringenden Berichte über diese Konferenzen widersprachen sich. Der Deutsche Reichsanzeiger trat verschiedenen Mitteilungen mit der folgenden Darstellung entgegen:

„Zu der Konferenz vom 26. Nov. v. J. waren folgende Herren eingeladen und sämtlich erschienen: Wirkl.-Geh. Ober-Reg.-Rat Wehrmann, Geh.O.-Reg.-Rat Achenbach, General-Landschafts-Rat v. Blankenburg, Prof. Dr. Wagner, Kommerzienrat Benjamin Libermann, Kommerzienrat Stumm, Dr. Hammacher, Stadtgerichtsrat Dr. Eberty, Rittergutsbesitzer Sombart, Oberbürgermeister Dr. Becker, Dr. med. Loewe. Das an diese Herren gerichtete, für alle gleichlautende Einladungsschreiben bezeichnete als Zweck der Konferenz eine „Besprechung über sozial-politische Fragen." Es konnte daher Niemand über den Gegenstand der Beratung im Ungewissen sein, oder — wie angegeben — auf den Gedanken kommen, „daß es sich um Eisenbahnangelegenheiten handle." Auch die später zu besonderen Besprechungen eingeladenen Herren (Schulze-Delitzsch und Lasker) sind bei der Einladung von dem Gegenstande derselben in Kenntnis gesetzt worden. Was den Verlauf der Besprechung vom 26. November selbst anlangt, so wurde sie durch Mitteilung einer Übersicht derjenigen Punkte eingeleitet, welche nach der Ansicht des Ministers überhaupt geeignet seien, staatlicher Einwirkung unterzogen und daher näher erörtert zu werden. Daran schloß sich die Aufforderung an sämtliche Teilnehmer, ihre Ansichten darüber auszusprechen, welche von diesen Punkten bei dem gegenwärtigen Stande der sozialen Bewegung geeignet erschienen, zum Gegenstande weiterer Untersuchungen und Erwägungen gemacht zu werden. Dieser Aufforderung wurde von allen Seiten

Digitized by Google

bereitwillig und mit dem der Sache entsprechenden Ernste entsprochen. Bestimmte Vorschläge irgend welcher Art sind der Konferenz nicht unterbreitet, noch weniger Pläne des Ministers hinsichtlich der Behandlung der sozialen Frage vorgelegt, namentlich auch solche nicht, welche auf Repressivmaßregeln gegen die Sozialisten hinausliefen. Es konnte daher von solchen auch keine Veranlassung zu Gegenvorschlägen oder zu einer „scharfen Kritik früherer Maßregeln der Regierung gegen die Arbeiter" genommen werden, wie denn eine derartige Kritik in der That nicht stattgefunden hat. Der Standpunkt eines blos negativen oder gar repressiven Verhaltens gegenüber der sozialen Bewegung wurde von keiner Seite vertreten. Die etwa zu thuenden Schritte oder zu ergreifenden Maßregeln zum Heile der Arbeitnehmer wurden weiterer Beratung vorbehalten."

Es mochte schwer sein, aus der doppelten Strömung jener Zeit, der offiziellen manchesterlichen und der eignen Meinung des Fürsten Bismarck zu einem positiven Resultate zu kommen. Als im Oktober 1872 der erste Kongreß der sogenannten Katheder-Sozialisten in Eisenach tagte, sandte Fürst B. den Geh. R. W. dahin. In der offiziösen Presse wurde, abwechselnd mit der Vertretung der damals vorherrschenden freihändlerischen Richtung der Gesetzgebung, jenem Kongresse große Aufmerksamkeit geschenkt. Es hieß u. A.:

„Die Versammlung, in welcher sich eine erhebliche Anzahl bedeutender Lehrer der Staatswissenschaften, hervorragender Mitglieder der parlamentarischen Versammlungen, so wie Männer der Presse vereinigt hatten, zeigte im allgemeinen eine große Einmütigkeit in der Aufstellung bestimmter Anforderungen in bezug auf die weitere Fortbildung der Fabrikgesetzgebung im allgemeinen, so wie auf die Arbeitseinstellungen und die Gewerkvereine; die tiefgehende Wichtigkeit der verhandelten Fragen und der mit denselben zusammenhängenden Pflichten des Staates wird von der deutschen Regierung so entschieden anerkannt, daß dieselbe im Begriffe steht, sich über die dabei in Betracht kommenden allgemeinen Gesichtspunkte und Aufgaben zunächst mit der österreich-ungarischen Regierung ins Einverständnis zu setzen. Die zu diesem Zwecke schon früher verabredeten gemeinsamen Beratungen werden in wenigen Wochen statt finden."

So geschah es. Es fanden gegen Schluß des Jahres Konferenzen in Berlin statt, als deren Mitglieder kommittiert waren: für Österreich-Ungarn: Hof- und Minist. R. Ritter v. Wohlfahrt,

Digitized by Google

Minist.-R. Ritter v. Schmidt-Zabierow, Sektionsrat v. Jeckelsaluffi; für Preußen: Geh. Leg. R. Bucher, Geh. Ober-Reg.-R. Wagener, Geh. Ober-Justiz-R. v. Schelling, Geh. Ober-Reg.-R. Jakobi aus dem Handelsministerium, Reg.-R. Goltz aus dem Polizeipräsidium, sowie der Gerichtsassessor Beitzke. Den an der Teilnahme verhinderten Geh. Leg. R. Bucher vertrat der Geh. Ober-Reg.-R. Wagener, der zugleich als Vorsitzender fungierte. Das Protokoll führte der Ger.-Assessor Beitzke. Bucher war als Vertreter des auswärtigen Amtes designiert, aber in Varzin bei Bismarck.

Die Konferenzen sind resultatlos verlaufen. Man erfuhr darüber nur etwas aus der Nordd. A. Z., welche die folgende Mitteilung brachte: „Die hier eröffneten Konferenzen über die soziale Frage tragen den Charakter vertraulicher Besprechungen an sich, über deren Ergebnis die beiderseitigen Herren Bevollmächtigten demnächst an ihre hohen Regierungen Bericht zu erstatten haben werden. Selbstverständlich ist daher jede vorherige Veröffentlichung über den Inhalt dieses Gedankenaustausches unstatthaft. Was daher in der Presse hierüber verlautet, ist von vornherein als müßige Erfindung anzusehen. Diese ausdrückliche Versicherung, welche dem größten Teil der Tagespresse überflüssig erscheinen könnte, ist dadurch nötig geworden, daß von einer bestimmten Seite her, die weder in Berlin noch in Wien „Verbindungen" hat, in betreff der sozialen Konferenzen eine Vertrautheit zur Schau getragen ist, welche bereits, z. B. in der Magdeb. Ztg., eine völlige Verkennung der Tendenzen dieser amtlichen Besprechungen über die wichtige Frage veranlaßt hat." Die Kreuzzeitung erhielt eine Korrespondenz aus Wien, in der es hieß:

„Die Wiener Mitglieder der Konferenz haben die Beendigung ihrer Arbeiten hierher angezeigt und werden noch im Laufe der Woche erwartet. Die überaus große Schweigsamkeit über die Resultate der Konferenz dürfte ihren triftigen Grund haben; die Resultate sind einzig und allein darin zu suchen, daß man die bisherigen beiderseitigen Erfahrungen auf dem sozialen Gebiet mündlich statt schriftlich ausgetauscht hat. Beschlossen ist nichts, und selbst die anfangs in Aussicht genommene Wiederholung der Konferenz in bestimmten Zeitabschnitten ist zu einer Wiederholung im Fall des konstatierten Bedarfs eingeschrumpft. Die Protokolle werden in die beiderseitigen Archive wandern und dort voraussichtlich volle Ruhe haben. Wenigstens hier scheint man sich mit irgend welchen Programmen nicht befassen, sondern das Gehenlassen zur Regel erheben,

Digitized by Google

daneben aber die zur Niederdämmung sozialer Ausschreitungen als vollständig ausreichend erachteten Staatsgesetze auch wirklich handhaben zu wollen."

In dieselbe Zeit (Dezember 1872) fällt ein Schreiben des Fürsten Bismarck an den deutschen Botschafter Grafen Arnim in Paris, worin er sagt, es könne keinem aufmerksamen Beobachter entgangen sein „wie stark und massenhaft in Deutschland die Bekehrung gewesen ist und noch ist, von roten zu gemäßigt liberalen, von gemäßigt liberalen zu konservativen Gesinnungen, von doktrinärer Opposition zu dem Gefühle des Interesses am Staate und der Verantwortlichkeit für denselben". Bei den Roten kann der Fürst nicht an die Sozialdemokratie gedacht haben, denn in dem Grade als der Liberalismus sich mäßigte, ging der zurückbleibende Radikalismus, namentlich die Fortschrittspartei, zur Sozialdemokratie über, wenigstens das Heer ohne die Führer. Nach Bismarcks Ansicht ist es die Pariser Kommune, als ein experimentum in corpore vili und abschreckendes Beispiel, welches die Bekehrung bewirkt haben soll. Für Viele hat dagegen das Beispiel ansteckende Wirkung gehabt.

Fürst Bismarck spricht sich in dem bezeichneten Schreiben sehr optimistisch aus. Er fürchtet nichts für die Zukunft Deutschlands, keine Republikanisierung; solches Vertrauen zeigt er zu der Anhänglichkeit an monarchische Institutionen in Deutschland. Interessant ist noch, was er auf eine Bemerkung des Grafen Arnim, nach welcher bedenkliche Verbindungen der französischen Demokratie mit Süddeutschland stattfänden, erwidert. „Diese Verbindungen, sagt er, bestehen seit der Juli-Revolution und länger, nicht nur mit Süddeutschland, sondern mit der Schweiz und Belgien, mit England und Italien, Spanien, Dänemark und Ungarn, und namentlich Polen. Die Intensität derselben hat im ganzen ziemlich genau Schritt gehalten mit dem Ansehen Frankreichs in Europa, denn keine monarchische Regierung in Frankreich verschmäht es, auch wenn sie mit dem größten Nachdruck die französische Demokratie verfolgt, diesen Hebel den übrigen Staaten und namentlich Deutschland gegenüber wirksam zu erhalten. Es wird sich eben hierin immer dasselbe Ziel erhalten, wie bei der Unterdrückung der Protestanten in Frankreich und ihrer Unterstützung in Deutschland und wie der türkenfreundlichen Politik des allerchristlichsten Königs." Fürst Bismarck fährt dann fort, indem er dem Grafen Arnim aufgiebt, Frankreich in seinen republikanischen Zirkeln nicht zu stören, und wegen des ansteckenden Beispiels für Deutschland unbesorgt zu sein: „Ich bin überzeugt, daß kein Franzose jemals auf den

Digitized by Google

Gedanken kommen würde, uns wieder zu den Wohlthaten einer Monarchie zu verhelfen, wenn Gott über uns das Elend einer republikanischen Anarchie verfügt hätte".

Nur wenige Wochen später (Februar 1873) ging über den augenblicklichen Stand der sozialdemokratischen Bewegung dem Fürsten Bismarck ein Bericht aus einer unter der Ägide des Geh. R. W. herausgegebenen Zeitschrift zu, in der es hieß:

„Ich will hier eine Zusammenstellung der mir bekannten sozialdemokratischen Blätter folgen lassen: Der „Neue Sozial-Demokrat", Organ des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, erscheint in Berlin wöchentlich dreimal, kostet pro Quartal 17½ Silbergroschen, hat jetzt über 10000 Abonnenten, im November vorigen Jahres nur 8800. Welche Zunahme!

Die „Sozial-politischen Blätter", eine Art sozialdemokratischer Gartenlaube, bringt in Monatsheften, à 2½ Silbergroschen, zeitgemäße Geschichten und Abhandlungen, wird in Berlin von Hasenclever und Hasselmann herausgegeben.

Der „Sozial-Demokrat" in Hamburg erscheint vom 1. April ab und wird von denjenigen Lassallianern gegründet, die unter Bräuers Führung von Hasenclever abgefallen sind.

Der „Volksstaat", Organ der sozialdemokratischen, Marx-Bebelschen Arbeiterparteien in Deutschland, erscheint in Leipzig wöchentlich zweimal. Preis 12½ Silbergroschen, hat in 12 Monaten seine Abonnenten von 4488 auf 6122 gebracht.

„Braunschweiger Volksfreund", erscheint die Woche sechsmal, kostet per Quartal, durch die Post bezogen, 15 Silbergroschen.

„Chemnitzer freie Presse", erscheint wöchentlich sechsmal, kostet per Post 15 Silbergroschen pro Quartal.

„Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund", erscheint wöchentlich sechsmal. Preis per Quartal 12½ Silbergroschen.

„Dresdener Volksbote", erscheint wöchentlich sechsmal, kostet per Quartal 21 Silbergroschen.

„Fürther demokratisches Wochenblatt", erscheint wöchentlich einmal. Preis per Post 6½ Silbergroschen.

„Demokratische Blätter", erscheinen in Königsberg in Preußen, alle 5 Wochen 1 Heft, 2 Bogen stark; kosten per Post das Halbjahr 15 Silbergroschen.

„Demokratische Zeitung", erscheint in Berlin wöchentlich sechsmal, kostet per Quartal 1 Thaler 10 Silbergroschen.

„Die Tagwacht", Organ der sozialdemokratischen Partei und

Digitized by Google

der internationalen Gewerkschaften in der Schweiz; erscheint wöchentlich einmal in Zürich.

„Der Volkswille", Organ der österreichischen Arbeiterpartei in Österreich, erscheint in Wien wöchentlich zweimal, Preis 22 Sgr. =1 fl. 24 kr. südd. W. Redakteur Gehrke.

„Das Felleisen", Organ der deutschen Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz, erscheint alle 14 Tage einmal in Zürich. Preis per Quartal 14 Sgr.=48 kr. südd. W.

Hierzu kommen noch die drei Buchdruckerorgane: „Correspondent", „Vorwärts", und „Helvetische Typographia", das Organ der deutschen Hutmachergehilfen „Correspondent", der deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter „der Botschafter", Organ der deutschen Gold- und Silberarbeiter „der Genossenschafter", Organ der Porzellanarbeiter der „Sprechsaal", endlich der „Rütlianer" in der Schweiz.

Soeben gegründet ist der „Geraer Volksfreund".

In New-York erscheint seit 8. Februar die „Arbeiter-Zeitung", deren Redaktion eine geschickte sein soll und die nach Deutschland verbreitet wird.

Ferner die ausländischen nichtdeutschen Blätter, welche auch in Deutschland gelesen werden:

„L'Egalité", Organ der Internationalen Arbeiter-Association in der Schweiz, erscheint in Genf monatlich einmal und kostet per Jahr 1 Thlr. 10 Sgr.=2 fl. 20 kr. südd. W.

„Internationale", Organ der belgischen Sektionen der Internationalen Arbeiter-Association, erscheint alle Sonnabend in Brüssel, Preis per Jahr 1 Thlr. 18 Gr.=2 fl. 48 kr. südd. W.

„L'Emancipacion", Organ der Internationalen Arbeiter-Association in Spanien, erscheint jede Woche einmal in Madrid, San Pedro 16, III.

„La Plebe", Organ der Internationalen Arbeiter-Association in Italien, erscheint in Lodi.

„La Liberté", Wochenschrift, sehr gut redigiert, Organ der belgischen sozialdemokratischen Föderalisten, erscheint in Brüssel.

„La Fédération", Organ der Antimarxianer, erscheint in deutsch-französisch-englischer Sprache in London u. s. w. u. s. w.!

In Österreich ist der Sozialismus noch nicht so verbreitet als „im Reich", weil die Bildung der Arbeiter daselbst eine geringere ist und sie lange nicht alle lesen können, doch bestehen dort noch mehr sozialdemokratische Blätter, die mir indes unbekannt sind.

Digitized by Google

Wir haben aber im obigen Verzeichnis 22 Blätter im Reich. Der „Neue Sozial-Demokrat" und der „Volksstaat" haben zusammen ca. 16000 Abonnenten. Jeder Sachkundige wird mir zugeben, daß ein Blatt, um ohne Inserate aus der Finanzwelt zu bestehen, mindestens 3—4000 Abonnenten bedarf bei dem meist sehr billigen Preise jener Blätter, eher mehr als weniger. Halten wir 4000 fest, so kommen auf die 20 kleineren Blätter 80000, auf „Volksstaat" und „Neuer Sozial-Demokrat" 16000, — und auf ausländische — der „Volkswille" und die Schweizer Blätter sind in Süddeutschland sehr verbreitet — mindestens 4000, — das macht jetzt schon für Deutschland die artige Anzahl von 100000 zahlenden Abonnenten!

Wieviel hat die konservative Partei? — „Kreuzzeitung" 8000, „Volksblatt" 3—4000, die kleineren Blätter in den Provinzen auch noch soviel, kommen 20—30000 höchstens heraus!

Nun muß man ferner bedenken, daß solche sozialdemokratischen Blätter von den Arbeitern werkstättenweise gehalten werden, — danach kann man auf einen regelmäßigen Leserkreis von gut und gern $^1/_2$ Million Arbeitern in Deutschland rechnen.

Auch haben die Katholiken eine große Anzahl kleiner Blätter, die ebenfalls im sozialistischen und jedenfalls jetzt nicht im reichsfreundlichen Sinne auf die Arbeiter wirken. —

Die Regierung aber, und die konservative Partei — hat nicht ein einziges derartiges Blatt.

Allen denkenden Konservativen und treuen Anhängern der Dynastie Hohenzollern sei die Lektüre des „Neuen Sozial-Demokrat" und des „Volksstaat" dringend empfohlen. Sie werden dieselbe Erfahrung damit machen, welche ich gemacht habe, der ich seit dem Jahre 1866 fast alle deutschen und die wichtigsten französischen, belgischen, englischen, schweizerischen sozialdemokratischen Blätter mit Aufmerksamkeit studiert habe, nämlich die, daß die Sprache leidenschaftlicher und das Auftreten der Führer durch den riesigen Erfolg kühner, zuverlässiger, rücksichtsloser und hoffnungsvoller geworden ist.

Die Zahl der beitragsteuernden sozialdemokratischen Vereinsmitglieder ist mir ebenfalls unbekannt, doch muß sie schon eine recht bedeutende sein. Dies ergiebt sich aus den Geldmitteln, über welche die Führer verfügen. Die Beiträge der Mitglieder sind sehr gering, 6 Pfennige bis 1 Silbergroschen pro Kopf und Woche.

Digitized by Google

Trotzdem muß das Budget des Herrn Hasenclever ein sehr bedeutendes sein.

Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein hat regelmäßig besoldet folgende Beamten:

Präsident Hasenclever, Vizepräsident August Kapell, zwei Schriftführer, die Herren O. Kapell und Derossi, zwei Kassierer, Grüwel und ein anderer Gentleman, dessen Namen mir entfallen ist, der Redakteur Herr Hasselmann mit seinem Personal von Mitarbeitern, Expedienten, Boten 2c. Die Agitatoren Finn Grottkau, Hörig, Hurlemann, Tölke, Armborst, Dreesbach, Arnold, Mendel, Bäthke, Schweckendick, G. Winter I u. II, Weigel, G. Kiesling, Frick, Weber, Lesser, Aurin, Härling, Rost, Staschen, Drellhose, Oeser, Kersten, Richter, Fritzsche, Frohme, Klein, Burkhardt, Hartmann, Dörenberg, O. Reimer und noch mehrere andere, stehen mehr oder minder im festen Solde des Vereins. Das sind rund 40 Personen, — und alle der Rede mächtig.

Neuerdings sind wiederum in Hamburg drei Agitatoren, oder Reiseapostel engagiert, welche die Rheinlande planmäßig bearbeiten sollen. Dieselben erhalten außer Meilengeldern pro Mann 500 Thaler festes Gehalt jährlich, überall lehren sie das neue Evangelium: die Erde gehört den lebenden Menschen gemeinsam, und jedem Arbeiter kömmt der volle Arbeitsertrag zu. In Hamburg hat der Allgemeine deutsche Arbeiterverein sogar eine Agitatorenschule eingerichtet, in welcher befähigte junge Arbeiter in der Nationalökonomie unterrichtet werden, die Lassalleschen und Marxschen Schriften studieren und Redeübungen halten.

Unglücksfälle, welche Arbeiter in diesem oder jenem Etablissement betreffen, Härten einzelner Arbeitgeber, Polizei- und Regierungsmaßregeln, über welche sich die Partei mit Recht oder Unrecht zu beklagen meint, und namentlich alle Skandalgeschichten, welche ein schlechtes Licht auf die höheren und höchsten Stände zu werfen geeignet sind, werden durch die Blätter und Agitatoren den Arbeitern an vielen Orten allwöchentlich oder täglich vorgeführt. Ist es da verwunderlich, wenn die Anzahl der Sozialdemokraten von Tag zu Tag zunimmt? Über die Wirksamkeit dieser Agitatoren sagt Herr Dr. Jäger sehr richtig: „Die Führer und Apostel der Bewegung zeigen eine Opferwilligkeit, die in Erstaunen setzt, besonders, wenn man die geringen Mittel bedenkt, über welche die Leute fast ausnahmslos verfügen. Keine Stadt, ja fast kein Dorf ist heutzutage mehr sicher vor der Ansteckung. Der

Digitized by Google

leichte, billige Verkehr, die sich stets enger verknüpfende soziale Verschlingung, die überall hindringende (billige sozialistische) Presse, bewirken das rasche Umsichgreifen der sozialistischen Idee. Arm und ungebildet (wenigstens im Sinne der Bourgeoisie), aber mit glühendem Eifer für die Sache des Proletariats, und wohl ausgerüstet mit den Ideen von Marx und Lassalle, durchziehen die Wanderapostel die Städte und Fabriken und werben überall für die sozialistische Zukunft. Tüchtige Redner zählen sie zu den ihrigen, nicht Phrasenhelden, sondern Männer, die an Arbeit gewöhnt sind und sich selbst mit Ernst unterrichtet haben. So bereisen sie die einzelnen Gegenden als Propheten des vierten Standes, den Untergang des dritten und der gesamten alten Gesellschaft predigend. Was man bei der Bourgeoisie nur zu sehr vermißt (— — und leider, leider bei den Konservativen besonders — —), die Arbeiter thun es: sie lesen die Schriften der Gegner aufmerksam und können denselben auch gerecht werden. Die Erscheinungen auf konservativer, auf evangelischer oder katholischer Seite werden von den Arbeitern vielfach mit einer Unbefangenheit gewürdigt, die viele sich hoch gebildet dünkende Bourgeois beschämen könnte. Das verhindert natürlich nicht, daß unter den Führern und Agitatoren gar manche sind, welche auf Kosten der Arbeiter ein flottes und faules Leben führen, welche mit cynischer Gewissenlosigkeit nur ihrem persönlichen Ehrgeiz fröhnen und sich noch dafür bezahlen lassen."

In Hamburg hat sich eine besondere Abteilung unter Führung des Arbeiters Bräuer, der auch einmal Reichstags-Kandidat war, gebildet, die ebenfalls einige Agitatoren unterhält, welche namentlich nach Schleswig-Holstein gesandt werden, woselbst ihre Unternehmungen vielfach Förderung von den Dänenfreunden finden sollen.

In Hamburg besteht, noch von Schweitzers Zeit her ein sozialdemokratischer Frauenverein, welcher der Partei viel genutzt hat. Für die Frauen hat nämlich der Gedanke, eine gewisse Rolle im politischen Leben zu spielen, einen großen Reiz. Sie bringen dafür gern namhafte Opfer, wie denn ja des Weibes Stärke in seiner Hingabe beruht. Diese Damen eifern ihre Männer, Geliebten und Angehörigen zu reger Beteiligung an, und nehmen selbst an den gelegentlichen Arbeiterfesten den lebhaftesten Anteil. Frauen haben übrigens bei allen geschichtlichen Bewegungen, die aus einer Idee entsprangen, eine Rolle gespielt, von der Jeanne d'Arc bis auf die — — — Petroleusen. —

In Berlin hat in der letzten Februarwoche eine erste Ver-

Digitized by Google

sammlung von sozial-demokratischen Frauen stattgefunden, und wird beabsichtigt, auch hier einen derartigen Verein zu begründen.

Hamburg hat dem allgemeinen deutschen Arbeiterverein stets reiche Geldmittel zugeführt, und nicht wenig haben dazu jene Hamburger Frauen beigetragen. Auch befolgt man dort das „Ehret die Frauen!" So entsinnen wir uns eines Berichts über eine große Festlichkeit, welche die Vereine beiderlei Geschlechter in Hamburg dem Herrn v. Schweitzer gaben, und bei welcher die „Präsidentin" zur Rechten des Präsidenten saß. Natürlich galt der erste Toast des Präsidenten seiner schönen Collegin!

Die Bebel-Liebknechtsche Partei bearbeitet vornehmlich Süddeutschland, Sachsen, Thüringen und Hannover, wir wollen aber auf ihre Thätigkeit nicht näher eingehen. Sie hat eine größere Anzahl Blätter zu ihrer Verfügung, die von Marx, Engels, Becker, Bakunin und anderen von 1848 her bekannten „Roten" mit Artikeln versorgt werden, die teilweise wissenschaftlichen Wert haben. Agitatoren hat sie nicht so viele wie die Lassallesche Partei, und scheint auch an chronischem Geldmangel zu leiden, obschon ihr nachgesagt wird, sie bezöge Geld von den Welfen, und wohl auch von den Jesuiten. Ich weiß das nicht, und möchte hier nicht Dinge behaupten, die ich nicht beweisen kann. Die wiederholte Aufforderung der Führer an die Partei-Mitglieder, Extrasteuern zu zahlen, spricht nicht gerade für jene Angabe.

Die Gefangensetzung von Bebel und Liebknecht hat die Partei anfangs zwar etwas verwirrt und in Unordnung gebracht, jetzt indeß erholt sie sich und wird wahrscheinlich sehr erstarken, sobald jene Führer wieder frei sind. Diese Partei krankt an einer Überfülle sogenannter „Intelligenzen", d. h. studierter Leute ohne ersichtlichen reellen Beruf und Erwerb, besonders jüdischer Klasse, weßhalb denn auch die „Eisenacher" oder „Ehrlichen" von den Lassalleanern oft im Stil von „Hepp! Hepp!" harangiert werden, — obschon Lassalle so gut wie Marx Semiten sind oder waren."

In derselben Zeit, in welcher die sozialdemokratische Bewegung diesen Höhepunkt erreicht hatte, und gleichzeitig die ultramontane Aufregung andere Kreise weithin beherrschte, stand ein neues Reichspreßgesetz auf der Tagesordnung, das Stempel, Kaution und neue Hindernisse einer freien Presse beseitigen sollte. Der Liberalismus hatte gleich nach dem Kriege die Beseitigung dieser Hindernisse stürmisch verlangt, und war darin begreiflicher-

Digitized by Google

weise von der Sozialdemokratie und dem Ultramontanismus energisch unterstützt, wenn nicht dazu gedrängt worden.

Bei Abschluß der Verträge mit den süddeutschen Staaten war auch die Presse und das Vereinswesen unter die Gegenstände aufgenommen, auf welche sich die Gesetzgebung des Reiches erstreckt. Diese Erweiterung der Reichsverfassung wurde von einzelnen Parteien sofort benutzt, um auf eine Regelung der deutschen Preßverhältnisse hinzudrängen. Die Preßzustände in Deutschland waren äußerst buntscheckig; in vielen Staaten galten noch die Vorschriften des Bundesbeschlusses vom 6. Juli 1854, in manchen bestanden ältere oder neuere Gesetze, die teils in der Richtung jenes Bundesbeschlusses erlassen waren, teils davon abwichen. Auf die preußische Presse drückten der Zeitungsstempel und die Kautionen. Am 10. Mai 1871 stimmte der Reichstag mit 221 gegen 37 Stimmen einem aus seinem Schoße hervorgegangenen Antrag zu, der zur Vorbereitung der Preßfreiheit zunächst die Aufhebung der Kautionspflicht der politischen Zeitungspresse und der Entziehung von Konzessionen zum Betrieb des Preßgewerbes begehrte, mit einer Resolution, durch welche der Reichskanzler ersucht wurde, dem Reichstage in der nächsten Session den Entwurf eines für das ganze Bundesgebiet geltenden Preßgesetzes vorzulegen. Im April 1872 erwiderte auf eine Interpellation wegen dieser Angelegenheit der Präsident des Reichskanzleramts Delbrück, ein Preßgesetzentwurf sei an die einzelnen Bundesregierungen gesandt worden, die sich auch darüber schon mit wenigen Ausnahmen geäußert hätten; es würde nun auf Grund dieser Äußerungen eine amtliche Vorlage für den Bundesrat ausgearbeitet, die in derselben Session aber nicht mehr im Reichstag zu erwarten sei.

Als Herr Camphausen am 9. Dezember 1871 den ersten Versuch einer Steuerreform, Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und Steuerbefreiung der untersten Klassensteuerstufe machte, stellte er noch weitere Schritte in Aussicht, zur Entlastung des täglichen Brodes und Fleisches sollte die des Salzes, aber auch die des täglichen geistigen Brodes, der Wegfall der tax on knowledge, der Zeitungsstempelsteuer, kommen. Er wahrte aber entschieden die Priorität dem Anfange der Steuerreform mit der Aufhebung der Steuer auf unentbehrliche Lebensbedürfnisse. „Die Regierung, schrieb die Provinzial-Korrespondenz, hält es nach wie vor für ihre erste Pflicht, mit der Steuerreform da zu beginnen, wo die Steuern am lästigsten und empfindlichsten sind — sie will vor allen Dingen die

Digitized by Google

ärmsten und zahlreichsten Volksklassen in der Steuerlast erleichtern. In solcher Absicht war dem Landtage beim Beginn der Session (1871—1872) als erster Schritt zur Reform die Aufhebung der untersten Stufe der Klassensteuer, sowie der Schlacht- und Mahlsteuer vorgeschlagen worden, während der Finanzminister weitere Schritte, namentlich in betreff der Salzsteuer, welche jedoch der Reichsgesetzgebung unterliegt, sowie in betreff der Zeitungssteuer in nahe Aussicht stellte, der erste und dringendste Schritt, welchen die Regierung beantragte, die Befreiung von 5 Millionen Steuerzahlern von der Klassensteuer hat jedoch die Zustimmung des Abgeordnetenhauses zunächst nicht gefunden, und hierdurch ist die Steuerreform in ihrem Beginn vereitelt worden. Die Beträge, welche schon 1872 zur Steuerermäßigung benutzt werden sollten, sind schließlich unter allseitigem Einverständnisse zu Ausgaben im allgemeinen Staatsinteresse verwandt worden. Die Reform ist hiermit zur nächsten Session vertagt. Wenn die Staatsregierung es ablehnt, jetzt einen einzigen Gegenstand der Reform, wie die Zeitungssteuer, herauszugreifen und gesondert zur Erörterung zu stellen, so geschieht es in der Überzeugung, daß eine wirklich gerechte Steuerreform nur unter Abwägung der Interessen und Ansprüche aller Volksklassen erfolgen kann.... Wenn es gelingt, sich über die Grundsätze und über die ersten und notwendigsten Schritte der Steuerreform überhaupt zu verständigen, so wird neben der Erleichterung der ärmsten Klassen gewiß auch die Beseitigung andrer, als besonders lästig erkannter Steuern, wie die Zeitungssteuer, nicht auf sich warten lassen." In demselben Sinne beantwortete am 20. April 1872 der Finanzminister eine die Vorlegung eines Entwurfs wegen Aufhebung der Zeitungssteuer betreffende Anfrage. In derselben Woche war es, wo im Reichstage Herr Delbrück die schon erwähnte Interpellation beantwortete, betreffend das Reichspreßgesetz. Wie später bekannt wurde, war in dem preußischen, dem Bundesrat damals schon vorgelegten Entwurfe eines Reichspreßgesetzes der Wegfall von Kaution und Steuer bereits vorgesehen.

Im März 1873 wurde im Abgeordnetenhause der Antrag des Abgeordneten Bernards (ultramontan), den Zeitungs- und Kalenderstempel aufzuheben, trotz der Opposition der Minister Graf Eulenburg und Camphausen angenommen. Man nahm es letzterem bei der günstigen Finanzlage Preußens sehr übel, „daß er in dieser Frage dem persönlichen Übelwollen des Gesamtministeriums gegen die Presse Rechnung trug."

Digitized by Google

Ein von der liberalen Partei (Biedermann und Genossen) im Reichstage eingereichter Entwurf eines Reichspreßgesetzes fand den Bundesratstisch, an welchem auch der Reichskanzler seinen Platz genommen, absolut stumm, die Versammlung desto interessierter. Der Entwurf ging an eine Kommission. Ein Vertreter der Bundesregierungen erschien anfangs daselbst nicht, obgleich die Einladung hierzu an den Bundesrat ergangen war. Am 24. April indessen gab ein Regierungskommissar die Erklärung ab, die preußische Regierung habe, zum Teil angeregt durch die Initiative des Reichstages, ihre frühern Bedenken, ob ein Preßgesetz vor dem Zustandekommen der Strafprozeßordnung erlassen werden könne, fallen lassen und die Bearbeitung des Entwurfes von neuem in Angriff genommen. Am 29. Mai, nach einer sehr erregten Debatte über das Reichseisenbahnamt, kam auf der Tagesordnung der Sitzung der Preßgesetzentwurf der Kommission an die Reihe. Das Haus war mit den Anträgen derselben nicht überall einverstanden, wie schon die große Menge von Verbesserungsanträgen deutlich zeigte. Über die Stellung des Bundesrates war nichts zuverlässiges bekannt. Die Situation war also nichts weniger als geklärt. Von besonderem Gewicht waren daher die Aufklärungen, die Fürst Bismarck über die Geschichte des Preßgesetzes gab. Er konstatierte, daß der Bundesrat noch im Stadium der Beratung des Gesetzes stehe, und fürchtete demnach, daß die Verständigung, welche zum zustandebringen eines Preßgesetzes erforderlich sei, erschwert werde, wenn der Reichstag schon jetzt seine Entschließungen feststelle. Er gab sich als einen aufrichtigen Freund des Preßgesetzes zu erkennen, wünschte dessen Zustandekommen noch in dieser Session und deutete an, daß es nicht seine Schuld sei, daß der auf sein Betreiben im preußischen Ministerium ausgearbeitete Entwurf erst jetzt an den Bundesrat gelangt sei. Der Kanzler wünschte nunmehr eine Vertagung der Verhandlung, um dem Bundesrat die Zeit zu schaffen, an der Hand des preußischen Entwurfes die Materie zu prüfen, und den Vorsprung einzuholen, den der Reichstag durch die Kommissionsberatung gewonnen habe. Das Haus erfüllte diesen Wunsch, indem es der Ansicht des Kanzlers beitrat, daß durch die Ermöglichung der Mitwirkung des Bundesrates bei der Beratung der endliche Abschluß des Gesetzes beschleunigt würde. Sollte man aber inzwischen die Überzeugung gewinnen, daß eine Einigung zwischen den beiden Körperschaften nicht möglich, so erspare sich ja der Reichstag durch die Vertagung Mühe und Zeit.

Digitized by Google

Der preußische Entwurf eines Preßgesetzes, der um diese Zeit bekannt wurde, hatte einstimmige Verurteilung in der deutschen Presse gefunden. „Die polizeiliche Beschlagnahme ist unverändert beibehalten, und damit praktisch der periodischen Presse die rechtliche Grundlage ihrer Existenz entzogen. Die Definition der Vergehen und Verbrechen (§. 20) entbehrt der scharfen Begrenzung, welche die erste Anforderung an ein Strafgesetz ist, und stellt statt dessen allgemeine Sätze auf, welche nach subjektiver Willkür gedeutet werden können. Die Bestimmung des Entwurfs über die Verantwortlichkeit des Redakteurs, der — abgesehen von der Frage der Verschuldung — mit der Strafe des „Thäters" belegt werden soll, widerspricht allen strafrechtlichen Grundsätzen, welche zur Strafbarkeit den Dolus oder die schuldvolle Fahrlässigkeit verlangen. In dieser Weise werden teils neue — unbestimmte — Vergehensarten eingeführt, teils bestehende Strafbestimmungen wesentlich verschärft (§. 20, letzter Absatz), und so die Organe der Presse unter ein Ausnahmegesetz gestellt. Dazu treten ungerechte Polizeivorschriften mancherlei Art, z. B. die Aufnahme von Berichtigungen bis zum doppelten Raume des zu berichtigenden Artikels u. s. w. Die deutsche Presse, die sich ihres täglich wachsenden Einflusses wohl bewußt ist, will nicht Straflosigkeit für das veröffentlichte freie Wort, wenn es wirklich ein strafälliges ist. Sie will der strengen Verantwortung vor den allgemeinen Strafgesetzen des Reiches sich nicht entziehen. Aber protestieren muß sie gegen Ausnahmebestimmungen, deren maßlose Vieldeutigkeit und Dehnbarkeit auch die ernsteste wissenschaftliche Erörterung allgemeiner Wahrheiten, auch die patriotisch wohlgemeinteste Beleuchtung öffentlicher Zustände Tag für Tag, wo nicht der Verurteilung, doch der Verfolgung durch die Organe eines unberechenbaren administrativen Ermessens aussetzen würden. Man bietet in dem Entwurf die Aufhebung der Stempelsteuer und der Kautionen. So wünschenswert diese materiellen Erleichterungen sind — die Presse weist es weit von sich, die Beseitigung von längst als ungerecht anerkannten Lasten durch eine ihrer unwürdige, rechtlose Stellung zu erkaufen. Ihre ideale Aufgabe einer freimütigen Besprechung der öffentlichen Zustände steht ihr höher, als materielle Vorteile. Allseitig, auch von den Regierungen, ist die patriotische Haltung anerkannt, welche die deutsche Presse in jeder ernsten Zeit, zuletzt noch während des französischen Krieges, eingehalten hat. Die seltenen Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Um so weniger hatte die deutsche Presse

Digitized by Google

es verdient, von einem Gesetzentwurfe bedroht zu werden, dessen Durchführung jedem selbständigen Mann die Leitung eines politischen Blattes unmöglich machen und die Presse in ihrem freien Beruf vernichten würde." So lautete eine Erklärung der Berliner Redaktionen: Kletke — Zabel — Wehrenpfennig — Kayßler („Deutsches Wochenblatt") u. s. w. Es fehlten die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, die Post, die Kreuzzeitung. Inzwischen stellte Windthorst-Meppen den Antrag, durch ein Notgesetz Zeitungsstempel und Kaution zu beseitigen. Fürst Bismarck hielt für seine Person den Biedermannschen Entwurf durchaus für diskutabel und durch eine Beteiligung der Regierungen an den Beratungen für soweit amendierbar, daß eine Verständigung erreicht werden könne. Sein Wunsch war nur gewesen, gerade um das Zustandekommen eines Preßgesetzes zu ermöglichen, die Beschlüsse des Bundesrates zum preußischen Entwurfe abzuwarten. Inzwischen änderte sich die Sache, nach einer Verständigung mit dem Reichstage sollte das Preßgesetz für diese Session zurückgelegt werden, und als nun doch im Hause darüber verhandelt wurde, welcher der beiden aus der Initiative des Hauses hervorgegangenen Entwürfe zuerst zur Beratung gelangen sollte, fand Fürst Bismarck dieses Verfahren illoyal, ohne diesen Ausdruck öffentlich zu gebrauchen.

Er erklärte, sowohl er als der Bundesrat seien der Ansicht gewesen, da der Reichstag zur Beratung sehr wichtiger Regierungsvorlagen keine Zeit gehabt habe, werde auch das Preßgesetz aus Mangel an Zeit nicht mehr zur Beratung kommen. Es sei für den Kaiser doch einigermaßen empfindlich, daß auf die Beratung des Militärgesetzes nicht dasselbe Gewicht gelegt worden sei wie auf die des Preßgesetzes. Lasker erwiderte: man könne es dem Reichstag nicht verübeln, wenn er auch einmal über Anträge berate, in denen von Rechten des Volkes die Rede sei, nachdem der Reichstag sich monatelang mit finanziellen Vorlagen beschäftigt habe. Bismarck: Das Militärgesetz sei jedenfalls rechtzeitig genug vorgelegt worden, so daß man wenigstens deshalb keine Veranlassung gehabt hätte, die Zeit mit anderem auszufüllen. Was Lasker über Volksrechte gesagt habe, seien deklamatorische Reden aus vergangener Zeit. „Volksvertreter sind alle Herren, die hier sitzen, und zum Volke gehören wir alle; ich habe auch Volksrechte, zum Volke gehört auch der Kaiser, wir alle sind das Volk, nicht die Herren, die gewisse alte, traditionell liberal genannte und nicht immer liberal seiende Ansprüche vertreten. Das verbitte ich mir,

Digitized by Google

den Namen Volk zu monopolisieren und mich davon auszuschließen." Dies benutzte Windhorst, um hinsichtlich der zunehmenden Wärmegrade dieser Debatte seine Hände in Unschuld zu waschen, dabei aber dem Reichskanzler zu sagen, wenn ein Volksvertreter nicht einmal zu solchen Äußerungen berechtigt sei, so wäre es richtiger: „daß die Boutique gleich geschlossen würde". Bismarck entgegnete ihm, daß die Regierungen bei der Beratung über die Presse nicht bloß auf die Stimmen derjenigen zu hören haben, welche die unbedingte Freiheit derselben verteidigen, sondern auch auf die Stimmen anderer, welche der freieren Entwicklung der Presse mit einer gewissen Sorge entgegensehen. Gegen Lasker verwahrte er sich noch, daß Volksrechte bloß solche genannt würden, welche in politischer und sozialer Beziehung unbedingte Freiheit gewähren. „Ist die Verteidigung des deutschen Bodens kein Volksrecht? Ist die Herstellung und Sicherung von Festungen gegen feindlichen Überfall des Landes kein Volksrecht? Ist das Budgetrecht, welches geordnete finanzielle Zustände im deutschen Reiche herbeiführen soll, kein Volksrecht? Oder wollten Sie bloß die Angriffswaffen gegen die Regierung, das belagernde Element, für sich als Volksrechte vindizieren? Das wäre eine Scheidung, eine Fälschung der Situation, die ich nicht annehmen kann, da wir dabei ganz und gar zu kurz kämen."

Im Dezember 1873 erneuerten die Ultramontanen den Antrag auf Aufhebung der Stempelsteuer. Minister Camphausen erklärte:

„Die preußische Regierung habe im Sommer dieses Jahres dem Bundesrate einen Preßgesetzentwurf zugehen lassen, zugleich mit dem Antrage, die Presse mit Steuern nicht zu belasten. Man sagt nun heute: Ei, wie kommt Ihr dazu? Es handelt sich ja nur um ein Spezialgesetz für Preußen, und weshalb soll das an das Reich verwiesen werden? Die Herren, die so sprechen, können doch der Materie kein tiefes Nachdenken gewidmet haben. In dem Vorschlage der preußischen Regierung für das zu erlassende Reichsgesetz wurde nicht allein das in Preußen bestehende Zeitungssteuergesetz aufgehoben, sondern zugleich Vorsorge getroffen, daß in einem deutschen Staate eine Zeitungssteuer nicht eingeführt werden könne, ein Recht, das heute besteht; Vorsorge dahin, daß nach der Beseitigung der Zeitungssteuer, die erfolgen würde, wenn wir das preußische Gesetz aufhöben, nicht etwa eine Inseratensteuer beliebt werden könnte. Genug, der Vorschlag, der damals gemacht wurde,

gab der Presse eine sehr viel weitere Fürsorge zu erkennen, als wie es die einfache Aufhebung des preußischen Stempelsteuergesetzes geben würde. Die preußischen Vorschläge unterliegen jetzt, nachdem die Beratungen im Sommer aus bekannten Gründen vertagt worden sind, der Beratung des Bundesrates, und es ist seitens der preußischen Regierung die Beschleunigung dieser Beratungen in Anregung gebracht. Daß es dabei nicht darauf abgesehen ist, aus finanziellen Gründen die Zeitungssteuer retten zu wollen, das kann nach alledem, was ich gesagt habe, keinem Zweifel unterliegen. Und daß, wenn die verbündeten Regierungen in dieser oder jener Form dem Grundgedanken der preußischen Regierung zustimmen und wenn auch der Reichstag sein Einverständnis erklärt, daß dann die ganze Frage in einem viel umfassenderen Sinne und gründlicher und besser geordnet werden kann, das unterliegt keinem Zweifel. Nun kämpfen Sie vielleicht mit der Furcht, daß zur Verhinderung der Exzesse der Presse vielleicht weiter gegangen würde, als die Notwendigkeit es erfordert. In dieser Beziehung bitte ich, der ruhigen, unbefangenen Erörterung dieser Frage zu vertrauen. Ich sollte meinen, daß doch in diesem Hause sich nur wenige finden werden, die irgendwie verkennen, daß bei den großen Vorzügen, welche die Preßfreiheit hat, bei dem lebhaften Wunsche, diese Freiheit, so weit sie mit der Ordnung im Staatsleben verträglich ist, zu begründen und zu stützen — daß damit auch ebenso lebhaft der Wunsch verträglich ist, daß die Grundpfeiler des Staates durch eine zügellose Presse nicht erschüttert werden dürfen. Auf diesen Standpunkt hat sich die Regierung gestellt. Sie hat die Vorlage gemacht; sie hat sie nicht zurückgezogen, sie wird deren Resultat abwarten".

Diese Rede, die das Abgeordnetenhaus mit einer Aufhebung der Steuer mit 351 Stimmen gegen 6 beantwortete, wirkte für die Liberalen, die den Finanzminister nach der Episode Roon als Vicepräsidenten des Ministeriums so enthusiastisch begrüßt hatten, niederschmetternd. Man meinte, derselbe habe fremde Überzeugung zu vertreten übernommen. Man erwartete aber von einer solchen empfindlichen Niederlage große Dinge. Sie würde, glaubte man, eine heilsame Lehre sein für das zukünftige Verhalten der Minister gegenüber der Volksvertretung bei der Vorberatung großer organischer Gesetzentwürfe, zunächst aber für das Preßgesetz selber, und die Regierung veranlassen, die inneren Verhältnisse des Staatsministeriums derartig zu organisieren, daß der Vertreter desselben

Digitized by Google

wenigstens in der Lage sei, die Absichten der Regierung im Hause und vor dem Lande in genügender Weise klar zu legen. „Es steht zu erwarten, schrieb ein liberales Blatt von der rechten Seite, daß die Minister künftighin eine größere Neigung zeigen werden, sich über die Intentionen der Abgeordneten und die Wünsche des Landes besser zu unterrichten. Freilich droht einem Ministerium bei uns zu Lande bekanntlich nicht die Gefahr, im Falle einer Niederlage von seinem Tische zu verschwinden, und wir selbst möchten auch am wenigsten einer Einführung der exotischen Pflanze der parlamentarischen Majoritätsministerien das Wort reden. Aber daß ein Ministerium nicht den leisesten Versuch macht, sich vorher mit dem Hause zu verständigen oder auch nur die Strömungen in demselben zu sondieren, sondern in größter Seelenruhe beide Lesungen des Antrages auf einen Tag anberaumen läßt, um sich dann in so vernichtender Weise niederstimmen zu lassen, das dürfte selbst auch dem energischsten Verehrer altpreußischer Zustände nicht mehr an der Zeit erscheinen. Wir fürchten, daß dieser Vorgang dem Ansehen des Ministeriums einen schweren Stoß versetzt hat. Noch niemals ist ein preußischer Finanzminister von einem preußischen Abgeordnetenhause so entgegenkommend aufgenommen worden als Camphausen, des gleichen Vorzuges darf sich der Kultusminister auf seinem Gebiete rühmen. Die Freude, welche Achenbachs Ernennung zum Handelsminister hervorrief, ist gleichfalls noch in aller Erinnerung. Auch gegen den Grafen Eulenburg sind die Vorwürfe allmählich verstummt, und haben einer mildern Beurteilung Platz gemacht, seitdem die Kreisordnung eingeführt und seine loyale Haltung in allgemeinen politischen Fragen in weitern Kreisen bekannt wurden und ihm auch die Anerkennung seiner Gegner verschafften.

Die Sympathien, die man dem Fürsten Bismarck allerseits entgegenträgt, bedürfen nicht der Erwähnung. Wie angenehm war mithin die Temperatur des Hauses, wenn man regierungsseitig einen gelegentlichen Aufenthalt in demselben zur gemeinschaftlichen Beratung der fraglichen Angelegenheit hätte nehmen wollen. Aber das scheint man nicht für erforderlich gehalten zu haben, und begnügte sich damit, in der Sitzung selbst durch den Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine Erklärung abgeben zu lassen, welche materiell vollkommen ungenügend war, und außerdem indirekt ein sehr unerfreuliches Licht auf die innern Zustände des Staatsministeriums warf. Vor allem scheinen diese Zustände doch nicht

Digitized by Google

derartig zu sein, daß man dort einem Antrage des Hauses gegenüber zu einer definitiven Fixierung der eigenen Gesamtanschauung gelangt, und ebenso wenig scheint man dort Wert darauf zu legen, daß dieselbe in präziser Form zur Kenntnis des Hauses kommt. Wenn wir nicht sonst wüßten, wie die Meinungen im Staatsministerium über die Stempelsteuerfrage ungefähr beschaffen wären, ein Gesamtresultat derselben haben wir aus Camphausen's Rede nicht erfahren. Niemals aber sollte es einem Minister zugemutet werden, eine Sache mit Gründen zu stützen, deren Anführung ihn dem Verdachte der Sachunkenntnis oder der Vertretung fremder Überzeugung aussetzt. Es fordert die Heiterkeit heraus, wenn man hört, daß Fürsorge für die Presse die Regierung veranlaßt habe, die Stempelsteuerfrage dem Reichstage zuzuwerfen, damit dieser das Vergnügen habe, sich zu überzeugen, daß durch die preußische Vorlage eine Steuer aufgehoben werden soll, welche im ganzen Reiche mit Ausnahme Preußens gar nicht besteht, und an deren Einführung auch niemand denkt. Von ähnlicher Güte ist die Fürsorge, daß in keinem deutschen Staate eine Inseratensteuer eingeführt werden soll, da dieselbe auch nirgends anders existiert als in Hamburg."

So wurde Herr Camphausen als das Opfer reaktionären Übergewichts angesehen. Die Vorlage, die dem neugewählten Reichstage in seiner ersten Session 1874 endlich zuging, galt denn auch als eine Bestätigung des Argwohns, daß die preußische Regierung die Aufhebung der unhaltbaren Stempelsteuer in das Reich verlegt habe, um hier die mit jener Aufhebung preisgegebene Schutzwehr gegen Entfesselung der Presse durch andere Einschränkungen reichlich zu kompensieren. Man nannte diese Aufhebung das Linsengericht, für welches größere Güter hingegeben werden sollten. In einer Zeit, wo es vorzugsweise die Ultramontanen waren, die das Banner der Preßfreiheit voran trugen, was in dem mit dem Staate ausgebrochenen Kampfe erklärlich genug war, konnte man das Bestreben der preußischen Regierung einigermaßen verstehen. Hatte Fürst Bismarck schon so viel über das Unwesen der kleinen publizistischen Klopffechter der Ultramontanen zu klagen gehabt, und in gleichem Grade die sozialistische Presse in ihrer Ausbreitung beobachten können, so schien die Zeit wenig dazu angethan, den beiden Gegnern des Staates scharfe Waffen in die Hand drücken zu dürfen. Indessen ein Reichspreßgesetz gehörte zum herrschenden liberalen Programm und konnte eben deswegen

Digitized by Google

nur ein liberales sein. Der Kampf mußte gewagt werden, auch wenn daraus, d. h. aus der freieren Presse, der Ultramontanismus oder die Sozialdemokratie gestärkt hervorging.

Fürst Bismarck lag krank, während das neue Gesetz im Reichstage diskutiert wurde. Vom Tisch des Bundesrates wurde im heißen Streit Konzession auf Konzession gemacht, freilich nicht so weit, um den Forderungen der Parteien vollständig zu genügen. Jedenfalls wurde ein erheblicher Fortschritt gegenüber den in dem weitaus größten Teil von Deutschland geltenden Bestimmungen gemacht. Das Gesetz vom 7. Mai 1874 hob das Konzessionswesen auf, wo dasselbe noch bestand, so wie die Befugnis des Richters, auf Entziehung des Rechts zum Gewerbebetrieb zu erkennen, und beseitigte die außerordentliche Besteuerung des Preßgewerbes, so wie die Kautionsstellung. Der vielbesprochene § 20 der Vorlage, welcher in das materielle Strafrecht eingriff (Ungehorsam gegen das Gesetz als etwas Erlaubtes oder Verdienstliches darzustellen), wurde von der Regierung schließlich aufgegeben. In dem ursprünglichen preußischen Entwurf von 1873 hatte dieser § gelautet:

> § 20. Wer in einer Druckschrift die Familie, das Eigentum, die allgemeine Wehrpflicht oder sonstige Grundlagen der staatlichen Ordnung in einer die Sittlichkeit, den Rechtssinn oder die Vaterlandsliebe untergrabenden Weise angreift, oder Handlungen, welche das Gesetz als strafbar bezeichnet, als nachahmungswert, verdienstlich oder pflichtmäßig darstellt, oder Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise erörtert, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bestraft. — Wer die im § 166 des Strafgesetzbuches für das deutsche Reich vorgesehenen Handlungen mittelst der Presse verübt, wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten und bis zu 4 Jahren bestraft.

Die polizeiliche Beschlagnahme wurde insoweit eingeschränkt, als die Artikel des Strafgesetzes, auf Grund deren dieselbe gegenüber der richterlichen ausnahmsweise zulässig bleiben sollte, speziell bezeichnet wurden.

In der liberalen Presse wurde das neue Gesetz mit den Worten gefeiert:

„Das Gesetz ist der vorläufige Abschluß eines der größten Kämpfe um die Freiheit der Meinungsäußerung und die Autorität des Staates — wir sehen den Staat der individuellen Freiheit große und bedeutsame Konzessionen machen. Der Staat kann dem Individuum in dem Maaße freie Bewegung gestatten, als seine Grundlagen sicher, fest und unantastbar und auch unangetastet

Digitized by Google

sind; die Hoffnung, daß es ihm gelingen wird, die Elemente zu bewältigen, die ihn grundsätzlich bekämpfen, kann ihm allein das Selbstvertrauen geben, auf welchem eine liberale Behandlung der Presse beruht. Den Klerikalen aber wird das Preßgesetz ein Balsamtropfen sein, auf den Rand des Wermutbechers gelegt, den sie heute (Kirchendienergesetz) schlürfen mußten, und wenn sie etwas sanguinischer Natur sind, so könnten sie vielleicht in der erhöhten Expansivkraft ihrer Presse eine Art von Kompensation für die schneidende Maßregel sehen, welche das Verbannungsrecht gegenüber ungehorsamen Priestern in die Hand der Regierungen legt."

Die Ultramontanen und die Sozialdemokraten machten sich, obwohl ihnen nicht alles gewährt war, was sie gewünscht hatten, das Reichspreßgesetz ausgiebig zu Nutze, und den Beweis, wie viel die Sozialdemokraten dem neuen Gesetze verdankten, lieferte nicht ganz zwei Jahre später eine Vorlage der Regierung, welche es für nötig hielt, das Strafgesetzbuch zu ändern, indem sie u. A. einen neuen Paragraphen in dasselbe eingeschoben wissen wollte, welcher lautete:

„Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegen einander öffentlich aufreizt, oder wer in gleicher Weise die Institute der Ehe, der Familie oder des Eigentums öffentlich durch Rede oder Schrift angreift, wird mit Gefängnis bestraft."

Die erste Lesung stand am 3. Dezember (1875) an. Der Justizminister Dr. Leonhardt leitete sie mit dem Hinweise ein, daß die Rohheit im Volke gewachsen, die Achtung vor der Autorität des Staates und der öffentlichen Gewalt, der Sinn für öffentliche Ordnung und Rechtssitte gesunken sei. Der Abg. Lasker äußerte sein Bedauern über diese Schwarzmalerei, die, wenn sie begründet wäre, Ausnahmegesetze erforderlich machen würde. Er erwarte von der Beratung, daß endlich dem Märchen, das deutsche Strafgesetz habe viel zu viel in der Milde gethan, ein Ende gemacht werde. — — Nichts sei vorgefallen seit der Entstehung des neuen Strafgesetzes, was ein Bedürfnis schaffe, zu älteren Strafbestimmungen zurückzukehren. — Nachdem sich die Gesetze unter den schwierigen Verhältnissen der verflossenen Jahre bewährt haben, liege kein Anlaß vor zu Abänderungen, welche die dem Geistesleben der Nation kostbarsten Rechte der Diskussionsfreiheit einschränken.

Er kündigte in feierlicher Weise an: „Ich darf in bezug auf

Digitized by Google

diese Vorschläge (welche die Diskussionsfreiheit behandeln) sowohl wegen ihrer Fassung und juristischen Unbrauchbarkeit, als auch ganz besonders, weil sie ohne jeden äußeren Anlaß uns zumuten, bei den wichtigsten und unentbehrlichsten Rechten der Staatsbürger, jedes freien Mannes, zurückzugreifen auf eine Periode, die weit abgeschlossen hinter uns liegt, die Erklärung nicht bloß in meinem Namen abgeben, sondern ohne jede Ausnahme übereinstimmend im Namen meiner politischen Freunde, daß wir diese Paragraphen ganz und gar unannehmbar halten und sie für uns außer jeder Beratung — ich meine nicht außer der formellen Beratung — betrachten."

Also — namens der nationalliberalen Fraktion, welche vereint mit der Fortschrittspartei und den sonstigen oppositionellen Parteien eine entschiedene Mehrheit im Reichstage bildete, waren hiermit von vornherein die politischen Paragraphen der Vorlage als unannehmbar erklärt und jede sachliche Beratung derselben im voraus abgelehnt.

Die Regierung befand sich somit beim Beginn der ersten Beratung einer durchaus feststehenden parlamentarischen Lage gegenüber, auf deren Änderung im großen und ganzen die weitere Erörterung keinen Einfluß üben konnte.

Fürst Bismarck ergriff unmittelbar das Wort nach dem Abgeordneten Lasker. Im Hinblick auf die von diesem bezeichnete Stellung der Reichstagsmehrheit hielt er es zwar für aussichtslos, mit derselben zunächst zu einer Verständigung zu gelangen — um so mehr aber für eine Pflicht der Regierung, den Standpunkt der inneren Reichspolitik darzulegen, von welchem die Abänderung des Strafgesetzbuches als eine Notwendigkeit erschien. Er betonte, daß es sich nur um den Beginn einer Revision handeln könne, die sich über mehrere Reichstagsperioden hinausziehen werde.

„Den verbündeten Regierungen," sagte Fürst Bismarck, „liegt es nach meiner Ansicht ob, die Anregung da zu geben, wo eine Veränderung in der jetzigen Lage der Gesetzgebung erforderlich scheint. Wir haben unsererseits wenigstens das Bedürfnis, sie zu geben, um uns von jeder Verantwortlichkeit für die Fortdauer der Nachteile des jetzigen Zustandes freizumachen und diese Verantwortung dem Reichstage, insoweit er uns nicht beistimmt, zuzuschreiben. Es wird dann Sache Ihrer Stellung zu Ihren Wählern sein, ob Sie sich gegenseitig darüber verständigen, daß Sie in Ihrem Widerstande beharren, oder inwieweit Sie Ihre Stellung

Digitized by Google

modifizieren wollen. Sie werden vielleicht noch in der zweiten Legislaturperiode nachher in Ihren Wahlreden Erörterungen haben, in denen ja von allen Seiten nur das Wohl des Ganzen, namentlich der Rechtssicherheit, der innere Friede im ganzen Reiche bezweckt wird; es werden, wie gesagt, noch in Ihren Enkeln, wenn ich eine Legislaturperiode als eine Generation betrachten darf, uns dieselben Fragen beschäftigen, und ist das vielleicht einer von den Würmern, die nicht sterben.

Wenn ich von innerer Reichspolitik sprach, so meinte ich diejenige Wechselwirkung zwischen den verbündeten Regierungen unter sich und zwischen den Reichseinrichtungen, zwischen dem Reichstage und in letzter Instanz mit dem Plenum der Wähler, mit der Nation. Diese Wechselwirkung muß unterhalten werden, und um eine Erörterung über diese Frage einzuleiten, die jahrelang dauern kann, ist Ihnen ja diese Vorlage dargeboten, und Sie werden ja sehen, was Sie daraus machen, oder nicht machen."

Fürst Bismarck trat sodann der Äußerung des Abg. Lasker entgegen, daß der Ruf der Milde des Strafrechts „ein Märchen" sei, — im Lande bestehe darüber eine andere Meinung. Allerdings habe der genannte Abgeordnete dabei in seiner eignen Sache gesprochen; denn ihm sei ein außerordentlicher Anteil an den Milderungen des von den Regierungen vorgelegten Strafgesetzbuches zu danken, — er habe auch bei späteren Gelegenheiten das besondere Interesse kundgethan, das ihm der Verbrecher und der Verurteilte einflößt — eine ungemein edle Richtung des Geistes, — aber sie werde von allen denen, die unter den Verbrechen zu leiden haben, vielleicht manchmal für eine unpraktische gehalten werden.

Kurz nach der ersten Beratung erkrankte der Reichskanzler und hütete noch das Zimmer, als gegen Ende Januar (76) die zweite Lesung im Reichstage stattfand. (Noch am 5. Februar begab sich der Kaiser zum Fürsten Bismarck, um in dessen Wohnung den Vortrag entgegenzunehmen). In Abwesenheit des Fürsten unternahm es Graf Eulenburg, der Minister des Innern, dem Reichstage ein Bild von dem Wesen und Treiben der sozialdemokratischen Partei zu geben und dem Staate die Waffen des Gesetzes gegen dasselbe zu vindizieren, ehe es mit solchen friedlichen Waffen zu Ende sei. Er schloß seine Rede mit den Worten:

„Dieses ganze Bild, was ich Ihnen entrolle, hat in mir schon seit langer Zeit die feste Überzeugung festgestellt, daß wir es mit

Digitized by Google

einem Todfeinde des Staates zu thun haben, unseres Staates und jedes monarchischen Staates, und in dieser Überzeugung bin ich bestärkt durch die Berichte der Staatsanwälte, welche Anklagen zu erheben gehabt haben, und welche von Angesicht zu Angesicht die Leute gesehen, ihre Äußerungen gehört, ihre Schriftstücke gelesen haben, und die in dieser Sphäre ein Studium haben machen müssen. Diese Staatsanwälte sind übereinstimmend darin, daß eine Gefahr für den Staat in der sozialistischen Organisation liegt, die wie ein Krebsschaden fortfrißt und der ein Halt geboten werden muß. Dieses Halt wird ja auch kommen, so stark fühlen wir uns als Staat wohl auch noch, daß wir zuletzt auch mit diesem starken Feinde werden fertig werden.

Aber, meine Herren, auf welchem Felde? Wenn wir mit zwei Paragraphen, dem alten Strafrechts-Paragraphen, der an dieser Stelle stand, und dem Paragraphen im Vereinsrecht dieses Heer bekämpfen müssen, so unterliegen wir, wenigstens werden wir so weit zurückgedrängt, bis es zur offenen Schlacht kommt, und wenn es zur offenen Schlacht kommt, dann werden wir hoffentlich noch die Oberhand behalten. Aber, meine Herren, kann das die Absicht sein?

Ich wiederhole, was ich im Anfange meines Vortrages sagte: die Regierung verlangt von Ihnen jetzt Waffen, die es unnötig machen, mit der Zeit die blanke Waffe zu brauchen; sie verlangt von Ihnen jetzt Waffen, die auf diejenigen Angriffe passen, die gegen den Staat gerichtet werden. Sind Sie in der Majorität nicht meiner Meinung, meine Herren, so ist damit noch nicht festgestellt, daß Sie ein richtigeres Urteil haben, als ich; aber ich muß mich dann bescheiden, daß wir vor der Hand nicht anders können, als uns mit den schwachen Gesetzesparagraphen so lange zu behelfen, bis die Flinte schießt und der Säbel haut. Hat aber, was ich Ihnen vorgetragen habe, irgend einen Eindruck auf Sie gemacht, so seien Sie staatsmännisch genug und verweigern Sie uns die Waffen nicht, die wir jetzt von Ihnen fordern."

Dem Minister Grafen von Eulenburg antwortete nächst einem sozialdemokratischen Redner besonders wiederum der Abgeordnete Lasker. Derselbe sagte:

„Die Frage sei vom Minister falsch aufgeworfen. Wäre sie richtig dahin aufgeworfen, entweder mit dem Paragraphen oder mit Bataillonen Soldaten zu kämpfen, so würden unzweifel-

Digitized by Google

haft neun Zehntel des Hauses die mildere Form des Paragraphen wählen."

„Wir stehen vor der Frage: können Fehler der freien Presse nur durch Gewalt niedergehalten werden, oder trägt die freie Presse in sich selbst die Kraft, ihre Ausschreitungen zu zügeln? Wenn man dieser zweiten Ansicht nicht ist, wenn man meint, polizeilich alles verhüten zu müssen, was in der Presse aufregend wirken kann, so darf man überhaupt in das System der freien Presse nicht eintreten." — —

„Man weiß in den Ländern, in welchen die freie Presse unbestritten herrscht, daß der Wert der Artikel in den Zeitungen nur bemessen wird nach ihrem inneren Gehalt und daß sich für bloße Redensarten der Sinn allmälig abstumpft. Wenn wir nicht geglaubt hätten, daß in der freien Diskussion der Inhalt mit der Zeit sich durcharbeitet, ein wirklich logisch durchdachter Gedanke immer im Vorteil ist gegen bloße Phrasen, so würden wir uns nicht für die freie Presse entschlossen haben. Wir fordern aber alle auf im Volke, sofern sie nicht zu Gewaltthätigkeiten anreizen, sofern sie nicht das Vermögen, das Eigentum, die Person, den Staat in unmittelbare Gefahr des Angriffs bringen, — sich auf dem Gebiete der Diskussion zu entwickeln. Das Körnchen Wahrheit, das darin liegt, wird sich nach und nach Bahn brechen; was aber den Grund der Unwahrheit in sich trägt, was einzelne unter den Agitatoren vielleicht mit guter Absicht betreiben, das aber durch logische und geschichtliche Notwendigkeit zur Zeit sich nicht verwirklichen läßt und deßhalb ziellos umherirrt, das wird auf die Dauer auch in der Diskussion unterliegen."

— — „Der aufmerksame Beobachter unterliegt der Furcht nicht, und auch in weiteren Kreisen ist die Furcht, welche die ersten Zeichen der Bewegung hervorgerufen hat, in Abnahme begriffen. Auch solche, die vor Jahren noch von der sozialdemokratischen Bewegung eine unmittelbare Gefahr gewaltsamer Ereignisse in Deutschland besorgt haben, denken heute geringer darüber. — — — Auch in den Kreisen, welche der Agitation unmittelbar unterworfen sind, regt sie nicht mehr so auf, da die Dinge den Charakter der Neuheit verloren haben." — — —

„Daß die Lehre in ihrer Neuheit von den besten der Menschen getragen war, und daß sie immer bei Unglücklichen Anklang gefunden hat, das wird niemand leugnen, der die weltliche und heilige Geschichte kennt." —

Digitized by Google

— — — Die Bewegung läßt sich in ihren langsamen aber stetigen Fortschritten nicht zurückhalten, und diese Bewegung wird nicht gefördert durch äußerliche Reizmittel, sondern durch Verbesserung der Menschen vom Haupt bis zum Herzen, welche freilich erst nach langer Zeit, wohl erst nach Jahrhunderten, zum Abschluß kommen kann." — — — —

Der Minister Graf zu Eulenburg sprach darauf noch einige Worte gegen den „gar zu idealistischen Standpunkt", welchen Herr Lasker einnimmt, wenn er den Grundsatz aufstellt, daß die Presse sich durch sich selbst korrigiere und daß die Erörterung zwischen den Zeitungen und innerhalb der Versammlungen hinreichen werde, um auf die Länge falsche Ansichten zu widerlegen.

Bei der dritten Beratung beteiligte sich Fürst Bismarck noch einmal, obwohl er wegen fortdauernder Schwäche noch um Nachsicht bitten mußte. Er erklärte von vorneherein, daß er nicht die Absicht haben könne, den Versuch zu machen, auf die Änderung der früheren Abstimmungen hinzuwirken. Die Regierung aber habe es als Pflicht erachtet, die Anträge im Reichstage und im Lande zur Erörterung zu stellen, eine Erörterung, die sich jahrelang hinziehen könne, und unter Umständen von einem Reichstage an den andern zu appellieren.

Bei dieser letzten Äußerung kam es dem Kanzler namentlich darauf an, nochmals auf die Mißbräuche der Presse hinzuweisen. Er bezeichnete die sozialdemokratische Presse als eine, die im Dunkeln wirke, nur bei dem Lichte einer Blendlaterne.

„Diese Art von Presse," sagte er, „hat uns wesentlich geschadet und zurückgebracht; die sozialistisch-demokratischen Umtriebe haben wesentlich mit dazu beigetragen, den geschäftlichen Druck, unter dem wir uns befinden, zu schaffen; sie haben ganz gewiß die deutsche Arbeit verteuert und vermindert, und ihr Produkt ist, daß der deutsche Arbeitstag nicht mehr das leistet, was der französische und der englische Arbeitstag leistet; der französische Arbeiter arbeitet an einem Tage mehr, als der deutsche, und geschickter; wir sind zurückgekommen in der Arbeit und dadurch haben wir aufgehört, konkurrenzfähig zu sein. Daß wir zurückgekommen sind, schieben wir wesentlich den sozialistischen Umtrieben zu, die die Leute auf unbestimmte, unrealisierbare Hoffnungen künftigen Glückes verweisen und sie dadurch von dem, was in dieser Welt allein sie erhält und trägt und ihnen möglichst viele Genußmittel verschaffen kann, von regelmäßiger fleißiger Arbeit, die früher bei den Deut-

Digitized by Google

schen sprichwörtlich und eigentümlich war, abziehen; und deswegen klage ich die Führer der Sozialisten an, daß sie an der Not, in der sich der Arbeiterstand heutzutage befindet, wesentlich mit schuld sind; sie haben die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeit vermindert und unsere Konkurrenzfähigkeit den Fremden gegenüber herabgedrückt. Sie, meine Herren, haben es abgelehnt, auch dagegen Hilfe zu gewähren. Aber Sie haben doch die Gefahr, die darin liegt, nicht verkannt; ich denke daher, Sie werden Ihrerseits nun auch darüber nachdenken, wie sich dem etwa Abhilfe schaffen läßt; sonst gehen wir einer Abhilfe entgegen, die allerdings eine sehr schwere ist, nämlich der, daß wir bis zu einem gewissen Maße verarmen werden, bevor Besserung eintritt. Wenn diese Zustände fortwirken, dann wird das ihr Heilmittel sein, die Zuchtrute, die Gott über die Exzesse verhängen wird.

Also, meine Herren, wenn Sie dem in der Weise, wie wir es vorschlugen, nicht abhelfen wollen, so erwarten wir, daß vielleicht in der nächsten Session andere, neue Vorschläge Ihre Zustimmung finden werden, — oder es sei denn, Sie wollen es abwarten, wie es wird, wenn der Schade erst weiter frißt, und dann erst zur Abhilfe übergehen."

„Einstweilen," fügte B. hinzu, „müssen wir den Übeln mit den Mitteln, die vom Strafrichter unabhängig sind, entgegentreten, durch offene Erörterung der Fragen, — durch Verbreitung der Gegengründe gegen die Trugschlüsse und unrichtigen Lehren, die im Sozialismus, wie er sich bei uns verkörpert hat, enthalten sind, — in dem Maße, daß die Mörder und Mordbrenner der Pariser Kommune hier eine öffentliche Lobeserhebung vor dem Reichstag erhalten haben. Den Wegweiser zu den Zielen der Pariser Kommune finden wir auf allen Wegen der Sozialisten, und deßhalb wäre es nützlich, auf die sozialistischen Blätter mehr die Aufmerksamkeit zu richten. Es sind das eben Gebilde, die von dem Verführten nur im Dunkel unter der Blendlaterne der Verführer gesehen werden; wenn sie hinreichend an die Luft und die Sonne kommen, so müssen sie in ihrer Unausführbarkeit und verbrecherischen Thorheit erkannt werden."

Wahrung der Rede- und Preßfreiheit im weitesten Umfange, absolutes Vertrauen zu der eigenen heilenden Kraft der Presse, und vor allem die Überzeugung, daß seit 1870 nichts, überhaupt nichts geschehen sei, was eine Änderung des Strafrechts veran-

Digitized by Google

lassen könnte, daß insbesondere kein Anwachsen der Sozialdemokratie wahrnehmbar, daß im Gegenteil eine Verringerung der früher angenommenen Gefahr und eine Abschwächung der Agitation und ihrer Wirkung eingetreten sei: darauf hatte der Abgeordnete Lasker die Ablehnung der Vorlage gestützt. Zwei Jahre später, im Mai und im Juni 1878, ertönten Unter den Linden in Berlin die beiden Schüsse, die dem Leben des Kaisers Wilhelm galten.

Es war während der Zeit des Berliner Kongresses, bald darauf erhielt Fürst Bismarck den Besuch des Generals Grant, des frühern amerikanischen Präsidenten.

Der General spielte auf die Kongreßberatungen an und sprach die Hoffnung aus, daß das Ergebnis ein friedliches sein werde. — „Das ist es, was auch ich hoffe und glaube," sagte der Fürst, „und das ist auch unser ausschließliches Interesse an der Sache. Wir sind an den Fragen des Kongresses gar nicht interessiert, und indem wir ihn versammelten, wollten wir nichts anderes, als den Beratungen der andern Staaten beiwohnen. Aber Deutschland wie Europa wollen den Frieden, und wir bestreben uns, zu diesem Ziele zu gelangen. Deutschland hat keinerlei persönliches Interesse an der Regelung der durch den Vertrag von San Stefano heraufbeschworenen Fragen." — „Ich glaube," fügte der Fürst hinzu, „die ganze Situation, was den Vertrag betrifft, läßt sich in folgenden Worten zusammenfassen: Rußland hat mehr verschlungen, als es zu verdauen im stande ist, und das Ziel der Kongreßbestrebungen muß sein, Rußland Linderung zu verschaffen. Der Krieg war für Rußland hart, und es sehnt sich naturgemäß nach Frieden." Der Fürst bemerkte im weiteren Verlaufe des Gespräches, der Kaiser sei höchst betrübt darüber, den General nicht empfangen zu können. „Se. Majestät," sagte der Fürst, „erwartete Sie und zeigte das lebhafteste Interesse für den hervorragenden Anteil, welchen Sie an der Geschichte Ihres Landes haben, sowie für Ihre Reise in Deutschland. Se. Majestät hat mich beauftragt, Ihnen zu sagen, daß nur das formelle Verbot der Ärzte, irgend jemanden zu empfangen, ihn verhindert, Sie zu sehen." Auf die Bemerkung des Generals, er hoffe, Se. Majestät werde bald hergestellt sein, erwiderte der Fürst: „Die Aussichten sind so günstig als möglich; der Kaiser hat eine starke Konstitution, viel Mut und Geduld, aber Sie wissen, er ist ein Greis." — „Dieser Umstand erhöht noch den Abscheu, welchen das Verbrechen einflößt," sagte der General. — „Es ist ganz unbegreiflich und betrübend," bemerkte der Fürst

Digitized by Google

sichtlich bewegt. „Da haben Sie einen Greis, einen der besten Menschen der Erde, und dennoch trachtet man ihm nach dem Leben. Nie hat es einen Menschen von schlichterem, großmütigerem, menschlicherem Charakter gegeben, als der Kaiser ist. Er unterscheidet sich ganz und gar von den Menschen, welche in so hoher Lebensstellung geboren wurden, oder zum mindesten von vielen unter ihnen. Sie wissen, daß die Personen von seinem Range, Fürsten von Geburt, geneigt sind, sich für ganz verschieden von allen anderen Menschen zu halten. Sie legen den Gefühlen und Wünschen anderer wenig Bedeutung bei. Ihre ganze Erziehung scheint darauf gerichtet zu sein, in ihnen die menschliche Seite zu ersticken. Der Kaiser ist im Gegenteile Mensch in allen Dingen. Er hat nie in seinem Leben irgend jemanden Unrecht gethan, niemandes Gefühl verletzt, nie Härte empfinden lassen. Er ist einer jener Menschen, deren gütiges Naturell die Herzen gewinnt, immer beschäftigt und besorgt um das Glück und das Wohlsein seiner Unterthanen und seiner Umgebung. Es ist nicht möglich, sich einen schöneren, edleren, liebenswürdigeren und wohlthätigeren Typus eines Edelmannes zu denken, mit allen hohen Eigenschaften eines Fürsten und den Tugenden eines Menschen. Ich glaubte, der Kaiser hätte sein Reich ohne jede Gefahr allein durchziehen können, und nun sucht man ihn zu töten." General Grant meinte, das sei gräßlich, und erinnerte an Lincoln, einen Menschen von größter Herzensgüte und Milde, der dennoch von Mörderhand gefallen sei. „In gewissen Beziehungen," fuhr der Fürst halb sinnend fort und sichtlich wie über einen Gegenstand sprechend, über welchen er viel nachgedacht, „in gewissen Beziehungen hat der Kaiser Ähnlichkeit mit seinem Vorfahren Friedrich Wilhelm, dem Vater Friedrichs des Großen. Die Übereinstimmung zwischen ihnen ist die folgende: der alte König hatte dieselbe Schlichtheit des Charakters, lebte einfach und zurückgezogen, führte ein wahres Familienleben; er besaß alle republikanischen Tugenden. So ist auch unser Kaiser; er ist in allen Dingen so republikanisch, daß selbst der eingefleischteste Republikaner ihn bewundern würde, wenn sein Urteil unparteiisch wäre."

General Grant bemerkte, der Einfluß der Prinzipien, welche das Leben des Kaisers bedroht hatten, sei ein Einfluß, welcher auf den Umsturz der Regierungen, der Ordnung, der Gesellschaft in den Republiken wie in den Monarchieen abziele.

Es gebe dagegen nur ein Mittel, die Strenge. „Ich sehe

Digitized by Google

nicht ein," fuhr der General fort, „warum ein Mensch, der eine solche That begeht, ein Verbrechen, das nicht nur das Leben eines Greises, eines Herrschers bedroht, sondern auch die Welt mit Abscheu erfüllt, nicht die allerstrengste Bestrafung finden soll."

„Ja," bemerkte Fürst Bismarck, das ist auch genau meine Ansicht; meine Überzeugung ist in dieser Frage so unerschütterlich, daß ich auf die Regierungsgewalt im Elsaß verzichtet habe, nur um bei Todesurteilen keine Gnade üben zu müssen. Es war mir unmöglich, meinem Gewissen Zwang anzuthun. Wohlan, sehen Sie diesen alten Edelmann, diesen Kaiser, den seine Unterthanen zu ermorden suchten — seine Herzensgröße ist so erhaben, daß er ein Todesurteil nie bestätigen wird. Ist es möglich, etwas seltsameres zu ersinnen: da ist ein Monarch, dessen Herzensmilde die Todesstrafe sozusagen abgeschafft hat und darum das Opfer eines Mordes oder eines Mordversuches wird? Das ist Thatsache. Nun denn, in diesem Punkte kann ich mit dem Kaiser nie übereinstimmen, und im Elsaß, wo ich als Kanzler die Begnadigung von der Todesstrafe zu bestätigen hatte, habe ich mich dagegen immer gesträubt. In Preußen ist das Sache des Justizministers; im Elsaß fiel diese Aufgabe mir zu. Ich fühle, wie die Franzosen sagen, daß man der Gerechtigkeit etwas schuldig sei, und daß, wenn es Verbrechen giebt wie dieses, sie mit Strenge geahndet werden müssen."

„Solchen Leuten gegenüber giebt es nur ein Mittel," erwiderte der General Grant mit Ruhe, „man muß sie vernichten."

„So ist es!" antwortete Fürst Bismarck.

Der erste Versuch, auf gesetzgeberischem Wege dieses Werk in Ausführung zu bringen, mißlang im Reichstage. Es mußte erst zur Auflösung desselben und zu Neuwahlen geschritten werden, deren Umschwung erst die Sicherung des Lebens des Kaisers und der Existenz des Staates gelang. Das Sozialistengesetz von 1878 galt der Repression. Sobald es erreicht war, nahm Fürst Bismarck seinen positiven Gedanken zur Besserung der Lage der Arbeiter wieder auf. Dieser galt zuerst die Zollreform von 1879. Seine Ernennung zum Handelsminister 1880 war die weitere Etappe auf diesem Wege. Letztere wurde in der folgenden Weise motiviert:

„Die Leitung des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe ist, nachdem der derzeitige Handelsminister Hofmann zum Staatssekretär von Elsaß Lothringen berufen worden, am 23. August interimistisch und am 16. September definitiv dem Fürsten Bismarck übertragen worden. Schon wenige Tage nachher — am

Digitized by Google

20. September — wurde in der Versammlung des Verbandes der deutschen Industriellen in Düsseldorf bekannt, daß Fürst Bismarck in einer kurz vorher stattgehabten Unterredung mit einem hervorragenden Industriellen der Provinz Westfalen Mittel und Wege zur Besserung der materiellen Lage des Arbeiterstandes erörtert habe, was dem Verband zu einem Danktelegramm an den „energischen und nimmer müden Förderer der nationalen Wohlfahrt", Veranlassung gab. Bald darauf wurde von den Blättern ein Schreiben des Reichskanzlers veröffentlicht, welches derselbe am 17. September — also einen Tag nach seiner definitiven Ernennung zum Handelsminister — an das Präsidium der Handels- und Gewerbekammer in Plauen gerichtet hatte und worin der Fürst seine Überzeugung von der Notwendigkeit einer Teilnahme von Sachverständigen bei Vorbereitung der Gesetzentwürfe von volkswirtschaftlichem Interesse aussprach und in dieser Richtung zunächst für Preußen thätig sein und so einer entsprechenden Einrichtung für das Reich vorarbeiten zu wollen erklärte.

Die Zeitungen aller Parteien verfehlten nicht, aus diesen Mitteilungen und Thatsachen Rückschlüsse auf die Bedeutung zu machen, welche der Ernennung des Fürsten Bismarck zum Handelsminister beizulegen sei. Während aber auf der einen Seite über die hierdurch eingeleitete Wendung in der Gewerbepolitik sich freudige Genugthuung und lebhafte Befriedigung bemerkbar machte, wurden auf der andern Seite Stimmen laut, welche die nur in allgemeinen Umrissen angedeuteten Absichten des neuen Handelsministers herabzusetzen suchten und besonders die Möglichkeit jedes Erfolges und Gelingens leugneten. Die Erörterung über diese und über die hiermit in Verbindung stehenden Fragen ist in den letzten Wochen in den Tagesblättern eine sehr lebhafte gewesen.

Für jeden, welcher den Gang der Politik des Reichskanzlers in den letzten Jahren aufmerksam verfolgt hat, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Übernahme des Handelsministeriums durch ihn nur ein Glied in der Kette der wirtschaftlichen Reform ist, welche der Fürst vor zwei Jahren, im Gegensatz zu manchen von alten Vorurteilen und veralteten Lehrmeinungen irregeleiteten Parteigruppen, dann aber unter lebendiger Teilnahme weiter Kreise der Bevölkerung ins Werk setzte und mit einer Änderung der Zollpolitik einleitete.

Fürst Bismarck hat von jeher ein Herz und ein Interesse für die arbeitenden Klassen gehabt und sich über deren Bedürfnisse

Digitized by Google

und Klagen zu orientieren gesucht. Es hat sogar nicht an Stimmen gefehlt, welche ihm hieraus einen Vorwurf machten, und erst noch letzthin nahm der Kanzler Gelegenheit, sich wegen der Beziehungen zu verteidigen, welche er vor etwa siebenzehn Jahren zu dem politischen Führer der Arbeiterpartei gehabt hat und aus denen seine Widersacher eine Waffe des Angriffs zu schmieden vergeblich sich bemühten. Nicht minder ist die Aufmerksamkeit bekannt, welche er selbst in Zeiten, wo ganz andere politische Fragen in den Vordergrund getreten waren, den auf die Arbeiterfrage bezüglichen Verhandlungen wissenschaftlicher Vereine zuwendete. Anderweitige politische Sorgen und Pflichten, welche die Gründung eines so großen Staatswesens wie das deutsche Reich mit sich brachten, hatten es zu gesetzgeberischen Thaten auf diesem Gebiete nicht kommen lassen; ferner aber fehlte auch der Boden, auf welchem sich eine wahrhaft gesunde Regeneration der Arbeiterverhältnisse aufbauen konnte, der Boden einer finanziellen und handelspolitischen Reform, welche die Industrie von den Schranken erlöste, die ihr durch die Freiheit der Konkurrenz mit dem Auslande gezogen waren.

Die traurigen, verbrecherischen Exzesse, zu welchen die sozialdemokratischen Verirrungen im Sommer 1878 geführt hatten, lenkten die allgemeine Aufmerksamkeit auf den Abgrund, vor welchem die Arbeiterpartei und mit ihr die menschliche Gesellschaft stand. Es wurden Maßregeln polizeilicher Natur nötig, welche der Regierung durch das Gesetz gegen die gemeinge ährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie zur Bekämpfung der negativen und destruktiven Tendenzen und der durch gewissenlose Agitatoren systematisch gewordenen Ausschreitungen der sozialdemokratischen Partei von dem Reichstag zur Verfügung gestellt wurden. Schon damals bei der Beratung dieses Gesetzes bemerkte der Fürst, daß er „eine jede Bestrebung fördern werde, welche positiv auf Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichtet sei," und daß er, „wenn nur ein ernster Antrag vorläge, der auf die Verbesserung des Loses der Arbeiter gerichtet sei, ein freundliches Entgegenkommen zeigen und ihn einer wohlwollenden und geneigten Prüfung des Reichstags empfehlen würde."

Schon vorher, als die verbündeten Regierungen im Juni beschlossen hatten, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen anzuordnen, wurde über die weitergehenden reformatorischen Absichten kein Zweifel gelassen. Damals wurde vielmehr bereits ausgeführt,

Digitized by Google

daß die verbündeten Regierungen nicht wähnen, durch Maßregeln staatlicher Einschränkung die sozialistischen Verirrungen durchgreifend heilen und überwinden zu können; die Regierungen erblickten vielmehr in jenen Maßregeln nur „eine der Bedingungen für die Wiederbelebung des öffentlichen Vertrauens und für einen Aufschwung des gewerblichen und wirtschaftlichen Lebens der Nation" und betrachteten es schon damals für eine ihrer höchsten Aufgaben, „die positiv heilende Wirksamkeit aller dazu berufenen staatlichen, kirchlichen und bürgerlichen Kreise auf jede Weise anzuregen, zu beleben und mit Rat und That zu fördern", „die Gewerbeordnung unter Festhaltung ihrer Grundlagen und unter Berücksichtigung der hervorgetretenen praktischen Bedürfnisse zu verbessern" und „für die Wohlfahrt und das Gedeihen des Volkes in wirtschaftlicher Beziehung zu sorgen." Und als der Gesetzentwurf gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom Reichstag angenommen war, wurde sofort der positive Weg beschritten, um das wirtschaftliche Wohl und Gedeihen des Volkes zu fördern; „unter den Pflichten positiven Wirkens und Helfens für die ärmeren und bedrängten Volksklassen, unter den Voraussetzungen eines allmählichen Gesundens unseres Volkslebens, soweit dazu die staatliche Gesetzgebung helfen kann, stand aber die Fürsorge für eine ersprießliche wirtschaftliche Entwicklung im Reiche, in Staat und Kommune in erster Linie."

Nachdem die wirtschaftliche Politik durch die Änderung des Zolltarifs auf wahrhaft nationale Grundlage gestellt worden, haben sich, trotz der Ungunst augenblicklicher Verhältnisse, Handel und Verkehr belebt und die Industrie bereits einen Aufschwung genommen, welcher Zeugnis giebt von dem Vertrauen in die neuen Bahnen, wie von der Richtigkeit derselben und welcher zu weiteren Hoffnungen berechtigt. Aber diese Wendung in den wirtschaftlichen Verhältnissen scheint um so mehr zu erfordern, daß auch das Wohl der arbeitenden Klassen selbst, von dem das Wohl der Industrie und des gesamten gesellschaftlichen Lebens bedingt ist, unter die staatliche Fürsorge und unter die bessernde Hand der Gesetzgebung genommen werde.

Der Reichskanzler hat irgend welche positiven Anträge in dieser Beziehung schon seit Jahren vermißt, und bis heute noch hat sich diese Sachlage nicht verändert.

Durch die Übernahme des Ministeriums für Handel und Gewerbe hat nun der Kanzler den Entschluß ausgedrückt, die Reform,

Digitized by Google

die er auf der einen Seite begonnen, nun auch von der andern Seite in Angriff zu nehmen und diejenigen Vorschläge selbst vorzubereiten, welche geeignet sind, die Lage der Arbeiter zu verbessern und die Wohlfahrt des Gewerbes auf eine sichere moralische Grundlage zu stellen. Es ist dies die Konsequenz eines zielbewußten, wohlberechneten Planes, dessen Durchführung im Interesse der Gesamtheit unaufschiebbar ist, und zu dessen Verwirklichung er auf die Mitwirkung aller positiv denkenden und staatserhaltenden Parteien rechnet. Wenn die Behandlung auch dieser Frage „nicht nach den Auffassungen und Geboten bloßer Lehrmeinungen, sondern vor allem nach den Anforderungen der thatsächlichen Lage der Dinge und nach den wirklichen Bedürfnissen und praktischen Interessen des Volkes" gestaltet wird, und wenn ihm in diesem Sinne die Unterstützung der parlamentarischen Körperschaften zu Teil wird, dann dürfte auch die vielbestrittene Möglichkeit des Erfolges und des Gelingens nicht fehlen."

Nach dieser offiziösen Begründung war also schon das Jahr 1878 der Wendepunkt in der Sozialpolitik des Fürsten Bismarck. Nicht als ob er selber eine Wandlung durchzumachen hatte. Mitten in einer Zeit uneingeschränkter, manchesterlicher Anschauungen in Regierungskreisen und in der offiziösen Presse, ließ er in der Provinzial-Korrespondenz (im Jahre 1872) die in Eisenach gehaltene Rede des Professor Schmoller abdrucken, welche sich hauptsächlich gegen das staatliche Gehen- und Geschehenlassen, gegen die „seitherige Lehre unbedingter volkswirtschaftlicher Freiheit, gegen die steigende Ungleichheit des Einkommens und des Vermögens", richtete und die Frage stellte, ob die bei uns herrschenden volkswirtschaftlichen Grundsätze noch ferner die Alleinherrschaft behaupten könnten. Die Prov.-Korresp. feierte diese Rede und gab die Versicherung, die Regierung des deutschen Reiches erkenne die Bedeutung derselben vollständig an. Das geschah mitten in der Blüte der manchesterlichen Gesetzgebung und des Systems Delbrück, und mitten zwischen Artikeln desselben Blattes, die diesem Systeme noch das Wort redeten. Fürst Bismarck führte einen „offiziösen Krieg" mit jenem offiziellen Systeme. Als Delbrück im Jahre 1876 seinen Abschied forderte, stand die Absicht eines Umschwunges in der deutschen Wirtschaftspolitik fest, und wenn die Ausführung mehrere Jahre lang auf sich hat warten lassen, so lag der Grund daran, daß Fürst Bismarck während dieser Zeit Gehilfen für seine Pläne gesucht und nicht leicht gefunden hat. Minister Camphausen schien

Digitized by Google

ihm erst folgen zu wollen, abdizierte aber im Frühjahr 1878, worauf dem Herrn v. Bennigsen ein Portefeuille angeboten wurde. Derselbe stellte dem Reichskanzler unerfüllbare Bedingungen. Seitdem hat Fürst Bismarck mit anderen Parteien sein Programm durchzuführen begonnen.

Das Jahr 1881 hat sodann die Grundlage zu einer Reform der sozialen Verhältnisse gelegt; es bildet den ersten Beginn der eingestandenen Sozialpolitik, die erste bewußte Loslösung von Grundsätzen, unter denen nicht sowohl das wirtschaftliche als das gesellschaftliche Leben dahinzusiechen begann.

Der Glanz und Schimmer, welchen seit fast einem Jahrhundert der Grundsatz der persönlichen Freiheit und Gleichheit — seiner Zeit unzweifelhaft mit Nutzen für die gesamte politische und wirtschaftliche Entwicklung — verbreitete, hatte den Blick für die schweren Schäden getrübt, die infolge einseitiger Anwendung desselben mehr und mehr das wirtschaftliche und sociale Leben davon trug; man übersah, daß jener Grundsatz nur den starken Elementen zugute kam und die schwachen in eine noch größere Abhängigkeit brachte; man sah in dieser Entwickelung etwas natürliches, das mit dem Kampfe ums Dasein notwendig verbunden sei.

Die Kaiserliche Regierung machte in dem Jahre 1881 den ersten Versuch zu einer Änderung der Entwickelung; sie setzte auf dem wichtigsten Gebiet der gesellschaftlichen Verhältnisse dem planlosen Gehen- und Geschehenlassen durch die Anerkennung von der Notwendigkeit staatlicher Fürsorge einen Damm entgegen, indem sie auch für die schwachen Elemente den Grundsatz aussprach, daß sie einen Rechtsanspruch auf Schutz und Fürsorge der bürgerlichen Gesellschaft für ihre Zukunft haben.

Das sozialpolitische Gesetz, welches die Regierung dem Reichstage im Frühjahr jenes Jahres, betreffend die Arbeiter-Unfallversicherung vorlegte, wird als der erste Versuch der sozialpolitischen Reform für alle Zeiten seine Bedeutung behalten. Noch maßgebender und bedeutungsvoller waren die Worte der Kaiserlichen Botschaft, mit welcher der neugewählte Reichstag im November 1881 eröffnet wurde und worin auch zu weiterer Erfüllung der Zwecke der Reform „die Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens" und die Fürsorge für die „durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig" Gewordenen als Aufgabe der Zukunft bezeichnet wurden. Auch die letzteren — so hieß es in der Botschaft — „haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf

Digitized by Google

ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht."

Zuvörderst war eine näher liegende Aufgabe zu lösen dem nach der Gründer-Ära feiernden und darbenden Arbeiter, so weit das in der Macht der Gesetzgebung liegt, wieder Brot zu verschaffen. Das erforderte einen Bruch mit der bisher herrschenden Handels- und Zollpolitik.

Digitized by Google

Bismarck und das Gründertum.

„Kein ehrlicher Mann wird zu leugnen vermögen, daß die Not der Zeit ihre Quelle vornehmlich in den Ausschreitungen hat, denen die höheren Erwerbsklassen sich in der Gründerära an der Hand unsrer modernen Sozialgesetzgebung schuldig gemacht haben. Es ist damals — und das mögen unsre Gesetzgeber in diesem Augenblicke nicht vergessen — mit der Arbeit nicht hausgehalten, es ist mehr in Angriff genommen worden, als das Bedürfnis erheischte, und die notwendige Folge war, daß es der Arbeit zu viel und der Hände zu wenig gab. Heute giebt es der Hände zu viel und der Arbeit zu wenig. Unter den erschreckenden Wirkungen des damaligen Treibens, bei dem die Arbeit zum Mittel und Zweck des gemeinsten Aktienjobbers herabgewürdigt wurde, leiden wir heute noch. Damals hat sich das platte Land entvölkert und in den Städten jene rohe Proletariermasse aufgehäuft, die ohne irgend etwas erlernt zu haben, durch Streike hohe Löhne erzwang, sich in brutaler Genußsucht erging und sittlich verkam. Daß diese Leute die ersten waren, die man, als der Rückschlag eintrat, aus der Arbeit entließ, und daß dieselben heute nirgends mehr Aufnahme finden, ist nur zu natürlich. Die Aktien-, die schrankenlose Zug- und die Streikfreiheit tragen seit Jahren ihre Früchte, und dennoch sträubt sich der vulgäre Liberalismus noch immer dagegen, hier und an andern wunden Stellen unsrer sozialen und wirtschaftlichen Gesetzgebung die bessernde Hand anzulegen. Doch die Tage seiner Herrschaft sind gezählt, in dem Kampfe gegen das unselige laisser faire sind die ersten Siege bereits erfochten worden."

Das waren die Worte eines gemäßigt liberalen Blattes zur Zeit der Wandlung der innern Politik des deutschen Reiches. Im ersten Beginn der wilden Gründerära zeigte sich das Bestreben, von dem Treiben der „höhern Erwerbsklassen" und der Handhabe, die sie an der

Digitized by Google

„modernen Sozialgesetzgebung“ fanden, die Aufmerksamkeit möglichst auf die Teilnahme anderer höherer Stände an dem Gründungsschwindel, eine Teilnahme, die in der That in vereinzelten Persönlichkeiten zu tage trat, hinzulenken. So wurde schon im Jahre 1872 in einer liberalen Zeitschrift das eben in Blüte gekommene Gründertum vorzugsweise unter diesem letzteren Gesichtspunkte beleuchtet.

„Ein widerlicher Wuchersinn, die Gier, müheloses Geld zu gewinnen, hat Vornehme und Geringe ergriffen; Fürsten und Generäle, Herren der Höfe und hohe Beamte sind unter den wilden Spielern, welche das gläubige Vertrauen kleiner Kapitalisten ausbeuten oder die Vorteile ihrer bevorzugten Stellung schnöde mißbrauchen, um sich durch die Börse, durch Kauf und Verkauf schnellen Reichtum zu erraffen. Schon hört man die zweifelnde Frage an den Höfen, in der Grundaristokratie, unter den Führern der Armee und in den hohen Beamtenkreisen: wo ist noch vornehme Gesinnung zu finden und wer ist noch unsträflich? Plötzlich und riesengroß wuchs die Krankheit; auch wer sein sicheres Selbstgefühl bewahrte, empfindet mit Schrecken, daß alles um ihn her schwankend wird, daß die Begriffe von Ehrenhaftigkeit und die Scham in den Seelen dahinschwinden, und daß die Verführung gleich dem Feuer eines Waldbrandes mit rasender Schnelligkeit neben dem dürren Holz auch das grüne erfaßt. Zwingt nicht solch neuer Verderb, der mit der Größe kam, daß wir zweifeln an einer Zukunft, in welcher wir so viel mit anbrüchigen und anrüchigen Charakteren werden arbeiten müssen? Auf solche Frage liegt eine mahnende Gegenfrage nah. Weshalb sind Vornehme gemein geworden und Schwache schlecht? Weil die ehrlichen Leute, die höchsten nicht ausgenommen, von Anfang an zu wenig gezeigt haben, daß sie einen Unterschied machen zwischen Wucherern und redlichen Geschäftsleuten, zwischen Männern von wahrhaft vornehmer Gesinnung und vornehmen Börsenspielern. Nur die Gleichgiltigkeit und Schwäche der Ehrlichen hat die Krankheit so verbreitet. Tausende hätten die Versuchungen dieser Wucherzeit überwunden, wenn sie schnell gemerkt hätten, daß zweideutige Geschäfte von der Gemeinschaft mit solchen ausschließen, an deren Urteil ihnen gelegen sein mußte. Das ist ein Punkt, es ist vielleicht der einzige in unserm Staatswesen, wo das Auge, welches darauf haftet, sich verdüstern darf. Spekulation und Gründerwut kommen und gehen wie ansteckende Krankheiten, sie zerrütten eine Anzahl Seelen, ein kräftiges Volk überwindet sie doch ohne dauernde

Digitized by Google

Einbuße. Nicht die, welche sich selbst verdorben haben, geben den größten Grund zur Besorgnis, sondern die, welche widerstandslos zusahen und gewähren ließen."

Es war vorauszusehen, daß die Schuld der „höhern Erwerbsklassen" und der ihrem Treiben Vorschub leistenden neueren Gesetzgebung, welche drohte, die Sache der herrschenden Richtung stark zu kompromittieren, ganz in der Aufmerksamkeit des Publikums zurücktreten mußte, wenn es gelang, auch nur einen besonders hervorragenden Repräsentanten des Konservatismus, und sogar aus der höhern Beamtenschicht, als bei Gründungen schwer belastet dem Lande zu denunzieren. Dieses Los sollte nun gerade den vertrautesten Berater des Fürsten Bismarck auf dem wirtschaftlichen Gebiete treffen, den Geh. R. Wagener.

Bei der ersten Beratung in betreff der Anleihe zu neuen umfassenden Eisenbahnanlagen am 14. Januar 1873 sprach der Abgeordnete Lasker neben einer allgemeinen Kritik des Verfahrens bei der Erteilung von Eisenbahnkonzessionen vornehmlich auch in bezug auf den genannten Beamten im Staatsministerium den Verdacht aus, daß derselbe teils durch tadelnswerte Begünstigung seitens des Handelsministers, teils durch Mißbrauch seiner eigenen amtlichen Stellung die Konzessionen zu Eisenbahnbauten erhalten und von diesen die eine, nämlich die zu der Pommerschen Zentralbahn (Conitz-Wangerin), zu seinem Privatnutzen veräußert habe.

Der Präsident des Staatsministeriums Graf von Roon richtete infolge dieser Anklage ein Schreiben an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, in welchem er mitteilte, daß er als der oberste Vertreter des preußischen Beamtentums und der einzige dienstliche Vorgesetzte des betreffenden Beamten Veranlassung genommen habe, sowohl im Interesse des Amtes, als zum Schutze eines vielleicht mit Unrecht verdächtigten Untergebenen die einschlagenden Thatsachen aufs eingehendste amtlich zu untersuchen. Als das Ergebnis dieser Ermittelungen, in bezug auf den Hauptpunkt, führte der Ministerpräsident an, daß die Eisenbahn Conitz-Wangerin seit etwa 10 Jahren projektiert gewesen sei, daß früher mehrere Komitees vergeblich versucht haben, dieselbe zu stande zu bringen, daß nachher die Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft auf Anlaß des Handelsministers die Vorarbeiten für jene Bahnlinie ausgeführt und die Richtung derselben festgestellt habe. Nachdem sodann die Berlin-Stettiner Gesellschaft die Ausführung der Bahn ohne Zinsgarantie seitens des Staates abgelehnt hatte, sei von dem in Rede stehenden

Digitized by Google

Beamten des Staatsministeriums in seiner Eigenschaft als langjähriger Vertreter zweier beteiligter Kreise und als Rittergutsbesitzer in einem derselben in Verbindung mit zwei gleichfalls dort angesessenen Bankiers eine Aktiengesellschaft zur Ausführung der Bahn gebildet und dieser Aktiengesellschaft, nicht den genannten Personen, sei die Konzession erteilt worden. Es könne daher weder von der Begünstigung eines hochgestellten Beamten, noch von einem Amtsmißbrauche die Rede sein, um so weniger, als auch die zuvor festgestellte Richtung der Bahn nicht abgeändert worden sei. Ein Verkauf oder eine Abtretung der Konzession seitens einer der drei Personen habe nicht stattfinden können und nicht stattgefunden. In Betreff der beiden anderen angeblichen Konzessionen sei überhaupt noch kein Beschluß gefaßt, sogar die Vorarbeiten noch nicht beendigt.

Der Ministerpräsident schloß seine Mitteilung mit der Erklärung, daß die Königliche Staatsregierung zwar niemals verabsäumen werde, unstatthaften Beteiligungen der Beamten an industriellen und finanziellen Operationen mit dem ganzen Gewicht ihres Aufsichtsrechtes und ihrer Aufsichtspflicht entgegenzuwirken, daß sie es daher für geboten erachte, bezügliche Beschuldigungen nach Kräften aufzuhellen, um etwaige Unwürdigkeiten zu verfolgen; — daß sie aber auch nicht weniger für ihre Pflicht halte, die Beamten namentlich dann öffentlich in Schutz zu nehmen, wenn sie — wie im vorliegenden Falle — in ihrer Ehrenhaftigkeit unter Umständen angegriffen werden, welche den Schutz durch den Strafrichter ausschließen.

Nachdem beim Beginn der weiteren Beratung über die Eisenbahnangelegenheiten zuvörderst das Schreiben des Ministerpräsidenten verlesen worden, nahm der Abgeordnete Lasker das Wort zu einer ausführlichen Rechtfertigung seines früheren Auftretens. Er hielt nicht nur die früher erhobenen Beschuldigungen gegenüber dem betreffenden Staatsbeamten aufrecht, sondern brachte zur weiteren Begründung derselben eine große Fülle von thatsächlichen Angaben bei. Er versicherte, daß ihm von vorn herein jeder Angriff gegen eine Person fern gelegen, und daß er sich schwer entschlossen habe, die Angelegenheit zur Sprache zu bringen; das Interesse des Landes erfordere aber, daß volle Klarheit über die dunkel umherlaufenden Gerüchte gewonnen werde. Er sprach von vornherein die Überzeugung aus, daß die bei weitem überwiegend große Mehrzahl unseres Beamtenstandes und unserer parlamentarischen Körperschaften vollen Sinn für das öffentliche Wohl habe und daß sie nicht aus falscher Scham auch nur meinen, daß sie

Digitized by Google

dem Vaterlande einen guten Dinst leisten, wenn sie schweigen, wo sie reden sollten, wenn sie die Untersuchung und Klarlegung von bedenklichen Dingen unterdrücken. Auch der Ministerpräsident habe das obige Schreiben nur erlassen können, weil ihm die Geldgeschäfte, um die es sich handele, nicht vollkommen bekannt seien, was ihm an und für sich zur Ehre gereiche.

Zur Begründung seiner Anschuldigungen aber berief sich der Abgeordnete teils auf das Zeugnis konservativer Abgeordneten aus der Provinz Pommern, welche bereit seien, die volle Verantwortlichkeit für ihre Mitteilungen zu übernehmen, teils auf urkundliche gerichtliche Beweisstücke. Aus denselben glaubte er den vollen Beweis führen zu können, daß bei der Leitung jenes Eisenbahnunternehmens seitens des in Rede stehenden Beamten und seiner beiden Genossen durch allerlei heimliche und unehrenhafte Kunstgriffe sowohl die Staatsregierung wie das Publikum hintergangen worden seien. Er bezeichnete das ganze Verhalten der Unternehmer als eine Operation nach dem System des bekannten Eisenbahnunternehmers Strousberg, durch welches die Landleute und Kommunen vielfach zum Vorteil der Geldleute geschädigt worden seien. Das ganze Land und alle Partein in demselben hätten das Interesse, Männer, die sich auf solche Geschäfte einlassen, auszustoßen.

Nach einer ausführlichen Darlegung jenes schweren sozialen Übels fuhr der Abgeordnete fort, sich dagegen zu verwahren, als ob er mit seinen Beschuldigungen gegen einzelne hochstehende Staatsbeamte auf den Stand im allgemeinen ein zweifelhaftes Licht habe werfen wollen, daß es vielmehr ihn mit Stolz erfülle, konstatieren zu können, daß, so weit seine Ermittlungen und seine Erkundigungen reichen, er den Beamten nur vereinzelt den Vorwurf machen könne, daß sie hineingetaumelt seien in einen verderblichen Weg.

Er erklärte: „Hier vor dem Lande und vor der Welt möchte ich feststellen: was früher als Gerücht umgegangen, und selbst mir zu Ohren gekommen ist, als ob Charakterschwäche bis zur Korruption in den Beamtenkreisen vorkäme und sogar in die hohen Beamtenkreise hinein, das weise ich weit von mir und weit von den Beamten, ich habe wenigstens, soweit ich Erkundigungen eingezogen habe, nirgend auf etwas Greifbares stoßen können, sondern immer nur auf einzelne Ausnahmen, die ich namhaft machen könnte zur Untersuchung der Thatsachen, die aber nicht solidarisch sind mit dem Gros der andern. Es sind ganz vereinzelte Ausnahmen."

Digitized by Google

Der Abgeordnete Lasker schloß seine Rede mit der Versicherung, daß er die Angelegenheit bis dahin als traurige Pflicht eines Abgeordneten auf sich genommen habe; behufs weiterer Untersuchung möge nun das Abgeordnetenhaus, möge die Staatsregierung an seine Stelle treten und vor dem ganzen Lande darthun, daß in den verschiedenen Körperschaften noch nicht Gesinnungen überhand nehmen, welche jene Zustände im Lande möglich machen; die Untersuchung müsse auch darauf gerichtet werden, ob nicht auch die gesetzlichen Bestimmungen an dem Übel schuld seien, ob nicht Lücken in dem Gesetze vorhanden seien.

Der Minister-Präsident von Roon erwiderte darauf:

„Es ist nicht leicht, ein widerwärtigeres Thema mit größerem Interesse anzuhören, als das eben vernommene von mir angehört worden ist, und das liegt vielleicht darin, daß ich viel neues erfahren habe. Fast alles, was der Herr Vorredner mitgeteilt hat, war für mich neu und ich kann sagen, alles erhebliche, was er mitgeteilt hat, war jedenfalls neu für mich. Er hat ganz recht, wenn er es angedeutet hat: wenn ich die Thatsachen so gekannt hätte, wie er sie dem Hause dargestellt hat, wenn ich die Überzeugungen gewonnen hätte, die er sich angeeignet, so würde ich freilich den Brief an den Herrn Präsidenten des Hauses nicht geschrieben, jedenfalls nicht so abgefaßt haben, als es geschehen ist — ich wiederhole, meine Herren, wenn ich die Überzeugungen geteilt hätte, die sich Herr Lasker angeeignet hat. Das war aber keineswegs der Fall, sondern das Gegenteil, und daher bin ich nur meiner Pflicht nachgekommen, einer Pflicht, die ich auch am Schlusse des verlesenen Schreibens angedeutet habe.

Die Regierung will ganz gewiß nun und nimmermehr, ebenso wenig wie irgend ein Patriot in diesem Hause, daß unser preußisches Beamtentum korrumpiert werde, oder daß es im Auslande als korrumpiert erscheine; unsere Gegner würden sich ja nur darüber freuen. Ich habe daher mit Anerkennung zu begrüßen, daß selbst der Herr Vorredner, so sehr er auch sonst in der Rolle des Anklägers aufgetreten sein mag, doch anerkennt, daß seine Ermittelungen im großen und ganzen Anschuldigungen gegen das preußische Beamtentum nicht rechtfertigen würden; ich glaube, es so verstanden zu haben. Ich bin dafür sehr dankbar. Die Staatsregierung hat aber nicht allein die Pflicht, all den Irrwegen, die von einzelnen ihrer Angehörigen eingeschlageu werden mögen, zu folgen und sie, wenn nötig, zu verfolgen, sondern die Regierung

Digitized by Google

hat auch die Pflicht, sie zu schützen vor Anschuldigungen, die vielleicht zu Unrecht gegen sie erhoben werden.

Die stenographischen Berichte werden ja in Ausführlichkeit alle die Behauptungen wiedergeben, die wir von dem Herrn Vorredner gehört haben, auch in bezug auf den Beamten, den ich hier zu vertreten habe. Sie werden begreifen, meine Herren, daß in diesen Anschuldigungen sehr vieles enthalten ist, was als höchst belastend erscheint. Nach der gehörten Darstellung habe ich wenigstens den Eindruck davon so erhalten; allein fern sei es von mir, jemanden zu verurteilen, ohne ihn gehört zu haben.

Also nach dem alten Rechtsgrundsatz: „man höre auch den andern Teil", werde ich auch in diesem Falle verfahren. Ich enthalte mich jeder weiteren Beleuchtung der sich aus einem solchen Verfahren ergebenden Folgen.

Eines möchte ich nur noch anführen, das ist die von dem Herrn Vorredner angedeutete Absicht, eine Untersuchung von Thatsachen über diese Verhältnisse zu beantragen. Ich muß ihm gegenüber bemerken, daß ich nicht wohl begreife, wo und wie die Grenze zu finden ist zwischen den Verhältnissen, die aufgeklärt werden sollen, zwischen den bezichtigenden Thatsachen und dem Beamten, der bei der Gelegenheit bezichtigt wird. Ich muß mir also in dieser Beziehung meine Entschließung darüber vorbehalten, welche Stellung die Regierung zu dem Antrage des Herrn Abgeordneten Lasker einzunehmen hat, sobald der Antrag vorliegt."

Auch der Handelsminister Graf von Itzenplitz stellte eine sorgfältige Untersuchung der von dem Abgeordneten Lasker angeführten Thatsachen in Aussicht.

Inzwischen war von diesem Abgeordneten ein förmlicher Antrag eingebracht worden, nach welchem das Abgeordnetenhaus eine Kommission behufs umfassender Untersuchung über das Verfahren bei der seitherigen Erteilung von Eisenbahn-Konzessionen und die Übereinstimmung der betreffenden Verträge mit den gesetzlichen Vorschriften einsetzen und die Staatsregierung zur Mitwirkung bei dieser Untersuchung einladen sollte.

Bei der Regierung, und namentlich beim Fürsten Bismarck selber herrschte vom ersten Augenblicke an die ernsteste Entschlossenheit vor, der angeregten Sache gründlich näher zu treten. Nichts konnte ferner liegen, als Partei-Politik mit Partei-Politik zu erwidern. Der Geheimrat Wagener wurde in den Ruhestand versetzt. „Die erwähnten Vorgänge haben, so wurde damals offiziös ge-

Digitized by Google

schrieben, auf allen Seiten einen tiefgehenden Eindruck gemacht und eine lebhafte Erregung hervorgerufen. Es ist hierin zunächst ein erfreuliches Anzeichen zu erkennen, daß unser Volk in fast allen Kreisen eifersüchtig ist auf die Bewahrung der sittlichen Grundlagen des Staatslebens, auf welchen die gesegnete Entwickelung Preußens von jeher beruhte und ohne deren Erhaltung und Befestigung der glänzendste äußere Aufschwung kein wirklicher und dauernder Gewinn für unser Vaterland wäre.

Je mehr die neuesten Erfolge Preußens und die mit denselben gewonnenen Vorteile auf finanziellem und volkswirtschaftlichem Gebiete zugleich mannigfache Versuchungen und Gefahren in dem gesamten Verkehrsleben erzeugt, und die Neigung zu raschem, leichtem Gewinn in weiten Kreisen verbreitet haben, desto mehr wird es in der That eine gemeinsame Pflicht aller derer, welche zur Arbeit für das Wohl des Staates berufen sind, der Ausdehnung jener Gefahren durch Stärkung der öffentlichen Moral einen Damm entgegenzusetzen.

Dies vor allem ist die große Bedeutung des Weck- und Mahnrufs, welchen der Abgeordnete Lasker in so eindringlicher Weise hat vernehmen lassen, und diese Bedeutung ist zunächst unabhängig von den Personenfragen, um welche es sich bei den bezüglichen Vorgängen handelt. Die öffentliche Gefahr würde freilich unvergleichlich größer sein, wenn sich das preußische Beamtentum in jene bedenkliche Entwickelung des Verkehrslebens mit hineinziehen und seinen bisherigen Ruf amtlicher Reinheit und Ehrenhaftigkeit einem Makel oder Zweifel aussetzen ließe.

Die ruhmvolle Entwickelung des preußischen Staates beruht auf den zwei sicheren Säulen seines Heerwesens und seines Beamtentums: keine derselben darf in ihrer Festigkeit erschüttert werden, wenn nicht die Zukunft des Staates preisgegeben werden soll.

Der Abgeordnete Lasker hat in dankenswerter Weise wiederholt und „mit wahrhaftem Stolze" hervorgehoben, daß alle seine Untersuchungen ihm ein Anzeichen wirklicher Korruption in den Beamtenkreisen nicht ergeben haben.

Wenn er schwere Anschuldigungen gegen einen hochgestellten Beamten erhoben hat, so beziehen sich diese nicht auf den Kreis der eigentlichen amtlichen Wirksamkeit desselben, sondern auf eine Thätigkeit, welche er als Privatmann geübt haben soll.

Allerdings wird durch diese Anschuldigungen die Würde des Beamten so schwer getroffen, daß es sich bei der unerläßlichen

Digitized by Google

weiteren Untersuchung der Angelegenheit in Wahrheit um die Ehre des gesamten preußischen Beamtenstandes handelt. Zunächst liegt nur die schwere und scharfe Anklage vor, und der Minister-Präsident mußte darauf hinweisen, daß es vor jedem weiteren Schritte geboten sei, vor allem auch den anderen Teil zu hören; — aber mit Recht durfte Graf von Roon zugleich für die Regierung das Vertrauen in Anspruch nehmen, daß sie selbst ebenso ernst und tief wie alle Patrioten davon durchdrungen sei, daß unser Beamtentum nicht korrumpiert werden oder auch nur korrumpiert erscheinen dürfe.

Es ist ferner gegen die Eisenbahnverwaltung der Vorwurf erhoben worden, daß sie durch Mangel an Umsicht und Kraft dem Einreißen der erwähnten Schäden Vorschub geleistet habe. Auch in diesem Punkte wird es eine Ehrensache für die Regierung sein, durch vollständige Darlegung aller ihrer Schritte die Bedenken in betreff der Vergangenheit möglichst zu entkräften und gleichzeitig dem Lande volle Beruhigung über die fernere feste und klarbewußte Führung des wichtigen Verwaltungszweiges zu gewähren.

Wenn die Staatsregierung hoffen darf, durch ihr eigenes Verhalten in beiden erwähnten Richtungen das Vertrauen der Landesvertretung neu zu beleben und zu stärken, so wird es gewiß auch gelingen, bei der weiteren gemeinsamen Wahrnehmung der Interessen des Landes Schritte zu vermeiden, welche möglicher Weise neue tiefe Beunruhigung und Erregung ohne einen entsprechenden Nutzen erzeugen könnten. Der ernste, patriotische Geist, in welchem die Frage bisher behandelt worden ist, darf als Bürgschaft gelten, daß auch über das weitere Vorgehen eine vertrauensvolle Verständigung zwischen der Regierung und der Landesvertretung erreicht werden wird."

Am 14. Februar teilte der Minister-Präsident Graf von Roon dem Abgeordnetenhause die Allerhöchste Botschaft mit, durch welche eine Untersuchungs-Kommission mit der Aufgabe eingesetzt war, zu ermitteln, wie weit die einschlägigen Gesetze und die geltenden Verwaltungsnormen das Publikum gegen Täuschung zu schützen geeignet, und welche Änderungen daher notwendig wären.

Der Abgeordnete Lasker eröffnete als Antragsteller die Beratung, indem er freudig die Worte der Königlichen Botschaft begrüßte, aus denen hervorgehe, daß in der höchsten Spitze unserer Regierung ganz dieselben Anschauungen und Ziele verfolgt werden, welche die Ziele des ganzen Hauses seien.

Digitized by Google

Das Dazwischentreten der Königlichen Botschaft sei ein Schritt weiser Politik; aber besonders erfreue es, daß die Regierung ganz die Sprache spreche, die das Abgeordnetenhaus spreche, daß sich in ihr Gefühle offenbaren, die auch die Gefühle des Hauses seien, denn deutlicher könne der Ausspruch nicht gethan werden, als dahin: es soll eine Untersuchung eingeleitet werden über alle Thatsachen, die geeignet sind, Auskunft zu geben über die angeregten Mißstände, über die Beschädigungen, die das wirtschaftliche Leben erfahren habe, und zugleich auch über die Mißbräuche der Verwaltung.

Der Abgeordnete erörterte nun weiter, welche Vorzüge und welche Schwächen eine blos parlamentarische Untersuchung haben würde und welche Licht- und Schattenseiten andererseits die Königliche Kommission habe. Er glaubte es zunächst als einen großen Fortschritt im politischen Leben begrüßen zu dürfen, daß die Regierung selbst die Mitwirkung der Landesvertretung bei der Untersuchung von Thatsachen der Verwaltung wünsche. Ferner aber werde die Regierung der Untersuchungs-Kommission eine wesentliche Erleichterung ihrer Aufgabe verschaffen: die Regierung werde auf die Vernehmung der Zeugen hinwirken, von sämtlichen Gerichten die Teilnahme fordern, das Vereidigungsrecht für die Mitglieder der Kommission verschaffen, und alles, was nötig sei zur Erforschung von Thatsachen.

Auf der anderen Seite aber müsse das Abgeordnetenhaus Bürgschaften beanspruchen, daß jedes Mitglied der Kommission auch vollen Anteil an der Leitung der Untersuchung habe und nicht durch eine Mehrheit einfach überstimmt werden könne. Die Bürgschaften müssen in der Geschäftsordnung und in der Auswahl der Personen gefunden werden.

Der Abg. Lasker ging sodann auf die von ihm früher erhobenen Anklagen behufs weiterer Begründung einzelner Punkte nochmals ein und schloß etwa mit folgenden Worten:

„Als ich den Gegenstand zur Anregung brachte, wurden wohl von mancher Seite Bedenken erhoben. Es meinte der eine, es würde eine Aufregung hervorgerufen, welche im Lande zerstörenden Tendenzen dienstbar gemacht werden würde. Ein zweites Bedenken war, es würden dadurch Schäden des Innern bloßgelegt vor dem Auslande. Ich habe mich über diese Bedenken hinweggesetzt, weil ich sie für gar keine Bedenken halte. Wenn Sie eine Untersuchungs-Kommission einsetzen, die alle Garantien giebt,

bei der Regierung und Volksvertretung zusammenwirken, bei der jeder einzelne die Gelegenheit hat, ganz und gar das Material dem Lande zu beschaffen, dann wird die Aufregung aufhören und die ruhige Teilnahme wird anfangen. — Den Mißstand, daß vor dem Auslande Schäden bloßgelegt werden, halte ich für sehr untergeordnet. Während wir selbst Schäden bloßlegen, wird es uns nicht anstehen, ruhmredig zu sein, aber dies eine darf ich wohl sagen: ein Volk und ein Staat muß wohl gesund sein, die mit der Ruhe des Gewissens an die Untersuchung solcher Thatsachen herantreten, wie wir es thun. Die Ruhe, mit der wir verhandeln, im Gegensatz zur Aufregung im Volk, die Ruhe, mit der die Regierung unserem Bestreben entgegenkommt, ist mindestens ein Zeugnis guter Gewissen, und schon mit diesem Akt hat die Heilung begonnen."

Graf v. Roon äußerte darauf: „Der Herr Abgeordnete Lasker hat von Garantien gesprochen. Er wünscht, die Mitwirkung der Landesvertretung in der bezeichneten Spezial-Kommission davon abhängig zu machen, daß die Instruktion, die für diese Kommission zu geben ist, derart abgefaßt werde, daß jedem Mitgliede das volle Recht, seine Meinungen, Zwecke und Ziele zu verfolgen, beigelegt werde. Ich glaube, meine Herren, in dieser Beziehung wäre es unzeitig, auf eine Streitfrage einzugehen, die gar nicht stattfinden kann. Da die Kommission, wie es Sr. Majestät ernster Wille ist, beabsichtigt, mit der größten Sorgfalt und Unparteilichkeit zu verfahren, so wird natürlicherweise die Mitwirkung jedes einzelnen Kommissionsmitgliedes auch eine unbeschränkte sein müssen.

Ich bekenne, daß ich, kein Jurist, das Gerichtsverfahren nur vom Hörensagen kenne; aber so viel ich weiß, ist es jetzt schon beim mündlichen Verfahren nach unserer Gerichtsordnung gestattet, daß die einzelnen Beisitzer des Gerichts an der Zeugenvernehmung persönlich teilnehmen können und keines „Mundstücks" bedürfen. Wenn das so ist, so wird es nach meiner Auffassung nicht schwer sein, die Befugnisse der Mitglieder in der Instruktion durch einfache Verweisung auf das Gerichtsverfahren näher festzustellen. Zu dieser Erwägung kann ich nur noch im allgemeinen hinzufügen: die Königliche Staatsregierung kann niemandem, keiner Körperschaft im Lande, auch diesem Hause nicht, eine Priorität (einen Vorrang) in dem Interesse zugestehen, welches durch den Beschluß, der eventuell gefaßt wird und der in dem Lasker'schen Antrage bezeichnet ist, gewahrt werden soll. Ich bin der Meinung, daß die

Digitized by Google

Königliche Staatsregierung ein vorzugsweises Interesse daran hat, diejenigen Mißbräuche aufzudecken und diejenigen Übelstände mit Deutlichkeit zu erkennen, die im allgemeinen Interesse des Landes abgestellt werden müssen. In der Beziehung findet also eine Gleichheit der Ziele statt, und eine Priorität kann ich nur etwa der Stellung des Antrags, aber nicht dem Ziele des Abgeordnetenhauses zugestehen.

Die Besorgnis, daß durch Stimmenmehrheit den Bestrebungen derjenigen Mitglieder, welche aus der Landesvertretung zu der Spezialkommission deputiert werden, werde Abbruch gethan werden, ist nach meiner Meinung schon um deswillen nicht zuzugeben, als die Regierung selbst, wenn sie solche Wege geht und solche Ziele verfolgt, in der Wahl der Mitglieder dieser Kommission schon mit derjenigen Sorgfalt verfahren muß, um solche Übelstände zu vermeiden, die der Herr Vorredner befürchtet. Die Regierung wird dabei so verfahren, daß schon in der Auswahl der Personen eine Bürgschaft gegen solche Übelstände liegt.

Sodann hat der Herr Vorredner die Gelegenheit benutzt, um das Anklagematerial, welches er dem Hause mitgeteilt hat, zu vermehren.

Ich kann mich nicht darauf einlassen, in eine Diskussion dieser Anklagepunkte gegenwärtig einzugehen. Ich will nur eins bemerken: wenn irgend ein sittliches Interesse einen beredten Mann bewegt, eine Angelegenheit recht warm zur Sprache zu bringen und seine eigenen, in dem Eifer für Recht und Sitte gefaßten Anschauungen einer Versammlung vorträgt, so liegt es auf der flachen Hand, daß die Versammlung dadurch in einem gewissen Grade kaptiviert (voreingenommen) wird. Die Einflüsse, die persönlichen Einflüsse des Redners, die Wärme der Überzeugung, die sich aus seinem Vortrage ergiebt, teilt sich unmittelbar mit; — deswegen nicht anzunehmen, daß einmal alle einschlägigen Thatsachen wirklich zur Verhandlung gekommen seien, wäre nach meiner Auffassung voreilig; daß aber die Dinge ein anderes Gesicht bekommen, nachdem die Akten vervollständigt sind, ist nach meiner Meinung auch unzweifelhaft. Ich möchte also an die Gerechtigkeit des Hauses appellieren in bezug auf die von dem Herrn Abgeordneten Lasker neulich wie heute erhobenen Anklagen, an die Gerechtigkeit, welche ganz einfach in dem Spruche Ausdruck findet: Man soll niemand ungehört verdammen!

Die Gerechtigkeit verlangt von mir, das Haus zu ersuchen,

Digitized by Google

nicht zu urteilen, bis die Akten spruchreif sind, und die jetzt eingesetzte Spezialkommission wird vollauf das Material liefern, um die Akten spruchreif zu machen."

Der Handelsminister Graf von Itzenplitz fügte seinerseits noch hinzu: „Herr Lasker hat gewissermaßen Beschwerde darüber geführt, oder sich darüber gewundert, daß ich noch unter der Allerhöchsten Botschaft stehe. Meine Herren, ich habe selbst die Untersuchung dringend gewünscht und danke es Sr. Majestät, daß er mir erlaubt hat, im Amte zu sein, und daß ich die Untersuchung durch meine Unterschrift unter der Botschaft habe bestätigen können. Meine Herren, ich stelle die Sache höher wie mich, aber ich will nicht feldflüchtig erscheinen während der Schlacht, ich will mir nicht den Schein geben, als hätte ich in Beziehung auf mein Bewußtsein und mein Gewissen etwas zu fürchten. Ich weiß nur genau, daß ich mit Wissen und Willen nicht gefehlt habe, und wenn ich aus Unwissenheit oder Unvollkommenheit meiner Persönlichkeit gefehlt habe, wird es die Untersuchung herausstellen, und ich werde es mir gefallen lassen müssen. Aber, meine Herren, ich will nicht als feldflüchtig erscheinen und ich will mir nicht den Schein geben, als wollte ich die Herren, die mit in meinem Ministerium gearbeitet haben, allein lassen und mich zurückziehen, denn ich habe die Überzeugung, daß wir alle mit bestem Wissen und Gewissen gedient haben."

Auf Grund der Erklärungen des Minister-Präsidenten fand sich der Abgeordnete Lasker veranlaßt, seinen Antrag auf Einsetzung einer eignen Untersuchungs-Kommission seitens des Abgeordnetenhauses zurückzuziehen und das Haus beschloß, dem Antrage der Regierung gemäß zwei Mitglieder zu der vom Könige eingesetzten Kommission zu ernennen.

Die Presse beobachtete zum teil allen diesen Vorgängen gegenüber große Zurückhaltung. Das Treiben, das der Abgeordnete Lasker aufgedeckt hatte, war eben das allgemeine, d. h. das der „höhern Erwerbsklassen" gewesen. Andrerseits wurde die Taktik des Abgeordneten Lasker wohl begriffen und fand volle Unterstützung in der Presse, indem sie mithalf, die Aufmerksamkeit des Publikums auf die konservativen Schuldigen zu konzentrieren. Die „Allerhöchste Botschaft" wurde glänzend gefeiert. Die „Weserzeitung" schrieb: „Die Angelegenheit (die der Abgeordnete Lasker angeregt hat) ist jetzt zu einer Staatsfrage ersten Ranges herangewachsen und sie hat außerdem — ganz abgesehen von ihrer

Digitized by Google

nächsten unmittelbaren Bedeutung — eine formale oder konstitutionelle Wirkung ausgeübt, welche ihre sachliche Bedeutung noch weit überragt. Der ersten Rede Laskers ist eine zweite von größerem Umfange, reicherem Gehalte, mächtigerem Eindrucke gefolgt, und an diese schloß sich unerwarteter, aber erfreulicher Weise die Königliche Botschaft an, welche, man kann wohl sagen, einen neuen Abschnitt in der parlamentarischen Geschichte Preußens eröffnet. Der Einfluß des Abgeordnetenhauses ist in Preußen nie so unumwunden und in so deutlicher Sprache von der Krone anerkannt worden, wie in diesem Falle. Die Einsetzung einer königlichen Untersuchungs-Kommission, deren Gegenstand die Verwaltung eines königlichen Ministeriums bildet und an welcher der Landtag durch vier Mitglieder vollen gleichberechtigten Anteil nehmen soll, weicht so erheblich von allen bureaukratischen Überlieferungen der Monarchie ab, daß man zu diesem Vorgange kaum einen parallelen Fall in der Geschichte des Staats, so lange es überhaupt eine preußische Volksvertretung giebt, auffinden wird. Die eigentlichste und heilsamste Aufgabe eines Parlaments, die Ausübung einer unabhängigen und unbeschränkten Kontrolle und Kritik über die gesamte Staatsverwaltung, ist nie glänzender erfüllt, als diesmal von dem Hause der Abgeordneten, nie ausdrücklicher anerkannt worden, als von König Wilhelm und seinem Ministerium. Wenn man bedenkt, daß der Wortführer des Hauses und der leitende Mann des Ministeriums vor nicht sehr langer Zeit einander in einem erbitterten politischen Kampfe als leidenschaftliche Gegner gegenüberstanden, daß dieser Kampf mit dem vollständigsten Siege des Ministers endete, daß der Sieger das Schicksal des Parlamentarismus in der Hand zu halten schien, so muß man sagen, daß die Wendung, welche diese Angelegenheit genommen hat, sowohl für die innere Lebenskraft der konstitutionellen Staatseinrichtungen als für die bürgerliche Tugend der Staatslenker ein höchst erfreuliches Zeugnis ablegt."

Da die Einigkeit im Staatsministerium von mancher Seite bezweifelt worden war, so wurde dieselbe in der offiziösen Presse um so schärfer betont. Die oben erwähnte „Weserzeitung" brachte eine Berliner Korrespondenz, unter dem Zeichen der Wage, das als das des Dr. R. bekannt war. Sie wurde für offiziös gehalten, was sie nicht war. Darnach hätte Fürst Bismarck eine aparte Stellung zu der Angelegenheit Wagener eingenommen. Die Korrespondenz erfuhr am nächsten Tage in der Norddeutschen Allge-

Digitized by Google

meinen Zeitung eine scharfe Zurückweisung. Die Provinzial-Korrespondenz schrieb: „Die Erwartung, daß über die Behandlung der wichtigen Aufgabe, welche unserer Regierung aus den jüngsten parlamentarischen Enthüllungen erwachsen ist, eine vertrauensvolle Verständigung mit der Landesvertretung zu erreichen sein werde, ist in erfreulicher Weise und unter allseitigem Entgegenkommen in Erfüllung gegange .

Ein bedeutsamer Entschluß der Regierung unseres Königs hat für die Untersuchung, welche zunächst im Abgeordnetenhause angeregt und beantragt war, alsbald denjenigen Weg eröffnet, auf welchem das gemeinsame Ziel am sichersten und wirksamsten erreicht werden kann.

Durch eine Allerhöchste Botschaft ist dem Landtage die Absicht Sr. Majestät kundgethan worden, zur allseitigen ernsten und gewissenhaften Untersuchung der hervorgetretenen Mißstände und der Mittel zu ihrer Abhilfe eine mit umfassenden Vollmachten ausgestattete Kommission einzusetzen, an welcher neben höheren Verwaltungs- und Justizbeamten in gleicher Anzahl auch Mitglieder der beiden Häuser des Landtags beteiligt werden sollen.

Indem die Regierung des Königs somit die entscheidenden Maßnahmen zur Herbeiführung der wichtigen Untersuchung ihrerseits in die Hand nahm, handelte es sich im Sinne der Regierung nicht um eine Frage konstitutionellen Vorranges, nicht um Bedenken gegenüber der Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechts des Abgeordnetenhauses, sondern vor allem um ein entschiedenes Zeugnis dafür, daß die Regierung (wie Graf von Roon andeutete) niemandem im Lande ein dringenderes Interesse und einen lebhafteren Eifer für die Wahrung der sittlichen Würde der Verwaltung und des Beamtentums zugestehen kann, als wovon sie selbst erfüllt ist.

Die Regierung wollte aber diesen Eifer alsbald auch mit wirksamer That bewähren, indem sie durch den von ihr angebahnten Weg alle die Bedenken und Schwierigkeiten, welche den Erfolg der im Abgeordnetenhause angeregten Untersuchung beeinträchtigen und zweifelhaft machen könnten, im voraus beseitigt.

Unser Kaiser und König selbst hat, getreu den Überlieferungen Preußens und seines Fürstenhauses, es vom ersten Augenblicke als eine Pflicht und Ehrensache seines königlichen Berufs erkannt, den Makel, welcher den Ruf der Reinheit und Unantastbarkeit des preußischen Beamtentums zu bedrohen schien, durch rücksichtslose

Digitized by Google

Aufklärung und schleunige, wirksame Abhilfe zu verwischen, und die Gefahren, welche aus einer Schwächung der inneren Kraft und des Ansehens der Verwaltung für das Staatsleben entstehen könnten, sofort im Keime zu ersticken.

Des Königs Auffassungen und Absichten begegneten sich mit denen des gesamten Staatsministeriums.

Mit dem jetzigen Präsidenten des Ministeriums Grafen von Roon stimmte der frühere Ministerpräsident Fürst von Bismarck in bezug auf die unabweisliche Pflicht eines energischen Vorgehens Hand in Hand mit der Landesvertretung vollkommen überein. Das große Vertrauen, welches derselbe auf Grund langjähriger persönlicher und amtlicher Kenntnis dem zunächst betroffenen Beamten widmete, hielt ihn nicht zurück, war ihm vielmehr ein noch dringenderer Anlaß, um der Person ebenso wie um des allgemeinen Staatsinteresses willen die gründlichste und eingehendste Prüfung und Untersuchung der erhobenen Anklagen zu wünschen und zu betreiben. Der Handelsminister Graf von Itzenplitz hielt es am Abend einer langjährigen treuen und gewissenhaften Wirksamkeit seinerseits für eine unbedingte Ehrensache, sich und seine Amtsführung von jedem sittlichen Vorwurf gerechtfertigt zu sehen.

In voller Einmütigkeit wurden die Beschlüsse der Staatsregierung gefaßt, nach welchem eine königliche Kommission unter Beteiligung des Landtags die Untersuchung der hervorgetretenen Mißstände führen soll.

Mit gleicher Einmütigkeit wurden die Anträge der Staatsregierung im Abgeordnetenhause angenommen. Der Vorschlag auf Einsetzung einer besonderen parlamentarischen Untersuchungs-Kommission wurde zurückgezogen, indem das Haus sich überzeugte, daß das von ihm selbst erstrebte Ziel auf dem von der Regierung bezeichneten Wege am sichersten zu erreichen sein werde.

Die an und für sich so peinliche und widerwärtige Angelegenheit ist daher durch die Behandlung, welche sie von allen Seiten gefunden hat, zunächst ein neuer Erweis des übereinstimmenden Strebens und des Vertrauens geworden, welche zwischen der Regierung und der Landesvertretung bestehen. Darauf und auf den allseitig hervortretenden Kundgebungen eines neubelebten sittlichen Geistes beruht zugleich die Zuversicht, daß die ernsten Erwägungen, welche durch die Enthüllungen des Abgeordneten Lasker hervorgerufen worden sind, von nachhaltig segensreicher Wirkung für unser Vaterland sein werden."

Digitized by Google

Auch das Herrenhaus gab der Aufforderung der Regierung zur Teilnahme an der eingesetzten Untersuchungs-Kommission bereitwillig Folge.

Bei der vorgängigen Beratung erklärte der Berichterstatter des Hauses, daß mit Rücksicht auf die Eröffnung einer strengen und unparteiischen Untersuchung von jeder Erörterung der thatsächlichen Angaben, von jeder Wiederaufnahme des Streites Abstand zu nehmen sei. Wenngleich der wahre Sitz des Übels, von dem nur einige häßliche Symptome zur Sprache gebracht seien und ein so peinliches Aufsehen erregt haben, keineswegs allein auf dem besondern Gebiete der Eisenbahnpolitik zu suchen sei, wenngleich die Jagd nach raschem und mühelosem Gewinn, die Jagd nach den Genüssen des Reichtums auf hundert anderen Gebieten ganz gleiche Früchte trage, so sei es doch mit Dank anzuerkennen, daß einmal an einer bestimmten Stelle mit Mut, mit Energie und mit Geschick ein Schaden gekennzeichnet sei, der im stillen immer weiter zu fressen drohe, und daß ein so rasches und vollständiges Einverständnis zwischen der Staatsregierung und der Landesvertretung erreicht worden über die Notwendigkeit einer strengen Untersuchung, und daß dieses Einverständnis ebenso auch durch die spezielle Anordnung Sr. Majestät des Königs zu einer Form der Lösung geführt habe, die sowohl die Autorität der Regierung wahre, als auch das berechtigte Verlangen des Volkes erfülle, daß volle Klarheit in die Sache komme.

Von einigen Seiten wurden gegen die Art und Weise, wie die betreffenden Schäden im Abgeordnetenhause behandelt worden, Bedenken geltend gemacht.

Der frühere Justizminister Graf zu Lippe besonders äußerte sich dahin, daß bei der Verhandlung im Abgeordnetenhause die Rücksichtnahme und Schonung, welche bei der Erörterung vermeintlicher Schäden des Vaterlandes obwalten müsse, nicht beobachtet worden sei; man habe mit einer gewissen Schonungslosigkeit einen ganzen Zweig unserer Staatsverwaltung verurteilt, ohne vorher die zu Grunde liegenden Thatsachen genügend geprüft und gesichtet zu haben. Er hielt namentlich den Vorwurf, daß Eisenbahn-Konzessionen nach Gunst erteilt worden seien, für unbegründet. Es sei eine allgemeine Erfahrung, daß überall, wo Konzessionen erteilt und versagt worden, diejenigen, welche die gewünschte Konzession nicht bekommen, keinen andern Grund dafür sehen wollen, als daß dabei nach bloßer Gunst verfahren sei. Solchen Anschul-

Digitized by Google

digungen sollte man daher nicht ohne weiteres ein Gewicht beilegen. „Ist das der Dank (fragte der Redner), den das Vaterland einem Minister, der seit länger wie zehn Jahren mit Anwendung aller ihm von Gott verliehenen Kräfte bemüht gewesen ist, für das Wohl des Landes in seiner Branche zu sorgen; der ohne allen persönlichen Vorteil, ohne alle persönlichen Rücksichten mit der größten Hingebung sich diesen Aufgaben unterzogen hat; ist das der Dank, den das Land diesem Minister entgegenbringt, nach einer zehnjährigen segensreichen Thätigkeit für das Land, daß es ihm den Vorwurf in das Gesicht schleudert: du bist bei Erteilung der Konzessionen von Eisenbahngesellschaften nach Gunst zu Werke gegangen?"

Graf zu Lippe führte ferner die Ansicht aus, daß die gerügten Schäden größtenteils auf der neueren Gesetzgebung beruhen, welche der Regierung die Möglichkeit entzogen habe, einer zu weit greifenden Ausübung der Verkehrsfreiheit Schranken zu setzen. Es werde daher die Aufgabe der Kommission sein müssen, ihr Augenmerk auch auf diese Mängel der Gesetzgebung zu richten. Er beklagte es, daß man im Abgeordnetenhause Vorwürfe und Anklagen der schwersten Art gegen einzelne Personen erhoben habe, ohne daß vorher die betreffenden Behörden Gelegenheit gehabt, diese Anklagen zu prüfen, — und daß ferner die Anklagen gegen das gesamte Gründungswesen, gegen den größten Teil der Geschäfte, die jetzt gemacht werden, gerichtet worden, als ob alle diese Geschäfte ohne jede Moral betrieben würden. Es sei gewiß richtig, daß sich neben den guten Seiten der Gründung, neben den fleißigen, redlichen, Treue und Glauben beobachtenden und befolgenden Bestrebungen der Kapitalisten auch immer eine Menge von ungesunden Elementen zeigen, aber zu einer so allgemeinen Anklage gegen sie sei doch keine Veranlassung.

Der Bankpräsident von Dechend sprach sich über diesen letzteren Punkt noch näher etwa dahin aus: „Es liegt keine genügende Veranlassung vor, über unseren Handelsstand im allgemeinen den Stab zu brechen und unsere Zustände so bedenklich erscheinen zu lassen, wie es teilweise geschehen ist. Ich glaube (sagte er), unseren Handelsstand sehr gut zu kennen, jedenfalls besser, wie diejenigen Personen, welche ausdrücklich erklärt haben, dem Handelsstande völlig fern zu stehen. Ich weiß sehr gut, daß unser Handelsstand gerne Geld verdient und auch bei den neuen Gründungen gewonnen hat. Ich weiß aber auch, daß unser Handelsstand im großen

Digitized by Google

und ganzen — Ausnahmen werden sich überall finden — sehr ehrenhaft ist, und daß er sich nicht zur Teilnahme an allen diesen Geschäften bereit gefunden hätte, wenn sie wirklich unehrenhaft gewesen wären. Ich weiß auch, daß unsere Zustände trotz aller Ausschreitungen, die in der letzten Zeit infolge des kolossalen Geldzuflusses vorgekommen sein mögen, gesunde und nicht faule sind, und es kann mir deßhalb nur angenehm sein, daß mir durch die heutige Debatte Gelegenheit gegeben worden ist, dies laut vor dem ganzen Lande auszusprechen."

Das Herrenhaus vollzog demnächst die Wahlen zur Untersuchungskommission.

Die Wirkungen des Laskerschen Vorgehens gegen Wagener und Genossen traten sehr bald hervor und begleiteten selbst schon die parlamentarischen Verhandlungen. Die Bedeutung der Angelegenheit lag nicht in dem Lichte, das die Untersuchungskommission darüber ausbreitete, und das kaum neu war. Sie zeigte sich vielmehr in Erscheinungen, die immer mehr zu großen Strömungen sich zusammenschlossen. Zunächst kam das Enthüllungsfieber, das die spätere Verleumdungsära, die die Gründerära ablöste, einleitete. Von Wagener bis zu Bismarck selber hinaufsteigen, das war verlockend. Gleich nach der Laskerschen Philippica kolportierte die Germania das Gerücht, bei dem Konzessionsgesuch für die pommersche Zentralbahn sei im Einverständnisse mit dem Reichskanzler gehandelt worden, und dieser „habe seinen Einfluß beim Handelsminister geltend gemacht". Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mußte sich schon damals des Fürsten Bismarck annehmen. Sie schrieb: „Durch die pommersche Zentralbahn wird die Gegend, in welcher die Besitzungen des Fürsten liegen, ein toter Winkel. Diese Benachteiligung von sich abzuwenden, hat der Kanzler „seinen Einfluß" nicht geltend gemacht; auch war er nicht vermögend genug, um ein Gegenprojekt ins Leben zu rufen. — Wer wollte sich wundern, wenn die Germania ihrem natürlichen Hange nachgiebt und Schmutz aufliest, um den leitenden Staatsmann des ihr feindlichen Reiches damit zu bewerfen? Aber von Organen, die bisher noch nicht in der Gesellschaft der Jesuiten angetroffen worden, den deutschen Kanzler verdächtigt zu sehen, erregt allgemeines Befremden. Wir bezeichnen solche Blätter nicht näher; denn es handelt sich hier um nichts weniger als um Zeitungspolemik. Der mürrische Schulmeister, welcher morgens und abends den preußischen Ministern wegen vermeintlicher Unverträglichkeit

Digitized by Google

den Text liest, sieht nun das Staatsministerium in geschlossener Einheit, dem Willen des Monarchen entsprechend, dessen Allerhöchste Botschaft von sämtlichen Räten der Krone in demonstrativer Weise gegengezeichnet erscheint, das vollkommen berechtigte Verlangen der Volksvertretung nach einer erschöpfenden und mit allen Garantien versehenen Untersuchung von beregten Übelständen der Verwaltung in loyalster Weise erfüllen. Das wirkt auf ihn wie auf Chamissos Hypochonder die frische Bergesluft. Doch nun offenbart sich dem Scharfblick des Mannes eine Vorgeschichte der Botschaft, geschöpft aus den „besten Quellen" — freilich unerfindlichen!

Einer der Minister „leistete hartnäckigen Widerstand und strengte sich vergeblich an, die Mißstände des Eisenbahnkonzessionswesens der öffentlichen Beurteilung zu entziehen und sie in die Nacht mitleidiger Vergessenheit zu hüllen." Einer der Minister — welcher? Dabei passiert dann dem Zeitungshistoriker das ausgesuchte Ungemach, gerade denjenigen Mann namhaft zu machen, von welchem jeder in die Dinge Eingeweihter bezeugen kann und muß, daß er von dem Augenblick an, da der Laskersche Antrag noch als Embryo im Schoße der Budgetkommission schlummerte, wie durch alle Phasen der ferneren Entwicklung hindurch, mit dem vollen Nachdruck, dessen seine bewährte Persönlichkeit fähig ist, die politische und sittliche Notwendigkeit nach allen Seiten hin geltend gemacht hat, die in Frage gestellten Partien der preußischen Verwaltung schonungslos und rücksichtslos an das Licht der Öffentlichkeit zu ziehen. Es ist eine Täuschung, die ihres gleichen sucht, wenn die dreiste Behauptung aufgestellt wurde, daß Fürst Bismarck der Untersuchungskommission, die zuerst er als unerläßlich hervorgehoben und die vor allen er immerfort postuliert hat, „am längsten widerstrebt haben soll".

Ein erster Schritt in der Verleumdungsära war gethan, und Fürst Bismarck das erste Opfer. Wir treten jetzt von der großen Staatsaktion, die der Antrag Lasker hervorgerufen hatte, in eine tiefer liegende Region ein.

Jener Antrag hatte seine Kehr- und Nachtseite. Folgen wir einem Besuche, den zwei Jahre später ein damaliger politischer Feuilletonist einer „Preßspelunke" abstattete und dessen überaus groteske Schilderung doch einen ernsten Hintergrund zeigt.

„Ich hatte eines Tages daselbst zu thun. „Der Herr Chef-Redakteur haben Besuch, Sie müssen sich schon etwas gedulden;

Digitized by Google

bitte, setzen Sie sich so lange," sagte mir das Individuum, das mir der Expedient der „Deutschen Reichsglocke" zu sein schien, und an das ich mich gewandt hatte, um beim Chef angemeldet zu werden.

Das wunderlichste bei den Worten des Expedienten war, daß ich mich setzen sollte, während in dem Stübchen, das als Expedition diente, sich kein einziger Stuhl befand, als der, den der Herr Expedient selber einnahm, und auf dem er sich, nachdem er mich abgefertigt hatte, umdrehte, um an seinem Pulte weiter zu arbeiten, indem er mir seinen Rücken und an jedem Ärmel seiner grauen Joppe ein großes Loch am Ellenbogen zuwandte. Höchstens hätte mir ein in der Ecke befindlicher großer Haufe Zeitungen als Sitz dienen können. Doch auch dieser war schon besetzt, und zwar von einem Herrn, der wie ich auf Eintritt beim Herrn Chef zu warten schien. Ich machte es also wie noch einige andere Herren: ich lehnte mich stehend an die Wand. Ich kann nicht sagen, daß mir wie Faust zu Mute war: „Willkommen, süßer Dämmerschein, der du dies Heiligtum durchwebst .... hier möcht ich volle Stunden säumen." Kein Zauberduft umgab mich; nein ... Aber ein nicht gewöhnliches, vielmehr ein spannendes Gefühl beschlich mich doch in dem Bewußtsein, daß ich mich in dem Vorzimmer der Preßspelunke befand, wo alles das Zeug zusammengebraut wurde, das man Deutsche Reichsglocke nannte, und das jeden Sonntag den Lasker, Miquel, Bennigsen, Bleichröder, Bismarck und anderen „Juden und Gründern" eimerweise eingegeben wurde. Den großen Sozialkonservativen, wie er sich selbst nannte, den modernen Juden-Vertilger Haman, den moralischen Totschläger Bismarcks, der das Attentat Karl Blinds und Kullmanns mit der Feder fortsetzt, den Liebling Tessendorfs und Simon von Zastrows sollte ich binnen wenigen Minuten von Angesicht zu Angesicht kennen lernen. Leider ließ Haman-Gehlsen mich sehr lange warten. Ich studierte inzwischen meine Schicksalsgenossen, die wie ich Audienz begehrten.

Eine Figur, die sehr unruhig hin- und hertrippelte, erwies sich auf den ersten Anblick als die eines jungen Geschäftsmannes semitischer Herkunft. Was konnte nur ein Jude in dieser Juden-Abschlachtungshöhle wollen? Satisfaktion verlangen? Seinem Stamm eine Mardochai werden? Ich will nur noch kurz von den übrigen wartenden Herrn sagen, daß sie etwas sehr vornehmes, hochadeliges sein mußten, der aristokratische Schliff war unverkennbar.

Meine Aufmerksamkeit wurde inzwischen fortwährend durch

Digitized by Google

kommende und gehende Personen in Anspruch genommen, die meist beim Expedienten das Abonnement auf die Reichsglocke (es war Ende des Quartals) erneuerten.

„Exzellenz geht aber in vierzehn Tagen nach Pommern aufs Gut; Sie möchten von da an die Zeitung per Post schicken," bestellte ein herrschaftlicher Diener.

„Sehr wohl, wie im vorigen Jahr," erwiderte der Expedient mit den beiden Ellenbogen-Löchern.

Abermals öffnete sich die Thür, der Expedient sprang auf. „Herr General, Sie wollen Herrn Gehlsen sprechen? Dann bitte ich Sie, sich zu setzen."

„Nein, ich will nur abonnieren!"

„Der Herr Kommerzienrat bittet für das nächste Quartal um zwei Exemplare" bestellte ein neu eingetretener Lakai.

Jetzt erschien ein kleiner buckliger Mann, keuchend und bestäubt. Aus seinen mit dem Expedienten ausgetauschten Worten merkte ich, daß es der Redaktionsbote war. Auf den an ihn gerichteten Vorwurf, daß er so spät komme, erwiderte er, er habe an zwei Stellen schröpfen, an einer andern Blutigel setzen müssen. Er war nämlich zugleich Heilgehilfe und trieb das Geschäft im kleinen, das sein Herr im großen litterarisch heute noch ausübt.

Der Diener, der jetzt eintrat, um ein Abonnement zu erneuern, trug die Livree von einem prinzlichen oder noch höheren Hofstaat.

Die nächste Erscheinung war ein Herr, der auch dem Expedienten noch fremd war und sich als Baron X (ich habe den russischen Namen nicht behalten) aus S. bei Weliki-Nowgorod vorstellte.

„Sapperment, das ist ja ein Mordsblatt, Ihre Reichsglocke," sprach er in gutem deutsch; „habe in Meinhardts Hotel darin gelesen, muß darauf abonnieren, gegen Bismarck lesen wir in Rußland alles gern. Aber läßt man auch das Blatt bei uns zur Post zu?"

„Gewiß, Herr Baron," erwiderte der Expedient, „wir haben gegen 100 Abonnenten allein in Moskau."

„So? Nun ich kann es mir wohl denken. Bei einer Zeitung, die auf Bismarck oder Strousberg schimpft, drückt die Zensur bei uns gern ein Auge zu. Sie verstehen aber auch das Schimpfen, Herr Redakteur."

Der Expedient machte eine Verbeugung, wobei er sich an der am Ellenbogen offenen Stelle kratzte.

„Das wird ein Gaudium werden," fuhr der Russe fort, „wenn ich wieder nachhause komme und meinen Gutsnachbarn das Blatt

Digitized by Google

zum Lesen gebe. Ich will nur gleich auf 10 Exemplare abonnieren, schicken Sie mir zwei nach jedem meiner Güter, damit ich, wenn ich reise, das Blatt immer vorfinde, also nach Pultusk in Polen, Kaminiec in Podolien, Berditschow in Volhynien 2c." — „Was haben Sie da noch liegen?" fragte der Russe, indem er einige auf dem Komptoirtisch ausliegende Broschüren ergriff. Er las: „Das Buch vom großen Lasker," ferner: „Der Revolverjournalist und seine armen Opfer," „Der Prozeß Gehlsen nebst anderen Allotriis," 2c. 2c. „Das ist ja ausgezeichnet," rief der Russe aus, „packen Sie mir davon ein, das ist was für meine Freunde. Haben Sie noch sonst etwas gegen Bismarck?"

„Fertig ist augenblicklich weiter nichts, Herr Baron, aber bis morgen würden wir Ihnen etwas herstellen können. Wollen Sie sich einen Stoff aussuchen?"

Der russische Enthusiast zahlte, der Expedient strich ein.

„Sie bekommen noch einen Bamberger zurück, Herr Baron."

„Wie? Was ist ein Bamberger?"

„Das ist ein Zehnpfennigstück; Sie wissen doch, wem wir die Nickelmünzen verdanken. Herr Bamberger versteht's Geschäft; seine Nickel-Bergwerke sind jetzt noch einmal so viel wert."

Der Russe lachte und ging. Jetzt öffnete sich das Redaktionszimmer. Der große Mann, Haman-Gehlsen, wurde sichtbar. Er entließ seinen Besuch — Herrn Otto v. Loë. Wie fest drückten sie sich die Hand!

„Um 12 Uhr beim schweren Wagner!" Mit diesen Worten hatte Joachim Gehlsen seinen Freund herauskomplimentiert. Uns Harrende kaum eines Blickes würdigend, wandte er sich sodann hastig an den buckligen Redaktionsboten mit der Frage: „Haben Sie's gemacht?"

„Nein, Herr Doktor," erwiderte der Bote und Heilgehilfe, indem er dem großen Manne ein Papier zurückgab, das wie ein Wechsel aussah; „ich bin bei Hirsch und bei Saalfeld gewesen, die wollen nicht."

„Nun und Mendelssohn?"

„Vielleicht morgen."

„Verflucht, was fange ich heute an? Die Halunken, die — Ach, guten Morgen Herr Graf."

Jetzt erst bemerkte der große Mann einen von uns Einlaßbegehrenden. Es war mir übrigens gleich bei seinem ersten Erscheinen aufgefallen, wie außergewöhnlich kurzsichtig er sein mußte.

Digitized by Google

Die kleinen zugekniffenen Augen hatten einen wie im Nebel suchenden Blick. Die Umrisse des buckligen Dieners und Heilgehilfen erleichterten allerdings dessen Erkennen. Der große Mann führte den Herrn Grafen in sein Zimmer, drehte sich aber auf der Schwelle noch einmal um, um sich nach uns anderen Gästen umzusehen.

Jetzt drängte sich der junge semitische Geschäftsmann heran: „Herr Doktor, auf ein Wort, meine Zeit ist sehr knapp.... Mich haben sie an der Börse „reingelegt", mit 5000 Mark, bringen Sie die Schwindler in die Reichsglocke, es soll Ihr Schade nicht sein...."

„Ach was, erwiderte der große Mann, mit solchen kleinen Spitzbuben gebe ich mich nicht ab."

„Das nennen Sie kleine Spitzbuben, Herr Doktor? Wissen Sie, ich könnte mein Geld retten und noch mehr dazu kriegen, wenn Sie einen Drohbrief...."

„Lassen Sie mich in Ruh, wenn mal Bleichröder, oder Hansemann oder Bennigsen Sie „reinlegt", dann kommen Sie zu mir."

Der große Mann ging in sein Zimmer. Mich schien er gar nicht bemerkt zu haben. Drinnen ging es bald sehr laut her. Ich konnte die äußerst lebhafte Unterhaltung ziemlich deutlich vernehmen. Man lachte auch viel. Dann hörte ich den großen Mann deklamieren, nicht ein griechisches Trauerspiel, sondern, wie es schien, einen ihm zugegangenen Zeitungsartikel. Er begann mit den Worten:

„Es war einmal ein großer Spitzbube im Lande — Belgien, er stahl keine silbernen Theelöffel und auch kein Viergroschenbrot, um den Hunger seiner Kinder zu stillen; alsdann würde man ihn bald eingesteckt haben, denn es giebt Gesetze im Lande Belgien — für kleine Spitzbuben. Unser Held aber war ein großer Halunke und gab sich nicht mit Kleinigkeiten ab. Unter dem Scheine Rechtens brachte er Millionen an sich und teilte sie mit seinen Spießgesellen. Das arbeitende Volk aber wurde ausgeplündert im Land — Belgien."

So ging es weiter. Für Tessendorf fiel bei der Geschichte nichts ab, denn sie passierte ja — im Lande Belgien.

„Um 12 Uhr beim schweren Wagner." Mit diesen Worten wiederum trennte sich der große Mann von seinem Gaste. Ich wurde noch nicht vorgelassen; denn inzwischen war ein Herr er-

Digitized by Google

schienen, der den Vortritt hatte. „Ein Kriminalkommissarius," sagte mir der Expedient. Der gefährliche Beamte wurde nicht zum schweren Wagner bestellt. Jetzt schlug meine Stunde. Ich trat beim großen Mann ein.

„Bitte mein Herr, nehmen Sie Platz auf dem Sofa," sagte er mir, „ich muß Sie noch um einige Minuten Geduld bitten, die Druckerei wartet auf Manuskript."

Darauf diktierte der große Mann, im Zimmer auf- und abwandelnd, einem kleinen Manne weiter, letzterer war, wie ich bald erfuhr, der Sitzredakteur; die Figur schien mir allerdings zum „Sitzen" wie geschaffen.

Was der große Mann diktierte, weiß ich nicht mehr; ich hörte abermals nur von Spitzbuben, Halunken, „korrekten" Gründern, Juden und Judengenossen. Ich benutzte die Zeit, um mich im Zimmer umzusehen. Auf dem Tische vor mir lag ein Haufen Zivil- und Kriminalerkenntnisse, dazwischen ein Revolver, eine Hetzpeitsche, eine kleine Tabakpfeife, deren Kopf Lasker's Gesichtszüge trug, eine entkorkte Cognacflasche und ein leeres Portemonnaie . . .

Jetzt öffnete sich die Thür, der Expedient meldete einen Herrn, der durchaus den Chef sprechen und sich nicht abweisen lassen wollte.

Er trat ein.

„Herr Joachim Gehlsen?"

„Das ist mein Name."

„Ich bin X, Sie haben mich beleidigt."

„Das kann wohl sein."

„Sie haben mich verleumdet."

„Ist auch möglich."

„Ich verlange Genugthuung."

„Die sollen Sie haben; aber nur nicht jetzt und nicht hier — kommen Sie um zwölf Uhr zum schweren Wagner."

Der große Mann diktierte weiter, als wenn nichts vorgefallen wäre. Er diktierte gerade: „Nein, Herr Lasker, wir halten uns an Ihre Worte: hinaus auch mit den nationalliberalen Gründern." Der fremde Herr ging.

„Und Sie wünschen, mein Herr?" redete mich darauf der große Mann an.

„Sie haben, Herr Doktor, eine Notiz über mich gebracht, die falsch ist. Ich habe hier eine Berichtigung, die Sie gefälligst wohl einmal lesen."

Digitized by Google

„Ja, nur jetzt nicht, mein Herr! bitte, kommen Sie um zwölf Uhr zum schweren Wagner."

Ich habe zum Rendez-vous mich nicht eingefunden. Einige Tage später traf ich zufällig auf der Straße den jungen Geschäftsmann, der sich auf der Börse hatte „reinlegen" lassen. Er erzählte mir, er habe Herrn Gehlsen beim schweren Wagner aufgesucht, woselbst er ihn mit Herrn v. Loë und mit Graf H. v. A. in eifriger Unterhaltung getroffen. Als er nach Entfernung der beiden vornehmen Herren sein Anliegen bei Joachim Gehlsen erneuerte, hätte dieser erwidert: „Jetzt habe ich keine Zeit, kommen Sie morgen ins Bureau . . ."

Soweit das Hohlspiegelbild des Feuilletonisten, in dem sich gleichwohl der ernste Hintergrund einer mächtigen neuen Bewegung reflektierte. Es hatte sich unmittelbar nach dem Auftreten Laskers ein hyperkonservativ-ultramontanes Lager gebildet, das auf den Sturz des Fürsten Bismarck ausging, und wenn ihm dieses nicht gelang, doch das erreichte — wie der Ausdruck eines Mitkämpfers lautete — „ihn krank zu ärgern." An dem Strange der Reichsglocke zogen Elemente, die bis an den kaiserlichen Hof heranreichten. Entsprungen aber war diese Bewegung jener Parteipolitik, die einen konservativen Minister des Mißbrauchs seines Amtes bei Erteilung von Eisenbahnkonzessionen beschuldigt, und einen hervorragenden konservativen Parteimann zum Sündenbock für das Treiben der „höhern Erwerbsklassen", welche der damaligen innern Politik die Richtung gaben, ausgesucht hatte. Den Enthüllungen Laskers über die Gründungen des konservativen Gegners folgten jetzt diejenigen über die Gründungen und andere Werke der Liberalen. Allmählich wurde die Reichsglocke zum Tummelplatz aller frondierenden Elemente. Neben dieser Agitation, die gegen die Person des Fürsten Bismarck, als den „Patron Laskers" gerichtet war, ging eine andere, die in der Kreuzzeitung ihren Brennpunkt hatte, und, indem sie sich vorzugsweise gegen die „Ära Bleichröder-Delbrück-Camphausen" richtete, doch auch die Person des Reichskanzlers streifte. Man konnte hier lesen: „Die Finanz- und Wirtschaftspolitik des neuen deutschen Reiches ist die einer Banquier-Politik, d. h. einer Politik von und für Banquiers . . . Im Abgeordnetenhause hat kürzlich Herr Camphausen dem Herrn v. Kardorff repliziert, daß er seinem Freunde Delbrück gegenüber darauf verzichte, für den intellektuellen Urheber unsrer ganzen Wirtschaftspolitik angesehen zu werden.

Digitized by Google

Wir sind nicht völlig gewiß, ob nicht auch für Herrn Delbrück der Zeitpunkt eintreten wird, wo er die Ehre dieser intellektuellen Urheberschaft gern von sich ablehnen möchte, und nach unserer Kenntnis der Verhältnisse dürfte dann die Ehre jener Urheberschaft von dem großen finanziell-nationalwirtschaftlichen spiritus familiaris des deutschen Reiches — Herrn v. Bleichröder in Anspruch genommen werden." — Die intimen Beziehungen des Herrn v. Bleichröder zum Fürsten B. dürften, mindestens indirekt, schon an die vorministerielle Zeit des letzteren anknüpfen, als derselbe, um mit spärlichem preußischem Gesandtengehalte und ohne erhebliches Vermögen seinen Souverän in Frankfurt, Petersburg, Paris repräsentieren zu können, guten Rat in finanziellen Dingen haben mußte." — „Der Fürst-Reichskanzler hat dem Konsortium Bleichröder-Delbrück-Camphausen die deutsche Wirtschaftspolitik in Entrepriſe gegeben."

Fürst B. sagte mit Bezug darauf: „Wenn die Kreuzzeitung sich nicht entblöde, die schändlichsten und lügenhaftesten Verleumdungen über hochgestellte Männer in ihre Spalten zu bringen, in einer Form, die juristisch nicht zu fassen sei, aber doch den Eindruck hinterlasse, daß die Minister unredlich gehandelt hätten, so solle sich niemand mit einem Abonnement indirekt an diesen Verleumdungen beteiligen." Sofort zeigten einige hundert hochstehende Konservative — die sog. Deklaranten — ihre erneuerten Abonnements in der Kreuzzeitung an. Eine Agitation andrer Art gegen die liberale Wirtschaftspolitik wandte sich lediglich gegen deren Inhalt und war erfolgreicher.

Der gegen das Aktiengesetz von 1870 so bald nötig gewordene oder für nötig befundene Feldzug erschütterte einesteils den Glauben an den Wert oder auch an die Unfehlbarkeit der damaligen Wirtschaftspolitik, oder half ihn erschüttern, anderenteils machte er Mut, um in gleicher Weise andern wirtschaftlichen Freiheiten den Fehdehandschuh hinzuwerfen. In diesen Momenten liegt die vornehmlichste Wirkung des 7. Februar 1873. Es war ein Sturm von Monstrepetitionen gegen Gewerbe- und andere Freiheiten, die der 7. Februar 1873 aus der Erde stampfte, und die den vier Wochen später zusammenberufenen Reichstag wie des Xerxes Pfeile überschatteten. Sie haben seitdem nicht aufgehört, und haben Früchte getragen bis heute. Ihre Anlehnung an den großen Tag des 7. Februar, als einen Erlösungstag, sprachen die „reaktionären" Petenten zum teil selber aus. Die Agitation Laskers gegen das Gründerwesen, bei der die Streiche zunächst nur auf Personen

Digitized by Google

fielen, bis das Gesetz als der Mit- und Hauptschuldige erkannt wurde, dem die Streiche gebührten, entwickelte sich so zu einem Kampfe gegen die wirtschaftliche Reichsgesetzgebung auf weiterer Linie. War es ein Mann wie Lasker selber, der in einem Stücke sein Werk sobald hinterher fallen ließ, so faßten sich jetzt die verschiedenen Strömungen, die vom Beginn der Reichsgesetzgebung an auf wirtschaftlichem Gebiete gegen diese gerichtet waren, zu verstärkter Energie zusammen, indem sie ausdrücklich die Sinnesänderung der Gesetzgeber, in bezug auf eins ihrer Gesetze, auch in bezug auf andere Gesetze anriefen. Bedeutsam war das Gutachten der Petitionskommission des Reichstages über die „reaktionären" Petitionen. Sie wies dieselben ab, konstatierte aber, daß bei einem sehr großen Teile der Gewerbtreibenden eine bedenkliche Unzufriedenheit mit der bestehenden Gesetzgebung sich zu erkennen gebe. Die Klagen kämen vielfach auch aus solchen Kreisen, welche den liberalen Prinzipien mit Wärme und treuer Anhänglichkeit angehörten. Die kürzlich erst im preußischen Abgeordnetenhause aus beredtem Munde gehörte Klage über übereilte Gesetzgebung habe dahin geführt, auch für andere Gesetze die Nutzanwendung daraus zu ziehen. Wenn bei denen, welche in hervorragendem Grade an den gesetzgeberischen Arbeiten schon seit Jahren sich beteiligten, gewichtige Bedenken gegen die Haltbarkeit der Gesetze sich geltend machten, wie viel mehr dann bei solchen, welche von den dazu gehörenden Erfordernissen wenig oder gar keine Vorstellung hätten und der Meinung seien, es bedürfe nur des einfachen guten Willens, um ein bestehendes Gesetz auf Wunsch sofort beliebig zu ändern. Man dürfe aber nicht vergessen, daß die Erfahrungen der letzten Jahre seit Erlaß der Gewerbeordnung u. s. w. gar nicht maßgebend sein könnten, einfach aus dem Grunde, weil diese Jahre für unser gesamtes gewerbliches und industrielles Leben keineswegs normale gewesen wären, und, den Zeitumständen nach, auch nicht sein konnten. — Ob die Petitionskommission letzteres auch auf das Aktiengesetz angewandt wissen wollte, wird in ihrem Berichte nicht gesagt.

Die „reaktionäre" Bewegung ist seitdem nicht zum Stillstand gekommen. Das alte Aktiengesetz ruht immer noch, gerade das Gesetz, das die Flut zuerst rückgängig machte. Dafür hat der 7. Februar 1873 allmählig andere Früchte gereift und soll deren noch reifen. Graf Itzenplitz fiel als das erste Opfer, dafür hat er aber auch einige Jahre später einen anderen preußischen Minister,

Digitized by Google

den Reichskanzleramtspräsidenten Dr. Delbrück, nach sich gezogen. Dem Grafen Itzenplitz wurde als „Mißverwaltung" besonders angerechnet, daß er es zugelassen, daß das Aktienkapital beim Baue von Eisenbahnen nicht voll zum Bau verwendet, sondern daß ein Teil desselben als Kursverlust unter die Baukosten verrechnet, das Nominalkapital also wissentlich zu hoch angegeben, und dadurch der Landmann, der Kleinbürger getäuscht sei, der Papiere gekauft habe, auf die nicht 100, sondern z. B. nur 75 eingezahlt seien. So oft Graf Itzenplitz im Abgeordnetenhause Eisenbahnvorlagen einbrachte, die gegen diese Praxis Bestimmungen enthielten, strich sie ihm das liberale Abgeordnetenhaus als „drückende Beschränkungen", und als er darauf als konstitutioneller Minister sich fügte, wurde das am 7. Februar 1873 „Mißverwaltung" genannt, und das Haus rief sein Hört! Hört! zu denselben Dingen, die es selber in das Gesetz hineingebracht hatte. Graf Itzenplitz ist gegangen, Dr. Delbrück aber auch. Der 7. Februar hatte seine gewollten und seine nicht gewollten Konsequenzen. Man kann die neue Zollgesetzgebung und anderes nicht von diesem ableiten, aber der erschütterte Glaube an den Wert des bis dahin eingeschlagenen Weges und der neugewonnene Mut, der jungen Reichsgesetzgebung auch noch von anderen Seiten beizukommen, haben die erste Bewegung der „Reaktion" hervorgerufen, die heute das Ruder in Händen hat.

Wie wenig man sich dessen bewußt war, auf dem Feldzuge von 1873 sein eigenes Reich zu zerstören, lag eben darin, daß die gegen den Grafen Itzenplitz erhobenen Anklagen ebenso viele Verurteilungen bis dahin geltender liberaler Anschauungen und Gesetze waren. Es liegt ein Kommissions-Bericht vom 9. März 1865 vor, unterzeichnet von lauter Mitgliedern der Manchesterpartei, betreffend die Abgaben von allen nicht im Besitze des Staates und inländischen Eisenbahn-Aktiengesellschaften befindlichen Eisenbahnen. Dieser Kommissionsbericht gebraucht die schärfsten Worte der Verurteilung für die Bestimmung des Gesetzentwurfes: „Verluste, welche bei den Operationen zur Beschaffung der Baumittel entstanden sind .... werden dem Anlage-Kapital nicht zugerechnet." Die Kommission fand diese Bestimmung ungerecht, undurchführbar. Das Plenum verwarf den Paragraphen gegen den Handelsminister. In späteren Jahren hat das Abgeordnetenhaus denselben Grundsatz, daß das Aktienkapital beim Baue von Eisenbahnen nicht voll zum Bau zu verwenden, sondern ein Teil als Kursverlust unter

Digitized by Google

die Baukosten zu verrechnen sei, in zahlreichen Fällen legalisiert. Als dann der Handelsminister diesen gegen seinen Willen von den Liberalen hartnäckig verteidigten und durchgeführten Grundsatz in der Praxis gewähren ließ, wurde wesentlich darauf, auf die Benachteiligung des Publikums, die mit der Durchführung jenes Grundsatzes verbunden ist, die Anklage gegen den Minister aufgebaut.

Gleich am Tage der Februarrede wurde dem Fürsten Bismarck bemerkt:

„Wir wollen uns augenblicklich gar nicht auf die Erörterung der Frage einlassen, ob das der eigensten Initiative des Abgeordnetenhauses zu verdankende Prinzip für zukünftige Eisenbahn-Unternehmungen festzuhalten oder durchweg zu beseitigen sei, und ob es möglich sei, was viele Sachverständige bezweifeln, dasselbe fallen zu lassen, ohne dem Privat-Eisenbahnbau den Todesstoß zu versetzen. Darüber aber, daß Herr Lasker und seine Freunde kein Recht haben, dem Grafen Itzenplitz vorzuwerfen, daß er ihnen zu willig gefolgt sei, kann wohl kein Verständiger im Zweifel bleiben. Wenn dies Prinzip von professionellen Schwindlern oder von Dilettanten in frecher Weise ausgebeutet wird, ohne daß die Aufsichtsbehörde irgend ein gesetzliches Mittel hat, solche Ausbeutung zu verhindern, so ist es in erster Linie das liberale Abgeordnetenhaus, welches die Freiheit der liberalen Doktrin auf allen wirtschaftlichen Gebieten erstrebend, daselbst eine Anarchie ohne gleichen hervorgerufen hat. Die bevorstehende Untersuchung wird daher allerdings wohl manche Einzelheit auf dem Gebiete des Schwindels aufdecken und feststellen; sie wird aber sicher noch viel mehr und für jeden Einsichtigen bis zur Evidenz beweisen, daß diese einzelnen Vorkommnisse nur die traurigen Symptome eines noch viel traurigeren wirtschaftlichen Zustandes sind, der durch die liberale Gesetzgebung des Abgeordnetenhauses, durch das ganze erdrückende Übergewicht der fluktuierenden und dem Liberalismus zugeneigten wirtschaftlichen Potenzen seit langen Jahren in Fluß gebracht worden ist. Und endlich wird sie ohne Zweifel erweisen, daß die Verwaltung des Grafen Itzenplitz nicht nur eine durchaus ehrliche, sondern auch eine durchaus gesetzmäßige war, und daß alle Anklagen nach dieser Richtung hin auf die anklagenden Gesetzgeber zurückfallen."

Dem Gründertum und der Überproduktion, aus der Milliarden- und gesamten Wirtschaftspolitik jener Zeit, aus dem Geld-

Digitized by Google

und dem Kreditüberfluß entsprossen, folgte seit dem Jahre 1873 ein heftiger, in seinen Wirkungen lange andauernder und verheerender Rückschlag, der reißenden Flut die desto tiefer gehende Ebbe. Die wilde Spekulation schlug fast plötzlich in eine allgemeine Lähmung des Verkehrslebens um. Handel und Gewerbe stockten. Der Notstand drückte auf alle Produktions- und Erwerbszweige, wenn derselbe auch nicht von allen gleichmäßig gefühlt wurde. Auch die Landwirtschaft, welche seit einem Jahrzehnt durch die verschiedensten Institutionen mehr gelitten hatte, als irgend ein anderer Erwerbszweig, ging durch das Sinken des Nationalwohlstandes zurück. Bei dem allgemeinen Drucke, welcher auf Produktion und Erwerb lastete, konnte es nicht fehlen, daß auch die Lage der einzelnen Geschäftsinhaber je nach Verhältnissen täglich schwieriger wurde. Die solidesten Firmen sahen sich plötzlich in Kalamitäten verwickelt und in ihrer Existenz bedroht, Konkurse und Subhastationen erreichten eine große Höhe und es zeigte sich, wie unsolide vielfach das deutsche Geschäft ist. Redliche Firmen gingen nicht sowohl an der plötzlichen Stockung des Absatzes, sondern an der Insolvenz ihrer Schuldner zu grunde, an die sie nach der landesüblichen Sitte in guten Jahren auf Kredit verkauft hatten. Es war ja auch zur Zeit der größten Überproduktion kaum möglich, im Absatz der Waren anders als durch Gewährung langer Kreditfristen zu konkurrieren. Es kam nur darauf an, daß möglichst viel abgesetzt und umgesetzt wurde, — auf Kredit wurde entnommen, auf Kredit wurde wieder verkauft an Händler und Konsumenten sogar, — man war zufrieden, wenn in den Büchern die Debet- und Kredit-Ziffern nur stimmten. Hatte es in den Jahren der Fülle der Arbeit zu viel, der Hände zu wenig gegeben, so gab es jetzt der Hände zu viel und der Arbeit zu wenig. Die allgemeine Not der Arbeiterbevölkerung mußte jeden gewissenhaften Politiker mit ernsten Besorgnissen erfüllen.

Die Thronrede, welche der Finanzminister Camphausen bei Eröffnung des preußischen Landtages im Januar 1876 verlas, erwähnte zwar auch bereits der wirtschaftlichen Notlage, hob aber ausdrücklich hervor, daß die Regierung dagegen nichts thun könne und daß es anderwärts — ebenso sei. Bald darauf im Abgeordnetenhause ging Herr Camphausen einen Schritt weiter und erklärte, daß, wenn nicht alles trüge, die Kalamität auf ihrer Spitze bereits angelangt sei, und daß sich die Zeichen des Wiederauflebens der Geschäftsthätigkeit bereits allenthalben bemerkbar machten. Auch

Digitized by Google

liberale Redner gaben gelegentlich ähnliche Versicherungen ab. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Zum Unterschiede von jener Thronrede, mit welcher im Januar der preußische Landtag eröffnet worden war, stellte die Reichstagsthronrede im Herbst Schritte in Aussicht, welche zur Hebung der wirtschaftlichen Kalamität unternommen werden sollten. Blieb es auch im Ungewissen, was man zu thun beabsichtigte, so mußte man doch annehmen, daß die Reichs-Regierung entschlossen sei, den Standpunkt des laisser faire, laisser aller zu verlassen.

Gleich nach Schluß der Frühjahrs-Session des Reichstages hatte übrigens der Reichskanzleramts-Präsident Delbrück seine Entlassung erbeten und erhalten; — der Personenwechsel in dieser für die wirtschaftliche Entwickelung des deutschen Reiches einflußreichsten Stellung schien damals, wenn allerdings nicht auf einen Wechsel, so doch auf eine veränderte Richtung in der wirtschaftlichen Leitung hinzudeuten.

Bei einem Staatsmann wie Fürst Bismarck war vorauszusetzen, daß bei den ersten Symptomen der Wirkungen der Gründerära die Frage ihn lebhaft beschäftigte: Wie ist dem darbenden Arbeiter wieder Brot zu verschaffen? Er mußte sich auch diese Frage sehr bald beantwortet haben, und zwar in dem Sinne, in dem er sich erst später öffentlich aussprach:

„Die abstrakten Lehren der Wissenschaft lassen mich vollständig kalt, ich urteile nach der Erfahrung, die wir erleben. Ich sehe, daß die Länder, die sich schützen, gedeihen, — ich sehe, daß die Länder, die offen sind, zurückgehen, und das große mächtige England, der starke Kämpfer, der, nachdem er seine Muskel gestärkt hatte, auf den Markt hinaustrat und sagte: wer will mit mir kämpfen? ich bin zu jedem bereit, — auch dieses geht zum Schutzzoll allmählich zurück und wird in wenigen Jahren bei ihm angekommen sein, um sich wenigstens den englischen Markt zu bewahren.

Nach meinem Gefühl sind wir, seitdem wir unsere Tarife zu tief heruntergesetzt haben, in einem Verblutungsprozeß begriffen, der durch die verrufene Milliardenzahl um ein paar Jahre aufgehalten ist, der ohne diese Milliarden aber wahrscheinlich schon vor fünf Jahren soweit gekommen wäre wie heute. Angesichts dieser Sachlage, wie ich sie beurteile, — liegt kein Grund vor, persönliche Empfindlichkeit in eine Sache einzumischen, die wir,

Digitized by Google

wenn wir ehrlich sein wollen, alle nicht beherrschen, so wenig wie die Frage des menschlichen inneren Körpers. Ebensowenig behaupte ich, giebt es einen, der mit unfehlbarer Gewißheit sagen könnte, dies ist die Folge der und der wirtschaftlichen Maßregel. Deshalb möchte ich bitten, jede persönliche Empfindlichkeit in diesen Fragen aus dem Spiel zu lassen, und ebenso die politische Seite.

Die Frage, die vorliegt, ist keine politische, sondern eine rein wirtschaftliche Frage; wir wollen sehen, wie wir dem deutschen Körper wieder Blut, wie wir ihm die Kraft der regelmäßigen Zirkulation des Blutes wieder zuführen können; aber meine dringende Bitte geht dahin, alle Fragen der politischen Parteien, alle Fragen der Fraktionstaktik von dieser allgemein deutschen reinen Interessenfrage fern zu halten, und wenn wir dem deutschen Volke etwas zu geben haben, so sage ich: bis dat qui cito dat — und wer nicht rasch giebt, der schädigt unsere ganze Volkswohlfahrt in hohem Grade."

Fürst Bismarck hatte erst eine gänzlich neue amtliche Umgebung nötig, um mit seinem rettenden Gedanken durchzudringen, der bereits bei ihm zu einem umfassenden Systeme ausgebildet war, nämlich demjenigen: zuerst durch eine Zollreform das wirtschaftliche Leben und besonders die gewerbliche Thätigkeit der Nation von den Einflüssen zu befreien, welche die Konkurrenz des Auslandes auf den innern deutschen Markt ausübt, und sodann, nachdem dem Arbeiter wieder Brot geschafft war, die sozialen Verhältnisse der arbeitenden Klassen ins Auge zu fassen.

In zarter Weise drückte sich Fürst Bismarck, nach Auflösung seines Verhältnisses zu Delbrück, über die Nachgiebigkeit aus, die er gegen denselben bewiesen, so lange das Reich der Dienste desselben nicht entraten konnte. „Wenn ich für eine Aufgabe, wie die Konsolidirung des deutschen Reiches in seinen ersten Anfängen oder des norddeutschen Bundes als Vorakt zum deutschen Reiche, um die Mitwirkung eines Staatsmannes von der Bedeutung in seinem Gebiete, wie Herr Delbrück es ist, mich bewarb und sie erhielt, so liegt doch ganz klar, daß ich damit nicht die Prätension verbinden konnte, daß der Herr Präsident Delbrück die wirtschaftlichen Geschäfte, in denen er die erste Autorität in ganz Deutschland war, nach meiner Leitung und meiner Anweisung führen sollte, sondern es war natürlich cum grano salis gegeben, daß ich, wie es auch in der That der Fall war, vertrauensvoll mich seiner Führung überließ, und ich bin auch weit entfernt zu sagen, daß ich dieses Vertrauen bereue. Die mächtige Hilfe, welche

Digitized by Google

die Mitwirkung einer Kraft, wie die des Herrn Delbrück, der ersten Einrichtung des Reiches gewährt hat, war durch nicht anderes zu ersetzen. Wir hatten keinen Mann von seiner Bedeutung. Ich habe meinerseits mich damals in eine Beurteilung wirtschaftlicher Fragen nicht eingelassen, sondern ich habe die bedeutendsten Leute und Staatsmänner, die mir ihre Hilfe gewähren wollten, zu werben gesucht, um dieses Werk, was ich übernommen hatte, mit mir in Gemeinschaft durchzuführen. Es ist ja ganz zweifellos, daß ich mitunter in wirtschaftlichen Fragen nicht der Ansicht des damaligen Herrn Präsidenten gewesen bin, und wenn mir die Verständigung darüber nicht gelungen ist, ich weiß nicht, wie die Fälle sich erledigt haben; ich vermute, daß in den meisten Fällen ich nachgegeben haben werde, weil ich politisch und an meiner Meinung gern Opfer brachte, um diese so ungewöhnlich bedeutende Mitwirkung der Sache, der ich diente, zu erhalten. Daß meine Meinung, wenn ich schließlich ganz auf mich selbst gestellt bin, eine andere ist wie die, der ich bis dahin gefolgt war, ja das schäme ich mich in keiner Weise zu bekennen. Ich habe früher die Ansicht nicht ganz geteilt, bin aber der Autorität gefolgt, weil ich nicht glaubte, meine Ansicht durchsetzen zu müssen in allen Dingen, die ich nicht verstehe."

Beim Fürsten Bismarck spielte in den Beschäftigungen mit der Zollpolitik, die der gesetzgeberischen Thätigkeit auf diesem Gebiete voran gingen, auch der Elsaß eine Rolle. Es mag in dieser Beziehung auf eine Äußerung zurückgegangen werden, die im Mai 1871 der Friedensunterhändler Thiers in der Versailler National-Versammlung that, wo er das Resultat der Friedensunterhandlungen zu motivieren hatte. Er sagte daselbst u. a.: es habe sich bei der Abtretung des Elsaßes um die Wahl zwischen Mühlhausen und Belfort gehandelt; Fürst Bismarck habe auf der Abtretung des erstern bestanden und das letztere als Opfer gebracht. „Warum aber brachte Bismarck uns dies Opfer? Ich glaube, die Politik der Regierung, die uns gegenüber steht, zu kennen, sie ist der Gegenstand meiner unablässigen Studien gewesen, und wenn ich das Motiv dieses Opfers erraten habe, so ist es ein rein industrielles. Preußen, das viel für die Rheinprovinzen gethan und ihnen einen sehr großen Wohlstand gegeben, will auf die nämliche Weise im Elsaß auftreten, denn es hat nicht allein den Boden, sondern auch das Herz des Elsaßes zu erobern." Thiers erging sich darauf in weitläufigen ökonomischen Betrachtungen, bedauerte Frankreich, in seiner alten Schutzzollpolitik nicht mehr die alte

Digitized by Google

Zähigkeit unter dem napoleonischen Regime bewahrt zu haben, und pries die Einsicht des Fürsten Bismarck. Er sprach sodann über die Bedeutung der an Deutschland abzutretenden lothringischen Eisenwerke.

Wie stand es nun nach Jahren mit der „Eroberung des Herzens des Elsaßes"? Es war dort allgemein ein Zustand eingetreten, der von demokratischer Seite in Deutschland als Grund gegen die Annexion in folgender Weise verwertet wurde.

„Bei den Diskussionen über die Zollfrage spielt Elsaß-Lothringen eine Hauptrolle. Im Reichstage stellte sich nach mehrtägigen Debatten über die Eisenzölle heraus, daß eine Wiedereinführung der Eisenzölle fast ausschließlich im Interesse der lothringischen Eisenindustrie verlangt wurde. Die dortigen Gießereien erklärten sich in ihrer Existenz bedroht, weil die benachbarte französische Konkurrenz mittelst der acquits-à-caution ihnen den deutschen Markt streitig mache. An der Thatsache, daß die früheren Eigentümer eines großen lothringischen Eisenwerks jenseits der Grenze ein neues ähnliches Etablissement erbaut haben, und daß eine andere große deutsch-lothringische Eisenfirma im Begriffe steht, das nämliche zu thun, sucht man nun Tag für Tag nachzuweisen, daß Deutschland nicht ohne Eisenzölle zu existieren vermöge. Bekannt ist ferner, daß die Geldmittel zu der neuerdings wieder so lebhaft betriebenen Schutzzollagitation zum guten Teile von elsässischen Industriellen der Textil- und metallurgischen Industrie geliefert werden. Neuerdings sucht man auch aus dem Rückgange der elsässischen Tuchindustrie in schutzzöllnerischen Organen Kapital zu schlagen. Es wird uns vorgerechnet, daß in Bischweiler 1870 über 5000 Arbeiter beschäftigt und 2000 Webstühle im Gange waren, während jetzt die Zahl der Arbeiter auf 1200, diejenige der Webstühle auf 400 herabgegangen sei. Der Jahresumsatz in Bischweiler Tuchen, welcher früher durchschnittlich 25 Millionen Franken betrug, sei auf 1—5 Millionen herabgegangen. Auch aus Mühlhausen kommen ähnliche, wenn auch weniger intensive Klagen. In den ersten Jahren nach der Annexion, als der französische Markt noch teilweise offen stand, machte die dortige Industrie, begünstigt durch ihre Doppelstellung, zwar sehr gute Geschäfte. Jetzt ist sie vorzugsweise auf Deutschland angewiesen und muß sich mit ungünstigeren Resultaten begnügen. Auch hierfür macht man ausschließlich die deutsche Zollpolitik verantwortlich und verlangt dringend einen grundsätzlichen Umschwung derselben.

Digitized by Google

Angesichts dieser Erscheinungen dürfte es an der Zeit sein, sich einmal mit der Frage zu beschäftigen, ob die Klagen der Elsaß-Lothringer über unser Zollsystem berechtigt sind, und inwieweit sie eine besondere Beachtung verdienen. Als grundsätzlichen Gegnern der Annexion darf man von uns in dieser Frage wohl ein unbefangenes Urteil erwarten. Unter den Beweggründen, welche uns im Jahre 1871 veranlaßten, der Einverleibung Elsaß-Lothringens wider den Willen der Bevölkerung entgegenzutreten, waren die verschiedenartigen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und der abgetretenen französischen Gebiete nicht in letzter Reihe zu finden. Wir sahen voraus, daß die Vereinigung zweier Wirtschaftsgebiete, welche bis dahin unter ganz verschiedenartigen Produktionsbedingungen gearbeitet hatten, Unzuträglichkeiten der mannigfachsten Art herbeiführen müsse. Die deutsche Industrie war unter sehr gemäßigten Schutzzöllen entstanden. Seit dem Jahre 1865 hatte der deutsche Zollverein sich sogar dem Freihandelssysteme noch um ein bedeutendes genähert. In Frankreich herrschte bis 1860 das vollständigste Prohibitivsystem. Erst seit dem Handelsvertrage mit England, dem sich die Verträge mit Deutschland und den anderen Industriestaaten anreihten, waren fremde Fabrikerzeugnisse nicht mehr ganz ausgeschlossen. Aber der Zugang war und ist heute noch durch ein sorgfältig abgestuftes System hoher Schutzzölle in bedeutendem Maße erschwert. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, welches von beiden Zollsystemen den Vorzug verdiene; thatsächlich wird sich die totale Vorschiedenheit der deutschen und französischen Produktionsbedingungen nicht in Abrede stellen lassen.

Die auf ganz anderen Grundlagen entstandene und fortentwickelte elsaß-lothringische Industrie ward durch die Annexion dem deutschen Zollgebiete zugeteilt. Wen darf es Wunder nehmen, daß diese Industrie sich auf deutschem Boden zum großen Teil unbehaglich fühlt, ja, daß sie zum Teil gar nicht mehr fortbestehen kann. Man kann diese Thatsache lebhaft bedauern und daraus ein sehr in die Augen springendes Argument gegen die Annexionen überhaupt gewinnen. Mit welchem Rechte will man aber die Forderung aufstellen, daß eine Nation von 40 Millionen Einwohnern, um der hinzugekommenen $1\frac{1}{2}$ Millionen willen, die Grundlagen ihres Industriesystems aufgeben und dasjenige der einverleibten Minderheit acceptieren solle? Bleiben wir einmal bei dem von den Schutzzöllnern jetzt besonders eifrig kolportierten Beispiele von Bischweiler. Deutschland hatte von jeher

Digitized by Google

eine hochentwickelte Tuchwarenindustrie. Besonders in wohlfeilen und mittleren Qualitäten haben sich schlesische, sächsische und rheinische Tuche seit vielen Jahren siegreich auf dem Weltmarkte behauptet. Obwohl nun die hohen amerikanischen und russischen Zölle einen guten Teil der ausländischen Kundschaft entzogen haben, führten wir in den letzten Jahren durchschnittlich 100000 Zentner Wollenwaren mehr aus als ein. Der Zoll von 30 Mark per Zentner, der auf geringe und Mittelware einem Wertzolle von $7\frac{1}{2}$ bis 5 Prozent gleichkommt, reicht nicht nur vollständig aus, er macht sogar in glatten Tuchen jede Einfuhr vom Auslande unmöglich. Die unter dem französischen Prohibitivsystem großgezogene Tuchweberei zu Bischweiler kann dagegen im deutschen Zollgebiete nicht konkurrieren. Vom französischen Markte ist sie durch den Wertzoll von 10 Prozent ausgeschlossen. Wir sind daher nicht erstaunt, daß die Webstühle feiern, die Fabrikanten ihre Geschäfte schließen und die Arbeiter nach Frankreich auswandern. Die Schilderung, welche ein Elsässer kürzlich in einem deutschen Blatte entwarf, ist allerdings sehr traurig: „Man muß mit eigenen Augen sehen", schreibt er, „man muß unsere elsässischen Fabrikorte besuchen, um zu wissen, was diese betrübende Emigration der Arbeit zu bedeuten hat. Man muß das fröhliche, wohlhäbige Bischweiler von ehedem mit seinen zahllosen dampfenden Schloten gekannt haben, wenn man die Größe der Veränderung, die heute mit ihm vorgegangen ist, beurteilen will. Ein Gefühl der Wehmut ergreift uns, wenn wir diese tote Stadt mit ihren stillen Straßen durchwandeln. Leerstehende Wohnungen, deren Fensterladen geschlossen sind, erblickt man, kein Schlot raucht, die Lagerräume, Wirtslokale, Ställe stehen leer und ihre Besitzer haben anderwärts ihr Glück versucht. Der Handwerker, Krämer, Hausbesitzer, Schenkwirt und alles, was hier lebt, war auf den Zuzug der Arbeiter angewiesen, und nun, da die Industrie des Städtchens so gut wie vernichtet, ist auch ihnen der Erwerb geschmälert, zum Teil sogar gänzlich entzogen."

Es sind das in der That schlimme Zustände, die niemand lebhafter beklagen kann, als wir. Allein unserer Zollpolitik kann man diesen vollständigen Ruin ganzer Industriebezirke in keiner Weise zur Last legen. Einmal stand unser Zollsystem längst fest, als Elsaß-Lothringen in das deutsche Zollgebiet eintrat. Eine kleine Minderheit kann gewiß nicht verlangen, daß die große Mehrheit um ihretwillen eine ganz neue Wirtschaftspolitik inauguriere. Sodann aber wird jeder Sachverständige einräumen müssen, daß

Digitized by Google

der Tuchindustrie zu Bischweiler auch durch höhere Schutzzölle nicht geholfen werden kann; diese Industrie ist notorisch auf dem deutschen Markte der inländischen Konkurrenz nicht ebenbürtig. Den verschlossenen französischen Markt, für den die dortige Fabrikationsart am besten geeignet war, können die höchsten deutschen Schutzzölle nicht wiedergewinnen. Ähnlich, wenn auch nicht so drastisch, treten die Mißstände bei den verschiedenen anderen in Elsaß-Lothringen gepflegten Industriezweigen zu tage. Abgesehen davon, daß dieselben jetzt in Deutschland, wie jedermann, unter der allgemeinen wirtschaftlichen Kalamität zu leiden haben, werden sie noch speziell geschädigt durch die früher ungewohnte Konkurrenz anderer deutscher Industriebezirke, durch den teilweise abweichenden Geschmack und die abweichenden Bedürfnisse der deutschen Konsumenten. Alle diese Übelstände wirken doppelt nachteilig auf eine Industrie, die durch ein schroffes Abschließungssystem gegen das Ausland verwöhnt und ohne Zweifel teilweise künstlich großgezogen war. Die heutigen industriellen Zustände Elsaß-Lothringens sind daher nur geeignet, diejenigen in ihren Ansichten zu bestärken, welche der Meinung sind, daß es, ganz abgesehen von allen politischen Gründen, ein großes Unrecht ist, eine Provinz, die Jahrhunderte lang einem großen und festgegliederten Wirtschaftsverbande angehörte, plötzlich von demselben loszureißen und sie einer Interessengemeinschaft anzuschließen, welche ganz andere Existenzbedingungen hat. Das sollten in erster Linie diejenigen deutschen Preßorgane bedenken, die vor sechs Jahren der Annexion zujubelten, die, wenn möglich, noch mehr französische Provinzen annektieren wollten, die sich aber heute zu Advokaten der elsaß-lothringischen Schutzzöllner machen. Was uns betrifft, so dürfen uns die Sympathien, welche wir für die Elsaß-Lothringer haben, nicht abhalten, unsere Meinung über deren Ansprüche offen auszusprechen. Deutschland kann seine historisch gewordene Handelspolitik nach Bedürfnis weiter entwickeln und umändern. Es kann dieselbe aber nicht nach dem Wunsche einer kleinen Minderheit, deren Industrie nach einem anderen Zentrum gravitiert, auf den Kopf stellen."

Läßt man die nächste Tendenz dieser im Jahre 1877 gemachten Ausführung bei Seite, so dient sie doch als Illustration der Wirkungen der deutschen Wirtschaftspolitik gegenüber der französischen, ein Gegensatz, den bald nachher ein ausländisches Blatt von einem anderen Standpunkte aus beleuchtete, indem es die Frage stellte, ob denn eine solche Probe des Wertes zweier ver-

Digitized by Google

schiedenen Handelssysteme, wie das Elsaß sie drastisch genug zu bestehen hatte, einen Staatsmann wie den Fürsten Bismarck stumpf darein schauen lassen könne.

„Wenn der Rhein die Schweizer Berge verlassen hat, tritt er in die schöne und reichgesegnete Ebene ein, die rechts des Stromes von dem Großherzogtum Baden und links des Stromes von dem Elsaß gebildet wird. In Klima, Bodenbeschaffenheit und Naturanlage sind beide Ufer innig verwandt. Allein die in beiden Ländern herrschende Handelspolitik hat dem badischen und dem elsässischen Ufer einen ganz verschiedenen Charakter aufgeprägt. Unter dem Freihandels-System des alten deutschen Reiches und des späteren Zollvereins stehend, ist das Herzogtum Baden im wesentlichen ein Agrikulturland geblieben, in welchen nur vereinzelte kleinere Industrialorte eingesprengt sind. Der Elsaß dagegen ist unter der energischen Pflege der französischen Schutzzollpolitik zu einem der ersten Industrieländer emporgeblüht. Auf dem Kontinente giebt es nicht wieder seinesgleichen, denn die Massenerzeugung war hier durch ein bewundernswertes Aufgebot von Kunstgeschmack veredelt, und neben einem Stamme von Großindustriellen, die zu gewissen Zeiten in Paris eine geradezu maßgebende Stellung einnahmen, lebte dort — wir erinnern an Mühlhausen — ein Arbeiterstand, der sich durch Bildung und Leistungsfähigkeit ebenso auszeichnete wie durch hohe Prosperität. Kaum braucht es besonders hervorgehoben zu werden, daß auch die Landwirtschaft im Elsaß sich zu intensivster Blüte aufgeschwungen hatte. Man kann darüber streiten, ob die Entstehung großer Industriestädte, vom lokalen Standpunkte betrachtet, ein besonderes Glück sei. Aber so viel ist denn doch gewiß, daß der Elsaß vielleicht zehnfach größere Werte produzierte als der badische Teil der Rheinebene und dem französischen Staate außerordentlich vielmehr an Steuern und erworbenem Kapital und folglich auch an finanzieller, politischer und militärischer Kraft zuführte.

Das handelspolitische System Frankreichs hatte sich also bewährt, indem der Elsaß bei weitem den Vorsprung vor dem badischen Lande gewonnen hatte. Aber als ob die Probe so recht schlagend und vor aller Augen durchgeführt werden sollte, ereignete es sich nun im Jahre 1871, daß das wiedergewonnene Reichsland unter die Herrschaft der deutschen Handelspolitik gekommen ist. Was hat nun die letztere aus dem Elsaß gemacht?

Der Elsaß ist bis heute von seiner frühern wirtschaftlichen

Digitized by Google

Höhe um viele, viele Stufen hinabgesunken. Frankreichs auf allen Weltausstellungen bewundertes Kleinod, die Mühlhausener Druckindustrie, welche die Krone von fast zwei Millionen Spindeln und sechzigtausend mechanischen Webstühlen bildet, sah sich genötigt, die Erzeugung von Edelware zu verlassen und ihre Produktion dem Bedürfnisse des bescheidenen deutschen Marktes anzupassen; früher in Paris, Petersburg, New-York und der Havana von der Elite der Käufer gesucht, muß sie nun in Mittelware mit Glasgow, Rouen und Berlin um den Preis ringen und durch das Appreturverfahren den Zutritt nach Österreich erschleichen. Solche Änderungen vollziehen sich aber nicht ohne die größten Opfer. Große und berühmte Firmen des Elsaß sind gefallen, andere haben den Betrieb eingestellt, und nicht lange ist es her, daß nach einer uns aus kaufmännischen Kreisen zugehenden Mitteilung für etwa 60 Millionen Franks unverkäufliche Druckware im Elsaß lagerte. Das war die Bilanz von sieben Jahren deutscher Handelspolitik.

Glaubt man, daß solche Erfahrungen, daß solche direkte Proben für die Güte zweier handelspolitischer Systeme an einem Manne von dem praktischen Blicke des Fürsten Bismarck spurlos vorübergehen könnten? Bismarck, der selbst als nicht reicher Gutsbesitzer, sowie als Verwaltungsbeamter weit mehr mit dem geschäftlichen Leben in Berührung kam, als oft angenommen wird, muß nur zu gut wissen, daß weder das deutsche Lied, noch das unbedingte Recht der freien Versammlung, noch auch die mancherlei wirklichen Vorzüge, welche Deutschland immerhin dem wiedergewonnenen Reichslande gewähren mag, eine Entschädigung bieten können für den Verlust des Landeswohlstandes. Denn nur bei fortschreitendem innerem Gedeihen pflegen annektierte Bevölkerungen mit dem neuen Mutterlande sich dauernd zu befreunden. Dieselben Erscheinungen aber, die im Elsaß zutage traten, blieben auch fast allen andern Industrie-Bezirken des alten Deutschland nicht erspart. Der Verein deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller hat unlängst die Bilanzen von hundertfünfundzwanzig deutschen Hüttenwerken, Eisengießereien und Maschinenbau-Anstalten veröffentlicht und die darin mit großartiger Offenheit verzeichneten Verluste sind wahrhaft erschreckend. Ganz ähnliche Klagen ertönen aus den Kreisen der Textil-Industrie, der Maschinen-Industrie und fast aller andern Gewerbe. Ohne Zweifel wirken zur Herbeiführung eines so traurigen Resultates gar manche und verschiedenartige Momente mit, und es wäre sehr irrig, die Ursache des

Digitized by Google

Niederganges der deutschen Industrie allein und ausschließlich in den Irrtümern der deutschen Handelspolitik zu erblicken; allein die einfache Thatsache ist denn doch nicht zu leugnen, daß in denselben Artikeln, deren Produktion im Inlande nicht mehr recht gedeiht, eine sehr beträchtliche Einfuhr von auswärts stattfindet, und daß durch diese Thatsache, mag sie nun von der inländischen Industrie verschuldet sein oder nicht, große Gruppen einheimischer Arbeit verdrängt und außer Thätigkeit gesetzt werden. Kein Staat aber, der nicht von verbissenen Theoretikern geleitet wird, kann am Ende ruhig zusehen, wie die Güter und die Menschen dahinschwinden, in deren Erhaltung, Befriedigung und Beglückung doch schließlich der letzte Staatszweck liegt.

Ein eigensinniges Beharren auf dem von der deutschen Manchester-Partei eingeschlagenen Wege mußte mit mathematischer Sicherheit dahinführen, daß die reichsfeindlichen Parteien immer mehr Oberwasser gewonnen hätten. Durch den Niedergang der Industrie wurde in Deutschland notorisch der Kulturkampf verschärft und der sozialdemokratischen Propaganda in die Hände gearbeitet. Gerade durch Beförderung des Gewerbfleißes hatte einst die ältere preußische Schule die katholische und ursprünglich partikularistisch gesinnte Bevölkerung Westfalens und der Rheinlande mit den alten Provinzen und dem preußischen Königtum zu verknüpfen gewußt. Und was Preußen geschaffen, sollte das Reich auflösen? Dazu kam noch das rapide Anwachsen der Sozialdemokratie. Niemand, der Deutschland kennt, wird die von dieser Seite drohende Gefahr gering achten. Schon in den Tagen der Reformationszeit zeigte es sich, wie empfänglich gerade das viel denkende, hart arbeitende und durchaus subjektiv empfindende Deutschland für sozialistische Lehren sei. Das ungeheuer mächtige Hervortreten der Staatsidee im letzten Jahrzehnt hatte nun offenbar in Preußen und Deutschland das Gemeingefühl weiter Bevölkerungsklassen tief angeregt. Wenn der Staat, so sagten viele, berechtigt ist, der Familie einen großen Teil ihres Einkommens und den Eltern aus militärischen Gründen die Kinder zu nehmen — warum sollte er nicht auch verpflichtet sein, der Erhebung, der Aufrichtung der armen und gedrückten Volksklassen seinen mächtigen Arm zu leihen? Wenn der Staat die allgemeine Wehrpflicht heischt, so möge er auch von seiner Seite eine Nährpflicht anerkennen, nämlich die Verpflichtung, den Wehrmann und seine Familie in jenem Stande zu erhalten, daß er zur Erfüllung der Wehrpflicht befähigt sei.

Digitized by Google

Man wird uns zugestehen, daß solche Einwürfe und Bevölkerungsstimmen in einem Reiche, wo das allgemeine Wahlrecht gilt, von ganz besonderer Bedeutung sind und auf die Dauer gar nicht übersehen werden können.

So bereiten sich denn offenbar im neuen Deutschland auf dem sozialen und wirtschaftlichen Gebiete große Ereignisse vor. Daß die Tage jener Manchesterpolitik, die zugleich die Bourgeoisie und die Forderungen der Arbeiter bekämpft und sich zu Feinden gemacht hat, gezählt sind, das darf nach der Sachlage mit Bestimmtheit vermutet werden. Das erste würde sein, daß auf die Gefahr hin, den Herren Bamberger und Richter die schmerzlichsten Kassandrarufe zu erpressen, in Deutschland eine Schutzzollpolitik zur Geltung kommt, welche die Übermacht der westlichen Industriestaaten auf dem deutschen Markte beschränkt. Gleichzeitig scheint eine einschneidende Steuerreform beabsichtigt zu sein, wobei die indirekten Steuern, die weit erträglicher und gerechter sind, als sie scheinen, im Vordergrund stehen werden. Wird hierdurch einerseits das Einkommen des Reiches vermehrt und andererseits die Erwerbskraft der Bevölkerung gestärkt, so dürfte für die erste Zeit genug geschehen sein und die weitere Widerlegung der sozialistischen Irrtümer einer mit der Wiederkehr friedlicher Zustände notwendig eintretenden Neubelebung der Arbeit des deutschen Volkes überlassen werden.

Bismarcks Wirtschaftspolitik ist daher einfach genug. Im kleinen wird sie von jedem Familienvater geübt, der in Zeiten wie die jetzigen die Lage der seinigen ohne Voreingenommenheit erwägt."

Digitized by Google

Bismarck und seine Friktionen.

Es war im April 1869, als der Kanzler einen ersten Versuch mit einer parlamentarischen Soiree machte. An eine regelmäßige Wiederkehr solcher Gesellschaftsabende war zunächst nicht gedacht. Erst der vortreffliche Eindruck, den die erste gemütliche Begegnung mit dem Parlamente an seinem Herde oder vielmehr Buffet auf den Wirt machte, rief bei ihm den Gedanken hervor, die Soiree regelmäßig zu wiederholen, wie der ebenso vortreffliche Eindruck, den der erste außerparlamentarische Verkehr mit dem Kanzler auf die Gäste machte, die Idee der Wiederholung bei den letzteren mit größter Befriedigung aufnehmen ließ. Welcher Kontrast zwischen damals und nach dem Kriege! Den Kanzler des norddeutschen Bundes erkannte man in dem des deutschen Reiches, den Grafen in dem Fürsten nicht wieder, bei aller Liebenswürdigkeit, die dieser auch als Wirt noch zu entfalten vermochte. Er war körperlich, er war geistig ein anderer geworden. Aber auch das Parlament des neuen, geeinten Deutschlands war ein anderes, als das des nach Einigung ringenden, des hoffenden Deutschlands. Im norddeutschen Reichstage gab es auch widerstrebende Elemente; die Partikularisten, zumal die Annektierten gossen manchen Wermutstropfen in den Becher voll schäumenden Champagners, den damals der Kanzler schlürfte und der Nation kredenzte. Aber was wollte eine solche Opposition bedeuten, zu der sich Reichensperger, Windthorst, von Mallinckrodt mit den Sachsen und Schleswig-Holsteinern, die heute gut national gesinnt sind, als „bundesstaatlich-konstitutionelle Partei" vereinten! Was bedeutete sie gegenüber dem Ultramontanismus! Gerade auf der ersten Soiree war es, wo Bismarck und Windthorst recht herzlich zusammen verkehrten und über ihre auseinandergehenden politischen Ansichten harmlos plauderten — beim Maitrank, den sie beide sich munden ließen.

Digitized by Google

Die Laune des Kanzlers war die beste von der Welt. An demselben Tage hatte der „rote" Becker im Parlament von dem Mißbrauche des Telegraphen durch die Privilegierten gesprochen, denen der Draht noch gratis zur Verfügung stand, über die Benutzung desselben durch prinzliche Köche, die Petersilie in Charlottenburg bestellten u. s. w. Der Kanzler knüpfte des Abends an diese Bemerkungen an und kramte einen wahren Schatz von Anekdoten über dasselbe Thema gegenüber dem Abgeordneten Becker aus — man darf nicht alle wiederholen, ohne indiskret zu erscheinen.

Es kam ein Jahr später der Krieg und mit ihm ein Kampf im Innern, dessen ganze Schärfe und Verbitterung, dessen Ursprung und Hartnäckigkeit Fürst Bismarck vor allen andern dem Abgeordneten Windthorst zuschrieb. Er nannte ihn das „geschäftsführende Mitglied" der Partei, dessen Worte nicht Öl von der Sorte seien, welche Wunden heile, sondern von der, welche die Flammen nähre, die Flammen des Zornes. Er glaubte, mit den Ultramontanen eher zum Frieden zu gelangen, wenn sie der „welfischen Führung" entsagten. Zehn Jahre lang ist die Schwelle des Fürsten nicht von dem Abgeordneten Windthorst überschritten, ist zwischen ihnen kein andres Wort gewechselt worden, als in erregter parlamentarischer Debatte. Da erschien plötzlich wieder am 3. Mai 1879 das „geschäftsführende Mitglied" der ultramontanen Partei mit einem Gefolge von andern Mitgliedern in der parlamentarischen Soiree des Fürsten, nachdem eine Konferenz unter vier Augen vorangegangen war. Er hatte sich der größten Aufmerksamkeit und Liebenswürdigkeit des hohen Wirtes zu erfreuen, und es wurde aller Welt klar, daß diese Liebesmühe nicht allein dem „welfischen Marienkultus" (die Konferenz hatte die Angelegenheit der Königin Marie zum Anlaß), sondern wesentlich der Bismarckschen Zollpolitik gelte. Etwas bitter bemerkte damals ein Blatt:

„Seit Jahren laufen die Fäden jeder Opposition gegen Preußen und das Reich, deren Einrichtungen und Staatsmänner in der Hand des Abgeordneten Windthorst zusammen. Polen und Welfen, Dänen und Protestler haben ihre Heimstätte da, wo das Panier des Abgeordneten für Meppen weht. Er hat seinen Finger überall dazwischen, wo etwas geschieht, um die Neuordnung der Dinge in Deutschland gehässig und verächtlich zu machen. Wie man eines Tages den Schatten seiner Hand an den Strängen sah, mit welcher die Schandglocke Gehlsen's, Reichsglocke genannt, geläutet wurde,

Digitized by Google

so kann jeder weitere Zufall noch andere gleichwertige Verbindungen aufweisen. Und mit welcher Geschicklichkeit der Führer der Opposition in Deutschland alle unter einander verfeindeten Gegner der Reichseinrichtungen zu einer gewaltigen und bedrohlichen Macht gesammelt hat, davon giebt uns — außer den Wahlergebnissen (Juli 1878) — die dumpfe und verbitterte Stimmung Kunde, in welche es gelungen ist nach und nach fast ganz Deutschland zu ziehen."

Il n'y a pas d'abîme que la politique ne puisse combler Dem Fürsten B. lag nicht allein seine Wirtschaftsreform am Herzen. Er dachte auch daran, den Kulturkampf abzuschließen, um den Ultramontanismus als politische Partei in Deutschland zu vernichten, wenn es nur möglich war, die obersten Prinzipien der kirchenpolitischen Gesetzgebung aufrecht zu erhalten, d. h. eine Kontrolle der Anstellung der Geistlichen so weit, um der Verwendung derselben als ultramontaner Agitatoren zu wehren, und den Schutz preußischer Bürger gegen hierarchische Übergriffe. Die Vorgeschichte des Kampfes um die neue Wirtschaftspolitik fällt noch mit der Blüte des Kulturkampfes zusammen.

Sollte der nationale Wohlstand nicht mit jedem Tage tiefer sinken, sollten schließlich nicht die schwersten socialen Gefahren über Deutschland hereinbrechen, dann mußte die Zollpolitik des deutschen Reiches unbedingt eine Änderung erfahren, gewissen großen Gewerbszweigen, vor allem der durch Zulassung einer schrankenlosen Konkurrenz des Auslandes großenteils brachgelegten Eisenindustrie, mußte wenigstens die Möglichkeit erschlossen werden, die feiernden Hände wieder zu beschäftigen. Abgesehen von den schweren sittlichen Gefahren, die mit einer jahrelangen Arbeitslosigkeit untrennbar verbunden sind, und von der Not, dem bitteren Elend zahlloser Familien, war zu bedenken, was es hieß, wenn auch nur eine halbe Million Menschen hindurch feierte. Das Produkt der Arbeit ging dem Lande verloren, die Menschen aber mußten ernährt werden, in Armen-, Kranken- oder Zuchthäusern, sei es als Bettler vor den Thüren anderer. Mag der Schutzzoll auch das Leben um etwas verteuern, so durfte man diesen Tribut um der endlichen Beseitigung solcher Übel willen bereitwillig auf sich nehmen.

Die neue Handelspolitik war nur ein Ring in der Kette der Bismarckschen wirtschaftlichen Reformen. Zunächst sollte der Arbeiter wieder Arbeit haben, die „Schlöte sollten wieder rauchen." Dazu mußte die Konkurrenz, die das Ausland der heimischen Industrie

Digitized by Google

machte, gebrochen oder doch eingeschränkt werden. Dann galt es, das kleine Hab und Gut der weniger bemittelten Klassen der Gesellschaft gegen den Steuer-Exekutor zu schützen. Es sollte ihre Steuer auf stärkere Schultern, auf die vermögenderen Klassen abgewälzt werden. Die Krönung des Werkes des „Anwalts des kleinen Mannes" sollte endlich in der Kranken-, Unfalls- und Altersversicherung der Arbeiter, als einer anerkannten Staatspflicht liegen. Parallel mit diesem umfassenden System lief der Gedanke an die finanzielle Kräftigung des Reiches und der Einzelstaaten. Dem äußern Ansehen und der Macht des neuen Staatswesens sollte seine Fähigkeit entsprechen, sich den gesteigerten Staatsbedürfnissen gewachsen zu erweisen. Die neue Handelspolitik war der erste Schritt auf dieser Bahn; denn sie schützte nicht nur die Industrie, die durch die frühere Politik geschwächt war, sondern sie führte durch die Finanzzölle und die Tabaksteuer den ebenfalls durch die frühere Politik geleerten Staatskassen wieder zur Befriedigung unabweisbarer Bedürfnisse und zur Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichtes der Einnahme- und Ausgabe-Etats die nötigen Mittel zu. Die Zolltarif-Reform erforderte aber zu einer gesicherten Bemeisterung des Defizits als Ergänzung eine Reform der indirekten Steuern. „Wir sind", sagte Fürst Bismarck, „in der Entwicklung unseres Steuerwesens hinter allen großen europäischen Staaten zurückgeblieben und haben einen beträchtlichen Weg nachzuholen."

Es war ein Riesenwerk, dieses umfassende System, dem sich Fürst Bismarck unterzog, würdig, der großen Aufgabe, die er durch die Wiedererrichtung des deutschen Reiches gelöst hatte, an die Seite gesetzt zu werden, und dazu bestimmt, dieser Wiedereinrichtung die Vollendung zu geben. Eine Welt von alten Lehrmeinungen mußte zertrümmert und ein ganz neuer Bau darauf aufgebaut werden. Der Größe dieses Unternehmens entsprach die Erbitterung des Kampfes.

Diese Erbitterung gelangte zum stärksten Ausdruck in dem Gegenübertreten eines der hervorragendsten Mitglieder des deutschen Reichs- und des preußischen Landtages. Sie nahm in diesem Gegner des Reichskanzlers den Charakter eines persönlichen Kampfes an, dessen Feldgeschrei auf seiner Seite das „Fort mit Bismarck" wurde. Es sind in der Arena des Reichstages über wirtschaftliche und finanzielle Dinge keine gereizteren Worte gewechselt worden, als zwischen dem „Dilettanten" Bismarck, wie ihn sein

Digitized by Google

Gegner Richter nannte, und dem „Fachmann" Richter, wie ihn sein Gegner Bismarck nannte. Der „Fachmann" mußte sich einmal, was seine politischen Aspirationen betraf, von der „Nat.-Zeitung" sagen lassen:

„Wenn wir unser letztes Wort über das Verhältnis des Herrn Richter zu dem Reichskanzler sagen sollen, so ist Herr Richter ein sehr beachtenswerter Parlamentarier mit einer angeborenen und hoch entwickelten Fähigkeit, anderen Menschen unangenehme und verletzende Dinge zu sagen. Wir halten daher Herrn Richter für sehr geeignet, den Reichskanzler zu ärgern — er scheint sogar in dieser Beziehung nicht immer erfolglos gearbeitet zu haben —; für den Glauben, daß er den Reichskanzler „stürzen" oder gar ersetzen könne, halten wir Herrn Richter doch noch für zu klug und zu gewitzigt. Er müßte denn, wie es Farbenblinde giebt, nachgerade den Sinn für Distanzen gänzlich eingebüßt haben."

Diese Gegnerschaft füllte bereits die sieben Jahre aus, die dem eigentlichen Kampfe, demjenigen um den umfassenden Riesenplan des Fürsten Bismarck, vorangingen. Die Aufgabe, die sich letzterer in dieser Zeit setzte, war noch eine sehr beschränkte. Die sozialpolitische Politik, welche der Besserung der Lage des Arbeiters galt, und welche erst seit dem Jahre 1878 in „Signalschüssen" sich ankündigte, warf in jenen sieben Jahren nur einen schwachen Reflex in den erwähnten Verhandlungen mit Österreich im Jahre 1871 und in den darauf folgenden, resultatlos verlaufenen Konferenzen zwischen deutschen und österreichischen Bevollmächtigten in Berlin, einen Reflex höchstens auch noch in der Aufmerksamkeit, die Fürst Bismarck dem Auftreten der sogenannten Kathedersozialisten schenkte. Die Schutzzollpolitik bestand als Keim ebenfalls nur in der bei einem weitsichtigen Staatsmann wie Fürst Bismarck selbstverständlichen Beachtung der Vorgänge in den Nachbarstaaten. „Frankreich und Amerika haben diese Linie (des handelspolitischen Verfahrens) vollständig verlassen, Österreich, anstatt seine Schutzzölle zu mindern, hat sie erhöht, Rußland hat dasselbe gethan, also allein die dupe einer ehrlichen Überzeugung zu sein, kann man Deutschland auf die Dauer nicht zumuten."

Die einzige praktische Aufgabe, die sich Fürst Bismarck in dem ersten Jahre des Reiches stellte, war die: durch Einführung einiger neuen Steuern das Reich finanziell zu stärken, um es von den „milden Beiträgen" der Einzelstaaten möglichst unabhängig zu machen und dem Staatsdefizit, das er kommen sah, vorzubeugen.

Digitized by Google

In einem (nicht durch den Buchhandel dem Publikum zugänglich gemachten) Bericht über „die Finanzverwaltung Preußens in den Jahren 1870, 1871 und 1872“ hat Minister Camphausen sein Programm mit den Worten formuliert:

„Es kann der Finanzverwaltung eines Landes kaum eine wichtigere Aufgabe gestellt werden, als die, in einer so günstigen Finanzlage den zur Verfügung stehenden, ungewöhnlich reichen Mitteln nach allen Beziehungen hin die richtige Verwendung zu geben. Die Finanzverwaltung hat sich dabei von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen.

1. In erster Linie kommt es darauf an, in allen Zweigen der Staatsverwaltung die Ausgabefonds bis zum vollen Maße des vorhandenen Bedürfnisses zu dotieren und unverkürzt die Mittel zu allen Ausgaben bereit zu stellen, welche erforderlich sind, um sowohl die ideellen, als die materiellen Interessen der Nation wirksam zu fördern, namentlich allen Bedürfnissen gerecht zu werden, welchen in den letzten Jahren bei Beschränktheit der verfügbaren Mittel nicht voll hat genügt werden können.

2. Da die Einnahmen auch das sich danach ergebende erhöhte Ausgabe-Bedürfnis übersteigen, so ist das Land berechtigt, eine Erleichterung der Steuerlast zu erwarten. Es ist daher Pflicht der Regierung, Steuern, welche unzweckmäßig oder drückend sind, zu beseitigen oder zu ermäßigen.

3. Auch in der günstigsten Lage darf nicht vergessen werden, daß Jahren der Fülle auch wieder weniger günstige Jahre zu folgen pflegen, in denen unergiebige Ernten, Stockungen im Verkehrsleben, die Staatseinnahmen spärlicher fließen lassen. Eine vorausblickende Verwaltung muß daher darauf bedacht sein, die reichen Mittel günstiger Perioden zugleich zur Verminderung der Staatsschuld, somit zu einer nachhaltigen, der Zukunft zu Gute kommenden Verbesserung der Finanzlage des Staates zu benutzen.“

Es wurden in der That die Ausgabe-Fonds reichlich dotiert, Steuererleichterungen gewährt (33 Millionen jährlich), Schulden getilgt. Aber als der Rückgang der Betriebseinnahmen auf das normale Niveau erfolgte, trat das Defizit ein, und die Mittel für die Steuernachlässe und Dotierungen mußten nun erst neu geschafft werden. Fürst Bismarck schaffte sie durch die schwer errungene Zoll- und Steuergesetzgebung von 1879. Bis dahin hatte er einen langen, vergeblichen Kampf geführt. Man nennt ihn gern den allmächtigen Mann im Staate und im Reiche, und seine Gegner

Digitized by Google

sprechen so oft von dem Drucke, dem alles in seiner Nähe bis zum Reichstage hin willenlos erliegt oder Platz machen muß, und dieser Mann hat in zehn Jahren nicht einen Pfennig neue Steuern vom Reichstage erreichen können, trotz fortwährenden und oft ungestümen Anklopfens. Die Zölle hat ihm die Kombinierung von staatsfinanziellen und industriellen Interessen durchbringen helfen. Wo lediglich das erstere Interesse, das Staatswohl, in Frage kommt, auf dem Gebiete der inneren Steuern, rollt er Jahr aus Jahr ein, den „tückischen Marmor" auf den Berg, um ihn sich immer wieder zurückschleudern zu lassen. Fast ohne Unterbrechung hat Fürst Bismarck seit 1869, wo das bekannte Heydtsche Steuerbouquet verunglückte, die eine oder andere Blume aus diesem Bouquet dem Reichstage aufs neue vorgelegt, sie wurde ihm vom Abgeordneten Richter zerpflückt, und dieser beherrschte das Parlament, bis in die konservativen Reihen hinein folgte man ihm, indem man lieber vorhandene Bestände verwirtschaftete, als dem Reichskanzler eine neue Steuer bewilligte.

Der Reichstag stand damals, was die Etatsaufstellung betrifft, gänzlich unter dem Einflusse des Abgeordneten Richter. Dem Voranschlage vom Regierungstische nebst Defizit, neuen Steuern oder Erhöhung der Matrikularbeiträge gegenüber, setzte er regelmäßig den seinigen durch, ohne Defizit, ohne neue Steuern, und mit ermäßigter Erhöhung der Matrikularbeiträge. Herr von Minnigerode widersprach, ohne einmal von den Konservativen angehört zu werden. Herr Delbrück und Herr Camphausen schwiegen. Der Reichskanzler grollte. Was damals hinter den Koulissen vorgefallen ist, wagen wir nicht zu sagen. Es kam einmal zum Durchbruch, als der Marineminister von Stosch das, was er bei Aufstellung des Etats dem Kanzler hartnäckig für seinen Etat verweigerte, dem Abgeordneten Richter in der Budgetkommission und dann später im Plenum konzedierte. Man weiß, daß die Vermittelung von Allerhöchster Seite nötig wurde, um den Marineminister zu halten und die Versöhnung mit dem Kanzler zu bewirken.

Herr Richter setzte den Steuerforderungen des Reichskanzlers stets vorhandene Bestände als Mittel, das Gleichgewicht im Etat herzustellen, entgegen, die er irgendwo aufstöberte, sei es einen Rest von der Kriegskontribution, oder einen von einer Verwaltung noch nicht verbrauchten Bestand, oder einen noch nicht einmal feststehenden Überschuß. Fürst Bismarck nannte das eine österreichische Wirtschaft, ein Aufzehren von Fonds, deren Mangel sich einst rächen würde,

Digitized by Google

eine Anleihe bei anderen Verwaltungen, die das abgezwackte Geld einst wiederfordern würden. Auch liberale Blätter hielten es nicht für richtig, mit alten Beständen gänzlich aufzuräumen, und sträubten sich, das Ersparnisse an Matrikularumlagen zu nennen. Vergebens. Die große Mehrheit des Parlaments stimmte unter dem Schweigen der Herrn Delbrück und Camphausen dem Abgeordneten Richter zu. Man kann wohl sagen, daß Fürst Bismarcks großer Finanz-Reformplan diesen Niederlagen mit seinen kleineren Entwürfen entsprang. Er wurde der Suche auf Hühner müde und dachte an Percy: „Viel höher schlägt das Herz beim Löwenjagen, als beim Hasenhetzen." Der starke Keiler oder der Löwe, der den Müden wieder in Atem gesetzt hat, wurde in der Form der Tarifreform erlegt, der zweite, das Tabaksmonopol, hat wiederum dem kleineren Wild weichen müssen, und auch dieses hat abermals das Schicksal der Versuche seit dem Kriege erfahren.

Im Jahre 1875 kam der Etat auf die gewöhnliche Weise zu stande. Dieser wurde auf konservativer Seite damals in der folgenden Weise gegeißelt:

„Daß jederman steuern und sterben muß, hat schon Franklin gewußt, und die Liberalen werden daran nichts ändern, wenn sie auch verstehen, ein Staatsbudget künstlich balancieren zu machen, bloß um das „Volk", als dessen privilegierte Vertreter sie sich doch immer zu gerieren pflegen, vor der Börsensteuer und der erhöhten Brausteuer zu bewahren.

So schwer zu verstehen sind, trotz aller Transaktionen bei der diesjährigen Budgetberatung, die liberalen Finanzkünste übrigens nicht. Da macht man einige Abstriche an den Ausgaben, wie man es gerade für passend hält, und wenn das noch nicht hilft, so erhöht man die Einnahmen auf künstliche Weise — bis es endlich stimmt, bis auf 2—3 Millionen, die schließlich durch Matrikularbeiträge aufgebracht werden müssen. Und dann geht man nach Hause und harangiert das liberale Philistertum, weil man es von „neuen Steuern" bewahrt hat.

Auf solche „ungewöhnliche" Weise, wie der Abgeordnete von Minnigerode es nannte, hat man faktisch diesmal das Budgetgesetz zu stande gebracht. Abgesehen von den Streichungen beim Militäretat, die schlechterdings in einer besonders großen Ausdehnung nicht vorgenommen werden konnten, war es namentlich der Marineetat, welcher als Opfer für die Balance des Budgets herhalten mußte. Sonst freilich sind es gerade die Nationalliberalen,

Digitized by Google

welche auch in Friedenszeiten an die Marine die meisten Ansprüche machen. Die Marineverwaltung hat nun zwar die ihr bewilligten Summen in den letzten Jahren nicht aufbrauchen können, die Zwecke aber, für welche die betreffenden Gelder vorgesehen waren, sind noch nicht erfüllt. Die Verwendung bleibt also den nächsten Jahren vorbehalten. Seitens der Regierung war bereits von vornherein das Entgegenkommen bewiesen worden, 17 Millionen von den bis jetzt unverbrauchten Geldern, dem Einnahmeetat einzufügen. Der Abgeordnete Richter aber machte die Entdeckung, daß noch 4700000 Mark von den Beständen des Marineetats abgesetzt werden könnten, und die Budgetkommission sowohl wie die Majorität des Hauses stimmten dieser Finanzmaßregel zu. So hat man denn gewissermaßen, um die Balance des Etats auch ohne „neue Steuern" möglichst herzustellen, eine Anleihe bei der Marine gemacht, die man, sobald die Arbeiten entsprechend gefördert und die Fonds verbraucht sind, wieder bezahlen muß. Auch von der vorjährigen Anleihe für Marine und Telegraphen zwackte man eine unverbrauchte halbe Million ab, um den Ausgabeetat zu verringern. Alle diese Posten wird man in nächster Zeit wieder beschaffen müssen. Trotz dieser und anderer Herabsetzungen in den Ausgaben wollte der Etat noch immer nicht balancieren. Man mußte also die Einnahmen erhöhen. An Zöllen und Verbrauchssteuern konnte man, entgegen der Voraussetzung des Abgeordneten Richter bei der ersten Lesung, freilich höhere Posten nicht in Anschlag bringen. Der Abgeordnete von Minnigerode konstatierte ausdrücklich, daß die liberale Majorität darauf verzichten mußte, weil sie sich ganz einfach sagte, daß die wirtschaftlichen Auspizien doch nicht zu übermäßig rosigen Anschlägen angethan seien. Man fingierte aber einen höheren „Münzgewinn". Weil dieser letztere Begriff vielleicht manchen irritieren könnte, so wollen wir hier beiläufig gleich erwähnen, daß es sich dabei in erster Linie lediglich um den Überschuß handelt, welcher dem Reiche aus der Prägung der um 10 Prozent minderwertigen Reichssilbermünzen, für welche die Thaler eingezogen werden, sodann aus der Prägung der Nickelmünzen gegen alte Silberscheidemünzen erwächst. Der von der Reichsregierung im Etat veranschlagte Münzgewinn ist nun das mutmaßliche Resultat aus dem Plan der zu prägenden gegen die einzuziehenden Münzen im nächsten Jahre.

Wenn nun die Majorität den Münzgewinn für das nächste Jahr höher veranschlagt hat, so hat die betreffende Zahl vorläufig

Digitized by Google

nur als eine auf dem Papier stehende ihren Wert, und es läßt sich kaum annehmen, daß die höhere Summe bei dem, der Gesamtsumme nach doch immerhin langsamen Fortschreiten der Ausprägung von kleineren Münzen erreicht werden wird. Ferner hat die Majorität gemäß den Vorschlägen der Budgetkommission die Zinsen aus Reichsfonds höher angenommen. Die Konservativen des Reichstages haben hier zugestimmt, weil sie nicht Pessimisten sein wollten, wie der Abgeordnete von Minnigerode motivierte, obwohl der Optimismus hier wirklich schwer fällt. Und deshalb liegt darin auch keine Garantie dafür, daß die Zinsen aus jenen Fonds den Regierungsanschlag wirklich übersteigen werden. Endlich hat man noch 2 Millionen aus den voraussichtlichen Überschüssen dieses laufenden Jahres in den Einnahmeetat für 1876 aufgenommen.

So hat die Majorität es möglich gemacht, das von ihr beabsichtigte Ziel zu erreichen, d. h. die Börsen- und Brausteuer vorläufig aus der Welt zu schaffen und mit einer Erhöhung der Matrikularbeiträge die Balance des Etats herbeizuführen. Das ist nun allerdings, wie es der Abgeordnete Freiherr von Minnigerode nannte, ein Notbehelf des Augenblicks — wir möchten diesen Manipulationen die Bezeichnung einer „Finanzkünstelei" nicht versagen — aber es ist keine Finanzpolitik. — Die Börsensteuer kommt trotz alledem doch wieder. Einmal, und zwar vor einem halben Jahrzehnt ist sie mit Gelächter schon bei der ersten Lesung beseitigt worden; zum zweiten male hat man sie künstlich „überflüssig" gemacht. Beim dritten male wird sie unwiderstehlich sein.

Wenn nun der Liberalismus überhaupt das Zeug dazu hätte, eine verständige Wirtschaft zu treiben, so möchte man ihm die Popularität, die er wohlfeiler Weise durch die diesjährigen Finanzkünste zu erreichen bestrebt ist, noch gönnen. Es ist aber Thatsache, daß gerade die liberale Wirtschaft stets dem Staate am teuersten zu stehen kommt.

Sollen wir schließlich noch ein Wort über das Verhältnis zwischen der Regierung und den Parteien sagen, so können wir fürs erste nicht umhin, unsere Bewunderung darüber auszusprechen, mit welchem Gleichmut die Regierungen oder die Vertreter derselben — um einen Ausdruck aus dem konstitutionellen Lexikon zu entlehnen — die Niederlage in betreff des Budgets hingenommen haben. Zwar Fürst Bismarck nahm, wie es scheinen konnte, bei der ersten Beratung einen Anlauf gegen die Majorität — seitens

Digitized by Google

des Abgeordneten von Minnigerode wurde in Erinnerung dessen auch ausdrücklich das Einverständnis seiner politischen Freunde mit der Finanzdarlegung des Reichskanzlers konstatiert — aber die Verteidigung der Vorlage, wenn man von ersterer sprechen darf, bei der dritten Beratung machte mindestens den Eindruck der Schwäche. Konnte sich doch der Präsident des Reichskanzleramts am Sonnabend auf eine ziemlich bestimmte Provokation seitens des Abgeordneten von Minnigerode nicht einmal zu einer so energischen Erklärung erheben — wie sie nach dem Verhalten der Majorität gegenüber der Regierungsvorlage doch mindestens angezeigt gewesen wäre. Dafür bleibt ihm dann aber auch der Ruhm der Liberalen, daß er persönlich nichts weniger als ein Freund der Börsensteuer sei.

Aber die Börsensteuer kommt doch wieder. „Sie ist unser Lieblingskind — so lange noch ein Pfennig an Matrikularbeiträgen erhoben wird", sagte der Abgeordnete v. Minnigerode. Und was das beste dabei ist, fügen wir hinzu, sie hat trotz allen Widerstrebens der heutigen Majorität den Vorzug, auch populär zu sein."

Es war bei dieser Gelegenheit, daß Fürst Bismarck dem Chef der Admiralität grollte, weil er dem Abgeordneten Richter das einräumte, was er ihm verweigert hatte. Auch Minister Delbrück zürnte dem Kollegen und bestand auf Demission. Nachdem Herr v. Stosch diesem gegenüber Monate lang die Forderung von 32 Millionen für die Marine aufrecht erhalten hatte, war dieselbe schließlich durch eine Entscheidung des Reichskanzlers auf gegen 28 Millionen ermäßigt worden. Von dieser Summe sollten ungefähr 18 Millionen durch vorhandene Restfonds gedeckt werden, während 10 Millionen in den Etat eingestellt wurden. Diese 10 Millionen wurden von Herrn Delbrück, als Vertreter der Reichsfinanzverwaltung, mit Nachdruck und als unentbehrlich vertreten. Dieser konnte daher in keiner Weise darauf gefaßt sein, daß der Marineminister von der Summe, die er so lange für zu gering erklärt hatte, abgehen würde, und es mußte ihn in hohem Grade befremden und verletzen, als Herr v. Stosch auf die Äußerung Richters als Mitgliedes der Budgetkommission, daß der Marineetat auch mit $4^3/_4$ Millionen genügend dotiert sein würde, sofort und ohne weiteres diese Ermäßigung zugestand. Angesichts eines solchen Desaveus seiner amtlichen Erklärungen von seiten des Marineministers verlangte Herr Delbrück durch den Reichskanzler seine Entlassung, und wurde von diesem, dem eine Personalkrisis

Digitized by Google

sehr unerwünscht war, nur mit Mühe bewogen, sein Gesuch zurückzuziehen.

Der wirkliche Rücktritt erfolgte erst im nächsten Jahre (1876). Er hatte dem Reichskanzler gegenüber geäußert, er habe große Bedenken gegen das Maybachsche Reichseisenbahnprojekt, welches sich auch auf ein Monopol zuspitze. Der Fürst nahm das, wie ein Abgeordneter in den „Randglossen zu den politischen Wandlungen der letzten Jahre" erzählt, mit spöttischem Lächeln entgegen. „Nun ja", sagte er, „das kann ich mir denken; — aber Sie können sich vollständig beruhigen, die Sache geht Sie gar nichts an." Delbrück ging nach Hause, speiste mit seiner Gemahlin — er war damals erst kurze Zeit verheirathet — in bester Laune zu Mittag, und dann sagte er: „Mein liebes Kind, nun wollen wir gehen und uns eine Wohnung aussuchen." — „Wozu?" meinte Frau Delbrück, „wir haben ja unsere Dienstwohnung." Herr Delbrück erwiderte, gerade diese wolle er verlassen. Am anderen Tage war die Wohnung gemietet und Delbrück hatte seinen Abschied in der Tasche.

Einige Zeit vorher war von ihm eine anonyme Schrift erschienen: „Der Zollverein und das Tabaksmonopol", welche die Folgen der Einführung dieses Monopols in politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung für Deutschland als sehr unheilvoll darstellt. Es ist möglich, daß man an maßgebender Stelle dem Verfasser auch diese Schrift ins Kerbholz geschnitten hatte.

In der Budgetberatung des Jahres 1877 hatte Fürst Bismarck wieder mit der Methode des Abgeordneten Richter sich auseinander zu setzen. Mit dem Vorschlage desselben, sagte er, den Reichsinvalidenfonds anzugreifen, d. h. vom Kapital zu zehren und die Wege zu betreten, welche große und befreundete Nachbarreiche, nicht zum dauernden Heil ihrer Finanzwirtschaft, betreten hätten, sei er nicht einverstanden. Richter hätte noch viel weiter gehen und den Vorschlag machen können, sämtliche Staatseisenbahnen unter den Hammer zu bringen, die Staatsdomänen und Forste zu verkaufen, kurz das ganze Nationalvermögen budgetgemäß aufzubrauchen, nur um einige Zeit gar keine Matrikularumlagen zu brauchen. „Ich glaube, daß, wenn die österreichische Monarchie, nicht die jetzige Verwaltung, sondern die damalige, welche das Geschäft des Verkaufs der Staatseisenbahnen an die französische Gesellschaft gemacht hat, dies rückgängig machen könnte, wenn dies Geschäft nicht nötig gewesen wäre und man sich an die Steuer-

Digitized by Google

kraft des Landes gewendet hätte, die österreichischen Verhältnisse, nicht nur die finanziellen, auch die wirtschaftlichen, auch die Verhältnisse des gegenseitigen Vertrauens in Geldsachen günstiger in Österreich lägen. Der Reichsinvalidenfonds ist durch ein Gesetz zu einem bestimmten Zweck geschaffen, und ich bitte Sie dringend, seine Verwendung auf diesen Zweck zu beschränken und ihn dafür bestehen zu lassen, sowohl für die gegenwärtigen als auch, was Gott verhüte! für die zukünftigen Invaliden, die uns etwa erwachsen könnten. Gönnen Sie dem Reiche dieses Kapitalvermögen! Es sind auch Kriege möglich, in denen man keine Kontributionen hat, und bei denen man auf das, was man hat, eben angewiesen bleibt. Ich kann nur erklären, daß ich mich, soviel in meinen schwachen Kräften liegt, dagegen wehren werde, daß auf diese Weise der erste bereite Kapitalbestand des Reiches angegriffen werde, um laufende Ausgaben zu bestreiten." Es bliebe allerdings der Ausweg, die Matrikularbeiträge durch Steuern zu ersetzen. Aber mit Steuervorlagen habe die Regierung keine ermutigenden Erfahrungen im Reichstag gemacht. Es sei ihr immer entgegengehalten worden, man wolle keine Steuervermehrung, man wolle eine Steuerreform. Er selbst wolle das nämliche, könne das aber nicht allein machen und ausarbeiten, sondern brauche die verfassungsmäßige und gesetzliche Zustimmung anderer Faktoren. Bis jetzt sei er nicht im stande gewesen, die Friktion, welche sich außerhalb dieses Hauses der Verständigung über den Entwurf einer Steuerreform entgegenstelle, zu überwinden. Der Reichstag unterschätze überhaupt die Friktionen, unter denen ein Minister zu arbeiten habe, bevor er vor denselben treten könne und das erste Wort spreche. „Ich weiß etwas davon; denn meine, wie ich glaube, ursprünglich kräftige Konstitution ist dabei zu Grunde gegangen; meine Arbeitskraft ist aufgebraucht zum großen Teil. Ich müßte, wenn ich meiner Pflicht halbwegs genügen könnte, 10 bis 15 Stunden den Tag arbeiten können. Das habe ich lange Zeit gethan; aber die Länge hat die Last, und jede Natur, sie mag noch so kräftig, noch so arbeitslustig sein, wird dabei aufgerieben, und namentlich diejenigen Herrn, die einen so großen Anteil an dem unnützen Verbrauch ministerieller Kraft haben, sollten einem doch Mangel an Arbeitskraft und Rücksichtslosigkeit nicht gerade vorwerfen. Nun, ich erkläre also, daß wir vorderhand innerhalb des Reichskanzleramts, und in den Behörden, mit Zuziehung der preußischen Behörden, die uns ihren Beistand leihen, damit beschäftigt

Digitized by Google

sind, eine Steuerreform vorzubereiten, und ich habe die Hoffnung, daß Sie, und zwar in dem von Richter getadelten Sinne, bei einer Verstärkung der indirekten Steuern uns zur Seite stehen werden. Wir hoffen, sie Ihnen in der nächsten Reichstagssession vorzulegen."

Übergehend auf die Frage der verantwortlichen Reichsministerien, warnte der Reichskanzler, die Bedeutung derselben nicht zu überschätzen. Ein Reichsfinanzminister, wenn er nur Reichsminister und nicht zugleich Minister eines Partikularstaates, und zwar des preußischen, wäre, würde gar keine Vorlagen machen können. Solche Reichsminister würden im Durchschnitt nur sein, wie jene hochgestellten ostasiatischen Persönlichkeiten, die ein großes Ansehen haben äußerlich, aber keine Machtvollkommmenheit; der Taikun würde in dem Partikularstaate stecken. Sie hätten in keinem Partikularstaate eine bestimmte Wurzel, keinen bestimmten Vortrag bei dem Souverän, kein berechtigtes Mitvotieren bei allen materiellen Sachen, die in diesem Partikularstaate vorkommen, sondern sie würden ganz allein auf die Reichsgewalt in Berlin angewiesen sein, und das eigentlich praktische Leben würde außerhalb ihrer Beteiligung sich bewegen, und zwar im rein partikularistischen Sinne. So würde dieser Reichsprätension gegenüber, die wurzellos in dem mächtigsten Partikularstaate sein würde, der Ring des Partikularismus sich ganz fest schließen, Preußen an der Spitze, und der erste und mächtigste Widersacher des Reichsministers würde der preußische Finanzminister sein. Die Richtigkeit dieser Darstellung habe sich bei der Schaffung des Reichseisenbahnamtes gezeigt, dessen Präsident schon nach zweijährigem Dienste den Reichskanzler gebeten habe, ihm eine, wenn auch geringer besoldete, Stelle im preußischen Staatsdienst zu geben. Er selbst habe den Haupteinfluß, welchen auszuüben ihm vergönnt sei, bisher nicht in der kaiserlichen Macht, sondern in der königlich preußischen Macht gefunden. Er habe einmal die Sache versucht und eine zeitlang aufgehört, preußischer Ministerpräsident zu sein, in dem Gedanken, daß er als Reichskanzler stark genug sei. Darin habe er sich vollständig geirrt. Nach einem Jahre sei er reuevoll wiedergekommen und habe gesagt, entweder wolle er ganz abgehen oder im preußischen Ministerium wieder das Präsidium haben. Es habe etwas Verführerisches, sich ein Reichsministerium zu denken, das im Reiche, innerhalb der Grenzen und Kompetenzen, welche die Verfassung dem Reiche zuweise, dieselbe Machtvollkommenheit aus-

Digitized by Google

üben und dieselbe Verantwortlichkeit dem Reichstage gegenüber tragen würde, wie ein Ministerium im Einzelstaate dies thut und trägt; aber er glaube, daß der Reichstag über die Entwicklung, die das nehmen würde, sich täusche. „Die Macht der Stammeseinheit, der Strom des Partikularismus ist bei uns sehr stark geblieben; er hat an Stärke gewonnen, seitdem ruhige Zeiten eingetreten sind. Ich kann sagen, die Reichsflut ist rückläufig; wir gehen einer Ebbe darin entgegen. Ich weiß nicht, ob ich es tadeln soll, oder ob es ein gesunder, naturgemäßer Entwicklungsgang ist. Es wird auch die Reichsflut wieder steigen. Man muß nur nicht annehmen, daß in 3 Jahren oder selbst in 10 Jahren alle diese Sachen fertig gemacht werden können. Überlassen Sie unsern Kindern auch noch eine Aufgabe; sie könnten sich sonst langweilen in der Welt, wenn gar nichts mehr zu thun ist."

Auf den Vorwurf des Fürsten Bismarck, österreichische Wirtschaft zu treiben, antwortete der Abg. Richter nicht öffentlich, sondern in einer Zeitungsepistel, die damals nur in kleinen Kreisen beachtet wurde, die aber den weiten Abstand in den Anschauungen beider, wie die Geringschätzung, die der Abgeordnete für den Kanzler hat, in grellem Lichte zeigte. „Es ist das wenig beneidenswerte Privilegium großer Männer, schrieb der Abgeordnete, daß nicht allein ihre gleichgiltigsten Bemerkungen von dem Troß serviler Schmeichler als geflügelte Worte kolportiert und als originelle Geistesblitze angepriesen, sondern daß selbst ihre augenscheinlichen Irrtümer wie Offenbarungen höherer Weisheit bewundert und gläubig nachgebetet werden, selbst wenn sie älteren Überzeugungen schroff zuwiderlaufen. Leider haben wir uns zu einer Gesinnungstüchtigkeit dieser Art noch nicht aufzuschwingen vermocht, wir glauben noch heute nicht an irgend eine Unfehlbarkeit und erlauben uns deßhalb auch jedes mal, wo solche Irrtümer unserer Meinung nach verhängnisvoll werden könnten, denselben energisch entgegenzutreten. Ein solcher Irrtum (andere nennen es vielleicht hohe wirtschaftliche Weisheit) war der Vergleich, mit welchem der Reichskanzler in der Reichstagssitzung vom 10. dieses Monats die von der Fortschrittspartei beantragte Verwendung disponibler Restbestände und Überschüsse als das Verfahren eines Verschwenders zu brandmarken suchte, der sein Kapital aufzehrt! Und nun gar vollends jene Bemerkung, welche die Überschüsse des Invalidenfonds auf gleiche Linie stellte mit den Reichseisenbahnen und dem Domänialvermögen der Einzelstaaten.

Digitized by Google

Hätte ein anderer dergleichen vorgebracht, die Heiterkeit des Hauses würde seinem Vortrag ein jähes Ende bereitet haben, aber so hörte der Reichstag mit respektvollem Schweigen zu, und uns bleibt die keineswegs angenehme Aufgabe, zu zeigen, daß der Reichskanzler sich geirrt hat.

In der That, wie konnte es einem verständigen Politiker in den Sinn kommen, vor einer Versammlung von politisch Verständigen dergleichen Paradoxa aufzustellen? Die Steuerkraft des Landes schonen und vorhandene Überschüsse aufbrauchen, ehe man dem Volke neue Abgaben aufbürdet, wäre Verschwendung? Ein disponibles Baarkapital angreifen wäre ebenso schlimm, wie den Eisenbahnbesitz verkaufen? Ohne große eiserne Fonds verwalten und die jährlichen Einnahmen nur dem laufenden Bedürfnis entsprechend veranschlagen, wäre „österreichische Wirtschaft?" Und den unmittelbaren Staatsbesitz vermindern, hieße den Staatskredit gefährden?

Fürst Bismarck behauptet es, aber die Wirtschaftslehre unserer Zeit und vor allem die Erfahrungen wirtschaftlich gut situierter und politisch gesunder Staaten beweisen das strikte Gegenteil. Was zunächst den Vergleich zwischen einem Kapitalvermögen, wie die Überschüsse des Invalidenfonds und einem Realbesitz, wie Eisenbahnen und Domänen betrifft, so springt das Unzutreffende desselben in die Augen. Denn wenn der Staat Eisenbahnen baut, so bleibt das in denselben angelegte Geld produktiv. Selbst wenn die Bahnanlage den Staat mit Schulden belastet und wenn die verausgabten Summen sich nur schlecht verzinsen, so erhöhen sie doch den Staatskredit, weil in der Vermehrung und Verbesserung der Verkehrswege das beste Mittel zur Hebung des nationalen Wohlstandes und der nationalen Steuerkraft liegt. Wir sind nun zwar der Ansicht, daß die Privatunternehmung auf dem Gebiet der Eisenbahnindustrie dasselbe und besseres zu leisten vermag, wie der Staat, das hindert uns jedoch nicht, in dem thatsächlich vorhandenen Eisenbahnbesitz des Staates eine nutzbringende und wohlthätige Anlage des öffentlichen Vermögens zu sehen.

Ganz anders verhält es sich mit dem baren Kapital, welches die Regierung, sei es durch „Ersparnisse", d. h. infolge ungenauer Vorausberatung der Einnahmen und Ausgaben, sei es durch außergewöhnliche Einnahmen wie Kontributionen u. s. w., erlangt und in ihren Kassen anhäuft. Welches auch der Ursprung solches Barbesitzes ist, immer ist derselbe unnötig dem Volke entzogen und

Digitized by Google

schädigt den Nationalwohlstand, indem er das Betriebskapital, welches die Nation für ihren privaten Erwerb gebraucht, schmälert. Schon der Überfluß an sich ist in den Händen der staatlichen Finanzverwaltung ein Übel, um wie viel mehr wird er es, wenn eine falsche Wirtschaftspolitik, um für jeden „unvorhergesehenen" Fall disponible Mittel bereit zu haben, Überschüsse für unantastbar erklärt, und bei stets gesteigerten Bedürfnissen lieber die Steuerkraft des Landes bis auf's äußerste anstrengt, ehe sie sich entschließt, ihre baren Ersparnisse anzugreifen!

In Wahrheit beruht der Kredit eines Staates auf ganz andern Dingen als auf seinem unmittelbaren Besitz. Das Vermögen und die Erwerbskraft der Nation und eine gesunde Finanzwirtschaft, das sind die wirklichen Grundlagen und die einzig zuverlässigen Garantieen des Kredits der Regierung. Das National-Vermögen wird sich aber um so rascher und bedeutender vermehren, je weniger demselben alljährlich durch die Steuerpflicht entzogen, namentlich zu unproduktiven Zwecken entzogen wird und je kleiner der Teil desselben ist, welchen der Staat in eigne Verwaltung genommen hat. Denn daß der Staat kostspieliger und weit weniger spekulativ wirtschaftet, als eine Privatindustrie, und daß er aus dem von ihm administrierten Teil des Gesamtvermögens der Nation einen weit geringeren Ertrag erzielt als die private Unternehmung mit denselben Mitteln zu erlangen pflegt, das ist eine offenkundige Thatsache, an der sich nicht rütteln läßt. Als gesunde Finanzwirtschaft galt es nun bisher, die Unternehmungen des Staates einzuschränken und die von ihm verwalteten Theile des Nationalvermögens der privaten Ausbeutung zu überlassen. Die Gesamtheit gewinnt bei diesem Verfahren ohne Zweifel und die Gesamtheit — ist der Staat. Wir selbst und mit uns alle andern Wirtschaftspolitiker ohne Unterschied der Parteistellung haben deshalb stets die allmähliche Parzellierung und Veräußerung der Staatsdomänen befürwortet, ebenso wie wir eine zu weit gehende Ausdehnung des staatlichen Eisenbahnbesitzes bekämpft haben. Fürst Bismarck freilich nennt das „österreichische Wirtschaft" treiben. Richtiger hätte der Reichskanzler es als „englische Wirtschaft" bezeichnen können. Daß diese trotz dem Fürsten Bismarck immer noch mustergiltig ist, das beweist der Wohlstand des englischen Volkes und der völlig unbegrenzte Kredit der englischen Regierung. Diese verfügt allerdings über gar keine Eisenbahnen, über gar keine Bergwerke, über gar keinen eisernen Fonds, nur in ihrem

Digitized by Google

Jahresbudget von mehr als 72 Millionen Pfund Sterling figurieren die Erträge von „Domänen" mit weniger als 400,000 Pfund. Und bei dieser vollständigen Entblößung von allem Realbesitz findet die Regierung der Königin Victoria doch in jedem Augenblick „auf dem Geldmarkte" so viele Millionen und wenn es sein müßte so viele Milliarden, wie ihr das englische Parlament nur immer zu borgen erlaubt."

Das Finanzsystem des Abgeordneten Richter läßt sich also dahin zusammenfassen: Kredit des Staates an der Börse, keine Steuer-Erhöhung, sondern Anleihefähigkeit. Man nannte das auf der andern Seite: Abhängigkeit von den Börsenfürsten. „Das Ausweichen des Abg. Richter muß entweder dahin führen, daß der Staat sich den wichtigsten Aufgaben gegenüber bankerott erklärt, oder daß die direkten Steuern in Preußen um mindestens 100 Prozent erhöht werden. Oder sollte die Rücksicht auf ihre Verbündeten die Fortschrittspartei bereits dahin gebracht haben, daß sie den preußischen Staat mit voller Absicht in die Verschuldung treiben will, um die Abhängigkeit von der Börse und ihren Fürsten vollständig zu machen?"

Die Rede des Fürsten Bismarck vom 10. März 1877, dieselbe, worin er sich mit dem Abg. Richter auseinander setzte, hatte ihre größere Bedeutung nach zwei Seiten hin. Er entwarf die allgemeinen Züge seines wirtschaftlichen Programms, indem er erklärte, er habe den Eindruck, daß der Arme unter dem Regimente der indirekten Steuern sich wohler fühle, und in diesem Sinne wünschte er eine Erhöhung der Zölle und Steuern auf nicht absolut notwendige, auf entbehrliche Artikel, Tabak und andere. „Nun", rief der Fürst, nachdem er seine Ansichten erläutert hatte, ich bin außer Stande, die Friktionen zu überwinden, die sich außerhalb dieses Hauses der Verständigung über einen Entwurf der Steuerreform entgegenstellen. Sie unterschätzen überhaupt die Friktionen, unter denen ein Minister zu arbeiten hat, bevor er vor Sie hintreten kann und das erste Wort spricht."

Da trat noch in demselben Moment ein Ereignis ein, das der Ausgangspunkt einer langen Erregung der Nation werden sollte, eine Krise, die auch nach ihrer äußeren Überwindung noch lange ihre Nachwirkungen übte, bis sie in der Demission des Finanzministers Camphausen endete, welche wiederum folgenschwer für die weiteren inneren Kämpfe wurde. Die hervorspringendsten Punkte dieser Epoche folgen hier tagebuchweise skizziert.

Digitized by Google

Berlin, 3. April 1877.

„Die Nachricht vom bevorstehenden Rücktritt des Fürsten Bismarck von den Geschäften, sei es nun für immer oder für ein volles Jahr, ist trotz der in den letzten Jahren ein paarmal wiederholten Ankündigung dieser drohenden Eventualität augenblicklich doch wenig vorbereitet und fast allgemein überraschend gekommen. Zu den ersten unmittelbaren Gefühlen des Bedauerns über das Ausscheiden des großen nationalen Staatsmannes von der Führung der Geschäfte und einer mehr oder minder lebhaften Besorgnis um den für die nächste Zukunft zu schaffenden Ersatz seiner eminenten Kräfte im Dienste des Landes gesellt sich überall die Frage nach den Gründen, welche den Entschluß des deutschen Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten herbeigeführt und die nochmalige Abstandnahme von demselben trotz der ernstesten Bemühungen an entscheidender Stelle im wesentlichen nicht erwirkt haben. Daß bei einem nicht bloß für den Kanzler persönlich, sondern für Reich und Land so überaus wichtigen und folgenreichen Entschlusse tiefgreifende Motive wirksam und entscheidend gewesen sein müssen, wird wohl ohne jeden Widerspruch vorausgesetzt und bei jeder Erwägung der nun eintretenden bedeutsamen Veränderung in der Leitung der deutschen und der preußischen Geschäfte festgehalten werden müssen. In erster Linie scheint allerdings kein Zweifel an der wiederholt und auch diesmal vom Kanzler selbst vorgebrachten Behauptung berechtigt zu sein, daß die außerordentlichen Anstrengungen seiner umfassenden, mit den höchsten und schwierigsten Aufgaben deutscher und europäischer Staatskunst ringenden Thätigkeit in den letzten anderthalb Jahrzehnten selbst seine kraftvolle Kernnatur untergraben und erschüttert haben und der ihm verbliebene Rest seiner Gesundheit für die fortgesetzten Mühen eines arbeitsreichen und verantwortungsvollen Doppelberufes nicht ausreichen will. Dennoch wird man kaum fehlgreifen, wenn man für diese einseitige Begründung, welche schon durch das Gegengewicht jenes Solidaritätsgefühls abgeschwächt wird, das eine hohe Mission in ihrem Träger gegenüber seiner Stellung erzeugt und rege hält, eine Ergänzung durch tief eingreifende sachliche Motive sucht, welche dem Reichskanzler bei seinem unbefriedigenden Gesundheitszustand die Fortsetzung seiner amtlichen Thätigkeit so schwierig und aufreibend erscheinen lassen, daß er sich derselben jetzt nicht mehr gewachsen fühlt. Glücklicherweise scheinen diese

Digitized by Google

Ursachen weniger auf demjenigen Gebiete zu liegen, auf welchem der Fürst seine größten Erfolge errang, und den seinigen ähnliche geniale Leistungen, sofern solche nochmals für Deutschland nötig werden würden, unter den gegenwärtigen Staatsmännern wohl von keinem zu erhoffen wären. Deutschland ist in den Sattel gehoben und weder die rückläufige Reichsflut, die Bismarck selbst nicht tragisch zu nehmen erklärte, noch die hie und da im Auslande rege bleibende Scheelsucht und Feindschaft wird das von der Nation im Kern und Wesen gebilligte und darum fest begründete Werk des nationalen Bundesreichs in Frage stellen können. In höherem Grade sind es die nicht den staatlichen Bestand, wohl aber die innere Organisation des Reiches und die wirtschaftlichen und Kulturprobleme betreffenden mannigfachen und entscheidungsschweren Aufgaben, deren Schwierigkeiten und die äußerste Kraftanspannung in Leitung und Durchführung erfordernde Lösungsversuche, verbunden mit den unausbleiblichen fortgesetzten Reibungen mit nicht überall kongenialen, bei einem hohen Selbstgefühl nicht immer leicht überwindlichen oder bezwingbaren, darum oft unbequemen und hinderlichen Kräften, dem Reichskanzler eine Aussicht auf eine Reihe von Kontroversen und Konflikten eröffnen mochten, denen er aus dem Wege zu gehen für geratener hielt. In der für seine Stellung und für das deutsche Verfassungswerk so wichtigen Frage einer künftigen definitiven Organisation der obersten Reichsbehörden ist der Kanzler theoretisch bei den seiner Politik bisher als stärkste Stütze dienenden Parteien, praktisch sogar an noch entscheidenderer Stelle nachdrücklichem Widerstand begegnet und in den dringenden wirtschaftlichen Fragen würde sein „Dilettantismus" sich ohne einen Delbrück vielleicht mancher harten Probe ausgesetzt sehen — gewiß schwerwiegende Gründe für den vielangegriffenen Staatsmann sich vorläufig wenigstens zunächst eine längere Ruhepause zu gönnen

Zur Vervollständigung der Mitteilungen über die an den längeren Urlaub des Fürsten Bismarck sich knüpfenden Gerüchte notieren wir nach der Kölnischen Zeitung noch, daß manche wissen wollen, Graf Stolberg werde Vicekanzler werden und Camphausen Ministerpräsident, während andere auf den Feldmarschall v. Manteuffel, der den Reichstagsverhandlungen u. s. w. beigewohnt hat, als den Mann der Zukunft hinweisen. Unrichtig sei es, daß auch zwischen Bismarck und Camphausen ein ernstes Zerwürfnis stattgefunden habe, zwischen beiden habe es sich nur um eine in freund-

Digitized by Google

schaftlicher Form gehaltene Auseinandersetzung über Camphausens Stellung als Vizepräsident des Ministeriums gehandelt." (Augs. A. Z.)

Berlin, 9. April.

„Fürst Bismarck hatte gestern Nachmittag beim Kaiser Vortrag und begab sich heute Nachmittag nach stattgefundener Ministerbesprechung wieder in das Palais. Der Kaiser hat das Entlassungsgesuch seines Kanzlers nicht angenommen, letzterer sich damit einverstanden erklärt, sich zunächst mit einem Urlaube begnügen zu wollen, während dessen eine definitive Entscheidung — sei es durch Gewährung des Pensionsgesuches, sei es durch Beseitigung der Hindernisse, welche dem Fürsten Bismarck bei seinem dermaligen Kräftezustande die Geschäftsführung unmöglich machen — getroffen werden soll.

Der Urlaub soll noch im Laufe dieser Woche, nachdem übermorgen der Geburtstag der Fürstin Bismarck hier gefeiert worden sein wird, angetreten werden.

Die Verzögerung der kaiserlichen Entschließung scheint, abgesehen von der Schwere des Entschlusses selbst, auch durch den vorgeschlagenen Vertretungsmodus bedingt worden zu sein, welcher den Wünschen des Kaisers nicht entsprochen zu haben scheint. Andererseits war es um so nötiger, gerade für dieses Interimistikum feste Formen zu schaffen, als Aspirationen verschiedenster Art bereit sind, die Erbschaft des Kanzlers, wenn auch noch nicht hinsichtlich der von ihm innegehabten Machtfülle, so doch hinsichtlich seines Ansehens und Einflusses an Allerhöchster Stelle anzutreten. Wie weit solche Aspirationen bei dem klaren und entschiedenen Willen des Kaisers Aussicht auf Erfolg haben könnten, entzieht sich der vorherigen Beurteilung, dennoch mögen dieselben in Kreisen, welche ein sehr unmittelbares Interesse zur schwebenden Frage haben, ziemlich ernst beurteilt worden sein.

Es scheint nunmehr, als ob die heute getroffene Auskunft diesen, sowie manchen anderen Bestrebungen einstweilen einen festen Riegel vorschieben würde. Fürst Bismarck hat, wie bereits erwähnt, die Geschäftsführung noch keineswegs abgegeben, z. B. noch gestern einen die Ausgabe von Schatzanweisungen betreffenden Erlaß gezeichnet, heute noch Vorträge entgegen genommen u. s. w. Bis zur endgiltigen Ordnung der Vertretungsfrage erscheint dies selbstverständlich.

Die nichtkörperlichen Gründe seines Pensionsgesuches hat

Digitized by Google

Fürst Bismarck sowohl im Reichstage, als auch im privaten Verkehr nach seiner Rückkunft aus Varzin im letzten Winter wiederholt angedeutet. Er hält gewisse Reformen für notwendig; in erster Linie die Ausstattung der kaiserlichen Würde mit einer wenigstens annähernd entsprechenden Machtbefugnis. Gegenwärtig ist der Kaiser lediglich ausführendes Organ der Beschlüsse des Bundesrates und des Reichstages, eine Position, welche weder der Würde des deutschen Kaisers, noch der Machtstellung des Königs von Preußen entspricht.

Der Kanzler hat sich ferner dahin ausgesprochen, er halte gewisse große Reformen für unabweislich: Die Reform der Steuergesetzgebung in Preußen, der Zollgesetzgebung des Reiches, die Umgestaltung des Eisenbahnwesens, endlich die Beseitigung der Übelstände, welche sich aus der von der herrschenden wirtschaftlichen Doktrin seit lange geforderten, vom Bundesrat und Reichstag s. Z. mit so großer Majorität beschlossenen Freizügigkeit entwickelt haben.

Es steht dahin, inwiefern Fürst Bismarck mit diesem seinem Programm sich an Allerhöchster Stelle und bei seinen preußischen Kollegen, namentlich bei den nächst interessierten Ressortchefs, einer auch nur bedingten Zustimmung erfreut. Das so bestimmt gegebene und aufrecht erhaltene Entlassungsgesuch läßt darauf schließen, daß der Kanzler für die oben erwähnten Forderungen manchen harten und vergeblichen Kampf bestanden hat, der ihn auch physisch in erheblich herabstimmender Weise beeinflussen mußte, zumal die Last der Jahre und der vermehrten Arbeit, sowie die Wirkungen der voraufgegangenen Anstrengungen die durchgreifende Energie gemindert haben mögen, mit welcher er in früheren Jahren zu brechen vermochte, was sich nicht biegen wollte.

Bei der Aussichtslosigkeit der Fortdauer eines Kampfes gegen unüberwindlich scheinende Hindernisse zog er es endlich unter dem Einflusse einer fühlbaren Ermattung vor, demselben das Feld zu überlassen. — Dies ist die Sachlage.

Regierungsseitig wird die von einem Teile der Presse bestrittene Befugnis, die Vertretungsfrage durch kaiserliche Ordre zu regeln, aufrecht erhalten und besteht jedenfalls keinerlei Neigung, auch diese Angelegenheit zum Gegenstande eines Aktes der Gesetzgebung zu machen, bei welchem selbstredend die verschiedensten Einflüsse sich Zutritt und vielleicht auch Erfolg zu verschaffen wissen würden." (Pol. Corr.)

Digitized by Google

10. April.

Unter dem Titel „Andere Friktionen“ schreiben die Grenzboten:

„In dem Artikel „Der Reichskanzler auf Urlaub“, ist darauf hingewiesen, daß es außer der Hofopposition noch andere „Friktionen“ giebt, welche den Fürsten verstimmen und ermüden, seine Kraft aufreiben, seine Wirksamkeit hemmen, und so Veranlassung zu seinem Verlangen nach Entlassung aus seinen Ämtern gaben. Wir greifen heute davon diejenigen heraus, die in dem Verhalten gewisser Kräfte, welche unmittelbar unter ihm — richtiger gesprochen neben ihm — thätig sind, zu gewissen bedeutungsvollen Reformwünschen liegt, welche die Gedanken des Fürsten erfüllen, mit deren Verwirklichung es aber nicht vorwärts will. Mit anderen Worten: der Reichskanzler vermißte, als er seinen Abschied nachsuchte, namentlich bei dem einen seiner Kollegen die erforderliche Zustimmung und Unterstützung zur Ausführung von Maßregeln auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik und des Steuerwesens, die er für unerläßlich hält, und die bisher nicht in Angriff genommen werden konnten.

„Wenn ein Jäger matt und müde geworden sei durch Herumstreifen auf Kartoffelfeldern,“ — so äußerte sich der Fürst vor einigen Monaten in Gesellschaft von Freunden — „und nach Hause zu gehen verlange, so werde man ihn dadurch nicht zurückhalten, daß man ihm etwa sage, in der Nähe wären Rebhühner zu schießen, wohl aber, wenn man ihm mitteile, in der nächsten Waldbucht lagerten Sauen. Für eine Sauhatz würde er wieder Mut und Kräfte haben.“

So erzählt uns — beiläufig nicht recht genau — ein Artikel der Kölner Zeitung, dessen Verfasser in unmittelbarster Nähe des betreffenden Ministers zu suchen sein wird, und der deßhalb durch den scherzenden und nicht gerade leisen ironischen Ton, in welchem an mehreren Stellen die Hindernisse der Reform behandelt werden, um so mehr auffallen muß. Die Deutung des Gleichnisses, die er giebt, ist insoweit richtig, als unter dem zu erlegenden Hochwilde gewisse Verbesserungen der Zoll- und Steuergesetzgebung und des Eisenbahnwesens gemeint waren. Aber der Korrespondent verschwieg die eigentliche Moral des Bildes und

Digitized by Google

wenn es in seiner Darstellung hieß: „Sobald Fürst Bismarck im stande sein wird, vollständige und motivierte Pläne vorzulegen, welche die Kritik bestehen (sic), wird es ihm in dieser großen Frage der handelspolitischen Reform unseres Erachtens an einer großen und festen Mehrheit im Reichstage nicht länger fehlen," und wenn dann ähnliches in betreff der Steuergesetzgebung und des Eisenbahnwesens behauptet wurde, so verschob sie die thatsächlichen Verhältnisse und Umstände. Es handelt sich nicht um Vorlegung von Plänen von seiten des Reichskanzlers, welche die „Kritik" — zunächst natürlich des Ministers, in dessen Ressort sie gehören, dann des Reichstages — „zu bestehen" hätten. Selbst mit solchen Vorschlägen vorzugehen, liegt durchaus nicht in der Absicht des Reichskanzlers; er wünscht die angedeuteten Reformen, denkt aber nicht daran, seine Wünsche selbst in Pläne umzugestalten und als Gesetzentwürfe der Volksvertretung zu unterbreiten. Er erwartet, daß seine Kollegen dies übernehmen, er hat ihnen diese Erwartung ausgesprochen, und daß der Versuch, sie zu solcher Initiative zu veranlassen, erfolglos geblieben ist, gehört, wie uns die Post vom 19. April — wir glauben, aus bester Quelle — versichert, zu den Gründen, welche den Kanzler bewogen, seinen Abschied zu verlangen.

Die eigentliche Moral seines Jagdbildes lag nach der Post in dem, was der Reichskanzler bei der Gelegenheit hinzufügte. Die lautete:

„Er könne nur dann im Dienste bleiben, wenn seine Kollegen zu den bezeichneten Reformen aus eigenem Antriebe und mit eigenen produktiven Kräften schritten, wenn nicht, wolle er gehen, da er sich nicht stark genug fühle, um Ministerkrisen, den Bruch mit seinen alten Kollegen und das Einleben mit neuen zu ertragen. Es sei ein unbilliges Verlangen, daß er selbst die nötigen Arbeiten liefere und sie der Kritik eines in entgegengesetzten Spuren (soll doch wohl vor allen anderen Dingen heißen: im Geleise der Manchesterschule) gehenden Ressortminister unterwerfe. Einen solchen Weg habe er in der Eisenbahnfrage eingeschlagen und äußerlich die Zustimmung aller gewonnen, sobald es aber an die Ausführung gegangen, hergebrachtermaßen passiven Widerstand und die übliche Abweisung gefunden, ähnlich wie bei der Fortschrittspartei, die auch zu sagen pflege: Nur nicht so, sondern anders, — nämlich so wie es nicht geht." Der Reichskanzler sagte damals: „Es handelt sich für mich nur um die Ermittelung, ob meine jetzigen

Kollegen diejenigen Reformen, welche ich für unabweislich halte, aus freien Stücken und freier Überzeugung so betreiben wollen, daß sie mich in der Richtung schieben und tragen würden, nicht aber ich sie. Wollten sie ersteres, so würde er sehr gern seinen Kredit und seinen Namen in der Firma lassen, um diese Reformen durchführen zu helfen".

Der Verfasser des Artikels der „Kölner Zeitung" äußert sich so hoffnungsvoll in betreff der Reformwünsche des Fürsten, daß man sich vielleicht fragen darf, warum sie, von dem Kollegen, den sie vor allen angehen, zu Plänen ausgearbeitet und den Faktoren der Gesetzgebung zur Annahme empfohlen, nicht denselben Erfolg haben sollten, den er ihnen verspricht, wenn sie der Kanzler der Kritik der Minister und der Reichsparteien unterbreiten wollte. Der Kollege des Fürsten, der jenem Artikel offenbar sehr nahe stand, als er geschrieben wurde, ist ein Mann von eben so viel Selbstgefühl als Vielseitigkeit. Er scheint Macht und Einfluß zu besitzen. Vor zwei Jahren sagte er im Reichstage: „Das Wort unmöglich ist in meinem Wörterbuche sehr klein gedruckt". Er unterhält Beziehungen zu dem Schlosse in Koblenz und ist gleichzeitig in einem hohen Berliner Kreise, wo man sehr liberal und sehr lichtfreundlich ist, als Grundpfeiler und Eckstein des Konstitutionalismus und des kräftigen Protestantismus hoch angesehen. Warum will er, der so viel ist und so viel vermag, nicht die Initiative zu den Reformen ergreifen, die dem Kanzler am Herzen liegen? Ist es etwa, weil ihn daran eine andere Seite seiner Vielseitigkeit hindert — weil er dabei seine Vergangenheit, seine Grundsätze und seine Verbindungen als Manchestermann zu verleugnen hätte? Und jetzt zu etwas anderem, zur Widerlegung einer soeben in einem großen Berliner Blatte aufgetauchten Vermutung von Friktionen mit einer anderen Autorität. Die National-Zeitung von gestern sagt in dem Artikel über Moltkes Rede, es werde sich wohl um einen Konflikt militärischer und politischer Notwendigkeiten handeln. Man könnte aus dieser Andeutung schließen, daß der Reichskanzler sich der stärkeren Belegung der Umgegend von Metz mit deutschen Truppen widersetzt hätte. Eine solche Vermutung aber würde ein Irrtum sein. Im Gegenteil, der Fürst ist in dieser Beziehung nicht nur in voller Übereinstimmung mit den höchsten militärischen Autoritäten gewesen, sondern er hat deren Wünsche und Absichten auch nach Möglichkeit unterstützt und gefördert. Seit Jahren schon verlangten dieselben

Digitized by Google

bessere Eisenbahnverbindung mit Lothringen und mehr Truppen in diesen Teil des Reiches. In ersterer Beziehung war nicht eher etwas zu erreichen, als bis der Kanzler mit Macht auf das Hindernis im Handelsministerium drängte und dessen Vorstand nötigte, die Verbindung zwischen St. Ingbert und Saarbrücken ernstlich in Angriff zu nehmen, welche der Spiritus rector des preußischen Eisenbahnwesens jahrelang kleinkrämerischer Interessen halber — es handelte sich um das Verlangen nach Zugeständnissen von seiten Bayerns, das nicht einmal von der Billigkeit eingegeben war — verzögert hatte. Auch für die Vermehrung der Truppen in Lothringen war der Fürst nach Möglichkeit thätig. Diese aber soll daran hängen geblieben sein und noch heute daran hängen, daß man an einer nicht amtlichen, aber hohen und einflußreichen Stelle sich Befürchtungen hingiebt, die Herren Franzosen könnten das übelnehmen und sich darüber kränken — die Franzosen, die so geläufig französisch sprechen, meist schöne schwarze Backenbärte tragen und der katholischen Religion angehören, die doch viel vornehmer ist als die evangelische.

18. April.

Die Kölnische schreibt: „Dem Hamburger Korrespondent war, wie ja auch uns selber, „von guter Seite" über die Kanzlerkrisis das bereits erwähnte Jagdbild mitgeteilt, und unter dem zu erlegenden Hochwild werden auch dort „gewisse Reformen" verstanden, welche der Reichskanzler für nötig halte, für deren Erjagung ihm aber die Jägerburschen fehlen, nämlich Reformen der Steuergesetzgebung, der Zollgesetzgebung des Reiches, Umgestaltung des Eisenbahnwesens 2c. Da fragt sich denn: hat unser müder Jäger die mächtigen Sauen, auf die zu jagen ihn noch verlangt, und eben so die Lage und Gelegenheit der „Waldbucht", in der sie lagern, schon selber erschaut? Es käme dann wohl nur darauf an, den Jagdgenossen eine genügend bestimmte Mitteilung darüber zu machen; wäre letzteres geschehen, so würden — glauben wir — die hilfreichen Jägerburschen und die zur Eingreifung nötigen parlamentarischen Treiber ihm wahrscheinlich nicht fehlen. Die Stimmen derer, welche als Treiber bisher sich anbieten, weisen bis jetzt mit gleichem Halloh leider in ganz entgegengesetzte Richtungen!

Von verschiedenen großen Reformplänen, nach deren mutiger

Digitized by Google

Verfolgung des Fürsten Herz verlangen soll, hat allerdings schon mehrfach manches verlautet. Er wünscht sich — so heißt es — einen fröhlichen Zollkrieg mittelst Retorsionszöllen zur Erkämpfung einer billigeren Erwiderung der deutschen Handelsfreiheit seitens unserer Nachbarn; er wünscht eine durchgreifende Steuerreform zur verhältnismäßig stärkeren Heranziehung minder drückender indirekter Konsumtionssteuern; er wünscht eine Umgestaltung des deutschen Eisenbahnwesens, damit die Reichsregierung in die Lage versetzt werde, jenen Pflichten wirklich genügen zu können, die ihr durch den Abschnitt VII der Reichsverfassung auferlegt sind; endlich wünscht er eine solche Kompetenz für seine eigene amtliche Stellung, welche die ihn aufreibenden „Friktionen" mildert. Und neuerdings verlangt er sogar auch noch, wie von einigen Seiten versichert wird, eine friedlichere Wendung im „Kulturkampf" mittels „Revision der seither erlassenen kirchenpolitischen Gesetze". Von solchen Wünschen und Forderungen des Fürsten verlautet; aber in betreff ihrer aller fehlt noch jedes vollständigere Programm, so daß einander ganz entgegengesetzte Tendenzen noch immer hineingelegt werden können und von den entgegengesetzten Parteien wirklich hineingelegt werden, und in betreff der meisten, zumal der zuletzt aufgezählten, ist alles, was verlautet, noch so unbestimmt und vieldeutig, daß in betreff dieser jedes Urteil und jede Stellungnahme auch den treuesten politischen Freunden des Fürsten zu denselben vorläufig noch durchaus unmöglich ist. In betreff der beiden erstgenannten Reformpläne ist ein Urteil schon eher möglich. Bei ihnen stehen wir an einem Scheidewege der Jagd, je nachdem sie aufgefaßt werden. Sie liegen, in unserm Sinne richtig verstanden, keineswegs außerhalb der Linie, welche die Reichsgesetzgebung seit 1867 unter der Führung Bismarcks und mit der Unterstützung der noch heute fortbestehenden Reichstagsmehrheit eingehalten hat und auf der noch weiter fortzugehen in fernerer Eintracht mit dem Fürsten Reichskanzler der wärmste Wunsch dieser Mehrheit blieb. Dagegen hören wir zugleich sehr lauten Treiberlärm anderer, welche mit äußerster Lungenkraft zur „Umkehr" blasen."

19. April.

Hier wird das folgende Gespräch eines Abgeordneten mit dem Fürsten Bismarck über Lasker kolportiert:

„Die schlimmsten Krisen hat er gerade herbeigeführt, und wenn

Digitized by Google

dann der Wagen in dem Dreck stak, dann wurde Bennigsen vorgespannt. Der mußte zur Krise den versöhnenden Epilog sprechen, und die Sache war wieder gut. So ist es gegangen seit dem konstituierenden norddeutschen Reichstage, als an der Diätenfrage die Neugestaltung des deutschen Reiches zu scheitern drohte. Ich gestehe, ich habe noch nie einen Demissionsgedanken gehabt, zu dem nicht Lasker den ersten Anlaß gegeben hätte?"

„Was, Durchlaucht? Lasker? Unmöglich, Ihr treuester Knappe? Ihre sicherste Stütze im Reichstage?"

„Allerdings. Wer holt denn so oft den Ultramontanen die Kastanien aus dem Feuer? Wer bedrängt mich fortwährend nach Canossa?"

„Ich verstehe diese Sprache nicht, Durchlaucht; sprechen Sie von demselben Lasker, dem Sie einst herzlich gratulierten zu dem Ordnungsrufe, den ihm ein Ausfall gegen die Ultramontanen einbrachte?"

„Von demselben. Soll ich Sie erst noch an Majunkes Verhaftung erinnern? Ich werde den Tag nicht vergessen, wo Lasker, der Jurist, zwei Stunden lang eine Maßregel des Berliner Stadtgerichts bekrittelte und einem Paragraphen der Verfassung, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, eine Interpretation gab, wie sie eben nur bei einem Juristen möglich ist. Doch davon will ich ganz schweigen. Lasker ist kein Politiker. Sonst hätte er den Ultramontanen nicht damals den Triumph bereiten können. Sie glauben nicht, was ich während der zwei Stunden — so lange sprach er in der That — ausgehalten habe. Ich habe mir ein Aktenstück vorgenommen und meine Feder darauf zerstoßen, ich hätte immer fortlaufen mögen, bin auch in der That gleich nach Schluß der Rede fortgelaufen, direkt zum Kaiser hin, habe meine Demission gegeben. Und was sagte am andern Tage die Germania? „Damit — nämlich mit der Annahme des Lasker-Hoverbeckschen Antrages — war die Verhaftung Majunkes als die Würde des Reichstages verletzend, verurteilt, und da der Reichskanzler die Inkarnation der Regierung ist, so hatte Bismarck am schneeigen Wintertag vor Majunke und dem Schlosse in Plötzensee ein erstes Canossa gefunden." — Sehen Sie, das hat mir der „treueste Knappe," wie Sie sagen, die „sicherste Stütze im Reichstage" angethan. Nachher kam denn das übliche Vertrauensvotum. Herr v. Bennigsen übernahm die bekannte Rolle, ich blieb."

„Aber Durchlaucht, was hat denn heute Lasker mit Ihren Demissionsgedanken zu thun?"

„So? Er hat mir erst wenige Wochen zuvor im Abgeordnetenhause wieder ein Canossa bereiten wollen. Was ist das für ein Politiker, der jetzt von Umkehr und von Einlenken der Regierung gegenüber den Ultramontanen sprechen kann! Und wer hat einige Tage zuvor wieder am meisten mit der Klinge der sittlichen Entrüstung gefuchtelt, in der Sache Kantecky!? Das war abermals eine ultramontane Angelegenheit. In der Reichsgerichtsfrage zog er ebenfalls mit den Jesuiten denselben Strang. So hat er es oft gethan. Als ich nach dem letzten Kriege den kostbaren Frankfurter Frieden heimtrug und Elsaß-Lothringen als Angebinde dem Reichstage darbrachte, da — ich muß an Percy denken — „Ich, den die kaltgewordnen Wunden schmerzten und nun gereizt von meinem Papagei." — Sehen Sie, damals wollte mir Lasker vorschreiben, wie Elsaß-Lothringen zu regieren sei. Ich hatte es erworben, ich verlangte Vollmacht, Lasker antwortete mir mit einem Mißtrauensvotum, mit der Erklärung an die Elsässer: Wir schicken euch diesen Kanzler, aber leiht ihm kein Geld, wir stehen nicht gut für ihn, er ist ein leichtfertiger Schuldenmacher. Das habe ich mir alles von Lasker sagen lassen müssen, ich „der erschöpft von Mut und äußerster Erregung, matt, atemlos mich lehnte auf mein Schwert."

In bezug auf das Verhalten des Abgeordneten Lasker in der Angelegenheit des Sitzes des Reichsgerichts wird erzählt: Herr Lasker hatte sich darüber ausgesprochen, daß der Reichskanzler nicht zur persönlichen Vertretung des Gesetzes anwesend sei. Fürst Bismarck, dem sofort die Vorgänge im Reichstage gemeldet wurden, glaubte aus den Laskerschen Worten den Vorwurf einer Pflichtwidrigkeit herauslesen zu können. Er schrieb infolgedessen an den Unterstaatssekretär Friedberg sofort einige Zeilen, in denen er ihn ersuchte, jenen Laskerschen Vorwurf zurückzuweisen. Herr Friedberg aber replizierte, — so werden diese Details in parlamentarischen Kreisen erzählt, — daß er den Fürsten ersuche, diese Erwiderung persönlich zu thun. Daraufhin schrieb der Fürst an den Präsidenten, Herrn von Forckenbeck, einige Zeilen, in denen er erklärte, er würde nicht wieder eine Versammlung betreten, in welcher man ihn der Pflichtwidrigkeit geziehen habe. So stehen die Dinge und wir sind begierig, wie dieser neueste Konflikt zum Ausgleich oder

Digitized by Google

zum Austrag kommen wird. In Reichstagskreisen hat der Fall selbstredend das außerordentlichste Aufsehen erregt.

„Ist der hier erzählte Vorgang richtig, sagt die Kreuzzeitung, so wird allerdings die Angelegenheit, trotzdem sie schon entschieden ist, noch ihre weitern Schatten hinter sich werfen. Auf den nationalliberalen Wink, daß der Reichskanzler etwas verabsäumt habe, indem er es diesmal an der gewohnten Direktion der nationalliberalen Partei fehlen ließ, wäre dieses Vorgehen des Fürsten Bismarck eine deutliche Antwort."

12. April.

Über die „Grenzbotenartikel" schreibt die Dresdener Neue Reichszeitung: „Die Symptome mehren sich, daß die Preßkampagne, welche mit dem berichteten Artikel der Grenzboten eingeleitet ward, dem Verfasser desselben und seinen Eingebern nicht zum Vorteil ausschlagen wird. Auf den ersten Angriff war in der Schlesischen Presse ein noch stärkerer gegen die Kronprinzessin und ein gemeines Bild in den Berliner Wespen: „Spaziergang der Reichsglocken und des Unterrocks" gefolgt.

Der Ulk ließ es an Gemeinheiten auch nicht fehlen.

Den anständigeren Liberalen war denn dies doch schon zu starker Tabak. Herr Wehrenpfennig freilich fand in seinen Preußischen Jahrbüchern kein Wort des Unwillens, sondern bemerkte nur, ob es ganz so sei, könne man nicht wissen; daß der Reichskanzler und Dr. Falk auf ähnliche Hindernisse gestoßen seien, sei übrigens notorisch. Nun aber erfolgte ein neuer Angriff in einem andern Artikel gegen den Finanzminister Camphausen, der den großen Plänen des Kanzlers entgegentrete und dabei vom „Koblenzer Schlosse" und vom kronprinzlichen Hofe gestützt werde. Das änderte die Stimmung der Liberalen; Intriguen hoher Damen ans Licht ziehen zu sehen, schien ihnen ganz pikant, aber den freihändlerischen und konstitutionellen Minister in dieser Art verarbeitet zu finden, das war etwas anderes. Die Ostsee-Zeitung protestierte nicht nur gegen solche Denunziationen, sondern behauptete, der Finanzminister habe sich dem Reichstage gegenüber regierungsfähiger gezeigt als der Kanzler, und frage mit Recht, wo denn die grandiosen Reformpläne desselben, wo die ebenso regierungsfähigen Männer seien, aus den Gedanken des Fürsten Bismarck Gesetzentwürfe zu machen? Mit diesem Mißvergnügen aber kommen den Denkfähigeren doch auch Zweifel, ob denn wohl

Digitized by Google

die Anschuldigungen des ersten Artikels begründet seien. Von dieser Verstimmung scheint der Verfasser selbst einen Eindruck erhalten zu haben, denn während er sein zweites Elaborat mit folgender Nachschrift schloß: „Ein dem Reichskanzler nah befreundetes Mitglied des Reichstags hat sich bewogen gefunden, in der „Magdeburger Zeitung" vor unseren Mitteilungen zu warnen. Wenn der Herr wüßte, mit welcher Serenität wir seine Ausführungen genossen! Wir werden selbstverständlich weitere Einsprüche der Art ignorierend fortfahren zu sagen, was wir wissen und man wird uns glauben" — bringt die neueste Nummer der „Grenzboten" einen sehr lahmen Aufsatz „Zur Verständigung," in der der Verfasser seinen Rückzug antritt, eingesteht, daß manche der mitgeteilten Thatsachen unrichtig seien, und verspricht für sein Herbarium künftig sorgfältiger zu sammeln.

Indes damit dürfte die Sache denn doch nicht aus sein. Der Minister des königlichen Hauses in Berlin, Freiherr von Schleinitz, hat, wie wir hören, es für seine Pflicht erachtet, diese schamlosen Angriffe zur Kenntnis Sr. Majestät des Kaisers zu bringen, nicht etwa um den Staatsanwalt damit zu befassen, was möglicherweise den Urhebern erwünscht wäre, um den Skandal vor Gericht fortzusetzen, aber unter der Würde der hohen betreffenden Personen sein würde, wohl aber um Erhebungen darüber zu veranlassen, ob die Beschuldigungen begründet seien, daß das Preßbureau diesen Artikeln nicht fernstehe, und um geeignete Maßregeln zu ergreifen, welche dieser demagogischen Agitation, welche vor der Unterwühlung der Dynastie nicht zurückschrecke, ein für allemal ein Ende zu machen. So dürfte die plump angelegte Mine doch nicht die, gegen welche sie gelegt war, sondern diese Anleger verwunden.

Inzwischen lauten die Nachrichten vom Reichskanzler sehr ungünstig. Sein Befinden soll so schlecht sein, daß man an seiner Rückkehr zum Winter durchaus zweifelt, und selbst für den Fall, daß sie erfolgt, glaubt, es werde sehr bald zu einer neuen Krisis kommen, da keine seiner Bedingungen erfüllt worden. Er wird weder einen gefügigeren Reichstag finden, noch einen solchen zur Auflösung erzielen können, wird weder den Finanzminister eingeschüchtert sehen, noch andere zum Ersatz haben und am wenigsten durch die Preßkampagne seine Gegner bei Hofe geschwächt finden. Kurz — einige besonders feinnasige Ratten treffen schon Anstalten, ihre Zukunft in Sicherheit zu bringen. Diese Leute sind ja, wie

Digitized by Google

Byron sagt: „den Rock zu kehren stets erbötig, und auch die Haut, wenn nötig."

15. April.

„Die Reichskanzlerkrise war eine Explosion lang angesammelten Unmuts nach allen Seiten hin, wie sie der vulkanischen Natur ihres Mittelpunktes und Urhebers entspricht. Persönliche Beschwerden gegen den Hof, den Reichstag und die eigenen Kollegen mischten sich mit der Klage, daß gar keine großen Dinge mehr durchzusetzen seien. Was davon ihm am meisten aus dem Herzen kam und am Herzen lag, dürften selbst seine nächsten Umgebungen in Verlegenheit sein, sicher zu bestimmen. Die gesundheituntergrabende und lebenbedrohende Reizbarkeit seines Nervengeflechts macht es schwer, den jähen, aber flüchtigen Zorn des Augenblickes von wirklich tiefbegründeter, nachhaltiger Verstimmung, das subjektive Moment von dem patriotischen zu scheiden. Immerhin ist es gut, daß der Ausbruch erfolgt ist und die gefahrvolle Spannung damit für eine Weile gehoben. Der so gewonnene längere Urlaub wird heilungskräftiger sein, als das frühere Flüchten aus Berlin ohne voraufgegangene Klärung.

Einige Tage hindurch hat die Welt im allgemeinen, was auch Fürst Bismarcks eigene geheime Absicht und Erwartung gewesen sein mag, an seinen Rücktritt vom Amte geglaubt. Dadurch sind wir in den Stand gesetzt worden, die Wirkung desselben auf die Gemüter wahrzunehmen. Wir haben den innern Jubel der Feinde Deutschlands mindestens halblaut hervorbrechen hören. Mag uns dies ein Maßstab sein, welchen Wert sein Bleiben hat; mag es dienen, uns alle mit der Selbstüberwindung zu erfüllen, die mitunter nötig ist, um einen Mann von dieser geistigen Größe und zugleich von dieser im Dienste des Vaterlands geschwächten Gesundheit auch in seinen Eigenheiten zu ertragen.

Er verlangt, wie es scheint, von der liberalen Partei mehr Hingebung. Den Vorwurf der Regierungslosigkeit gibt er zurück mit der bitteren Beschwerde lässiger und widerwilliger Unterstützung, sowohl bei den meisten seiner amtlichen Gehilfen wie bei der Parlamentsmehrheit. Was jedoch letztere angeht, so ist sie allein nicht im stande, die allerdings zu gering vorhandene Fühlung mit dem Reichskanzler zu verstärken. Durch diejenigen Minister, welche ihr einigermaßen gesinnungsverwandt und zugänglich sind, kann sie es nicht, weil dieselben ihrerseits dem Reichskanzler

Digitized by Google

nicht nahe genug stehen oder in ihrem Verwaltungsfache notgedrungen gänzlich aufgehen; die andern aber stehen ihr selbst politisch wie persönlich zu fern. Wenn die dazu geeigneten Posten mit Rücksicht auf diesen höchst wichtigen Verkehr anderweitig besetzt werden könnten, würde die jeweilige gegenseitige Verstimmung zwischen dem leitenden Staatsmanne und den Führern der Volksvertretung kaum mehr vorkommen oder allemal im Keime erstickt werden.

Soviel freie Verfügung über die Ministerstellen ist indessen bei uns die Krone noch nicht geneigt aus der Hand zu geben. Sie hält allem Anscheine nach auch einem Manne von Bismarcks erprobter konservativer Denkart gegenüber fest an ihrer eigenen Bestimmung für jeden besetzten oder freien Ministerposten. Das monarchische Prinzip in Preußen und Deutschland soll sich hierdurch nach wie vor von dem monarchischen Prinzip Englands, Italiens, Belgiens und anderer Verfassungsstaaten eklatant unterscheiden. In Wahrheit sind die Interessen wie die hohen gemeinnützigen Aufgaben der Krone, meinen wir bei der Praxis, der konstitutionellen Welt im allgemeinen reichlich eben so gut gewahrt.

Wenn der Souverän die Besetzung der einzelnen Ministerposten prinzipiell dem Manne seines Vertrauens oder der Partei, welche er ans Ruder ruft, anheimgibt, etwa mit Vorbehalt der Ausschließung ungenehmer einzelner Persönlichkeiten, mit denen er nicht näher umgehen will, erspart er sich hundert unerfreuliche Schiedssprüche zwischen mißhelligen Kollegen und der Staatsmaschine zahllose kraftverbrauchende Reibungen. Auf der andern Seite begegnen sich in dem Wunsche dieses Verzichts auf ein bloß scheinbar wertvolles Vorrecht die Lehre Bismarcks von dem alleinverantwortlichen Reichskanzler und die englische Übung eines regierenden Parteiführers mit annäherungsweise gleichberechtigten Kollegen. Wahrhaftig verantwortlich nach unten wie nach oben hin kann der Reichskanzler erst werden, wenn gegen seinen Willen niemand Minister ist und jeder Minister nur auf seinen Vorschlag." (Schw. M.)

Die nächste Zeit gehörte dem Hangen und Bangen an. „Reaktion" war nach der Deutung der Geisterseher die Parole und schien aus einem Gespenst in Fleisch und Blut überzugehen. Galt der Rücktritt des Ministers Delbrück im Jahre 1876 schon als ein Symptom dafür auf wirtschaftlichem Gebiete, so kam im Jahre 1877 der Rücktritt des Ministers des Innern Graf Eulenburg hinzu und wurde die

Digitized by Google

Verwaltungsreform für bedroht angesehen. Jetzt, in der Kanzlerkrise von 1877, sickerte aus dem Meer von Kombinationen auch der Gedanke von Frieden mit Rom durch: beide Teile, Staat und Kirche, kamen, nachdem sie fünf Jahre hindurch ihre Macht entfaltet hatten, in einzelnen Vertretern, und wie gesagt wurde, in Bismarck selber, zu der Einsicht, daß der Kampf ihnen beiden verderblich sei, und schließlich — wenn es hier überhaupt ein schließlich gibt — nicht nur das vae victis, sondern auch das vae victoribus sich geltend machen werde. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung erklärte, die Beilegung des Kulturkampfes sei etwas „wünschenswertes". Herr Windthorst war damit einverstanden und erklärte:

„Im übrigen ist mir Fürst Bismarck in dem Kulturkampfe lieber, als die preußische Büreaukratie. Ich muß daher auch die Behauptung, daß über den Rücktritt des Fürsten Bismarck Freude im ultramontanen Lager herrsche, zurückweisen. Es kommt für mich nicht darauf an, wer geht, sondern wer kommt".

Die Notstandsverhältnisse, das Umsichgreifen des Sozialismus, die kirchlichen Spaltungen nahmen die Aufmerksamkeit des Kaisers sehr in Anspruch. Über die ersteren ließ er sich von dem Ministerium eine Denkschrift vorlegen. Hinsichtlich der beiden anderen Punkte, der auflösenden Bestrebungen auf sozialem und kirchlichem Gebiete, sprach er sich am 15. Juni, als er vor seiner Abreise nach Ems die Minister um sich versammelt hatte, besorgnisvoll aus und forderte sie zu festem, gemeinsamem Wirken auf. In seiner Antwort auf die Ansprache einer Deputation evangelischer Geistlicher des Niederrheins, welche am 5. September auf Schloß Benrath Audienz bei dem Kaiser hatte und den orthodoxen Standpunkt betonte, erwähnte der Kaiser gleichfalls die destruktiven Tendenzen eines Teiles der Evangelischen und sprach seine Ansicht dahin aus, daß, wenn wir nicht ins Verderben geraten sollten, die Kirche auf dem Grunde des wahren Glaubens stehen bleiben müsse. Im Dezember erneuerten sich die Gerüchte von einer Kanzlerkrisis. Nach der einen Nachricht hatte Fürst Bismarck aufs neue sein Entlassungsgesuch eingereicht, nach der anderen die Übernahme sämtlicher Reichskanzlergeschäfte von der Annahme eines neuen Programms abhängig gemacht. Wiederum war von den bekannten „Friktionen" die Rede. Dieselben sollten, hieß es, mit Vorgängen im klerikalen Lager, sowohl katholischer als evangelischer Konfession, im Zusammenhang stehen. Einflußreiche Persönlichkeiten aus den Hofkreisen, namentlich aus der Umgebung der Kaiserin, wurden

Digitized by Google

genannt. Das Entlassungsgesuch des Präsidenten des Oberkirchenrates, Dr. Hermann, schien die Schärfe der Situation zu kennzeichnen. Wurde dieses angenommen, so war es sehr unwahrscheinlich, daß ein Mann seiner Richtung sein Nachfolger wurde; vielmehr hatte dann ein Mann von dem Geiste Hegels die günstigsten Aussichten. Aber einen solchen konnte Minister Falk dem Kaiser unmöglich vorschlagen, zur Ernennung eines solchen unmöglich seinen Namen hergeben. Die Stellung des Ministers Falk, des Vaters der Maigesetze, schien also gleichfalls erschüttert.

Die Kulturkampfdebatten des preußischen Abgeordnetenhauses trugen (Dez. 1877) dazu bei, die „kritische" Situation zu verschärfen. Auf liberaler Seite wurde in dieser Beziehung bemerkt: „Unsere ganze innere Lage ist dermalen ein Provisorium; alles ist des großen Planes gegenwärtig, den der Reichskanzler als Vorbedingung und Basis seiner ferneren Wirksamkeit demnächst entwickeln wird. Da ist es bezeichnend, daß gerade in diesem Augenblicke die „Konservativen" der Regierung mit Entschiedenheit in einem Punkte entgegentreten, der ohne allen Zweifel einen Hauptbestandteil jenes Planes bilden wird, nämlich im Punkte der Kirchenpolitik. Damit ist deutlich genug gesagt, daß die „konservative" Partei, wie sie u. a. durch Herrn v. Meyer-Arnswalde im Abgeordnetenhause vertreten ist, nicht beabsichtigt, dem neuen Programme des Fürsten Bismarck zur Stütze zu dienen, oder vielleicht auch, daß sie nicht hoffen darf, als solche Stütze berufen zu werden. Die Erklärungen des Herrn v. Meyer bezeichnen aber nur die eine, die negative Seite der Sache, den erneuten Bruch der Altkonservativen mit der Bismarckschen Politik. Die positive Seite hat Herr Windthorst enthüllt, indem er die Möglichkeit eines altkonservativen Ministeriums an die Wand malte. Daß darunter nicht ein Ministerium mit, sondern ein Ministerium gegen den Fürsten Bismarck gemeint ist, bedarf in diesem ganzen Zusammenhange nicht erst des Beweises. Herr Windthorst hat seine Verbindungen, sehr hoch hinaufreichende, sagt man. Seine Bemerkungen über die Zukunft dürfen als Spiegel der Hoffnungen gelten, welche in jenen Kreisen gehegt werden, in denen der Kanzler allezeit seine erbittertsten und zugleich gefährlichsten Feinde erblickt hat. Es ist keine Frage: man hält dort aufs neue den Augenblick für gekommen, den verhaßten Gegner zu stürzen. Unter der Parole: „Wiederherstellung des kirchlichen Friedens!" plant man ein Regiment der Kreuzzeitungspartei, mit welchem die Ultramontanen sich leicht verstän-

Digitized by Google

digen würden. Es hieße an der Vernunft der Weltgeschichte verzweifeln, wollte man einen Erfolg dieser Intriguen an entscheidender Stelle für möglich halten. Aber die Konstellation ist lehrreich für die Beurteilung der Frage, auf welche Faktoren im Volke der Reichskanzler seine Politik wird stützen können. Es gab eine Zeit, da diejenigen, welche der Politik des Fürsten Bismarck zwar freiwillig, aber ohne allen Rückhalt zu dienen behaupteten, ihre Aufgabe nicht besser erfüllen zu können meinten, als indem sie gegenüber dem Vorherrschen der gemäßigt liberalen Richtung in der Volksvertretung die Schaffung einer „großen konservativen Partei" betrieben. Zum Erstaunen aller Welt erscheinen unter den ersten Namen der „deutschkonservativen Partei" nicht wenige von denen, welche ein Jahr zuvor sich mit den unerhörten Angriffen der Kreuzzeitung auf den Fürsten Bismarck in der demonstrativsten Weise solidarisch gemacht hatten. Diese Thatsache kann gerade jetzt nicht nachdrücklich genug in Erinnerung gebracht werden. Die neueste Haltung der Altkonservativen ist der unwiderleglichste Beweis, daß die Unterstützung der „deutschkonservativen Bewegung" seitens derjenigen, welche aufrichtig die Freunde des Kanzlers sein wollten, ein arger Fehler war. Zugleich erhellt, daß Fürst Bismarck auch fernerhin bei den Vertretern des freisinnigen Bürgertums seine Hauptstütze wird suchen müssen. Die liberale Partei ist ein Faktor, mit dem gerechnet werden muß, dessen man schlechterdings nicht entraten kann, wenn man nicht eine der Grundlagen unseres nationalen Staatswesens hinwegnehmen will. Es ist einmal eine historische Thatsache, daß die politische Ausgestaltung der auf dem Schlachtfelde errungenen nationalen Einheit in erster Linie getragen worden ist von dem freisinnigen deutschen Bürgertum. Man hat gut reden, daß alles gesunde konstitutionelle Leben auf dem Gegensatze zweier großen Parteien, einer liberalen und einer konservativen, fußen müsse, daß es mithin ein durchaus berechtigtes Bestreben sei auf dem Boden des Reiches eine starke konservative Partei zu bilden. So lange diejenigen Elemente, welche der Natur wie der geschichtlichen Entwickelung nach vorzugsweise zur Vertretung des konservativen Prinzips berufen sind, der nationalen Neuschöpfung teils aus politischen, teils aus kirchlichen Motiven mehr oder weniger feindselig gegenüberstehen, ist eben, wie auch Herr Windthorst am Sonnabend durchaus zutreffend bemerkt hat, an jene „gesunde" Parteibildung nicht zu denken, und, wer das Reich befestigen will, wird nach wie vor in erster Linie

Digitized by Google

auf die Unterstützung der gemäßigt liberalen Partei angewiesen sein, welche seit einem Jahrzehnt mit selbstloser Treue ihre ganze Kraft dem nationalen Werke gewidmet hat. Wenn die Kulturkampfdebatten der letzten Wochen diese Erkenntnis gefördert haben, so sind sie für das Land nicht ohne Gewinn gewesen."

Die Nationalzeitung sah bereits das französische Ministerium Broglie-Fourtou auf Preußen übertragen, in der Gestalt von Meyer-Windthorst. „Die Broglie und Fourtou sind gefunden — nur stark ins Märkische vergröbert ... Im Ernst, auf die Gefahr hin, den Herrn Windthorst und v. Meyer zu viel Ehre zu erweisen, wir nehmen es mit ihren großen Reden nicht zu leicht, wenn jenen auch die Phantasie etwas zu weit voraustrug, als er den Kultusminister mit seiner Donnerrede „ich verlange das, Herr Minister" wie einen Jules Simon anfuhr, dessen Entlassung bereits unterzeichnet wäre. Es scheint uns mit der Nacktheit einer Thatsache vorzuliegen — nicht, daß die Herren ihrer Sache sicher sind, aber daß Ultramontane und Altkonservative Hand in Hand einen verzweifelten Versuch machen, die Häuser in der Wilhelmstraße und Unter den Linden zu zerstören. Wir fürchten den Angriff nicht im mindesten, wenn er nur diejenigen, gegen welche er gerichtet ist — den Fürsten Bismarck und die Liberalen zugleich, in der zur Abwehr geeignetsten Fassung findet. Es müßte seltsam zugehen, wenn nicht gerade die unvorsichtig offenherzigen Enthüllungen über das sich anspinnende ultramontan-altkonservative Bündnis ein Anlaß mehr würde für die Verständigung zwischen dem leitenden Staatsmann und der Partei, welche jedenfalls vom gemeinsamen Gegner schon in dem gleichen Hasse begriffen und vereint werden. Inzwischen wird die frohe Botschaft des Herrn Windthorst, welche den Altkonservativen auf dem Boden des „christlichen" Staates die Herrschaft verkündet, doch die richtige Beleuchtung für die Politiker ergeben, die sich noch gelüsten lassen sollten, mit dem Führer des Zentrums und dem mutmaßlichen Landwirtschaftsminister des Kabinets Meyer-Nathusius Arm in Arm die preußischen Verfassungsrechte zu verteidigen. Und auch das ist in diesen Tagen schon viel wert.

Wir geben Herrn Windthorst so in der That in einem Teil Recht, wenn er uns die Zeichen der Zeit deutet. Einen sechzehnten Mai für Deutschland verlangen die Klerikalen; ein neues inneres Olmütz begehren die Pseudokonservativen. Beide aber scheinen nur zu vergessen, an wen sie diese beleidigenden Anmut-

Digitized by Google

ungen richten. Wir denken, der kecken Herausforderung wird demnächst die betreffende Antwort nicht fehlen."

Inzwischen stand Fürst Bismarck in lebhaftem Briefwechsel von Varzin aus mit Berlin wegen seines Steuerprogrammes.

In einem Schreiben an den Staatsminister von Bülow, datiert Varzin, den 15. Dezember 1877, heißt es:

„Neben der Steuerreform und der Fertigstellung der im militärischen Interesse erforderlichen Eisenbahnen, gehört die Verwirklichung der Reichsverfassung bezüglich des Eisenbahnwesens zu denjenigen Fragen, von deren Lösung ich meinen dauernden Wiedereintritt in die Geschäfte abhängig machen muß. Wenn die Ausführung des auf diesen Gebieten für notwendig Erkannten nicht durch ausreichende und spontane Mitwirkung aller in Preußen dazu kompetenten Organe sichergestellt werden kann, so werde ich zwar, wenn meine Gesundheit es irgend gestattet, zum nächsten Reichstage erscheinen, aber nur um die Gründe meines definitiven Rücktritts öffentlich darlegen zu können. Ich werde nicht verschweigen können, daß ich keine Aussicht zu haben glaube, für die Behandlung der oben erwähnten Fragen in Preußen das Maß freiwilliger Mitwirkung zu finden, ohne welches ihre Lösung nicht möglich ist, und daß ich deßhalb bei geschwächten Kräften die fernere Mitarbeit an den Geschäften ablehne, weil ich mich unvermögend fühle, sie bezüglich wichtigerer Fragen in die Wege zu leiten, auf denen ich die Verantwortlichkeit für die Gesamtleitung zu tragen bereit wäre.

Ew. ersuche ich ganz ergebenst, von vorstehenden Andeutungen auch mit Sr. Majestät gelegentlich sprechen zu wollen, namentlich um die von der Kreuzzeitung gebrachte Lüge zu widerlegen, als ob ich die Entlassung von Hofbeamten Sr. Majestät je zugemutet hätte. Ich habe Feinde am Hofe, aber deßhalb werde ich die Ehrerbietung gegen meinen allergnädigsten Herrn nicht verletzen. Die Hauptsache für mich ist, daß ich im Staatsministerium Kollegen finde, welche die Maßregeln, die für die Sicherheit und die Interessen Preußens und des Reiches notwendig sind, energisch und freiwillig fördern. Diese Förderung durch Bitten und Überreden zu gewinnen, dazu reichen meine Kräfte nicht aus, und wenn ich Beschlüsse in dem erstrebten Sinne erreiche, so unterbleibt die Ausführung. Mit meinem Namen aber für das Gegenteil meiner Bestrebungen öffentlich einzustehen, kann von mir nicht verlangt werden."

Digitized by Google

An demselben Tage schreibt der Reichskanzler in einem zweiten Briefe:

„Ich gebe Ihnen das beigehende Material der Auffassung meiner Zukunft hin, indem ich von Ihrer freundschaftlichen Gesinnung hoffe, daß Sie es mit Vorsicht verwerten werden. Unter Vorsicht meine ich, daß es mir nicht lieb sein würde, die Sache zu einer Krisis, etwa mit Camphausens Abschiedsgesuch, zu treiben: ich würde es überhaupt lieber sehen, wenn die Verwirklichung der gewünschten Reformen von den jetzigen Kollegen in Angriff genommen werden würde; mir liegt nicht am Personenwechsel, sondern an der Sache, — wenn diese aber nicht ausführbar ist, so will ich gehen."

Ein Brief, datiert Varzin, den 21. Dezember 1877, lautet folgendermaßen:

„Mit verbindlichstem Danke habe ich Ihre Mitteilungen vom 18. und 19. c. erhalten, und Sie werden den Fluch der guten That daran erkennen, daß sie fortdauernd Bitten und Zumutungen gebiert.

Camphausen klagt über Last des Vize ohne das Benefizium des Einflusses; hat denn nicht ein preußischer Finanzminister an sich mehr Einfluß als ein Ministerpräsident? Letzterer hat die Last der Geschäfte und in keinem Ressort etwas zu sagen, nur zu bitten, — kein Anstellungsrecht — kaum für Kanzleidiener. — Einfluß habe ich höchstens im Auslande, wo Camphausen ihn nicht erstrebt: wenn letzterer zugiebt, daß er sich durch sieben Jahre meines Vertrauens erfreut habe, so ist das richtig; ich habe das seinige nicht immer besessen.

In bezug auf Falk bin ich ganz derselben Ansicht wie Camphausen, aber es bleibt immer eine Kalamität, wenn Falk nervös gemacht wird.

Ein neuer Handelsminister wird kaum nötig sein, wenn man das Ressort teilt und zunächst ein selbständiges preußisches Eisenbahnministerium schafft.

Der kritische Punkt der Gegenwart ist die Frage des Finanzprogramms. Da ist es eine vollständige Umkehr der Begriffe, wenn der Finanzminister von dem Präsidenten ein Programm für das Finanzressort erwartet, nach dessen Prüfung er sich die Kritik vorbehalten will; umgekehrt liegt die positive Leistung, die Herstellung eines diskutierbaren Programms, dem Ressortminister ob.

Digitized by Google

Ich bin als Präsident nicht berufen, Finanzprogramme zu erfinden oder zu vertreten, sondern nur dafür verantwortlich, daß der Posten des Ministeriums entsprechender Weise besetzt sei und versehen werde. Der Beruf, Finanzprogramme selbst zu entwerfen, und auf ihre Ausführung zu verzichten oder zurückzutreten, wenn der Finanzminister ihnen nicht zustimmt, liegt mir nicht ob. Die preußischen Minister fühlen sich zu gut, um selbst im Bundesrate mitzuarbeiten; die Präsenzlisten geben ein betrübendes Zeugnis dafür; sie lassen lieber die Reichseinrichtung in Verfall geraten und ziehen die „schöne und unabhängige Stellung" eines preußischen Ressortministers so ausschließlich in Betracht, daß die nationale deutsche Sache daneben nicht zur Erwägung kommt. Warum geht es mit der Doppelstellung des preußischen Kriegsministers so gut und so glatt? Sachlich erscheint sie mir schwieriger noch, als die anderen Ressorts, und Roon war auch kein leicht zu lebender Charakter. Sollte die nationale Gesinnung unserer Generale schärfer ausgeprägt sein, als die unserer altkonstitutionellen Minister?

Ich glaube, wenn Camphausen zugiebt, daß wir 50 Millionen Mark mehr brauchen, wie ich glaubte auch wohl 100, was indessen nur er sachlich und amtlich beurteilen kann — so kann er darüber nicht zweifelhaft sein, daß es seine Aufgabe und nicht meine ist, ein Finanzreformprogramm vorzulegen und dasselbe antwortlich zu vertreten; daß ich ihm dabei, wenn ich gesund bin, nach Kräften assistieren werde, ist selbstverständlich, und umsomehr, wenn ich ihn etwa bei kollegialischer Verhandlung über seine Absichten zu Modifikationen seiner Vorschläge bewogen hätte. Sobald ich seine Reformpläne kenne, wird mein Votum über dieselben von dem Entgegenkommen geleitet sein, welches seine Sachkunde und mein kollegialisches Gefühl bedingen. Wenn aber ein solches Programm gar nicht oder nicht rechtzeitig zur Vorlage kommen sollte, so werde ich entweder den Ablauf meines Urlaubs ohne Beteiligung am Reichstage abwarten, oder mich vor dem Reichstage unter Darlegung meiner vorstehenden Auffassungen auf die Rolle beschränken, die Artikel 70 dem Reichskanzler zuweist."

Einem Schreiben des Ministers von Bülow an den Reichskanzler vom 26. Dezember 1877 entnehmen wir noch das Folgende:

„Ew. versehle ich nicht den Empfang der geneigten Zuschrift vom 24. dankend zu bestätigen. In Gemäßheit derselben habe ich vorgestern eine zweite Unterredung mit dem Finanzminister ge-

Digitized by Google

habt. Derselbe nahm meine Auseinandersetzungen mit Interesse — und ich sollte meinen auch mit Befriedigung — auf und sagte zu, seinerseits ein Finanzprogramm zur Vorlage und zur Diskussion zu bringen: Verständigung darüber und namentlich Durchbringen beim Reichstag würden immerhin schwierig sein; er wolle aber das Beste hoffen und nehme Eurer Durchlaucht Zusage: wenn eine Verständigung erreicht sei, kollegialisch dafür eintreten zu wollen, dankbar an."

Auf eine Einladung des Reichskanzlers begab sich der Präsident des Abgeordnetenhauses, von Bennigsen, am 26. Dezember nach Varzin, verweilte dort bis zum 29. und hatte bei seiner Zurückkunft nach Berlin eine Unterredung mit von Forkenbeck, von Stauffenberg und Lasker. Fast gleichzeitig befand sich der Flügeladjutant des Kaisers, Graf Lehndorf, in Varzin. Es handelte sich um Besprechungen der wichtigsten Art. Dieselben betrafen die Gründung einer liberal-konservativen Partei Bismarck, die Ernennung eines Vizekanzlers und die Einführung indirekter Steuern im Reich. Bisher war die Reichsregierung bei jedem neuen Fall in der Ungewißheit, ob sie dafür eine Mehrheit im Reichstag finden werde. Durch die Vereinigung der Nationalliberalen und der Freikonservativen sollte eine feste und große Regierungspartei geschaffen werden, an welche sich auch noch andere Konservative anschließen könnten. Zur Befestigung und zur Festhaltung dieser Partei sollte von Bennigsen in das Ministerium eintreten. Die Ernennung eines Stellvertreters oder Vizekanzlers sollte Bismarck die Möglichkeit gewähren, die Verteidigung seiner Vorlagen und seiner Politik vor dem Reichstag einem demselben verantwortlichen Minister übertragen zu können. Durch Einführung indirekter Steuern, wobei besonders an eine Tabaksteuer gedacht wurde, wollte Bismarck der Reichskasse so reichliche Einkünfte sichern, daß die für die einzelnen Staaten lästigen Matrikularbeiträge entweder ganz abgeschafft oder auf ein Minimum herabgesetzt werden konnten.

Die Unterhandlungen verliefen resultatlos. Im Kabinet war damals nur eine Stelle vakant, die des Innern. Herr v. Bennigsen wollte aber allein nicht eintreten. Seine Partei ging darauf, um einen Ministerposten frei zu machen, auf den Sturz des Ministers Camphausen aus. In der Sitzung des Reichstages vom 22. Februar (1878) standen die drei Steuervorlagen über Tabak, Stempelabgaben und über Spielkarten auf der Tagesordnung. Finanz-

Digitized by Google

minister Camphausen leitete die Debatte mit der Erklärung ein, daß in dem vorliegenden Etat entweder die Matrikularbeiträge um 28½ Millionen erhöht, oder durch Steuern neue Einnahmen geschaffen werden müßten. Wenn man vor der Wahl stehe zwischen Vermehrung der Matrikularbeiträge, oder Erhöhung der eigenen Einnahmen, so könne die Entscheidung nicht zweifelhaft sein. Bismarck erklärte, sein Streben sei darauf gerichtet, zu einer Gesamtreform der Reichssteuer zu gelangen. Nach seiner Überzeugung seien wir in der Entwickelung unseres Steuersystems hinter allen großen europäischen Staaten zurückgeblieben und hätten einen beträchtlichen Weg nachzuholen auf dem Gebiet, zu ermitteln wie die großen Lasten, welche das Ergebnis der großen Bedürfnisse des Reiches seien, am leichtesten getragen würden. Er sei bekanntlich ein Gegner der direkten und ein Freund der indirekten Steuern und strebe eine umfassende Reform an, wodurch das Reich, das jetzt arm sei, reich würde. Sein Ideal sei nicht ein Reich, das vor den Thüren der Einzelstaaten seine Matrikularbeiträge einsammeln müsse, sondern ein Reich, das, da es die Hauptquote guter Finanzen, die indirekten Steuern unter Verschluß halte, im stande wäre, an alle Partikularstaaten herauszuzahlen. Dahin könnten wir nach seiner Ansicht auf dem Wege der Reform gelangen. Er habe sich der bessern technischen Einsicht seiner Kollegen dahin gefügt, daß für die weiteren Einrichtungen eine Vorbereitung, ein Durchgangspunkt notwendig sei, und als solcher sei diese Vorlage zu betrachten. Ganz offen bekenne er, daß er dem Tabaksmonopol zustrebe und in diesem Sinne die Vorlage als Durchgangspunkt annehme. Am Schlusse seiner Rede bat er den Reichstag, die Vorlage nicht in der Kommission zu begraben, sondern wenigstens in einem Antrag oder einer Resolution klare Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Eine Verständigung auf diesem Gebiete sei, wie er nach seinem Zustande fürchte, das letzte ideale Ziel, welches er für das Reich noch zu erreichen wünsche. Der Abgeordnete Lasker vermißte in diesen Vorlagen jeden reformatorischen Gedanken und wollte höchstens auf den die Spielkarten betreffenden Vorschlag eingehen. Auf eine stückweise Reform könne sich das Haus nicht einlassen. Der Reichskanzler trage die Verantwortung dafür, daß er eine Vorlage, von deren Mißerfolg er vorher überzeugt sein mußte, nicht zurückgehalten habe. Das Reich bedürfe in allen Verwaltungszweigen eine kräftige und selbständige Leitung, und diese sei auf dem Gebiet der Reichsfinanzen nur zu

Digitized by Google

finden in der Schaffung eines selbständigen Reichsfinanzministers. Minister Camphausen fühlte sich durch diese Äußerung verletzt und machte der nationalliberalen Partei den, wie er sagte, „vielleicht unbegründeten" Vorwurf, daß sie ihn von seinem Posten zu verdrängen suche, um selbst denselben einzunehmen. Er bewies aus seiner Denkschrift vom Jahre 1877, die er vorlas, daß er schon damals sich für die Anbahnung des Tabaksmonopols ausgesprochen habe, und erklärte, daß er nicht daran denke, an der Spitze der Finanzverwaltung zu bleiben, wenn er nicht der freundlichen Zustimmung „gewisser Parteien" versichert sei. Bismarck bezeugte, daß Camphausen ihn schon mehrmals gebeten habe, eine andere Persönlichkeit an seine Stelle treten zu lassen, sprach aber die Hoffnung aus, daß er Camphausen, der mit ihm in dieser Frage der Steuerreform einig sei, noch länger zum Kollegen haben werde.

Der liberale Finanzminister wurde, wie er sich selbst später ausgedrückt hat, von den Liberalen „abgeschlachtet". Er befand sich persönlichen Angriffen gegenüber, die von den Abgeordneten von Stauffenberg, Richter, Lasker, Bamberger mehr oder weniger heftig geführt wurden. Es fielen Worte, wie sie selbst in deutschen Parlamenten unliebsamen Ministern gegenüber nicht üblich sind. Der Abgeordnete Bamberger verglich den Finanzminister mit einem Wahrsager, der immer richtig prophezeit, weil er sich durch eine doppelte Prophezeiung decke. Der Abgeordnete Lasker äußerte, Herr Camphausen wirtschafte auf Kosten der folgenden Jahre, er habe schon einmal, von seiner Seite ungewollt, ein großes finanzielles Glück in Preußen gehabt, als in einem Jahre durch einen gewaltigen Windbruch die Einnahmen aus den Forsten hoch über den Durchschnitt gestiegen seien; aber diesmal (durch Vorlage des Tabaksteuergesetzes) habe er, wie zu befürchten, den Orkan selbst gemacht.

„Nachdem von dieser Seite der Minister Camphausen gestürzt war und die dadurch entstandene zweite Vakanz keinem Liberalen angeboten wurde, erfolgte die Abwendung der Fraktion vom Reichskanzler, als dem Vertreter der kaiserlichen Politik. Diese Abwendung bewegte sich in den Formen kühler Zurückhaltung gegen den Reichskanzler und die Verstärkung der Fühlung mit einigen andern damaligen Mitgliedern des preußischen Ministeriums, sie gipfelte in der Ablehnung des ersten Sozialistengesetzes und in der Opposition der eingeweihten Mitglieder des Ministerinms gegen die Auflösung des Reichstages. Bei der auf diese folgenden Wahl

Digitized by Google

wurde der Kampf gegen den Reichskanzler von den späteren Sezessionisten mit aller Schärfe und unter Fiktion der drohenden Reaktion eröffnet und mit sittlicher Entrüstung die Wahrnehmung gemacht, daß der Reichskanzler sich wehrte, wenn er angegriffen wurde. Die nationalliberale Partei befand sich unter der Führung ihrer fortschrittlichen, als „national" verkappten Mitglieder, der nachherigen Sezessionisten. Die Sezession war ein Heilmittel für die Fraktion, wofern sie ihre Selbständigkeit gegen die Fortschrittspartei wahren wollte. Aber das verbliebene Gros der Partei konnte weder die Wiederanknüpfung mit den nach rechts hinausgeschiedenen Mitgliedern, noch der fortschrittlichen Sezession gegenüber seine Selbständigkeit finden."

Im Dezember des Jahres 1878 trat Fürst Bismarck sodann mit seinem wirtschaftlichen Programm hervor, in Form eines Schreibens an den Bundesrat. Privatim sagte er darüber: „Will man nicht meinem Vorschlage gemäß verfahren, lassen Bundesrat und Reichstag oder einer von ihnen mich im Stich, so bin ich nicht mehr Reichskanzler; dann müssen andere sehen, wie sie die Defizits aus der Welt schaffen". — In einem Tischgespräch äußerte er sich dahin, er habe mit seinem Programm vom 15. Dezember einen Weihnachtstisch aufgebaut, auf welchem allerlei Sachen sich befänden, von denen jeder im Reichstag sich nehmen könne, was ihm beliebe. Wenn ihm von der Presse die Absicht unterschoben werde, er wolle mit seiner wirtschaftlichen Politik eine allgemeine Reaktion einleiten, so müsse er darauf bemerken, daß, wenn er Reaktion hätte machen wollen, ihm dies nach den Jahren 1866 und 1871 mit Leichtigkeit gelungen wäre, daß man in unserer Zeit keine absolute Regierung mehr brauchen könne, und daß jede Regierung auf die öffentliche Meinung sich stützen müsse. Aber getreu einem bekannten geflügelten Ausspruch während der Konfliktszeit werde er allerdings zur Durchführung seines Programms seine Bundesgenossen nehmen, wo er sie finde. Bei derselben Gelegenheit äußerte er sich auch über die Kirchenpolitik. Die mit dem Kardinal Franchi eingeleiteten Unterhandlungen hätten einen gewissen Erfolg versprochen. Beiderseits habe man sich bereits Konzessionen gemacht. Der Unterhändler der Kurie habe die Pflicht der Bischöfe, die Ernennung der Geistlichen vorher der Regierung anzuzeigen, anerkannt, und er selbst habe sich auf dies hin dazu verstanden, wiederum in direkte Beziehungen mit Rom

Digitized by Google

einzutreten. Durch den Tod dieses Kardinals sei alles wieder in Frage gestellt worden. Die jetzigen Verhandlungen (mit dem Kardinalstaatssekretär Nina) hätten einen so schleppenden Gang angenommen, daß die Absicht, dieselben ins endlose hinauszuziehen, unzweifelhaft hervorgetreten sei. Er lasse daher die Dinge vollständig an sich herankommen, und es sei vorläufig kaum an eine Veränderung der obwaltenden Verhältnisse zu denken.

Die hauptsächlichsten Sätze des wichtigen Schriftstücks, welches den Ausgangspunkt der deutschen Wirtschaftspolitik bildet, waren die folgenden:

„In erster Linie, sagte der Reichskanzler, steht für mich das Interesse der finanziellen Reform: Verminderung der direkten Steuerlast durch Vermehrung der auf indirekten Abgaben beruhenden Einnahmen des Reichs. — —

In dem größten Teile Deutschlands haben die direkten Steuern einschließlich der Kommunalabgaben eine Höhe erreicht, welche drückend ist und wirtschaftlich nicht gerechtfertigt erscheint. Am meisten leiden unter derselben gegenwärtig die Mittelklassen.

Je ergiebiger man das Zollsystem in finanzieller Hinsicht gestaltet, um so größer werden die Erleichterungen auf dem Gebiete der direkten Steuern sein können und sein müssen.

Es versteht sich von selbst, daß mit der Vermehrung der indirekten Einnahmen des Reichs nicht eine Erhöhung der Gesamtsteuerlast bezweckt werden kann. Das Maß der Gesamtsteuerlast ist nicht durch die Höhe der Einnahmen, sondern durch die Höhe des Bedarfs bedingt, durch die Höhe der Ausgaben, welche im Einverständnis zwischen Regierung und Volksvertretung als dem Bedürfnis des Reichs oder Staats entsprechend festgestellt wird. Höhere Einnahmen zu erzielen, als zur Bestreitung dieses Bedürfnisses unbedingt erforderlich sind, kann niemals in der Absicht der Regierungen liegen. Dieselben haben nur dahin zu streben, daß das erforderliche auf die relativ leichteste und erfahrungsmäßig minder drückende Weise aufgebracht werde.

Nicht in Vermehrung der für die Zwecke des Reichs und der Staaten notwendigen Lasten, sondern in der Übertragung eines größeren Teils der unvermeidlichen Lasten auf die weniger drückenden indirekten Steuern, besteht das Wesen der Finanzreform, zu deren Verwirklichung auch die Zolltarifrevision dienen soll.

Digitized by Google

Um eine dieser Rücksicht entsprechende Grundlage für die Revision zu gewinnen, empfiehlt es sich meines Erachtens, nicht blos einzelne Artikel, welche sich dazu besonders eignen, mit höheren Zöllen zu belegen, sondern zu dem Prinzip der Zollpflichtigkeit aller über die Grenze eingehenden Gegenstände, welches in der preußischen Zollgesetzgebung vom Jahre 1818 an als Regel aufgestellt war, zurückzukehren.

Von dieser allgemeinen Zollpflicht würden diejenigen für die Industrie unentbehrlichen Rohstoffe auszunehmen sein, welche in Deutschland gar nicht (wie z. B. Baumwolle) und, nach Befinden auch die, welche nur in einer ungenügenden Quantität oder Qualität erzeugt werden können. — —

Wenn vom finanziellen Gesichtspunkte aus die Wiederherstellung der Regel allgemeiner Zollpflicht sich empfiehlt, so läßt ein solches System sich auch in volkswirtschaftlicher Beziehung nicht anfechten.

Ich lasse dahingestellt, ob ein Zustand vollkommener, gegenseitiger Freiheit des internationalen Verkehrs, wie ihn die Theorie des Freihandels als Ziel vor Augen hat, dem Interesse Deutschlands entsprechen würde. So lange aber die meisten der Länder, auf welche wir mit unserem Verkehr angewiesen sind, sich mit Zollschranken umgeben, und die Tendenz zur Erhöhung derselben noch im Steigen begriffen ist, erscheint es gerechtfertigt und im wirtschaftlichen Interesse der Nation geboten, uns in der Befriedigung unserer finanziellen Bedürfnisse nicht durch die Besorgnis einschränken zu lassen, daß durch dieselben deutsche Produkte eine geringe Bevorzugung vor ausländischen erfahren. — Schutzzölle für einzelne Industriezweige wirken, zumal wenn sie das durch die Rücksicht auf den finanziellen Ertrag gebotene Maß überschreiten, wie ein Privilegium und begegnen auf seiten der Vertreter der nicht geschützten Zweige der Erwerbsthätigkeit der Abneigung, welcher jedes Privilegium ausgesetzt ist. Dieser Abneigung wird ein Zollsystem nicht begegnen können, welches, innerhalb der durch das finanzielle Interesse gezogenen Schranken, der gesamten inländischen Produktion einen Vorzug vor der ausländischen Produktion auf dem einheimischen Markte gewährt. Ein solches System wird nach keiner Seite hin drückend erscheinen können, weil seine Wirkungen sich über alle produzierenden Kreise der Nation gleichmäßiger verteilen, als es bei einem System von Schutzzöllen für einzelne Industriezweige der Fall ist. —

Digitized by Google

Die Rückkehr zu dem Prinzip der allgemeinen Zollpflicht entspricht der jetzigen Lage unserer handelspolitischen Verhältnisse. Nachdem der Versuch, mit Österreich-Ungarn einen neuen Tarifvertrag zu vereinbaren, gescheitert ist, sind wir in das Recht selbständiger Gestaltung unseres Zolltarifs wieder eingetreten. Bei der Revision des Zolltarifs kann nur unser eigenes Interesse maßgebend sein. Dieses Interesse wird vielleicht demnächst zu neuen Verhandlungen über Tarifverträge mit dem Ausland führen. Sollen aber solche Verhandlungen mit der Aussicht auf einen für Deutschland glücklichen Erfolg begonnen werden, so ist es nötig, vorher auf dem autonomen Wege (auf dem Wege der Selbstbestimmung) ein Zollsystem zu schaffen, welches die gesamte inländische Produktion der ausländischen gegenüber in die möglichst günstige Lage bringt."

Diese grundsätzliche Kundgebung des Kanzlers rief, wie es nicht fehlen konnte, eine mächtige und tiefgehende Bewegung nicht bloß in allen politischen Kreisen, sondern unzweifelhaft auch im Volke selbst hervor. Die Bewegung und Aufregung steigerte sich teilweise bis zu einer gewissen Verwirrung des Parteiwesens, weil die Gegensätze, um die es sich bei den wirtschaftlichen Fragen und Interessen handelt, nicht in dem Rahmen der politischen Parteien aufgehen, von welchen das öffentliche Leben bisher beherrscht war, und weil die Parteiführung jener mächtig erregten Volksbewegung zum Teil ratlos gegenüberstand.

Bisher hatte es im Großen und Ganzen freilich als selbstverständlich gegolten, daß die Parteien des politischen Liberalismus auch in wirtschaftlichen Fragen den freihändlerischen Grundsätzen und Bestrebungen, dem vollsten und freiesten Gehenlassen alles wirtschaftlichen Verkehrs im Innern und mit dem Auslande, ohne jede einschränkende oder schützende Einwirkung der Staatsgewalt huldigten, während die konservativen Parteien auch auf dem wirtschaftlichen und gewerblichen Gebiete dem Staate das Recht und die Pflicht einer schützenden und pflegenden Fürsorge zuerkennen. Jenen Überlieferungen der liberalen Parteien entsprach es, daß die Absichten des Reichskanzlers, soweit sie sich als eine Abwendung von den bisherigen entschieden freihändlerischen Bahnen ankündigten, zunächst den lebhaftesten Widerspruch der gesamten liberalen Parteipresse fanden, ein Widerspruch, der sich unter der Einwirkung anderer rein politischer Vorgänge und Erörterungen allmählich zu einer immer größeren Gereiztheit und Leidenschaftlichkeit steigerte.

Digitized by Google

Unter dem Eindrucke dieser tiefgehenden Verstimmungen trat der Reichstag im Februar 1879 zusammen, und es schien zunächst wenig Hoffnung vorhanden zu sein, daß über die Pläne des Kanzlers eine befriedigende Verständigung zu erreichen sein werde, namentlich daß eine größere Zahl der gemäßigten Liberalen, welche bis dahin die Politik des Reichskanzlers in allen wichtigen Abschnitten unterstützt hatten, sich seinen Absichten in bezug auf eine umfassende Zollreform anschließen würden. Es kam vielmehr im Reichstage zuerst eine kleinmütige und mißtrauische Auffassung zur Geltung, welche sogar eine erneute Auflösung der Versammlung noch vor der Beratung der wirtschaftlichen Fragen als bevorstehend erachtete.

Inzwischen aber war im deutschen Volke selbst eine Bewegung entstanden, die von ganz entgegengesetzten Stimmungen ausging. In fast allen Gegenden Deutschlands, in Preußen wie in Bayern, Sachsen, Württemberg u. s. w. zeigte sich in weiten Kreisen ein volles Verständnis und freudige Zustimmung in bezug auf die Ziele, welchen der Kanzler einen klaren, jedermann verständlichen Ausdruck gegeben hatte. Aus allen Berufsklassen, von Vertretern der Industrie und der Landwirtschaft, die seit langer Zeit zum ersten Mal die Gemeinschaft ihrer Interessen fühlten und sich die Hand reichten, gelangten an den Fürsten Bismarck Kundgebungen des Dankes, welche Zeugnis davon ablegten, wie richtig er die Bedürfnisse und Wünsche der Volkskreise erfaßt hat und wie großes Vertrauen ihm für die Erfüllung seiner großen Aufgaben entgegengebracht wird.

Im März 1879 betrat Herr Windthorst wieder die Schwelle des Fürsten Bismarck — nach zehnjähriger Scheu vor dem Drudenfuße. Von seiten des hohen Wirtes wurde die Sache in der folgenden Weise dargestellt:

„Die Unterredung, welche der Abgeordnete Windthorst am 31. März bei dem Reichskanzler hatte, giebt noch immer zu wunderlichen Gerüchten und Hypothesen Veranlassung. Daß die Unterredung nicht der kirchlichen Frage gegolten, war schon längst erklärt und wird im allgemeinen auch nicht in Zweifel gezogen. Allein man sieht an der bloßen Thatsache der Unterredung den ersten Schritt einer Annäherung, hinter welcher man geneigt ist, eine Art Bündnis mit dem Zentrum zu suchen. Wer die Dinge unbefangen genug betrachtet, wird sich erinnern, daß der größte Teil des Zentrums bereits der Erklärung der 204, die sich als „volks-

Digitized by Google

wirtschaftliche Vereinigung" zusammengefunden hatten, angehört. Man wird sich ferner erinnern, daß die meisten Mitglieder des Zentrums Vertreter industrieller Bezirke sind, in denen die Freihandelspolitik nie einen Anklang gefunden hat, daß ferner das Preßorgan des Zentrums, die Germania, lange, ehe an die jetzige Zollpolitik zu denken war, den Weg zur Schutzzollpolitik empfohlen hat. Wenn das Zentrum bei der jetzigen Tarifreform dem Reichskanzler feindselig gegenübertreten wollte, so würde es damit eingestehen, daß es aus Gründen der Kirchenpolitik den Weg der Opposition selbst wider längst erklärte Überzeugung beträte. So haltlos daher einerseits die Annahme ist, das Zentrum sei durch Aussichten veränderter Kirchenpolitik zu seiner gegenwärtigen Haltung in der Tariffrage bewogen, so ist andererseits die Annahme noch haltloser, der Reichskanzler sei im stande, die Stimme des Zentrums durch kirchenpolitische Zugeständnisse zu erkaufen, zu einem solchen Opfer liegt gegenwärtig gegenüber der Volksstimmung in ganz Deutschland nicht der geringste Grund vor. Die Majorität für die Tarifreform würde auch bei dem, übrigens nicht vorauszusehenden und auch nicht wünschenswerten Widerstand des Zentrums zu Stande kommen — wenn nicht im jetzigen, so doch in einem neuzuwählenden Reichstage. Das Zentrum würde diesen Widerstand mit dem Verluste eines großen Teils seiner Sitze zu bezahlen haben. Aber eine solche Unklugheit von seiten dieser Partei ist um so weniger zu erwarten, als sie nach ihren Antezedenzien zur Begehung derselben nicht nur keinen Anlaß hat, sondern diese Antezedenzien geradezu verleugnen müßte."

Der ultramontane „Westfälische Merkur" ließ sich aus Berlin das folgende berichten:

„Wie es üblich ist, hatte der Abgeordnete Windthorst beim Reichskanzler schriftlich angefragt, ob und wann er ihn in der Angelegenheit der verwitweten Königin sprechen könne. Darauf erfolgte eine sofortige und sehr höfliche Antwort, welche es Herrn Windthorst freistellte, entweder noch am selbigen Tage oder am nächsten Tage zu einer bestimmten Stunde zu erscheinen. Da der nächste Tag nun der 1. April, der Geburtstag des Fürsten, war, so entschied sich Herr Windthorst noch für denselben Tag. So war die „Konferenz" mit allen ihren Vorbereitungen das Werk weniger Stunden gewesen. Im übrigen soll man, wie ich höre, beiderseits von ihrem Resultate recht befriedigt sein. Ob außer den Vermögensangelegenheiten der Königin Witwe von Hannover

Digitized by Google

noch von anderen Dingen die Rede gewesen, davon hat der Abgeordnete Windthorst meines Wissens bei seiner gewohnten, hier doppelt gebotenen Zurückhaltung, niemand etwas mitgeteilt, ich wiederhole aber, ich halte es für wahrscheinlich, daß von solchen „anderen Dingen" gesprochen worden ist, wie ja dies schon der allgemeine Stand der kirchlich-politischen Lage nahelegt."

Die Germania sagte in ihrer Wochenschau:

„Verzweiflung links, Übermut rechts — die ausgleichende Mäßigung in der Mitte, im Zentrum. Das ist die Lage, wie sie sich auf der Scheide zwischen den beiden Hälften der Reichstagssession gestaltet. Eine so seltsame, unberechenbare, überraschende Verschiebung der Partei- und Machtverhältnisse, wie wir sie in den letzten neun Jahren erlebt haben, findet ihre Analogie nur in dem alten Märchen vom Aschenbrödel."

Dagegen protestierten die Liberalen und die Konservativen. Jene sagten: „Was die Anklage der Verzweiflung nach links betrifft, müssen wir sie eben über uns ergehen lassen; denn wenn wir die Germania versicherten, daß wir dem Verlaufe der Sache mit leidlich gefaßtem Humor und der Überzeugung gegenüber stehen, daß morgen wieder ein Tag ist, so wird sie es uns in den Flitterwochen ihres jungen Glückes kaum glauben."

Die Neue Preuß. Zeitung wollte den Übermut rechts nicht auf sich sitzen lassen. Sie sagte: „Der Übermut liegt in diesem Augenblicke mehr nach der Mitte, dem Zentrum, hin, als nach rechts wo wir nichts davon bemerkt haben. Gerade die Germania sollte doch in der so „seltsamen" und auch jetzt noch „unberechenbaren" Situation nicht vergessen, daß das Sprichwort sagt: „Übermut thut selten gut."

Eins war jetzt sicher erreicht: die alte Herrschaft unbedingt freihändlerischer Lehrmeinungen zu brechen, und damit der unbefangenen Erwägung der wirklichen Volksbedürfnisse freien Raum zu schaffen — und dies war erreicht durch eine Welt von Friktionen hindurch.

Die große Bewegung, welche das Reformwerk in der Nation hervorrief, erhielt einen besondern Nachdruck dadurch, daß dasselbe auf die Landwirtschaft sich erstreckte. Fürst Bismarck entwickelte in einer spätern Zeit sein allgemeines Programm in bezug auf den Grundbesitz in einem Schreiben, womit er die von einer

Digitized by Google

Versammlung von Landwirten beschlossene Zustimmungsadresse beantwortete:

„Die von Bewohnern der Kreise Hildesheim und Marienburg an mich gerichtete Adresse habe ich empfangen und freue mich des in derselben ausgesprochenen Einverständnisses mit der Wirtschaftspolitik des Reichs. Mit Ihnen kann ich bei einem Rückblick auf die Entwickelung unserer Gesetzgebung mich dem Eindruck nicht verschließen, daß der Grundbesitz eine ungünstigere Behandlung erfahren hat, als der bewegliche Besitz. Der Grundbesitz ist nicht nur prägraviert durch die auf ihm neben der Einkommensteuer lastende Grund- und Häusersteuer, sondern auch durch indirekte, insbesondere durch übertriebene Stempelabgaben. Hierzu kommt, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte während der letzten 30 Jahre zurückgegangen sind oder doch günstigen Falls sich auf der früheren Höhe erhalten haben, während die Preise aller übrigen Erzeugnisse während eben jenes Zeitraums auf das doppelte und dreifache gestiegen sind. Auf diese Weise hat sich seit 1848 allmählich eine Verschiebung der Gleichheit vor dem Gesetz zum Nachteil der grundbesitzenden und insbesondere der landwirtschaftlichen Bevölkerung vollzogen. Eine gleiche Verschiebung hat in den letzten 20 Jahren zu Ungunsten der Industrie und der Gewerbe stattgefunden. Auch diesen gegenüber hat sich der vorwiegende Einfluß des materiell unproduktiven Teils unserer Mitbürger auf die Gesetzgebung schädlich erwiesen. Die Erkenntnis der angedeuteten Mißstände hat der Regierung die Pflicht nahe gelegt, Abhilfe zu erstreben. Mit Rücksicht darauf, daß die ländliche Bevölkerung 28, die städtische nur 17 Millionen beträgt, und daß das numerische Verhältnis der produzierenden und unproduktiven Bevölkerung sich für die erstere noch bedeutend günstiger stellt, wenn man denen, die von der Landwirtschaft leben, die Zahl der Industriellen und Gewerbetreibenden zuzählt, glaubte die Regierung hoffen zu dürfen, daß sie bei der Durchführung ihrer Reformpläne die Unterstützung der Mehrheit der Nation finden werde, welche durch den bisherigen Gang der Gesetzgebung benachteiligt wurde. Bei den letzten Wahlen (1881) hat es sich indes gezeigt, daß die Erkenntnis der Nützlichkeit dieser Reformen nicht weit genug verbreitet ist, um den politischen Agitationen der Oppositionsparteien das Gleichgewicht halten zu können. Nachdem bei den Wahlen ein großer Teil der landwirtschaftlichen wie der industriellen Bevölkerung Mißtrauen gegen die Einsicht und gegen die Aufrichtigkeit der Regierung kundgegeben hat, bleibt der

Digitized by Google

Regierung nichts übrig, als sich ihren guten Willen zu bewahren und abzuwarten, ob sie in Zukunft eine ausreichende Unterstützung seitens der parlamentarischen Körperschaften finden wird."

Auf das Zustimmungstelegramm eines altenburgischen Bauernvereins erwiderte Fürst Bismarck:

„Es hat mich gefreut, aus Ihrem Telegramm zu ersehen, daß die altenburger Bauern und Handwerker ihre Interessen selbst in die Hand nehmen, um sich von der Vormundschaft unberufener Fürsprecher zu befreien, deren Bedürfnisse, Leiden und Freuden wesentlich andre als die der arbeitenden Produktivstände sind".

„Die politischen Rollen, wurde damals auf liberaler Seite gesagt, sind im Augenblick ganz eigentümlich ausgeteilt. Fürst Bismarck hat mit der ihm eigentümlichen hartnäckigen Energie die Initiative ergriffen und sich zum Tribun einer Reihe mächtiger und volkstümlicher Strömungen gemacht. Die Fortschrittspartei hat sich durch den Mund des Abgeordneten Richter sogar schon mehrfach über Demagogie beklagt. Wir halten aber ganz dafür, daß es gut ist, dem Bruder Bauer die Hand zu drücken und sich mit ihm in seiner Sprache zu unterhalten, die Fürst Bismarck meisterhaft versteht. Ahmen wir doch den Reichskanzler nach, statt über ihn zu klagen, bringen wir unsere Ansichten klar und volkstümlich vor und bedenken wir, daß die Fraktion der Wähler, wie der Abgeordnete von Bühler ganz witzig bemerkt hat, diejenige ist, mit welcher der Abgeordnete sich in letzter Instanz zu verständigen hat. Sind wir denn so luftscheu geworden, daß eine lebhafte Volksströmung uns mit der Furcht vor einem politischen Schnupfen erfüllt? Im Gegenteil, der Erfolg der ganzen Agitation wird eine dauernde Stärkung des volkstümlichen Elementes in Staat und Kirche sein — welchen Grund haben wir, uns darüber zu beschweren?"

Digitized by Google

Bismarck und die Fraktionen.

Friktionen hat Fürst Bismarck immer zwiefacher Art gehabt: einesteils „von der Front aus und vor der Front", andernteils „hinter der Front". Die letzteren sind ganz besonders häufig Gegenstand der Diskussion in der Presse gewesen, und haben alle die großen Kämpfe begleitet, welche das erste Jahrzehnt des deutschen Reiches ausfüllten. Sie waren stets ein um so pikanteres Thema, als naturgemäß ein Schleier sie verhüllte, dessen Lüftung durch Berufene und Unberufene stets sicher sein konnte, ein ebenso neugieriges, als dankbares Publikum zu finden. Fürst Bismarck hat von diesen niemals öffentlich gesprochen, außer, um entstellte Vorgänge richtig zu stellen und die Bedeutung dieser Art von Friktionen abzuschwächen. In dem schon erwähnten Schreiben an den verstorbenen Staatsminister von Bülow, datiert: Varzin, den 15. Dezember 1877, heißt es u. A.: „Ich habe Feinde am Hofe, aber deßhalb werde ich die Ehrerbietung gegen meinen allergnädigsten Herrn nicht verletzen. Die Hauptsache für mich ist, daß ich im Staatsministerium Kollegen finde, welche die Maßregeln, die Maßregeln, die für die Sicherheit und die Interessen Preußens und des Reiches notwendig sind, energisch und freiwillig fördern." Man sieht auch hier, daß Fürst Bismarck das Bestreben hatte, die Bedeutung der sogenannten Hofintriguen abzuschwächen. Ihm lagen andere Friktionen näher und waren andere Reibungen empfindlicher. Er weist in jenem Briefe darauf hin und hat sich in früheren Zeiten wiederholt über die Schwierigkeiten beklagt, auf die er in einzelnen Ressorts bei den eigenen Kollegen in der Durchführung seiner Pläne stoße. Er sagte z. B. am 1. Dezember 1874: „Meine Thätigkeit im Reiche ist eine viel wirksamere als im preußischen Staatsministerium; dort bin ich be-

Digitized by Google

rechtigt, verfügend einzugreifen, ich habe ein Veto. Das habe ich in Preußen nicht; als Ministerpräsident bin ich nur ein ornamentales Glied, ich habe nur eine geschäftsordnende Leitung, aber durchaus keine Verfügung."

Seitdem ist die Stellung des deutschen Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten in der Presse wiederholentlich beleuchtet worden. Man hat noch in jüngster Zeit darauf hingewiesen, daß in der Reichsverwaltung das Entstehen von Friktionen durch die vollkommene politische Abhängigkeit des Chefs der einzelnen Ressortverwaltungen von dem allein verantwortlichen Reichskanzler und durch deren, dieser Sachlage entspringenden Unterordnung unter den „mächtigsten Mann im deutschen Reiche" von vornherein ausgeschlossen ist, daß es aber anders steht mit den preußischen Ministern, die nicht unter dem Ministerpräsident als solchem stehen, die nach der preußischen Verfassung allein für ihre Ressorts verantwortlich, nur dem Könige und den Abstimmungen des Staatsministeriums unterworfen sind. Hier sei der Herd der Friktionen, über die sich Fürst Bismarck so oft und so bitter als die Hemmschuhe seiner Thätigkeit und seines Wollens und Willens ausgedrückt habe. Sein Ideal, das Staatsministerium in Preußen so organisiert zu sehen, wie dies in England der Fall ist, wo der Premier allein den Gang der Politik nach außen wie nach innen zu bestimmen hat, und wo die Minister im Grunde nur die Stellung der Ressortchefs, wie im deutschen Reiche die Staatssekretäre, haben, ohne andere Verantwortlichkeit, als dem Ministerpräsidenten und ihrem eigenen Gewissen gegenüber, habe sich bis jetzt rechtlich und verfassungsmäßig nicht erreichen lassen. Hier habe es Kämpfe der schwersten Art gekostet, um thatsächlich herbeizuführen, was der Reichskanzler de jure nicht hat schaffen können, nämlich das Vorhandensein eines preußischen Staatsministeriums nach seinen persönlichen Wünschen.

Die so sprechen, und Fürst Bismarck selber haben sich deswegen oft der Unkenntnis der englischen Zustände bezichtigen lassen müssen. „Unvergessen sollte es doch sein, hat man noch in diesen Tagen gesagt, daß fast jede große Prinzipienfrage im englischen Kabinett zu Friktionen und demgemäß zum Ausscheiden derjenigen Mitglieder zu führen pflegt, die der Ansicht der Mehrheit nicht zustimmen können. So trennt Lord Derby sich von dem konservativen Ministerium, weil er Lord Beaconsfields kriegslustige Orientpolitik nicht mitmachen wollte und aus dem liberalen Kabinett

Digitized by Google

schieden aus: der Herzog von Argyll, weil er den Gladstoneschen Agrargesetzentwurf für Irland, John Bright, weil er die Expedition nach Ägypten nicht billigte. In allen diesen Fällen waren lebhafte Meinungsauseinandersetzungen vorausgegangen, und noch dazu — das ist charakteristisch für konstitutionelle Staatsmänner — versteckte sich kein einziger der ausscheidenden Minister hinter „Gesundheitsrücksichten", sondern jeder sprach offen und mannhaft sich über die Gründe für seine Amtsniederlegung vor dem ganzen Lande aus."

Charakteristischer noch als die hier angeführten Fälle ist für die Schwierigkeiten, welche auch ein englischer Ministerpräsident innerhalb des Kabinetts zu überwinden hat, die Geschichte der folgenreichsten Maßregel des bedeutendsten Staatsmannes Englands im 19. Jahrhundert: der Aufhebung der Kornzölle durch Sir Robert Peel. Wir halten uns aber dabei nicht länger auf. Mag immerhin der Reichskanzler einer irrtümlichen Auffassung über das Verhältnis des englischen Ministerpräsidenten zu seinen Kollegen huldigen, in neuerer Zeit haben die Friktionen im preußischen Ministerium ohne Änderung der gesetzlichen Organisation durch die geänderten Zeitverhältnisse aufgehört, mindestens in dem Grade, daß keine lauten Klagen mehr kommen, wie vor Jahren. An Differenzen, auch an solchen, die mit dem Rücktritt des einen oder andern Ministers endigen, wird es nie fehlen, auch wenn das Ideal einer Kabinettsorganisation erreicht wird, das dem Reichskanzler vorschwebt. Davon liefert eben England einen Beweis. Solche Friktionen aber, wie wir seit der Gründung des norddeutschen Bundes und des deutschen Reiches erlebt haben — Fürst Bismarck sprach von acht Mühlsteinen, die sich reiben — sind in normalen Zeiten, denen wir uns nähern, nicht mehr zu besorgen. Die Einheit, welche in der königlichen Berufung der Kabinettsmitglieder und in der persönlichen Politik des Königs liegt, schließt solche Friktionen aus, die die Staatsmaschine bis zum Stillstand bringen können und haben sie in vergangenen Jahren nur deßhalb nicht ausgeschlossen, weil durch die Gründung des norddeutschen Bundes und des deutschen Reichs die Regierung sich plötzlich vor ganz neue Aufgaben gestellt sah, angesichts deren die bisher bestandene Homogenität des Kabinetts sich in seine heterogenen Elemente auflöste, was natürlich erst nach schweren Kämpfen geschah. In der Konfliktszeit 1862—1866 herrschte gewiß die ungetrübteste Harmonie zwischen den Herren von Bismarck, von Mühler, von der

Digitized by Google

Heydt, Graf Eulenburg, Graf zur Lippe: sie überdauerte zum Teil nicht das Jahr 1866, zum andern Teil nicht das Jahr 1870. Ohne solche Umwälzungen, ohne solche plötzliche Wechsel der Staatsaufgaben bietet das preußische System der Kabinettsbildung die genügenden Garantien der Einheit am Staatsruder und man hat auch in neuerer Zeit die Klage des Kanzlers darüber verstummen hören. Anderer Art sind die Friktionen mit den Konservativen gewesen. Sie haben in der That noch eine Bedeutung für die Gegenwart.

Die Ära der Friktionen innerhalb der preußischen Regierung, die man mit den in die Jahre 1878 und 1879 fallenden Rücktritten einzelner Minister für abgeschlossen ansehen kann, sofern auf den beiden Hauptkampfterrains, dem römischen und dem wirtschaftlichen, thatsächlich die entsprechende Homogenität hergestellt ist, war andererseits diejenige, in welcher das Verhältnis des Fürsten Bismarck zu den parlamentarischen Fraktionen als ein in soweit normales angesehen werden konnte, als dauernd eine im ganzen feste Majorität vorhanden war, auf welche der Reichskanzler sich stützen konnte. Die nationalliberale Partei erfreute sich bis 1878 eines sichern Besitzstandes in der Nation und in den gesetzgebenden Körperschaften und fand sich einer Regierung gegenüber, die auf dem Wege des Kompromisses die Geschäfte dieser Majorität — um es englisch auszudrücken — besorgte. Nur wie ein Hauch über einen Spiegel ging ab und zu ein Konflikt trübend über das Verhältnis von Partei und Regierung, ohne daß dieses je ernstlich gestört wurde.

Die konservative Partei hatte sich diese Stellung und die daraus entspringende Macht entgehen lassen. Dieselbe nimmt oft Anlaß, sich über die „liberale Hochflut“ jener Zeit zu beklagen. Es ist ihr darauf erst noch in diesen Tagen von einer dem Fürsten Bismarck nahe stehenden Seite erwidert worden, „daß diese Hochflut seiner Zeit lediglich durch die Desertion der Konservativen wegen gewisser ganz doktrinärer und teilweise recht frivoler Fragen herbeigeführt wurde, und zwar zu einer Epoche, als es sich um die Befestigung des neu geschaffenen deutschen Reiches handelte; angesichts der Neigung, welche bei gewissen Konservativen hervortritt, den Steuerplänen der Regierung Opposition zu machen, wäre es ratsam, aus jenen Vorgängen, welche nach den konservativen Blättern „in unzählige Verhältnisse eine so traurige Zerrüttung getragen haben“, die nützliche Lehre zu ziehen, daß diejenige Partei,

Digitized by Google

welche die Regierung unterstützt, an Einfluß auf die Geschicke des Landes gewinnt, während auf der andern Seite die Fraktionen, welche Opposition machen, mit der Zeit einflußlos werden."

Fürst Bismarck sagte im Frühjahr 1873: „Wenn ich mich nicht täusche, so zeigen schon die kommenden Wahlen die Symptome, daß alle Parteien, welche ohne Nebenzwecke, ohne Zorn und ohne Verstimmung den Staat als solchen wollen, sich um uns scharen und von ihrer Phalanx die Parteien fern halten, von denen sie mit mir überzeugt sind, daß sie mit Wissen oder unwissentlich Feinde dieses Staates sind. — Schmerzlich ist es in diesem Kampfe die Träger so mancher Namen, deren Vorfahren in glorreicher Weise zur festen Begründung unseres Staates beigetragen haben, nicht auf der Seite zu finden, auf der ich sie vermutete, nämlich auf der Seite des preußischen Staats, den wir verteidigen gegen Bedrohungen und Untergrabungen."

Der Reichskanzler hob hervor, daß die konservative Partei, mit welcher die Regierung die engste Fühlung zu erhalten entschlossen sei, nicht zu verwechseln sei mit einem Teil dieser Partei, welcher sich unter der Leitung beredter, einflußreicher Führer von der großen konservativen Partei getrennt und die Regierung in einem entscheidenden Moment (1872) im Stich gelassen habe.

„Die konservative Oppositionspartei ist bei den Wahlen vom preußischen Volke verleugnet und gerichtet worden, und sie wird schwerlich auf den Grundlagen ihrer jetzigen Bestrebungen jemals wieder zu Geltung und Macht gelangen", sagte die offiziöse Presse.

„Es hat sich von neuem bestätigt, daß im alten königlichen Preußen, Dank seiner Geschichte ohnegleichen und nach den Lehren und Überlieferungen aller bedeutenden konservativen Staatsmänner, eine konservative Partei im Gegensatze zur Regierung unseres Königs keinen fruchtbaren Boden findet. Je mehr die bisherige konservative Partei diese Lehre aus ihrer jüngsten Niederlage zieht und von neuem beherzigt, desto mehr wird sie hoffen können, bei den weiteren Entwickelungen des inneren Staatslebens wieder zu höherer thatsächlicher Geltung zu gelangen."

Das Verhältnis des Fürsten Bismarck zu der nationalliberalen Majorität kann allerdings nur vergleichsweise, gegenüber dem spätern Ringen nach einer neuen Majorität, welches über bloße gelegentliche Allianzen ad hoc nicht hinauskam, ein parlamentarisch normales d. h. den regelmäßigen Gang der Dinge förderndes genannt werden. Es ist weder der Partei, noch dem leitenden

Digitized by Google

Staatsmann in diesem Verhältnisse immer ganz wohl zu Mute gewesen, und es hat nicht an Krisen gefehlt, die von Anfang an dasselbe zu erschüttern drohten, bis sie es erschüttert haben. Die nationalliberale Presse hat die Beziehungen der Partei zum Fürsten Bismarck gelegentlich sehr genau untersucht und auch dem Unbehagen Ausdruck gegeben.

„Als der jetzige leitende Staatsmann die Regierung übernahm, so wurde im Jahre 1875, also in der ungetrübtesten Zeit, gesagt, fand er eine festgeschlossene Mehrheit vor; allerdings war sie gegen ihn gerichtet; wir wollen uns aber gern belehren lassen, daß sie nur in der Opposition einig war. Seitdem haben wir eine geschlossene Mehrheit in Preußen und im Reich nicht mehr erlebt. Das Dezennium, welches uns von dem entscheidenden Umschlag in unserem Staatswesen trennt, ist dagegen erfüllt von Untersuchungen, wie etwa zu einer solchen Mehrheit zu gelangen wäre. Daß die Regierung — namentlich der Reichskanzler diesen Gedanken nie aus den Augen verliert, ist selbstverständlich, und eben so selbstverständlich ist es, daß die größte Partei des Reichstages, die nationalliberale, in das Auge gefaßt und geprüft wird, wie weit sie in ihrem gegenwärtigen Bestand einer solchen Idee Vorschub leistet oder Hindernisse in den Weg legt. Die Rechnung ist schon hin und her gemacht worden, aber sie stimmt nie, es bleibt ein Rest, der nicht aufgeht und sprechen wir es aus — nicht aufgehen kann. In dem Begriff der Partei liegt etwas Abgeschlossenes, Festes; ihre Bildung beruht mehr auf einer Summe von Erfahrungen der Vergangenheit als auf Ausblicken in die Zukunft; ja selbst etwas Schablonenhaftes haftet ihr an, wie wollte sie anders große Massen um sich sammeln. Individuell angelegte Menschen können nur schwer in den Rahmen einer Partei sich fügen, das Gefühl eines Zwanges, den sie sich anthun, stirbt nie bei ihnen aus. Auf dem Gemeinplätzlichen, das immer eine große Wahrheit in sich trägt, finden sich die Menschen zusammen, die höheren Flüge machen die Individuen, die sich aus der großen Schar erheben. Parteien aber können nichts Individuelles haben. An solchen Dingen ändert der gute oder böse Wille nichts — sie sind eben gegeben. Ministerien, die sich auf ähnlichen günstigen Voraussetzungen aufbauen, die auch ihrerseits eine festgestellte Ansicht, eine Ministerschablone vertreten, können sich mit einer Partei leicht zusammenfinden; es ist nur zu untersuchen, ob und wie weit die beiden Schablonen stimmen oder nicht. Tritt dagegen eine

Digitized by Google

auf ganz eigene Weise und in hoher Potenz entwickelte Persönlichkeit, wie Fürst Bismarck, dem Parteigefüge gegenüber, so ist der Widerspruch alsbald gegeben. Eine Partei, sei sie auf einem Programm basiert, auf welchem sie wolle, nenne sie sich konservativ, liberal, demokratisch, steht auf ihrem Trivium und jeder Schritt daraus weg erregt ihr die schwersten Bedenken. Eine einzelne Persönlichkeit, namentlich so hervorragender Art, wie der leitende Staatsmann, hat eine ganz andere Befähigung zu schneller Bewegung und folglich auch einen viel stärkeren Trieb dazu. Fürst Bismarck ist gewöhnt, sich skeptisch gegen die Stichworte der Parteien zu verhalten, die Unterströmung in der öffentlichen Meinung ist der Gegenstand seiner steten Betrachtung, er hat hierfür schon wiederholt eine merkwürdige Intuition gezeigt. Wir sind weit entfernt, mit Eigenschaften rechten zu wollen, denen in Verbindung mit außerordentlicher Entschlossenheit Deutschland so Großes verdankt. Allein diese selben Eigenschaften ordnen sich nur schwer ein in das verwickelte System des parlamentarischen Regimentes, das eher ein Übermaß von Pedanterie als ein solches von Originalität verträgt. Wir glauben im Gegensatz zu dem, was die nächsten Freunde des Reichskanzlers sagen, niemand würde eine kompakte Regierungspartei, wenn sie zu Stande gebracht wäre, schneller als eine unleidliche und hemmende Fessel empfinden als Fürst Bismarck selbst. Denn dazu ist der berühmte Staatsmann doch zu einsichtig, um irgend anzunehmen, daß ein solches Verhältnis zwischen Regierung und Mehrheit ein einseitiges sein könnte, daß es nicht der Regierung mindestens ebensoviel Verpflichtungen auferlegt als es ihr Rechte giebt, oder daß sich eine deutsche Volksvertretung denken ließe, resigniert genug, einzig die Pläne zu vollziehen, an deren Fassung sie keinen selbstthätigen Teil hat. Nehmen wir an, der Reichskanzler sei im Besitz jener kompakten Regierungsmehrheit gewesen, er habe sich auf eine solche eingerichtet gehabt, als er die Strafgesetznovelle in den Reichstag brachte. Welche Niederlage wäre es dann für ihn gewesen, als die politischen Paragraphe nahezu einstimmig fielen! Wie die Dinge jetzt liegen, konnte Fürst Bismarck einfach den Staub dieser Paragraphe von den Schuhen schütteln und ruhig weitergehen. Man könnte einwenden: Hätte eine Regierungspartei bestanden, so würde Fürst Bismarck sich mit derselben vorher verständigt haben, was durchzubringen sei und was nicht, und danach die Vorlage gemacht haben; allein so viel wir wissen, ist niemand, auch aus denen, die dem leitenden

Digitized by Google

Staatsmann am nächsten stehen, darum irgend im voraus zu Rat gezogen worden, während doch die Aussichten auf eine Mehrheit von vornherein sehr klein waren. Ob bei einer fest konstituierten Regierungspartei und erhöhter Sicherheit ihrer Unterstützung anders verfahren worden wäre, bleibt sonach jedenfalls noch zu erweisen. Wir glauben, daß der Reichstag und seine Parteibildungen ein viel tiefergehendes Interesse daran hätten, eine Regierung zu besitzen, die mit einer geschlossenen Mehrheit verwaltete, als Fürst Bismarck, der alle Vorteile und nur wenige der Nachteile der gegenwärtigen Lage hat, einer Lage, deren unangenehme Seiten hauptsächlich auf die Schultern der Nationalliberalen fallen. Eine Partei, die wie die nationalliberale dies thut, in voller Erkenntnis der Sachlage eine solche Stellung übernimmt und in ihr ausharrt, darf das Zeugnis in Anspruch nehmen, daß sie mehr wie eine politische Tugend übt. Es kann nur unseren Spott erregen, wenn ein oder das andere fortschrittliche Blatt mit großem Aufwand von Papier seine Dynamitpatronen in die Partei zu schieben sucht, um diese zu sprengen; bei näherer Betrachtung sind diese Patronen mit Sägemehl aus einer alten Klappermühle gefüllt. Was die nationalliberale Partei so fest zusammenhält trotz der ernsthaften Schwierigkeiten der Lage, ist das Bewußtsein, daß gerade die Vereinigung der verschiedenen Elemente, aus denen sie sich zusammensetzt, eine relative Stetigkeit in die Beziehungen zwischen Regierung und Reichstag und damit in das Staatsleben überhaupt zu bringen vermag. Im Schoß der nationalliberalen Fraktion wird der Ausgleich versucht und in der Regel auch gefunden innerhalb des Kreises von Abgeordneten, welche die gegenwärtige Regierung zu stützen wünschen, ohne auf die Selbständigkeit ihres Urteils zu verzichten. Die eine oder die andere dieser beiden Seiten der Aufgabe werden je nach der Individualität hier oder da mehr vorschlagen, Mythus oder Wahrheit mag diese Seiten in dem einen oder dem anderen Namen personifizieren. Im Grunde weiß man, daß gerade nur diese Zusammensetzung die Natur des Ganzen bestimmt und seine Kraft sichert. Die nationalliberale Partei wäre sicher vorurteilslos genug, an einer äußerlichen Parteigruppierung nicht eigensinnig festzuhalten, wüßte man ihr was besseres vorzuschlagen. Wahrscheinlich aber nimmt man im Schoße dieser Partei an, daß wenn sie heute zerfiele, nicht Bildung einer großen geschlossenen Mehrheit, sei es für diese oder eine andere Regierung, sondern viel eher das parlamentarische Chaos folgen würde. Die national-

Digitized by Google

liberale Partei ist die einzige Partei in größerem Stile, die neben der klerikalen und der sozialdemokratischen überhaupt in Deutschland sich bis jetzt bilden konnte; eine besondere Vorstellung wäre es, zu einer besseren und kompakteren Parteibildung im staatlichen Interesse gelangen zu wollen, indem man die einzige Organisation zerschlüge, die in der unausgesetzten Arbeit langer Jahre mit unendlicher Mühe geschaffen worden ist. Im Gegenteil wäre es die Aufgabe, sie auszubauen und zu erweitern, wenn der Parlamentarismus seine belebende Kraft für den Organismus des Staates erhalten soll. Wir denken, der Staat an sich hat Feinde genug, als daß man eine seiner wichtigsten Einrichtungen nicht mit Sorgfalt zu behandeln und vor dem Verbrauchtwerden zu hüten alle Ursache hätte. Die Taktik der Klerikalen und Sozialdemokraten läuft auf gar nichts andres hinaus. Was eine fortlaufende Verständigung zwischen dem Reichskanzler und den Gruppen der parlamentarischen Mehrheit betrifft, so wagen wir allerdings nach den Erfahrungen der Vergangenheit auch für die Zukunft kaum darauf zu rechnen, obgleich dies im Augenblick den Kernpunkt der ganzen Lage bildet, wie es diesen Kernpunkt auch in Zukunft bilden wird, die parlamentarische Lage mag sich gestalten, wie sie wolle."

Gegen die Zumutung einer „Partei Bismarck sans phrase" hat der Nationalliberalismus immer eine große Beflissenheit an den Tag gelegt, sein Sträuben unzweideutig und ausdrücklich zu bekunden. Als angesichts der neuen Aufgabe, welche der Fürst Bismarck seiner Zeit stellte, d. h. der wirtschaftlichen, das Verhältnis zwischen ihm und der alten Majorität sich schon gelockert hatte, brachte die „Post" einmal einen Artikel, der sich etwa wie ein Supplement zu Carlyle's Arbeiten über Helden und heroworship las. Sie klagte darüber, daß die Nation von neuem den Fürsten Bismarck verkenne; er habe sie einst vom politischen Untergang errettet und werde sie jetzt vom wirtschaftlichen erretten. Man werde dereinst mit Beschämung ersehen, wie unberechtigt der Widerstand, das Mißtrauen sei, welches sich dem Fürsten entgegen stelle. Das genannte Blatt fügte hinzu, daß es seinerseits nicht ungerecht sein wolle gegen die, welche gegen den Fürsten Bismarck ungerecht seien. Denn es sei eine triviale Erfahrung, daß die Mehrzahl der Menschen dem Schwunge eines außerordentlichen Geistes nicht lange folgen könne und gegen die Leitung desselben früher oder später in mehr oder minder heftige Empörung gerate. Alexander und Cäsar, Gustav

Digitized by Google

Adolph und Cromwell, Friedrich und Napoleon hätten dieselbe Erfahrung gemacht und nicht immer war die Empörung des Gemeingefühls ohne Recht, aber schwer habe auch diese Empörung sich versündigt durch Zerstörung von Wohlthaten, welche der Menschheit zugedacht waren.

„Wir möchten, so erwiderte darauf die Nationalzeitung, mit der Frage antworten, was wohl aus der Menschheit geworden sein würde, wenn sie dem Schwunge außerordentlicher Geister immer ohne Widerstand hätte folgen können und folgen wollen. Wenn wir einmal den Boden unserer heutigen Parteikämpfe verlassen und uns in den Äther der universalhistorischen Betrachtung erheben wollen, in welchem die Begriffe „Recht" und „Unrecht" den Platz einräumen, um den Begriffen „Ursache" und „Wirkung" Platz zu machen, so kommen wir zu dem Resultate, daß in dem Plane der Vorsehung das Triviale ebenso viel Recht hat, als das Außerordentliche, daß die Männer, die nur „das Nächste mit dem Nächsten klug verbinden", ebenso notwendig sind, wie, „die hellgeborenen heitren Joviskinder", deren Auge entsiegelt ist. Wir brauchen den Sauerstoff um zu leben und der Mangel daran würde uns schnell töten, aber die allweise Natur hat dem Sauerstoff eine überwiegende Menge eines anderen Elements zugesetzt, welches recht eigentlich das physische Gegenbild dessen ist, was man auf dem ethischen Gebiete „das Triviale" nennt, des Stickstoffes, der uns davor behütet, daß wir unser Leben in der reinen Lebensluft nicht vorzeitig aufreiben. Dem Einflusse der Genialität widerstandslos überlassen, würde eine Nation sich ebenso schnell zu Tode leben, wie die Maus unter der mit reinem Oxygen erfüllten Glasglocke."

Was das Verhältnis der nationalliberalen Partei zum Fürsten Bismarck mehr und mehr verstimmte, und, statt sie in reinem Sauerstoff sich schnell zu Tode leben zu lassen, in einer mit viel Stickstoff angefüllten Atmosphäre untergehen ließ, d. h. vom leitenden Staatsmann ab- und ihrer erbittertsten Feindin, der Fortschrittspartei, zudrängte, hing mit der Ausschließung der Partei von Sitzen in der Regierung zusammen, eine Ausschließung, die mit den Jahren mehr und mehr an Chancen zu verlieren schien. Die Partei hielt es für eine Ehrensache, daß ihr ein verantwortlicher Anteil an der Regierung zufiel. Es sollten die Männer, die sie an die Staatsleitung abgab, in der Führerschaft der Partei bleiben, und so die Beziehungen zwischen Regierung und Parla-

Digitized by Google

ment auf eine gesunde Basis gestellt werden. „Dem Staatsleben eine größere Stetigkeit und Sicherheit zu geben durch die Herstellung einer festen Majorität, durch Verbindung derselben mit leitenden Kräften in der Regierung, das ist die Aufgabe, welche die nationalliberale Partei sich gestellt hat. Gleichgültig, ob dies Ziel sich im Augenblicke verwirklicht oder nicht, wird sie daran festhalten, weil sie weiß, daß überhaupt kein anderes Mittel existiert, aus den unausgesetzten Krisen und Stößen heraus den Staat in gelegten Geleisen zu führen".

Eine charakteristische Kundgebung erfolgte im Sommer 1876 von Seiten des Abgeordneten Lasker in einer von ihm herausgegebenen Korrespondenz, worin er sagte: „Heute wie immer wird die nationalliberale Partei die preußische Regierung als die Regierung desjenigen Staates, dessen Politik maßgebend ist für die nationale Entwicklung im deutschen Reiche, mit voller Ueberzeugung bei allen denjenigen Werken unterstützen, die eine Förderung der nationalen Ziele mit sich führen, weil sie sich dessen bewußt ist, daß auf dem Wege zu diesem Ziele hin der freiheitliche Ausbau auch der preußischen Staatseinrichtungen sich als eine notwendige Konsequenz ergiebt, deren zeitlicher Eintritt durch widrige Umstände zwar hinausgeschoben, die aber niemals in ihr Gegenteil verkehrt werden kann. Die nationalliberale Fraktion, wenn sie sich nicht selber von den Wurzeln ihres Seins trennen, ihren organischen Zusammenhang mit den treibenden Kräften des deutschen Volkstums daran geben und in ein Haufwerk parlamentarischer Gruppen sich auflösen will, die selbst von leisen Strömungen aus einander getrieben werden, kann ihre bisherige Stellung nicht verändern. Sie kann sich nicht dazu herbeilassen, daß sie von Seiten einer Regierung, die sich nicht zu ihren politischen Grundsätzen bekennt, lediglich unter dem Gesichtspunkte eines ausgiebigen Materials für die Bildung einer gouvernementalen Majorität verwendet werde. Alle Hinweisungen auf die englischen Verhältnisse sind so lange illusorisch, als nicht die preußische Regierung dieselbe Stellung zu der Majorität des preußischen Abgeordnetenhauses einnimmt, wie die englische Regierung zu der Majorität des englischen Unterhauses. So lange die Auswahl der Minister in Preußen ohne Rücksicht auf die Uebereinstimmung ihrer Grundsätze mit denen der Majorität des Abgeordnetenhauses erfolgt, so lange der leitende Staatsmann nur aus Gründen der höheren Politik zum

Digitized by Google

freiheitlichen Ausbau der Staatseinrichtungen die Hand bietet und sich die Hoffnungen der Reaktion stets sofort aufs neue beleben, wenn durch das entschiedene Eintreten der Mehrheit des Abgeordnetenhauses für die liberalen Grundsätze eine Spannung zwischen derselben und der Regierung erzeugt wird, — so lange wird die Aufforderung an die nationalliberale Fraktion, sich zu lösen von der ihr zielverwandten Fraktion der Fortschrittspartei und in eine konservativ-liberale Regierungsmajorität einzutreten, keine Wirkung erzielen. Die liberale Partei im Lande ist in sich nicht nach „Fraktionen" geschieden, wie die liberalen Abgeordneten im Parlament, sondern ein großes ganzes, innerhalb dessen, wie überhaupt in jeder größeren politischen Gemeinschaft, die Ansichten wohl im einzelnen vielfach auseinandergehen, das aber in seinen großen Zielen sich völlig einig weiß. Erst wenn die preußische Regierung sich mit diesen Zielen identifiziert und allen reaktionären Gelüsten ein für allemal die Hoffnung, sich Geltung zu verschaffen, abgeschnitten ist, erst dann würde die Frage praktische Bedeutung gewinnen, ob innerhalb der liberalen Partei Elemente vorhanden sind, mit denen ein Regieren in Preußen unmöglich ist, und denen daher nach Möglichkeit der Zutritt zum Parlament zu wehren wäre. So stehen die Dinge angesichts der Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause im Oktober 1876 aber nicht. Keine Thatsache ist bekannt, welche darauf schließen ließe, daß mit dem neuen Abgeordnetenhause ein liberales Ministerium das in Angriff genommene Reformwerk fortführen wird. Ebensowenig haben sich innerhalb der Fortschrittspartei Stimmen, die Beachtung verdienen, erhoben, woraus man den Schluß ziehen könnte, daß die gleichnamige parlamentarische Fraktion von ihrer bisherigen Entwicklungsrichtung, die sich der nationalliberalen Fraktion bereits beträchtlich genähert hat, sich abwenden und auf eine unfruchtbare Opposition versteifen möchte. Es wird demnach, wie bei den Wahlen des Jahres 1873, die liberale Partei im Lande geschlossen einstehen für die Wahl liberaler Abgeordneter, und es werden die beiden parlamentarischen Fraktionen, denen sich diese Abgeordneten bisher anzuschließen pflegten, dahin wirken, daß in den einzelnen Wahlbezirken dabei nach Recht und Billigkeit über die Aufrechterhaltung und womöglich Mehrung des bisherigen Besitzstandes und über die Aufstellung von gemeinsamen Kandidaten eine Einigung innerhalb der Wählerschaft erfolge."

Diese Erklärung zu Gunsten der Fortschrittspartei war eine

Digitized by Google

Drohung an die Regierung, die speziell dem Fürsten Bismarck galt. Es war so eben die Städteordnung des Grafen Eulenburg im Abgeordnetenhause gefallen, Delbrück zurückgetreten, zwei Symptome der anbrausenden „Reaktion" auf verschiedenen Gebieten, welche dem Fürsten Bismarck persönlich zur Last gelegt wurden. Dieselbe Erklärung stand in einem auffallenden Kontraste zu der Erbitterung des Kampfes zwischen der nationalliberalen und der Fortschrittspartei in der vorausgegangenen Legislaturperiode des preußischen Abgeordnetenhauses und des deutschen Reichstages, wie zu derjenigen Steigerung dieser Erbitterung, die gleich darauf aus Anlaß der Justizreform den letzten Rest von Solidarität zwischen diesen beiden Parteien für immer tilgen zu sollen schien. Die einzige Gemeinsamkeit zwischen beiden bestand praktisch damals nur auf dem Gebiete des Kulturkampfes. Hier fand die nationalliberale Partei die Fortschrittspartei auf ihrer Seite. Es war kein nationalliberaler Redner, es war keiner von den Staats- und Kirchenrechtslehrern, welche die Maigesetze vorbereitet und gefördert haben, es war auch kein offiziöses Blatt, welches zuerst für den kirchenpolitischen Konflikt den Namen eines „Kulturkampfes" in Anspruch nahm. Es war ein Wahlaufruf der Fortschrittspartei, verfaßt von dem Abgeordneten Virchow, unmittelbar nach der letzten Abstimmung über jene Gesetze, welcher eigens die Partei rechtfertigen sollte, daß sie, mit verschwindenden Ausnahmen, die Regierung in einem Kampfe unterstützte, der „mit jedem Tage mehr den Charakter eines großen Kulturkampfes der Menschheit annehme." Das hat freilich auch einen Teil der Fortschrittspresse nicht gehindert, so schnell sie eben ein eigenes Aktenstück der Partei zu vergessen im stande war, sich des Wortes zu bemächtigen als eines Inbegriffs alles Hohnes für diejenigen, die es mit der Sache ernst meinten und den Namen arglos übernahmen. Die Partei im ganzen übernahm sogar durch Virchow die Führung in dem von ihr so genannten Kulturkampfe. Außerhalb desselben bildeten die Fortschrittspartei und das Zentrum die geschlossene Phalanx der Opposition gegen die nationalliberale und gemäßigt konservative Majorität.

Das Zentrum suchte sich in bezug auf Volksrechte und „freiheitliche" Forderungen, auch im Klange der Sprache in den Programmen den Tendenzen der Fortschrittspartei durchaus anzuschließen. Im November 1873 bemerkte darüber eine gouvernementale Korrespondenz:

Digitized by Google

„Die ersten Wochen der neuen Landtagssession haben ihr Gepräge vorzugsweise durch die Unternehmungen und Anläufe der ultramontanen Partei erhalten; diesmal aber handelt es sich für die Angehörigen Roms nicht etwa um Sorgen und Kämpfe für Papst und Kirche, sondern um allgemeine Volksbeglückung. Die römische Partei schickt sich an, unter dem Wahlspruch „Wahrheit, Freiheit und Recht", so sonderbar derselbe in ihrem Munde klingt, auch im Landtage Politik zu treiben. Dieselbe Partei, welche überall, wo sie die Herrschaft in Händen hat, jede Regung der politischen und religiösen Freiheit unterdrückt, stellt sich bei uns als die eifrigste Beschützerin aller Freiheiten hin, — die Partei, unter deren Einfluß soeben der Graf von Chambord es abgelehnt hat, den Thron Frankreichs zu besteigen, wenn ihm zugemutet werde, zugleich die Grundsätze des Liberalismus zu bestätigen, dieselbe Partei sucht bei uns den Liberalismus in allen Richtungen zu überbieten und ruft der Fortschrittspartei höhnend zu, sie werde sich in ihrem liberalen Sturmlauf so einzurichten suchen, „daß die preußische Fortschrittspartei auch mitkommen kann," — die Partei, welche vor wenigen Wochen in dem Taumel der Restaurationshoffnungen verkündete: „die Völker sollen wieder leben und arbeiten unter neuen Gesetzen, unter Prinzipien des Syllabus," dieselbe Partei schwärmt urplötzlich für Fortschritt, Liberalismus und moderne Zivilisation, lauter Dinge, die vom Papst und besonders im Syllabus entschieden verworfen und verurteilt sind. Die Ultramontanen können freilich niemand darüber täuschen, daß ihre freiheitlichen Anträge nicht der Freiheit an und für sich, sondern nur ihren augenblicklichen Parteizwecken dienen sollen. Das erkennbare Ziel bei allen ihren parlamentarischen Unternehmungen ist die Schwächung des Staatswesens, und zu diesem Zwecke die Verwirrung und Zerrüttung der Parteien, auf welche die Regierung sich bei den jetzigen Kämpfen vorzugsweise stützt. Schon die ersten Kundgebungen aus den Reihen der liberalen Partei lassen erkennen, daß das Mühen der Ultramontanen in dieser Beziehung vergeblich sein wird. Selbst von seiten der entschiedenen Fortschrittspartei ist bei der ersten Gelegenheit mit unverhohlenem Spott darauf hingewiesen worden, daß jetzt aus dem überreichen Füllhorn der katholischen Partei den Liberalen eine Menge wundervoller Dinge entgegengetragen werden, die man ja wohl willkommen heißen möge, bei denen man aber doch jederzeit untersuchen werde, ob sie zu rein sachlichen Zwecken oder bloß den Berechnungen der

Digitized by Google

Parteitaktik dienen sollen; — man werde sich darüber nicht täuschen lassen, was bei den Ultramontanen Angelegenheit der Taktik, was Angelegenheit des Herzens und der Überzeugung sei. Noch kühler und abweisender verhalten sich die gemäßigten Mittelparteien zu den gleißnerischen Freiheitsbestrebungen der Ultramontanen. Sie erkennen, daß es vor allem darauf abgesehen ist, durch Erweckung von Mißtrauen und Zwiespalt die praktischen Erfolge der parlamentarischen Thätigkeit zu hintertreiben, und sie sind entschlossen, diesem Beginnen ihrerseits entschieden entgegenzutreten. Wenn sie nicht hindern können, daß die Anträge der Ultramontanen die Zeit der Landesvertretung über Gebühr in Anspruch nehmen, so werden sie doch nach allen bisherigen Anzeichen einmütig dahin wirken, daß die politischen Pläne der staatsfeindlichen Partei gründlich vereitelt werden."

Der „unverhohlene Spott" der Fortschrittspartei über das fortschrittlich anklingende Programm der Ultramontanen galt nur ihren Antipoden im Kulturkampfe. Im übrigen hat sich keine Partei dem Zentrum stets so verwandt gefühlt und dort Anschluß gesucht, als die Fortschrittspartei. Sie fand an demselben die beste Bundesgenossenschaft in den beiden größten Fragen, welche in den ersten Jahren nach dem Kriege neben dem Kulturkampfe das deutsche Reich beschäftigten und aufregten: die Heeresfrage und die Justizreform.

Bei der Stiftung des norddeutschen Bundes erstrebte die preußische Regierung in dem Entwurfe einer Verfassung die dauernde Stärke des stehenden Heeres und zugleich eine feste Geldsumme zu dessen Unterhaltung. Der Reichstag bewilligte beides bis zum Ablauf des Jahres 1871 und alsdann wieder bis 1874. In der Session von 1874 wurde ein Reichsmilitärgesetz vorgelegt, das nur noch die Stärke des Heeres fixierte. Die großen politischen und militärischen Gesichtspunkte, von welchen die Reichsregierung bei ihrer Vorlage ausging, fanden in der Rede des Feldmarschalls von Moltke eine Vertretung, wie sie mit größerer Autorität kaum jemals einem Gesetzentwurfe zu teil geworden ist.

„Niemand, sagte er, würde nicht wünschen, die großen Summen, welche jährlich für das Militär verausgabt werden, für Friedenszwecke zu verwenden, aber vergessen dürfe man dabei nicht, daß die Ersparnisse im Militäretat aus einer längeren Reihe von Friedensjahren verloren gehen können in einem einzigen Kriegsjahre. Napoleon habe, nach dem unglücklichen Feldzuge von 1806

Digitized by Google

und 1807, aus dem damals kleinen und armen Preußen in dem Zeitraum von 1808—1812 eine volle Milliarde herausgezogen. Nicht der Schulmeister habe unsere Schlachten gewonnen, sondern der Erzieher, der Staat, welcher jetzt bald 60 Jahrgänge der Nation zu körperlicher Rüstigkeit und geistiger Frische, zu Ordnung und Pünktlichkeit, zu Treue und Gehorsam, zu Vaterlandsliebe und Mannhaftigkeit erzogen habe. „Sie können die Armee, und zwar in ihrer vollen Stärke, schon im Innern nicht entbehren für die Erziehung der Nation. Und wie nun nach außen! Vielleicht daß eine spätere glücklichere Generation, für welche wir im voraus die Lasten mittragen, hoffen darf, aus den Zuständen des bewaffneten Friedens herauszugelangen, welcher nun schon so lange auf Europa lastet. Uns, glaube ich, blüht diese Aussicht nicht. Ein großes weltgeschichtliches Ereignis, wie die Wiederaufrichtung des deutschen Reiches, vollzieht sich kaum in einer kurzen Spanne Zeit. Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entrissen wird. Darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben: wir haben seit unseren glücklichen Kriegen an Achtung überall, an Liebe nirgends gewonnen. Nach allen Seiten stoßen wir auf das Mißtrauen, daß Deutschland, nachdem es mächtig geworden, in Zukunft ein unbequemer Nachbar sein könnte." In Belgien finde man meist französische Sympathien, in Holland Furcht vor einer deutschen Invasion, sogar in England spreche man von der Gefahr der Landung eines deutschen Heeres, von Dänemarck gar nicht zu reden, die russischen Ostseeprovinzen und die deutsch-österreichischen Länder würden als Zielpunkte deutscher Eroberungspolitik aufgestellt. Doch der interessanteste Nachbar sei Frankreich. Dort habe man unsere militärischen Einrichtungen getreulich kopiert, vor allem die allgemeine Wehrpflicht, jedoch mit 20-jähriger, nicht wie bei uns, mit 12-jähriger Dienstpflichtigkeit. Das Militärbudget sei seit 1871 um mehr als 25 Millionen Thaler gestiegen und betrage für die Landarmee im Ordinarium und Extraordinarium zusammen 171 Millionen Thaler. Die französische Nationalversammlung habe ohne Rücksicht auf die Staatsfinanzen und ohne Unterschied der Parteien bereitwillig jedes Opfer gebracht, welches für die Wiederherstellung und Erweiterung der Heeresmacht gefordert wurde; sie sei sogar noch weiter gegangen und habe für die Heranziehung der seconde portion in diesem Jahre der Militärkommission 17 Millionen geradezu

Digitized by Google

aufgenötigt. Die französischen Gemeinden seien in ihrem Patriotismus nicht zurückgeblieben, weisen Exerzierplätze an und errichten Kasernen. „Dies alles, meine Herren, giebt uns ein Bild von der Stimmung in Frankreich.“ Zwar glaube er, daß die große Mehrheit der Franzosen durchdrungen sei von der unbedingten Notwendigkeit, zunächst den Frieden zu wahren, und eine Bestätigung hierfür sehe er in dem Umstande, daß eben ein einsichtsvoller Militär wieder an der Spitze der französischen Regierung stehe. „Aber wir alle haben ja erlebt, wie die französischen Parteien, welche ihren Ausdruck in Paris finden, Regierung und Volk zu den außerordentlichsten Beschlüssen hinreißen können. Was von jenseits der Vogesen zu uns herüberdringt, ist ein wüstes Geschrei nach Rache für die selbst heraufgerufene Niederlage. Wir sind unsern Nachbarn nicht gefolgt auf dem Wege, die Armeen zu vergrößern; wir glauben mit dem auskommen zu können, was in dieser Vorlage enthalten ist. Aber wir dürfen die innere Güte unserer Armeen nicht schwächen lassen weder durch Abkürzung der Dienstzeit, noch durch Herabsetzung des Präsenzstandes.“ Die erste Maßregel führe, wenn sie überhaupt einen finanziellen Effekt haben solle, zum Milizsystem, dessen militärische Unbrauchbarkeit der amerikanische Sezessionskrieg, dessen politische und soziale Gefahren der Ausgang des letzten Krieges und der Schlußakt mit dem Kommuneaufstand dargethan haben. „Was den Präsenzstand anbelangt, so möchte ich eindringlich davor warnen, ihn nicht zu einer Budgetfrage zu machen. Ich weiß, daß geehrte Mitglieder dieses Hauses glauben, gerade an diesem Punkte festhalten zu müssen, um das unbestreitbare, aber auch unbestrittene Recht der Steuerbewilligung dem Landtage zu wahren. Aber erwägen Sie, ob Sie durch die Handhabung dieses Rechtes nicht das Recht schädigen, welches das Land hat, auf Ihre Mitwirkung zu rechnen in einer Frage, wo es sich um den Bestand des Reiches handelt. Mir scheint es doch wünschenswert, nicht wieder in ein neues Provisorium einzutreten, sondern endlich einmal definitiv festzustellen, was Deutschland für ein deutsches Heer zu leisten hat. Die normale Ziffer des Friedensstandes muß notwendig auf eine lange Reihe von Jahren eine konstante bleiben. Durch Schwanken in dieser Ziffer tragen Sie eine Unsicherheit hinein in alle die vielen umfassenden Vorbereitungen, welche lange vorher und bis in das letzte Detail festgestellt werden müssen, wenn Sie mit ruhiger Zuversicht einem Angriff von außen entgegensehen wollen. Erwägen

Digitized by Google

Sie, daß jede Verminderung dieser Ziffer 12 Jahre lang nachwirkt, und daß keiner von uns übersehen kann, ob in 12 Jahren Krieg oder Friede sein wird; denn es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Aber ich denke, wir werden der Welt zeigen, daß wir eine mächtige Nation geworden und eine friedliebende geblieben sind, eine Nation, welche den Krieg nicht braucht, um Ruhm zu erwerben, und die ihn nicht will, um Eroberungen zu machen. Ich wüßte auch wirklich nicht, was wir mit einem eroberten Stück Rußlands oder Frankreichs machen sollten. Ich hoffe, wir werden auf eine Reihe von Jahren nicht nur Frieden halten, sondern auch Frieden gebieten. Vielleicht überzeugt sich dann die Welt, daß ein mächtiges Deutschland in der Mitte von Europa die größte Bürgschaft ist für den Frieden von Europa. Aber, um den Frieden zu gebieten, muß man zum Kriege gerüstet sein, und ich meine, wir stehen vor der Entscheidung, entweder zu sagen, daß bei den politischen Verhältnissen Europas wir eines starken und kriegsbereiten Heeres nicht bedürfen, oder aber zu bewilligen, was dafür nötig ist."

Die grundlegende Bestimmung in dem Entwurfe war die dauernde (bis zum Erlaß einer anderweitigen gesetzlichen Bestimmung geltende) Festsetzung der Friedensstärke des Heeres auf 401 659 Mann. Auf liberaler Seite aber glaubte man durch eine solche dauernde Festsetzung, welche alsdann der jährlichen Budgetbewilligung zu Grunde zu legen wäre, dem Budgetrecht des Reichstages, d. h. der alljährlichen Beschlußnahme über die Einnahmen und Ausgaben, etwas Erhebliches zu vergeben.

Von einem sehr angesehenen Mitgliede der liberalen Partei und bedeutenden Kenner des konstitutionellen Staatsrechts (Dr. Gneist) wurde dem gegenüber alsbald geltend gemacht, daß durch die Festsetzung einer gesetzlichen Friedensstärke des Heeres nur gewisse Grundlagen für den Militäretat gesichert werden, welche weder durch einseitige Verordnungen der Regierung noch durch einseitige Beschlüsse der Reichsvertretung geändert werden können; solche gesetzliche Grundeinrichtungen aber bestehen bei allen Zweigen der Staatsverwaltung und das jährliche Bewilligungsrecht müsse diese Grundlagen überall respektieren. Das Budgetrecht werde dadurch nicht beeinträchtigt, daß es sich an gewisse gesetzlich feststehende Voraussetzungen binden müsse. Der Redner

Digitized by Google

wies überdies darauf hin, daß gerade die liberale Partei während des Konflikts über die Militärfrage ausdrücklich eine gesetzliche Festsetzung der Stärke und der Organisation des Heeres als bindende Grundlage für die jährliche Bewilligung verlangt habe.

In der That hatte die im Jahre 1863 zur Beratung der damaligen Militärvorlage niedergesetzte Kommission des Abgeordnetenhauses (an welcher u. a. die Abgeordneten von Bockum-Dolffs, von Forckenbeck, von Vincke, Harkort, von Hoverbeck, Dr. Gneist, Dr. Virchow, Dr. Beitzke teil nahmen) mit 16 gegen 2 Stimmen folgende gesetzliche Bestimmung vorgeschlagen:

„Die Stärke und Zusammensetzung des Heeres für den Friedenszustand soll durch ein Gesetz festgestellt werden. Auf Grund dieses Gesetzes erfolgt die jährliche Veranschlagung der Ausgaben für das Heer."

Zur Begründung dieses Antrages sagte der von dem spätern Präsidenten des Reichstags, Abgeordneter von Forckenbeck, verfaßte Bericht:

„Ein solches Gesetz ist in einem Verfassungsstaate und namentlich in einem Verfassungsstaate, in welchem das Institut der allgemeinen Wehrpflicht existiert, notwendig, und namentlich bei dem vorhandenen Konflikte und zur Vermeidung der Wiederkehr desselben geboten, weil dasselbe allein schließlich die Gesamtleistung der Wehrpflichtigen für das Heer und deren Verwendung im Sinne des Gesetzes bedingt und sicherstellt.

Das Institut der allgemeinen Wehrpflicht, weil es dauernd sämtliche Wehrpflichtige im Staate dem Heere grundsätzlich zur Disposition stellt, verlangt auch eine für längere Zeit feststehende Zusammensetzung des Heeres. — — Die Zusammensetzung ist demgemäß bei uns 50 Jahre lang unverändert geblieben. — —

Die Förderung eines Organisationsgesetzes verstößt nicht gegen Art. 99 der Verfassungsurkunde, gegen das Ausgabebewilligungsrecht des Abgeordnetenhauses. Das Gesetz wird nur Grundlage der Veranschlagung sein, wie jetzt bei vielen Instituten das Gesetz die Grundlage der Veranschlagung ist.

Die Bewilligung der geforderten Ausgaben im einzelnen, das Recht der Budgetverweigerung im ganzen, bleibt verfassungsmäßig bestehen. Für das Heer kann es aber nur vorteilhaft sein, wenn den Forderungen für dasselbe eine dauernde Motivierung durch ein Gesetz zur Seite steht, die, sobald sie dem Gesetz entspricht, im gewöhnlichen Lauf der Dinge immer durchschlagen muß."

Digitized by Google

Angesichts dieser unzweideutigen Erklärungen, welche von den hervorragendsten Führern der liberalen und der Fortschrittspartei gerade zur Zeit des lebhaftesten Kampfes um das Budgetrecht der Landesvertretung abgegeben worden waren, schien die Hoffnung begründet, daß die Wahrung des Budgetrechts kein Hindernis der Verständigung über die jetzige Vorlage sein werde, durch welche die damals gestellte Forderung eines Organisationsgesetzes erfüllt wurde.

Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Es war sogar die nationalliberale Partei, also der Kern der gouvernementalen Mehrheit, welche der Vorlage gegenüber trat, und zwar mit der erwähnten Forderung, über die Friedensstärke des Heeres alljährlich zu beschließen. Dagegen erhob sich die Nation fast einmütig. Es wollte den deutschen Patrioten bedünken, daß, wer es mit dem deutschen Reiche gut und ehrlich meine, den Worten des großen Generalfeldmarschalls folgen und den § 1 unbedingt genehmigen müsse. Dieser Eindruck erhielt sich während der ganzen Krisis dieses Gesetzes. Für Moltke stimmen, hieß: für das Vaterland stimmen. Während die Vorlage bei einer Kommission von 28 Mitgliedern ein Quarantäne von fast 2 Monaten aushielt, gingen die Abgeordneten in die Osterferien und kamen von da nach unmittelbarer Berührung mit ihren Wählern mit der Überzeugung zurück, daß das Volk nicht an dem Gesetzentwurfe gerüttelt sehen wollte. Die nationalliberale Partei kam in ein schlimmes Gedränge. Sie stand in der Gefahr einer Spaltung nach rechts und links, in einen Flügel Bennigsen und einen andern Lasker.

Es war eine unbeschreibliche Erregtheit, in welcher das neue Gesetz Monate lang die Nation, das Parlament, die Regierungskreise erhielt. Die Unruhe der unbefangenen patriotischen Gemüter wurde verstärkt durch die Ansprache, welche der Kaiser am 22. März, seinem Geburtstage, an die Generale hielt. Es liegt zwar kein authentischer Bericht hierüber vor, aber der Sinn war der, er habe gehofft und gewünscht, noch selbst die Militärfrage zum definitiven Abschluß bringen und die Wehrverfassung seinem Nachfolger als eine rechtlich und faktisch vollendete Thatsache gleichsam als sein väterliches Vermächtnis für seinen Sohn und als kaiserliche Schutzwehr für Reich und Volk wider innere und äußere Feinde hinterlassen zu können, und er könne dieser Hoffnung auch jetzt durchaus nicht entsagen, zumal da jedermann sagen müsse, daß bei der früheren Krisis in der Militärfrage er sachlich Recht gehabt habe. Seine

Lebensaufgabe wurzle und gipfle in dem Militärgesetz, und er möchte sein Auge nicht eher zur ewigen Ruhe schließen, ehe er dessen nicht gewiß sein könnte, daß sein Lebensziel erfüllt sei. In diesem Sinne rufe er seine glorreiche Umgebung auf, fest und unerschütterlich zu ihm zu halten. Die neue Krisis wurde durch die nicht unbedenkliche Erkrankung des Reichskanzlers, welche demselben jede unmittelbare Beteiligung an den Verhandlungen unmöglich machte, noch verschlimmert und eine günstige Entscheidung erschwert und verzögert. Freunden gegenüber, welche ihn in seinem Krankenzimmer besuchten, klagte er darüber, daß sich mit einer solchen Majorität, welche bei so wichtigen Fragen in das Lager des Feindes übergehe, nicht regieren lasse, und sprach von seinem baldigen Rücktritt; er äußerte sich besonders unzufrieden über die Fortschrittspartei und den linken Flügel der Nationalliberalen, welche auf seinen Namen gewählt seien und deren Wähler wünschten, daß sie die deutsche Reichspolitik stützen, die aber statt dessen dieser Aufgabe sich entziehen zu dürfen glaubten, sobald sie durch Erfüllung derselben scheinbar in Widerspruch gerieten mit ihren alten Oppositionsneigungen und Äußerungen. Diesem rechthaberischen Kleinlichkeitsgeist gegenüber berief er sich auf sein eigenes Verhalten, er stelle stets das Vaterland über seine Person und sei jederzeit bereit gewesen, seine subjektive Meinung zu opfern oder unterzuordnen, wenn es das Wohl des Ganzen erheischt hätte. Der Reichstag verkenne vollständig die Situation und scheine den Beweis liefern zu wollen, daß Deutschland noch nicht reiten könne.

„Fürst Bismarck", schrieb bald darauf die Provinzialkorrespondenz, „vollendet am 1. April sein neunundfünfzigstes Jahr. Wenn jüngst unsers Kaisers Geburtstag mit freudiger Genugthuung über die Wiedergenesung und neue Kräftigung des allverehrten Monarchen begangen wurde, so richten sich an dem Geburtstage des deutschen Kanzlers die Blicke der Patrioten mit Sorge auf das Krankenbett, an welches der große Staatsmann seit Wochen gefesselt ist.

Das schmerzhafte Leiden, welches den einst so kräftigen Mann von Zeit zu Zeit überrascht und darniederwirft, trat bekanntlich zuerst nach der aufreibenden Thätigkeit während des Feldzugs von 1866 hervor, und wie er sich das Leiden im Dienste des Vaterlandes zugezogen hat, so ist er durch die fortgesetzte Hingebung für die großen nationalen Aufgaben, denen er seine ganze Kraft gewidmet hat, von Jahr zu Jahr verhindert gewesen, eine durch-

Digitized by Google

greifende Heilung des Übels zu versuchen. Dasselbe ist vielmehr durch die gewaltigen Anstrengungen, denen er sich fortgesetzt unterzogen hat, noch gesteigert worden.

Je dankbarer das deutsche Volk die unvergleichlichen Verdienste des Kanzlers um die gesamte glorreiche Entwickelung der letzten zehn Jahre ehrt, desto inniger muß in den weitesten nationalen Kreisen die Teilnahme an den schweren Leiden sein, welche eben eine Folge seines mächtigen patriotischen Mühens und Ringens sind.

Die Teilnahme an dem Krankenlager des Fürsten Bismarck beruht aber nicht minder auf dem allseitig lebendigen Bewußtsein von der fortdauernd entscheidenden Bedeutung der persönlichen Wirksamkeit desselben für die höchsten Aufgaben des Reiches. Wie die ursprüngliche Gestaltung und die allmähliche Fortentwicklung der Verfassung des norddeutschen Bundes und des deutschen Reiches fast ausschließlich aus dem schöpferischen Genie des Kanzlers hervorgingen, so ist sein Geist und Streben fort und fort leitend für das gesamte nationale Leben geblieben. Wie entschieden und wie freudig das deutsche Volk in allen patriotischen Kreisen dies anerkennt, davon haben die letzten Wahlen lautes Zeugnis gegeben. Statt aller eigentlichen Parteiprogramme galt fast überall das Bekenntnis zu der von dem Reichskanzler geleiteten Politik als das Erkennungszeichen national gesinnter Kandidaten: das Vertrauen zu jener Politik und die offene Hingabe an die geistige Führung des Kanzlers bildete die Grundstimmung in den betreffenden Kreisen und die Voraussetzung der großen Mehrzahl der Wahlen.

Je mehr hiernach der Reichskanzler hoffen durfte, auch in dem jetzigen Reichstage eine bereitwillige und kräftige Stütze für die Durchführung der klar vorliegenden Aufgaben der Reichspolitik zu finden, desto empfindlicher muß es ihn berühren, daß während seiner augenblicklichen notgedrungenen Unthätigkeit parlamentarische Verwicklungen eintreten, welche die obersten Ziele seines politischen Strebens zu durchkreuzen drohen, — daß die nationale Mehrheit des Reichstages, angesichts der wichtigsten Fragen für die Gegenwart und Zukunft des Reichs einem bedenklichen Schwanken verfällt, und daß, gegenüber der festen Einigung und sicheren Leitung aller reichsfeindlichen Kräfte, die nationalen Parteien einer klar bewußten und thatkräftigen Führung zu entbehren scheinen.

Wenn der Kanzler auf seinem Schmerzenslager von den Gefahren hört, welchen die weiter gedeihliche Entwicklung der Reichspolitik durch den drohenden Zerfall der Mehrheit ausgesetzt ist,

und wenn er in solchem Augenblicke die Krankheit und Schwäche, die ihn hindert, das Gewicht seiner Überzeugung und seines schwer errungenen Ansehens in die Wagschale zu werfen, zehnfach schmerzlich empfindet; — wer wollte es nicht natürlich finden, daß er jede sich ihm darbietende Gelegenheit benutzt, um sich mit bewegten Worten mahnend und warnend an diejenigen zu wenden, bei denen er eine Übereinstimmung mit den Zielen seiner Politik und eine volle Bereitwilligkeit zur Unterstützung derselben voraussetzt oder nach den Umständen, unter welchen sie gewählt worden sind, vorauszusetzen berechtigt wäre.

Fürst Bismarck hat durch die offenkundigen Stimmungen bei den letzten Wahlen ein volles Anrecht erhalten, sich auf die Zustimmung der großen Mehrheit des deutschen Volkes zu berufen, und bei der Verantwortung, welche die deutsche Reichsverfassung ihm allein für den Gang der Politik zuweist, steht es ihm wohl an, die Mitglieder der Reichsvertretung an jenen deutlich kundgegebenen Volkswillen angesichts der jetzigen wichtigen Entscheidungen zu erinnern.

Niemand vermag überdies so wie er die unmittelbare Bedeutung und Wirkung dieser Entscheidungen in bezug auf die allgemeine politische Lage zu beurteilen, — und auch aus diesem Grunde mußte er wünschen, die schweren politischen Sorgen, welche seinen rastlos thätigen Geist inmitten seiner schmerzhaften Krankheit erfüllen, allen denen im Reichstage und im deutschen Volke ans Herz zu legen, welche mit ihm das weitere kräftige Gedeihen des Reiches erstreben.

Die Mahnungen, welche der Fürst auf seinem Krankenlager ausgesprochen hat, gelten zunächst, wie die neulichen Worte Sr. Majestät des Kaisers, der bevorstehenden Entscheidung über die Militärfrage, und sie werden gewiß dazu beitragen, in dieser Beziehung die unerläßliche Verständigung zu sichern; aber sie berühren zugleich die Gesamthaltung der liberalen Parteien gegenüber den großen Aufgaben der Reichspolitik und damit die Aussichten und Hoffnungen in bezug auf die ganze nationale Entwickelung.

Mögen die Worte des Kanzlers alsbald volle Beherzigung finden und hierdurch neue Schwierigkeiten und Verwickelungen der Reichspolitik vermieden werden. Möge dem Fürsten selbst aber bald die volle Kraft und Frische wiedergegeben sein, damit er den Einfluß seiner staatsmännischen Einsicht und Erfahrung inmitten

Digitized by Google

des deutschen Volks und seiner Vertreter wieder vollauf zur Geltung bringen könne."

Herr v. Bennigsen war es, der darauf durch ein in Vorschlag gebrachtes Kompromiß seine Partei wieder sammelte und zugleich den Frieden mit der Regierung herstellte. Der Antrag Bennigsens lautete: „Die Friedenspräsenzstärke des Heeres beträgt vom 1. Januar 1875 bis zum 31. Dezember 1881 401659 Mann" (das sogenannte Septennat). Selbst von der Fortschrittspartei zweigte sich ein äußerster Flügel ab und stimmte für das Kompromiß. Als Gegner blieben nur übrig die Ultramontanen, die Polen, die Welfen, die Dänen, die Franzosen, die Sozialdemokraten, und zwanzig Mitglieder der Fortschrittspartei.

Die Lösung der Militärfrage erfolgte demnach in anderer Weise, als es seitens der Regierung noch wenige Tage zuvor in Aussicht genommen war: nicht eine dauernde und nur durch eine neue Vereinbarung aufzuhebende Bestimmung der Friedensstärke der Armee, sondern eine Feststellung derselben auf die nächsten sieben Jahre war das von der Regierung genehmigte Ergebnis der langwierigen Beratungen und Verhandlungen.

Dieser Ausgang erschien zunächst überraschend, nicht bloß infolge der vorhergegangenen ausdrücklichen Erklärungen von den erhabensten Stellen der Regierung, sondern auch wegen des unverkennbar mächtigen Eindrucks, den diese Erklärungen im ganzen deutschen Reiche hervorgerufen hatten, und im Hinblick auf die erhebende patriotische Bewegung, welche mit ungeahnter Kraft die Volkskreise ergriff und die Reichsvertretung zur Verständigung mit der Regierung über die Wehrkraft des Reiches zu drängen suchte.

Je bedeutender die moralische Wirkung dieser unmittelbar aus dem Volksbewußtsein hervorgegangenen Kundgebungen war und je mehr diese Bedeutung in den parlamentarischen Kreisen anerkannt wurde, desto mehr schien die Aussicht begründet, daß die Regierung die ursprüngliche Forderung einer dauernden Bewilligung der Friedensstärke, falls sie daran unerschütterlich festhielt, mit einer wenn auch nur geringen Stimmenmehrheit durchsetzen könnte. Allerdings handelte es sich bei den Vorausberechnungen fort und fort um ziemlich unsichere und schwankende Verhältnisse, und niemand vermochte eine Bürgschaft für das Gelingen zu übernehmen.

Auf der andern Seite hatte der mächtige Aufschwung des deutschen Volksgeistes insofern eine entscheidende Wirkung innerhalb der nationalgesinnten Reichstagskreise geübt, als dieselben sich noch entschiedener als zuvor von der Notwendigkeit durchdrungen zeigten, zu irgend einer Vereinbarung mit der Regierung zu gelangen, durch welche den unmittelbaren Bedürfnissen des Reiches und seiner Machtstellung Befriedigung gewährt wurde. Aus den Reihen der nationalliberalen Partei, welcher es teilweise aus grundsätzlichen Bedenken nicht möglich erschien, die Bestimmung der Friedensstärke dauernd der Mitwirkung des Reichstages zu entziehen, wurde der Regierung das Anerbieten gemacht, die volle Heeresstärke, wie sie beantragt war, zunächst auf sieben Jahre zu bewilligen. Es war unzweifelhaft, daß, falls die Regierung sich mit diesem Vorschlage einverstanden erklärte, das ganze Militärgesetz ohne weitere Schwierigkeit mit erheblicher Mehrheit zur Vereinbarung gelangen würde.

Die Regierung stand sonach vor der Erwägung, ob sie versuchen sollte, ihren Antrag auf dauernde Bewilligung mit einer knappen Mehrheit im Gegensatze auch gegen viele ihrer sonstigen Anhänger durchzusetzen, oder ob sie durch Annahme der Bewilligung auf sieben Jahre die ganze Militärfrage in vertrauensvollem Zusammenwirken mit der nationalgesinnten Reichstagsmehrheit zum Austrage bringen sollte.

Die Regierung entschied sich für das letztere, indem sie ihren Blick nicht ausschließlich auf die Lösung der Militärfrage, sondern auf die Folgen für die gesamte politische Lage und deren weitere Entwicklung richtete.

Wenn die Regierung sich entschlossen hätte, auf der einfachen Annahme ihres ursprünglichen Antrages zu bestehen, so war, wie gesagt, die Möglichkeit eines siegreichen Gelingens vorhanden; — aber der Sieg wäre unfehlbar auf Kosten des weiteren erfolgreichen Zusammenwirkens mit dem Reichstage erkauft worden. Die bisherige regierungsfreundliche Mehrheit wäre unter dem moralischen Druck, welchem sie nur mit schwerem Bedenken gefolgt wäre, vollends erlahmt und zersplittert, die bisherige Spannung wäre nicht gelöst, sondern auf alle anderen Gebiete der Gesetzgebung übertragen und damit die Hoffnung auf eine ersprießliche Entwickelung des Reichs tief geschädigt worden.

So im Falle des Gelingens.

Wenn dagegen die Vereinbarung des Militärgesetzes scheiterte,

Digitized by Google

so blieb der Regierung nur die Auflösung des Reichstages und die Ausschreibung neuer Wahlen übrig. Es bedarf keiner näheren Ausführung, welche tiefe Verwirrung hierdurch in ganz Deutschland hervorgerufen worden wäre. So erfreulich und erfrischend die jüngste Bewegung der Geister auf Anlaß der Militärfrage war, so bedurfte es doch nur einer geringen politischen Erfahrung, um zu wissen, daß solche unmittelbare Regungen eines richtigen Volksbewußtseins gegenüber der demagogischen Bearbeitung bei einer langwierigen Wahlagitation zumeist nicht standhalten. Es kam dazu, daß eine neue Wahlbewegung doch nicht ausschließlich auf Grund der Militärfrage, sondern zugleich mit Rücksicht auf alle wichtigen Fragen der Reichspolitik stattfinden mußte; es war aber sehr zweifelhaft, ob gerade diejenigen Kreise, in welchen die Regierung für die Militärfrage die entschiedenste Stütze finden würde, ebenso bereit sein würden, die deutsche Gesamtpolitik in ihren unabweislichen Aufgaben zu unterstützen. Das Ergebnis von Neuwahlen konnte daher leicht sein, daß die Regierung künftig für keine ihrer dringenden Aufgaben, weder für die Militärfrage, noch für die kirchliche Politik, noch für den Ausbau der Reichsgesetzgebung eine sichere Mehrheit erlangte.

Bei dieser Lage der Sache glaubte die Regierung um so sorgfältiger die Aussichten erwägen zu müssen, welche ihr durch den Vermittelungsvorschlag eröffnet wurden.

Für die Militärfrage selbst war freilich aus den mehrfach erörterten Gründen die dauernde Bewilligung einer bestimmten Friedensstärke vor allem wünschenswert, und es mußte dem Kaiser sowohl, wie seinen militärischen Ratgebern ungemein schwer werden, in eine Abänderung zu willigen, durch welche die Heeresfrage nach Ablauf einer gewissen Zeit von neuem zum Gegenstand grundsätzlicher Erörterungen werden mußte. Wenn die Regierung sich dazu entschloß, so konnte es nur geschehen, indem eine geraume Frist für die nächste Feststellung gesichert wurde. Eine siebenjährige Dauer durfte in der That den Zeitraum bezeichnen, nach welchem eine anderweitige gesetzliche Regelung erforderlich und hoffentlich auch zulässig sein würde. Eine unbedingte Sicherstellung auf sieben Jahre, wie sie erfolgen sollte, war namentlich in bezug auf die künftige Feststellung des Militär-Budgets von großem Werte.

Es kam dabei ferner auch in Betracht, daß nach Verlauf von sieben Jahren die politische und militärische Entwickelung in Frank-

reich zu einer bestimmten Gestaltung der internationalen Verhältnisse und Aussichten geführt haben durfte.

Indem die Regierung zustimmte, die erforderliche Friedensstärke zunächst nur auf einen solchen Zeitraum festzustellen, gab sie zugleich eine neue Bürgschaft dafür, daß das deutsche Heer, soweit es von ihr abhängt, vor allem der Wahrung und Sicherung des Friedens dienen soll.

Vor allem aber legte die Regierung auch Gewicht darauf, daß die wichtigste Angelegenheit des deutschen Reiches mit einer Mehrheit im Reichstage entschieden würde, welche (wie Graf Moltke sagte) der Bedeutung des Gegenstandes, dem Ansehen des Landes und der Würde der Reichsvertretung entsprach.

Hiermit standen weitere Erwägungen für die innere Reichspolitik im Zusammenhange, welche sich an den Vermittelungsvorschlag knüpften.

In demselben Maße, wie auf jedem anderen Wege Verstimmung, Zersplitterung und Zerrüttung innerhalb der Reichstagsmehrheit in Aussicht stand, war dagegen von der Annahme des Vermittlungsvorschlages eine neue Befestigung der Mehrheit in sich selbst und eine noch engere Verbindung derselben mit der Regierung zu erwarten.

Ein gemeinsamer wichtiger Erfolg war an und für sich ein festes politisches Band. Der Erfolg beruhte in diesem Fall überdies auf dem ausdrücklichen Wunsch von beiden Seiten, daß die neue enge Verbindung der Ausgangspunkt und das Unterpfand eines vertrauensvollen Zusammenwirkens auf allen Gebieten der Reichspolitik sein möge. Die Vereinbarung war endlich getragen von der offenkundigen Zustimmung des deutschen Volkes, welches in der Lösung der großen Frage durch das Einverständnis der Regierung mit einer erheblichen Mehrheit des Reichstags eine Erfüllung der jüngst kundgegebenen Wünsche finden mußte.

Die Krise hatte ihre besondere Bedeutung darin gehabt, daß die nationalliberale Partei es war, welche anfangs entschlossen schien, in die Reihen der Opposition einzutreten, oder vielmehr die einzige in Betracht kommende Opposition zu bilden. Von der fortschrittlich-ultramontanen Opposition hatte man sich keiner anderen Haltung zur Vorlage, als einer feindseligen, zu versehen, aber auch keine Gefahr zu besorgen gehabt. Die Aufregung des deutschen Volks galt der Haltung der nationalliberalen Partei. Die fortschrittlich-

Digitized by Google

ultramontane Opposition machte ihre Isolierung durch eine desto schärfere Sprache quitt. Bei Beginn der Session von 1874 gab auf einem gemeinschaftlichen Essen der Reichstags- und Landtagsfraktion der Fortschrittspartei der Freiherr von Hoverbeck in „einer für manchen Hörer erschrecklichen Schärfe" (wie der Berichterstatter sagte) dem Gedanken Ausdruck, daß die Kämpfe gegen die Sozialdemokratie und den Ultramontanismus nur geringfügige Aufgaben seien im Vergleich zu dem frischen fröhlichen Krieg gegen den Militarismus, in den die deutsche Fortschrittspartei mannhaft einzutreten habe. Der Abgeordnete Richter that dies, indem er den Nationalliberalen vorwarf, daß sie, im Widerspruch mit früheren Äußerungen, die konstitutionellen Rechte des Volkes preisgaben, indem er sich in wegwerfendem Tone über die Versammlungen und Adressen äußerte, in welchen sich das Volk für die unbedingte Annahme des Gesetzes ausgesprochen hatte, und indem er sich der Ausdrücke „Ausgeburten von Unverstand", „Leidenschaften der Menge", „beliebig zusammengewürfelte Haufen" bediente. Von den Ultramontanen sprachen Reichensperger (Olpe) und Mallinckrodt gegen den Kompromißantrag, welcher „Volksvertretung und Bundesrat, das Rechtsprinzip und das wirkliche und wahre Interesse der Armee selbst kompromittiere und das Verhältnis der nationalliberalen Partei zu dem „Imperator auf dem Ministerstuhl" deutlich kennzeichne. Der Lärm über die „Kompromißsucht", die „Charakterlosigkeit" und die „Fahnenflucht" der Nationalliberalen überdauerte noch die Session. Die Nationalliberalen hatten an der Nation die beste Rückendeckung. Selbst das Ausland, so weit es nicht selber Partei war wie Frankreich, unterstützte mit seinen Argumenten den friedlichen Ausgleich. So wurde aus England geschrieben:

„Auf Kompromissen zwischen den höchsten Staatsgewalten ist das ganze Gebäude der heutigen englischen Verfassung aufgebaut worden, Kompromisse bilden die Grundlage von Englands politischer Freiheit, und würden die einander gegenüberstehenden Parteien starr auf dem bestehen, was sie als ihr unveräußerliches Recht betrachten, dann wahrlich hätten wir ewig Fehden im Parlament, in der Kirche, in den Fabrik- und Ackerbaubezirken, die ein segensreiches Gedeihen und Fortschreiten nimmer gestatten würden. Als einen Radikalen bezeichnet Lothar Bucher in seinem Buche über den Parlamentarismus denjenigen, der kein Kompromiß eingehen will, Radikalismus ist somit nach seiner Definition die Verweigerung jedes Zugeständnisses an den Gegner, das unbedingte Fest-

Digitized by Google

halten an dem einmal als richtig erfaßten Gedanken, die Abwehr gegen jede vermittelnde Transaktion. Demnach war in den spanischen Intransigentes das Ideal des Radikalismus verkörpert, aber nicht minder auch im Grafen Chambord, denn die Bucherſche Definition umfaßt sehr richtig den Radikalismus der äußersten Rechten und Linken, den prinzipiellen Widerstand gegen jedwedes Kompromiß, gleichviel ob dessen Träger Ultramontane oder Gottesleugner, verbohrte Junker oder mordbrennerische Communisten seien. Zur Ehre des Menschenverstandes ist ein derartiger Radikalismus heutzutage Ausnahme und nicht Regel in der Politik. Genau betrachtet, besteht er doch in nichts anderem als in Unduldsamkeit gegen die Meinung anderer, hervorgegangen aus Rechthaberei und Überschätzung der eigenen Weisheit. Wahre Duldsamkeit weiß von solchem Radikalismus nichts, und da das heutige England sich ehrlich befleißigt, allseitig duldsam zu sein in politischen, religiösen und sozialen Fragen, so beurteilt es den in der deutschen Militärgesetzgebung eben erzielten Ausgleich mit vernünftiger Berücksichtigung der Sachlage und findet ihn überaus befriedigend für Deutschland, trotzdem er gegen manche englischen Vorstellungen streitet. Times und Post sprechen mit voller Anerkennung von der weisen Nachgiebigkeit, die von beiden Seiten geübt wurde und allein es möglich machte, daß die Regierung ihre wohlerwogene Ansicht und die Reichsvertretung ihr unveräußerliches Geldbewilligungsrecht mit Würde wahren können. In diesem Geiste werden, so viel mir bekannt, sich auch die meisten andern bedeutenden Blätter Londons äußern; in diesem Sinne urteilen alle englischen Politiker, mit denen ich in den letzten vierundzwanzig Stunden zu sprechen Gelegenheit fand und dieselbe Auffassung findet sich im Observer, dem einzigen Wochenblatte, welches, da die Nachricht von dem erzielten Kompromiß erst am Samstag eintraf, sie einstweilen zu besprechen in der Lage war. „Die Berliner Verfassungskrise" — so schreibt das genannte Blatt — „ist durch ein sehr verständiges Kompromiß abgeschlossen worden. Sieben Jahre sind in unseren Tagen eine lange Frist und, vom praktischen Gesichtspunkte betrachtet, hat die Regierung alles erhalten, was sie gefordert. Trotzdem wäre es ein Irrtum, wollte einer das vom Parlament erreichte Zugeständnis ein rein nominelles nennen. Das ist es nicht. Dem Parlamente bleibt sein abstraktes Recht der Kontrolle über das Heeresbudget von der Regierung zugestanden, und mehr als die Grundthesen einer volkstümlichen Selbstregierung aufrecht zu hal-

Digitized by Google

ten, können die Freunde parlamentarischer Einrichtungen in Deutschland jetzo nicht erwarten. Unserem Dafürhalten nach thaten die deutschen Liberalen wohl daran, die praktische Oberhoheit der Krone unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht anzufechten. Die Berechtigung, welche der dem früheren preußischen Parlamente entgegen gefaßten, in der Heeresfrage befolgten Politik des Königs und des Fürsten Bismarck durch den Lauf der Ereignisse zugestanden worden ist, verlieh der Regierung einen Einfluß, den sie bei Lebzeiten des Geschlechtes, welches Sadowa und Sedan miterlebte, nimmer wird verlieren können. Noch auch kann, in der jetzigen Lage des Vaterlandes, irgend ein patriotischer Deutscher füglich denjenigen Maßregeln seine Zustimmung verweigern, die als wesentlich für die Erhaltung der deutschen Einheit von der Regierung gefordert werden." Ich übersetze absichtlich wortgetreu, um zu zeigen, wie ein altes liberales, englisches Blatt den Ausgleich aufgefaßt und mache bei dieser Gelegenheit auf einen geistreich geschriebenen Artikel John Marley's in der „Fortnightly Review" aufmerksam, der von Kompromissen im allgemeinen handelt und über die größere Menge derselben den Stab bricht, weil sie seiner Ansicht nach Zeugnis ablegen von der Charakterschwäche und Gedankenblässe unserer Zeit. John Marley ist nämlich ein Radikaler im Bucherschen Sinne des Wortes, ein Schüler und Verehrer Mills, im übrigen aber auch mehr Philosoph als praktischer Politiker.

In der Justizreform-Frage, zwei Jahre später, hatte die Kompromißmethode, d. h. die praktische Politik, wiederum eine schwere Probe zu bestehen. Die Differenz, um welche die Spaltung zwischen den Konservativen und Nationalliberalen einerseits und dem Fortschritt nebst Zentrum andererseits entstand, drehte sich um die siebenzehn Punkte der Kriminalprozeßordnung, welche der Bundesrat zwischen der zweiten und dritten Lesung für unannehmbar erklärt hatte, und die in der dritten Lesung nicht etwa durchweg oder auch nur vorwiegend nach jenem Verlangen des Bundesrates erledigt wurden, sondern auf Grund einer vorher gewonnenen Verständigung mit den Nationalliberalen verschiedenartige Lösung fanden. Zu diesen siebenzehn Punkten gehörte, beiläufig gesagt, irgend einer der verschiedenen Punkte, die heute Gegenstand der Beschwerde und des Unwillens über die Justizreform bilden, nicht; die heutigen Beschwerdepunkte bildeten damals keine

Digitized by Google

Streitpunkte, an ihnen entbrannte kein Parteikampf, die Konservativen und Nationalliberalen sind daran gerade so schuldig oder unschuldig wie der Fortschritt und das Zentrum, denn sie betreffen nur die Zivilprozeßordnung, die Kriminalprozeßordnung höchstens in Punkten, die 1876 kein Gegenstand eines Kompromisses waren. Die Zivilprozeßordnung galt in aller Augen als „vortrefflich".

Es waren heiße Tage, wo der Fortschrittspartei wieder die Gelegenheit gegeben war, über „Verräter" und „Feiglinge" Wehe zu rufen. Die Ultramontanen halfen mit. „Solch eine Flucht und Felonie, Herr Fürst, ist ohne Beispiel in der Weltgeschichte," zitierte die Germania. Die Volkszeitung aber brachte unter dem Titel: „Moloch hat sein Opfer" den folgenden Dithyrambus: „Moloch weint!" Mit dem Schreckensruf durchströmen seine Priester die Gassen. Sie zerreißen ihre Kleider und streuen Asche auf ihre Häupter. Und es erheben alle Männer Klagen und alle Weiber Jammergeschrei, bis die Priester stehen bleiben vor dem Hause und die Zeichen ihnen sagen, daß dort das Kind lebt, welches Moloch zum Opfer haben will. Da stürmt das Volk unter Lobpreis das Haus und die Weiber, froh daß Molochs Thränen für heute gestillt sind, erheben Gesang. Die getrösteten Priester aber beginnen den heiligen Tanz. Sie nehmen das Opfer in Empfang und bringen es unter dem Schall der Trommel und der Trompete dar und künden dem Volke: „Moloch ist gnädig!" Und die Männer und die Frauen reichen Gaben dar als Ersatz der Opfer, mit welchen sie diesmal verschont worden sind und unter gläubigem Gebet, daß sie auch nächstens verschont bleiben mögen, durch Fürsprache der Priester. Und des Jubels ist kein Ende.

Der alte heilige Moloch lebt nicht mehr, aber an Nachfolgern und Priestern hat es nie gefehlt. Ein Molochdienst, der Opfer fordert, ist bis auf den heutigen Tag noch nicht erloschen. Sein Name wechselt. Zu Zeiten heißt er: Kirche! zu Zeiten: Staat! zu Zeiten: Nationalität! zu Zeiten: Einheit! zu Zeiten: Gesetz! Auch die Opfer sind nicht mehr dieselben. Sie heißen zeitweise: Geld! zeitweise: Gut! zeitweise: Blut! Aber auch hinwieder ist Moloch mit einem reinen Opfer der Überzeugung zufrieden und stillt seinen Zorn, wenn man ihm ein Stückchen Freiheit auf dem Altar des Parlamentarismus darbringt.

In den jüngsten Tagen haben wir wiederum den Ruf der Priester laut durch alle Gassen klagen gehört: Moloch weint! Die Justizreform ist ins Wasser gefallen! Wird sie nicht gerettet, so

Digitized by Google

geht die nationalliberale Partei unter und reißt mit sich in den Abgrund das ganze deutsche Reich. Wehe, Wehe! Die Eingeweihten merkten denn auch, was dieser Klageruf bedeutet. Moloch will ein Opfer haben. Seine Priester werden es finden und darbringen, und sodann wird wieder Jubel sein im Lande, dieweil Moloch gnädig und das Opfer angenommen ist.

Ein wenig lange hat es diesmal freilich gedauert. Eine ganze, ganze Woche ging das Jammergeschrei durch die Gassen: wo hernehmen ein Opfer für die Justizgesetze, mit welchen wir stehen und fallen? Erst am Ende der Woche zeigten die Zeichen, daß das Opfer bald werde gefunden sein. Und mit dem Anbruch der neuen Woche, da war es ausersehen und fest bestimmt, und seitdem ist der Jubelruf wieder erwacht: Wir sind gerettet! Die Justizgesetze werden angenommen. Das kleine Opfer: „Die Presse!" ist nur ein Überzeugungsopfer, wir bringen es dar, weinen ihm eine Thräne nach und erheben dann um so lauter unsern Freudenruf, je höher unser Opfermut sich bewiesen hat!" —

So lautete das tiefe Klagelied der „Volkszeitung".

Das Zentralwahlkomitee der Fortschrittspartei aber wandte sich mit nachfolgendem Manifest an die deutschen Wähler:

„Auf die Wacht!

Nach zuverlässigen Nachrichten ist das Unglaubliche geschehen: Die nationalliberale Partei unterwirft sich den Forderungen der Regierung bei den Justizgesetzen! Das sogenannte Kompromiß ist abgeschlossen. Soeben ist die nationalliberale Fraktion zusammengetreten, um den zwischen ihren Führern und dem preußischen Ministerium abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen. Der Inhalt des Vertrages entzieht sich noch der öffentlichen Kundgabe. So viel scheint indessen festzustehen: daß in allen Punkten von politischer Bedeutung die nationalliberale Partei nachgiebt. Die Preßvergehen werden im ganzen deutschen Reiche — mit Ausnahme von Bayern und Baden — den Schwurgerichten entzogen bleiben. Der Zeugniszwang wird fortbestehen. Das Forum für Preßvergehen wird nach wie vor überall sein, wo es der Polizei des Orts gefällt. In einigen andern Punkten ist es gelungen, der Regierung eine Kleinigkeit abzuhandeln, aber nur eine winzige Kleinigkeit, die Unterwerfung wird hier durch unerhebliche Abänderungsanträge „verschmiert" und es wird nun Aufgabe der großen Redner der Partei sein, das Erhandelte durch Reden voll nationaler Be-

Digitized by Google

geisterung und gewaltigem Liberalismus zu den „wertvollsten Errungenschaften" aufzubauschen. Die Abstimmungen der nächsten Tage werden lehren, wer von den nationalliberalen Abgeordneten das Spiel mitmacht; — leider werden nur wenige ihren früheren Abstimmungen treu bleiben. Wir fordern alle unsre Parteigenossen auf, sich bis dahin bei der Aufstellung nationalliberaler Abgeordneten zur Wiederwahl nicht zu beteiligen.

Deutsche Wähler, auf die Wacht!"

Als im Jahre 1862 oder 1863 durch den Fall eines Redakteurs in Ostpreußen die Frage des Zeugniszwanges zum ersten Male zur Besprechung kam und ein Abgeordneter einen gegen diesen Zwang gerichteten Gesetzentwurf einbrachte, erhob sich Herr Peter Reichensperger mit aller Kraft gegen ein solches Ansinnen. Herr Georg Vincke gratulierte ihm zu der wahrhaft staatsmännischen Rede, durch die er die geschmähte Praxis des höchsten Gerichtshofes wieder zu Ehren gebracht habe. Im Dezember 1876 führte derselbe Reichensperger mit gleicher Kraftanstrengung die Aufrechterhaltung des Zeugniszwanges als Grund für seine Ablehnung der Reform an. Als die Strafprozeßordnung von 1849 oktroyiert wurde, erklärten die demokratischen Blätter die Bestimmung für eine schwere Rechtsverletzung, daß es dem Gerichte frei stehen sollte, durch einstimmigen Beschluß ein Verdikt der Geschworenen als in der Sache irrig aufzuheben. Im Dezember 1876 erklärte die Fortschrittspartei eine Reform für unannehmbar, welche diese Bestimmung, diese Garantie für den Angeklagten nicht enthielt. Und als die Nationalliberalen sich nicht zu Mitschuldigen solcher Parteitaktik machen wollten, da rief die Germania aus: „Solch eine Flucht und Felonie ist ohne Beispiel in der Weltgeschichte," die „Volkszeitung" schrie: „Moloch hat sein Opfer" und das Manifest des Zentralkomitees der Fortschrittspartei sagte: „Das Unglaubliche ist geschehen!"

Als drei Jahre später dieselbe Reform zur Ausführung kam, da wurde sie gleichwohl von der Vossischen, von demselben Blatte, das einst an den Angriffen auf den Charakter derer, die sie angenommen hatten, der Konservativen und der Nationalliberalen, einen vorwiegenden Anteil gehabt hatte, feierlichst erklärt für ein „majestätisches Reformwerk", für eine „Errungenschaft, die sich den größten Gesetzgebungswerken ebenbürtig zur Seite stellen könne".

Digitized by Google

Die nationalliberale Partei hatte einen schweren Stand, um sich in der öffentlichen Meinung gegen die schweren Angriffe der Fortschrittspartei zu erhalten und für die bevorstehenden Wahlen möglich zu machen. Die Nationalzeitung sagte: „Der radikale Entrüstungsschrei spiegelt noch genau jene Vorstellung des politischen Kindesalters ab, als ob das Parlament eine Turnhalle sei für politische Überzeugungen und Grundsätze, und nicht vielmehr eine Ratstätte für die Geschäfte des Landes und das gemeine Wohl ... Die Fortschrittspartei hat „Widerstand geleistet" den Kompromissen, sie hat neuerdings dem Bundesrate „entschiedenen Widerstand entgegengestellt" — das sind ihre Thaten. Kann nicht mit besserem Recht der Damm sagen, er habe „Widerstand entgegengestellt" den Wasserfluten, die hoch über ihn dahingehen? Was heißt es, einer geschichtlichen Thatsache Widerstand entgegenstellen? Die italienischen Dynastien haben der Bewegung von 1859, die Welfen und Genossen der deutschen Umwälzung von 1866 Widerstand entgegengestellt — die Geschichte ist über beide hinweggegangen, wie die Schnitter über gemähtes Gras. Das radikale Wolkenkuckucksheim stellt sich dicht neben die verflossene Legitimität — nicht ganz zufällig stellen sich beide zusammen im „Widerstande" gegen die nationale Rechtseinheit der Deutschen. Aber der „entschiedene Widerstand" der Fortschrittspartei hat immer noch eine verborgene Seite, die man in Wahlprogrammen weislich verschweigt. Die Fortschrittspartei hat der Bundesverfassung von 1867, der Reichsverfassung von 1870 „Widerstand entgegengestellt" — um sich hernach im stillen die Hände zu reiben über die besseren Mittel des „Widerstandes", welche ihr diese Verfassung gegen den partikularen Verfassungszustand bot. Sie hat dem Kompromiß zum Militärgesetze „Widerstand" geleistet und dabei ihr Schicksal gesegnet, daß das rechtzeitige Kompromiß sie davor bewahrte, unter der damaligen Volksstimmung aus einem guten Drittel ihrer Wahlsitze fortgeschwemmt zu werden. Aber sie hat ihren Widerstand niemals geleistet, wenn etwas darauf angekommen wäre; sie hat ihn nicht „entgegengestellt" dem Preßgesetze, als die nationalliberale Partei sich erbot, die Verantwortung der Ablehnung zu teilen. Damals hat sie auch die „Rechte der Presse" verraten, nicht um den Preis der deutschen Rechtseinheit, sondern für Kautions- und Stempelfreiheit. Das ist der einzige Titel, den sie auf den Namen des Fortschritts hat, daß sie niemals einen Fortschritt der deutschen Entwickelung gehemmt hat, den sie zu

Digitized by Google

hemmen im stande gewesen wäre, weil sie eben außer seltenen Ausnahmen nicht dazu im stande war. Sie hat den Fortschritt über sich ergehen lassen, sie hat den ohne ihre Stimmen gesicherten Vorteil eingestrichen und dabei mit ihrem „Nein" den Prinzen im Monde gespielt, der noch ganz etwas anderes geschaffen hätte, wenn man ihn nur wollte machen lassen. Den wirklichen erreichbaren segensreichen Fortschritt anzubahnen, zu erarbeiten, zu festigen, dazu waren andere Männer erforderlich, und doch haben diese jedesmal alle Schmach des Nichterreichten auf sich häufen sehen — das ist der Welt Lauf, aber der Lauf der Geschichte ist darin zu Glück und Heil der Völker nicht beschlossen."

In Breslau hielt damals Prof. Hänel eine Kandidatenrede, in welcher er seine Partei allein als politisch-charaktervoll feierte. „Wenn es ein Mangel an Charakterfestigkeit ist", schrieb darauf die Schl. Presse, „Kompromisse zu schließen, so ist die nationalliberale Partei dieses Mangels schuldig. Sie hat vielfach Kompromisse abgeschlossen und ist, wie Eugen Richter sagt, von Kompromiß zu Kompromiß „gesunken". Sie ist so tief gesunken, daß, nachdem die liberale Partei lange Zeit im Luftballon gesessen und in den Höhen dunstiger Träume und Hoffnungen geschwebt hat, sie jetzt festen Boden unter den Füßen hat. So tief ist sie gesunken und hat andere Parteien im Nebel über sich. Hat denn nun die Fortschrittspartei niemals ein Kompromiß geschlossen? Ach ja! Zunächst beim Preßgesetz hat die Fortschrittspartei die Presse „geopfert", hat die Fortschrittspartei die Überweisung der Preßdelikte an Geschworne und die Aufhebung des Zeugenzwanges „preisgegeben", hat die Fortschrittspartei, was sie in zweiter Lesung „errungen" hatte, in dritter Lesung „verraten", hat die Fortschrittspartei das Protokoll der Schmach unterzeichnet, hat die Fortschrittspartei ein Gesetz angenommen, „das nicht gehauen und gestochen war," (beiläufig fragen wir: warum soll man denn Gesetze hauen und stechen?) hat die Fortschrittspartei von Herrn Sonnemann alle die Vorwürfe anhören müssen, die sie jetzt über uns ausgießt. Herr Abgeordneter Träger hatte in einer schönen Rede fast so schön wie ein Gedicht in der Gartenlaube auseinandergesetzt, daß man dies Gesetz so wie es ist, nicht annehmen könne. Und die Partei nahm es doch an. Sie ließ sich, wie es noch vor wenigen Tagen in der Wahlkorrespondenz der Fortschrittspartei hieß, „durch die Erwägung bestimmen, daß wenn das nach den Anschauungen der Partei Vollkommene nicht zu erreichen ist, das minder Vollkommene nicht von

Digitized by Google

der Hand gewiesen werden darf." Allerdings hätte die Fortschrittspartei damals lieber gegen das Kompromiß gestimmt, wenn sie hätte hoffen dürfen, daß es gegen ihren Widerspruch zustande kam. Da aber die Nationalliberalen erklärten, sie würden genau so stimmen, wie die Fortschrittspartei, sie hätten Lust dazu, auch einmal charakterstarke Männer zu sein, so stimmte die Fortschrittspartei für das Kompromiß. Und zweitens bei der Provinzialordnung. Wir nehmen in betreff dieses Gesetzes eine Sonderstellung innerhalb unserer Partei ein; wir halten die Annahme desselben, im Widerspruche mit dem weitaus größten Teile unserer Partei, für ein schweres Unglück. Nun, dieses Gesetz wäre nicht zustande gekommen, wenn nicht die Fortschrittspartei an sich gespalten gewesen wäre und ein Teil für das Kompromiß gestimmt hätte. Charakter Hänel stimmte gegen Charakter Saucken-Tarputschen. Eugen Richter erklärte feierlich im Abgeordnetenhause, ganz Schlesien sei gegen das Gesetz. Und in Schlesiens Hauptstadt begeistert man sich heute für den fortschrittlichen Abgeordneten, der es zu Wege gebracht hat, daß dies Gesetz angenommen wurde."

In einer Ansprache des nationalliberalen Zentral-Wahlkomitees an das deutsche Volk wurde das Kompromiß in der Justizreform mit den Worten gerechtfertigt: „Als nach den Siegen des Jahres 1866 die Verfassung des norddeutschen Bundes unter langen und schwierigen Verhandlungen mit den Regierungen zum Abschluß gelangte, stimmte die Berliner Fortschrittspartei gegen dieselbe, indem sie die vereinbarte Verfassung für einen freiheitsgefährlichen Rückschritt erklärte.

Als das preußische Abgeordnetenhaus diese neue Verfassung genehmigte, stimmte die Fortschrittspartei gegen diesen Beschluß, weil die Verfassung die Volksrechte beschränke und gefährde.

Als nach den noch gewaltigeren Siegen von 1870 die Verträge mit den süddeutschen Staaten die einzig gegebene Grundlage zur Herstellung des seit Jahrhunderten ersehnten deutschen Reichs gewähren sollten, stimmte die Fortschrittspartei gegen diese Verträge, lediglich weil Bayern einzelne Vorbehalte hatten zugestanden werden müssen.

Als im Jahre 1874 über unsere Heeresverfassung eine Einigung erzielt wurde, welche die Stärke und Festigkeit unseres Heerwesens mit den konstitutionellen Rechten der Nation in Einklang brachte und die Rechte und Pflichten aller wehrfähigen Deutschen gleichmäßig regelte, stimmte die Fortschrittspartei gegen den Aus-

Digitized by Google

gleich, obwohl das deutsche Volk laut und deutlich seinen Widerwillen gegen einen neuen Militärkonflikt in dem jungen deutschen Reich kund gab.

Damals handelte es sich um die Herstellung des Verfassungsgebäudes und die notwendigen Schutzwehren für seine Befestigung und die Sicherheit der Nation. Heute steht die deutsche Reichseinheit, das innere deutsche Volksleben selbst in Frage, heute stimmt wiederum die Fortschrittspartei gegen die Justizgesetze, welche nach jahrelanger Vorberatung und nach schweren Mühen und Arbeiten des Reichstages und der Bundesregierungen zum Abschluß gekommen sind, weil einige in betreff der Presse gewünschte neue Freiheiten noch nicht erreicht sind. Die Freunde der nationalen Einheit, insbesondere die nationalliberale Partei werden auch diesmal von den Organen der Fortschrittspartei, im unnatürlichen Bunde mit der klerikalen, radikalen und sozialdemokratischen Presse des Verrats an den Freiheiten der Nation beschuldigt. Das deutsche Volk wird aufgerufen, die Männer zu verlassen, welche seit einem Jahrzehnt an dem Aufbau des Reiches redlich mitarbeiten und bis jetzt das Schiff des deutschen Staates glücklich durch alle Brandungen hindurchführen halfen. Verdächtigungen der schmählichsten Art werden gegen den Charakter und die Gesinnung der Männer geschleudert, die durch ihr gewissenhaft erwogenes Votum dem deutschen Volk die Wohlthat der Rechtseinheit retteten."

Und zum Schluß: „Das deutsche Reich mag sein Urteil sprechen, ob es berechtigt war, solche Gesetze um solcher Streitpunkte willen fallen zu lassen! Ob in einem monarchischen Staate die Volksvertretung beanspruchen darf, die Gesetze in allen einzelnen Beziehungen allein nach eigenem Belieben zu machen und ob es der Würde der Volksvertretung zuwiderläuft, mit den Regierungen eine billige Verständigung zu suchen!

Das deutsche Volk mag urteilen, ob ihm mehr die Politik einer friedlichen Einigung mit den Regierungen auf den für Einheit und Freiheit günstigen Grundlagen, oder die Politik des Konflikts frommt!

Das deutsche Volk mag urteilen, wohin es mit unserem deutschen Vaterland gekommen wäre, wenn bei jedem großen Gesetzgebungswerk, von der Gründung des norddeutschen Bundes an bis heute, diejenige Partei sich im Bunde mit den Feinden des Reichs der Mehrheit des Reichstags bemächtigt hätte, gegen deren Stimmen alle großen bisher errungenen Fortschritte gemacht sind!

Digitized by Google

Das deutsche Volk hat hierüber in früheren Zeiten bereits sein Urteil gesprochen, und wir zweifeln nicht, daß es bei den bevorstehenden Wahlen den gleichen Spruch fällen wird.

Äußere Gefahren und innere Konflikte haben wir genug, das deutsche Volk wird nicht wollen, daß seine Vertreter mutwillig neue suchen."

Fürst Bismarck hielt sich in dem langen und heißen Kampfe um die Justizreform zurückhaltend. Daß die Reichseinheit, zunächst die gemeinsame Gerichtsverfassung und Einheit der Prozeßordnungen, als eine Kräftigung des Gedankens der nationalen Einheit, dem Fürsten von Anfang an für sein großes Werk als einer der wichtigsten integrierenden Teile gelten mußte, lag in der Natur der Sache, und ist von ihm selber ausdrücklich bezeugt worden. Es galt, eine der hervorragendsten Seiten des gesamten staatlichen Lebens, die öffentliche Rechtsprechung, in ihren Einrichtungen und Formen einheitlich für das Reich zu regeln und damit dem gemeinsamen nationalen Bewußtsein eine der festesten Grundlagen und Bürgschaften zu geben. Die Justizreform war das erste organische Gesetzgebungswerk des Reiches von 1871, nachdem es bis dahin nur sich fähig erwiesen hatte, Notgesetze zu schaffen für unabweisliche materielle Bedürfnisse. Über die Wirkungen dieser Schöpfung konnte die Thronrede in jener Session des Reichstages, die das Werk vollbrachte, mit Recht sagen: „die gemeinsame Rechtsentwickelung wird in der Nation das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit stärken, und der politischen Einheit Deutschlands einen inneren Halt geben, wie ihn keine frühere Periode unserer Geschichte aufweist." Auch ist das wörtlich eingetroffen, was damals offiziös bemerkt wurde, es würden kaum Monate vergehen, daß die Fortschrittspartei, welche über die größte nationale That, die seit der Einrichtung des Reiches vollbracht sei, augenblicklich lästere und schmähe, nachträglich in althergebrachter Weise ihren Anteil an den Ehren dieses Werkes in Anspruch nähme.

Von Bismarck selber rührt der Ausdruck her: „Eckstein der nationalen Einheit." Er gebrauchte denselben von der Idee der Reform im allgemeinen. Den Details gegenüber hat er sich wohl in einer ähnlichen Stellung befunden, wie zu den wirtschaftlichen Angelegenheiten früherer Zeit, von denen er wiederholt gesagt hat, er habe sich darum nicht bekümmert und geglaubt, seiner Verant-

Digitized by Google

wortung vollkommen zu entsprechen, wenn er dafür gesorgt habe, daß ein tüchtiger Fachminister vorhanden sei. Dieses Prinzip des laisser faire hat er auch dem reformatorischen Justizminister gegenüber gelten lassen. Zwar in den Differenzpunkten, die seiner Zeit der Kampf zwischen Parlament und Bundesrat entzündeten, und die wichtigen Prinzipien der Strafprozeßordnung betrafen, wurde auch Fürst Bismarck zu einer Stellungnahme gedrängt. Er hielt an den Forderungen des Bundesrates auf die Gefahr hin fest, das nationale Werk, das ihm am meisten am Herzen lag, scheitern zu sehen. Das übrige hat er passieren lassen und am wenigsten die Zivilprozeßordnung sich vorher darauf angesehen, ob sie auch seinem praktischen und preußischen Sinne entspräche. Und sollte er wirklich damals in dem Bannkreise der Leonhardtschen Reform bis in ihre Einzelheiten gestanden haben, so hat er später bezeugt, daß ihn die seit der Einführung gesammelten Erfahrungen eines anderen belehrt haben.

In einer Ansprache der Nationalliberalen an das Volk, betreffend das eben zustande gebrachte Werk, wurden als Vorzüge desselben u. A. die drei folgenden Punkte hervorgehoben: 1. Die Parteien führen in einem kurzen, mündlichen Verfahren vor dem Amtsrichter ihre eigene Sache, vor einem Richter, der mit dem Bezirk verwachsen, Land und Leute kennt, seine Stellung als seine Lebensaufgabe betrachtet und nicht wie der Bagatellrichter heute kommt, morgen geht und immer fremd bleibt. 2. Ein rasches und energisches Exekutionsverfahren sichert den Kläger vor künstlichen Verschleppungen. 3. Berufung an das Landesgericht ist zwar gegeben, um vor Unrecht zu schützen; der Richter erster Instanz aber, wo er Böswilligkeit und Verschleppung sieht, kann trotz eingelegter Berufung die Urteile für sofort vollstreckbar erklären.

Fürst Bismarck hat in späterer Zeit einige Male Gelegenheit genommen, diese Punkte zu streifen und, ohne Bedenken zu äußern, doch eine Kritik durchblicken lassen. Er that das z. B. in seiner Rede gegen den Berliner „Fortschrittskrieg", wo er über die Steuer-Exekutionen bemerkte: „Der ganze Haushalt wird umgeworfen, der Schuldner zurückgestürzt in die unterste Stufe seiner Mitbürger, eine Kalamität über die Familie gebracht, die nicht wieder gut zu machen ist." Er hat dann noch hinzugefügt: „namentlich bei der Schnelligkeit der neuen Justizeinrichtungen, wo nicht einmal das Mobiliar zum Werte verkauft wird."

Man hat aus solcher Bemerkung den Schluß gezogen, daß

Digitized by Google

sie ein einzelner Ausfluß recht eingehender Beschäftigung mit den Wirkungen der Justizreform sei, und ein Urteil enthalte, das sich auf genaue Betrachtungen derselben seit der Einführung stütze. Fürst Bismarck werfe nicht ohne Überlegung und Absicht einen solchen Brocken hin. Es wäre unmöglich vorauszusetzen, daß einem Manne des Volkes, wie es Fürst Bismarck im Steuerwesen ist, die Mängel, die die Praxis der Justizreform für das Leben des Volkes herausgestellt hat, und die allen preußischen Traditionen widersprechen, entgehen sollten.

Während dem Fürsten Bismarck kein besonderer Anteil an der Justizreform des Reiches zugeschrieben werden kann, außer dem allgemein politischen, ist er trotz aller sonstigen Zurückhaltung auf dem Gebiete der preußischen Verwaltungsreform wiederholt aktiv hervorgetreten und ist ihm noch mehr eine große Rührigkeit hinter den Coulissen, welche die Vorgänge innerhalb der Regierung verbergen, zugeschrieben worden. Anfangs galt er als das treibende, reformatorische Moment, welches notwendig die Ersetzung des Grafen Eulenburg durch einen mehr dem „liberalen" Reformwerke gewachsenen Mann erheische. Als die Kreisordnung im Herrenhause stockte, gab es Stimmen, welche riefen: Bismarck hilf! Es wurde damals geschrieben: „Wie oft hat er nicht in der That hier oder drüben, in beiden Häusern, durch das Wort seiner Macht noch mehr, als durch die Macht seines Wortes — die Widerstrebenden mit sich fortgrissen! Aber, was für eine empfindliche Schlappe wäre es für den hochstehenden Mann, wenn es einmal mißlinge! Und das Mittel muß sich doch einmal abnützen. Der Achill der Ilias eilt im nächtlichen Dunkel ohne Waffen auf den Wall und scheucht durch den bloßen Ruf seiner gefürchteten Stimme die Troer vom Leichnam des Petroklus hinweg in die Flucht. Zum zweiten Male jedoch hat er das nicht versucht; man weiß, daß er noch in derselben Nacht sich ordentliche Waffen schmieden ließ. Kurz und rund gesagt: wir wollen kein persönliches Regiment in diesem Sinne, keine unmittelbare Herrschaft der Autorität um jeden Preis. Die stoßweise Einwirkung der Bismarck'schen Vorsehung erscheint bisweilen nötig, weil ihm nach einzelnen Richtungen hin noch immer nicht stetig wirkende Kräfte von selbständigem Werte zur Seite stehen. So verhält es sich in Sachen der Reichslande, so, wie sich heute abermals zeigt, auf dem hochwichtigsten Gebiete des Innern. Nach dem Sturze des großen brandenburgischen Ministers Dankelmann bemerkte ein ihm wohlwollender englischer Diplomat: Dankelmann

Digitized by Google

habe zu viel übernommen, den auswärtigen und inneren Angelegenheiten zugleich genügt nun einmal der Geist eines Menschen nicht. Wir leben in einer Epoche großartiger Reformen im ganzen preußischen Staatswesen, bereits hat sich Achill neue Waffen dazu geschmiedet: Camphausen, Leonhardt, Falk — er braucht aber insbesondere eine Waffe für das Innere. Mit dem leichten und vergnügten Talent und Temperament des Grafen Eulenburg sind einmal prinzipielle Gründungen nicht zu schaffen. Es bedarf einer rührigeren, so zu sagen: moderneren Energie."

Später änderte sich das Urteil, Graf Eulenburg wurde der Reformator, Bismarck der Reaktionär. So galt namentlich der Urlaub des Grafen F. Eulenburg (im Jahre 1877) als das Symptom der Umkehr auf dem Wege der Verwaltungsreform. Seine Städteordnung hatte man kurz zuvor (1876) nichtsnutzig gefunden, mit einem Pereat auf ihn und mit dem Wunsche auf Nimmerwiedersehen war das Abgeordnetenhaus auseinander gegangen. Als er dann Ernst machte und nicht wieder kam, rief man nach ihm, er wurde zum Träger der Reform-Idee und Fürst Bismarck zu demjenigen der Reaktion. Die Fortschrittspartei blies zu einem frischen, fröhlichen Kriege. Die Nationalliberalen, sonst meist auf dem Gebiete der Verwaltungsreform an der Seite der Fortschrittspartei, zögerten. Sie glaubten damals eher an das Aufgehen ihres Sternes durch die Berufung in die Regierung, als an Reaktion. Die Weserzeitung, vor jeder Gespensterfurcht warnend, fragte, ob eine wirkliche Reaktion im Anzuge wäre, und schrieb: „Auch wir haben die Augen offen und glauben die Motive, die Herrn Bennigsen bewogen haben, des heiklen Mangels einer praktischen gouvernementalen Initiative der nationalliberalen Partei, also des Mangels einer wirklichen Vertretung einer Partei, die bisher die Regierung am meisten gestützt hat, in der Regierung selbst zu gedenken, so gut würdigen zu können, wie irgend jemand, aber wir haben bis jetzt noch nicht vermocht, greifbare Gründe oder Anzeichen des „Immerkonservativerwerdens" der Regierung zu entdecken. Daß in bezug auf das dem demnächst zusammentretenden Landtage vorzulegende Beratungsmaterial einiger Grund zur Unzufriedenheit vorliegen kann, ist doch vollständig unerheblich, wenn es sich darum handelt, zu ermessen, ob die Regierung ihre Politik ändern will oder nicht. In der ganzen Reihe der neulich an dieser Stelle aufgezählten Aufgaben, die der Bearbeitung durch die preußische Volksvertretung entgegensehen, ist die Städteordnung der einzige

Digitized by Google

Gegenstand, an dessen Nichterscheinen politische Konjekturen geknüpft werden könnten. Wer weiß denn aber zur Stunde etwas bestimmtes über den Stand dieser Angelegenheit? Ein ganzer Mythus von wunderlichen Erzählungen umgiebt zwar die Frage; auf grund eines solchen hin aber positive Schlüsse auf thatsächliche Absichten der Regierung zu ziehen, ist doch wohl mehr als abenteuerlich. Oder sind die vagen Gerüchte von der Demission des Handelsministers etwa ein Grund, in der Seele des Nationalliberalismus schwarze Ahnungen aufsteigen zu lassen und ihn den jesuitistischen Einflüsterungen des Fortschritts geneigt zu machen? Abgesehen von seinem politisch-unmoralischen Charakter würde ein Bündnis der nationalliberalen Partei mit diesem notorischen Pechvogel gerade im jetzigen Augenblicke nur Schwächungen und Benachteiligungen derselben zur Folge haben, ohne auch nur die Spur eines praktischen Vorteils aufweisen zu können, der über die trockene Phantasie eines fortschrittlichen Pinzipienreiters hinausgeht."

Graf Eulenburg und Fürst Bismarck waren beide gleichzeitig beurlaubt (Sommer 1877). Der Regierung sollte nunmehr ein „rundes und volles Mißtrauensvotum" werden, nicht bloß wegen der „Wandlung in der inneren Politik", sondern auch wegen „Beeinträchtigung der konstitutionellen Verantwortlichkeit der Minister", durch die Beurlaubungen des Grafen Eulenburg und des Reichskanzlers, von denen der eine der Geschäfte in Preußen, der andere im Reiche müde war, und die beide die Entlassung aus dem Dienste vorgezogen hätten, welche nur der Minister des Innern durchsetzte. Die Ultramontanen, immer auf der Seite der Freiheit, fügten noch die Forderung eines Minister-Verantwortlichkeitsgesetzes hinzu.

Die Nationalzeitung ließ durch die damaligen Vorgänge auf der Balkanhalbinsel ihre Phantasie mit kriegerischen Bildern beleben und dachte bei Richter und Hänel an Osman und Mehemet Ali. „Der Todesmut," sagte sie, „mit welchem die fortschrittlichen Redner vor der Redoute des Ministertisches ihr „Plewna" suchten und fanden, war uns ein erbauliches, aber keineswegs verlockendes Schauspiel. Zwischen der leichten Keckheit der Virchow'schen Reiterschwärme und der Erbitterung der bereits aussichtslos nachströmenden Richterschen Reserve hebt sich nur in dem wuchtigen Schlachtenschritt der Hänelschen Rede ein beachtenswerter staatsrechtlicher Inhalt ab. In der That, es war eine Rede, der sich alle Vorzüge der Rolandschen Stute nachrühmen lassen, nur daß es ihr trotz des Siedepunktes von sittlichem Pathos eben auch nur

Digitized by Google

an dem einen fehlte — dem Leben in der Welt der gegebenen Realitäten. Hörten wir diese zentnerschweren Perioden mit Achtzigpferdekraft einhergewälzt von einem Burke, der gegen Lord North donnert — einen Staatsmann, der gutmütig und brav, heiter, unverdrossen sein Land ins Unheil hinein regierte — wir würden sie an der Stelle finden und nur nicht ahnen, daß binnen wenigen Monaten der Angreifer mit dem Angegriffenen, der Denker mit dem Lebemann Hand in Hand den Staatswagen ziehen könnten. Aber wenn wir unter dem Hagel betäubender Keulenschläge uns besinnen müssen, daß es am Ende doch der bestverwaltete Staat des europäischen Kontinents und vielleicht der Welt ist, in welchem diese vernichtenden Anklagen gegen die Regierung fallen; — wenn wir uns erinnern, daß man vor jener selben Nation, die erst vor sieben Jahren mit beispiellosen Thaten vor dem erstaunten Weltteile sich beherrschend aufrichtete und seitdem mit gleich beispielloser Energie ihren inneren Aufbau in die Hand genommen und unermüdlich fortgeführt hat — daß man vor dieser Nation einen Abgrund aufzurollen meint, den nur die herabgestürzten Opfer von sieben Ministern zu schließen vermöchten, so muß — wir sträuben uns vergeblich dagegen — der grelle Abstand von Absicht und Wirklichkeit uns die Gestalt jenes andern ritterlichen Mannes vor Augen führen, der auch um eine Heldenthat zu begehen, sich nur darin vergriff, daß er unschädliche und brauchbare Arbeitswerkzeuge für morddräuende Ungetüme ansah. Der Abgeordnete Hänel hatte alle Macht des Scharfsinnes und der Darstellung darauf verwendet, um uns nachzuweisen, daß in der Verwaltungsreformpolitik der Regierung nicht eine, — worauf es ihm nur hätte ankommen sollen — sondern verschiedentliche „Wandlungen" eingetreten seien. Und in der That, wir sehen es klar und unwiderleglich an uns vorübergeführt, daß der jetzt beurlaubte Minister des Innern und hinter ihm her das Staatsministerium mehr als einmal über die Bestandteile und die Reihenfolge der beabsichtigten Reformen geschwankt haben und nur widerwillig gefolgt sind. Aber wann in aller Welt hat man wohl eine Änderung in den technischen Dispositionen einer großen Gesetzgebungsarbeit eine „Wandlung der innern Politik" genannt? Und wäre es eine solche Wandlung gewesen, daß vor nun drei Jahren die Vorarbeiten für die Ausdehnung der Verwaltungsreform auf die westlichen Provinzen plötzlich eingestellt wurden, besteht denn nicht die neueste Verhandlung gerade darin, daß die Regierung sich entschlossen hat, nun endlich

Digitized by Google

planmäßig an die Übertragung der Reformgesetze auf die von denselben noch nicht betroffenen Landesteile, bei einem jeden mit Berücksichtigung seiner geschichtlichen Eigentümlichkeiten vorzugehen?"

Das große Fazit der zweitägigen Verhandlungen war die Erkenntnis, es könne keine konstitutionelle Gefahr darin liegen, wenn von der Krone ein Minister beurlaubt, ein Stellvertreter für ihn bestellt werde und ein Minister sich getraue, in Abwesenheit eines anderen, dessen Geschäfte weiter zu führen. Herr Virchow hatte die Beurlaubung des Ministers des Innern und des Reichskanzlers „unerhörte Vorgänge" genannt. Die Behauptung, daß durch die Ankündigung der Sessionseröffnungsrede eine Wandlung in der inneren Politik in Aussicht gestellt sei, wies der stellvertretende Minister des Innern, Dr. Friedenthal, entschieden zurück, indem er ausdrücklich sich auf den Reichskanzler bezog. Er erklärte unumwunden und ohne Rückhalt, daß die Staatsregierung entschlossen sei, diejenige Reform von Verwaltungseinrichtungen, welche mit der Kreisordnung von 1872 begonnen worden sei, in demselben Sinn und Geist, welcher dabei obgewaltet habe, durchzuführen. Was das Verhältnis der Reform zu den bestehenden Kommunalordnungen betreffe, so halte die Staatsregierung dieselben zwar nicht als ein jeder Änderung entzogenes Gebiet, aber eine durchgreifende Umgestaltung derselben nicht als einen notwendigen Bestandteil der angebahnten Reform, welche von dem Kreise ausgehend, zunächst ihren Abschluß in den höheren Stufen des Staatswesens finde. Nachdem der Versuch, eine umfassende Umgestaltung der Städteordnung ins Leben zu rufen, gescheitert sei, werde die Regierung sich darauf beschränken, diejenigen Punkte aus der Städteordnung, welche in notwendigem Zusammenhange mit den neuen Verwaltungseinrichtungen stehen, zu ergänzen. Im übrigen sei die Ausdehnung der gesamten Reform auf die Monarchie selbstverständlich. Der Vizepräsident des Staatsministeriums betonte gleichfalls mit großer Entschiedenheit, daß der Staatsregierung die Absicht, die Verwaltungsreform zum Stillstande zu bringen, durchaus fern liege. Diese Erklärungen fanden auf seiten der konservativen Parteien entschiedene Anerkennung, — seitens der nationalliberalen Partei wurde die von neuem in Aussicht gestellte Weiterführung der Reform nach einem bestimmten Plane gleichfalls mit voller Zustimmung begrüßt, jedoch mit dem Vorbehalte, daß die Kommunalordnungen aus dem Plan nicht ausgeschlossen würden.

Soweit war der Sturm auf die „Redoute" des Ministertisches

Digitized by Google

und der Nationalliberalen abgeschlagen. Einige Tage darauf benutzte die nationalliberale Presse einen Vorgang bei den Beratungen des Kultusetats, um der Fortschrittspartei, die eben erst wieder den Nationalliberalen ihren gouvernementalen Standpunkt vorgeworfen hatte, diese Anklage zurückzugeben. „In der Rede des Abgeordneten Virchow zur Etatsdebatte", schrieb ein Blatt, „hat uns eine kleine Zwischenbemerkung interessiert, die zwar weniger die Sache selbst betraf, als zu dem politischen Kaleidoskop gehörte, das die Generaldebatte über den Staatshaushaltsetat nach altem, konstitutionellem Brauch zu durchschütteln pflegt. Die Fortschrittspartei, die bekanntlich in der „Urlaubsdebatte" taktische Beziehungen zum Zentrum anzuknüpfen versucht hatte, wurde vom Abgeordneten v. Schorlemer-Alst nach ihrem eignen Katechismus in die Beichte genommen. In diesem Katechismus steht bekanntlich auch die Formel: „Trennung der Kirche vom Staat", eine Formel, die man für den Kulturkampf von Staatswegen sehr zur Unzufriedenheit des Zentrums, dagegen mit Zustimmung der Fortschrittspartei außer Kraft gesetzt hat. Herr Virchow stand keinen Augenblick an, für sich und seine Partei auch heute noch das grundsätzliche Bekenntnis auf diese Formel abzulegen, allein er fügte die ebenso loyale wie interessante Bemerkung hinzu, daß, nachdem er gesehen, die Regierung wolle den Weg dieser Trennung von Staat und Kirche nicht betreten, er im übrigen aber ihre Ziele billige, für ihn und seine Freunde nichts weiter übrig geblieben sei, als an Stelle des Wünschenswerten das nächstliegend Erreichbare zu nehmen und zu versuchen, ob man nicht „auch auf dem Umwege" ans Ziel gelangen könne. Der Lauf der Verhandlung brachte irgend einen ultramontanen Redner nicht mehr zum Worte, und wir wollen der Erwiderung von dieser Seite hier auch nicht vorgreifen. Wundern aber würden wir uns nicht, wenn das Zentrum die Gelegenheit demnächst benutzte, Herrn Virchow und seine Freunde zu fragen, welcher Unterschied denn eigentlich in dieser Auffassung zwischen ihnen und den Nationalliberalen liege, wo denn die prinzipielle Grenze bleibe zwischen der sogenannten „Entschiedenheit" und der „Zweckmäßigkeit", wenn beispielsweise die Erwägung, der die Fortschrittspartei in Sachen der Trennung von Kirche und Staat gefolgt ist, auch für diesen oder jenen anderen Fall, ja zuletzt vielleicht für alle Fälle entscheidend würde. Ein anderer Redner der Fortschrittspartei hat erst in diesen Tagen wiederum erklärt, der Unterschied zwischen seiner Partei

Digitized by Google

und den übrigen Liberalen bestehe nicht sowohl in den Zielen, wie in der Taktik. Die obenerwähnte Erklärung des Abgeordneten Virchow führt beide Teile schon einen Schritt näher. Sie zeigt, daß auch der Unterschied in der Taktik kein unbedingter und ausnahmsloser ist, daß es vielmehr auch Fälle giebt, in denen sich die fortschrittliche Partei die Notwendigkeit nicht verhehlen kann, das Mögliche und Erreichbare dem Unmöglichen, wenn auch Wünschenswerten vorzuziehen, und es wird somit, wenn einmal jener Unterschied äußerlich noch aufrecht erhalten werden soll, nur auf die — allerdings nicht ganz leichte — nähere Bestimmung ankommen, unter welchen Gesichtspunkten auch die Fortschrittspartei ihr „Prinzip" den praktischen Bedürfnissen des Landes unterzuordnen vermag, und warum sie dies in dem einen Falle bereitwillig gethan, in anderen Fällen aber den Weg der Verständigung als „verbotenen" bezeichnet".

Mitten unter diesen Kämpfen und Reibungen des Jahres 1877 zwischen den Nationalliberalen und der Fortschrittspartei trat gleichwohl der Gedanke an die „große liberale Partei", die alle liberalen Elemente zu einer gemeinsamen Opposition umfassen sollte, und die längst vorher (1876 und weiter zurück) namentlich dem altpreußischen Teile der Nationalliberalen im heißesten Streite mit der Fortschrittspartei als Ideal vorschwebte, wie wenn man sich nach der Konfliktszeit der sechziger Jahre als nach den Fleischtöpfen Ägyptens zurücksehnte, gelegentlich wiederholt in die Öffentlichkeit. Es hat zwischen Fortschrittspartei und Nationalliberalismus kaum einen heißeren Streit gegeben, als den um die Justizreform im Jahre 1876, und niemals hat die Nationalzeitung vernichtendere Schläge gegen die Voßsche und Genossinen geführt. In jenem Kampfe ist zum erstenmal das Stigma republikanischer Tendenzen der fortschrittlichen Partei aufgedrückt; es war ein nationalliberaler Aufruf, der diesen siedenden Öltropfen dem verhaßten Gegner auf den Leib goß. Da schrieb die Nationalzeitung noch auf der Wahlstatt selber, noch erschöpft von Wut und äußerster Erregung, matt, atemlos sich lehnend auf ihr Schwert: „Es gilt, den Boden vorzubereiten, auf dem die liberale Gesamtpartei (Nationalliberale und Republikaner) sich sammeln kann" (Januar 1877). Ein halbes Jahr später trank Herr von Forckenbeck in Breslau schon auf die Zielverwandtschaft der liberalen Fraktionen „gegenüber denen, die uns zur Tafel einladen, die unsere alten Gegner sind und waren und es bleiben werden in

Digitized by Google

alle Zukunft". Herr von Forckenbeck wurde bei dieser Gelegenheit selber „reaktionär". Er verlangte eine Zeit der Pause für die sich überstürzende Gesetzgebung. Die „Reaktion" hat diesen großen Ausspruch sich vielfach zu nutze gemacht. Zwei Jahre sollten noch vergehen, ehe Herr von Forckenbeck vom Präsidentensitze des Reichstages in den zoologischen Garten eilte und hier die „große liberale Partei" als den Inbegriff des „deutschen Bürgertums" proklamierte. In der Zwischenzeit hatten allerdings die Dinge eine Wendung genommen, welche den vollständigen Bruch der nationalliberalen Partei mit dem Fürsten Bismarck zu bedeuten schien.

Im Dezember 1877 hatte die nationalliberale Partei noch einmal zu einer kräftigen Abwehr einer fortschrittlichen Anzapfung und zu einer Klarlegung ihres Vertrauensverhältnisses zur Regierung sich aufgerafft, spottend des konservativ-klerikalen Bündnisses, das Zeichendeuter gerade damals glaubten an die Wand malen zu können. Im Abgeordnetenhause hatte die Fortschrittspartei einen Antrag gestellt, welcher darauf hinausging, Mitteilungen über die Verwendung des Welfenfonds zu fordern. „Die großen Worte, so wurde auf nationalliberaler Seite am Tage der parlamentarischen Verhandlung bemerkt, die man heute in der Welfenfondsdebatte hat auffliegen sehen, werden kaum besonderen Eindruck im Lande machen. Namentlich nachdem die Hauptsensation der Verhandlung, die Enthüllung des Abgeordneten Richter über das Eingreifen des Welfenfonds in die Verkaufsunterhandlungen der Privatbahnen so kläglich verpufft ist. Während man von Memel bis zum Bodensee noch damit beschäftigt war, über die außerordentliche unglaubliche Thatsache eines solchen Mißbrauches zu erstaunen und sich zu entrüsten — natürlich soweit man den Umfang und die Schwärze der Phantasie des Abgeordneten Richter nicht zu beurteilen vermag — hatte dieser schon in der Kammer einen sehr direkten und eiligen Rückzug angetreten, parmula non bene relicta — das Schildchen dabei im Stiche lassend. Die heute erschreckten Leser können sich morgen beruhigen, so schlecht ist die Welt und speziell die preußische Regierung doch noch nicht, wie Herr Richter meinte. Die große Korruptionsangelegenheit schrumpft jetzt darauf zusammen, daß irgend ein Börsenblatt mit Unterstützung von Welfengeldern für die Eisenbahnpolitik der Regierung sich ereifert. Daß die ganze Verhandlung, wie die

Digitized by Google

Art des Auftretens des Antragstellers der Regelung der Welfenfondsangelegenheit nichts nützen kann, das liegt auf der Hand und die Taktik der Fortschrittspartei hat der Regierung zu einem Siege verholfen, der in diesem Umfang um vieles darüber hinausgeht, was die Behandlung der Sache regierungsseitig uns zu verdienen scheint... Die sichere und selbstgewisse Haltung, welche die nationalliberale Fraktion in dieser Angelegenheit eingehalten hat, wird nicht ermangeln, auf die ganze Partei einen erfreulichen und befestigenden Einfluß zu üben. Nur derjenige, der ruhig und zielbewußt seines Weges geht, darf darauf rechnen, daß man ihm gern und vertrauensvoll folgt. Die nationalliberale Fraktion hat zu Beginn der Session klar und offen ihre Ziele dargelegt; sie gehen über eine Gelegenheitspolitik hinaus und verlangen ein fest begründetes Verhältnis zwischen Regierung und Mehrheit der Volksvertretung; sie bezwecken die Herstellung jener Stetigkeit, deren Mangel immer von neuem und so vielseitig beklagt wird. Wir sagen der Welt nichts neues, wenn wir darauf hinweisen, daß nach zuverlässigen Mitteilungen der leitende deutsche Staatsmann die Lage von dem gleichen Gesichtspunkte aus betrachtet. Die Anliegen, welche die liberale Partei vor allem hat, sind ernst genug, um ihre ganze Sammlung auf diese Punkte zu fordern: sie sind die Durchführung, aber auch die Ausführung der Verwaltungsgesetze in dem Geist, in dem sie gegeben worden sind; die Ausführung der Justizgesetze, dieses so schwer errungenen Gutes; die Reform unserer Steuergesetzgebung. Im Verfolg solcher ernsten Bestrebungen konnte es der nationalliberalen Fraktion wohl nicht gut beifallen, eine seit acht Jahren hängende Angelegenheit, weil es eben dem oder jenem so paßte, zu einem großen Sensationsstück aufzubauschen."

In ihrer Rückschau auf das Jahr 1877 schrieb sodann die National-Zeitung, um das deutsche Volk vor verstimmten Auffassungen zu warnen:

„Die Situation ist politisch nicht düster, nicht ernst, nicht gefahrdrohend, wie es die Pessimisten wollen — sie ist nur verdrießlich und ungemütlich. Die Elemente sind alle noch vorhanden, die so Großes und Unvergängliches in frohem Zusammenwirken geschaffen haben, der greise, pflichtgetreue väterliche Herrscher des Landes, der kühne und erfahrene Staatsmann, sein erster Rat, die Bevölkerung in ihrer unermeßlichen Mehrzahl voll Vertrauen in jene Führung und bereit, in dem Geiste weiter zu arbeiten, der den

Digitized by Google

Beginn des neuen Reiches bezeichnet. Alle diese Elemente sind vorhanden, ihnen gesellt sich die Mehrheit der Volksvertretungen zu, in staatlicher Gesinnung, in Klarheit über die Aufgaben, wie über die Mittel zu deren Lösung wachsend — und trotz alledem fühlt die Nation sich wie unter einem Drucke, in einer undefinierbaren, aber sehr empfindlichen Spannung. In solchen Augenblicken, wie der gegenwärtige, enthüllen sich eigentümliche Charakterzüge unserer Nation, und was man auch der gegenwärtigen Zeit schlimmes nachzusagen sich bemüht — unser Volk läßt es an einem sicher nicht fehlen, an der Pietät, an dem schönen Vertrauen, das nach so ereignisreichen und großen Jahren mehr wie je Fürst und Volk verbindet, an der dankbaren Erwägung dessen, was der berühmte Staatsmann, der an der Spitze der Geschäfte steht, dem Vaterland geleistet hat. Wir sind genug optimistische Schwärmer, um zu unterstellen, daß gerade in der Festhaltung dieser Ideen die zur Zeit in unserem Vaterlande obschwebenden Fragen am besten gelöst werden. Auch wissen wir wohl, daß eine Nation nicht für Tage und Wochen arbeitet, sondern was sie beginnt, tiefe unauslöschliche Furchen zieht. Die kindische Ungeduld, die sich nicht zu bemeistern vermag, ist keiner Berücksichtigung wert."

Und wenige Tage darauf schrieb dasselbe Blatt:

„Mit den Worten „Regierungslosigkeit, Unfertigkeit der Zustände, Zerfahrenheit der Ansichten" haben wir, hat die Stimme hervorragender Abgeordneter und die öffentliche Meinung die augenblickliche Lage zum öfteren bezeichnet. Aber mit diesen Worten ist auch ein lächerlicher Mißbrauch getrieben worden. Den sich überschlagenden Übertreibungen gegenüber mußte man sich besinnen, daß wir denn doch in dem bestverwalteten Staate des Kontinents und vielleicht der Welt leben, daß wir noch alle Ursache haben, mit gleichem Vertrauen in unsere nächste Zukunft hinaus, wie mit Stolz auf die jüngste Vergangenheit zurückzusehen."

Nun denn, — auch nach der Jahreswende traten in Preußen und Deutschland so wesentlich veränderte Zustände nicht ein, daß die Bevölkerung „in ihrer unermeßlichen Mehrzahl" jenes Vertrauen und die freudige Bereitwilligkeit, unter derselben Führung und in demselben Geiste weiter zu arbeiten, aufzugeben brauchte. Vielmehr glaubte die Regierung in wichtigen Fragen Bahnen betreten zu haben, welche das Vertrauen und die Bereitwilligkeit nur noch steigern konnten. Indessen in denselben Tagen, wo die Nationalzeitung so zuversichtlich sprach, war in Varzin zwischen dem

Digitized by Google

Fürsten Bismarck und dem Herrn v. Bennigsen, dem Führer der Nationalliberalen, wegen Eintritts desselben in das Ministerium verhandelt worden. Auf seiten der Nationalliberalen wird das Scheitern dieser Verhandlungen so dargestellt, daß Herr v. Bennigsen die Entscheidung von einer Rücksprache mit seinen Parteigenossen abhängig gemacht, und seitens dieser seien ihm drei Bedingungen auferlegt werden, die er dem Kanzler zu stellen gehabt habe, nämlich: 1. bei dem Plane, die Reichseinnahmen zu erhöhen, dürfe nicht vom Tabaksmonopol die Rede sein; 2. neben Herrn von Bennigsen müßten noch einige andere angesehene Nationalliberale in die Regierung treten; 3. bei der Vermehrung der Reichseinnahmen müßten konstitutionelle Garantien gegeben werden, d. h. der Reichstag sowohl, wie der preußische Landtag müßten ein erweitertes Recht zur Streichung von Einnahmen erhalten. Fürst Bismarck habe auf diese Forderungen erwidert, auf dem Tabaksmonopol bestehe er nicht, wenn man andere zum Ziele führende Vorschläge zu machen wisse; die beiden anderen Punkte habe er zunächst ausweichend behandelt.

Dagegen wurde von seiten des Fürsten Bismarck berichtet, daß bei den erwähnten Verhandlungen nur die zweite der genannten Bedingungen zur Sprache gekommen sei; die beiden anderen wären niemals in Frage gewesen. Daß die Bedingung des Tabakmonopols rein auf Erfindung beruhe, ergäbe sich schon daraus, daß von dem Monopol zuerst im Februar 1878, also nach Abbruch der Verhandlungen mit Herrn von Bennigsen, die Rede gewesen sei.

Mit dem Scheitern der Varziner Verhandlungen, dem der Rücktritt des Ministers Camphausen folgte, war der Bruch zwischen dem leitenden Staatsmanne und der nationalliberalen Partei vollzogen. Letztere erblickte in dem Scheitern die Besiegelung ihres Ausschlusses von der seit den ersten Tagen ihrer Herrschaft erstrebten Teilnahme an der Regierung und damit den Triumph der Reaktion. Sie pflanzte jetzt das Banner der Opposition auf, dem sie bis heute gefolgt ist. Zuvor hat sie immer von neuem auf ihre Selbständigkeit gegenüber der Fortschrittspartei gepocht, aber doch der Sache nach zugestanden, was sie der Form nach zu verleugnen schien: das feste Zusammenstehen mit den anderen liberalen Richtungen gegenüber der angeblich drohenden Gefahr eines klerikalkonservativen Bündnisses und zur Behauptung der gefährdet erscheinenden Einheit und Freiheit des Volkes. Zwar hat dieselbe

Digitized by Google

Partei noch zeitweise und in einzelnen Vertretern oder Organen sehr weit gehende Zugeständnisse an den Sozialismus und die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck theoretisch gemacht, auch wiederholt erklärt, das Verfassungsleben weise noch heute auf den Weg der Verständigung mit der Regierung hin, aber praktisch nach der „großen liberalen Partei", d. h. der Gemeinschaft aller liberalen Fraktionen gegen Fürst Bismarck gravitiert. Einzelne Organe der nationalliberalen Partei haben wiederholt die Ansicht ausgesprochen, daß die Reichstagsmehrheit für die sozialreformatorischen Pläne des Fürsten Bismarck nicht notwendig eine antiliberale sein müsse, daß hier vielmehr ein Boden sei, auf dem Liberale, Konservative und Klerikale, so weit sie auf der Grundlage unserer Staats- und Gesellschaftsordnung stehen, zusammenwirken können. Auch kam gleich bei der ersten Zolltarifreform-Vorlage innerhalb der nationalliberalen Partei die Ansicht zum Ausdruck, daß es fehlerhaft sei, wenn der politischen Parteibildung der vorhandene Gegensatz der Anschauungen in der Volkswirtschaft zu Grunde gelegt werde. Eine politische Partei sei nicht dazu berufen, extreme Schulmeinungen zu vertreten und den auf Grund derselben leidenschaftlich geführten Kampf der Interessentenkreise zu unterstützen. Man wolle denjenigen Interessen, die des Schutzes bedürfen, diesen Schutz angedeihen lassen, denselben aber nicht zu einer großen politischen Frage machen. Eine rein freihändlerische Partei habe keinen Boden im Volk und wenn man das Bestreben habe, nur die Freihändler als liberal hinzustellen, so thue man das im Widerspruch mit den Lehren der Geschichte, selbst der neuesten Geschichte, wie die soeben vollzogene Präsidentenwahl in Amerika lehre. Und aus der eigenen deutschen Geschichte könne man ja als Beispiel anführen, daß die preußische Büreaukratie in der Gründung des Zollvereins den gemäßigten Freihandel vertrat, während die freisinnigen Parteien der mit konstitutionellem Leben ausgestatteten süddeutschen Staaten schutzzöllnerisch waren. Innerhalb derselben politischen Partei wären diese Gegensätze zu vereinigen und darauf habe die nationalliberale Partei wie bisher, so auch für die Folge ihr Augenmerk zu richten. Alles das hat die nationalliberale Partei nicht abgehalten, die Opposition gegen das Gesamtreformwerk des Fürsten Bismarck zu verstärken. Sie hat die Notwendigkeit dieses Werkes im allgemeinen nicht geleugnet, aber der thatsächlichen Verwirklichung im einzelnen immer neue Schwierigkeiten entgegengestellt. Diese Erscheinung fand ihre

Digitized by Google

wesentliche Erklärung in der neuen, seit dem Frühjahr 1878 angenommenen Stellung zur Regierung, welche ihr „Heil in der Wahrung und Behauptung der Unabhängigkeit“ erkannte. „Man muß in der neuesten Zeit alle Geschäfte in den Parlamenten, alle Gesetzentwürfe, Vorlagen, Anträge in der Regel ohne Rücksicht auf die Personen der Minister und nur nach ihrem sachlichen Werte aufnehmen und behandeln. Wir sagen, in der Regel, weil es Minister geben kann, die schon durch ihre Person Mißtrauen einflößen und Zurückhaltung rechtfertigen, besonders, wenn es sich darum handelt, daß eine Vollmacht ihnen erteilt werden soll. Ebenso kann es Minister geben, die in gewissen Fällen persönlich Vertrauen verdienen. Aber als Regel darf jetzt nur gelten, daß alle Vorlagen so behandelt werden, wie es ihre Beschaffenheit wert ist. Mit selbständigem Urteil ist eine jede zu prüfen und eigener Entschließung gemäß zur Erledigung zu bringen; dann wird, wenn sich der liberale Geist aufrecht und thätig zeigt, auch bald wieder der erlittene Verlust von Stimmen bei neuen Wahlen eingebracht werden.“

Fürst Bismarck warf nicht bloß den Nationalliberalen die Rechthaberei der Fraktionspolitik vor. Er begriff auch die Konservativen ein, und vermißte bei beiden auch den Mangel an Mut, der sich scheute, auch nur anscheinend unpopuläre Maßregeln zu unterstützen. Freilich werde stets mit angeblich sachlichen Gründen gestritten, aber das Ergebnis sei eben, daß vor lauter Gründen im einzelnen die Sache im ganzen nicht gefördert werde. So komme es denn auch, daß die Nationalliberalen eine Stellung zur Steuerreform in ihrer praktischen Verwirklichung einnähmen, welche keineswegs mit ihren früheren Kundgebungen im allgemeinen im Einklang stehe. In der That wurde in liberalen Blättern die Steuerreform jetzt als der eigentliche Grund für die der Regierung gegenüber veränderte Stellung der Nationalliberalen bezeichnet. „Und doch hat der berufenste Führer der Nationalliberalen des öfteren, und namentlich in einem sehr bedeutungsvollen Moment, die absolute Notwendigkeit zunächst der Steuerreform anerkannt und dafür die Wirksamkeit seiner Freunde in feierlichster Weise in Aussicht gestellt. Als Fürst Bismarck, nachdem Kaiser Wilhelm im Frühjahr 1877 das Abschiedsgesuch desselben ablehnend beschieden, dem Reichstage Mitteilung machte von seiner von des Kaisers Majestät ihm gewährten Beurlaubung, hielt Herr von Bennigsen eine Rede, in welcher er die großen Verdienste des Staatsmannes

Digitized by Google

um Deutschland mit dankbaren Worten schilderte und zugleich auch die Bereitwilligkeit seiner Freunde betonte, an der ferneren Entwickelung Deutschlands namentlich in einem Punkte mitzuarbeiten, nämlich an der Regelung des wichtigen „Verhältnisses der deutschen Finanzen zu den Finanzen der einzelnen Länder," an der Lösung der Fragen betreffs der „direkten und indirekten Steuern, der Überlastung der einzelnen Kreise der Bevölkerung, der Schwierigkeiten, in welche die Finanzen der großen deutschen Staaten geraten sind oder in nächster Zeit kommen werden." Der Redner nannte damals dieses Verhältnis, welches sich unter dem Begriff Wirtschaftsreform zusammenfassen läßt, ein „brennendes" und hoffte, daß der Reichskanzler, wenn er durch den Urlaub gekräftigt zurückgekehrt, mit dem Reichstag weiter zusammen arbeiten werde an der Entwickelung des deutschen Reiches und seiner Zustände, und daß er dann „die im einzelnen praktisch hervorgetretenen Mängel und Lücken zu heilen sich vornehmen werde."

Herr von Bennigsen konnte, indem er dies sagte, nicht in Unkenntnis der Ziele des Kanzlers sprechen. Denn schon am 22. November 1875, also ein und ein halbes Jahr vorher, hatte Fürst Bismarck im Reichstage wörtlich über die Steuerreform folgendes geäußert:

„Ich glaube, daß ich vielleicht gegen manches Überzeugung anstoße, wenn ich mich von hause aus für indirekte Steuern erkläre und die direkten für einen harten und plumpen Notbehelf nach Ähnlichkeit der Matrikularbeiträge halte, mit alleiniger Ausnahme, ich möchte sagen, einer Anstandssteuer, die ich von den direkten immer aufrecht erhalten würde, das ist die Einkommensteuer der reichen Leute, — die heutige Einkommensteuer, wie sie bis zum Vermögen von 1000 Thalern geht, trifft nicht bloß reiche Leute. Es giebt Lagen des Lebens, in denen man mit 1000 Thalern wohlhabend ist, das ist richtig; es giebt aber auch Lagen, in denen man mit 1000 Thalern sehr gedrückt und geniert lebt, wo man nur mit Mühe die Kindererziehung, die äußere Erscheinung, die Existenz, die Wohnung bestreiten kann. — —

Das Ideal, nach dem ich strebe, ist, möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern den Staatsbedarf aufzubringen. Ich weiß nicht, ob Sie eine französische Stimme vor Kurzem in den Zeitungen gelesen haben, die sich darüber wunderte, daß wir Deutsche im Vergleich mit Frankreich unsere Steuerbelastung so ungeduldig trügen. Frankreich zahle doppelt so viel und hätte viel mehr Ur-

Digitized by Google

sache zur Unzufriedenheit, und in Frankreich würde über Steuerdruck in keiner Weise gemurrt, während in Deutschland alle Blätter und alle parlamentarischen Äußerungen darüber voll wären. Ich glaube aber, daß es wesentlich darin liegt, daß in Frankreich wie in England, die überwiegende Masse der Staatsbedürfnisse durch indirekte Steuern aufgebracht wird. Die indirekten — was auch theoretisch darüber gesagt werden mag, Thatsache ist, daß man sie weniger fühlt. Es ist schwer zu berechnen, wieviel der Einzelne bezahlt, wieviel auf andere Mitbürger abgebürdet wird. Von der Klassensteuer weiß er ganz genau, was auf ihn kommt, — und es ist so wunderbar, wenn man bei indirekten Steuern mit einem Mitleid, was ich mir früher einmal als heuchlerisch zu bezeichnen erlaubte, von der Pfeife des armen Mannes, von dem Licht des armen Mannes spricht und demselben armen Manne seine Lebensluft, seinen Athem besteuert, — denn die indirekte Steuer muß er zahlen, so lange er athmet; bei direkter Steuer wird nicht darnach gefragt: kannst Du Deinen Trunk Bier unter Umständen entbehren? kannst Du weniger rauchen? kannst Du die Beleuchtung des Abends einschränken? sondern sie muß er zahlen, er mag Geld haben oder nicht, er mag verschuldet sein oder nicht, und was das Schlimmste ist, es folgt die Exekution, und nichts wirkt auf die Gemüter mehr als das Exequieren von Steuern wegen weniger Groschen, die für den, der sie zahlen soll, augenblicklich unerschwinglich sind; der Groschen ist gleich einer Million für den, der ihn nicht hat und ihn im Augenblick der Fälligkeit nicht erschwingen kann, und der sich sagt, so und so viel kriegt dieser Beamte Gehalt, so und so viel geht auf unnötig scheinende Ausgaben, und ich werde hier um ein bischen Geld exequiert. Solches Elend kommt von direkten Steuern. Lassen wir die direkten Steuern. Für den Staat aber ist es meiner Überzeugung nach die Aufgabe, nach dem Beispiel von England, von Frankreich, nach indirekten Steuern zu streben."

Und weiter äußerte sich Fürst Bismarck am 10. März 1877, er habe den Plan, „daß wir die Steuern in einer Weise kombinieren, die auf der einen Seite Erleichterung, auf der anderen Seite neue Einnahmequellen schafft, ohne das Bestreben, größere Einnahmen zu haben, als der Bedarf ist. Ich kann mit bestem Gewissen erklären, daß ich keinen Überschuß erstrebe, sondern nur die Deckung dessen, was uns fehlt."

„Hiernach — so wurde offiziös bemerkt — ist es eine bloße Ausflucht der Liberalen, daß Fürst Bismarck erst durch seine Steuer-

Digitized by Google

reform und vollends durch seinen neuen Zolltarif, das vorher bestandene Einvernehmen gestört habe. Sie wußten, als sie ihm das erwähnte Vertrauensvotum gaben, bereits im allgemeinen, was er unter Steuerreform verstand; sie wußten überdies, daß eine Steuerreform in seinem Sinne ohne einen anderen Zolltarif gar nicht möglich war."

Die Nationalliberalen bauten später ihre Opposition auf eine Menge von Symptomen auf, die als Anschläge und Angriffe des Fürsten Bismarck auf das Prestige und die Machtbefugnisse des Reichstages gelten sollten, und die sie in dem folgenden Register zusammenstellten:

„Was Fürst Bismarck im Laufe der letzten Legislaturperiode vertreten hat, ist: 1. Verlegung des Reichstages nach außerhalb Berlins, also etwa nach Potsdam oder Brandenburg. 2. Aufhebung der Verfassungsbestimmung, wonach der Reichstag jährlich zusammenberufen werden muß. 3. Aufhebung der Verfassungsbestimmung, wonach der Reichshaushalt jährlich festgestellt wird. 4. Einführung einer Disziplinarordnung, welche die Redefreiheit des Reichstages auf das wesentlichste beschränkt. 5. Einführung einer Steuerverfassung, die durch systematische Verdrängung der direkten Steuern das Steuerbewilligungsrecht illusorisch macht. 6. Einführung eines Nebenparlamentes durch Berufung des sogenannten Volkswirtschaftsrates. 7. Aufstellung der Theorie des Fortbestandes des Zollvereins, der außerhalb der Reichsverfassung und der Kompetenz des Reichstages existieren soll."

Hierauf erwiderte die Schlesische Zeitung: „Den Vorwurf einer tendenziösen Darstellung und Kommentierung der Ereignisse, den man von liberaler Seite der gouvernementalen und regierungsfreundlichen Presse so häufig gemacht hat, würde letztere in diesem Falle zweifelsohne an die Adresse der National-Zeitung richten können, die unter Hinweis auf das vorstehende Verzeichnis den Reichskanzler eines „gegen das parlamentarische System als solches geführten Angriffes" beschuldigt und dem Kanzler wenigstens indirekt die Absicht imputiert, Preußen und das Reich aus der Reihe der Verfassungsstaaten hinwegzuheben. Eine so schwerwiegende Anklage sollte sich in der That auf bessere als auf die von dem liberalen Blatte geltend gemachten Argumente stützen. Die Frage, ob die von der National-Zeitung in erster Linie angeführten, den Reichstag betreffenden Vorschläge des Kanzlers opportun waren, mag hier unerörtert bleiben; wenn es aber als zweifellos hinge-

Digitized by Google

stellt wird, daß durch eine Verschärfung der parlamentarischen Disziplin, deren Handhabung doch einzig und allein dem freigewählten Vorstande des Reichstages obliegt, das Ansehen desselben geschädigt werden müßte, und daß die Einführung zweijähriger Budgetperioden eine Verminderung des Einflusses der Volksvertretung involvieren würde — so ist dies eine völlig beweislose Behauptung, deren Berechtigung im Hinblick auf die in anderen Staaten und zwar in den deutschen Staaten gemachten Erfahrungen bereits auf das nachdrücklichste bestritten worden ist und stets bestritten werden wird. Ebenso charakteristisch wie ungerechtfertigt ist aber auch die Behauptung der National-Zeitung, daß es dem Reichskanzler bei seiner Steuerpolitik, bei dem Verlangen, die drückenden direkten Steuern möglichst durch indirekte zu ersetzen, um eine Schmälerung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages zu thun sei.

Aus dieser Auslassung des sezessionistischen Preßorgans geht zur Evidenz hervor, daß es sich für die links-liberale Opposition bei der Steuerfrage in erster Linie um eine parlamentarische Machtfrage handelt, daß es ihr bei Beurteilung der steuerpolitischen Vorschläge des Fürsten Bismarck weit weniger auf die Erleichterung des von dem Volk schwer empfundenen Steuerdrucks, als auf die Wahrung des von ihr vindizierten Einnahmebewilligungsrechts neben dem völlig intakt bleibenden, von keiner Seite angefochtenen Rechte der Ausgabebewilligung ankommt. Daß ein derartiger Standpunkt von der großen Mehrheit der Steuerzahler, der misera contribuens plebs gebilligt wird, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden."

Indem derjenige Teil der Liberalen, der dem Fürsten Bismarck bei der Gründung und späteren Entwickelung des Reiches thätig zur Seite stand und seinen eigenen Einfluß durch Unterstützung der Politik des Fürsten förderte, die Beziehungen löste, welche ihn mit dieser Politik verbanden, und versuchte, die erworbene Macht jetzt gegen den leitenden Staatsmann selbst auszuspielen, und so den Widerstand vermehrte, welchen die fortschrittliche Demokratie gegen ihn während der ganzen Zeit seines Wirkens niemals aufgegeben hatte, büßte die bis dahin maßgebende Partei ihre alte Macht mehr und mehr ein und gab sich der allmählichen Zerbröckelung preis. Einen sichern Ersatz an einer anderen Majorität hat seitdem Fürst Bismarck nicht wieder gefunden. Am wenigsten hat ein klerikal-konservatives Bündnis sich als stichhaltig erwiesen und

sich je mit dem Programm und den innersten Wünschen des Fürsten Bismarck gedeckt. Die Parteiverhältnisse wurden krauser und krauser. Als wieder einmal der Reichstag einer ganzen Serie von Besteuerungsvorlagen ein frühzeitiges Grab bereitete, welche in dem Reformplane des Kanzlers eine bedeutsame Rolle spielten, bemerkte die Schlesische Zeitung in einer Beleuchtung der gesamten politischen Situation: „Wir wollen nicht untersuchen, ob die Haltung der Majorität eine berechtigte war, jedermann aber wird anerkennen, daß derartige Erscheinungen unsere inneren Verhältnisse in ein sehr trübes Licht stellen, daß sie ein unnatürliches Verhältnis zwischen dem leitenden Staatsmanne und der nationalen Vertretung bekunden. Wer trägt hier den schwersten Teil der Schuld? Unbedingt jene, die, als der Reichskanzler vor drei und vier Jahren den einfachen, klaren und durchaus populären Gedanken seines Steuerreformplanes entwickelte, ihre auf Parteiherrschaft und parlamentarische Machterweiterung gerichteten Tendenzen hoch über die Sache stellten. Damals erstrebte Fürst Bismarck nichts anderes als das, was man in demselben Parteilager heute noch als das eigene Ideal ausgiebt: Beseitigung der Matrikularbeiträge und Erleichterung des Druckes der direkten Steuern in Staat und Gemeinde durch ausgiebige Besteuerung einiger weniger Konsumtionsgegenstände, in deren Genuß sich jedermann beliebig beschränken kann und die er darum treffend die Luxusartikel des Volkes nannte. Der Führer der Nationalliberalen selbst wurde berufen, dieses Programm durchzuführen, aber was geschah? Sein Heergefolge verlangte ein vollständiges nationalliberales Ministerium, es beanspruchte insbesondere den Eintritt des Herrn von Forckenbeck in die Regierung, es forderte vor allem konstitutionelle Garantien, als die später Herr v. Bennigsen selbst nichts geringeres als die Mobilisierung der Salzsteuer und des Kaffeezolles in Vorschlag brachte. So drängte man schließlich den Fürsten Bismarck in die Bahn der Schutz- und Agrarzölle. Diejenigen, welche sich heute über die Wandlung seiner Politik beklagen und ihm auch die notwendigen Finanzzölle nicht bewilligen zu dürfen vermeinen, mögen nicht vergessen, daß anfänglich von einem Schutzzollsystem nicht im entferntesten die Rede war, und daß sie selbst den Kanzler gezwungen haben, sich, um auch nur die notwendigsten Mittel zu erlangen, nach anderen Bundesgenossen umzusehen. War es doch bereits dahin gekommen, daß Staat und Reich jahrelang nur nach austro-türkischer Art durch Anleihen oder durch Einstellung zu-

Digitized by Google

fälliger Bestände oder einmaliger außerordentlicher Einnahmen das stetig wiederkehrende Defizit zu begleichen vermochten. Stände an der Spitze von Staat und Reich nicht der größte Staatsmann des Jahrhunderts, so würden parlamentarische Zustände, wie die gegenwärtigen, absolut unhaltbar sein. Bismarck aber spricht sein J'y suis et j'y reste, die Nation jauchzt ihm Beifall zu und selbst die Parlamente respektieren seine Autorität. Bei der Diskussion des Unfallversicherungsgesetzes, welches doch die vollständige Negation dessen ist, was das Wesen des manchesterlichen Liberalismus ausmacht, gaben selbst die entschiedensten Gegner des Projektes ihrem Respekt vor den Ideen und der Willenskraft des Kanzlers unverkennbaren Ausdruck. Ebenso bekundet sich in dem jüngst im Schoße des Reichstages vereinbarten Antrage bezüglich des Asylrechts die vollste Würdigung der hochbedeutenden Stellung, zu welcher Fürst Bismarck das junge deutsche Reich in Europa emporgeführt hat. Nur einem Staatsmanne gegenüber, in dessen Macht und Einfluß die Nation unerschütterliches Vertrauen hat, kann sich ein Parlament zu einem so außerordentlichen Initiativantrage verstehen. So lange Fürst Bismarck in Staat und Reich das Steuer führt, können selbst unser trostloses Parteiwesen und die schroffen Gegensätze, welche neuerdings in zahlreichen wichtigen Fragen zwischen der Regierung und der Reichstagsmajorität hervortreten, zu einer gefährlichen Erschütterung unserer inneren Verhältnisse nicht leicht führen. Wohnt dem Kanzler doch in gleicher Weise die Macht bei, seine Gegner zu versöhnen wie zu bekämpfen. Er hat dies auf dem Gebiete der inneren Politik fast in demselben Maße bewiesen wie auf seinem eigentlichsten Felde, dem der großen Politik. In diesem Augenblick scheint er die gleiche Kunst in der kirchenpolitischen Frage üben zu wollen. Nachdem er vor einem Jahrzehnt den Ultramontanen und den Partikularisten den Fehdehandschuh hingeworfen hat und inzwischen der Kampf von beiden Seiten mit der äußersten Erbitterung geführt worden ist, sah man bei der letzten parlamentarischen Soiree die Herren Windthorst, von Frankenstein, Reichensperger 2c. stundenlang in der heitersten und ungezwungensten Unterhaltung mit dem Kanzler".

Die Klerikalen sind freilich, außer in der Reform des Zolltarifs, mit dem Fürsten Bismarck kaum wieder zusammengetroffen, auch nicht in der Beilegung des Kulturkampfes. Die Konservativen bekannten sich allerdings stets freudig zu dem Programm des Fürsten: „eine nationale Wiedergeburt und innere Erstarkung

Digitized by Google

Deutschlands auf gesunden wirtschaftlichen Grundlagen, die wirtschaftliche Unabhängigkeit Deutschlands vom Auslande, die Stärkung der Finanzkraft des Reiches durch eine gerechte Verteilung der Steuerlasten, die Erleichterung der Aufbringung der notwendigen öffentlichen Abgaben durch Ausbildung des Systems der indirekten Steuern unter entsprechender Verminderung der direkten Abgaben, die Befreiung der Gemeinden von einem wesentlichen Teil der öffentlichen Schul-, Armenpflege- und anderer Lasten, die Förderung der landwirtschaftlichen und industriellen Gewerbe, die Fürsorge für das Wohl des Handwerkerstandes und der arbeitenden Klassen gemäß den Geboten des praktischen Christentums, kurz Schutz der wirtschaftlich Schwächeren durch den Staat, der sich seiner christlich-sittlichen Pflichten bewußt sein und die teilnahmlose Oberaufseherrolle aufgeben soll."

In der Praxis haben die Konservativen alle Vorlagen betreffend die Einführung neuer indirekter Steuern, insbesondere des Tabakmonopols, verwerfen helfen. Sie schrieben, als Fürst Bismarck sich aus einer Position, aus der er getrieben war, in die andere flüchtete, ihm „Projektmacherei" zu, und setzten ihre eigene Steuerreform als eine „organische" entgegen, indem sie, statt des Appells an neue indirekte Steuern, also an das Reich, der preußischen Monarchie die selbständige Aufgabe der Reform vindizierten durch Heranziehung des Kapitals und Erleichterung der produktiven Arbeit, des Grund- und Gewerbebesitzes.

Auch in den Bestrebungen, den Frieden mit Rom und den Ultramontanen herbeizuführen, fand Fürst Bismarck sich in seinem Vorgehen durch die Konservativen nicht immer gefördert. Sie machten ihm (1883) den Vorwurf, daß die Haltung des Zentrums, des Führers und der Presse desselben auf seine kirchenpolitischen Entschließungen einwirken, worauf ihnen erwidert wurde: „Sie übersehen völlig, daß das Zentrum ohne die Billigung der Kurie seine Mitwirkung zu positiven Vorschriften des Staatskirchenrechts gänzlich versagt, zugleich aber durch die unablässig wiederholte Forderung der Herstellung des Statuts vor 1873 die Entschließungen der Kurie in unheilvoller Weise beeinflußt. Denn es muß notwendig die Bethätigung friedfertiger Gesinnungen seitens des Papstes auf das äußerste erschweren, wenn das Zentrum an dem Programm der Wiederherstellung des früheren Zustandes festhält und gleichzeitig sich den Anschein giebt, in den gesetzgebenden Versammlungen des Landes das Heft in den Händen zu haben. Statt in dieser Weise

Digitized by Google

Front gegen die Regierung zu machen, sollten es jene Hochkonservativen sich vielmehr zur Pflicht machen, dem Zentrum und zwar in einer auch in Rom nicht mißzuverstehenden Weise klar zu machen, daß es auf diesem Wege von keiner Seite auf Unterstützung zu rechnen hat. Würde die Legende von der entscheidenden parlamentarischen Stellung des Zentrums, welche durch den Erfolg des Antrages Windthorst im Reichstage und das konservativ-klerikale Kompromiß nach außen weite Verbreitung gefunden hat, in nicht mißzudeutender Art zerstört, so würden Prätensionen, wie sie uns in der Note des Kardinals Jakobini in einer dem Frieden nicht eben günstigen Weise entgegentreten, von selbst fortfallen. Freilich würde es dazu notwendig sein, von einer einseitigen Parteipolitik mehr als bisher abzusehen und, statt die Kraft in Reibungen mit der Staatsregierung zu vergeuden, auf die in letzter Instanz doch lediglich auf den Frieden gerichteten Intentionen derselben bereitwillig einzugehen. Die Parteipolitik auf eigene Hand hat bisher weder den Interessen des Staates noch denen der Partei genützt".

Es war ein heißer Feldzug, womit die Nationalliberalen ihre neue Stellung zur Regierung im Jahre 1878 inaugurierten. Nachdem sie das erste Gesetz zum Schutze des Staates und des Staatsoberhauptes gegen die Sozialdemokratie, welches durch das erste Attentat auf den Kaiser herbeigeführt war, verworfen hatten, der Reichstag infolgedessen aufgelöst war, gab die Wahlkampagne den Nationalliberalen Anlaß, ihre Abwendung von der Politik des leitenden Staatsmannes zu bewähren. Ein nationalliberales Wahlkomitee versandte drei Flugblätter, in welchen die gesamte innere Politik des Reichskanzlers mit einer Schärfe angegriffen wurde, in welcher er selbereine „Verunglimpfung seiner Person" fand. Die angesehensten Organe der Partei sprachen in demselben Tone. Ein überaus fulminanter Artikel der Magdeburger Zeitung über das Thema: „Warum dem Volke die innere Politik des Fürsten Bismarck nicht gefällt," unter dem Titel „Für Kaiser und Reich," wurde als Wahlflugblatt in der Provinz Sachsen verbreitet. Man warf dem Artikel vor, daß die darin angegriffene Politik dieselbe wäre, die bis dahin die nationale Partei unterstützt hätte.

Die Nationalliberalen zogen in den Wahlkampf an der Seite der Fortschrittspartei. Die Stellung der letzteren zur Sozialdemokratie war von den Nationalliberalen nicht immer so aufgefaßt worden,

wie bei den diesmaligen Wahlen; namentlich aus den Tagen des Januars 1877, wo die liberale Berliner Bürgerschaft unter dem niederschmetternden Eindrucke der ersten sozialdemokratischen Wahlerfolge stand, lagen Äußerungen der nationalliberalen Blätter vor, welche einen schneidenden Gegensatz zu dem jetzigen Wahlbündnis und zu der Behauptung bildeten, daß die Fortschrittspartei gerade gegenüber der Sozialdemokratie der selbstverständliche Bundesgenosse der Nationalliberalen sei.

Damals, unter dem ersten Schrecken über die sozialdemokratischen Wahlen, erkannten die nationalliberalen Blätter unumwunden an, daß die Bildung einer festen Mehrheit zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Wühlerei die dringendste Aufgabe sei. Eben deshalb aber werde das deutsche Bürgertum angesichts der drohenden Gefahren auch die Macht und den Einfluß der Fortschrittspartei im Reichstage soweit irgend möglich einschränken müssen; denn die Fortschrittspartei habe weder ein Verständnis für die dringendsten staatlichen Bedürfnisse, noch irgendwie den Willen bekundet, die Regierung zur Erfüllung derselben in den Stand zu setzen.

Gleich nach den ersten Wahlen von 1877 und vor den Stichwahlen schrieb ein liberales Blatt: „Auch nicht die Spur von Selbsterkenntnis, von einem Verständnis für die schwere Gefahr der Lage finden wir in fortschrittlichen Organen, deren unausgesetztes hämisches Gezeter im Chor mit den sozialdemokratischen und ultramontanen Stimmen so weite Klassen der Bevölkerung verwirrt und erbittert hat." — —

„Jenes fortwährende griesgrämige Regenwetter, jenes ewige Tadeln und Nörgeln, welches die Fortschrittspartei in ihren Rednern und Organen zur Erscheinung brachte, ist nach unten durchgesickert, hat Tausende unserem Staatsleben innerlich entfremdet. Wollen wir die Bevölkerung zu einem freudigen Mitthun wieder heranbringen, so gilt es zuerst zu brechen mit der Klique der unbedingten Verneinung, mit den Unternehmern des allgemeinen Mißvergnügens." — —

„Die fortschrittlichen Phrasen werden von der Sozialdemokratie aufgenommen und vernutzt; aber den Sozialdemokraten waren sie doch nur, was den an Branntwein Gewöhnten eine Limonade ist. Die Sätze der Sozialdemokratie sind für den Arbeiter, den Besitzlosen weit verständlicher."

— — — „Mögen die Wähler um sich schauen und erkennen,

Digitized by Google

wie die Kampfesweise der Führer der Fortschrittspartei den politischen Boden vergiftet und jene verbitterte und dem Staatswesen entfremdete Stimmung erzeugt hat, welche die beste Förderung der Sozialdemokratie geworden ist."

Als inmitten der Erregung aller bürgerlichen Kreise das Hauptblatt der Berliner Fortschrittspartei zwar eingestand, daß „die Fortschrittspartei dort, wo sie ihre festeste Burg zu haben glaubte, eine schwere Niederlage erlitten habe," — zugleich aber zu behaupten wagte, daß gerade diese Partei „das stärkste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie" sei, — da wurde dieser „dreiste" Ausspruch in der nationalliberalen Presse entschieden zurückgewiesen und betont, daß gerade die Fechterkünste und Wühlereien der Fortschrittspartei den Sozialdemokraten die Wege gebahnt und „die goldenen Brücken" gebaut haben.

Die „National-Zeitung" wies darauf hin, daß die Fortschrittspartei, weil sie die nationalliberale Partei nicht zum Konflikt mit der Regierung über die Justizgesetze hatte drängen können, jedes Band mit derselben zerschnitt.

„Und wenn", fuhr sie fort, „die Sozialdemokraten aus dieser namenlos leichtfertigen Taktik Vorteil zogen, haben sie dafür nicht die ausdrückliche Aufforderung des Führers der Fortschrittspartei, des Professors Hänel? Es ist heute unmöglich, jene Szene im Reichstag zu vergessen, die sich ungescheut und vor aller Augen abspielte, als Herr Hänel vergeblich die Sozialdemokraten zu gewinnen suchte, ihre Stimmen mit den fortschrittlichen und ultramontanen zum Sturz des Kompromisses zu vereinen, statt (wie sie im Begriff waren) den Saal zu verlassen. Laut und höhnisch rief dem Professor Hänel der Sozialdemokrat Hasenclever die Worte zu: „Mit Ihnen sind wir schon lange fertig." Und der sozialdemokratische Führer hat mit diesen Worten nur dem Ergebnis der Berliner Reichstagswahlen vorausgegriffen. Aber auch das deutsche Bürgertum, vor allem die Berliner Bürger haben alle Ursache, sich fertig mit einer Leitung zu erklären, deren Operationsweise in diesem so bezeichnenden Falle klipp und klar zum Vorschein kam Oder aber wird irgend jemand glauben, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie in der That von Männern aufgenommen werden kann, die in solcher Sache selbst zu einer Bitte um die Bundesgenossenschaft der Sozialdemokratie sich herbeiließen, welche mit deren Hilfe den Konflikt gegen die Regierung erneuern wollten?"

Digitized by Google

So lautete im Jahre 1877 das Urteil der Nationalliberalen über Geist und Wesen der Fortschrittspartei, über ihre Mitschuld an der Verbreitung der Sozialdemokratie und über die Notwendigkeit, daß das deutsche Bürgertum sich solcher Leitung entziehe.

Jetzt aber, wo es sich in erster Linie gerade um den Kampf gegen die Sozialdemokratie handelte und selbstverständlicherweise nicht bloß um die Verdrängung einiger sozialdemokratischen Abgeordneten in Berlin, sondern um die Stellung des ganzen Reichstages in dem bevorstehenden Kampfe, da schlossen die Führer der Nationalliberalen in Berlin ein Bündnis mit derselben Fortschrittspartei, ein Bündnis nicht etwa zu gleichen Teilen, sondern schlechthin zur Unterstützung der Fortschrittskandidaten in allen Berliner Wahlbezirken, — die Berliner Bürger wurden aufgefordert, sich der zwei Jahren früher feierlich verpönten Leitung einfach unterzuordnen, — und derselbe Professor Hänel, der mit Hilfe der Sozialdemokraten den Konflikt gegen die Regierung organisieren wollte, wurde zum ersten Male als Kandidat für Berlin selber aufgestellt. Sämtliche sechs Fortschrittskandidaten kündigten im voraus ausdrücklich an, daß sie der Regierung keine außergewöhnlichen Mittel gegen die Sozialdemokratie gewähren wollten.

Die Nationalliberalen wirkten also wissentlich dazu mit, daß in Berlin sechs entschiedene Gegner der Regierung, sechs indirekte Beförderer der Sozialdemokratie gewählt wurden, und ganz ähnlich in anderen großen Städten.

Dieses Verhalten der Nationalliberalen gerade in den Mittelpunkten des politischen Lebens, wo ihre einflußreichsten Führer vereinigt sind, warf ein eigentümliches Licht auf die sonstigen Versicherungen über ihre Bereitwilligkeit zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie.

Die National-Zeitung mochte gern verhüten, daß durch das Wahlbündnis der Nationalliberalen mit den Fortschrittlern ihre „Freunde irre gemacht würden." Sie bemühte sich deßhalb in einem längeren Artikel zu versichern, daß trotz des bewußten Wahlkompromisses doch die Nationalliberalen auf eigenen Füßen stehen bleiben würden. Das Blatt schrieb u. A.:

„Die nationalliberale Fraktion hat der Fortschrittsfraktion gegenüber ihre Selbständigkeit niemals aufgegeben und kann an einen engeren Anschluß an dieselbe im nächsten Reichstage am allerwenigsten im gegenwärtigen Augenblicke denken, wo die Wahlbewegung die Gegnerschaft beider in mehreren Fragen von der

Digitized by Google

einschneidendsten Bedeutung mit voller Deutlichkeit hat hervortreten lassen. Die Unterstellung, daß die Nationalliberalen sich in die Gefolgschaft der Fortschrittspartei begeben hätten, ist daher lediglich eine Erfindung, mit welcher unsere Gegner die Verwirrung des Wahlkampfes zu ihren Gunsten auszubeuten bestrebt sind."

Dagegen hatte eben erst ein anderes nationalliberales Blatt ausdrücklich geschrieben: die beiden Parteien, die Nationalliberalen und die Fortschrittsmänner, seien ja nur in Taktik und Temperament verschieden, in den Prinzipien aber so gut wie gar nicht. Dazu bemerkte die Kreuzzeitung:

„Ist es demnach nur ein politischer Temperamentsfehler, daß die „selbständige" nationalliberale Fraktion jetzt der fortschrittlichen als Brücke dient? Dann hätte die angebliche Erfindung, welche von der Nationalzeitung den Gegnern zugeschrieben wird, wenigstens das für sich, daß sie von der Nat.-Lib.-Corr. patentiert worden ist. Jedenfalls hat die von der Nationalzeitung behauptete „Selbständigkeit" doch eine sehr in die Augen fallende Ähnlichkeit mit politischem „Hinken auf beiden Seiten."

Das Resultat der Wahlen ergab eine Verstärkung der konservativen Partei auf Kosten der nationalliberalen. Während derselben Wahlbewegung war bereits zur Abwehr der gegen die Regierung gerichteten Angriffe das Ziel und Streben der Politik Bismarcks mit folgenden Worten bezeichnet worden:

„Die Staatsregierung will weder auf dem politischen, noch auf dem Steuer- und Wirtschaftsgebiete die Reaktion. Sie will auf allen diesen Gebieten die vernünftige Entwickelung. Gegen die Zuchtlosigkeit, die Erschütterung der monarchisch-konstitutionellen, der gesellschaftlichen und Eigentumsordnung will sie ein energisches, unsere Kultur und Gesittung und den Fortschritt der industriellen Arbeit schützendes Eingreifen; in bezug auf die Steuerverhältnisse will sie eine verständige, das Reich wie die Einzelstaaten fördernde, dem Volke die Steueraufbringung erleichternde Reform; den handelspolitischen Fragen gegenüber die Wahrung der nationalen Gesamtinteressen im Sinne der Entwickelung seit 1818 und seit der Gründung des Zollvereins, ohne Voreingenommenheit durch die Lehrsätze der volkswirtschaftlichen Parteien, die über der vermeintlichen Folgerichtigkeit ihrer Meinungen die praktischen Interessen der Nation übersehen."

Es wurde daran der Ausdruck der Hoffnung geknüpft, daß aus den Wahlen eine Reichstagsmehrheit hervorgehen werde,

Digitized by Google

„welche nicht bloß in der zunächst dringlichen Abwehr der Gefahren für Staat und Gesellschaft, sondern eben so sehr auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Reform der kaiserlichen Regierung volles Vertrauen und den festen Willen zu freudigem Zusammenwirken entgegenbringe."

Nachdem die Hoffnung in bezug auf die erste unmittelbar dringende Aufgabe in der darauf folgenden Session des neuen Reichstages im wesentlichen erfüllt worden war, trat jetzt die zweite positive und dauernd bedeutsame Aufgabe in den Vordergrund der politischen Fürsorge und allseitigen Verantwortlichkeit.

Aus den Reichstagskreisen selbst erfolgte noch unmittelbar vor dem Schlusse der Session eine wichtige Kundgebung einer aus Abgeordneten der verschiedensten Richtungen gebildeten „freien volkswirtschaftlichen Vereinigung", welche sich zunächst in bezug auf die Handelspolitik in grundsätzlicher Übereinstimmung mit den erwähnten Bestrebungen der Regierung aussprach, „daß die schwierigen Fragen der deutschen Handelspolitik nicht lediglich nach den Schlagwörtern von Freihandel und Schutzzoll gelöst werden können, daß es vielmehr entscheidend darauf ankomme, die wirklichen und vermeintlichen Gegensätze der Interessen mit Sachkenntnis, Umsicht und Vaterlandsliebe auszugleichen."

Diese Erklärung fand sofort die Unterschrift von 204 Abgeordneten, also mehr als der absoluten Mehrheit des Reichstages: in dieser Zahl hatten zunächst die Vertreter der konservativen Parteien und des Zentrums das Übergewicht, aber es befand sich darunter auch eine beträchtliche Zahl nationalliberaler Abgeordneter, sowie die fortschrittliche Gruppe Löwe. In der nationalliberalen Presse wurde überdies ausdrücklich anerkannt, daß „eine erhebliche Mehrheit der Reichstagsmitglieder (über die Zahl der 204 hinaus) den Standpunkt der „freien volkswirtschaftlichen Vereinigung", soweit derselbe in jener Erklärung dargelegt sei, teile und sich ihrem Vorgehen anzuschließen bereit sei. Das Land erwarte seit langem und in steigender Ungeduld die Vereinbarung eines festen handelspolitischen Programms unter gebührender Berücksichtigung der realen Verhältnisse und der vorhandenen Bedürfnisse. Das Ergebnis der veranstalteten Enqueten und thatsächlichen Erhebungen werde überall, wo es sich um praktische Entscheidung bestimmter Fragen handle, auch für den Reichstag eine Unterlage seiner Entschließungen abgeben, von welcher derselbe sich, gleichviel wohin bisherige Neigungen und vorgefaßte Mei-

Digitized by Google

nungen der Mitglieder neigen mochten, nicht allzuweit zu entfernen vermöge.

Der neue Zolltarif, der im nächsten Frühjahr an den Bundesrat gelangte, schien seinen Weg ohne große Hindernisse nehmen zu sollen. Zum Geburtstag des Fürsten Bismarck am 1. April 1878 schrieb die Nationalzeitung:

„Der fünfundsechzigste Geburtstag findet den Reichskanzler in wiederhergestellter Gesundheit, auf einem Höhepunkt des Ansehens und der Macht, die wol ohne Beispiel in unserer Geschichte sind. Dieser Tag findet ihn aber auch am Beginn eines Unternehmens von einer außerordentlichen Bedeutung und Wichtigkeit, das selbst in einem so bewegten Leben Epoche macht. In manchen entscheidenden Stunden seiner Thätigkeit hat der Reichskanzler allein gestanden, er mußte aus seiner eigenen Brust Vertrauen und Festigkeit ziehen. Die wirtschaftliche Reform, für welche jetzt Fürst Bismarck seine ganze Kraft einsetzt, ist abermals sein eigenstes Werk, aus seiner Initiative erwachsen, auf seine Autorität gebaut. Aber er hat es verstanden, eine große Bewegung an seine Pläne zu knüpfen, das Vertrauen auf ihn hält die in sich widersprechenden Elemente zusammen, hilft sie auf einen übereinstimmenden Ausdruck bringen. Wir wissen nicht, wie weit wir auf dieser Bahn folgen können, noch sind die Vorschläge nicht endgültig festgestellt; über das letzte Ziel, wie es der leitende Staatsmann verfolgt, ist es schwer ein festeres Bild zu gewinnen. In den Parteien selbst wogt es noch durcheinander und die Grenzlinie, wo der Freund vom Gegner sich scheidet, ist noch nicht gezogen. Möglich und wahrscheinlich aber ist es, daß manche, die bis jetzt mit dem Reichskanzler ungeachtet aller Differenzen im einzelnen, bei großen entscheidenden Fragen gemeinsam gegangen sind, sich diesmal von ihm trennen müssen. Unser Wunsch dabei kann nur der sein, daß diese Trennung nicht tiefer greife, als es gerade die vorliegende Angelegenheit betrifft.

„Nehmen Sie die Art, wie ich prozediert habe, als Signalschüsse, aber nehmen Sie sie noch nicht als einen Kampf. Der Kampf wird uns Jahre lang beschäftigen; aber ich hoffe, er wird zum Heil, zum Glück, zur Prosperität unseres Vaterlandes führen" — mit diesen Worten hat der Reichskanzler in der Reichstagssitzung vom 21. Februar das Programm der Zukunft gezogen. Eine mehr kampfbereite und zuversichtliche Sprache hat der leitende Staats-

Digitized by Google

mann in der langen Zeit seiner Wirksamkeit selten geführt. Wir bewundern die Energie und Rüstigkeit, mit welcher der Reichskanzler uneingeschläfert durch alle Triumphe, die er bis jetzt erzielt hat, ein so großes und weitaussehendes Unternehmen auf seine Schultern nimmt. Denn daß er der Schlüsselpunkt des großen Umschwunges ist, der sich vorbereitet, darüber ist ein Zweifel ja überhaupt ausgeschlossen. Der Einzelne wird sich dem unterwerfen müssen, was demnächst der Reichstag in Übereinstimmung mit dem Reichskanzler in jenen wichtigen Fragen beschließt, wie es auch fallen möge und der Erfolg allein kann richten, wo die größere Berechtigung lag, in dem Widerstand gegenüber der wirtschaftlichen Umkehr oder in ihrer Beförderung. Sicher ist aber hier wiederum ein merkwürdiges Beispiel gegeben, was im Leben der Nationen eine zielbewußte Persönlichkeit bedeutet, welche die Macht kennt, die in der Initiative liegt und sie mit rücksichtslosem Nachdruck zu gebrauchen versteht. Der Reichskanzler hat dabei zwei große Faktoren für sich: er hat zu gestalten gewußt, was unklar in den Köpfen von Millionen spukte, und das giebt seinem Beginnen den Nachdruck. In der Ausführung und taktischen Leitung ist er aber wieder der Einzelne, seine Gegner dagegen die Vielen. Das sind gewaltige Bürgschaften des äußeren Erfolges: den inneren Wert stellen wir hier nicht zur Diskussion, das Leben und die Erfahrung werden ihn der härtesten Probe unterwerfen. Die Hoffnung aber, welche in jener Rede ausgesprochen wurde, daß das, was geschehen soll, zum Heil, zum Glück, zur Prosperität des Vaterlandes gereichen möge, konnte aus keinem überzeugteren und patriotischeren Herzen kommen, als aus dem des Reichskanzlers. Möge ihm und seinen Volksgenossen die Erfüllung so stolzer und schöner Hoffnungen gewährt sein."

Der Reichstag wurde für die Zeit vom 4. bis 28. April vertagt und zog erst nach diesem Termin das große Werk der Zoll- und Steuerreform in Beratung. Die Abgeordneten hatten also Zeit, in den Ferien sich mit ihren Wählern ins Einvernehmen zu setzen. Am 2. Mai begann die erste Diskussion. Sie nahm sechs volle Sitzungen in Anspruch. Die entschiedensten Gegner waren unter den Rednern: Delbrück, Bamberger, Richter, Sonnemann, Lasker. Der letztgenannte Redner hielt eine Rede voll der schärfsten Angriffe gegen den Reichskanzler und dessen jetzige Zollpolitik. Er warnte davor, auf die Worte des Meisters zu schwören, der doch selbst eingestehe, früher Fehler auf Fehler gemacht zu haben, — er warf dem Kanzler vor, in seinem Briefwechsel mit dem Frei-

Digitized by Google

herrn von Thüngen*) das Programm der agrarischen Partei nicht etwa in seiner berechtigten, sondern in seiner agitatorischen Bedeutung zu dem seinigen gemacht zu haben, — damit werde ein grundsätzlicher Krieg zwischen Stadt und Land eröffnet, der sich auch auf das politische Gebiet ausdehne. Er meinte dringend davor warnen zu müssen, demjenigen Glauben zu schenken, was der Reichskanzler über die Besteuerungsverhältnisse der Landwirtschaft gesagt habe, die Angaben seien wenig zuverlässig, — größere Übertreibungen, wenn auch unbewußt, seien noch niemals ausgesprochen worden. — Der Reichskanzler kenne die Gesetze seines Landes, die er zur Grundlage seiner Finanz- und Wirtschaftspolitik mache, in wichtigen Punkten nicht. — Der Schutz für den Grundbesitz solle aufgebracht werden durch Zölle auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse. Es sei eine Finanzpolitik der Besitzer gegen die Nichtbesitzer; kein zivilisiertes Land habe eine solche Politik bewußt eingeleitet. Der Redner sagte schließlich: auch er sei für Abschaffung der Matrikularbeiträge, sofern sich eine passende Steuer dafür finde, aber er wolle keine Überschüsse im Reiche für die Einzelstaaten; er verlange ferner wirkliche, nicht scheinbare konstitutionelle Bürgschaften.

Dieser Rede trat der Präsident des Reichskanzler-Amtes, Minister Hofmann, entgegen, welcher darauf aufmerksam machte, daß es durchaus nicht schön sei „wenn ein Abgeordneter seine wirkliche oder vermeintliche Überlegenheit im Reden in so scharfer und verletzender Weise geltend mache. Es liege jedenfalls im Interesse einer ruhigen sachlichen Verhandlung der Dinge, wenn er künftig weniger verletzend auftrete."

Der Reichskanzler Fürst Bismarck, welcher inzwischen im Hause

*) Der Reichskanzler hatte in einem Schreiben vom 16. April (1879) auf eine ihm durch den Freiherrn von Thüngen (in Bayern) übersandte Zustimmungsadresse, in welcher ausgesprochen war, daß die Landwirtschaft in dem neuen Tarif noch keinen ausreichenden Schutz finde, erwidert: „Ich teile Ihre Ansicht, daß die Getreidezölle als Schutz der Landwirtschaft nach Verhältnis zu den direkten Lasten, welche sie trägt, ungenügend sind; sie werden vielleicht nur die gute Folge haben, daß Ordnung und Übersicht in die Korneinfuhr kommt und daß namentlich die Überfüllung Deutschlands mit unverkauftem Korn sich vermindert. Ich habe aber in den Verhandlungen mit den Regierungen und der Tarifkommission mehr nicht erreichen können. Ein noch größeres Gewicht indessen, als auf den Zoll, lege ich auf die Eisenbahntarife, durch welche Einfuhrprämien gegeben werden, welche nicht selten das Vier- und Fünffache des 50-Pfennigzolles erreichen. Wenn es gelingt, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, so verspreche ich mir davon eine größere Wirkung, als von der Verdoppelung oder selbst Vervierfachung der jetzt beantragten Zölle."

Digitized by Google

erschienen war, ergriff sodann das Wort, um zuvörderst die persönlichen Angriffe des Abgeordneten Lasker zurückzuweisen. Es sei nicht seine Absicht, sagte er, in der allgemeinen Beratung nochmals das Wort zu nehmen, weil seine Überzeugung, und wie er glaube, auch die der Mehrheit, durch die Gegenreden nicht erschüttert worden sei. Er sei aber benachrichtigt worden, daß der Abgeordnete Lasker mit einem besonders hohen Maße von Verstimmung gegen ihn gesprochen habe, worin er freilich wohl ein günstiges Zeichen für den Stand der Politik, die er im Namen des Reiches verfolgen zu müssen glaube, erkennen dürfe. Er ging dann auf die persönlichen Vorwürfe näher ein und sagte:

„Der Herr Abgeordnete hat gesagt: mein Schriftwechsel mit dem Baron Thüngen habe alles überholt, was bisher an agrarischen Extravaganzen geleistet sei. Ich habe mich zu dem Schreiben nicht bloß berechtigt, sondern auch verpflichtet gehalten. Die Nation hat das Recht, zu wissen, wie ich über die einzelnen Fragen denke, und ich freue mich, wenn die Kenntnis hiervon eine möglichst öffentliche und verbreitete wird, denn ich habe darüber nichts zu verbergen. Ich habe mich ausgesprochen gegenüber den sehr scharf accentuierten Klagen des Baron Thüngen über die Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Interessen in der Tariffrage, um ihm nachzuweisen, daß ich unter Umständen eine höhere Verzollung der landwirtschaftlichen Produkte gewünscht hätte, — in bezug auf das Getreide nicht viel höher, denn der Zoll für Getreide, namentlich für die Getreidegattung, die am meisten als Nahrungsmittel dient, für den Roggen, soll meiner Meinung nach kein Schutzzoll, sondern ein Finanzzoll sein, und er wird vom Auslande gezahlt werden.

Wenn ich es mir zur Aufgabe stelle, in diesem Kampf der Interessen für die Seite, die bisher meines Erachtens unterlegen hat, der Seite der Landwirtschaft und des Grundbesitzes einzutreten, sollte man das dankend anerkennen und nicht sagen, ich triebe die Finanzpolitik eines Besitzers. Ja, ich kann dem Herrn Abg. Lasker eben so gut sagen, er treibt die Finanzpolitik eines Besitzlosen. Die Herren, die weder Industrie, noch Landwirtschaft, noch ein Gewerbe treiben, die verlieren leicht den Blick und das Mitgefühl für diejenigen Interessen, die ein Minister, der auch Besitz hat, der auch regiert wird und fühlt, wie die Gesetze dem Regierten thun — wenn der offen auszusprechen sich nicht scheut, was er wahrnimmt, so sollte er doch vor dergleichen Andeutungen gesichert

Digitized by Google

sein, daß er hier die Finanzpolitik des Besitzenden vielleicht im eigenen Interesse triebe. — — —

Der Herr Abgeordnete hat mir ferner vorgeworfen, ich kennte die Gesetzgebung des Landes nicht. Wenn man mir hier vorwirft, ich kenne die Gesetzgebung meines Landes nicht, so weiß ja jeder Mensch, daß ich nicht jedes Gesetz kennen kann; aber der Vorwurf hier von einem Abgeordneten in öffentlicher Rede und von dem Vertreter der öffentlichen Gerechtigkeit, als welchen sich der Abg. Lasker so oft gezeigt hat, indem er sein Zensoramt dem Ministerium gegenüber geübt hat, — dieser öffentliche Vorwurf hier: er kennt die Gesetze nicht, der heißt doch: er weiß nicht so viel von den Gesetzen, wie er seiner Stellung nach wissen müßte. Das ist doch eine Art, mich in der öffentlichen Meinung herunterzudrücken, in meinem Fleiß, in meiner Gewissenhaftigkeit, mit der ich mich auf amtliche Sachen vorbereite, die glaube ich, der Herr Abgeordnete, wenn er für mich ebensoviel Gerechtigkeit noch übrig hätte, — nicht, wie für sich selbst, aber für seine Fraktionsgenossen, dann nicht versuchen würde. Ich halte es nicht für nützlich, die höchste Behörde auf diese Weise und in einem so schonungslosen Tone, selbst dann, wenn man Recht zu haben glaubt, vor dem Lande gewissermaßen öffentlich an den Pranger zu stellen, ich halte es nicht für richtig, auf diese Weise in der öffentlichen Meinung ein schlechteres Urteil über die leitenden Staatsmänner hervorzurufen, als an und für sich bei einer ruhigen und rechtlichen Prüfung sich verteidigen läßt.

Ich muß ferner dagegen protestieren, daß mir der Vorwurf der Unzuverlässigkeit gemacht wird. Es ist das geradezu ein beleidigender Vorwurf. Ich verwahre mich dagegen und werde den Ausdruck nicht als in den parlamentarischen Sprachgebrauch übergegangen ansehen."

Die Stellung der Zentrumspartei zur Wirtschaftsreform wurde in derselben Sitzung durch den Abgeordneten Windthorst näher bezeichnet: Deutschland befinde sich jetzt in einer Zeit, wie sie auf große Erschütterungen folge, wo die Industrie eines mäßigen Schutzes bedürfe, damit sie wieder erstarke und den Wettkampf mit anderen Nationen aufnehmen könne. Wenn alle Nationen um Deutschland herum ihre Grenzen mit einem Schutzgürtel versähen, so könne man es den Deutschen nicht zumuten, allein Deutschlands Thore dem Auslande offen zu halten. Er wies die Behauptung zurück, daß das Zentrum über seine Haltung mit der

Digitized by Google

Regierung verhandelt habe: in den kirchlichen Fragen halte dasselbe an seiner Stellung fest, bis den Beschwerden der Kirche Abhilfe geschafft sei. Trotzdem könnte die Partei dem Reichskanzler teilweise mit aller Energie auf dem betretenen Wege folgen. Er hoffe, der Reichskanzler werde daraus entnehmen, wie wenig es richtig sei, das Zentrum als Gegner des Reichs zu betrachten. Dasselbe wolle keine Opposition um der Opposition willen treiben; wo es sich um die lebendigsten Interessen der Nation handele, werde es die Regierung unterstützen. Die Vorlagen zerfielen in zwei Teile, das wirtschaftliche und das finanzielle Gebiet. In wirtschaftlicher Beziehung sei das Zentrum bereit zur Unterstützung der Vorlagen im großen und ganzen: die Volksvertretung dürfe sich einer so mächtigen Bewegung, wie sie jetzt durchs Land gehe, nicht entziehen. Die Partei stimme mit der wesentlichen Richtung des Tarifs überein und hoffe auf eine schleunige Erledigung zum Wohle des deutschen Vaterlandes. Was die Finanzzölle betreffe, so werde das Zentrum sie nur so weit bewilligen, als der Betrag aus den Schutzzöllen zur Deckung der von den Finanzministern nachzuweisenden Bedürfnisse nicht ausreiche. Zugleich aber müsse man die Sicherheit gewinnen, daß die Einnahmen aus den Finanzzöllen in der That nicht anderweitig als zum Ersatz für die Matrikularbeiträge und für die nachgewiesenen Bedürfnisse des Reiches verwendet werden.

Zwischen der ersten Beratung und der definitiven Entscheidung der Reform erfolgte der Rücktritt des Herrn von Forckenbeck vom Reichstagspräsidentensitze. Die Gemeindevertretung von Berlin, deren erster Beamter Forckenbeck ist, hatte an sämtliche größere Gemeinden Deutschlands eine Einladung erlassen, daß sie Vertreter nach Berlin schicken und auf einem Städtetag ihr Votum über den Zolltarif abgeben sollten. Von 240 eingeladenen Gemeinden sandten 72 ihre Vertreter ab; die süddeutschen lehnten fast alle ab, auch Leipzig wies auf den Reichstag als die kompetente Versammlung hin. Der Städtetag-Torso verurteilte in einer Sitzung im Berliner Rathause am 17. Mai mit 68 Stimmen gegen 4 die Eingangszölle auf Getreide, Vieh und Fleisch, im Interesse der städtischen Bevölkerung und der Leistungsfähigkeit der Arbeitskraft. Auf die Sitzung folgte ein Essen im großen Saale des zoologischen Gartens, an welchem auch Reichstagsmitglieder teilnahmen. Forckenbeck brachte dabei einen Trinkspruch folgenden Inhalts aus: Er wolle die Gelegenheit benützen, endlich einmal seinem Herzen Luft

Digitized by Google

zu machen, um als freier Mann zu freien Männern zu reden. Seit wenigen Wochen sei der Präsident des deutschen Reichstages in eine Stellung gedrängt, in welcher er nur noch den vierten Teil des Hauses repräsentiere; die daraus resultierenden Zustände lägen klar vor Augen und machten es ihm zur Pflicht, sobald als möglich von diesem Posten zu scheiden. Er habe alles Vertrauen zu den jetzigen Zuständen verloren, so daß er sich nicht einmal mehr getraue, auch nur auf wenige Tage voraussagen zu wollen, welches wohl die Gruppierungen im Reichstage sein würden. Diesem unseligen Zustande müsse ein Ende bereitet werden, und nur die Bildung einer großen, auf wahrhaft liberalen Grundsätzen fußenden Partei könne dem Lande eine Hoffnung auf Rettung bieten. Man solle sich daher rühren, damit das Unselige, was jetzt beschlossen werde, binnen wenigen Jahren wieder zerstört und hinweggefegt werde. Was an ihm liege, werde er thun; daß er ein liberaler Mann sei, beweise seine Stellung an der Spitze der Stadt Berlin; ein Oberbürgermeister von Berlin könne nur ein freiheitlich gesinnter Mann sein. Aber nicht nur der Gesinnung bedürfe es, sondern der That. Er trinke daher nicht nur auf das freie, sondern zugleich auf das thatkräftige deutsche Bürgertum.

Die anwesenden Mitglieder der Fortschrittspartei begrüßten den Herrn von Forckenbeck, der bis dahin zu den gemäßigten Nationalliberalen zählte, als einen der ihrigen und proklamierten ihn als Führer der zu bildenden liberalen Vereinigung der deutschen Antikornliga. Herr von Forckenbeck legte darauf das Präsidium des Reichstages nieder, indem er den „Gegensatz, in welchen er in bezug auf tiefgreifende Fragen mit der Majorität des Hauses gekommen sei“ als Beweggrund angab. Zum ersten Male seit der Existenz des deutschen Reichstages wechselte ein nationalliberaler Präsident mit einem konservativen. Da auch der zweite Präsident, Herr von Stauffenberg, resignierte, so wurde der dem Zentrum angehörige bayrische Freiherr von Frankenstein in dessen Stelle eingesetzt. Ein Ultramontaner auf einem der Präsidentensitze im deutschen Reichstage: das schien die Signatur der Zeit zu vervollständigen. Freilich entsprach diese Zusammensetzung des Präsidiums der augenblicklichen Situation, d. h. der Stellung des Reichstags zur Zolltarif-Reform.

Mit der Beschlußnahme über die sogenannten „konstitutionellen“ oder „föderativen“ Bürgschaften, d. h. über die verfassungsmäßige Verwendung der zu erwartenden Mehreinnahmen entschied

Digitized by Google

sich die endgiltige Stellung der Parteien zu den Zoll- und Finanzfragen selbst. Seitens der Tarifkommission war die Einfügung einer Bestimmung in das Tarifgesetz beantragt, nach welcher der Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer, welcher die Summe von 130 Millionen Mark in einem Jahre übersteigt, den einzelnen Bundesstaaten nach dem Maßstabe der Matrikularbeiträge überwiesen werden sollte, vorbehaltlich der Abrechnung zwischen der Reichskasse und den Einzelstaaten.

Der Abgeordnete Bennigsen kündigte namens der nationalliberalen Partei an, daß sie diese Bestimmung ablehnen und im Falle der Annahme derselben durch die Mehrheit gegen den ganzen Tarif stimmen werde. Seine Partei hätte darauf verzichtet, den in der Kommission gestellten Antrag auf Gewährung „konstitutioneller Bürgschaften" durch Einführung beweglicher, je nach dem jährlichen Bedarf wechselnder Zölle wieder vorzubringen, weil die zweckmäßige Auswahl der dazu geeigneten Artikel an und für sich sehr schwer und nur möglich sei, wenn die Mehrheit über den Grundsatz solcher beweglicher Zölle im voraus einverstanden sei. Nachdem aber die Vertreter der beiden konservativen Parteien in der Kommission es ausdrücklich abgelehnt hätten, dem Reichstag ein solches Recht alljährlich veränderter Bewilligung zuzugestehen und nachdem die Zentrumspartei dieser entschiedenen Auffassung der Konservativen gegenüber auch ihrerseits jenen Anspruch habe fallen lassen, stehe eine feste Mehrheit dagegen fest. Die Liberalen lehnten aber, wie er weiter ausführte, jede Teilnahme an der neuen Lage, welche durch den Rücktritt dreier Minister beleuchtet werde, ab. In betreff der Bedeutung des Frankensteinschen Antrages an und für sich erklärte der Abgeordnete von Bennigsen: er sei kein Freund von Übertreibungen und von großen Worten, es werde ihm nicht einfallen, zu sagen (wie es in den nationalliberalen Blättern seit Wochen geschehen), daß durch die Annahme dieses Antrags die Grundlage der Reichsverfassung erschüttert werde, daß die Reichsverfassung in ihren Wurzeln gestört sei, — nur werde das Verhältnis der Reichsgewalt zu den Vertretungen in den einzelnen Staaten verschoben. Der Redner berief sich sodann auf die früheren Äußerungen des Reichskanzlers, wonach die Matrikularbeiträge abgeschafft werden müßten, damit das Reich nicht ferner ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten sei, während es der freigebige Versorger derselben sein könnte.

Gegenüber der Berufung des Abgeordneten von Bennigsen

Digitized by Google

auf den Rücktritt mehrerer Minister erklärte zunächst der Minister Dr. Friedenthal, daß der Frankensteinsche Antrag zu seinen Entschließungen nicht im allermindesten beigetragen habe, und daß er für denselben stimmen werde. Ein Gleiches nehme er vom Minister Dr. Falk an.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck führte sodann in eingehender Rede aus, wie seine seit Jahren verfolgten Bestrebungen auf Verbesserungen der deutschen Finanzen stets vergeblich gewesen seien, weil ihm von liberaler Seite niemals die Hand dazu geboten worden sei. Von der Fortschrittspartei und den ihr verwandten Elementen sei noch niemals ein positiver Vorschlag ausgegangen, sondern stets nur die Verneinung dessen, was die Regierung gewollt habe. Nach einem Rückblick auf seine Beziehungen zur liberalen Partei, welche in den letzten Jahren immer weniger zur Unterstützung der Regierung bereit gewesen sei, erklärte der Kanzler, daß er es für einen Verrat an der im Interesse des Vaterlandes unternommenen Sache angesehen hätte, unter solchen Umständen nicht den ihm von anderer Seite gemachten Vorschlag (den Frankensteinschen Antrag) näher zu prüfen, — dieser Vorschlag aber gewähre ihm die Abstellung der Übelstände, die er an den Matrikularbeiträgen gerügt habe. Das Reich werde danach eben nicht mehr ein lästiger Kostgänger, ein mahnender Gläubiger bei den Einzelstaaten, sondern in Wahrheit ihr freigebiger Versorger sein, — die Finanznot des Reichs und der Einzelstaaten schwinde damit und die Reformen an den direkten Steuern könnten, wenn auch nicht in vollem Maße durchgeführt, doch in Angriff genommen werden. Alle Behauptungen wegen Verletzung der Reichsverfassung wies der Kanzler entschieden zurück und forderte die Parteien auf, den zornigen Kampf der Fraktionen nicht so weit zu treiben, daß die Interessen des Reichs darunter leiden.

Der Abgeordnete Lasker erwiderte die Rede des Reichskanzlers durch die Ankündigung, daß seine Partei, welche seit 1866 den Fürsten Bismarck unterstützt habe in der Hoffnung, nicht bloß ein deutsches Reich, sondern ein liberal regiertes deutsches Reich zu erhalten, — bei der jetzigen Richtung entschieden eine Oppositionsstellung einnehmen müsse, wenn auch nicht eine Opposition unter allen Umständen, aber eine berechtigte Opposition, um Zeugnis für ihre Grundsätze abzulegen vor dem ganzen deutschen Volke.

Dagegen wurde von konservativer Seite hervorgehoben, daß an ein Zusammengehen mit der nationalliberalen Partei deßhalb

gar nicht zu denken war, weil die Führer selbst nicht wußten, wie viele von der Partei für die Finanzzölle hinter ihnen standen. Das Streben der Liberalen sei viel mehr auf parlamentarische Machterweiterung gerichtet gewesen, als darauf, Ruhe und Stetigkeit in die Verhältnisse zu bringen.

Der Reichstag erklärte sich mit 211 gegen 122 Stimmen für den Frankensteinschen Antrag, für welchen die beiden konservativen Fraktionen mit dem Zentrum gegen die gesamten liberalen Parteien stimmten.

In der Schlußabstimmung wurde sodann der Tarif nebst dem Tarifgesetze mit einer Mehrheit von 217 gegen 117 Stimmen angenommen: außer den beiden konservativen Parteien und der Zentrumspartei stimmten 16 bisherige Mitglieder der nationalliberalen Partei, sowie die elsässisch-lothringischen Abgeordneten für das Gesetz, die Mehrzahl der Nationalliberalen, die Fortschrittspartei, die Welfen, Polen und die Sozialdemokraten gegen dasselbe.

Nach Lösung dieser Aufgabe, einer Zollreform, welche einerseits den Staatsfinanzen zu gute kam, andrerseits der Industrie und dem Arbeiter, ging das ad hoc geschlossene konservativ-klerikale Bündnis wieder auseinander, um nichts Gemeinsames mehr zu stande zu bringen. Seine Spuren ließ aber das Bündnis in dem konservativ-klerikalen Präsidium zurück, das an die Stelle des nationalliberal-konservativen getreten war und seitdem sich behauptet hat, als ein ecce signum der Zeit für die Liberalen. Der Rücktritt dreier liberaler Minister schien diese Signatur zu vervollständigen. Fürst Bismarck freilich bemerkte später: „Herr Minister Falk wird sicherlich nicht der Ansicht sein, daß der Ministerpräsident seinen Rücktritt veranlaßt habe. Von den Ministern Friedenthal und Hobrecht wird der erstere schwerlich durch die damals schwebende Frage: Schutzzoll oder Freihandel? zum Austritt aus dem Ministerium bewogen worden sein, und auch betreffs des damaligen Finanzministers ist ein aktenmäßig erkennbarer Dissensus mit dem Ministerpräsidenten niemals ersichtlich geworden." Eine offiziöse Notiz bemerkte außerdem: „Es läßt sich nicht durch Examina eruieren, ob jemand den Anforderungen einer ministeriellen Stellung zu genügen vermag. Der Ministerkandidat kann sich sehr wohl bei Übernahme seines Amtes über seine Qualifikation täuschen, und so kommt es, daß er oft erst auf dem Gebiete der Erfahrung zu einem klaren Urteile darüber gelangt".

Der Frankensteinsche Antrag wurde als ein Zugeständnis an

Digitized by Google

den Partikularismus, von der nationalliberalen Partei als die Folge der Abwendung von ihr aufgefaßt, indem sie mit Selbstbewußtsein versicherte, daß hinter ihr die „Reichsidee" stehe, und daß man die Partei nicht angreifen könne, ohne sich schließlich gegen die Verfassung des Reiches zu wenden. Fürst Bismarck bestritt die Verdrängung des Reichsgedankens und ließ erklären: „Es ist eine Verdrehung der Thatsachen, wenn dem Kanzler ein Streben zur Schwächung der nationalliberalen Partei zugeschrieben wird. Es liegt ihm fern, die Bedeutung der nationalliberalen Partei für die jeweilige Reichspolitik zu unterschätzen. Die Abwendung einer so großen Fraktion von der Regierung, wie sie im Laufe des vergangenen Jahres und in dem gegenwärtigen Jahre stattgefunden hat, muß die Reichsregierung notwendig dahin drängen, für die Erreichung ihrer unverändert festgehaltenen nationalen Ziele andere Wege und Bahnen im einzelnen einzuschlagen, — gerade so wie der Bruch der konservativen Partei mit der Regierung von 1872 ab den Kanzler notwendigerweise auf andere Bahnen anwies, als mutmaßlich eingeschlagen worden wären, wenn die Beziehungen zwischen den Konservativen und der Regierung ungetrübt geblieben wären. Die Abwendung der Konservativen, die damals bereitwillig gewährte Unterstützung von seiten der Nationalliberalen für die im Interesse des Reiches als unerläßlich erkannten Aufgaben bedingten notwendigerweise gewisse Wege und Mittel für die Durchführung der Reichspolitik, welche dagegen wiederum genötigt wird, in ihren Anlehnungen und Hilfsmitteln Änderungen eintreten zu lassen, wenn die nationalliberale Partei die bis dahin gewährte Unterstützung zurückzieht oder nur um den Preis unmöglicher Zugeständnisse im Parteiinteresse weiter gewähren will; wenn sie ihre Macht in feindlicher Weise gegen die Regierung fühlen läßt, wie das in der Landtagssession des Frühjahrs 1878, dann in der Reichstagssession und in der darauffolgenden Wahlbewegung entschieden der Fall war. Vornehmlich aber ist in dem Kampf über die Zollfragen in dem größten Teile der nationalliberalen Presse eine leidenschaftliche und scharfe Sprache gegen den Kanzler geführt und von keinem Mitgliede der Partei ein Wort der Mißbilligung dagegen ausgesprochen, so daß selbst der leidige Trost der Theorie von den „Zwei Seelen" in der einen Partei in diesem Falle nicht Anwendung finden kann.

Die Agitationen, wie sie dem Rücktritte des Herrn von Forckenbeck vom Reichstags-Präsidium voraufgingen und wie sie seitdem

in fast allen großen Parteiblättern und in den öffentlichen Reden einzelner Mitglieder der Partei in immer gesteigerter Tonart zum Ausdruck gelangten, haben vollends den Eindruck machen müssen, daß die Partei als solche die Zoll- und Finanzreform zum Anlaß einer unverhohlenen Kriegserklärung gegen die Regierung genommen hat.

Wenn das Hauptorgan der Partei in Berlin, indem es sich als Wächter der „Reichsidee" und der Reichsverfassung dem Fürsten Bismarck gegenüber aufwirft, „mit gerechtfertigtem Selbstbewußtsein" auf den Anteil hinweist, welchen die Partei mit Einsetzung ihres besten Willens und ihrer ganzen Kraft an der Aufrichtung des deutschen Reiches genommen habe, so widerstrebt es uns, auf die Erörterung dieses Anteils näher einzugehen und alte Wunden zu reizen. Um jedoch die Geschichte nicht geradezu fälschen zu lassen, ist in Kürze nur daran zu erinnern, daß der Krieg in Schleswig-Holstein, die Politik von 1865 und der Krieg von 1866 unter dem stärksten Widerspruch der damaligen deutschen Fortschrittspartei und des Nationalvereins, welchem damals fast alle Führer der heutigen nationalliberalen Partei angehörten, geführt wurden. Ohne diese Kriege und die damals mit allen Mitteln der Agitation bekämpfte Politik des Fürsten Bismarck wäre das deutsche Reich nach menschlichem Ermessen überhaupt nicht oder wenigstens bisher nicht entstanden. Unter der Führung der liberalen Parlamentarier würden die günstigsten Gelegenheiten gerade ebenso verdorben worden sein, wie zur Zeit des Frankfurter Parlaments und bei den späteren unklaren und unglücklichen Versuchen zur Lösung der deutschen Frage. Die begeistertsten und leidenschaftlichsten Reden der damaligen Fortschrittspartei im preußischen und in anderen Landtagen würden schwerlich die Kraft besessen haben, den Wagen der nationalen Politik aus den alltäglichen Geleisen unfruchtbarer Erörterungen herauszuheben.

Doch, wie gesagt, es kann hier nicht das Bestreben sein, die Gegensätze zu verschärfen, sondern nur den Entstellungen entgegenzutreten, welche zur Beirrung des Urteils im Volke über das Wirken und Schaffen des Reichskanzlers und seiner jetzigen Gegner dienen.

Je mehr zu wünschen und zu hoffen ist, daß die große Zahl wahrhaft patriotischer Elemente, welche sich der nationalliberalen Führung mit dem entschiedenen Willen einer ernsten Unterstützung der Regierung angeschlossen haben, auch fernerhin einen lebendigen

Digitized by Google

und wirksamen Anteil an der positiven politischen Arbeit für das Reich nehmen, um so dringender muß der Ruf an die besonnenen Männer der Partei ergehen, sich endlich offen und bestimmt von einer agitatorischen Oppositionshaltung loszusagen, welche die Partei zu jeder praktischen Beteiligung an der weiteren Gestaltung der nationalen Aufgaben unfähig macht".

Inzwischen vollzog sich in der nationalliberalen Partei am 11. und 12. Juli der längst erwartete Zersetzungsprozeß, nur in anderer Weise, als anfangs geglaubt worden war. Zuerst erklärte Treitschke in einem Schreiben vom 11. Juli seinen Austritt aus der Fraktion, denselben damit begründend, daß dieselbe durch ihre Verwerfung der Tarifvorlage wider den Willen vieler ihrer Mitglieder in die Stellung einer geschlossenen Oppositionspartei hinübergedrängt werde, welche Wendung er für einen verhängnisvollen politischen Fehler halte. Sodann wurde Dr. Völk durch Mehrheitsbeschluß der Fraktion vom 12. Juli, demselben das „Bedauern" der Fraktion über seine Rede vom 10. Juli auszudrücken, zum sofortigen Austritt genötigt. Ein Teil der Fraktion sah sich durch die Äußerung Völks', daß, wo Begriffe (über konstitutionelle Garantien) fehlen, zur rechten Zeit ein Wort sich einstelle, geradezu verhöhnt und beantragte, ihm die „Mißbilligung" der Fraktion auszusprechen. Das mit 45 gegen 35 Stimmen angenommene „Bedauernsvotum" war noch ein Gnadenakt. 15, darunter 3 bayrische, 2 württembergische Abgeordnete, gewannen es über sich, in einer motivierten Erklärung sich von einer Partei loszusagen, welche Dr. Völk trotz seiner versöhnlichen Erklärung durch ihr Votum zum Austritt veranlaßt habe, und in welcher über die in der gegenwärtigen Lage einzunehmende politische Haltung ein so tiefgreifender Gegensatz vorhanden sei, daß für eine fernere gemeinschaftliche Thätigkeit sich kein geeigneter Boden mehr für sie befinde. So verlor die Partei 17 Mitglieder und hatte, wenn wir Mosle, der einige Wochen früher austrat, und Wehrenpfennig, der sein Mandat niederlegte, dazu rechnen, am Schlusse dieser Session ein Defizit von 19 Mitgliedern zu verzeichnen. Und doch blieb auch nach dem Ausscheiden dieses rechten Flügels noch Zwiespalt genug in der Fraktion. Denn v. Bennigsen und dessen Gesinnungsgenossen harmonierten in ihren politischen Anschauungen und noch mehr in ihren parlamentarischen Gewohnheiten selbst wieder mit Lasker und Forckenbeck nicht besser als mit rechts und links. Diese Aufdeckung des Fraktionszwiespalts und diese Ausscheidung etwa

Digitized by Google

eines Fünfteils war für die Fraktion um so gefährlicher, da im Oktober die Neuwahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus bevorstanden.

Die Wahlparole für die Liberalen lautete: Wider die Reaktion! Die Regierung bestritt, daß der Personenwechsel im Kabinett einen Systemwechsel bedeute, oder die Unterstützung, welche ihr für die Zollreform durch ein konservativ-ultramontanes Zusammengehen zu teil geworden, ihre Solidarität mit denselben Elementen auf andern Gebieten in sich schließe. Es wurde ihr geantwortet:

„Erheben nicht die Ultramontanen den Wahlruf: Nieder mit dem System Falk? Haben nicht die Orthodoxen unter dem Ruf: es lebe die kirchliche Fraktion! sich versammelt? Sind das etwa Erfindungen der Liberalen? Mit den Konservativen und Ultramontanen hat die Regierung in der letzten Reichstagssession ihre Politik betrieben, die Majorität des vorigen Reichstages ist von der Provinzial-Korrespondenz selbst in monotonem Einerlei als die eigentliche Regierungspartei bezeichnet worden. Hat die Politik der Regierungsmehrheit mit der Politik der Regierung nichts zu schaffen? Die Regierungspresse hat die Liberalen aus den Reihen der „Reichsfreunde" ausgestoßen und das Zentrum dafür dorthin eingeführt. Das Bündnis zwischen Konservativen und Zentrum ist unter Gutheißung des Reichskanzlers durch die Präsidentenwahl im Reichstag, durch die Annahme des Antrages Frankenstein besiegelt worden, die Konservativen und Ultramontanen verbünden sich augenblicklich für die Abgeordnetenwahlen in einer Reihe von Manifestationen. Oder ist das alles nur Gerede?

Die Herren Falk und Sydow sind gegangen, die Herren von Puttkamer und v. Goßler sind gekommen. Wo Falk sich nicht mehr halten konnte, dort hat sich Herr v. Puttkamer mit Behaglichkeit eingerichtet. Seine nächsten Freunde aber, Herr v. Kleist-Retzow an der Spitze, haben bereits den Sturmlauf gegen den Oberkirchenrat und das Konsistorium der Provinz Brandenburg begonnen. Wo das alles hinaus will, das müssen wir eben abwarten; wer uns aber die offenliegenden Thatsachen abstreitet, dem begegnet unser gesteigertes und geschärftes Mißtrauen."

Das Auftreten des Exministers Dr. Falk in der Wahlcampagne verstärkte die Sache der Liberalen. In einem Schreiben vom 2. Sept. an die Redaktion der Deutschen Revue sprach sich derselbe über die Landtagswahlen und deren Folgen für den Kulturkampf aus. „Ich kann meine Sorge über den Ausfall der Wahlen

Digitized by Google

nicht unterdrücken und fasse die Sachlage in dieser Beziehung schwerer auf als mancher, der im allgemeinen Reaktion kommen sieht. Dagegen hege ich diese generelle Furcht nicht. Fürst Bismarck geht sicher nicht, um den vulgären Ausdruck zu gebrauchen, nach Canossa, wenn er es vermeiden kann, und er vermag viel zu vermeiden. Wirkliche Sorge trage ich wegen des Unterrichtswesens. Über den Geist, in welchem dasselbe geleitet wird, entscheidet stets die Verwaltung. Es wird sicher nicht ausbleiben, daß die gegenwärtige Verwaltung den an sie gerichteten Anforderungen in ganz anderer Weise entgegenkommt, wie ich das für statthaft hielt. Wird sie nicht aber auch dem sich vorbereitenden Ansturme Einräumungen machen müssen, die sie bei freiem Willen nicht geben würde? Dies wird zum guten Teile wiederum vom Ausfall der Wahlen abhängen." Fürst Bismarck fand es höchst bedauerlich, daß Falk in diesem Briefe der Möglichkeit eines Ganges nach Canossa noch eine Hinterthür offen gelassen, daß er zwar nicht im allgemeinen, wohl aber im besonderen das Einbrechen der Reaktion fürchte und zwar am meisten auf dem Gebiete des Unterrichtswesens, und fand es von einem abgehenden Minister nicht loyal, unmittelbar vor den Wahlen durch einen solch unnötigen Herzenserguß der Opposition Waffen in die Hände zu spielen.

Die Nationalzeitung knüpfte an das Falk'sche Schreiben die folgenden Bemerkungen:

„Man mag über die großen Pläne, welche Fürst Bismarck teils durchgesetzt hat teils noch durchzusetzen gedenkt, teils nach hartnäckigem Kampfe zurückgezogen hat, denken wie man will; man mag die Erhöhung des Zolltarifs, die Einführung des Tabakmonopols, den Ankauf der Eisenbahnen für Rechnung des Staates, die vollständige Umwälzung im System der Eisenbahntarife loben oder tadeln: immer wird man einräumen müssen, daß alle diese Pläne weitgehende Umwälzungen des Bestehenden, besorgniserregende Abweichungen von den preußischen Traditionen waren. Wie kann man darüber staunen, daß diese eingewurzelten Traditionen eine Partei um sich versammeln?

Ein großer Teil des höheren preußischen Beamtentums hat die Bedenken der nationalliberalen Partei geteilt. Männer wie Delbrück, Camphausen, Achenbach, Michaelis, Weißhaupt mußten quiesciert oder in einen anderen Wirkungskreis versetzt werden, bevor an die Verwirklichung dieser Pläne gegangen werden konnte. Männer, die den preußischen Traditionen fernstanden, ein Varn-

Digitized by Google

büler, Mayr, Böttcher mußten aus Württemberg, Bayern, Sachsen herangeholt werden, um diese Pläne auszuarbeiten und zu verteidigen. Die Abteilung des preußischen Finanzministerium für indirekte Steuern ist in ostensibler Weise der gesammten Zolltarifvorlage ferngeblieben. Wer die wirtschaftlichen Pläne des Reichskanzlers in Bausch und Bogen billigt, wird den Gegnern derselben höchstens einen unzeitgemäßen Konservatismus, aber nimmermehr eine revolutionäre Gesinnung vorwerfen können. Eine Umwälzung hat der freihändlerische Teil der nationalliberalen Partei abzuwehren, aber nicht herbeizuführen sich bemüht.

Auch auf dem Gebiete des deutschen Verfassungsrechts ist die nationalliberale Partei bestrebt gewesen, das Bestehende zu erhalten. Der Antrag Frankenstein hat das bestehende Finanzrecht des Reiches erschüttert. Auch die eifrigsten Verteidiger dieses Antrages beschränken sich darauf, zu behaupten, die Erschütterung sei nicht so arg gewesen, wie wir sie darstellen; der Antrag Frankenstein thue nicht so großen Schaden, als wir von demselben befürchten. Diejenigen, welche sehr zuversichtreich sind, behaupten, er thue gar keinen Schaden. Aber, von den Anhängern des Zentrums abgesehen, warten wir noch darauf, die erste Stimme zu hören, welche uns auseinandersetzt, daß der Antrag Frankenstein einen wirklichen Nutzen bringe. Man nimmt doch einen Antrag, der auf eine Verfassungsänderung abzielt, nicht an, weil der daraus resultierende Schaden von diesem oder jenem überschätzt wird, man verlangt doch den Nachweis, daß diese Änderung Nutzen stiftet.

Der Widerstand, welchen die nationalliberale Partei den wirtschaftlichen Vorlagen des Reichskanzlers und dem Antrage Frankenstein entgegengesetzt hat, erklärt die Gehässigkeit nicht, mit welcher die Partei jetzt angegriffen wird, rechtfertigt den wegwerfenden Ton nicht, in welchem von ihr gesprochen wird und giebt am wenigsten Anlaß, ihr revolutionäre Gesinnungen unterzulegen. Wenn die Regierung trotzdem ungewöhnliche Anstrengungen macht, um die nationalliberale Partei niederzuhalten, ihr den bisherigen Einfluß zu schmälern oder ganz zu entziehen, so bleibt uns nur die eine Erklärung, daß die Regierung das Feld frei haben will für Pläne, in deren Durchführung sie von der nationalliberalen Partei gestört zu werden fürchtet.

Mitten in die Erwägungen, welcher Art diese Pläne sein können, fällt das zündende und aufklärende Wort des bisherigen Ministers Dr. Falk. Wir stellen aus demselben denjenigen Gedanken voran,

Digitized by Google

der in dieser ernsten Zeit tröstend und auffrischend wirkt. Wir haben von einer Reaktion nichts zu befürchten, wenn das Volk bei den diesmaligen Wahlen seine Schuldigkeit thut. Kommt es zu einer Reaktion, so wird dieselbe nur dadurch ermöglicht, daß das Volk seine Schuldigkeit nicht gethan hat. Thun wir also Alle unsere Schuldigkeit!

Als den hauptsächlich bedrohten Punkt bezeichnet Dr. Falk mit einer Klarheit, die nichts zu wünschen übrig läßt, das Unterrichtswesen. Es war ein ziemlich plumper Fechterstreich, wenn die Offiziösen vor einigen Tagen auseinandersetzen: der neue Kultusminister hat sich in einer Frage auf denselben Standpunkt gestellt, welchen der frühere Kultusminister eingenommen hat. Folglich ist in dieser Frage eine Reaktion nicht eingetreten. Folglich liegt überhaupt kein Anlaß vor, eine Reaktion zu besorgen. Alle Befürchtungen, die man vor einer Reaktion hegte, erweisen sich, wie es in dem gehobenen Stile der Offiziösen heißt, als „Gerede".

Nein, die Sache liegt anders. Auf dem einen Gebiete ist eine Reaktion in der That nicht zu fürchten, weil sie unmöglich geworden ist; auf einem andern Gebiete ist sie sehr möglich und es wäre leichtsinnig, daran zu zweifeln, daß sie eintreten wird, wenn sie nicht verhindert wird. Sehr richtig bemerkt Dr. Falk, daß über den Geist, in welchem das Unterrichtswesen geleitet wird, stets die Verwaltung entscheidet und wie sehr hat seit einem Menschenalter dieser Geist mit jedem Wechsel der Verwaltung selbst gewechselt! Wir nennen die Namen der Kultusminister der letzten Jahrzehnte: Altenstein, Eichhorn, Raumer, Bethmann, Hollweg, Mühler, Falk. An jeden dieser Namen knüpft sich eine ganz bestimmte Vorstellung von dem Geiste, in dem er die Verwaltung geführt hat. Man stelle die Namen der Minister eines andern Ressorts, etwa der Finanzen oder der Justiz daneben, in keinem Ressort wird sich jeder Personenwechsel so sehr als ein Systemwechsel darstellen.

Wegen des Unterrichtswesens ist wirkliche Sorge zu hegen. Das ist ein Weckruf zur rechten Zeit. Mögen die Wähler ihr Augenmerk auf Kandidaten richten, die entschlossen sind, dafür einzutreten, daß der Geist der Unterrichtsverwaltung derselbe bleibe, welcher er unter der Verwaltung Falks war.

Suchen wir, um mit den Worten Falks zu reden, auf dem vorzugsweise bedrohten Feld das bestehende zu erhalten, bis sich die „Kampfesleidenschaft" gelegt hat. Lasse sich niemand, der dies Bestehende erhalten will, weder durch die groben noch die schmeich-

Digitized by Google

lerischen Worte offiziöser Wahlpolemik verleiten, den Punkt aus den Augen zu lassen, wohin der Angriff gerichtet wird. Es giebt auch ein Canossa der evangelisch-orthodoxen Partei. Und nicht unwahrscheinlich meint der seitherige Kultusminister auch dieses, wenn er sagt:

„Dagegen hege ich diese generelle Furcht nicht. Fürst Bismarck geht sicher nicht, um den vulgären Ausdruck zu gebrauchen, nach Canossa, wenn er es vermeiden kann, und er vermag ja viel zu vermeiden."

Wenn alle diejenigen, die nach Canossa drängen, auf dem Wege dahin die liberale Partei entschlossen aufgestellt finden — dann wird vielseitig der Wunsch wachsen, diesen verhängnisvollen Weg zu vermeiden." So die Nationalzeitung.

Die Schlesische Zeitung erwiderte: „Die dialektischen Leistungen eines belangreichen Teiles der spezifisch nationalliberalen Parteipresse rivalisieren zur Stunde mit allem, was die ultramontane Publizistik in den heißesten Tagen des Kulturkampfes geboten hat, was zur Zeit der Hochflut des preußischen Verfassungskonfliktes an Ausbrüchen der Parteileidenschaft und des politischen Pessimismus zutage gefördert worden ist. Selbst in angesehenen, sich sonst einer maßvollen Sprache befleißigenden Blättern lesen wir, daß das deutsche Reich vor dem Zentrum kapituliert habe, daß mit der konservativ-klerikalen Majorität eine gewaltige Reaktion über Deutschland hereinbrechen und alles niederlegen werde, was die Nation seit anderthalb Jahrzehnten an Einheit und Freiheit errungen hat. Je heftiger der Sturm ist, um so kürzere Zeit wird er andauern, und — dessen sind wir gewiß — die Nation wird von demselben wenig oder gar nicht erfaßt werden. Die Macht zur Phrase ist tief erschüttert, das deutsche Volk hat infolge der öfteren Erfahrungen, die es seit dem gewaltigen Krach von 1873 auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete gemacht, den Glauben an alle abstrakten Doktrinen verloren, es will eine praktische, das Leben konkret erfassende Politik. Es zittert auch nicht vor dem phantastischen Gespenst der Reaktion, mag dasselbe heraufbeschworen werden, von wem es immer wolle. Seit fast anderthalb Jahrzehnten sieht es sich „gut und liberal" regiert, und mit vollem Rechte setzt es in die Einsicht derer, die in Reich und Staat das Steuer führen, das feste Vertrauen, daß sie nicht leichtfertig des Landes inneren Frieden aufs Spiel setzen oder gar das große

Digitized by Google

Werk der nationalen Einigung, ihr eigenes weltgeschichtliches Ruhmesdenkmal, in seinen Fundamenten erschüttern werden."

Auf die an die Wähler gerichtete Frage des Reichskanzlers: ob sie wollten, daß ihre Abgeordneten die von ihm auf dem Boden des Reiches begonnene Zoll- und Steuerpolitik auf dem Boden des preußischen Staates zu befestigen und weiterführen zu helfen hätten, antwortete das Land mit der Wahl einer großen, der Wirtschaftsreform zugeneigten Mehrheit. Der freihändlerisch gesinnte Teil der nationalliberalen Fraktion wurde größtenteils nicht wiedergewählt. Die alte Majorität aus der Zeit von 1878, bestehend aus den „drei Bataillonen (wie Fürst Bismarck einmal äußerte), die getrennt marschieren, aber vereint schlagen" fand sich noch einmal in der Kardinalfrage der Session: die Verstaatlichung von Eisenbahnen, zusammen.

Fürst Bismarck hatte bereits in seinem Programm vom 15. Dezember 1878 darauf hingewiesen, daß mit der Revision der Grenzzölle eine Revision der Eisenbahntarife Hand in Hand gehe. „Es kann auf die Dauer den einzelnen Staats- und Privateisenbahn-Verwaltungen nicht die Berechtigung verbleiben, der wirtschaftlichen Gesetzgebung des Reiches nach eigenem Ermessen Konkurrenz zu machen, die Handelspolitik der verbündeten Regierungen und des Reichstages nach Willkür zu neutralisieren und das wirtschaftliche Leben der Nation den Schwankungen auszusetzen, welche im Gefolge hoher und wechselnder Einfuhrprämien für einzelne Gegenstände notwendig eintreten." Die Erhöhung der indirekten Steuern, die Einführung der Schutzzölle und die Reform der Eisenbahntarife waren so zu einem eng verschlungenen Finanzsystem vereinigt.

Nachdem der in einem früheren Entwickelungsstadium der Eisenbahnfrage gehegte Plan einer Erwerbung des preußischen Staatsbesitzes durch das Reich nicht zur Verwirklichung gelangt war, nahm mit um so größerem Nachdrucke die preußische Regierung den Gedanken auf, das Eisenbahnnetz ihres Staatsgebiets für den Staat zu gewinnen. Wurde dieser Plan von den Gegnern als ein Ausfluß des Strebens nach Staatsomnipotenz, ja als Staatssozialismus verurteilt und der Segen der freien Konkurrenz auch auf dem Gebiete des Verkehrswesens gepriesen; insbesondere auch die finanzielle Gefahr des Unternehmens mit dunkeln Farben geschildert, so sahen die Anhänger des Planes in dem Privateisenbahnsystem ein thatsächliches Monopol der schlimmsten Art, und fanden es unerträglich, wenn die höchsten Interessen des

Digitized by Google

Verkehrs privaten Kapitalisten-Gesellschaften anheim gegeben wären. Es waren die konservative, die freikonservative, die nationalliberale Partei, welche die Verantwortung des großen Schrittes der Verstaatlichung übernahmen. Daß die genannten drei Parteien mit der Regierung gingen und daß auf der andern Seite die Ultramontanen, die Fortschrittspartei und die Polen standen, das war eine Reminiszenz an die Zeit von 1871—1878. Die erstgenannten drei „Bataillone" waren zwar nicht in ihrer alten Stärke aus den Neuwahlen hervorgegangen, aber sie hatten sich jetzt doch wieder zur alten Majorität zusammengefunden. Die Idee des Fürsten Bismarck schien sich neu verwirklichen zu sollen, die er im Jahre 1878 ausgesprochen:

„Wir haben von der Fortschrittspartei, vom Zentrum, wir haben von den Abgeordneten, die sich mit diesen beiden halten, unter keinen Umständen und für keine Vorlage, die wir zu machen im stande sind, eine Unterstützung zu erwarten. Unsere Operationsbasis beschränkt sich auf die vier Siebentel des Reichstags, welche durch die drei Fraktionen der Nationalliberalen und der beiden Konservativen gebildet werden. In jedem anderen Lande würde die Thatsache, daß drei Siebentel der Landesvertretung überhaupt die Existenzbasis, auf der sich die Regierung ohne Zerfall des Ganzen bewegen kann, negieren, den strengsten Zusammenschluß der übrigen, die überhaupt die bestehenden Institutionen halten und vertreten wollen, zur Folge haben. Ich kann nur die Bitte an diese drei Fraktionen richten, daß die Herren nicht der Regierung, sondern dem Lande und ihren Landsleuten den Dienst erweisen, sich untereinander zu verständigen, und daß alle diejenigen, die überhaupt die staatliche Entwickelung des Reichs auf der jetzigen Basis wollen, sich näher an einander anschließen und sich nur über sachlich ganz unabweisliche Differenzen trennen."

In den Verhandlungen über den Eisenbahnerwerb bemerkte ein Angehöriger des Zentrums: die Mehrheit des Hauses werde gebildet durch zwei positiv christliche Fraktionen. Er meinte ohne Zweifel seine eigene Partei und die konservative. Diese Gemeinsamkeit hinderte die beiden Parteien, welche die Majorität bildeten, nicht, an demselben Tage gegen einander zu stimmen, nämlich in der Eisenbahnfrage. Das konservativ-klerikale Bündnis aus der letzten Reichstagssession war bereits wieder gelöst. Das Zentrum hatte im Reichstage geglaubt, eine mitbestimmende, unentbehrliche Macht geworden zu sein. Seinen Platz schien sich jetzt die national-

Digitized by Google

liberale Partei wieder gewinnen zu sollen. Aber auch das war nur eine Stellung ad hoc. Diese Partei war durch frühere Worte in der Eisenbahnfrage gebunden. Es trat unmittelbar nach der Entscheidung dieser Frage das Chaos ein. Durch den Rückzug der Nationalliberalen fiel dem Zentrum die ausschlaggebende Rolle zu, und dieses ließ sich von Motiven leiten, die mit der Sache nichts zu thun hatten. Für den Fürsten Bismarck folgte ein jahrelanges mühseliges, vergebliches Ringen.

Die Versuche, welche der Reichskanzler gleich im nächsten Frühjahre machte, um weitere Einnahmequellen zu erschließen, welche die Mittel zur Erleichterung der direkten Steuerlast in den Einzelstaaten schaffen sollten, scheiterten und sind bis heute erfolglos geblieben, Dank dem Entgegenwirken aller Parteien. Es blieb nur so viel gewonnen, daß die neuen Bedürfnisse des Reiches selbst ohne Schwierigkeit befriedigt werden konnten, daß nächst der indirekten Beseitigung der Matrikularumlagen namentlich die Ergänzung der Wehrverfassung, welche durch die Einrichtungen und die Stellung des Auslandes für Deutschland notwendig wurde, mit Leichtigkeit durchgeführt werden konnte. Es war eins der Ziele der Steuerreform von vorn herein, daß die Mittel auch für neue Bedürfnisse des Reiches gewonnen werden sollten. Dagegen blieb diejenige Vermehrung der Einnahmen des Reiches, welche den Steuerpflichtigen in den Einzelstaaten und in den Kommunalververbänden zu statten kommen sollten, unausgeführt. Die Parteien und deren Stellung zur Regierung brachte es nach den Erschütterungen der Zollreform nicht zu derjenigen Klarheit, welche weitere Schritte der Steuerreform gelingen lassen konnte.

Ein heißer Streit zwischen dem Fürsten Bismarck und der klerikal-nationalliberal-fortschrittlichen Mehrheit des Reichstages brach in der Reichstagssession des Frühjahres 1880 wegen Einschlusses der preußischen Stadt Altona in das Zollgebiet aus. Bei der Aufnahme der Elbherzogtümer in den Zollverein im Jahre 1867 war Altona außerhalb der Zollgrenze gelassen, weil man die Absicht gehabt hatte, daß Hamburg und Altona später gemeinschaftlich in den Zollverein aufgenommen werden sollten. Das Zögern Hamburgs, wodurch der Großhandel Altonas zu gunsten Hamburgs von Jahr zu Jahr zurückging, veranlaßte die preußische Regierung, mit Altona allein vorzugehen. Der Einschluß dieser Stadt war ohne denjenigen eines Teils der Hamburger Vorstadt St. Pauli nicht möglich. Die Hamburger fanden darin eine Vergewaltigung

Digitized by Google

und wurden in dieser Auffassung von den ultramontanen wie liberalen Partikularisten des Reichstages unterstützt. Dieselbe Mehrheit, die Nationalliberalen in sich begreifend, an deren Spitze sich der ehemalige Minister, jetzt Abgeordneter Delbrück stellte, bestritt dem Bundesrate das Recht, die Zollgrenze gegen Hamburg unterhalb dieser Stadt zu verlegen, und verlangte dazu die Genehmigung des Reichstages. Fürst Bismarck trat in einer großen Rede dagegen auf, in der er über die Wandlung des Rechtsgefühls klagte, seit die Begeisterung für das neue Reich matter geworden sei, und dann fortfuhr: „Ja, matter geworden!" Ich bin an dem Punkt, wo man das am meisten fühlt. Der Parlamentarismus ist gewachsen, der Kampf der Parteien ist gewachsen, ohne Rücksicht auf die Haltbarkeit des Verfassungsbodens. Entweder hält man die Sache für unzerstörbar oder man macht sich nichts daraus. Wenn ich nun gefragt werde, warum ich mich an der Debatte heute unter den Schwierigkeiten, unter denen ich leide, beteilige, so kann ich darauf nur erwidern, daß es mir ein Bedürfnis gewesen ist, doch noch einmal von dieser Stelle die Perspektive auf den Reichstag zu haben und zu ihm zu reden, noch einmal von hier aus Zeugnis abzulegen für die nationalen Bestrebungen und gegen den Partikularismus. Und wenn ich vielleicht nicht in der Lage sein werde, das Zeugnis von dieser Stelle aus zu wiederholen, so glaube ich doch, wenn Gott mir Leben giebt, von der Stelle aus, wo Sie sitzen, die großen Gedanken zu vertreten, welche Sie vor 10 Jahren fast alle begeisterten, gegen einen Partikularismus, der dann von hier aus vertreten würde. Wenn ich meine thätigsten und bedeutendsten Minister heute Arm in Arm mit dem Zentrum und den Partikularisten sehe, so habe ich das Gefühl, daß die rückläufige Bewegung gegen die ehemalige Begeisterung schon außerordentlich weit vorgeschritten ist. Ich kann sie nicht aufhalten, aber ich muß meine Stimme als Warner von hier aus erheben, wo ich sicher bin, daß ich gehört werde. Ich weiß nicht, ob der Baum der deutschen Verfassung fest genug gewurzelt ist, um zur Unterlage derjenigen Parteikämpfe zu dienen, welche heute ausgefochten werden sollen. Es ist das erstemal, daß wir uns vor einer Verfassungsfrage zwischen Bundesrat und Reichstag befinden, wo der letztere im Begriff ist, dem Bundesrat ein Recht zu bestreiten, welches ganz zweifellos feststeht, und für welches die preußische Regierung auf jede Gefahr hin einzutreten entschlossen ist. Es ist das erstemal, daß im Bundesrat der Antrag vorliegt,

Digitized by Google

Verfassungsstreitigkeiten durch Majoritätsbeschlüsse zu entscheiden. Ich will mich hier zu einer Konstellation wenden, die uns, ich meine die Vertreter der Reichspolitik, in dieser Session hier entgegengetreten ist. Unser Hauptgegner ist die Partei des Zentrums. Das Zentrum hat seit sechs Monaten in allen Fragen des Landtags und des Reichstags, mit wenig Diskussion und Argumenten, geschlossen gegen die Regierung gestimmt; das ist ein Gegner, so mächtig, so stark, so diszipliniert, der mit seinen 100 Mann an jedem Tage reichlich die Hälfte der Präsenz dieses Jahres zu stellen im stande ist. Es ist dies eine gewichtige Thatsache, mit der gerechnet werden muß. Bei der Abstimmung über Samoa war die Hälfte der Majorität dieser Versammlung vom Zentrum gestellt, 64 von 128. Die Herren vom Zentrum werden wissen, was sie dabei bezwecken und erreichen wollen. Ich wende mich hauptsächlich gegen die appendices (Anhang) des Zentrums, die der Regierung sich kampfbereit gegenüberstellen und den Mauerbrecher gegen sie einsetzen, gestützt auf die Bundesgenossenschaft des Zentrums. Früher war es üblich, daß bei allen Bestrebungen des Zentrums zugleich Polen und Fortschritt die Firma waren, gegen die wir zu kämpfen hatten; neuerdings ist hierzu noch der Freihandel getreten, und wir können sagen: wir haben gegen uns Zentrum, Fortschritt, Freihandel, soweit letzterer reicht, selbst bis in die Konservativen. Ich wende mich zunächst gegen diese Parteigruppierung und ihre Einwirkung auf Entwickelung unserer Verfassung. Das Zentrum wird ja selbst wissen, um was es sich handelt, und ich kann nur Rechenschaft davon geben, welchen Eindruck auf mich das Verfahren des Zentrums seit dem Herbste vorigen Jahres gemacht hat oder wie es auf meine praktische Thätigkeit zurückgewirkt hat. Im vorigen Jahre verließ ich den Reichstag mit der aufrichtigen Überzeugung, daß die Herren vom Zentrum ihrerseits beabsichtigten, sich der Regierung zu nähern und zu einem Kompromiß mit derselben nicht bloß über Schutzzollfragen, sondern auch über Fragen, die uns heute ferne liegen und die Sie in 14 Tagen im preußischen Landtage, hoffe ich, beschäftigen werden, sich zu verstehen. In dieser Überzeugung fühlte ich mich ermutigt, mit Vertrauen an die Verhandlungen mit der römischen Kurie zu gehen, und ich versprach mir damals ein erfreuliches Ergebnis davon. Dieses Vertrauen ist durch das ausnahmslos oppositionelle Verhalten des Zentrums im Landtag und im Reichstag erschüttert worden. Für mich liegt in dem Auftreten

Digitized by Google

des Zentrums gegen die deutsche, beziehungsweise preußische Regierung eine Interpretation der Intentionen des römischen Stuhles, ein Barometer für das, was wir von Rom zu erwarten haben. Ja, viele von Ihnen sind Priester, viele unter priesterlichen Einflüssen gewählt. Wenn diejenigen Intentionen vorhanden wären, auf die wir rechnen müssen, um einen Frieden zu stande zu bringen, so hätten Sie die Rolle nicht spielen können, die Sie gespielt haben, sondern würden diejenige fortgesetzt haben, die Sie zu meiner Freude und zur Belebung meiner Friedenshoffnungen im vorigen Sommer inauguriert haben; indessen, das ist Ihre Sache, und wir müssen schließlich unsere Rechnung machen, so wie sie liegt."

An die appendices des Zentrums sich wendend, erklärte der Reichskanzler, daß dieselben durch diese Bundesgenossenschaft noch nichts gewonnen hätten, aber doch auch bedenken sollten, was für Rückwirkungen diese Bundesgenossenschaft auf die Reichsverfassung habe und auf die Hoffnungen, mit welchen die Regierungen in die Zukunft sehen. „Ich halte den Boden, auf dem wir stehen, noch nicht stark und solid genug, um der deutschen Neigung, der Regierung Opposition zu machen, sich hinzugeben. Gegen die Regierung mit allen Mitteln anzukämpfen, ist ja ein Grundrecht und ein Sport eines jeden Deutschen, und wenn man da einen bereiten Bundesgenossen findet, so ist das angenehm für jeden, der etwas gegen die Reichsregierung durchzusetzen hat. Ich wende meine Klagen gegen keine Fraktion insbesondere; jede hat geglaubt, ab und zu am Zentrum einen festen Rückhalt nehmen zu können, und hat sich gewundert, wenn nach kurzer Zeit die Wand, an die sie sich lehnen zu können meinte, nachgab. Die Fortsetzung dieses Systems, die Partei, mit der ich zu meinem Bedauern mich in einem prinzipiellen Zwiespalt befinde, als einen willkommenen Kristallisationspunkt für jedes Oppositionsgelüste zu benutzen, halte ich für durchaus verwerflich, mehr noch für die liberale als für die konservative Partei." Darauf wandte der Redner sich an die Nationalliberalen und sagte: „An die liberale Partei möchte ich die Frage richten: Ist es nützlich, Verfassungsfragen anzuregen und bis in ihre äußersten Konsequenzen zu verfolgen? Ist es nützlich, den Partikularismus zu unterstützen? Der ist stark genug ohne Sie, meine Herren! Die Haltung der Majorität der Kommission, wie sie hier vorliegt, appelliert an den Partikularismus. Es gibt Regierungen, welche sich partikulären Bestrebungen nicht verschließen, die da sagen: jedes Sonderrecht wollen wir bereit-

Digitized by Google

willig schützen, und deswegen wollen wir es mit dem Buchstaben der Verfassung nicht so genau nehmen; wir sind bereit, für jede Opposition in dieser Richtung mit einzutreten, das Hemd ist uns näher als der Rock. Andererseits finden sich auch solche Regierungen, die durch den Reichstag sich einschüchtern lassen, die vor parlamentarischen Unbequemlichkeiten Furcht haben; diese ist ja bei den meisten Leuten, die ihr Leben mit Politik zugebracht haben, größer als bei mir. Ich habe mich nicht überlaufen lassen weder von parlamentarischen noch von partikularistischen Bestrebungen. Ich hoffe, ich werde auch jetzt in meinem Alter trotz meines körperlichen Leidens jedem Versuche des Überlaufenwerdens dauernd und fest entgegentreten. Der Friede, der feste Friede der Regierungen unter einander ist der einzige Hort für die Sicherheit unsrer Verfassung. Glauben Sie nicht, daß irgend ein Reichstagsrecht fester steht als die Regierungsrechte, als die Bundesratsrechte. Alles beruht auf derselben Basis des Vertrages, den die Regierungen mit einander geschlossen haben, und jeder Zweifel, ob dieser Vertrag gehalten wird, hat seine Bedenklichkeiten. Ich habe es mir bisher zur Aufgabe gemacht, die Rechte der Regierungen sorgfältig zu vertreten; das beruht aber auf der Voraussetzung der durchgängigen Beobachtung der Verfassung. Wenn ich mich darin täusche, bin ich nicht abgeneigt, als Abgeordneter die Reichsinstitutionen verstärken und erweitern zu helfen und auf die Zentralisation der Gesetzgebung hinzudrängen; in meiner Stellung als Reichskanzler kann ich dies aber nicht. Sie spielen ein für unsere innere Ruhe bedenkliches Spiel, wenn Sie darauf spekulieren, Unfrieden unter den Regierungen zu stiften. Ich habe nunmehr den Kampf um die deutsche Einheit nahezu 30 Jahre geführt, und ich weiß, wie schwer er mir immer geworden ist; vor nahezu 30 Jahren wirkte ich im Bundestage, und fast 18 Jahre bin ich jetzt Minister. Ich glaube, auch auf mich paßt das Wort, welches ich neulich in einer schlaflosen Nacht in einem französischen Historiker las, bezüglich eines Ministers, welcher freilich größer war als ich: „Il devait nécessairement succomber aux haines inassouvies qui s'accomblent toujours sur la tête d'un ministre qui reste trop longtemps au pouvoir.“ (Er mußte notwendig dem ungesättigten Hasse unterliegen, welcher sich immer über dem Haupte eines Ministers zusammenhäuft, welcher zu lange am Ruder bleibt). Ja, ich fürchte, 18 Jahre Minister ist zu viel; zu viele Wünsche habe ich unerfüllt gelassen, zu vielen Leuten Bitten abschlagen müssen, mit zu vielen Parteien

Digitized by Google

gekämpft, um nicht viele Feinde zu haben. Ich würde gerne gehen, das einzige, was mich hält, ist der Wille des Kaisers, den ich in seinem hohen Alter nicht verlassen will. Wenn ich aber sehe, daß die Macht des Zentrums unüberwindlich ist, dann werde ich Sr. Majestät vorschlagen, das Kabinett, das mir nachfolgen wird, den Wünschen des Zentrums und der Konservativen anzupassen.

Ich kann mich dem, was das Zentrum jetzt verlangt, nicht unterwerfen und glaube, daß das auch weiterhin nicht möglich sein wird, wenn es seine Ansprüche nicht einigermaßen modifiziert. Ich will es wünschen; mir ist es einerlei, ob nachher der Fortschritt und der Freihandel meinen Nachfolger auf den Weg nach Canossa drängen — ich kann es aushalten. Der andere Weg ist dann möglich, wenn alle diejenigen, welche mit den Bestrebungen der Zentrumspartei nicht einverstanden sind, ihrerseits die innerlichen Streitigkeiten vorläufig ruhen lassen, wenn die liberalen Parteien sich entschließen können, dem Zentrum die Heeresfolge absolut und für immer zu versagen. Wenn das nicht geschieht, sieht es trübe aus mit der Zukunft. Indessen weiß ich nicht, warum mir, der ich mit dem Aufwande meiner Lebenskraft Deutschland begründen half, das deutsche Reich mehr am Herzen liegen soll als jedem von Ihnen. Ich habe das Bedürfnis nach beschaulicher Einsamkeit. Meine Mitwirkung können Sie nicht weiter verlangen, wenn sich jeder berechtigt glaubt, die Grundlagen des Reiches in Frage zu stellen und das Werk meines Lebens zu untergraben."

Im Juni desselben Jahres kam die Vorlage an das preußische Abgeordnetenhaus, auf welche Fürst Bismarck in seiner obigen Rede schon hindeutete, als er über das geschwundene Vertrauen zum Zentrum nach dessen oppositioneller Haltung im Landtag und im Reichstage, dort gegenüber der Eisenbahnfrage, hier einer Reihe anderer nationaler Fragen, sich ausließ. In der That sollte er bald ersehen, daß sein Mißtrauen gerechtfertigt war. Der erste Schritt, den er mit der ersten neuen kirchenpolitischen Vorlage seit der Maigesetzgebung that, um zum Frieden mit Rom zu gelangen, fand wenig Gnade in den Augen der Ultramontanen, die samt der Fortschrittspartei sich dagegen stemmten. Auch die übrigen Parteien brachten nur einen Torso zu Stande. Die nationalliberale Partei war in dieser Frage in zwei fast gleiche Teile geteilt: 45 unter Bennigsen stimmten für, 41 unter Rickert gegen das Gesetz. Die Zerklüftung dieser Partei, welche in den wirtschaftlichen Fragen

Digitized by Google

des Reichstags 1879 die in ihr liegenden Gegensätze bis zum Austritt von etwa 17 Mitgliedern der rechten Seite geschärft und nicht einmal bei der Militärnovelle von 1880 ein einstimmiges Votum abgegeben hatte, war bei dieser Abstimmung wieder aufs deutlichste hervorgetreten. Nachdem schon während der Reichstagssession Lasker aus dem Parteiverband geschieden war, sprach man nach dem Schluß der Landtagssession allgemein von der bevorstehenden „Sezession" der Mitglieder der linken Seite. Der Abgeordnete Rickert äußerte sich in einer Wählerversammlung zu Danzig sehr bestimmt und hoffnungsvoll über die Pläne seiner Gesinnungsgenossen. Eine durchgreifende Besserung unserer inneren Verhältnisse sei nur zu erwarten, wenn wir zu großen Parteien gelangten. Die Konservativen hätten es verstanden, sich von Köller bis Stöcker zu vereinigen. Das Ziel der liberalen Partei könne nur sein, die reaktionären Tendenzen der Konservativen und des Zentrums zu bekämpfen und das zu verteidigen, was die Liberalen in langer mühsamer Arbeit errungen. Aufrechterhaltung der Falkschen Politik in Kirche und Schule, Aufrechterhaltung der Delbrück'schen Zoll-, Münz- und Handelspolitik, Ruhe und Sicherheit für das gesamte Erwerbsleben der Nation, Abwehr aller bedenklichen wirtschaftlichen und Steuerexperimente, volle Aufrechterhaltung der Rechte der Volksvertretung: das sei das Programm für die liberale Partei. Am 30. August wurde das Programm dieser liberalen Gruppe veröffentlicht. Es war von 26 Personen unterzeichnet, von welchen 10 dem preußischen Abgeordnetenhause, 16 dem Reichstag, 3 beiden zugleich angehörten. Darunter fanden sich die Namen: Bamberger, Braun, Forckenbeck, Rickert, Stauffenberg.

Die neue Partei wurde der eigentliche Herd der reinen Manchesterpolitik, obwohl es auch darin nicht an Gegensätzen innerhalb der Partei fehlte. Von Herrn Lasker behauptete einmal die Nationalzeitung, er befinde sich auf dem äußersten rechten Flügel der Freihandelspartei, wenn er überhaupt zu derselben gezählt werden könne. Er gehöre vielmehr einer sozialpolitischen Richtung an, welche dem Staate eine sehr umfassende wirtschaftliche und ethische Aufgabe zuerkenne; er habe, wie sich aus seinen Reden in allen sozialpolitischen Verhandlungen, z. B. auch in der Gewerbeordnung ergebe, am meisten vielleicht innerhalb seiner Partei innere Verwandtschaft und Fühlung mit den gegenwärtig sich zur Geltung durchwiegenden sozialen Strömungen gezeigt.

Dasselbe sezessionistische Blatt, das dem Abgeordneten Lasker,

Digitized by Google

wenn auch weniger jenem seinem System, sehr nahe steht, wies ein andres Mal auf den Gegensatz hin, in welchem sich der Fürst Bismarck zu Herrn Richter befinde — „Den Gegensatz des schöpferischen Genies mit dem kritischen Prinzipe"; die Notwendigkeit beider in einem Staatswesen werde an sich niemand verkennen; Herr Richter sei der Welt noch seinen ersten produktiven Gedanken schuldig, Fürst Bismarck überschütte, ja erschrecke oft die Welt mit der Fülle seiner Vorschläge . . .

Einen ersten produktiven Gedanken, als ein Zeichen ihrer unzerreißbaren Zusammengehörigkeit und ihrer geschlossenen Opposition gegen den Sozialisten Bismarck, versuchten die drei liberalen Gruppen, die fortschrittliche, die sezessionistische, die nationalliberale, im Januar 1882. Sie fühlten das Bedürfnis, sich auf demjenigen Gebiet durch eine positive Leistung als schaffende, von einheitlichen Gesichtspunkten geleitete Partei zu bethätigen, auf welchem ihnen in anbetracht der neue Bahnen eröffnenden Wirksamkeit der Regierungspolitik vielfach ihre verneinende, nur von unfruchtbarer Kritik getragene Haltung zum Vorwurf gemacht wurde.

Indem sie sich zu dieser That entschlossen, wurden sie von zweierlei Beweggründen geleitet. Einmal hatten sie die Absicht, die Lebensfähigkeit der alten liberalen Grundsätze auf wirtschaftlichem Gebiet zu beweisen; sodann aber lag ihnen daran, ihre Bereitwilligkeit und ihren guten Willen zu einer Mitwirkung an der jetzt mehr und mehr sich in den Vordergrund drängenden Aufgabe der Förderung des Wohles der Arbeiter zu bekunden.

Der Entwurf eines Haftpflicht- und Unfallgesetzes, den sie zur Erfüllung dieser beiden Zwecke in Vorschlag brachten, hatte unter diesen Umständen — sagten die Gegner — an sich keinen höheren Wert als den einer „politischen Demonstration, eines bloßen Schaugepränges;" aber auch in solcher Bedeutung mißglückte der Schritt.

„Die Liberalen mußten es schon vorher wissen, daß — wenn es ihnen wirklich allein um das Interesse für das Wohl der arbeitenden Klasse zu thun war — sie dasselbe besser bethätigen konnten, wenn sie die Vorlegung des in Aussicht stehenden, wie allgemein bekannt, von neuem in Vorbereitung begriffenen Regierungsentwurfs über die Unfallversicherung abgewartet hätten, und daß sie mit ihrem Vorschlag die Angelegenheit gegenwärtig auch nicht einen einzigen Schritt weiter fördern konnten, ja, daß es schwer

Digitized by Google

sein würde, den Entwurf der verbündeten Regierungen durch ihr Vorgehen zu verdrängen und aus der Welt zu schaffen.

Andererseits waren die Grundsätze, für welche sie in ihrem Vorschlage eintraten, in sich sehr widerspruchsvoll und keineswegs dazu geeignet, eine große Meinung von der Einigkeit und Schaffenskraft der liberalen Parteien zu verbreiten und so den verblaßten Glanz und Schimmer der liberalen Fahne wieder aufzufrischen.

Denn was ihr Entwurf enthielt, war entweder unbrauchbar und praktisch unausführbar, oder es war eine Aneignung der auf diesem Gebiete im vorigen Jahr zuerst von der Regierung aufgestellten Grundsätze, die man unter der Flagge der liberalen Partei in den Hafen der Gesetzgebung bringen wollte.

Der von den Liberalen vorgeschlagene Gesetzentwurf erwies sich seinem inneren Wesen nach als ein — vielleicht letzter — Versuch, die soziale Frage, statt auf dem Wege neuer organischer Einrichtungen, durch Anwendung alter Mittel, die schon längst als unzureichend erkannt worden sind, zu lösen. Er wollte die Übelstände, welche durch die wirtschaftliche und technische Entwickelung in einem großen Teil der Bevölkerung hervorgerufen sind, und den Gegensatz, welcher sich durch den Grundsatz des Gehenlassens nicht nur zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, sondern auch zwischen den Arbeitern und den übrigen Bevölkerungsklassen ergeben hat, durch das Mittel privatwirtschaftlicher Thätigkeit wie auf dem Wege des Prozeßverfahrens heilen und bekämpfen; das Los der Arbeiter sollte also wieder von dem mehr oder minder zweifelhaften Erfolg der freien Konkurrenz und der Entscheidung des privaten Rechts abhängig gemacht werden, indem es in die Hand von Erwerbsgesellschaften gelegt werden sollte, für deren Sicherheit der Staat trotz besten Willens keine Bürgschaft übernehmen kann.

Die Schwäche dieser wirtschaftlichen Grundanschauung blieb freilich auch den Liberalen nicht ganz verborgen, und deßhalb brachen sie mit ihrem bisherigen Grundsatz der Selbsthilfe, indem sie dem Staat, dessen Mitwirkung von ihnen stets verpönt war, eine Beaufsichtigung über die privaten Versicherungsanstalten einräumten und zugleich jedem Arbeitgeber oder Unternehmer, welcher für die Entschädigung des Verletzten haften soll, die Pflicht auferlegten, seine Arbeiter bei diesen Erwerbsgesellschaften zu versichern, um so den Verletzten sicher zu stellen, daß seine Ansprüche auch verwirklicht werden.

In diesen Punkten haben die Liberalen Zugeständnisse an den Geist und den Gedanken der Vorlage gemacht, welche im vorigen Jahre zuerst von den verbündeten Regierungen zur Befriedigung des Reformbedürfnisses vorgeschlagen wurde. Der Versicherungszwang und die Aufsicht und Einwirkung von Staatswegen sind damals von der liberalen Partei lebhaft bekämpft, heute aber auch von den Liberalen als das einzige Mittel zur Lösung der schwierigen Frage der Unfallversicherung anerkannt worden.

Sowohl der Entwurf selbst, wie die Beratung, welche sich an denselben knüpfte, zeigten, welche bedeutenden Fortschritte seit Jahresfrist die Anerkennung der von den verbündeten Regierungen aufgestellten Reformgedanken gemacht hat. Namentlich ergab sich dies aus den Kundgebungen derer, welche die Unvereinbarkeit des staatlichen Zwanges und der staatlichen Einwirkung mit der Versicherung bei privaten Erwerbsgesellschaften nachwiesen.

In Kundgebungen von konservativer und ultramontaner Seite war zugleich auch eine ausdrückliche Billigung der neulich von dem Reichskanzler in Vorschlag gebrachten Mittel und Wege zur Durchführung des staatlichen Versicherungszwanges, nämlich der korporativen Verbände als einer organischen Grundlage für die praktische Verwirklichung der sozialpolitischen Reform, enthalten.

Die „erste That" der vereinigten Liberalen hat somit nicht den von ihnen gewünschten und beabsichtigten Erfolg gehabt. Und dennoch hat sie etwas Gutes geschaffen. Denn sie hat nicht nur an den Tag gelegt, daß die Liberalen auf sozialpolitischem Gebiete ihre Grundsätze in wesentlichen Punkten aufgegeben haben, sondern daß auch die Erkenntnis von der Notwendigkeit der von den Regierungen in Angriff genommenen Reform eine allgemeinere geworden ist, wie auch, daß die hierbei von dem Reichskanzler aufgestellten Grundsätze und die zu ihrer Verwirklichung beabsichtigten Wege in maßgebenden Parteien vollen Anklang finden. Die Hoffnung ist sonach berechtigt, daß, sobald die notwendigen Vorarbeiten beendigt sind, nun auch wirklich eine erste That vollbracht werden wird, freilich nicht zur höheren Ehre irgend einer Partei, sondern eine That, die wirklich der Arbeiterwelt und somit dem allgemeinen Ganzen zu gute kommt."

Diese Hoffnung hat sich bis jetzt nur so weit erfüllt, als in der letzten Reichstagssession (1883) ein Krankenversicherungsgesetz, wenn auch nicht in dem vollen, ursprünglichen Sinne des Fürsten

Digitized by Google

Bismarck, und in der letzten Landtagssession die Beseitigung der beiden untersten Stufen der Klassensteuer zu stande gebracht ist. Auch in bezug auf diese Beseitigung waren die Absichten des Fürsten Bismarck erheblich weitergehende. Auf die volle Durchführung dieser Absichten mußte verzichtet werden, weil der unentbehrliche Ersatz, der durch eine neue Betriebssteuer von Tabak und Getränken beschafft werden sollte, von den Liberalen und den Konservativen des preußischen Abgeordnetenhauses nicht gewährt wurde. Die Kommissionsberatungen des Reichstages über das Unfallversicherungsgesetz sind abermals resultatlos verlaufen. Einer der angesehensten deutschen Historiker und Publizisten sprach kürzlich vom Reichstag das unmutige Wort, daß derselbe heute eine produktive Kraft nicht mehr sei. „Sollte wirklich die Befürchtung sich bewahrheiten können, daß die Vertretung des deutschen Volkes angesichts einer durch die seltensten Umstände herbeigeführten Möglichkeit, das große Problem der modernen Völker, das man als soziale Frage bezeichnet, mit humaner und heilender Hand zu behandeln, sich als unproduktiv erwiese infolge unversöhnlichen Parteihaders und dadurch herbeigeführten Mangels an geistiger und moralischer Erhebung? Es ist schwer, dies zu glauben, obwohl die „Unternehmer des allgemeinen Mißvergnügens" alles aufbieten, die öffentliche Meinung herunterzudrücken und den zu einer solchen Aufgabe erforderlichen Schwung ihr zu rauben. Die Hoffnung ist vielmehr gerechtfertigt, daß die allseitig ersehnte Pause der parlamentarischen Arbeiten, welche jetzt eingetreten ist und in diesem Jahr durch keine Wahlarbeit verkürzt werden wird, zu einer Sammlung der Geister dienen kann, welche dieselben befähigt, den hochbedeutungsvollen Aufgaben bei Wiedereröffnung der parlamentarischen Arbeiten mit dem Ernst und der unbefangenen Hingebung entgegenzutreten, welche das Gelingen des Werkes oder der ersten wichtigen Schritte zu demselben allein verbürgen können." — So ist nach der Reichstagssession von 1883 etwas zuversichtlich gesprochen worden.

Die Hoffnung der Nation beruht auf dem Ausharren des Fürsten Bismarck. Er selber äußerte vor einiger Zeit in einer seiner bekannten Abendgesellschaften, er habe sich den schottischen König Robert Bruce zum Vorbild genommen. Dieser war im Jahre 1305 zum König von Schottland gekrönt, aber durch seine Feinde, die ihn vom Throne stoßen wollten, zwölf Mal in heißen Gefechten besiegt worden. Nun gab er alles verloren und flüchtete

Digitized by Google

mutlos in eine Scheune, um sich zu verbergen. Verzweiflungsvoll lag er auf dem Stroh, in tiefe Gedanken versunken; da fielen seine Augen plötzlich auf eine Spinne, die vor ihm unter einem Balken hing und den Balken hinauf wollte. Sie knüpfte den Faden daran; aber indem sie an ihm hinauf wollte, riß er und sie stürzte hinunter. Sie spann den Faden abermals, versuchte wieder hinaufzuklettern; aber der Faden riß zum zweiten Mal und sie stürzte wieder hinunter. Zwölf Mal hatte Bruce, den diese fleißige Spinne immer mehr interessierte, schon gezählt, daß sie ihren Versuch wiederholte, aber immer vergebens. „Arme Spinne," seufzte er, „dir gehts gerade wie mir." Doch siehe, die Spinne wird noch nicht müde. Zum dreizehnten Male knüpft sie an, klettert hinauf und da — da gelingts ihr endlich. Sie kommt auf den Balken. Da durchzuckts den Robert Bruce wie ein Blitz. Er springt vom Strohlager auf und ruft: „Wie! Soll ich mich von einer Spinne beschämen lassen? Hat die das dreizehnte Mal die Schwierigkeiten überwunden, weil sie nicht müde wurde, sollte Gott es mir nicht auch gelingen lassen, wenn ich mein gutes Recht verteidige und unverzagt traue auf seine Hilfe? Gesagt, gethan! Unter zuversichtlichen Gebeten faßt er neuen Mut, sammelt in der Stille nochmals seine wenigen Getreuen, entzündet in ihnen denselben gläubigen Mut, greift die Feinde mit Tapferkeit an, schlägt sie in der dreizehnten Schlacht aufs Haupt und kommt wieder auf seinen Thron.

Es darf wohl als einzig in der Geschichte der Völker hervorgehoben werden, daß ein Staatsmann von so außerordentlicher Bedeutung und so durchgreifender schöpferischer Wirksamkeit, wie Fürst Bismarck es ist, seine großartige Thätigkeit unter einem Fürsten ausübt, der es selber mit seiner persönlichen Regentenpflicht, mit der gewissenhaften eigenen Erfüllung seines hohen Berufes jederzeit so vollkommen ernst gehalten hat, wie Kaiser Wilhelm. Trifft diese Übereinstimmung, die in der Verfolgung derselben Ziele gipfelt, überhaupt zu, so im besonderen auch auf dem Boden der sozialen Frage, in der Fürsorge für den Arbeiterstand, in dem „Schutze der Armut".

In der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses am 15. Februar 1865 äußerte der damalige Ministerpräsident von Bismarck hinsichtlich einer Waldenburger Weberdeputation an den Kaiser, die vom Abg. Reichenheim als Puff bezeichnet worden war, wörtlich folgendes:

Digitized by Google

„Die Könige von Preußen sind niemals Könige der Reichen vorzugsweise gewesen; schon Friedrich der Große als Kronprinz sagte: „quand je serai roi, je serai un vrai roi des gueux", ein König der „Geusen". Er nahm sich den Schutz der Armut vor. Dieser Grundsatz ist von unseren Königen auch in der Folgezeit bethätigt worden. An ihrem Throne hat dasjenige Leiden stets Zuflucht gefunden, welches entstand in Lagen, wo das geschriebene Gesetz in Widerspruch geriet mit dem natürlichen Menschenrecht..... Der Weg, den Klagen der Arbeiter den Zugang zum Thron zu verschließen, wäre meines Erachtens nicht der rechte und ich habe nicht den Beruf dazu. Man würde die Frage aufwerfen: wie reich muß eine Deputation sein, damit ihr Empfang durch den König dem Herrn Reichenheim nicht den Eindruck eines „Puffs" macht!"

Fürst Bismarck hat seitdem öfters Anlaß genommen, von dem „natürlichen, angeborenen Wohlwollen" des Kaisers Wilhelm für das Schicksal der arbeitenden Klassen zu sprechen, und zwar bei Gelegenheiten, da ebenso sein eigenes, des Fürsten, Wohlwollen für das Schicksal derselben Klassen hervortrat. Als man sodann die Sache beider, des Monarchen und des Kanzlers, in Gegensatz zu einander zu bringen suchte, — „wir wollen von den Hohenzollern regiert werden, nicht von Bismarck" — da war es der Monarch, der in jener denkwürdigen Botschaft vom November 1881 sich gedrungen fühlte, noch einmal feierlich zu versichern, daß vornehmlich die Bestrebungen für das Wohl der Arbeiter ihm selbst als heilige Pflicht erscheinen, und daß er auf alle Erfolge, mit denen Gott seine Regierung sichtlich gesegnet habe, mit um so größerer Befriedigung zurückblicken würde, wenn er das Bewußtsein mit sich nehmen könnte, den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und den Beistand, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen.

So ist Fürst Bismarck stets für den Monarchen, wie dieser für ihn, eingetreten, wie in allen Fragen, so auch in der Arbeiterfrage. Und dieses „natürliche, angeborene Wohlwollen für das Schicksal der arbeitenden Klassen" läßt sich bei beiden die ganze Zeit hindurch, in welcher sie überhaupt als Monarch und Minister zusammengewirkt haben, zurückverfolgen, gemeinsam sogar in einem gewissen Gegensatz zu der herrschenden, offiziellen Wirtschaftspolitik und Gesetzgebung, die ihr natürliches Wohlwollen in andere Klassen der Gesellschaft verlegte.

Druck von August Pries in Leipzig.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARY

This book is due on the date indicated below, or at the expiration of a definite period after the date of borrowing, as provided by the rules of the Library or by special arrangement with the Librarian in charge.

DATE BORROWED	DATE DUE	DATE BORROWED	DATE DUE

C28(239)M100